Institut für Kulturpolitik
der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.)

*Jahrbuch für Kulturpolitik 2007*

*Jahrbuch für Kulturpolitik 2007 • Band 7*

INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK
DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E. V. (Hrsg.)

Das Jahrbuch für Kulturpolitik

- greift jeweils ein besonders bemerkenswertes Thema der kulturpolitischen Diskussion als Schwerpunkt auf;
- reflektiert wichtige gesellschaftliche Entwicklungen im Lichte der Kulturpolitik;
- dient als Plattform, um Perspektiven der Kulturpolitik – jenseits des hektischen Tagesgeschäfts – zu diskutieren;
- versteht sich als Instrument der Politikberatung im kommunalen Bereich wie auf Länder- und Bundesebene;
- stellt zentrale Ergebnisse der kulturstatistischen Forschung zusammen und widmet der Kulturstatistik ein besonderes Augenmerk;
- dokumentiert wichtige Daten und Ereignisse der Kulturpolitik des abgelaufenen Jahres;
- verweist in einer umfangreichen Bibliografie auf Veröffentlichungen zur Bundes-, Landes- und lokalen Kulturpolitik;
- entwickelt sich als laufende Berichterstattung zur umfassenden Dokumentation der Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

HERAUSGEGEBEN FÜR DAS
INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V.
VON BERND WAGNER UND NORBERT SIEVERS

# *Jahrbuch für Kulturpolitik 2007*

*Band 7*

*Thema: Europäische Kulturpolitik*

- *Kulturstatistik*
- *Chronik*
- *Literatur*
- *Adressen*

Klartext

Das »Jahrbuch für Kulturpolitik« wird aus Mitteln des Beauftragen der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.ddb.de abrufbar.

© 2007, Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., Bonn
Klartext Verlag, Essen
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Juliane Bentz
Satz + Gestaltung: Karin Dienst, Wolfgang Röckel
Printed in Germany

ISBN 978-3-89861-853-3

# *Inhalt*

Bernd Neumann
Vorwort ... 9

Oliver Scheytt, Norbert Sievers, Bernd Wagner
Europäische Kulturpolitik – Kulturpolitik für Europa ... 11

Olaf Schwencke
Zur Einführung: Kleine Geschichte der Kulturpolitik in Europa ... 17

*Inhalte und Themen europäischer Kulturpolitik*

Jörn Rüsen
Europäische Identitätsbildung durch Kultur? ... 33

Otto Singer
Vielfalt als Programm – Einheit als Ziel.
Paradoxien kultureller Identitätspolitik in Europa ... 41

Thomas Krüger
Wer hat eigentlich Interesse an einer europäischen Öffentlichkeit? ... 51

Gottfried Wagner
Europäische Kulturpolitik – mein Gott, was soll das denn sein? ... 59

Hans-Georg Knopp
Ein europäisches Verhältnis ... ... 69

Kathinka Dittrich
Kultur als integrierte Komponente der EU-Außenbeziehungen? ... 79

Dorothea Kolland
Eine vergessene Dimension: Die Banlieues von Europa ... 87

Johannes Bronisch
Europas Kern in der intellektuellen Debatte.
Konturen eines Verständigungsproblems ... 99

Europäische Kulturpolitik – Kulturpolitik für Europa. Eine Umfrage
Wolfgang Börnsen, Steffen Reiche, Christoph Waitz,
Lukrezia Jochimsen, Uschi Eid, Johanna Wanka, Thomas Goppel ... 105

*Europäische und internationale Institutionen, Strukturen und Netzwerke*

European Commission – Directorate General for Education and Culture
Die Kulturpolitik der Europäischen Kommission ... 131

Helga Trüpel
Europa besser machen. Die Kulturpolitik des Europäischen Parlaments
und seines *Kulturausschusses* ... 139

Manfred Dammeyer
Der *Ausschuss der Regionen* und europäische kulturpolitische Entscheidungen ... 145

Barbara Gessler
Kommunikationsstrategien für Europa ... 151

Kathrin Merkle, Robert Palmer
Der Europarat und seine kulturpolitischen Aktivitäten ... 157

Roland Bernecker
Die *UNESCO* und die *Deutsche UNESCO-Kommission* ... 165

Hans-Jürgen Blinn
Staatliche Kulturförderung und freier Markt ... 175

Gerhard Pfennig
Kulturordnungspolitik in der EU ... 187

Doris Gau
Bund – Länder – Europa: Deutsche Interessenvertretung
in der europäischen Kulturpolitik ... 195

Ulf Großmann
Europäische Kulturpolitik – Implikationen für die Arbeit des
*Kulturausschusses des Deutschen Städtetages* ... 205

Kurt Eichler
Europa vor Ort. Perspektiven für den europäischen Kulturaustausch
aus kommunaler Sicht ... 219

Ruth Jakobi
Kulturelle Netzwerke in Europa. Zivilgesellschaftliches Engagement
für europäische Kulturpolitik ... 225

Patrick Glogner
Kulturpolitische Interessenrepräsentation auf europäischer Ebene ... 231

Andreas Kämpf
Phönix oder lahme Ente? Von Kulturzentren, Soziokulturellen Zentren,
Netzwerken und Romantik ... 243

## *Instrumente, Verfahren, Programme*

Christine Beckmann
Die Kulturförderung der Europäischen Union ... 251

Sabine Bornemann
Die Cultural Contact Points. Nationale Kontaktstellen für das
europäische Förderprogramm »KULTUR« (2007–2013) ... 263

Edda Rydzy
Gelungener Start. Voraussetzungen für einen Qualitätssprung
im Kulturhauptstadtjahr 2010 ... 269

Oliver Scheytt
Kulturhauptstadt Ruhr 2010 ... 275

Wilfried Görmar
Kultur als Faktor der Raumentwicklung – der Beitrag
transnationaler Programme ... 281

Jo Groebel
Europäische Medienpolitik. Zwischen Uniformität und Pluralismus,
zwischen Tradition und Zukunft ... 287

## *Kulturelle-künstlerische Praxisfelder*

Hortensia Völckers
Europäische Kultur-Innenpolitik: Praktische Ansätze ... 293

Thomas Weis
Europäische Kulturpolitik – Das Praxisfeld Bildende Künste ... 297

Wolfgang Schneider
Theater (be-)lebt Europa. Die Kulturpolitik der Dramatischen Kunst
mittels Koproduktionen, Festivals und Netzwerken ... 303

Maria Gazzetti
Die Literatur und die europäische Literaturförderung – Ein Buch
mit sieben Siegeln ... 313

Ruth Jakobi, Hans-Herwig Geyer
Praxisfeld Musik – am Beispiel des *Europäischen Musikrates* ... 317

Jörg Haspel
Eine Zukunft für unser gemeinsames Erbe.
Denkmalschutz und Denkmalpflege im europäischen Kontext ... 323

Christiane Ziller
Europa wächst von unten. Einblick in soziokulturelle Aktivitäten
mit europäischem Charakter ... 347

Rolf Witte
Auf der Suche nach dem »Praxisfeld Kulturelle Bildung« in der EU ... 357

Hermann Voesgen
Standard und Differenz ... 363

Europäische Verbände und Netzwerke ... 371

## *Kulturstatistik, Chronik, Literatur, Adressen*

Michael Söndermann
Der Kultursektor als Beschäftigungs- und Wirtschaftsfaktor in Europa.
Wege zu einer europäischen Kulturstatistik ... 387

Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahr 2006 ... 407

Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2006 ... 421

Kulturpolitische Institutionen, Gremien, Verbände ... 467

Kunst und Kultur im Internet ... 475

Autorinnen und Autoren ... 483

# *Vorwort*

Der 50. Jahrestag der Römischen Verträge und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft rücken unseren Kontinent dieses Jahr verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Das ist der richtige Moment für eine Bilanz, vor allem aber für den Ausblick auf die Zukunft dieses Verbunds aus nun 27 Mitgliedstaaten. Daher ist es nur konsequent, wenn das »Jahrbuch für Kulturpolitik« dieses Jahr seinen Schwerpunkt der »Europäischen Kulturpolitik« widmet.

Das klare »Nein« der Franzosen und der Niederländer zum Europäischen Verfassungsentwurf muss auch Konsequenzen für die Kulturpolitiker haben. Wir müssen die Kultur noch stärker als bisher als gemeinsames Erbe Europas begreifen. Denn die Menschen werden die Europäische Union nicht annehmen, wenn wir sie allein als Wirtschaftsraum, nicht aber auch und vor allem als Kultur- und Wertegemeinschaft verstehen. Die kulturelle Vielfalt ist der eigentliche Schatz Europas, »in Vielfalt geeint«, so stellen wir uns unseren Kontinent vor. Daher war es nur konsequent, dass Deutschland im Verein mit den anderen Mitgliedstaaten der EU der »*UNESCO*-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« beigetreten ist. Dieses Europa der kulturellen Vielfalt werden wir nur gemeinsam schaffen und gestalten können. »Europa gelingt gemeinsam« lautet darum auch das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Dazu gehört auch, dass wir uns unseres reichen und so vielschichtigen kulturellen Erbes bewusst bleiben, dass wir es bewahren und an kommende Generationen weitergeben. Denn nur im Bewusstsein für die eigenen Traditionen entstehen die Werte, die unsere europäischen Gesellschaften einen und zukunftsfähig machen.

Europa ist eine Werte-, nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Gleichwohl dürfen wir als Kulturpolitiker bei dieser Feststellung nicht die wirtschaftliche Komponente der Kultur aus den Augen verlieren. Nur zu leicht wird nämlich übersehen, dass die Kulturwirtschaft und die Kreativindustrien jene Wirtschaftszweige sind, die in Europa die größten Zuwachsraten haben.

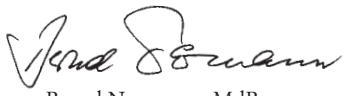
Zukunftsweisend ist daher ein strategischer Ausbau der Kulturwirtschaft. Eine umfassende Studie zur Kulturwirtschaft, die von der Kommission Ende vergangenen Jahres veröffentlicht wurde, unterstreicht dies eindrucksvoll. Die Kulturminister aus den Mitgliedstaaten der EU haben daher das Thema schon Mitte

November 2006 aufgegriffen und auf dem informellen Ministertreffen Mitte Februar in Berlin eine Strategie für die weitere Behandlung des Themas entwickelt. Wir müssen uns nämlich die Frage stellen, welchen Beitrag kulturelle Aktivitäten zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt leisten können. Leider ist das kulturell-kreative Potenzial Europas bei der Formulierung der Lissabon-Strategie bisher nur wenig oder gar nicht berücksichtigt worden. Es ist höchste Zeit, mit dem lang gepflegten Vorurteil Schluss zu machen, dass Kultur nur Geld koste. Kultur kann im Gegenteil höchst profitabel sein.

Die deutsche Kulturpolitik erhält wesentliche Anstöße aus Europa auch auf einem ganz anderen Feld. Der durch technische Innovationen forcierte gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel hin zu einer Wissensgesellschaft macht auch vor der Kultur nicht halt. Ein wichtiger Bestandteil dieser Wissensgesellschaft kann die von allen Mitgliedstaaten einhellig unterstützte »Europäische Digitale Bibliothek« sein. Sie wird nicht nur für Wissenschaft und Zivilgesellschaft einen großen Fortschritt bedeuten, sondern sich nachhaltig auch auf alle Kulturschaffenden auswirken. Denn sie erleichtert den Zugang aller Menschen in den EU-Staaten zum kulturellen Erbe Europas und fördert auf diese Weise das Wissen um unsere gemeinsamen kulturellen Wurzeln, gleichzeitig wird sie ein starker Motor des künstlerischen Austausches in Europa werden. Sie trägt damit auch zur Herausbildung einer europäischen Identität bei, ohne die die europäische Integration nicht erfolgreich voranschreiten kann.

Es ist daher kein Zufall, dass Fragen der Digitalisierung von Kulturgut und damit eng verbunden auch der Langzeitarchivierung im Zeitalter der Digitalisierung einen der Arbeitsschwerpunkte unserer Präsidentschaft darstellen.

Die beiden Themenschwerpunkte – die Kulturwirtschaft wie die Digitalisierung von Kulturgut – bezeichnen aber nur einzelne Themen in einem ganzen Kanon von Fragestellungen der Kulturpolitik in Europa. Mit den nachfolgenden Beiträgen ist dem »Jahrbuch für Kulturpolitik« eine umfassende Abbildung des aktuellen Diskussionsstands zu Dialogformen und Zukunftsstrategien der »Europäischen Kulturpolitik« gelungen. Ich glaube auch – gerade vor dem Hintergrund der Diskussionen mit meinen europäischen Kollegen –, dass diese fundierte Gesamtschau treffsicher die aktuellen Problemfelder markiert und für die weitere Debatte der »Europäischen Kulturpolitik« weit über die nationalen Grenzen hinaus einen wichtigen Anstoß gibt. Ich bin überzeugt, dass durch die Aufmerksamkeit, die das Thema »Europa« in diesem Jahr genießt, das »Jahrbuch für Kulturpolitik 2007« eine besonders große Leserschaft finden wird und die daraus gewonnenen Erkenntnisse dem gemeinsamen europäischen Gedanken einen fruchtbaren Boden bereiten.



Bernd Neumann, MdB,
Staatsminister bei der Bundeskanzlerin
Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Oliver Scheytt, Norbert Sievers, Bernd Wagner

# *Europäische Kulturpolitik – Kulturpolitik für Europa*

## *Zu diesem Buch*

Wer wollte bestreiten, dass das »Haus Europa« noch eine Baustelle ist. Selbst fünfzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge sind trotz allgemeiner Zustimmung zur europäischen Einigung die Vorbehalte gegenüber einer zu weitgehenden Abgabe nationaler Souveränität nach »Brüssel« noch groß, und es ist noch nicht klar, auf welche verfassungsrechtliche Grundlage dieses Projekt gestellt werden kann.

Nach den negativen Referenden in Frankreich und Holland 2005 war offenkundig geworden, dass das europäische Einigungswerk auf die wichtige Vorarbeit der politischen Eliten allein nicht zu begründen ist, wenn es an Identifikation und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen mangelt. Programmatische Beschwörungsformeln wie »Einheit in der Vielfalt« oder »Europa der Bürger« reichen nicht aus, um eine europäische Identität zu stiften. Auch der Verweis auf die Antike, die gemeinsamen europäischen Werte, die Aufklärung und andere verbindende Traditionen genügt nicht, um die Menschen von Europa zu überzeugen – jedenfalls diejenigen nicht, die neben den politischen und intellektuellen Eliten auch überzeugt sein müssen.

Es ist auch müßig, darüber immer wieder zu spekulieren, ob der Einigungsprozess erfolgreicher gewesen wäre, wenn man ihn mit Kultur begonnen hätte. Europa war als Wirtschaftsgemeinschaft konzipiert, der erst nach und nach eine soziale, eine politische und in gewisser Weise auch eine kulturelle Dimension zugefügt wurde. Das ist die Ausgangslage: von einer »Seele« oder gar Kultur war viele Jahre nicht die Rede.

Jetzt, nachdem bei vielen Vertreten der politischen Klasse Ernüchterung eingetreten ist, fällt den Architekten des europäischen Hauses ein, dass es neben der ökonomischen Basis, der politischen Plausibilität des Vorhabens und der Statik

des Gebäudes Weiteres geben muss, damit das Projekt gelingt: gute Handwerker, die es bauen und überzeugte Menschen, die es als ihr Haus annehmen. Gesucht wird der europäische Bürger. Gesucht werden seine Assoziationen und Netzwerke, die einer europäischen Öffentlichkeit – jenem »Tertium ..., in dem die Interessen der Gemeinschaft mit denen des Individuums vermittelt werden« – Gestalt und Inhalt geben könnten, wie der Generalsekretär der *Deutschen UNESCO-Kommission* Roland Bernecker in einem Beitrag in den *Kulturpolitischen Mitteilungen* formuliert hat (Heft 111 [IV/2005], S. 34–36).

In den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, dass eine kulturelle Identität nicht allein durch die Bezugnahme auf das historische Erbe zu begründen ist, wenn sie nicht eingebettet wird in einen Kommunikationsprozess, der neue Selbstverständigung erzeugt und Zukunft verbürgt. Europa soll den Menschen Selbstbewusstsein geben und Heimat – in einem aufgeklärten Sinne – sein. Dies kann nur durch eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger der europäischen Staaten, der Städte und Regionen sowie der zivilgesellschaftlichen Vereine, Netzwerke und Verbände gelingen.

Dieser partizipative Prozess ist vor allem auch ein kultureller. Kunst und Kultur schaffen besser als andere Medien und Aktivitäten die Voraussetzungen des gegenseitigen Kennenlernens, des Vertrauenbildens und der wechselseitigen Anerkennung der jeweiligen Besonderheiten und Traditionen. Darüber kann ein gemeinsames »Wir« entstehen, das die Basis für ein Europa bildet, das über eine wirtschaftliche und politische Einheit hinausgeht. Daraus erwächst für die Kulturpolitik eine besondere Verantwortung, und die betrifft gleichermaßen die Ausbildung einer europäischen Kulturpolitik als auch die nationalen Kulturpolitiken, die stärker auch zu einer Kulturpolitik für Europa werden müssen.

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* hat diese Verantwortung seit ihrer Gründung in den 1970er Jahren ernst genommen hat. Schon im Grundsatzpapier von 1976 heißt es: »Die *KG* sollte grundsätzlich europäisch beziehungsweise international ausgerichtet sein.« Auf vielen Tagungen und in zahlreichen Publikationen war die europäische Kulturpolitik für die *Kulturpolitische Gesellschaft* ein Thema, das immer wieder aufgegriffen wurde. 1998 haben wir gemeinsam mit dem *Deutschen Kulturrat* das europäische Informationsbüro *Cultural Contact Point (CCP)* aus der Taufe gehoben, das für das EU-Kulturförderprogramm »KULTUR 2000« beziehungsweise das ab 2007 gültige Programm »KULTUR« zuständig ist und Hilfestellungen bei der Beantragung von EU-Mitteln gibt. Seit 2004 haben wir auch die Federführung für den *CCP* übernommen. Seit dieser Zeit gibt es auch unsere Website »www.europa-foerdert-kultur.info«, die über die Fördermöglichkeiten aus etwa 80 anderen EU-Programmen informiert. In einer Studie haben wir darüber hinaus ein wenig Licht in das Dunkel der EU-Strukturfonds zu geben versucht (www.kupoge.de) und werden demnächst in dem Begleitausschuss des *Nationalen Netzwerks für den ländlichen Raum (NLR)* zum EU-Landwirtschaftsprogramm »ELER« die Belange der Kultur einbringen können. All dies kann eine überwiegend national aufgestellte *Kulturpolitische Gesellschaft* für Europa tun. Aber die zentrale Herausforderung liegt darin, die kulturpolitische Öffentlichkeit für das »Europäische Projekt« aufzuschließen. Deshalb haben wir das Thema Europa in den Jahren 2006 und 2007 in den Focus unserer Aktivitäten gestellt.





Im Februar des vergangenen Jahres beschäftigte sich das »50. Loccumer Kulturpolitische Kolloquium« unter der Fragestellung »Was ist europäische Identität im Europa der Kulturen?« damit. (Siehe hierzu das gleichnamige, von Fritz Erich Anhelm herausgegebene »Loccumer Protokoll«) Ein halbes Jahr später haben wir wiederum gemeinsam mit der *Evangelischen Akademie Loccum* den europäischen Einigungsprozess aus der Perspektive der kommunalen Kulturpolitik unter dem Titel »Kommunale Kulturpolitik in Europa – Eine Lernpartnerschaft« betrachtet.

Dieses Kolloquium bildete den Auftakt für eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema, das mit dem »Vierten Kulturpolitischen Bundeskongress« am 7./8. Juni 2007 am Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft seinen vorläufigen Höhepunkt hat. »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur. Begründungen und Perspektiven für eine europäische Kulturpolitik« ist der Titel dieses gemeinsam mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* und der *Friedrich-Ebert-Stiftung* sowie weiteren Partnern in Berlin durchgeführten Kongresses. Das »Jahrbuch für Kulturpolitik« erscheint zu diesem Kongress und dient dem gleichen Zweck. Es thematisiert die kulturpolitische Architektur des europäischen Hauses und dabei besonders die Bedeutung der Kultur und der Künste im Prozess der europäischen Einigung (»kultur.macht.europa«) sowie die Aufgaben der Kulturpolitik auf nationaler und EU-Ebene (»europa.macht.kultur«). Dabei wird deutlich, wie viele Akteure bereits auf der kreativen Kulturbaustelle Europa aktiv sind und Ergebnisse vorzuweisen haben: nicht nur die Politiker, sondern auch die Netzwerke, die Kulturforscher, die Stiftungen, die Künstler(verbände), die Informationsbüros, die Kommunen sowie andere öffentliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure.

Kongress und Jahrbuch lassen sich dabei von der Idee des »Machens« leiten. Eine Vielzahl gelungener Kulturprojekte und kulturpolitischer Initiativen, Netzwerke und Ansätze zeigt, dass der Prozess der europäischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet schon sehr vielgestaltig ist, aber noch mehr in die Breite gehen muss. Dabei werden auch grundsätzliche Fragen, auf die sich die Diskussionen um eine europäische Kulturpolitik und eine Kulturpolitik für Europa in der nächsten Zeit konzentrieren werden, deutlich. So geht es etwa um das Verhältnis von europäischer Innen- und Außenkulturpolitik, die Zukunftsfähigkeit der dafür zur Verfügung stehenden Instrumente und Einrichtungen auf nationaler und europäischer Ebene, die »Kulturhauptstadt Europa«-Aktivitäten im Jahr 2010, die Bedeutung der Städtepartnerschaften für die kulturelle Zusammenarbeit, die Rolle der Medien bei der Herstellung einer kulturellen Öffentlichkeit, die Relevanz der *creative industries* und die Fördermöglichkeiten für Kultur in den Strukturfonds wie der EU-Kulturförderung.

Ein Zentrum der gegenwärtigen europäischen und internationalen Debatten bildet dabei das Verhältnis von kultureller Vielfalt und Gemeinsamkeit. Die Vielfalt der Sprachen, Kulturen, Traditionen und künstlerischen Ausdrucksformen,

aber auch der Reichtum des kulturellen Erbes sowie die Fülle und Qualität der Angebote und Aktivitäten in den verschiedenen Kunstsparten gelten als Kreativitäts- und Identitätsressourcen, die Europa auszeichnen. Aber worin bestehen diese Ressourcen im Kern und wie lassen sie sich für Europa kulturpolitisch aktivieren und nutzen? Konstituiert die vorhandene Vielfalt ein wirksames Identifikationsangebot, das dem Anspruch, ein »Europa der Bürger« zu schaffen, als integratives Projekt zusätzliche Glaubwürdigkeit verleiht?

Sind zudem kulturelles Erbe und die Vielfalt der Kulturen immer nur ein Reichtum oder gehört nicht auch das Erbe der kulturellen Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen zur europäischen Identität? Bedarf vor diesem Hintergrund nicht gerade die Kultur des Erinnerns als zentrale Aufgabe europäischer Kulturpolitik besonderer Wertschätzung und Pflege? Wie geht der normative Begriff der kulturellen Vielfalt im *UNESCO*-Sinn zusammen mit der zum Teil schwierigen multikulturellen Realität vor Ort. Diese und zahlreiche weitere Fragen sind noch offen und bedürfen deshalb der Diskussion – gerade für die Konstituierung einer europäischen Kulturpolitik und einer Kulturpolitik für Europa.

Für die Gliederung dieses Jahrbuchs haben wir uns an der in der Politikwissenschaft üblichen Unterscheidung des Politikbegriffs in die drei Dimensionen *Policy*, *Polity* und *Politics* orientiert. Mit dem *Policy*-Aspekt sind die Inhalte, Themen und Ziele, die politischen Programme und Vorstellungen zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse gemeint. Die *Polity*-Dimension bezeichnet die institutionelle und strukturelle Verfasstheit des politischen Gemeinwesens sowie deren Ordnungs- und Handlungsrahmen. Die *Politics*-Dimension umfasst das Prozedere, die Prozesse und Verfahren der politischen Auseinandersetzung, um die Inhalte als allgemein verbindliche durchzusetzen und politische Programme implementieren zu können. Anhand dieser Trias wird der Versuch unternommen, das vielfach noch unbekannte Wesen der europäischen Kulturpolitik systematisch zu beschreiben und analytisch aufzufächern.

Nach der allgemeinen Einführung von Olaf Schwencke zur Herausbildung und Entwicklung der Europäischen Kulturpolitik werden unter dem *policy*-Aspekt zum einen grundsätzliche Fragen wie »Europa als Kulturidee?«, europäische Öffentlichkeit und das Spannungsverhältnis von Vielfalt und Einheit thematisiert. Zum anderen geht es um Ideen und Strategien europäischer Kulturpolitik nach innen wie nach außen und um die Bedeutung kulturpolitischer Aktivitäten für den sozialen Zusammenhalt der europäischen Gesellschaft. Den Abschluss dieses Teils bilden Antworten von Bundes- und LandeskulturpolitikerInnen auf eine kleine Umfrage zu den Aufgaben europäischer Kulturpolitik beziehungsweise nationaler Kulturpolitik für Europa. Autorinnen und Autoren sind hier unter anderem Thomas Krüger, Gottfried Wagner, Hans-Georg Knopp und Kathinka Dittrich sowie Johanna Wanka und Thomas Goppel.

Der Teil zu institutionellen und strukturellen Dimensionen europäischer Kulturpolitik – die *polity*-Dimension – beginnt mit Beiträgen zu den Aufgaben, Zielen und Instrumenten kulturpolitischer Institutionen, der *Generaldirektion Kultur*, des





Europaparlamentes und des *Ausschuss der Regionen* sowie zur Kommunikationsstrategie der Union. Mit dem Beitrag zum Europarat und der deutschen *UNESCO*-Kommission werden die beiden – neben den Institutionen der Union – bedeutendsten Akteure europäischer und internationaler Kulturpolitik vorgestellt. Bei diesen Beiträgen geht es selbstverständlich auch um die inhaltlichen und programmatischen Zielsetzungen und sie bilden somit eine Schnittstelle zwischen den Beiträgen zu den *policy*- und *polity*-Dimensionen europäischer Kulturpolitik. In zwei Beiträgen wird auf die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen nationaler, europäischer und internationaler Kulturpolitik im Kontext weltweiter ökonomischer Globalisierung und europäischer Vereinheitlichung eingegangen. Den Abschluss dieses Abschnittes bilden Darstellungen zum strukturellen Gefüge der nationalen kulturpolitischen Akteure Kommunen, Länder und Bund bezogen auf europäische Kulturpolitik sowie von zivilgesellschaftlichen Netzwerken. Autorinnen und Autoren dieses Komplexes sind u.a. Helga Trüpel, Manfred Dammeyer, Kathrin Merkle, Robert Palmer, Roland Bernecker, Hans-Jürgen Blinn, Gerhard Pfennig und Doris Gau sowie Ulf Großmann, Kurt Eichler und Ruth Jakobi.

Die *politics*-Dimension wird durch die Darstellung verschiedener Instrumente europäischer Kulturförderung und des Programms der europäischen Kulturhauptstädte am Beispiel von »Ruhr 2010« sowie durch zwei Beiträge zur Raumordnungs- und zur Medienpolitik beschrieben. Verfasst sind sie von Christine Beckmann und Sabine Bornemann, Oliver Scheytt und Edda Rydzy sowie Wilfried Görmar und Jo Groebel.

Mit dem Abschnitt zu den kulturell-künstlerischen Praxisfeldern wird die politikwissenschaftliche Systematik durchbrochen, da die Darstellungen hierzu sowohl Themen und Inhalte als auch Institutionen und Strukturen, aber auch Instrumente und Programme behandeln, die jeweils unterschiedlich gewichtet sind. In diesen Beiträgen zu ausgewählten Praxisfeldern wie Theater, Bildende Künste, Literatur, Musik, Denkmalpflege, Soziokultur und Kulturelle Bildung wird die Fülle und Vielgestaltigkeit der schon bestehenden europäischen Kooperationen in den Künsten und in der Kulturvermittlung besonders plastisch. Beschrieben wird dies u.a. von Hortensia Völckers, Wolfgang Schneider, Maria Gazzetti, Jörg Haspel und Christiane Ziller. Ein Beitrag zur Angleichung der europäischen Hochschullandschaft schließt diesen Komplex ab.

Im Anschluss an die Beiträge zur europäischen Kulturpolitik und die kulturstatistische Analyse zur Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa von Michael Söndermann folgen die regelmäßigen Rubriken des »Jahrbuches für Kulturpolitik« wie die Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse 2006, die Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2006 und ein Adressenteil mit wichtigen Institutionen, Gremien und Verbänden sowie zu Kunst und Kultur im Internet.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Autorinnen und Autoren für ihre Mitarbeit am »Jahrbuch für Kulturpolitik«, ohne deren Engagement dieses Buch nicht häte erscheinen können. Für die Erstellung des Bibliographie- und Adressenteils danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des *Instituts für Kultur-*

*politik der Kulturpolitischen Gesellschaft* Ulrike Blumenreich, Ralf Brünglinghaus, Jörg Hausmann, Franz Kröger, Roland Prüfer und Tatjana Flothen, die auch mit Claudia Burkhard das Buch Korrektur gelesen und bei der Endredaktion mitgearbeitet hat, sowie Wolfgang Röckel und Karin Dienst für ihre Arbeit bei Satz und Gestaltung. Ein besonderer Dank gilt dem *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* für die finanzielle Förderung dieses Jahrbuches im Rahmen der Förderung des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*.

Mit dem »Vierten Kulturpolitischen Bundeskongress« und dem »Jahrbuch für Kulturpolitik 2007« zum Thema »Europäische Kulturpolitik« haben wir anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen Stein ins Wasser geworfen, der hoffentlich Kreise ziehen wird. Wir sind damit als *Kulturpolitische Gesellschaft* Europa ein Stück näher gekommen und konnten ein wenig mehr Verantwortung für dieses unvollendete Projekt übernehmen. Wir haben bei der Beschäftigung mit dem Thema erlebt, wie engagiert und kreativ auf der Kulturbaustelle Europa gearbeitet wird. Uns sind jedoch auch die Grenzen und Schwierigkeiten bewusst geworden, mit denen zivilgesellschaftliche Akteure in diesem Bemühen konfrontiert sind. Es bleibt zu hoffen, dass sie sich dadurch jedoch nicht entmutigen lassen, sondern sich weiter aktiv bemühen, den europäischen Einigungsprozess mit zu gestalten. Wir werden uns als *Kulturpolitische Gesellschaft* für die Ausbildung einer europäischen kulturellen Öffentlichkeit und einer europäischen Kulturpolitik sowie einer nationalen Kulturpolitik für Europa mit allen uns zur Verfügung stehenden Mittel auch in Zukunft engagieren.



Olaf Schwencke

# *Zur Einführung: Kleine Geschichte der Kulturpolitik in Europa*

»Europa wird ein kulturelles Projekt,
oder es wird sich auch politisch nicht halten lassen.«
*Adolf Muschg: Was ist europäisch?* (2005)

Kunst und Kultur prägen seit Jahrhunderten das Gesicht Europas. Längst bevor der europäische Einigungsprozess nach dem Ende des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges begann und sich Europa schließlich institutionell etablierte, war dieser Erdteil, das Europa des Abendlandes, das sich weniger als andere Erdteile geografisch, sondern wesentlich kulturell definiert, zum Gleichnis für Kultur und Wertorientierung geworden.

Die Kulturidee war gleichsam die Europa-Idee. Und sie hat Jahrhunderte lang Menschen geprägt und sie motiviert, an Utopien zu glauben. Diese Hoffnung hat getragen – trotz und vor allem auch in Zeiten von Kriegen, Nöten und Gefahren und selbst in der Hölle von Auschwitz.

Immer wieder hat es Zeitläufe der Vergessenheit dieses gemeinsamen kulturellen Erbes der Europäer gegeben: Selbst Epochen dominierender Nationalismen, namentlich bei den Deutschen und Franzosen, und nicht einmal der mörderische deutsche Nationalsozialismus haben es vermocht, die humane Idee Europas in den Köpfen der Menschen ersterben zu lassen. Die Europa-Perspektiven in Kreisen des Widerstands gegen das Hitler-Regime in allen Teilen der unterdrückten Völker und in Deutschland selbst sprechen dafür Bände.[1]

1 Aus der Fülle der Literatur zu diesem Zusammenhang von gelebter Geschichte und europäischen Werten verweise ich auf: Joas/Wiegandt 2005, Seibt 2005, Anhelm 2006, Kufeld 2006.

Hat sich dieser Traum von Europa erfüllt? Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation wurde die europäische Zivilgesellschaft vor die Aufgabe gestellt, eine gemeinsame Identität, eine neue politische Kultur der Freiheit und der Demokratie zu entwickeln. Daher haben die KSZE-Länder-Vertreter in einer »Charta von Paris über ein neues Europa« (November 1990) das »böse Erbe der Vergangenheit ein für allemal als überwunden erklärt: Europa befreit sich von diesem Erbe der Vergangenheit … (Es) bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an. (Dafür leisteten) unsere gemeinsame europäische Kultur und unsere gemeinsamen Werte (den) wesentlichen Beitrag.«

Der Nachkriegsweg Europas in immerwährender Lehre aus schlimmer Vergangenheit bis zu den Erfolgen der Gegenwart, wovon die »Berliner Erklärung« vom März 2007 Kunde gibt, war weit. Der Kultur-Politik kam und kommt darin eine herausragende – letztendlich gesellschaftliche – Bedeutung zu. Um was es geht klingt an im Text des Verfassungsvertrags für Europa. Dort heißt es in der Präambel, dass Europa ein »Kontinent bleiben will, der offen ist für Kultur, Wissen und sozialen Fortschritt … und auf Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität in der Welt hinwirken will.«

*Kurzer europakulturpolitischer Daten-Abriss*[2]

1945 Gründung der *UNESCO* als *UNO*-Sonderorganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (gegenwärtig 192 Mitgliedsstaaten)
1949 Gründung des Europarats (gegenwärtig 47 Mitgliedsstatten)
1950 Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EHRC)
1954 Europäische Kulturkonvention (ECC)
1954 Gründung der *Europäischen Kulturstiftung (ECF)* in Amsterdam
1957 Römische Verträge (EWG)
1963 Achse Paris–Bonn (Elysée-Vertrag)
1965 Gründung des *Internationalen Denkmalrats (ICOMOS)*
1972 Konferenz von Arc et Senans »Zukunft und kulturelle Entwicklung«
1973 Gipfel von Kopenhagen mit Identitätsdebatte und Erklärung zur Absicht der Schaffung einer Europäischen Union
1973 Dortmunder Städtetag »Neue Wege zur menschlichen Stadt«
1975 Europäisches Jahr des Denkmalschutzes »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« (Europarat)
1975 Helsinki-Konferenz der KSZE mit »Korb III«
1975 Tindemans-Bericht: Bildung und Kultur entscheidende Faktoren eines Europas der Bürger



2 Ausführlicher siehe in Schwencke 2006 a, darin auch sämtliche Zitate aus den genannten Dokumenten.



1976 Europäische Kulturminister-Konferenz in Oslo »Prinzipien der Kulturpolitik« (Europarat)
1976 Gründung der *Kulturpolitischen Gesellschaft*
1978 Konferenz des Europarates »Rolle und Verantwortung der Gemeinden auf kulturellem Gebiet«
1979 Erste Direktwahl eines Europäischen Parlaments und Einrichtung des Kulturausschusses
1982 UNESCO-Weltkonferenz über Kulturpolitik in Mexico-City (MondiaCult)
1983 EP-Beschluss zur Verstärkung der Gemeinschaftsaktionen im Bereich Kultur (Fanti-Bericht)
1985 KSZE-Kulturforum in Budapest
1985 Auf dem EU-Gipfel in Mailand wird der 9. Mai zum offiziellen »Europa-Tag« erklärt
1986 Erste Kulturhauptstadt Europas – Athen
1990 KSZE-Charta von Paris für ein neues Europa
1991 KSZE-Kultursymposium in Krakau
1992 EU-Vertrag von Maastricht mit Kulturartikel 128
1992 Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen (Europarat)
1995 Bericht der *UNESCO*-Weltkommssion für Kultur und Entwicklung »Unsere kreative Vielfalt«
1997 Vertrag von Amsterdam mit Kulturartikel 151
1998 *UNESCO*-Aktionsplan über Kulturpolitik »Die Macht der Kulturen«
2000 Internationales Jahr für eine Kultur des Friedens
2000 Proklamation der »Grundrechte-Charta« der EU in Nizza
2000 Erstes großes Förderprogramm der EU »Kultur 2000«
2001 Europaparlamentsbeschluss zum kulturellen Zusammenarbeit (Ruffolo-Bericht)
2005 UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen
2007 Beginn des 2. Förderprogramms CULTURE (2007–2013)
2008 Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs
2009 Europäisches Jahr der Kreativität

*Zukunft und kulturelle Entwicklung*

Am Anfang einer Kulturpolitik in und für Europa steht der Europarat. Bereits in seiner Gründungsurkunde von 1949 werden Aufgaben und Ziele der Wahrung der Menschenrechte in Europa und der Sicherung des gemeinsamen kulturellen Erbes hervorgehoben. Beides war politisch in dieser Konstellation sehr bewusst positioniert und stellte eine politische Reaktion auf den überwundenen Unrechtsstaat der Nationalsozialisten in Deutschland zwischen 1933 und 1945 dar.

Diesen gesellschaftlichen Wirkungsfeldern – dem der Geltung des Rechts und dem der Bewahrung und des Schutzes der Kultur – galten folglich auch die ersten und – wie sich im Rückblick herausstellen sollte – die bedeutsamsten Konventionen des Europarates: die zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950 sowie die Kulturkonvention von 1954. Damit war der Anfang des Neubeginns gemacht.

Waren die ersten beiden Dezennien einer Kulturpolitik in (West-)Europa weitgehend restaurativ – für die Bundesrepublik Deutschland zurecht als die »Restauration der Adenauer-Ära« (siehe dazu vor allem Glaser 1997) bezeichnet – geprägt, so sollte sich das mit der »Achtundsechziger Generation« ändern: Von Paris, Berkley und schließlich auch Berlin ausgehend, wurde die etablierte Nachkriegsgesellschaft durch die studentische Protestwelle grundlegend verändert. Nichts sollte mehr »bewahrt« werden, was sich der Logik einer vehementen und auch aggressiven Gesellschaftskritik entzog. Eine von Grund auf neue Gesellschaft war politisch intendiert. Ihre jungen und vorwiegend universitären Akteure waren in ihren Protestaktionen nicht zimperlich.

Von diesem Protest blieb auch die Kulturpolitik in Europa, namentlich die der Bundesrepublik nicht ausgenommen. Im Gegenteil. Sie, die sich behäbig und primär an den bürgerlich etablierten Kultur-Institutionen und mehr oder minder bloß kunstfördernd orientiert hatte, wurde nun lautstark attackiert und insgesamt in Frage gestellt. (»Sprengt die Opernhäuser in die Luft!«) Kulturelle Alternativen wurden dezentral in den großen Städten – hauptsächlich in Gestalt von Kommunikations- und Aktionszentren – konzipiert und realisiert. Den tradierten Hoch-Kultur-Etablissements standen nun die zumeist in ehemaligen Fabriken eingerichteten Häuser der Soziokultur gegenüber. Im Feld der Kulturpolitik wurde ein gesellschaftlicher Konflikt ausgetragen. Sein Motto: Bürger, was wollt Ihr? Die etablierte »alte« Oper (als idealistische und alltagsferne Institution des Guten, Wahren und Schönen) oder die subkulturelle und alternative »Fabrik« (auch bewusst als Ort von Kreativität und kultureller Produktion verstanden)?

In diesem gesellschaftspolitischen Konflikt gewann der Europarat erneut an Bedeutung und formulierte akzeptable Auswege aus der Krise. Die Abschlusserklärung »Zukunft und kulturelle Entwicklung« von Arc et Senans (1972) eröffnete neue Perspektiven: »Zentrale Aufgabe jeder Kulturpolitik muss es sein, die Bedingungen für Ausdrucksvielfalt und ihre freizügige Nutzung zu garantieren und weiter zu entwickeln ... Es sind alle Umstände zu fördern, die Kreativität und soziokulturelle Phantasie begünstigen; kulturelle Unterschiede müssen anerkannt und unterstützt werden.« Und schließlich wurde ein moralischer Appell an die verantwortlichen Kulturpolitiker formuliert: »Kulturpolitik kommt ohne ethische Begründung nicht aus!«

In der Bundesrepublik Deutschland wurden in diesem neuen Verständnis der *Deutsche Städtetag* sowie auch die »Loccumer Kulturpolitischen Kolloquien« und später die *Kulturpolitische Gesellschaft* und der von ihr initiierte *Deutsche Kulturrat* aktiv. Durch kluges Handeln und Zulassen von Alternativen haben einige großstädtische Kulturdezernenten als kreative Vermittler gewirkt. Im Konzept der »Wege zu einer menschlichen Stadt« und namentlich im Beschluss zu »Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung« formulierten sie neue Positionen (Dortmunder Tagung 1973). Mit der Definition der Stadt als »Ort der Kommunikation, der Spielräume und der Reflexion« wurde das herrschende Kulturverständnis von Affirmation und bloßer Rezeption überwunden, der Anstoß von Arc et Senans wurde aufgenommen und eine Neue Kulturpolitik konzipiert. Im größeren politischen Zusammenhang fügte sich diese Neue Kulturpolitik ein in die Politik von Bundeskanzler Willy Brandt »Mehr Demokratie wagen!« (Texte in Röbke 1993)





Schließlich nahmen auch andere westeuropäische Länder im Lernprozess einer »Demystifikation der Kultur (Jor) diesen Impuls auf, nachdem die erste Kulturministerkonferenz, zu der der Europarat 1976 nach Oslo eingeladen hatte, ihre drei beachtlichen »Prinzipien der Kulturpolitik« beschlossen hatte:

»1. Die Gesellschaftspolitik als Ganzes sollte eine kulturelle Dimension beinhalten, die sich an der Entwicklung menschlicher Werte, an der Gleichheit, Demokratie und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen orientiert.
2. Die Kulturpolitik sollte als unerlässlicher Bestandteil der Regierungsverantwortung angesehen werden.
3. Die Kulturpolitik kann sich nicht mehr ... auf die (Künste) beschränken; ... erforderlich ist nun eine weitere Dimension: die Anerkennung der Pluralität unserer Gesellschaft.«

Für die Kulturpolitik blieb der Europarat nicht der einzige relevante übernationale Akteur in Europa.

### *MondiaCult*

Heute kann kein Kulturpolitiker mehr die Bedeutung der *UNESCO* selbst für die Europäische Kulturpolitik übersehen. Doch zu nächst stand diese Kulturorganisation der *UNO* – 1945 mit dem Sitz in Paris gegründet und zuständig für Wissenschaft, Bildung und Kultur – für West-Europa im Schatten des Europarats. Dessen Aktivitäten im Feld konzeptioneller Kulturpolitik und des Denkmalschutzes – beispielhaft das Jahr des Europäischen Denkmalschutzes 1975 »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« – dominierten und erlangten Einfluss auch auf die nationalen Kulturpolitiken; am weitesten gehend in der Bundesrepublik Deutschland.

Erst mit der »Erklärung der Weltkonferenz über Kulturpolitik« von Mexico-City im Jahre 1982 erlangte die *UNESCO* globale und speziell auch europäische Bedeutung. Sie hatte damit auch weltpolitisch einen »erweiterten« Kulturbegriff durchgesetzt und sich zum bedeutsamen Akteur westeuropäischer Kulturpolitik entwickelt.

Das im Europa des Westens, namentlich in Frankreich, nicht unumstrittene »MondiaCult«-Dokument manifestiert einen grundlegenden, auf der Devise »Kultur ist Menschenrecht«[3] basierenden Ansatz des Kulturverständnisses: »Kultur

(wird) in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen ... Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur, sondern auch Lebensformen, Grundrechte der Menschen, Wertesysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen (ein).« Was soll Kultur existenziell leisten? »Erst durch die Kultur werden wir zu menschlichen, rational handelnden Wesen ... Erst durch die Kultur drückt sich der Mensch aus, wird sich seiner selbst bewusst, erkennt seine Unvollkommenheit ... , sucht nach neuen Sinngehalten und schafft Werke, durch die er seine Begrenztheit überschreitet.« Weiterhin wird erklärt dass »alle Kulturen Teil des gemeinsamen Erbes der Menschheit sind« und damit »die Gleichheit und Würde aller Kulturen anerkannt werden«.

In diesem Dokument wird Kultur erstmals als »Hauptelement des Entwicklungsprozesses« verstanden. Dieser Gedanke, der in späteren Texten weiter entwickelt wurde, gipfelte in der Devise, »dass der Mensch Ursprung und Endziel der Entwicklung« sei. Diese Genesis-Hypothese wird danach noch mehrfach aufgegriffen und schließlich in dem »Aktionsplan über Kultur und Entwicklung« (Stockholm 1998) inspirierend mit der Nachhaltigkeitsforderung verknüpft: »Nachhaltige Entwicklung und kulturelle Entfaltung bilden ein miteinander verknüpftes Ganzes!« Damit gelingt es der *UNESCO*, den Diskurs über die Relevanz von Nachhaltigkeit auch für Kultur und Bildung zu eröffnen. Diese Debatte ist politisch noch keineswegs abgeschlossen, sondern – nicht ohne immer wieder zu konstatierende Rückfälle der Disputanten in die Engführung von Nachhaltigkeit in auf Politik, Ökonomie und Ökologie reduzierte Bezüge – im Horizont globaler Entwicklung im vollen Gange. Auch das kürzlich ratifizierte Übereinkommen der *UNESCO* zur Vielfalt der Kulturen mit seinen völkerrechtlich verbindlichen Bestimmungen vermag sie nicht abzuschließen.

### *Kultur und Freiheit im KSZE-Prozess*

Ein heutzutage meist übersehener Akteur im Bereich europäischer Kulturpolitik war die *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)*. Sie war nach knapp zwei Jahrzehnten der am folgenreichsten wirkende nachkriegs-politische Faktor schließlich selbst für die europäische Kulturpolitik. Mit dem in Helsinki proklamierten Ziel »der Stärkung des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern und zur geistigen Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit« begründet, wurden die Inhalte des so genannten »Korbes III« politisch immer dominanter.

Zunächst keineswegs als kultureller und kulturpolitischer, sondern primär als sicherheits- und friedenspolitischer Akteur wahrgenommen, spielte seit den frühen achtziger Jahren der KSZE-Prozess eine zunehmend wichtigere Rolle; ja letztlich ist im Rückblick erkennbar, die ganz entscheidende: er brachte die »Wende«



3 Artikel 27 der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte«, UNO, 1948.



von 1989/90 und dann die Aufhebung der Ost-West-Blockkonfrontation. Auf der Pariser Konferenz der 34 Staats- und Regierungschefs verpflichteten sie sich 1990 gemeinsam »die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken«.

Das hatte Auswirkungen für die Zukunft einer demokratisch-pluralen Kulturpolitik in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Sie bestand in der Gestaltung einer »kulturellen Demokratie«. Auf dem Kultur-Symposium in Krakau im Jahre 1991 wurden dafür die neuen, nun gemeinsamen Prinzipien erarbeitet und als für alle verbindlich akzeptiert. So brachten die Vertreter der am KSZE-Prozess beteiligten Teilnehmerstaaten – eingeschlossen die UdSSR und die USA – nun »ihre tief empfundene Überzeugung zum Ausdruck, dass sie gemeinsame, durch die Geschichte geprägte Wertvorstellungen teilen, die auf der Achtung der Person, der Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit, der freien Meinungsäußerung ..., der Verpflichtung zu Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Offenheit für einen Dialog mit anderen Kulturen beruhen«. Im kulturpolitischen Detail heißt es, »die freie und ungehinderte Entfaltung künstlerischer Kreativität zu fördern und zu schützen«.

Diese erste Kulturkonferenz von Ost und West auf der Basis des Prinzips der kulturellen Demokratie leitete die Entwicklung der neuen Kulturpolitiken in den so genannten Transformationsstaaten, die zunächst alle Mitglieder im Europarat wurden, ein. Das waren die kulturpolitischen Voraussetzungen für das Entree in die Europäische Union in den Jahren 2004 und 2007.

### *Das Europa der Bürgerinitiativen*

Ohne zivilgesellschaftliche Aktivitäten hätten sich Europa und namentlich seine Kulturpolitik nicht erfolgreich entwickeln können. Der Europa-Bewegung in den ersten Nachkriegsjahren waren zahlreiche (bislang noch nicht in Gänze erforschte) Europa-Manifeste aus dem deutschen und europäischen politischen Widerstand vorausgegangen: Bereits während der Nazi-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges hatten die Männer und Frauen des Widerstands im In- und Ausland die Zeit nach dem Ende der Gewaltherrschaft im Blick – und wollten sich den demokratischen Neuanfang nicht anders denn als einen europäischen vorstellen. Für ihre Europa-Ideen des Friedens war das »Europa der Kulturen« konstituierend.

Folglich dominierten in den ersten Konferenzen der Europa-Bewegung die Kultur-Themen. Beispielsweise erklärte man auf dem Treffen in den Haag 1948, dass, wenngleich für Europa die Politik und die Wirtschaft Priorität hätten, es »dennoch gleichermaßen sicher (sei), dass die Einheit Europas von kultureller Natur ist ... Kultur ... erwächst aus dem Bewusstsein für das Leben, aus einem ständigen Bedürfnis, die Bedeutung der Existenz zu erforschen ... Sie macht die Größe Europas aus«. (Denis de Rougemont)

Inspiriert von der Jugendbewegung der zwanziger Jahre und der Idee der kulturellen Einheit Europas gründete der Hamburger Getreidekaufmann Toepfer in der Vor-Nazizeit eine Stiftung zur Förderung der Kultur, der Europabewegung

und der natürlichen Umwelt. Die heute als *Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.* firmierende Fördervereinigung, die ihre Schwerpunkte im Laufe von 75 Jahren immer wieder aktualisierte, aber stets den Europa-Kultur-Schwerpunkt beibehielt, hat sich in den letzten Dezennien insbesondere in Mittel- und Osteuropa fördernd betätigt.

Die erste bedeutsame und noch heute wirkende zivilgesellschaftliche Nachkriegs-Organisation war die 1954 auf Initiative von Prinz Bernhard der Niederlande in Amsterdam gegründete *Europäische Kulturstiftung (ECF)*. Sie war angetreten mit dem Ziel, »die kulturelle und humane Dimension«, wie sie die Europa-Bewegung entwickelt hatte, zu fördern. Das geschieht – im Lauf der Jahre deutlich verstärkt – bis in die Gegenwart in Kooperation mit zahlreichen nationalen Partnerassoziationen, in Deutschland der *Deutschen Vereinigung der ECF*. Immer mehr weitere zivilgesellschaftliche Akteure haben die Entwicklung Europas und seiner Kultur und Kulturpolitik zu ihrem Anliegen gemacht (ausführlich zur europäischen Verbände- und Netzwerklandschaft siehe Patrick Glockner in diesem Buch).

Allein in Deutschland sind die Akteure in Stiftungen und vielen weiteren Nichtregierungsorganisationen, die von der *Bosch*-, der *Bertelsmann*-, der *ZEIT*-, der *Allianz*-, der *Sparkassenstiftung* bis zur *Kulturpolitischen Gesellschaft*, dem *Bundesverband Soziokultureller Zentren*, dem *Deutschen Kulturrat*, dem *Kulturkreis der Deutschen Wirtschaft* und vielen anderen mehr reichen, kaum zu überblicken. Beachtlich ist auch die »Agenda 21 für Kultur«, die auf Initiative von Einzelpersönlichkeiten aus Städten und Kommunalverwaltungen Europas im Rahmen des »Weltforums der Kulturen – Barcelona 2004« zustande kam.

### *Kulturförderung und Kulturverträglichkeit*

Die Europäische Gemeinschaft wurde erst zu einem späten – wahrscheinlich verspäteten – Akteur in der Kulturpolitik. Erst mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht 1993 wurde sie zum kulturpolitisch Mitwirkenden in Europa. Inzwischen ist sie allerdings – jedenfalls was den Umfang ihrer Fördermittel und -projekte betrifft – zum wichtigsten geworden. Neben dem unmittelbaren im Kulturbereich angesiedelten Programm CULTURE (2007–2013) werden erhebliche Mittel aus den Struktur- und Sozialfonds der Europäischen Union in Institutionen und Einrichtungen der Kultur investiert (ausführlicher dazu in diesem Buch Christine Bergmann). Im Land Brandenburg beispielsweise schlugen von den 87 Millionen Euro Gesamtausgaben für Kulturstätten in den Jahren 2000 bis 2006 die europäischen Fördermittel mit 40 Millionen Euro zu Buche.

Immer wieder hat es in den Dezennien vor dem Maastricht-Vertrag in der Europäischen Gemeinschaft Versuche gegeben – besonders aus dem Europäischen Parlament heraus – nicht nur einige kulturelle Aktivitäten zu fördern, sondern eine eigene Kulturpolitik zu entwickeln.

Als sich zu Beginn der siebziger Jahre im Europäisierungsprozess abzeichnete, dass der Anfangselan merklich nachgelassen hatte und sich Europa vom abendländischen Geist weg und hin zu einer technokratischen Wirtschaftsgemeinschaft





zu entwickeln schien, von einer Europa-Begeisterung der Bevölkerung kaum mehr die Rede sein konnte, wurde die Frage diskutiert: Wie gelangen wir dahin, dass sich das »Demos« Europas mit der Europäischen Gemeinschaft identifiziert? (Siehe hierzu auch den Beitrag von Jörn Rüsen in diesem Band)

Nachdem die Kommission sich ihrerseits darüber Gedanken gemacht, das heißt einige Papiere vorgelegt hatte, befassten sich die Staats- und Regierungschefs auf der Kopenhagener Konferenz im Dezember 1973 mit der »europäischen Identität«. Sie verabschiedeten die Absichtserklärung zur Gründung einer Europäischen Union und beauftragten ihren Kollegen Leo Tindemans, einen Bericht über den Aufbau einer solchen Union zu erarbeiten. Seine Antwort bestand in der Vorlage zur Schaffung einer Europäischen Kulturstiftung, die schließlich nach langer Diskussion zehn Jahre später vom Europaparlament abgelehnt wurde.

Rat und Kommission hätten in der Mitte der siebziger Jahre durchaus die Möglichkeit gehabt, die Identitäts-Problematik mit den kulturellen Grundwerten parlamentarische Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte aufzugreifen und mit einem Memorandum eines kulturpolitischen Konzepts in die europa-politische Zukunftsdebatte einzubringen. Das unterblieb.

Auch die nächste Chance, gemeinsam mit dem 1979 erstmals direkt gewählten Europaparlament ein kulturpolitisches Konzept zu entwickeln, wurde im Lauf der achtziger Jahre vertan. Die kulturpolitische Vorgabe des Europaparlaments in Gestalt des Fanti-Berichts (1983) wurde von Kommission und Rat nicht aufgegriffen. Lediglich eine »Feierliche Deklaration« der Staats- und Regierungschefs ist im gleichen Jahr in Stuttgart verabschiedet worden; sie proklamierte eine »engere kulturelle Zusammenarbeit, um das Bewusstsein eines gemeinsamen kulturellen Erbes als Teil der europäischen Identität zu festigen«. Selbst dieser karge Anspruch, der sich nicht einmal auf den Stand der ECC von 1954 bezieht und alle inzwischen erfolgte Entwicklung von Kulturverständnis und Kulturbegriff ignoriert, verstaubte in den Folgejahren in vergessenen Schubladen. Dabei hätten beispielsweise der Adonnino-Ausschuss »Europa der Bürger« (1984) oder die »Einheitliche Europäische Akte« (EFA 1986) Chance und Gelegenheit geboten, den Verständigungsprozess um europäische Kultur und um eine EU-Kulturpolitik nach vorn zu bewegen. Allerdings gilt, dass »kulturelles ... aus sich heraus (noch) keine europäische Einheit bewirkt« (Otto Singer).

Erst bei der Vorbereitung des Maastricht-Vertrages fruchteten die permanenten Aktionen und Entschließungen namentlich des Europäischen Parlaments.

Der Artikel 128 des Vertrages von Maastricht (Amsterdam Art 151) legt Handlungsgrenzen und Möglichkeiten der Europäischen Union fest, stellt die rechtliche Grundlage für kulturelle Belange dar und hat damit – wie Jacques Delors es ausdrückte – die EU mit »Leben und Geist« erfüllt.

Da sich diese Bestimmungen, ohne substantiell geändert worden zu sein, auch im Text der »Verfassung für Europa« (VVE) finden und in den folgenden Beiträgen mehrfach zitiert werden, ist eine ausführliche Analyse geboten.

(1) *Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedsstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.*
In diesem Absatz wird die Dialektik des Kulturbegriffs hervorgehoben. Die nationale und regionale Vielfalt und das gemeinsame kulturelle Erbe sind die Hauptkriterien der EU-Kulturpolitik. Durch die gegensätzliche Konstellation soll einerseits die Vielfalt bewahrt, andererseits die ein gemeinsames kulturelles Erbe bildende Kultur stark unterstützt werden. Wenn nur von der Vielfalt die Rede wäre, würde dies der politischen Idee der Europäischen Union (»in Vielfalt geeint«) widersprechen. Andererseits könnte durch die Förderung des ausschließlich Gemeinsamen die Mannigfaltigkeit der europäischen Kulturen gefährdet und die Kulturen langfristig zu einer europäischen Monokultur werden. Das Gemeinsame und die Vielfalt stehen in einem festen Zusammenhang.

In diesem ersten Absatz wird also durch die dialektische Verbindung der Vielfalt mit dem Gemeinsamen eine ausgewogene Kulturpolitik der Europäischen Gemeinschaft gefordert, welche nationalen Kulturbelangen den Vorrang vor gemeinsamen Aktivitäten gibt. Dies kommt darüber hinaus in der Pluralform »Kulturen« und der Formulierung »einen Beitrag« zum Ausdruck, da die Mitgliedsstaaten – nicht die Gemeinschaft – in erster Linie für ihre eigene Kulturpolitik zuständig sind.

(2) *Die Gemeinschaft fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen:*

- *Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker,*
- *Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung,*
- *nichtkommerzieller Kulturaustausch,*
- *künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich.*

Dieser zweite Absatz legt ein Tätigkeitsfeld für die Kulturpolitik fest; hervorgehoben wird die »Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker«. Er soll zu einer Weiterentwicklung des europäischen Bewusstseins bei den Bürgern beitragen. Damit verpflichtet sich die Gemeinschaft, die Verbreitung der jeweiligen Kultur der einzelnen Mitgliedsstaaten durch Austausch-, Kooperations- und Informationsprogramme zu unterstützen. Das hatte der Europarat schon 1954 in seiner »Kulturkonvention« gefordert.

Dieser Tätigkeitsbereich zielt jedoch hauptsächlich auf das materielle Kulturerbe von europäischer Bedeutung, jedoch sollen auch die nichtmateriellen Hinterlassenschaften wie Dialekte, Sprachen und Traditionen mit diesem Passus geschützt werden.

Der nichtkommerzielle Kulturaustausch umfasst internationale Kulturaktivitäten, die keinen materiellen Nutzen erzielen. Soll ein Projekt kommerzielle Ziele haben, so kann es von der Gemeinschaft folglich nicht gefördert werden. Dies ist





insofern von Bedeutung, als damit eine Orientierung kultureller Aktivitäten am Markt nicht unterstützt wird; das wird sich ändern, wenn für die Kulturwirtschaft der sogenannte Lissabon-Prozess greift.

Schließlich wird als der letzte Punkt der kulturellen Gemeinschaftstätigkeit das literarische und künstlerische Schaffen genannt. Hiermit ist die Gemeinschaft verpflichtet, das nationale und zugleich das europäische Schaffen im Bereich der Kunst zu unterstützen. Die klassischen Bereiche, das Buch und die bildende Kunst, sind in diesem Zusammenhang von besonderer Relevanz, doch wird der audiovisuelle Bereich ebenfalls genannt. Dies unterstreicht noch einmal das erweiterte Verständnis von Kultur, das auch das Entwicklungspotenzial im Bereich der Neuen Medien einschließt.

(3) *Die Gemeinschaft und die Mitgliedsstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Kulturbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat.*
Die Gemeinschaft wird hiermit zu einer selbstständigen auswärtigen Kulturpolitik befugt. Im Bereich der Kulturpolitik kann sie mit Drittländern und internationalen Organisationen wie der *UNESCO* und namentlich dem Europarat zusammenarbeiten. Der Absatz macht deutlich, dass sich die Gemeinschaft nicht auf innere Kulturpolitik beschränkt. Damit wird der Gemeinschaft die Möglichkeit gegeben, als internationaler Akteur bei kulturpolitischen Fragen aufzutreten.

Die Kooperation mit internationalen Organisationen und Drittländern betont in aller Deutlichkeit: Europa hat kulturpolitisch über seine Grenzen hinaus zu wirken: Außenkulturpolitik ist, wie es nun auch die Verfassung für Europa vorsieht, nicht nur eine legitime, sondern eine adäquate Aufgabe der Gemeinschaft.

*(4) Die Gemeinschaft trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen dieses Vertrages den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt der Kulturen.*
Diese Querschnittsformel, die sogenannte Kulturverträglichkeitsklausel, ist deshalb so wichtig, weil sie die allgemeine Dominanz der Ökonomie der EU relativiert: In allen Tätigkeitsbereichen der Gesellschaft soll die Kultur herausgehoben berücksichtigt werden.

Juristisch gesehen legitimiert und sanktioniert die Kulturverträglichkeitsklausel die bisher praktizierte Berücksichtigung der kulturellen Aspekte im Rahmen der Gemeinschaftsaktionen. Sie ist eine ausdrückliche Verpflichtung, kulturellen Aspekten in allen Tätigkeitsbereichen Rechnung zu tragen und verschafft diesen damit ein verstärktes Gewicht.

Vor dem Vertrag von Maastricht war die Kultur als primäres Recht nicht geschützt. Ungeachtet dessen, dass der Europäische Gerichtshof dennoch fast immer zugunsten der Kultur entschieden hat, war dies kein vollständiger Schutz. Diese Situation der Unsicherheit hat sich erst mit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages und der damit erfolgten expliziten Festlegung des Stellenwerts der Kultur im Gemeinschaftsrecht geändert.

Die Kulturverträglichkeitsklausel als Proprium betont zugleich noch einmal den Stellenwert dieses Vertrages im Prozess der Europäischen Union – von der Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen und Kulturgemeinschaft. Darüber hinaus wird der Gemeinschaft ein erheblicher Ermessensspielraum hinsichtlich der Frage, was eigentlich Kultur sei, zugebilligt. Die Kultur gilt als besonderer Wert, der nicht reproduzierbar und nicht durch Geldwert ersetzbar ist und daher nicht den Gesetzen des freien Marktes unterworfen werden soll. Also werden für Kultur Ausnahmeregelungen geschaffen, die im Sinne der französischen »exception culturelle« – wie in der späteren »Vielfaltskonvention« der *UNESCO* (2005) – gesichert sind. Der freie Warenverkehr kann dann behindert werden, wenn die Waren Kulturgüter sind. Kein Kulturgut soll allein Objekt des Warenverkehrs werden, und diese Begrenzung soll nicht als Diskriminierung gelten. Im Artikel 92 (Amsterdam Art. 87) wird dagegen die Förderung der Kultur als mit dem Markt vereinbar erklärt. Hiermit wird die Förderung der Kultur, die von europäischer Bedeutung ist, ermöglicht; was noch deutlicher global geregelt wird durch die »Vielfaltskonvention«, an deren Zustandekommen die EU als Gemeinschaft bedeutenden Anteil hat.

*(5) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels erlässt der Rat – gemäß dem Verfahren des Artikels 251 (Maastricht 189b) und nach Anhörung des Ausschusses der Regionen – Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten …*

Mit diesem abschließenden Absatz wird die »Kulturhoheit« der Mitgliedsstaaten akzentuiert. Beschlüsse im Bereich Kultur müssen einstimmig gefällt werden; das wird sich erst nach einer Ratifizierung der Verfassung für Europa durch Mehrheitsbeschluss ändern.

Knapp komprimiert ging es um vier Essentials einer EU-Kulturpolitik, die heute weiter zu entwickeln wären:

1. den Dialog mit allen am Kulturprozess Beteiligten zu intensivieren,
2. klare Prioritäten bei Kulturfördermaßnahmen zu setzen,
3. die kulturellen Aktivitäten der EU auf die gesetzten Ziele hin zu evaluieren,
4. ständig zu überprüfen, ob in allen Maßnahmen der EU den »kulturellen Aspekten« voll Rechnung getragen wird,
5. die Zusammenarbeit mit Drittländern mit dem Ziel der Entwicklung einer gemeinschaftlichen Kulturaußenpolitik zu verstärken.

Im Blick auf die Perspektiven ist für eine eigenständige europäische Kulturpolitik der EU die genannte Kulturverträglichkeitsklausel das Herzstück des Kulturartikels, der im Amsterdamer Vertrag noch präzisiert wurde. Wenn nun die Gemeinschaft die Pflicht hat, in all ihren Politikbereichen dem speziellen Charakter der Kultur Rechnung zu tragen, dann kann nicht genug betont werden, dass damit faktisch die allgemeine Dominanz des Ökonomischen in Schranken verwiesen wurde. Das wurde mit der durchgesetzten Beibehaltung des »nationalen Rechts« auf Buchpreisbindung beispielhaft bewiesen.





Gleichzeitig legt dieser Artikel den Grundstein für eine singuläre europäische Kulturpolitik der Nachhaltigkeit. Diese selbst allerdings ist in Ansätzen – im Blick auf die Realisierung der beiden Programme »Kultur 2000« und »Kultur 2007« – noch keineswegs erreicht. Im Gegenteil: Seit sich die Kulturdirektion der EU in ihrer Prioritätensetzung voll in den Lissabon-Prozess einbringt, rückt die Kulturwirtschaft mit ihren Leistungen, die, wie die kürzlich vorgelegte Studie »Die Kulturwirtschaft in Europa« (2006) belegt, auch ein enormes Wachstumspotenzial birgt, überdeutlich ins Blickfeld.

Doch jetzt käme es entscheidend darauf an,

- neue kulturpolitische Prioritäten zu setzen in der Vertiefung der Schlüsselrolle, der Kultur und Kunst im Projekt Europa zukommt,
- die Dialog-Möglichkeiten auszuweiten – sowohl im innereuropäischen Bereich des größeren Europa (zusammen mit dem Europarat) als auch in Drittländern,
- den un-kommerziellen Kulturaustausch verstärkt zu fördern,
- nach dem Beispiel des Erfolgsprojekts »Kulturhauptstadt Europas« ähnliche Modelle zu initiieren (ausführlich dazu Edda Rydzy in diesem Band),
- Projekte gemeinsamer auswärtiger Kulturpolitik zu entwickeln (siehe dazu auch die diversen Beiträge in Maaß 2006).

Schließlich ist die sträfliche Vernachlässigung ihrer Verpflichtung, die Kultur als Gemeinschaftsaufgabe adäquat zu fördern, deutlich gemacht, indem die EU für das nun angelaufene Programm »Kultur 2007« jährlich für alle 27 Mitgliedsländer nur etwa soviel Mittel zur Verfügung stellt (insgesamt 400 Millionen Euro), wie der durchschnittliche öffentliche Zuschuss für eine Staatsoper jährlich beträgt (siehe auch den Beitrag von Helga Trüpel in diesem Jahrbuch).

Die EU mit dem breiten kulturellen Spektrum ihrer 27 Mitgliedsländer steht vor wachsenden kulturpolitischen Verpflichtungen, die sie bislang vernachlässigt hat.

Sie ist an einem Punkt angekommen, an dem es nicht mehr hinreicht, lediglich mit Förderprogrammen wie »Kultur 2007« zu reagieren (siehe dazu auch den Beitrag von Gottfried Wagner in diesem Band). Sie muss neue kulturverträgliche und nachhaltige politische Perspektiven entwickeln und diese auch konzeptionell absichern. Wenn aus dem gemeinschaftlich erarbeiteten Übereinkommen über den »Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« der *UNESCO* praktische Konsequenzen für die EU-Kulturpolitik gezogen (ausführlich dazu Roland Bernecker in diesem Band) und das »Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs« 2008 adäquat vorbereitet werden soll, reichen letztlich nicht einmal die Bestimmungen zu Kultur und Kulturpolitik, wie sie im Verfassungs-Vertrag für Europa formuliert wurden.

Wenn es nicht nur eine rhetorische Parole bleiben soll, was Kommissionspräsident Barroso im Dezember 2006 auf der Brüsseler Konferenz »Culture: A Sound Investment for the EU« ausführte, nämlich das Kultur für die Gemeinschaft nicht ein Luxus, sondern eine existenzielle Notwendigkeit sei – ähnlich hatte er sich bereits zuvor auf der zweiten Berliner Konferenz »Europa eine Seele geben« geäu-

ßert –, dann erfordert das einen kulturpolitischen Paradigmenwechsel. (Siehe auch: Schwencke 2006 b: 19).

Die Vertreter der kulturellen Gremien und Institutionen der Zivilgesellschaft, die auf Einladung des Kommissionspräsidenten in Brüssel im Dezember 2006 versammelt waren – und sich vorher zu kulturpolitischen Aufgaben-Ziel-Fragen schriftlich geäußert hatten, erwarten nun im Frühjahr 2007 (noch rechtzeitig vor dem Berliner Kongress der *Kulturpolitischen Gesellschaft* »kultur. macht. europa – europa. macht. kultur.«) eine »Mitteilung der Kommission« zu kulturpolitischen Perspektiven der EU.

### *Europas Zukunft*[4]

Für die Deutschen, besonders für die älteren, die nach 1945 tatkräftig daran mitwirkten, ihr Land wieder in den Stand einer Kulturnation zu versetzen, ist das Habermas'sche Diktum nach wie vor gültig: »Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit.« Das deutsche Engagement im Europäisierungsprozess hat fortzudauern – auch über gegenwärtige Schwierigkeiten hinweg.

Die EU-Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Straßburger Rede vor dem Europäischen Parlament im Januar 2007 die besondere Verantwortung Deutschlands als verpflichtend bezeichnet: »Die schlimmste Periode von Hass, Verwüstung und Vernichtung liegt noch kein Menschenleben hinter uns. Sie geschah im Namen Deutschlands.« Sie bekannte sich ausdrücklich zu »einem Europa des gleichberechtigten Miteinanders aller Mitgliedsstaaten, großer wie kleiner, älterer und neuer«. Keine deutsche Rede galt mehr dem »Kerneuropa« (ihrer Parteifreunde Schäuble und Lamers; siehe hierzu in diesem Band den Beitrag von Johannes Bronisch) und einem damit verbundenen Hegemonialdenken. Im Gegenteil. Sie fragte nach dem Wesen Europas, nach Europas Seele: »Ist die Vielfalt diese Seele? (Doch) die Vielfalt als solche kann nicht das gleichsam universelle europäische Prinzip sein, das uns hilft zu verstehen, was Europa im Innersten zusammen hält« (dagegen Isensee 2007). Erst die Freiheit, so führte sie ihre Argumentation fort, ermögliche unsere Vielfalt.

Damit berührte sie das Schicksal des Verfassungsvertrages – und die schwerste und wichtigste Aufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft: Wie kann es gelingen, die Wertesubstanz der Verfassung für Europa dauerhaft zu sichern? Das ist auch eine kulturpolitische Herausforderung, dergestalt, dass zu überlegen ist, ob nicht für den Kultur-, Wirtschafts- und Rechtsraum Europa, seine nahezu 500 Millionen (EU) beziehungsweise 900 Millionen (Europarat) Bürger, eine werteverbindliche Kulturkonvention gemeinsam von allen Akteuren der Kulturpolitik, die zivilgesellschaftlichen eingeschlossen, zu erarbeiten aussteht.[5]

4 Mit diesen Überlegungen knüpfe ich an kulturpolitische Argumentationsstränge an, die ich in den Jahrbüchern für Kulturpolitik 1 (2000), 2 (2001) und 6 (2006) entwickelt habe.





Trotz der Ablehnung der Verfassung für Europa in Frankreich und den Niederlanden und eines noch nicht sichtbaren Erfolges der sich diesen Negativvoten anschließenden »Reflexionsphase« der europäischen Institutionen und der von der deutschen Präsidentschaft angesagten Konsultation muss konstatiert werden: Es hat sich im Lauf der Jahre so etwas wie eine singuläre politische Kultur der Europäischen Union entwickelt. Sie ist nicht allein elitengestützt, sondern kann als postnationale Kultur der Bürger Europas bezeichnet werden. Sie ist stabiler als die jeweils in demoskopischen Zahlen gemessenen aktuellen Stimmungen aussagen. Hauptsächlich die jüngeren Generationen der alten wie neuen Mitgliedsländer denken in überwältigenden Mehrheiten nicht mehr in nationalen Kategorien, sondern prononciert und mit Lust europäisch. Darin liegt die große Hoffnung für die Zukunft Europas – und die wird realiter in einer »gemeinsamen Grundlage« (Berliner Erklärung) für Europa Gestalt annehmen müssen.

## *Literatur*


Anhelm, Fritz-Erich (Hrsg.) (2006): *Was ist europäische Identität im Europa der Kulturen? Oder brauchen wir eine europäische Kulturpolitik?*, Loccum: Ev. Akademie Loccum

Glaser, Hermann (1997): *Deutsche Kultur 1945–2000*, München/Wien

Isensee, Josef: »Die Europäische Union hat keine Seele und sie vermisst sie eigentlich auch nicht«, in: *FAZ* v. 15.1.2007

Joas, Hans/Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2005): *Die kulturellen Werte Europas*, Franfurt am Main

Kufeld, Klaus (Hrsg.) (2006): *Europa – Mythos und Heimat*, Ludwigsburg

Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.) (2006): *Kultur und Außenpolitik, Handbuch für Studium und Praxis*, Baden-Baden (2. Auflage)

Muschg, Adolf (2005): *Was ist europäisch? Reden für einen gastlichen Erdteil*, München

Röbke, Thomas (Hrsg.) (1993): *Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik. Erklärungen und Dokumente 1972–1992*, Hagen/Esse: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag

Schwencke, Olaf (1997): *Der Stadt Bestes suchen. Kulturpolitik im Spektrum der Gesellschaftspolitik*, Bonn

Schwencke, Olaf (2005): »50 Jahre Kulturkonvention des Europarats – folgenlos?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005)

Schwencke, Olaf (2006 a): *Das Europa der Kulturen. Kulturpolitik in Europa*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (2. Auflage)

Schwencke, Olaf (2006 b): »EU vor Paradigmenwechsel ihrer Kulturpolitik?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006)

Seibt, Ferdinand (2005): *Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten Tausend Jahre*, Bonn (bpb Sonderausgabe)


5 Staatsminister Bernd Neumann hat vor dem Bundestagssausschuss für Kultur und Medien im Jahr 2005 eine entsprechende Initiative angekündigt – für die deutsche Ratspräsidentschaft in diesem Jahr? Siehe auch meine diesbezüglichen Überlegungen (2005: 14ff.).

Jörn Rüsen

# *Europäische Identitätsbildung durch Kultur?*

Bei einem Thema, bei dem es um Kultur, um Europa und um Identität geht, ist es sinnvoll, zu Beginn die Begriffe zu klären.

Also: Was ist Kultur? Die einschlägige Literatur gibt verwirrende Antworten, und fast scheint es so, als ließe sich dieser Begriff nicht definieren. Ich versuche es trotzdem. Wenn ich im Folgenden von Kultur rede, dann meine ich nicht den Gegenbegriff zu Natur, der alles das am Menschen und seiner Welt umgreift, was nicht Natur ist. Dieser Begriff ist viel zu weit, als das man mit ihm das bezeichnen könnte, was wir mit unserer Frage nach der Identität Europas meinen. Kultur ist vielmehr der Teil oder besser die Dimension der menschlichen Welt, die durch die Deutungsarbeit des Menschen an seiner Welt und an sich selbst bestimmt ist. Kultur ist also Inbegriff der menschlichen Sinnbildung im deutenden Umgang mit der Natur, im Verständnis der Welt und dem Selbstverständnis der Menschen. Solche Sinnbildung ist eine lebensnotwendige Arbeit des Geistes an der harten Materie der menschlichen Lebensbedingungen.

Und was ist Identität? Identitätsbildung ist ein Prozess der Selbstdeutung des Menschen. Ohne Selbstdeutung und Selbstverständnis können wir nicht leben. Der Identitätsbegriff ist genauso umstritten und vieldeutig wie der Kulturbegriff, und doch geht es mit ihm um etwas genauso Elementares und letztlich Selbstverständliches wie Kultur als Sinnbildung und Deutungsleistung. Bei der Identität geht es um die elementare Tatsache, dass Menschen, um sozial leben zu können, sich von anderen unterscheiden müssen. Dass wir selbst sind, ist so selbstverständlich, dass wir uns dessen gar nicht so recht bewusst sind, wie wenig selbstverständlich ein solches Selbst, ein solches lebensermöglichendes Selbstverhältnis oder Selbstbewusstsein ist. Das menschliche Selbst ist eben keine schlichte Tatsache wie die Gehirnzellen im Kopf, sondern eine Angelegenheit mentaler Praxis, die sich in allen Schichten und Dimensionierungen des Bewusstseins vollzieht. Selbstsein ist ein dauernder Prozess der Auseinandersetzung mit anderen und des Rückbezuges

von den anderen auf einen selbst. Es geht nicht nur darum, dass wir nur wir selber sein können, wenn wir uns von anderen unterscheiden, sondern auch darum, dass die Art und Weise, wie die anderen auf diese Unterscheidung reagieren und sich auf uns beziehen, wenn es ihnen um sich selbst geht, für unser Selbstverhältnis, für das, was wir sind, ganz wesentlich ist.

Identität meint zweierlei: Einmal das für unsere gesellschaftliche Natur entscheidende Bewusstsein der Zusammengehörigkeit mit anderen. Diese Zusammengehörigkeit ist freilich ohne Unterscheidung von den anderen, die nicht dazu gehören, undenkbar. Solche Zusammengehörigkeit erstreckt sich auf vieles und Verschiedenes: auf unser Geschlecht, auf lokale und regionale politische Gebilde, auf die Nation, auf unsere Religion, unsere Weltanschauung, auf unser Menschsein, aber auch auf so Triviales wie Mitgliedschaften in Vereinen, Zugehörigkeiten in unserer Berufswelt und im privaten Leben.

Europäische Identität ist also die schlichte Tatsache, dass wir uns eine Zugehörigkeit zuschreiben, sozusagen in uns hineinschreiben, die wir europäisch nennen und die uns mehr oder weniger viel bedeutet.

Zugehörigkeiten gibt es viele. Wir aber sind nicht viele, sondern eines, und das nicht nur als Person, sondern auch in der sozialen Dimension unseres Lebens, also als Kollektiv. Etwas in dieser Vielfalt von Zugehörigkeiten und Abgrenzungen hält sich also durch, hält sie zusammen, gibt ihnen Kohärenz, so dass wir in dieser Vielfalt wir selber sind und bleiben und nicht in Stücke auseinanderfallen. Diese Kohärenz nennen wir seit den entscheidenden Denkanstößen, die uns die Psychologie (z. B. Ericson 1973, 1975) gegeben hat, auch Identität. In ihr lebt das Ich einer Person oder das Selbst einer Gemeinschaft. Wir nennen diesen innersten Punkt unseres Selbstverhältnisses Subjektivität, und wir erstrecken diese Subjektivität auf das, dem wir uns zugehörig fühlen und machen es damit zu einer geistigen Größe, zu einem Sinnträger unserer Kultur.

Identität ist eine geistige Erstreckung in die Vielfalt von Zugehörigkeiten und die Rückkehr in das eigene Ich oder Wir. Es ist Bewegung, Dynamik, Arbeit – ständige Herausforderung der Selbstpositionierung im sozialen Gefüge unseres Lebens, und das heißt: in ständiger Auseinandersetzung mit den anderen, mit denen wir zusammenleben (müssen).

Dieses Selbst ist durch und durch zeitlich. Es ist dauernd in Bewegung und zeitlichen Veränderungen ausgesetzt, die uns von außen und von innen zukommen und mit denen wir ständig sinnbildend und denkend fertig werden müssen. (Selbst wenn wir schlafen; denn, das lehrt uns nicht nur die Psychoanalyse, auch unsere Träume sind Sinnbildungsarbeit an uns selbst).

Geschichte, historisches Denken als Prozess von Erinnern und Vergessen, von Eigengedenken und Verdrängen, ist für die Arbeit menschlicher Identitätsbildung das wichtigste kulturelle Medium. Man kann sagen: Identität ist eine in uns wirksame Geschichte, die uns sagt, wer wir sind. Diese Geschichte müssen wir uns und den anderen, mit denen wir zusammenleben, aber auch den anderen, von denen wir uns unterscheiden, dauernd erzählen. Wir müssen sie auch immer wieder neu





erzählen, da sich die Umstände unseres Lebens und damit unserer Bezüglichkeit zu anderen und zu uns selbst dauernd verändern.

Und Europa? Was ist Europa für uns, also nicht als geographische, politische, soziale oder ökonomische Tatsache, sondern als Teil, als Dimension unserer Identität? Als Antwort auf diese Frage drängt sich der Titel auf, den Hans Magnus Enzensberger seinem Europabuch von 1987 gegeben hat: »Ach, Europa« (2006). Heute können wir Enzensbergers »Ach!« nur wiederholen, obwohl ein solches »Ach« eigentlich ganz unpassend ist, wenn wir uns angesichts der Auszeichnung des Ruhrgebiets mit dem Titel »Kulturhauptstadt Europas« für das Jahr 2010 hier und heute der Frage zuwenden, wie es um die europäische Kultur als Faktor unserer Identität bestellt ist.

Nein, das »Ach« bezieht sich auf die gegenwärtige Verfassung Europas, auf die Rolle seiner Kultur und deren Bedeutung für uns. Ich mache es kurz: der Einigungsprozess ist nach dem Scheitern des französischen und niederländischen Plebiszits über die europäische Verfassung und nach der Neuaufnahme von mehr als zehn neuen Mitgliedern ohne strukturelle Veränderungen der politischen Form der Europäischen Union in eine schwere Krise geraten. Ein wesentlicher Faktor dieser Krise ist ihre Verdrängung in der politischen Routine der europäischen Institutionen. *Business as usual* und der Einstieg in die Erweiterung der Mitglieder um den – wie ich finde – gegenwärtig unverdaulichen Brocken der Türkei. Beides zeigt überdeutlich an, wie weit sich die europäische Union von den Einstellungen und Überzeugungen der Menschen entfernt hat, für die sie doch letztlich erfolgen soll.

Damit stellt sich die Identitätsfrage umso dringlicher. Und mit ihr stellt sich die Frage nach der Zukunft Europas in einer neuen Dimension, eben derjenigen der Kultur. Ein wirklicher Fortschritt des europäischen Einigungsprozesses ist ohne die Kraft der Kultur als neuer Antrieb undenkbar. Europa bleibt auf der Strecke, wenn seinen Institutionen und Strategien der Einigung nicht neue Impulse zuwachsen, und die können nur aus der Kultur, also aus den Mächten stammen, die in den Prozessen der Identitätsbildung wirken. Hier sehe ich ein Potenzial der europäischen Einigung, das sich noch nicht erschöpft hat, sondern in dem unverbrauchte Energie schlummert.

Aber wo liegen diese Kräfte? Wo geschieht europäische Identität? Auf diese Frage gibt es zunächst einmal eine klare negative Antwort: Sie geschieht nicht in den Institutionen der europäischen Union; sie ist keine Angelegenheit zentraler Regelungen und Verordnungen mehr oder weniger bürokratischen Charakters. Im Gegenteil: Sie ist dort lebendig, wo sich europäischer Geist zuerst und langfristig ausgebildet hat: nämlich in den Städten, in unserer urbanen Lebensform oder – um es emphatisch zu sagen – in der Kultivierung von Menschen zu Bürgern. Noch emphatischer würde ich es im Rückgriff auf eine Formulierung der Frauenrechtlerin Luise Otto Peters das »Reich der Freiheit« nennen (zu dem sie 1848 die Frauen als »Bürgerinnen« gewinnen wollte). (Gerhard/Hannover-Druck/Schmitter 1979)

Europäische Identität ist uns also zunächst als Tradition vorgegeben, eben in dieser urbanen Lebensform unserer kulturellen Bürgerlichkeit. Sie ereignet sich

dort, wo wir Bürger sind, und das heißt, wo wir uns einem historisch in unserer Kultur vorgegebenen Wertekanon und einer durch ihn geprägten Lebensweise verpflichtet fühlen. Deshalb ist das Europäische auch keine besondere oder eine eigene Dimension unserer Identität – jenseits oder oberhalb unserer nationalen oder gar anstelle unserer nationalen Identität –, sondern ein Element oder ein Faktor innerhalb der historisch schon entwickelten und uns traditionell vorgegebenen Ausprägungen von Zugehörigkeit. Deshalb ist auch die gleiche europäische Tradition in den verschiedenen Nationen und Volksgruppen der europäischen Länder unterschiedlich konstelliert, eben mit den Besonderheiten, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Nationen und Gruppen voneinander unterscheiden.

Nimmt man das Bürgersein oder die Urbanität nicht bloß als politischen Status, sondern als umfassendere und grundsätzlichere kulturelle Orientierung, dann lassen sich leicht die wichtigsten Faktoren dieser Traditionen aufzählen, die bis heute wirksam sind. Sie stellen die Basis unserer europäischen Identität in der Vielfalt ihrer nationalen, regionalen und lokalen Ausprägung dar: der auf die *Polis* gerichtete Gemeinsinn, der Logozentrismus der Philosophie, römische Rechtsvorstellungen und stoischer Humanismus, durch das Christentum gesteigerte Individualität, wissenschaftliche Rationalität mit allgemeinen Wahrheitsansprüchen, wissenschaftlich fundierte Technologie, ästhetisch verstandene und erfahrene Kunst, hermeneutische Fähigkeiten des Fremdverstehens, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, demokratische Organisation politischer Herrschaft, universell geltende Menschen- und Bürgerrechte. Diese Liste lässt sich natürlich fortsetzen. Ich würde auch die kapitalistische Rationalität der Ökonomie und die nationale Form politischer Identität in ihrer modernen voluntaristischen Form dazurechnen, aber das dürfte umstritten sein.

Aber nicht nur der Kapitalismus und die Nation sind umstritten. Im Gegenteil: Alle genannten Traditionen sind im Fluss diskursiver Verhandlungen, und diese geistige Dynamik zeichnet unser Europäertum aus. Ein entscheidender Faktor europäischer Identität ist damit schon angedeutet: die dynamisierende Kraft der Kritik, die als Bewegungs- und Veränderungskraft zu den genannten Traditionsbeständen wesentlich dazu gehört.

Genau dieses Element droht in der aktuellen Rückbesinnung auf die kulturellen Traditionen Europas verloren zu gehen. Ist es denn die Wirkungsmächtigkeit der europäischen Kultur gewesen, wie sie heute in allen Festreden, in denen die Europäische Union sich darstellt und feiert, die zu dieser Einigung geführt hat? Natürlich nicht, sondern die europäische Einigung ist das Ergebnis einer Katastrophenerfahrung, in der genau diese Traditionen gerade zu Schanden zu gehen drohten. Wir wissen, dass die Anfänge der Europäischen Union hier im Ruhrgebiet liegen: mit der Montanunion hat es begonnen, und sie war ein erster Versuch, das ungeheure Aggressionspotenzial der europäischen Staaten, insbesondere, aber nicht nur im Zeitalter ihrer nationalstaatlichen Verfassungen, zu brechen, zu zähmen und einzudämmen, nachdem es sich in zwei mörderischen Weltkriegen





ausgetobt hatte. Es ist diese dunkle Seite der Geschichte Europas, die wir neben unseren zukunftsfähigen Traditionen systematisch in den Blick nehmen müssen, wenn wir uns darüber verständigen wollen, was es heißt, europäisch zu sein.

Wir müssen also in die Züge unserer kulturellen Identität diesen Schatten, der sich durch unsere Geschichte zieht und der sich ja auch beim Namen nennen lässt, integrieren: die unglaubliche Unmenschlichkeit, mit der die Griechen ihre Sklaven behandelt haben (Flaig 2001), die römische Unterdrückung anderer Völker und Kulturen, die Kreuzzüge mit dem ungeheuerlichen Blutbad der ersten Eroberung Jerusalems, die Ketzer- und Hexenverfolgung, die genozidalen Elemente in der Französischen Revolution, die dauernden kriegerischen Konflikte zwischen den europäischen Nationen, den imperialistischen Ausgriff Europas auf die anderen Länder der Welt und deren Unterdrückung und Ausbeutung, und dann natürlich die Verbrechen gegen die Menschlichkeit im 20. Jahrhundert, die im Holocaust gipfeln.

Erst wenn es uns gelingt, diesen Schatten in unser Selbstbild systematisch zu integrieren, konzipieren wir europäische kulturelle Identität auf der Höhe der historischen Erfahrung. Ein Blick auf die unterschiedlichen Geschichtskulturen der europäischen Länder und Regionen zeigt, wie weit wir davon entfernt sind. Und doch sind wir auf dem Wege dazu (als Beispiel verweise ich auf Karlsson/Zander 2003, 2004), und mit dieser Arbeit an der inneren Ambivalenz unserer Zugehörigkeit zu dem, was wir europäische Kultur nennen, können wir auch selbstbewusst den anderen, den nichteuropäischen Kulturen in der wachsenden Verdichtung interkultureller Kommunikation als Folge des Globalisierungsprozesses gegenübertreten. (Dazu Rüsen 2004 a, 2006) Indem wir uns bewusst beiden Seiten unserer Geschichte, der zivilisatorischen Erfolgsgeschichte und der desaströsen Geschichte des Destruktionspotenzials unserer Kultur vergewissern (das Verhältnis zur Natur sollten wir dabei nicht vergessen), erreichen wir ein Selbstverhältnis, mit dem wir die Zwänge ethnozentrischer Selbstbehauptung gegen die anderen durchbrechen und uns in ein neues Verhältnis zum Anderssein der anderen setzen. (Ausführlicher dazu Rüsen 2004 b)

Die westlichen Intellektuellen haben in den letzten Jahrzehnten die Selbstkritik der europäischen Kultur auf die Spitze postmoderner Selbstpreisgabe universalistischer Geltungsansprüche unseres Wertesystems getrieben. Sie haben dabei indirekt die Vorgänge kultureller Identitätsbildung in den nicht-westlichen Ländern unterstützt, mit denen sie sich in Form eines negativen Ethnozentrismus gegen uns zur Geltung bringen: Sie legen schlicht dar, dass sie anders waren, sind und bleiben wollen, als wir in ihrer Wahrnehmung gewesen und immer noch sind. Damit affirmieren sie sich in der klassischen ethnozentrischen Weise; sie gewinnen eine werthaft positive historische Identität durch negative Abgrenzung und Abwertung der unsrigen.

Die europäische Geschichtskultur hat Ansätze zu einer fundamentalen Überwindung, zumindest aber Eindämmung des Ethnozentrismus in der historischen Identitätsbildung hervorgebracht, der jedem *clash of civilizations* zugrunde liegt.

Daran können wir anknüpfen; wir können und sollten sie weiter entwickeln und auch selbstbewusst interkulturell zur Geltung bringen. Zu diesen Ansätzen gehören die zivilisatorische Errungenschaft einer menschheitlichen Gleichheitsvorstellung, hochentwickelte hermeneutische Fähigkeiten des Fremdverstehens und eben ein konstitutives Element von Selbstkritik in den öffentlich wirksamen Formen kultureller Identität.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Humanwissenschaften, an dieser Ausprägung einer neuen Form kultureller Identität zu arbeiten. Wir sollten nicht in den alten ethnozentrischen Fehler verfallen und uns allein diese Errungenschaft selbstkritischer Ambivalenz zuzubilligen, aber wir sollten ein neues historisches, historisch begründetes Selbstbewusstsein in unserem Verständnis europäischer Identität genau daran festmachen, dass wir nicht mehr einseitig unsere Errungenschaften beschwören, sondern sie in ihrer inneren Widersprüchlichkeit deutlich machen und an uns selbst wahrnehmen. Damit erst werden wir – und zwar genau auf der Ebene der Kultur – in einer neuen Weise friedensfähig, und damit bleiben wir den Impulsen verpflichtet, die nach den Schreckenserfahrungen des 20. Jahrhunderts die Europäische Union auf den Weg gebracht hat.

Wenn wir also in den kommenden Jahren die Ehre, die dem Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas zuteil geworden ist, feiern und wenn wir uns darum bemühen, ihr gerecht zu werden, dann sollten wir nicht vergessen, dass diese »Kultur«, um die es geht, unser Europäertum also, mehr und anderes ist, als sich in grandiosen Events der Kunst darstellen und sich als Errungenschaften unserer Urbanität feiern lässt (so berechtigt und angenehm beides auch ist). Wir sollten dieses Element der Widersprüchlichkeit, der Unabgeschlossenheit, der durch Kritik inspirierten Arbeit an der Integration unseres Schattens öffentlich zur Geltung bringen und damit der Gefahr entgehen, es uns mit uns selbst zu leicht zu machen.

Ich möchte nicht verschweigen, dass wir uns mit dieser qualitativen Veränderung unseres Identitätskonzepts ein Problem eingehandelt haben, an dessen Lösung wir noch arbeiten müssen. Es handelt sich um die eingangs erwähnte Kohärenzbedingung, die Zugehörigkeitsgefühle und Abgrenzungen in der Mannigfaltigkeit der in Frage kommenden Felder betrifft. Traditionell steht für diese Kohärenz ein starker, alles überragender Identitätspol, ein Zentrum, in dem menschliche Subjektivität ruht und die Unterschiedlichkeit seiner Selbstbezüge im Verhältnis zu sich selbst aushält und organisiert. Diese Subjektivität war lange Zeit religiös verfasst. Die Religion mit ihren unterschiedlichen Mischungen mit sozialem Status, politischen Herrschaftsansprüchen und anderen dem Menschen im Kern seiner Person betreffenden sozialen Lebensverhältnissen stand für Identitätskohärenz. Die kohärenzverbürgende Integrationskraft der menschlichen Subjektivität beruhte und beruht immer noch auf starken Wertüberzeugungen, auf normativ hoch aufgeladenen Selbstzuschreibungen. In der internationalen und interkulturellen Kommunikation heutzutage übernimmt diese Rolle eine universalistische Moral. Von ihr wird lebhaft Gebrauch gemacht in der Selbstzuschreibung moralischer Qualität und in der entsprechenden ethnozentrischen Abwertung der anderen, wie es vor allem in der interkulturellen Kommunikation zwischen nicht-westlichen und westlichen Kulturen der Fall ist. Auch der weltweite Trend der Viktimisierung steht dafür: Ein Opfer zu sein, stattet eine Gemeinschaft mit der moralischen Qualität der Unschuld aus, und das Anderssein der anderen besteht in deren Täterschaft. (Der so genannte »Sündenstolz«, mit dem sich manche Kreise in Deutschland die Täterschaft der Menschheitsverbrechen in der nationalsozialistischen Diktatur zuschreiben, gehört in diesen Zusammenhang einer moralistischen Identitätskonfirmation.)





Ambivalenz ist mit solchen starken normativen Haltepunkten menschlicher Identität nur schwer vereinbar. Sie hat aber den Vorteil, dass sie das ethnozentrische Ungleichgewicht im Wertehaushalt des Verhältnisses zwischen Eigenem und Anderem überwindbar macht. Zugleich damit aber stellt sich unabweisbar die Frage: Was steht dann noch für die innere Einheit persönlicher oder kollektiver Identität? (Die postmoderne Antwort auf diese Frage, die diese Einheit grundsätzlich aufgibt und die Identität mit den hübschen Metaphern der Hybridität oder des Patchworks bezeichnet, ist eine lebenspraktisch wenig überzeugende Intellektuellengeburt.)

Worauf lässt sich dann noch rekurrieren, wenn es keine stolze Selbsterhöhung im Verhältnis zu den anderen mehr sein kann, die der eigenen Identität Lebenskraft gibt? Die einzige Antwort, die ich darauf geben kann und für die sich auch zukunftsfähige kulturelle Traditionen Europas und des Westens namhaft machen lassen, ist ein *humanistisches Verständnis des Menschen*: Die kohärenzverbürgende Größe unserer Identität ist unser Menschsein. Humanistisch wird ein solches Menschsein verstanden, wenn es die Fragilität, die Verletzbarkeit und die Fehlbarkeit des Menschen betont und aus ihr soziale Solidarität und Anerkennungspotenziale im Verhältnis zwischen Eigenem und Anderen gewinnt und den Prozesscharakter von Subjektivität betont, für den wir das schöne deutsche Wort »Bildung« haben.

Ein solches Konzept macht bescheiden und anspruchsvoll zur gleichen Zeit. Bescheiden im Blick auf die Preisgabe der Herrschaftsansprüche, die sich die moderne Subjektivität der westlichen Kultur mit ihren innerweltlichen Fortschrittsabsichten zugeschrieben hatte. Anspruchsvoll insofern, als mit einem humanistischen Menschheitskonzept eine fundamentale und umfassende Größe von Subjektivität angesprochen wird, die alle Angehörigen der Gattung *homo sapiens sapiens* teilen und die jedes Individuum in seinen unterschiedlichen sozialen Verfasstheiten mit der einen unaufgebbaren und in der Tat kohärenzverbürgenden Qualität seiner Menschenwürde ausstattet. Immanuel Kant hat diese humanistische Qualität des Menschseins in die Fassung des kategorischen Imperativs gebracht, dass jeder Mensch nicht nur als Mittel zu den Zwecken anderer Menschen, sondern als Zweck in sich selber angesehen werden müsse. Dies, so finde ich, ist der kulturelle Kern unserer europäischen Identität. Um ihn muss es gehen, wenn wir uns und den anderen klarmachen wollen, was es heißt, Kulturhauptstadt Europas zu sein.

## *Literatur*


Enzensberger, Hans-Magnus (2006): *Ach Europa, Wahrnehmungen aus sieben Ländern*, Frankfurt am Main (mit einem Epilog aus dem Jahre 2006, ursprünglich 1987)

Erikson, Eric H. (1973): *Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze*, Frankfurt am Main

Erikson, Eric H. (1975): *Dimensionen einer neuen Identität*, Frankfurt am Main

Flaig, Egon (2001): »Den Untermenschen konstruieren. Wie die griechische Klassik den Sklaven von Natur erfand«, in: Von den Hoff, Ralf/Schmidt, Stefan (Hrsg.): *Konstruktionen von Wirklichkeit. Bilder im Griechenland des 5. und 4. Jahrhunderts vor Chr.*, Stuttgart, S. 27–49

Gerhard, Ute/Hannover-Druck, Elisabeth/Schmitter, Romina (1979): *»Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen.« Die Frauen-Zeitung von Louise Otto*, Frankfurt am Main

Karlsson, Klas-Göran/Zander, Ulf (Hrsg.) (2003): *Echoes of the Holocaust. Historical cultures in contemporary Europe*, Lund

Karlsson, Klas-Göran/Zander, Ulf (Hrsg.) (2004): *Holocaust Heritage. Inquiries into European Historical Culture*, Malmö

Rüsen, Jörn (2004 a): »Tradition and Identity: Theoretical Reflections and the European Example«, in: *Taiwan Journal of East Asian Studies*, Vol. 1, N° 2, (December 2004), S. 135-158

Rüsen, Jörn (2004 b): »How to Overcome Ethnocentrism: Approaches to a Culture of Recognition by History in the 21st Century«, in: *Taiwan Journal of East Asian Studies*, Vol. 1, N° 1 (June 2004), S. 59–74 (auch in: *History and Theory* 43 (2004), Theme Issue: »Historians and Ethics«, S. 118–129)

Rüsen, Jörn (2006): »Elemente einer zukunftsfähigen europäischen Geschichtskultur«, in: Radebold, Hartmut/Heuft, Gereon/Fooken, Insa (Hrsg.): *Kindheiten im Zweiten Weltkrieg. Kriegserfahrungen und deren Folgen aus psychohistorischer Perspektive*, Weinheim, S. 241–252




Otto Singer

# *Vielfalt als Programm – Einheit als Ziel*

## *Paradoxien kultureller Identitätspolitik in Europa*

»With a flag one can do anything,
even lead a people into the promised land.«
(*Theodor Herzl*)

Am 1. Januar 2007 wurden Bulgarien und Rumänien in den Kreis der EU-Mitglieder aufgenommen. Weitere Staaten des westlichen Balkans werden voraussichtlich folgen. Gleichzeitig sind Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet worden. Eine Union mit mehr als 30 Mitgliedsstaaten erscheint nicht mehr nur als ein Zukunftsszenario. Parallel dazu versucht die Union, auf dem Gebiet der Werte und Zielvorstellungen mit dem Anwachsen der Union Schritt zu halten. Die Hoffnung vieler war, dass im Zuge der zunehmenden Verflechtungen und einer intensivierten Kommunikation ein immer dichteres Netz gemeinsamer Erfahrungen geschaffen und dass damit zugleich die Basis für eine europäische Identität gelegt werden würde. Inzwischen erscheint die Vielfalt der Kulturen, deren Koexistenz im erweiterten Europa in der Vergangenheit kaum einem ernsthaften Zweifel ausgesetzt war, zunehmend als konfliktbehaftetes Thema. Ein zentrales Problem liegt im Spannungsfeld zwischen dem für eine politische Union notwendigen Mindestmaß an sozialer, politischer und ökonomischer Einheitlichkeit und der vorhandenen – oder sich neu Gewicht verschaffenden – Vielfalt an kulturellen Orientierungen und Lebensformen in den Mitgliedstaaten und Regionen Europas. Europäische Identität war schon immer kompliziert und nur dünn entwickelt, überlagert von nationalen und regionalen Selbstverständnissen. Kulturelle Faktoren scheinen erneut – nach einer ähnlichen Schwerpunktsetzung Anfang der neunziger Jahre während der Debatten über den Maastrichter Vertrag – in den Mittelpunkt gerückt zu sein. (Biedenkopf u. a. 2004) Gerade die Kulturschaffenden – auch viele Kulturpolitiker – in Europa gehen davon aus, dass die europäische

Integration vor allem ein kulturelles Projekt sei und dass dieses Projekt vor allem mit den Mitteln der Kulturpolitik gestaltet werden könne und müsse. (Schwencke 2006)[1] Zu berücksichtigen ist freilich, dass auch in vielen anderen Feldern der Politik die kulturellen Grundlagen der europäischen Integration angesprochen werden, wie überhaupt Kulturelles in der – heute gebräuchlichen – weiten begrifflichen Fassung sich keineswegs auf die Gegenstände nur der kulturpolitischen Beschäftigung reduzieren lassen. Die Ausformungen einer kulturellen Identität zeigen sich in vielen Politikfeldern und Lebensbereichen. Dennoch ist in der politischen Praxis der EU-Institutionen die Aufgabe der Förderung einer europäischen Identität und eines gemeinsamen Bewusstseins in den letzten beiden Jahrzehnten maßgeblich den Bereichen der Kulturpolitik und auch der Bildungspolitik zugewiesen worden. Jedoch sind die bisherigen Versuche zur Schaffung eines europäischen Kulturraumes nur in Ansätzen gelungen. Die bisherigen Prozesse der Europäisierung haben im Bereich der Kultur nur wenig Spuren hinterlassen. (Schmidt 2005) Die empirischen Befunde etwa von Eurobarometer zeigen überdies, dass sich ein europäisches »Wir-Gefühl« nur im Einklang mit den sich nur langsam wandelnden nationalen und regionalen Identitäten entfalten kann.

*Vielfalt und Einheit: Die kulturelle Konfiguration Europas*

In den meisten traditionellen Integrationstheorien wird davon ausgegangen, dass mit dem europäischen Einigungsprozess, neben der Etablierung politischer und ökonomischer Institutionen, allmählich auch eine europäische Identität und Kultur entstehen würde. (Bieling/Lerch 2005) Erst in jüngerer Zeit ist dieses Bild einer harmonischen Entsprechung zwischen politisch-ökonomischer Integration und ihren kulturellen Grundlagen ins Wanken geraten. Zunehmend stellte sich die Frage, was Europa eigentlich ist, wo seine Grenzen liegen und wie die wahrgenommenen Auswirkungen der EU-Politiken auf das Leben der Europäer legitimiert werden können. Damit ist auch die Frage angesprochen, inwieweit und mit welchen Mitteln die Europäische Union sich einer gemeinsamen Identität oder eines Kollektivbewusstseins versichern kann. (Anhelm 2006, Joas/Wiegandt 2006, Heit 2005) Dass dies keineswegs nur in einem unkontrollierten, »natürlichen« Selbstlauf geschieht, lässt sich an vielen Versuchen der aktiven Konstruktion von kulturellen Formen und Traditionen ablesen. (Anderson 2005)

So kann gefragt werden, ob es bereits eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur gibt, die in ausreichender und dauerhafter Weise die bisherigen Geschichten der Nationalstaaten überlagert und damit eine geteilte oder gemeinsame Selbstwahrnehmung der Europäer ermöglicht. (Höffe 2006) Zu Recht wurde in diesem Zusammenhang auf das Einende *und* Trennende im gemeinsamen Gedächtnis der Europäer hingewiesen. (Assmann 2006) Die destruktive Kraft der nationalen Identitätspolitik – die in Europa im Zusammenhang mit der Entwicklung der wirtschaftlich-technischen Dynamik (»Entzauberung der Welt«) eine besonders markante Effizienz der Kriegskunst und des Tötens hervorbrachte – gehört ebenso zum – jeweils eigenständig institutionalisierten – Geschichtsbewusstsein wie die unterschiedlichen Formen der Auseinandersetzung mit anderen dunklen Seiten der europäischen Vergangenheit. Die Mythen der Nationen sind ein höchst ambivalentes Element im europäischen Erinnerungsfundus; sie lassen sich nicht ohne weiteres in eine gemeinschaftliche europäische Erinnerungskultur überführen. (Flacke 2001, 2004; Ackermann 2006) Außerdem setzen sich geschichtsbezogene Begründungen einer europäischen Kultur leicht dem Einwand des Ethnozentrismus aus. Die Hauptkritik gegenüber einer auf die religiösen und geistesgeschichtlichen Wurzeln Europas rekurrierenden Argumentation richtet sich vor allem gegen eine als willkürlich angesehene Auswahl historischer Einheitsvorstellungen. (Rüsen 1998)



Vor allem im Licht der neuen Ansätze zur Deutung kultureller Globalisierungsprozesse sind diese Identitätskonstruktionen in die Defensive geraten. (Sassatelli 2006) Gerade die Intensivierung der globalen Kommunikationsbeziehungen hat erhebliche Auswirkungen auf die Kulturen Europas. Dadurch verschieben sich auch die Gewichte der kulturellen Elemente innerhalb des Gefüges der europäischen Identitätsentwicklung. Überzeugungssysteme besonderer Qualität gewinnen an Gewicht auch in bisher eher säkularen Gesellschaften. Ein besonders virulenter Aspekt der Vielfalt zeigt sich in jüngerer Zeit in der Gestalt fundamentalistischer Ideologien, die – im Zusammenhang mit den kulturellen Widersprüchen der Migration (Johler u. a. 2007) – zu neuen Herausforderungen geführt haben. (Byrnes/Katzenstein 2006)

Unter den Bedingungen der zeitgenössischen Formen der Europäisierung (Schmidt/Radaelli 2004) erscheint eine tragfähige europäische Identitätskonstruktion nur realisierbar mit einem multiperspektivischen und multikulturellen Ansatz, der seine Diversifiziertheit nicht abstreitet und aus seinen grundlegend verschiedenen Wurzeln seine besonderen Prägungen bezieht. Die Fragilität eines aus vielen Dimensionen zusammengesetzten Identitätsgefüges ist offensichtlich. Auch künftig werden wechselnde Identitäts- und Abgrenzungsbezüge, Kommunikationslinien und Konfliktaustragungen die Debatten über die Zukunft Europas beherrschen. Je nach Zeitpunkt und Blickpunkt finden sich insbesondere in der öffentlichen Debatte, aber auch im politischen Diskurs, wechselnde und konkurrierende Zurechnungen. Die europäische Kultur ist deshalb ein offener, stets neu zu definierender Raum. Jeder Versuch, »Europäische Werte« zu definieren, stößt zwangsläufig auf ein vielfältiges und divergierendes Verständnis dieser Werte, das je nach nationaler, regionaler, ethnischer, konfessioneller und sozialer Zugehörigkeit variiert. (Quenzel 2005)

1 Siehe hierzu die Themenausgabe der Zeitschrift *Kulturpolitische Mitteilungen* (IV/2005). Auch in der Kulturpolitikforschung ist das Thema der kulturellen Identität im Zusammenhang mit kultureller Vielfalt mit variierender Perspektive aufgegriffen worden. (Blumenreich 2006)

*Lernziel Europa? Die vielschichtige Rolle der Kulturpolitik im europäischen Einigungsprozess*

Die Europäische Union hat seit langem darauf hingewirkt, mit den Mitteln der Kulturpolitik und mit kulturellen Bezügen die Integrationsgrundlagen der Union zu stärken. (Shore 2000) Die Formen dieser kulturellen Identitätskonstruktionen haben sich freilich im Zeitablauf verschoben. Eine Reihe von Dokumenten sollte den besonderen Charakter eines europäischen Kulturraums verdeutlichen. So wurden bereits in den frühen 1970er Jahren – so etwa 1973 in einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft über die europäische Identität – die Grundsätze der repräsentativen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte als wesentliche Grundelemente einer europäischen Kultur genannt. Eine weitere Etappe war die im Jahr 1983 verabschiedete »Feierliche Deklaration zur Europäischen Union«. Weitere Beispiele sind eher symbolischer Art, etwa die europäische Flagge, die 1985 durch die offizielle Zeremonie vor dem Hauptquartier der EU in Brüssel eingeweiht wurde, oder die Ernennung von Beethovens Neunter Symphonie als gemeinsame Hymne. Zusätzlich wurde im Jahr 1985 auf dem EU-Gipfel in Mailand der 9. Mai zum offiziellen Europatag erklärt. (Banús 2002)

Eigenständige europäische Kulturaktivitäten waren zunächst kaum von Bedeutung; sie blieben im Debattenbereich vornehmlich des Europarates, der neben der *UNESCO* bis in die achtziger Jahre die zentrale transnationale kulturpolitische Instanz war. (Juncker 2006) Eine ausdrückliche Kulturkompetenz der Europäischen Gemeinschaft war im ursprünglichen Vertrag zur Gründung der »Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft« (EG-Vertrag) nicht enthalten: In der Präambel erklären die Unterzeichner des Vertrages, die »Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen«, jedoch werden kulturelle Zielsetzungen nicht eigens formuliert. Jedoch schlossen auch die damaligen Europäischen Verträge den Kulturbereich nicht völlig aus ihrem Anwendungsfeld aus. Kulturpolitische Fördermaßnahmen waren allerdings nur möglich im Handlungsbereich anderer Politikfelder.

In der Folgezeit hat sich in der Europäischen Gemeinschaft allmählich ein Regelwerk entwickelt, das unmittelbar auf den Kulturbereich angewendet werden kann, beziehungsweise deutliche Auswirkungen darauf hat. (Craufurd Smith 2004) Ausgangspunkt hierzu waren die Überlegungen der Staats- und Regierungschefs auf dem informellen Gipfel in Den Haag im Jahr 1969. Im weiteren Verlauf wurden im »Tindemans-Bericht« vom 29. Dezember 1975 Bildung und Kultur als entscheidende Faktoren auf dem Weg zur Schaffung eines Europas der Bürger bezeichnet. Schließlich wurde auch in der »Einheitlichen Europäischen Akte« vom 28. Februar 1986 eine stärkere kulturelle Zusammenarbeit als wichtige Dimension im Einigungsprozess gefordert. Davor hatte bereits der »Adonnino-Bericht« (1985) auf die Notwendigkeit von Maßnahmen im Bereich von Kultur und Kommunikation für die Stärkung einer europäischen Identität hingewiesen.





Schließlich wurde mit dem Vertrag von Maastricht der Kultur offiziell ein Platz bei der Verwirklichung des europäischen Gedankens eingeräumt. Kulturpolitik wurde ausdrücklich zum Politikfeld der Europäischen Union erklärt: Artikel 151 des EG-Vertrages erteilt der Gemeinschaft einen expliziten Auftrag zur Kulturförderung auf europäischer Ebene unter Wahrung des kulturellen Selbstbestimmungsrechts der Mitgliedstaaten.[2] Der Kulturartikel schuf zugleich die rechtliche Grundlage für die Programme, Aktionen und Initiativen der EU, die gezielt zur Förderung kultureller Aktivitäten im Gemeinschaftsgebiet aufgelegt werden. Die Förderprogramme der Gemeinschaft können ihren »europäischen Mehrwert«[3] nur unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips erzielen, das heißt sie müssen auf die Vielfalt und Heterogenität der nationalen Kulturen Rücksicht nehmen. (Singer 2006)

Ein wichtiges Ziel der europäischen Kulturpolitik ist die Entwicklung eines europäischen Kulturraums und einer europäischen Zivilgesellschaft. Dies verdeutlicht vor allem der »Ruffolo-Bericht« des Europäischen Parlaments (2001). In diesem Bericht wird unterstrichen, dass Kultur und kulturelle Vielfalt ein grundlegendes Element der Identität der Europäischen Union darstellen. Europäische Kulturpolitik trage zu einem Identitätsmodell bei, das aus dem Zusammentreffen der Unterschiede entstehe und deshalb von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bewusstseins sei. Der Rat der Europäischen Union (Kultur) hat diese Perspektive bekräftigt. Zu nennen sind insbesondere die Entschließungen über einen neuen Arbeitsplan für die europäische Zusammenarbeit im Kulturbereich (ABl. C 162 vom 6.7.2002) und zur Umsetzung des Arbeitsplans für die europäische Zusammenarbeit im Kulturbereich (ABl. C 13 vom 18.1.2003). Die dabei entwickelten Grundsätze und Ziele prägten auch den darauf folgenden »Arbeitsplan im Bereich der Kultur 2005–2006« (Rats-Dokument 13839/04).

Die gegenwärtige Identitätskrise Europas zeigt freilich, dass die Versuche der kulturpolitischen Fundierung des europäischen Integrationsprozesses nur wenig Durchschlagskraft entwickelt haben. Es ist trotz intensiver Bemühungen der Institutionen der EU – und in unterschiedlichem Maß in den Mitgliedstaaten – nicht überzeugend gelungen, die Idee einer kulturellen Einheit Europas zu vermitteln. Das Prinzip »Einheit in der Vielfalt« ist in diesem Sinn auch ein Zeichen für die nicht auflösbaren Gegensätze zwischen unterschiedlichen Entwürfen über die künftige Gestalt Europas. Dies kann sicher nicht in erster Linie der Kulturpolitik angelastet werden. Die relativ geringe Resonanz europäischer Identifikationsangebote ist ein generelles Problem der Identitätspolitik der Institutionen

2 Auch der Entwurf einer Europäischen Verfassung hält weitgehend an diesen rechtlichen Regelungen zum Kulturbereich fest, setzt aber gerade mit der Betonung einer europäischen Identität neue Akzente. (Danwitz 2005)

3 Dies ist ein zentrales Bewertungskriterium für EU-Förderungen: Es bezeichnet den ideellen und auch den praktischen Nutzen eines Projekts für den europäischen Einigungsprozess. Ein »europäischer Mehrwert« entsteht, wenn die Ziele, Methoden und Formen der Zusammenarbeit in einem Projekt über lokale, regionale oder nationale Interessen hinausweisen.

der EU. (Laffan 2004, Thalmaier 2006) Hinzu kommt: Die kollektiven Vorstellungen über eine »gemeinsame« Kultur und Geschichte Europas resultieren nicht allein, oder nicht einmal vorrangig aus den Texten, die gemeinhin als repräsentativ für die Europäische Union angesehen werden. In viel stärkerem Maß sind es die in der medialen Kommunikation ständig präsenten Narrative der Berichterstattung zum Themenfeld Europa, über die die Vorstellungen und Konstruktionen Europas bestimmt werden. Die mediale Kommunikation findet jedoch immer noch weitgehend in den nationalen Begrenzungen statt.[4] Auch die Agenda der Kulturpolitik folgt in erster Linie diesen nationalen Diskursen. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Auswärtigen Kulturpolitik. Nach wie vor dominiert in der europäischen kulturellen Kooperation jenes Prinzip des Kulturaustausches, das die Kulturbeziehungen mit Staaten außerhalb der EU kennzeichnet. (Sattler 2007, Klamer u. a. 2006)[5] Die kulturellen Beziehungen der EU-Staaten untereinander unterscheiden sich deshalb kaum von jenen mit anderen Staaten.

### *Die Grenzen der kulturellen Vielfalt*

Kulturelles bewirkt aus sich heraus keine europäische Einheit. Vielmehr setzt dies auch eine politische Dimension und die daraus erwachsenden Entscheidungen voraus. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das institutionelle Eigeninteresse der EU-Administration an einer Verbreiterung des europäischen Gedankens. Hinzu kommen die kulturpolitischen Interessengruppen und Netzwerke, die die Interessen der europäischen Kulturschaffenden gegenüber den Entscheidungsträgern artikulieren und sich für ihre Durchsetzung engagieren. (Shore 2001, Littoz-Monnet 2003) »KULTUR 2000« erscheint in diesen Diskursen – wie auch die Konsultation der EU-Kommission im Dezember 2006 nachdrücklich gezeigt hat – in recht unterschiedlichen Rollen und ist damit zu einem »*joker in the pack*« (Rachael Craufurd Smith) geworden, dessen Zielrichtung und Inhalt offen ist. Zum Ausdruck kommt dies nicht zuletzt im Begriff der »kulturellen Vielfalt«, der in vielerlei Bedeutungsvariationen in den europäischen Kulturdiskursen auftaucht. Prinzipiell bezogen auf die Wahrung und Tolerierung von Differenz innerhalb einer Gesellschaft oder zwischen verschiedenen Kulturräumen dient dieser Begriff – aktuell bei den Debatten zur *UNESCO*-Konvention – auch als Instrument zur Abgrenzung und Neudefinition gesellschaftlicher Sphären und Funktionssysteme. Auch die EU-Kommission versucht, die unterschiedlichen Reichweiten und Zugänge zum Themenbereich »Kultur« offen zu halten. (*KOM*/1996/160; *KOM*/2006/666)

4 Beispiele für einen langsam entstehenden digitalen europäischen Kulturraum sind das »Berliner Projekt« (www.signandsight.com) und das »Netzwerk europäischer Kulturzeitschriften« www.eurozine.com

5 Das *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)* hat im Frühjahr 2007 erstmals einen Kulturbericht über die Situation in der europäischen kulturellen Zusammenarbeit präsentiert (http://cms.ifa.de/pub0); vgl. dazu auch http://www.culturalpolicies.net





Die damit verbundene thematische und disziplinäre Breite des kulturpolitischen Debattenfeldes in Europa hat jedoch ihren Preis. Ein erstes Problem ist die Grenzüberschreitung der kulturellen Sphäre und die damit verbundene Vielschichtigkeit der Zielsetzungen. Die kulturpolitische Agenda enthält nicht nur Anliegen aus dem unmittelbaren Gebiet von Kunst und Kultur, sondern erstreckt ihr Handlungsfeld auch auf das Feld des Sozialen, des Ökonomischen, der Technik und der Bildung. (Bozoki 2006) So soll Kulturpolitik dazu dienen, die negativen Effekte der gesellschaftlichen Modernisierung in den Mitgliedstaaten abzufedern. Daneben zielen kulturpolitische Programme und Aktionen in jüngerer Zeit auch verstärkt auf Modernisierungserfolge in der ökonomischen Sphäre.[6] Gleichzeitig ist die kulturpolitische Debatte jedoch geprägt von einem tiefen Misstrauen gegen Markt und Wettbewerb (»Neoliberalismus!«), verbunden mit der – oft apodiktisch vorgetragenen – Forderung nach einer Bindung der Ökonomie an kulturelle und politische Regulative.

Ein weiteres Problem ist die von vielen kulturpolitischen Akteuren gewünschte Instrumentalisierung des Kulturellen für nicht-kulturelle Zielsetzungen. (Brinkmann 2006) Kultur galt zunächst als Teil von Gesellschaftspolitik und nicht als ein Bereich, den man unter »normalen« ökonomischen Kriterien betrachten kann oder soll, da diese Kriterien zumeist als unvereinbar mit Kultur galten. Die Förderung von Kunst und Kultur war deshalb in erster Linie eine öffentliche Dienstleistung mit dem Zweck, das ästhetische Empfinden der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. (Britz 2004) Dies hat sich in den letzten Jahren nachhaltig geändert: Im Vordergrund steht heute die thematische Verbindung der Aspekte Wirtschaft, Kultur und Arbeitsmarkt. Diese Auffächerung der kulturpolitischen Ziele bedarf jedoch einer konzeptionellen Rechtfertigung, die bisher nur in Ansätzen geleistet worden ist. Ein wichtiges Thema wäre etwa die Prüfung der Frage, wie die Wettbewerbsbedingungen des kulturwirtschaftlichen Sektors zu stärken wären, ohne die genuin kulturpolitischen Zielsetzungen zu gefährden.

Die damit verbundene Problematik zeigt sich insbesondere am Beispiel der Medienpolitik der Europäischen Union. Die Entwicklung der Medienmärkte wurde angesichts der Dominanz der US-amerikanischen Informations- und Kulturindustrie vor allem unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der kulturellen und politischen Identität in Europa beurteilt. Die EU hat sich hierbei zwischen zwei oft widersprüchlichen Zielen bewegt. Einerseits sollten starke Medienorganisationen auf pan-europäischer Ebene ein Gegengewicht zur US-amerikanischen oder auch japanischen Stärke im Mediensektor bilden, während gleichzeitig auf nationaler Ebene eine deutliche Präferenz bestand, mit nationalen Regulierungen den kulturellen Pluralismus zu erhalten. (Theiler 1999) Dies hat sich nun in zweifacher Hinsicht als ein Hemmnis des europäischen Einigungsprozesses erwiesen. Zunächst nach innen, indem die Zustimmung zur vertieften und op-

6 Es geht vor allem darum, die Kulturwirtschaft in den Zielhorizont der Lissabon-Strategie einzubeziehen. (KEA 2006)

timierten Staatlichkeit durch eine Verfassung auch mit den Argumenten der kulturellen Vielfalt verweigert wurde; nach außen, indem die Zustimmung zur weiteren Ausdehnung der Union erodiert und damit zugleich den Wettstreit der Konzeptionen über die Gestalt und die Identität Europas immer deutlicher auf die Tagesordnung gesetzt wird.

*Perspektiven*

Die bisherigen Bemühungen zur Konstruktion einer europäischen Identität haben bislang nicht dazu geführt, dass sich ein europäisches »Wir-Gefühl« mit einem annähernd vergleichbaren Dichtegrad wie bei den nationalen Identitäten entwickelt hat. Weder die kulturellen und institutionellen Gemeinsamkeiten der europäischen Staaten noch die Entstehung einer europäischen Handlungsebene haben bislang zu einer starken Identifikation der Bürger mit Europa geführt. Die Institutionen der Union und deren Akteure haben deshalb neue Anstrengungen unternommen, das kulturelle Fundament für die künftigen Integrationsfortschritte zu stärken. Ein deutliches Signal setzte die österreichische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 mit der Einladung des politisch-kulturellen Europa in die Geburtsstadt Mozarts nach Salzburg zur Tagung »The Sound of Europe« am 27. und 28. Januar 2006. Damit wurde die Kultur in das Zentrum der Politik gerückt. Die Kulturschaffenden saßen nicht als Ornament am Rande der Veranstaltung, sondern auf gleicher Höhe mit den zentralen Akteuren der europäischen Politik.

Im Rahmen der anhaltenden Debatte über die Zukunft Europas und über die Frage, wie es mit dem Entwurf des Verfassungsvertrags weitergehen soll, aber auch anlässlich des 50. Jahrestages des EWG-Vertrags im Frühjahr 2007 hat sich die Aufmerksamkeit erneut auf die kulturellen Werte und Ziele der Europäischen Union konzentriert.[7] Dass Europa nur Bestand haben wird, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Idee der europäischen Einigung und mit dem europäischen Friedensprojekt identifizieren, kommt auch im EU-Präsidentschaftsprogramm der Bundesregierung (*Bundestags-Drucksache* 16/3680: 14) und im »Achtzehnmonatsprogramm des deutschen, des portugiesischen und des slowenischen EU-Vorsitzes« zum Ausdruck (Rats-Dokument 17079/06). In der »Berliner Erklärung« der Staats- und Regierungschefs der EU vom 25. März 2007 wurde – einem Vorschlag der Kommission vom Mai 2006 folgend (*KOM*/2006/211) – ein Bekenntnis zur Kultur als Fundament der europäischen Bürgeridentität abgelegt. Auch die neuen Programme im kultur- und medienpolitischen Bereich – insbesondere »KULTUR«, »Media 2007«, und »Europa für Bürgerinnen und Bürger« – betonen die europäischen Gemeinsamkeiten. Unterstützt wird diese Zielrichtung voraussichtlich auch im neuen Arbeitsplan des Rates im Bereich der Kultur (2007–2010), der unter portugiesischer Präsidentschaft verabschiedet werden wird.

7 Begleitet wird dies von einer neuen Kommunikationsstrategie der Kommission. Siehe hierzu die Informationen unter http://ec.europa.eu/communication/index.de.htm





Die neuen Akzentuierungen der EU-Kulturpolitik – manche erwarten auch einen »Paradigmenwechsel« (Olaf Schwencke) – kulminieren in der Kommissions-Mitteilung vom Frühjahr 2007. In diesem umfassenden Bericht zur Rolle der Kultur in Europa geht es vor allem um die Frage, wie die Kultur zur Stärkung der europäischen Identität und der gemeinsamen europäischen Wertgrundlagen beitragen kann (»Europäische Agenda für Kultur«). Allerdings wird dies angesichts der vielfältigen und widersprüchlichen Erwartungen und Ansprüche an die Rolle der Kultur im europäischen Integrationsprozess keine leichte Aufgabe werden. Ein Hinweis auf die Schwierigkeiten gab auch die Berliner Konferenz »Europa eine Seele geben« im November 2006. Gerade die forcierte Betonung der kulturellen Vielfalt hat zu einer Vernachlässigung der Frage geführt, in welcher Weise diese vielfältigen Partikularitäten sich als ein einigendes Band in einem sich weiter integrierenden Europa erweisen können. So wirft Kristin Baßler zur Recht die Frage auf, ob es überhaupt möglich sei, bei so vielen strukturellen Unterschieden und inhaltlichen Ansätzen in den Mitgliedstaaten und Regionen der Gemeinschaft so etwas wie eine Einheit in der Vielfalt herzustellen. (*politik und kultur*, Heft 1/07: 21) Deutlich wird damit auch, dass die Identität Europas letztlich von den Völkern und Institutionen Europas ausgehandelt werden muss. Dies erfordert nicht zuletzt eine Vertiefung und Intensivierung der kulturellen Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten der EU, die vor allem durch transnationale Kulturinstitute, kulturelle Netzwerke und andere zivilgesellschaftliche Formen der Zusammenarbeit getragen wird. Der Kulturpolitik sollte dabei eine Schlüsselrolle zufallen. Da die Schaffung von Identitäten sich jedoch einem monothematischen und -disziplinären Zugang entzieht, stellt sich nicht nur die Aufgabe einer politikfeldübergreifenden Kooperation. Gerade weil die Agenda der europäischen Kulturpolitik in den letzten Jahren immer komplexer und unübersichtlicher geworden ist, wird es auch darum gehen, in kritischer Überprüfung ihrer Stärken – und nicht zuletzt ihrer Kompetenzen – zu einer zieladäquaten Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Politikfeldern zu gelangen.

## *Literatur*


Ackermann, Ulrike (2006): »Das gespaltene Gedenken. Eine gesamteuropäische Erinnerungskultur ist noch nicht in Sicht«, in: *Internationale Politik*, Nr. 5/2006, S. 44–48

Anderson, Benedict (2005): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt: Campus

Anhelm, Fritz Erich (Hrsg.) (2006): *Was ist europäische Identität im Europa der Kulturen?*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Loccumer Protokoll Nr. 08/06)

Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München: C. H. Beck

Banús, Enrique (2002): »Cultural Policy in the EU and the European Identity«, in: Farrell, Mary u. a. (Hrsg.): *European integration in the 21st Century*, London: Sage, S. 158–183

Biedenkopf, Kurt u. a. (2004): *Die geistige und kulturelle Dimension Europas. Abschließende Bemerkungen*, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen

Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Monika (Hrsg.) (2005): *Theorien der europäischen Integration*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Blumenreich, Ulrike (2006): »Wo steht die Kulturpolitikforschung heute?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 47–49

Bozoki, Andras (2006): »Für eine kulturelle Erneuerung Europas«, in: *Europäische Rundschau* (Wien), Nr. 1/2006, S. 83–89

Brinkmann, Hans (2006): »Ist instrumentelle Kulturpolitik legitim?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 31–36

Britz, Gabriele (2004): »Die Freiheit der Kunst in der europäischen Kulturpolitik« in: *Europarecht*, Heft 1/2004, S. 1–26

Byrnes, Timothy A./Katzenstein, Peter J. (Hrsg.) (2006): *Religion in an Expanding Europe*, Cambridge: Cambridge University Press

Craufurd Smith, Rachael (Hrsg.) (2004): *Culture and European Union Law*, Oxford: OUP

Danwitz, Thomas von (2005): »Die Kultur in der Verfassungsordnung der Europäischen Union«, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Heft 9/2005, S. 529–536

EU-Parlament (2001): *Bericht über die kulturelle Zusammenarbeit in der Europäischen Union* (»Ruffolo-Bericht« vom 16. 7. 2001, A5-0281/2001)

Flacke, Monika (Hrsg.) (2001): *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*, München: Kochler & Amelang

Flacke, Monika (Hrsg.) (2004): *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen* (Begleitbände zur Ausstellung), Berlin: DHM

Heit, Helmut (Hrsg.) (2005): *Die Werte Europas: Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?*, Münster: LIT

Höffe, Otfried (2006): »Europas Entdeckung und Erfindung: Die Vision eines Philosophen«, in: Kufeld, Klaus (Hrsg.): *Europa – Mythos und Heimat*, Freiburg: Verlag Karl Alber, S. 25–41

Joas, Hans/Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2006): *Die kulturellen Werte Europas*, Bonn: bpb

Johler, Reinhard u. a. (Hrsg.) (2007): *Europa und seine Fremden. Die Gestaltung kultureller Vielfalt als Herausforderung*, Bielefeld: Transcript

Juncker, Jean-Claude (2006) : *Europarat – Europäische Union. Eine einheitliche Zielstellung für den europäischen Kontinent*, Berlin: AA

KEA European Affairs (2006): *The Economy of Culture in Europe* (Study prepared fort The European Commission, October 2006), Brüssel: EU-Kommission

Klamer, Arjo/Petrova, Lyudmilla/Mignosa, Anna (2006): *Financing the Arts and Culture in the European Union*, Brüssel: Europaparlament

Laffan, Brigid (2004): »The European Union and its Institutions as ›Identity Builders‹«. in: Herrmann, Richard/Risse, Thomas/Brewer, Marilynn (Hrsg.): *Transnational Identities. Becoming European in the EU*, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 75–96

Littoz-Monnet, Annabelle (2003): »European Cultural Policy: A French Creation?«, in: *French Politics*, Nr. 3/2003, S. 255–278

Quenzel, Gudrun (2005): *Konstruktionen von Europa. Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union*, Bielefeld: Transcript

Rüsen, Jörn (1998): »Die Herausforderungen des Ethnozentrismus in der Moderne und die Antwort der Kulturwissenschaften«, in: Rüsen, Jörn u. a. (Hrsg.): *Die Vielfalt der Kulturen*, Frankfurt: Suhrkamp, S. 12–36

Sassatelli, Monica (2006): »The Logic of Europeanizing Cultural Policy«, in: Meinhof, Ulrike Hanna/Triandafyllidou, Anna (Hrsg.): *Transcultural Europe. Cultural Policy in a Changing Europe*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 24–42

Sattler, Julia (2007): *Europa – eine integrative Kraft in der britischen, deutschen und französischen Auswärtigen Kulturpolitik?*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag

Schmidt, Manfred G. (2005): »Aufgabeneuropäisierung«, in: Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.): *Europawissenschaft*, Baden-Baden: Nomos, S. 129–146

Schmidt, Vivien/Radaelli, Claudio (2004): »Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues«, in: *West European Politics*, Nr. 2/2004, S. 183–210

Schwencke, Olaf (2006): *Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa*, Essen: Klartext-Verlag

Shore, Cris (2000): *Building Europe: The Cultural Politics of European Integration*, London: Routledge

Shore, Cris (2001): »The Cultural Policies of European Union and Cultural Diversity«, in: Bennett, Tony (Hrsg.): *Differing Diversities. Cultural Policy and Cultural Diversity*, Strasbourg: COE, S. 107–121

Singer, Otto (2006): »Kulturpolitik«, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2006*, Baden-Baden: Nomos, S. 183–186

Thalmaier, Bettina (2006): *Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Identität*, München: CAP

Theiler, Tobias (1999): »Viewers into Europeans? How the European Union tried to Europeanize the Audiovisual Sector, and Why it Failed«, in: *Canadian Journal of Communication*, Nr. 4/1999, S. 1–30



Thomas Krüger

# *Wer hat eigentlich Interesse an einer europäischen Öffentlichkeit?*

Die Ansichten darüber, was Europa für uns bedeutet, gehen weit auseinander. Im Wesentlichen kann man zwei Grundmuster erkennen: Entweder wird das, was man unter Europa versteht, auf eine Metaebene verwiesen. Europa ist dann das abstrakte und durch Recht- und Vertragsetzung geregelte Dach über dem Konkreten, dem Vielfältigen, dem Nationalen oder Regionalen. Europa wird hierbei als ein relativ loser Bund von Staaten verstanden, die sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen, um Vorteile aus diesem Bund für sich selber zu ziehen.

Oder Europa wird als eine konkrete Utopie verstanden, die auf eine weitergehende Staatenvereinigung hinausläuft. Hierbei verliert das Konkrete, das Vielfältige, das Nationale, das Regionale zunächst an Souveränität, um hernach in einem demokratischen Staatenbund seine besonderen Interessen auszuhandeln und zu entfalten. Von einem solchen Europa werden dann auch starke Interessenvertretungen nach außen erwartet werden.

Diese beiden Tendenzen laufen derzeit nebeneinander her. Auf der einen Seite werden vor dem Hintergrund des Binnenmarktes ökonomiegetriebene Standardisierungen und Rechtsetzungen auf den Weg gebracht, die alle Mitgliedsländer binden. Auf der anderen Seite werden der Europäischen Kommission durch den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs immer wieder politische Grenzen gesetzt. Die Macht der Mitgliedsländer mit ihren Partikularinteressen ist groß genug, um dem Europäisierungstempo Einhalt zu gebieten und Besitzstände zu wahren. Europa und seinen Institutionen fehlt es häufig faktisch an der ausreichenden Legitimität, um sich interessenübergreifend durchzusetzen. So erklärt sich unter anderem auch das immer wieder beklagte Demokratiedefizit, was die Relevanz einer europäischen Verfassung verdeutlicht.

Der französische Philosoph Etienne Balibar hat vier Baustellen für ein »Europa der Bürger« beschrieben. Er weist auf die Notwendigkeit der Demokratisierung

des europäischen Rechtssystems hin, fordert ein europäisches Sozialmodell ein, besteht auf einem zivilen Einreise- und Aufenthaltsrecht und streitet für eine »europäische Öffentlichkeit«. Diese Forderungen verweisen, ausgehend von den bestehenden Defiziten, durchgehend auf unmittelbare Bürgerrechte, ohne die ein lebendiges und demokratisches Europa Makulatur bleiben muss. Balibar geht zurecht davon aus, dass die demokratischen Grundrechte und Standards in einem vereinigten beziehungsweise zusammenrückenden Europa nicht hinter den lange erkämpften nationalen Standards, insbesondere der westeuropäischen Demokratien, zurückbleiben können.

Das Subjekt einer europäischen Öffentlichkeit ist also vergleichsweise klar ausgemacht. Weder die europäischen Institutionen noch die Summe der Mitgliedstaaten in der Gestalt des Rates haben sich bisher dadurch hervorgetan, dass sie sich für eine kritische europäische Öffentlichkeit interessieren. Es sind die Bürgerinnen und Bürger selbst, die Zivilgesellschaft, der es um ein solches Anliegen gehen muss. Demokratie braucht zwingend Öffentlichkeit. Europa versteht sich laut allen bisherigen Dokumenten und öffentlichen Bekundungen demokratisch. Also ist eine europäische Öffentlichkeit unverzichtbar und im Kern »eine vitale Frage der europäischen Demokratie« (Barbara Pfetsch).

Der öffentliche Raum ist und bleibt der Ort und die Gelegenheit der Bürgerinnen und Bürger, ihre individuellen Meinungen gegenüber anderen Bürgern, aber auch gegenüber dem Staat und seinen Institutionen zu vertreten, Kontroversen auszutragen oder Minderheitenpositionen sichtbar zu machen. Barbara Pfetsch unterscheidet dabei drei Gruppen von Akteuren mit ihren spezifischen Interessen: 1. Sprecher und Quellen, die themenbezogen Informationen und Meinungen von sich geben, 2. Vermittler beziehungsweise Medien, die diese Beiträge aufnehmen und weitergeben und 3. das Publikum, das die Sprecher beobachtet. Erst das Interesse aller drei Gruppen zusammen lässt das Funktionieren von Öffentlichkeit erwarten.

Öffentlichkeit bleibt dabei aber kein statischer Raum, sondern ist einem permanenten Wandel unterworfen. Öffentliche Diskurse passen sich den gesellschaftlichen Entwicklungen und den Vermittlungsmöglichkeiten an. Durch die Entwicklung der Medien, erst recht im Kontext ihrer Digitalisierung und ihrer massenhaften Verbreitung, erleben viele Menschen Öffentlichkeit nur noch medial vermittelt. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass es auch heute im Kern darum geht, kommunikatives Handeln der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Zurecht hat der Gießener Soziologe Helmut Dubiel darauf hingewiesen, dass Demokratie vor diesem Hintergrund nicht nur auf die institutionelle Verfasstheit als repräsentative Demokratie reduziert werden kann, sondern vielmehr »diskursive Demokratie« sei, in der das Fortschreiten von Gesellschaft nach zivilen Regeln immer neu reflektiert und ausgehandelt wird. Das gilt auch dann, wenn nicht alle Bürgerinnen und Bürger aktiv an dieser diskursiven Demokratieveranstaltung teilnehmen, es sich bei den Akteuren der Zivilgesellschaft mithin um Avantgarden handelt. Das trifft im europäischen Maßstab sicher in besonderer Weise zu.



*Wer hat eigentlich Interesse an einer europäischen Öffentlichkeit?*

Eine europäische Öffentlichkeit aber stößt auf diverse Schwierigkeiten. Die entscheidenden Barrieren dabei sind die Vielfalt der Sprachen und Kulturen. Öffentlichkeit generiert sich in Europa immer noch weitgehend national, weil der Bezugsrahmen »diskursiver Demokratie« vornehmlich die nationalen Parlamente und die nationalen Medien und Kulturinstitutionen sind. Freilich bleibt Öffentlichkeit längst nicht mehr im strengen Sinne national. Die meinungstreibenden und meinungsbildenden Institutionen blicken schon seit langem über den Tellerrand hinaus. Sie erfassen aber nur jeweils den Teil, den sie für die eigene Öffentlichkeit für relevant halten.

Ein Blick in die Tageszeitungen oder die elektronischen Medien zeigt zum Beispiel sehr deutlich, dass es in Europa unterschiedlich durchlässige Sprach- und Kulturräume gibt. In Deutschland ist man ganz gut über die angelsächsische und auch die französische Öffentlichkeit unterrichtet, jedoch eher schlecht über die spanische und skandinavische Öffentlichkeit. Dies ist natürlich auch ein Ausdruck der unterschiedlich hohen Sprachbarrieren, die es zu überwinden gilt. Festzustellen bleibt zudem, dass die Bevölkerung der kleinen europäischen Länder offenbar Fremdsprachen affiner ist als die der größeren Länder und sich deshalb potentiell eher für die Öffentlichkeiten anderer Länder interessieren lässt. Alles scheint zwar auf die *Lingua franca* des Englischen als entscheidende Fremdsprache hinauszulaufen, aber für einen differenzierten kultivierten Diskurs bleibt die Vielfalt der Sprachen relevant. »Europäische Öffentlichkeit« wird sich deshalb nur dann in breiterem Maßstab entwickeln können, wenn der Gleichzeitigkeit der Sprachen und mithin der Kunst der Übersetzung ein adäquater Spielraum eingeräumt wird. Europäische Identität lässt sich am besten mit der eigenen Muttersprache entwickeln und bleibt so sprachlich und kulturell immer gefangen. Man kann mithin nur von einer »national determinierten europäischen Öffentlichkeit« sprechen.

Auch die Kulturbarrieren müssen berücksichtigt werden. Die europäischen Gesellschaften haben sich über Hunderte von Jahren ausdifferenziert und eigene Traditionen erarbeitet. Sie haben in ihrer Orientierung und Wertesetzung eine Vielzahl von Eigenheiten vorzuweisen, die man oft nur aus der jeweiligen Landes-, Kultur- und Sprachgeschichte heraus verstehen und akzeptieren kann. Die Kulturräume in Europa haben sich auch durch Kriege, Koalitionen und Allianzen und natürlich durch diverse religiöse Prägungen geformt. Sie stehen sich bis heute mit einem unterschiedlichen Maß von Empathie gegenüber, was den Zugang zu den jeweiligen Öffentlichkeiten erleichtert oder erschwert. Oft bestimmen trotz enormer Modernisierungsschübe alte und sich reproduzierende Vorurteile das Bild der Öffentlichkeit des jeweiligen Nachbarn.

Wenn man aber das Ziel einer europäischen Bürgerschaft (Balibar) verfolgt und dabei Demokratie diskursiv versteht (Dubiel), kann man den derzeit vorhanden Teilöffentlichkeiten nicht wirklich einräumen, vollgültige europäische Öffentlichkeit zu sein. Vielmehr bedarf es verschiedener Modelle transnationaler europäischer Öffentlichkeit, denen es auf eine europäische Rezeption von Themen

ankommt. Ohne eine grundsätzliche Erweiterung und Öffnung nationaler beziehungsweise sprach- und kulturraumorientierter Öffentlichkeiten ist europäische Öffentlichkeit nicht denkbar. Diskutiert werden hierbei im Wesentlichen zwei Modelle (Barbara Pfetsch). Zum einen eine wirkliche transnationale europäische Öffentlichkeit, die sich aus Sprechern, Medien und Publikum verschiedener europäischer Länder zusammensetzt und einen gemeinsamen europäischen Kommunikationskontext bildet. Zum anderen wird von der Europäisierung nationaler Öffentlichkeit gesprochen, wenn Themen und Akteure zum europäischen Kontext im Vergleich zum nationalen Kontext zunehmen und sich perspektivisch auf eine wirkliche transnationale Öffentlichkeit hinbewegen.

In jedem Fall gilt, dass eine Entgrenzung der nationalen Öffentlichkeiten unausweichlich ist. Im Grunde sind klassische Medien dazu nur sehr bedingt in der Lage. Sie kommen aus nationalen Kontexten, verpflichten sich einer Sprache – auch wenn das eine oder andere Medium sich schon mal eine Übersetzung in eine weitere Sprache leistet (meistens das Englische) – und binden sich damit an ein bestimmtes nationales Publikum. Eine Entgrenzung wird nur in Formen von Medienverbünden aufzufinden sein. Europäische Öffentlichkeit verlangt – ähnlich dem Beitritt zur Europäischen Union – ein »Einlesen« der Inhalte nationaler Öffentlichkeiten in eine Metaöffentlichkeit. Für die Bürgerinnen und Bürger Europas bedeutet das letztlich, dass sie an den Debatten ihrer Nachbarländer aktiv und rezeptiv teilhaben können. Bis dahin, das dürfte unumstritten sein, ist es aber noch ein weiter Weg.

Die bereits angesprochenen Medienverbünde sind jedoch bereits vorhanden. Sie folgen unterschiedlichen redaktionellen Prinzipien und Schwerpunktsetzungen. Eines ihrer Merkmale sind europäische Redaktionen, die sprachübergreifend Inhalte generieren und distribuieren. In unterschiedlichem Maße und mit unterschiedlicher Qualität gelingt es diesen Redaktionen ihre Inhalte in mehreren Sprachen zugänglich zu machen. Die kostenaufwändigen Übersetzungen setzen dabei vielen dieser Medienverbünde harte Grenzen. Die Vielfalt der Sprachen lässt sich, ökonomisch gesehen, in Medienverbünden offenbar nur begrenzt aufnehmen. Damit gründet sich »europäische Öffentlichkeit« – ökonomisch bedingt – immer schon auf Sprach- und Kulturhegemonien. Um dem entgegen zu wirken, böte sich an, dass die Europäische Kommission hier zu Lasten der vielfältigen PR- und Kampagnenaktivitäten einen wirklich herausragenden Förderschwerpunkt setzt. Die Übersetzungsförderung ist eine Schlüsselaktivität für ein »Europa der Bürger«.

Um sich ein präziseres Bild von den Varianten europäischer Öffentlichkeit zu machen, werden hier einige Formate und Beispiele skizziert.

### *Veranstaltungen*

In Europa trifft man auf eine Vielzahl von Veranstaltungsformaten. Neben den Fachöffentlichkeiten, die eine wichtige Rolle spielen, sind es vor allem interdisziplinäre Diskurse und der nicht zu unterschätzende Begegnungscharakter, die





europäische Öffentlichkeit generieren. Durch die Teilnahme von Akteuren aus den Mitgliedsländern wird Öffentlichkeit »im Kleinen« geschaffen. Europäischen Konferenzen kommt eine spezifische Ästhetik zu, die sich durch ein Spiel mit kulturellen Diversitäten und Selbstbehauptungsformen auszeichnen. Die direkte Begegnung und die damit verbundenen Erfahrungen der Europäer kann durch kein medial vermitteltes Format ersetzt werden.

### *Publikationen*

In den letzten Jahren haben die klassischen Publikationen zunehmend den Weg in die Mehrsprachigkeit gesucht. Es gibt ein Bewusstsein dafür, die Sprachbarriere niedrig zu halten, um einen Zugang zu den Inhalten zu gewährleisten. Die Relevanz einer europäischen Rezeption leitet sich aus den europäischen und internationalen Kontexten her, in denen Inhalte heute zirkulieren müssen, um Bedeutung und Wirkung zu erlangen. Auch Periodika versuchen diesen Weg, wie beispielsweise *Le Monde diplomatique* oder *Lettre International*. Sie bleiben zwar konventionelle Publikationen, verlassen sich jedoch nicht mehr alleine auf eine Kernsprache und operieren mit Übersetzungen, um in anderen sprachlichen Kontexten rezipierbar zu werden.

Dass das aber noch kein Garantieschein für lebendige europäische Öffentlichkeit ist, belegt das Beispiel, dass Thierry Chervel mit Bourdieus letztem Bändchen »Ein soziologischer Selbstversuch« in seinem Essay »Lets Talk European!« anführt. Bourdieu wollte seine Thesen nicht in der Hektik der französischen Öffentlichkeit »verbrennen« und hat das Buch deshalb zuerst in der Edition Suhrkamp veröffentlicht. Doch die deutschen Medien haben die Sprengkraft des Buches nicht verstanden und erst Wochen später Pflichtrezensionen abgeliefert. Da in Frankreich nicht ernsthaft »deutsch« gelesen wird, gab es auch dort keine öffentlichen Schwingungen, die sich jedoch eruptiv entluden, als der Band schließlich in Frankreich erschien.

Dieses Beispiel erzählt sehr viel über die Schwierigkeiten und den aktuellen Status europäischer Öffentlichkeit.

### *Fenstermodelle*

Eine Reihe von klassischen Medien wie der Hörfunk (z. B. *Deutschlandfunk*), aber auch das Fernsehen und eine Reihe von Tageszeitungen setzen auf Überblicksformate, die in Rubriken Raum für europäische Debatten geben. Diese Fensterlösungen, nicht selten von externen Dienstleistern und Redaktionen zugearbeitet, basieren jedoch in aller Regel auf Medien, deren hauptsächliche Vermittlung im nationalen Kontext stattfindet. »Europäische Öffentlichkeit« wird als ein Extra zu nationaler Öffentlichkeit angeboten. Immerhin ein Verweis darauf, dass auch von den »Tankern« der nationalen Öffentlichkeiten die Relevanz europäischer Themen und Debatten wie auch die europäische Öffentlichkeit selber als Herausfor-

derung wahrgenommen wird. Vor allem in den medialen überregionalen Qualitätsangeboten in Deutschland kann man diesen »Europäisierungsaspekt« sehr gut beobachten. Fenstermodelle sind, wenn man so will, eines der Paradebeispiele für die zu gehenden Zwischenschritte auf dem Weg zu einer echten transnationalen europäischen Öffentlichkeit.

*Internetangebote*

Die Medienverbünde, die wir als ein wichtiges Merkmal zukünftiger europäischer Öffentlichkeit markiert haben, finden im Grunde erst in den Internetangeboten ihr angemessenes Medium. Das Netz bietet die nötigen Voraussetzungen, um sowohl das Aufsuchen von Inhalten als auch das europaweite redaktionelle und übersetzende Bearbeiten der Inhalte zu unterstützrn und zeitnah zu ermöglichen.

Es gibt eine Reihe sehr unterschiedlicher Angebote zu europäischer Öffentlichkeit, die von der Adaption klassischer Zeitungsformate mit typischen Netzformaten und interaktiven Modulen (*cafebabel.com;* aus Paris) bis hin zu Plattformen reichen, die Inhalte mehrsprachig syndikalisieren (*project-syndicate.org;* aus Prag und New York), um sie für andere Distributionswege tauglich zu machen. Es gibt sehr verdienstvolle Plattformen, die relevante Inhalte in mehreren Sprachen zugänglich machen (*eurozine.com*; aus Wien) und breit angelegte Plattformen, die mehrsprachig ganze Debattenfelder organisieren (*labforculture.org*; aus Amsterdam). Die Vielfalt der Angebote ist kaum überschaubar. Aber diese Vielfalt zeugt von einem vitalen Bedürfnis nach einer Öffentlichkeit, die klassische nationale Medien mit ihren vorsichtigen Europäisierungsmodellen nicht bieten.

Es lässt sich gut zeigen, dass in Europa heute zeitgleich über dieselben Gegenstände berichtet, kommentiert und debattiert wird. Die Vermutung, in den nationalen Öffentlichkeiten würden jeweils verschiedene nationale Themen behandelt, trifft sicherlich auf eine Reihe von national relevanten Fragen zu. Eine Vielzahl von politischen und kulturellen Themen wird jedoch zunehmend längst europäisch debattiert. Natürlich ist die Erdölpipeline durch die Ostsee Gegenstand der europäischen Berichterstattung, weil sie viele Länder angeht und auf höchst unterschiedliche Weise Gegenstand der Betrachtung wird. Natürlich ist die Energiepolitik in Europa, ist die Liberalisierung der Strommärkte Gegenstand der Debatte in Europa. Natürlich werden Fragen der Erinnerungspolitik in den europäischen Ländern reflektiert, vor allem in den Ländern mit einer Diktaturvergangenheit. Das Besondere an diesen Debatten ist, dass sie – oft ohne unsere Wahrnehmung, weil wir durch die nationalen Öffentlichkeiten so stark gefesselt sind – zeitgleich stattfinden, nicht selten am selben Tag.

Das dreisprachige Internetportal *eurotopics.net*, das von der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* betrieben wird, bildet diese Debatten in Ausschnitten ab und ergänzt sie um eine Magazinrubrik, die Hintergrundwissen bereitstellt. Zwei Redaktionen, in Paris und Berlin, organisieren ein europaweites Scouting, um diesen Service wochentäglich zu organisieren. Der auch als Mail-Service bereitgestellte Tagesüberblick erscheint am Nachmittag und umfasst ein Tagesthema, dass als Dossier zusammengefasst ist. Es folgen weitere Rubriken, die wichtige Debatten europäischer Vordenkerinnen und Vordenker, europapolitische und kulturelle Fragen und nationale Debatten mit europäischer Dimension vorstellen. Die ausgewählten Texte werden jeweils dreisprachig (deutsch, englisch, französisch) zusammengefasst und mit dem Link zum Originaltext bereitgestellt. In einem Archiv sind die ausgewählten Beiträge wieder auffindbar. *Eurotopics.net* wird zu der zentralen Plattform der *bpb* für Europathemen ausgebaut und wird später auch Angebote zur Journalistenfortbildung und spezielle Veranstaltungen zu europäischen Debatten integrieren. Damit kann diese Website, wie viele andere Angebote im Netz, veranschaulichen, dass europäische Öffentlichkeit keine bloße Idee ist, sondern durch die Kraft des Faktischen zunehmend an Raum gewinnt.

Es ist die europäische Zivilgesellschaft, die nicht wartet, bis ihr das zukünftige Europa vorgesetzt wird. Sie organisiert europäische Debatten schon heute. Auch für die kulturelle Praxis gilt deshalb zunehmend, dass jede Hervorbringung potentiell europäisch rezipierbar wird. Mit dieser Entgrenzung, die in bester europäischer Tradition neue Freiheiten schafft, wird Künstlerinnen und Künstlern, den Kunstvermittlern und Kulturpolitikern, aber auch dem Publikum ein neuer Gestaltungsraum eröffnet.

Gottfried Wagner[1]

# *Europäische Kulturpolitik – mein Gott, was soll das denn sein?*

*Die Skepsis*

Europäische Kulturpolitik ist mühsam. Künstler finden sie meist langweilig oder aussichtslos. Nationalen Kulturbürokraten ist sie »Nebensache«. Medien ignorieren sie. »Sonntagspredigten. Keine Kompetenzen, kein Geld. Gott sei Dank. Das fehlte noch.«

»Okay«, räumen Gutwillige noch ein, »bestimmte Dinge wären ja nicht so schlecht. Unterstützt die Kreativen aus ärmeren Ländern. Ermöglicht Übersetzungen und fördert ein paar wichtige Gemeinschaftsprojekte, aber lasst da nicht diesen Apparat in Brüssel ran. Den Bock zum Gärtner machen im Garten der Kultur! Gebt das bisschen Geld den Mitgliedsstaaten, oder den Stiftungen, die wissen, wie man das macht.«

»Und überhaupt«, meinen die noch Skeptischeren, »angesichts der neuen Unübersichtlichkeit – höhlt die Nationalstaaten nicht noch mehr aus. Lasst ihnen die Bildung, rührt nicht an die Kultur. Bitte keinen Einheitsbrei!« Um dann noch – in mildem Widerspruch – anzufügen: »Kunst ist sowieso international. Künstler sind immer schon europäisch gewesen. Die brauchen eure frommen Sprüche nicht.«

*Der »cultural turn« und das reale Vakuum*

Pragmatiker meinen: »Kümmert euch um Jobs und die Sicherheit! Kulturpolitik? Die Musik spielt anderswo: Energie, Liberalisierung in der Wirtschaftspolitik, Außenpolitik …«

Merkwürdig nur, wie gleichzeitig der »Kultur-Talk« ins Kraut schießt, seit 9/11 im Wesentlichen. Globale *cultural clashes* werden beschworen, und ein Europa, das

1 Der Autor ist Direktor der unabhängigen *Europäischen Kulturstiftung*. Er vertritt hier seinen persönlichen Standpunkt.

sie abwenden möge; gleichzeitig ruft man das Ende des Multikulturalismus aus, und die politischen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mutieren schon mal zum Kulturkampf um die »europäischen Werte«. Der EU Kommissionspräsident macht sich anheischig, die Wertordnung umzudrehen: es sei ja die Kultur, die letztlich zähle. Eine Kultur-Großkonferenz jagt die andere: 2007 im föderalen Deutschland zur »Kulturmacht Europa«; und schließlich wird 2008 gar zum »Jahr des Interkulturellen Dialoges« ausgerufen. Kulturpolitik in Europa boomt.

Allerdings noch (?) ohne Folgen: Das Kulturbudget der europäischen Institutionen ist noch immer so schmal wie der Inhalt des Klingelbeutels nach der Sonntagspredigt.

*Der Verlust der großen Erzählungen*

Offenbar ist uns einiges abhanden- (große Erzählungen) und durcheinandergekommen (das »Eigene« und das »Andere«). Sand ist ins Getriebe der Nationalökonomien geraten, mächtiger Flugsand von weit her. Poröse Grenzen sind kein Hindernis mehr für die, die nichts mehr zu verlieren haben. Die Schauplätze von Armut und Reichtum sind »glokal« geworden. Nachzügler-Länder, ehemals Hungerleider, sind zu »Wachstums-Dämonen« geworden; wir »lagern aus« und wir kaufen ihre – »unsere« – Waren billig, ohne Augenzwinkern angesichts des (sozialen) Werteverlusts, der in ihnen eingedampft ist.

Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeiten: In anderen Teilen der Welt greift man massenhaft zur wohlfeilen Währung fundamentalistischer Tradition in pseudoreligiösem Gewande. Und unser boulevardesker politischer *mainstream* geht in diese Falle.

Weltpolitisch schlägt ein (Halb-)Starker um sich, und die anderen wissen nicht, wie sie seiner (Ohn-)Macht beikommen sollen. Das arme, reiche Europa wäscht sich dabei gerne die Hände in Unschuld und schielt doch nach dem *fall out*-Profit, noch dazu oft in klassisch nationaler Manier.

Europa? *Der* Erfolg von Delors, der Euro, wird als »Teuro« erlebt. Offene Grenzen sind selbstverständlich geworden – oder eine Bedrohung.

Nichts scheint rund zu laufen. Da kommen plötzlich die »Werte« ins Spiel, »die Kultur«. Und wo Kultur, da ist Kulturpolitik nicht fern.

»daham statt Islam« darf eine rechtsextreme Partei in Wien plakatieren. Die französische *KP* gräbt die Bildsprache der Zwischenkriegszeit aus, um die Verfassung Europas zu boykottieren. »Solidarität« von links meint derzeit in den Niederlanden *gegen* Europa zu sein. Mozarts »Idomeneo« wird im Jubiläumsjahr in Berlin vom Spielplan abgesetzt. Die Ausfallstore zur kollektiven Angstmache stehen weit offen.

Der europäische Bürger scheint sich in einen kosmopolitischen Kopf (wettbewerbsbedingt Handel und Wandel treibend) und einen um »Identität« (sprich: Bewahren des Status Quo) ringenden Bauch zu spalten.





Und weit und breit kein Adenauer, kein Robert Schuman (und scheinbar kein Shakespeare, Cervantes oder Flaubert). Europa hat Mühe mit seiner Deutungsmacht (»Krieg und Frieden ist Ur-/Großvaters Zeug«) oder ist bloß noch vage Versprechung. Hilft da die neue (kulturelle) Identitäts-Suche?

*Wider die Naivität*

Nach den Schrecknissen der christlichen Bruderkriege waren es gerade die »sakrosanktesten« europäischen Werte der Aufklärung, die uns ein starkes Stück an irdischer Verantwortung für unser gemeines Wohl in die Wiege gelegt haben. Dieser humanen Selbstverpflichtung waren wir Europäer lange nicht gewachsen: Ideologien (mit ihren kulturpolitischen Kernen) wie der Nationalismus und vor allem die beiden »totalsten«, Faschismus und Kommunismus, haben unseren Kontinent und Teile der Welt verheert.

Europa hat gelernt, mit seinen Schatten zu leben. Die pragmatische und säkulare Real-Utopie »Europäische Union« ist zwar nicht die beste aller Welten, aber doch ein erfolgreiches Friedensprojekt. Entgegen dem Spott der Fundamentalisten jeder Couleur ist Europa heute das komplexeste Projekt transnationaler Demokratie, des produktiv-ironischen Aushaltens der Differenz. Reich an Erbe in kultureller Vielfalt, ist unsere Rolle wohl, die kategorischen, praktischen und kulturellen Bedingungen des Handelns in Freiheit zu bewahren und Gleichheit auszubauen, in weltbürgerlicher Absicht.

Wer lacht am Ende am besten? Es steht zu hoffen: Alle die mit dem Humor des Aushaltens der Unterschiede, im Respekt für das Individuum, das »wächst« zwischen Identität, Bindung und Wandel, dem eigenen und dem anderen.

Einen Haken hat das ganze noch. Am »Ende der Geschichte«, Gott sei Dank zu früh ausgerufen, müssen wir nur noch ein »winziges« Problem lösen: Die soziale Dimension des Wirtschaftens zu bewahren und auszubauen. Auf dem Kontinent der Erfindung des Kapitalismus und des Sozialismus beäugen der Stier und seine Beute Europa das goldene Kalb, und wissen noch immer nicht so recht, was tun.

*Fortschritt?*

Zu oft ist das Fortschritts-Pathos zum Leid vieler geworden. Um *nicht-naiv* vom Fortschritt sprechen zu können: Was sind denn »*pragmatisch*« die zwei wichtigsten Herausforderungen der EU? *Effektivität* (Jobs, Wachstum, Wohlfahrt, Soziale Kohäsion, Innovation) und *Legitimität* (Demokratie und Teilhabe, Frieden, Sicherheit, die Menschenrechte).

Beide Ziele – vereint – zu erreichen, ist immens schwierig. Denn die EU ist nichts ohne die Mitgliedsstaaten, und die agieren mit unterschiedlichem Tempo und mit 25, seit 1.1.2007 27 Agendas. Trotzdem, nur wenn dies gelingt, kann eine funktionierende EU sich im globalen Umfeld behaupten, als wettbewerbsstarker Partner, und als Partner in Solidarität auf dem Weg zu einer friedlicheren Weltordnung.

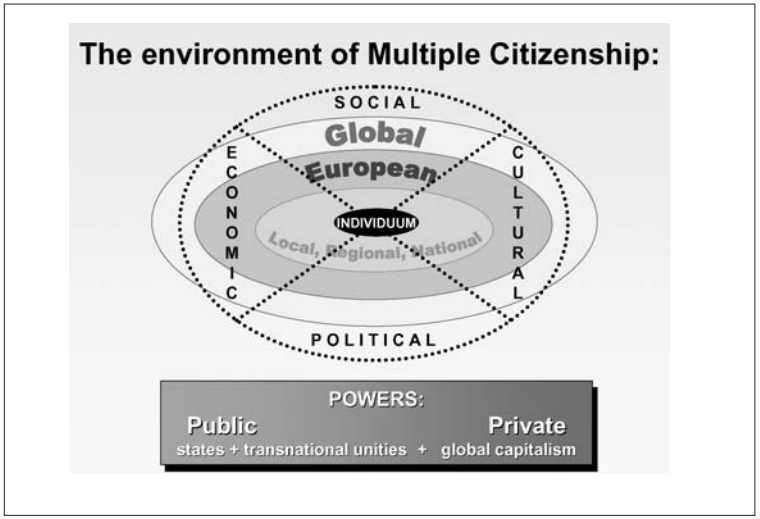
Damit eine starke EU kein Herrschaftsapparat wie ein »Empire« wird, muss ihre *politische Kultur* eine der *Teilhabe in »mehrfacher (multiple) citizenship«* werden: Der Kern politischer Partizipation wird wohl noch lange der *Nationalstaat* bleiben, sichert er doch am überschaubarsten demokratische Kontrolle. Doch darum herum wächst eine weitere demokratische und dringend zu demokratisierende Umwelt: die EU, derzeit der am weitesten reichende Raum, wo Mitgestaltung, Kontrolle und Korrektur durch die Bürgerinnen und Bürger noch (ansatzweise) möglich (und notwendig) sind. Nahezu unbemerkt entsteht *European citizenship*. Im dritten Kreis der Verantwortung und Kontrolle, der globalen (Un-) Ordnung, scheinen Bürgerbeteiligung und demokratischer Ausgleich utopisch. Dennoch, die Netzwerke machen an den Grenzen Europas nicht halt, und *global citizenship* umfasst – in der einen oder der anderen Weise geteilte – Verantwortung für Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit.

*Multiple citizenship* ist längst Realität; wir haben nur noch keinen Begriff davon.

*Das Wohl des Individuums* ist unsere wichtigste gesellschaftliche »Qualität«; es entfaltet sich sozial, wirtschaftlich, politisch *und kulturell,* und zwar in allen »Umwelten«: lokal, regional, national, europäisch und global, inmitten transnationaler und transkultureller »Ströme«. Wir (Europäer) streben nach sozialem Ausgleich und ökonomischem Erfolg, nach politischer Aushandlungskultur zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in kultureller Selbstverwirklichung und wechselseitiger Anerkennung der Differenz. Den Rahmen stecken die *Machtverhältnisse* ab (und wie wir mit ihnen umgehen): Öffentliche (Staat) und private (globaler Kapitalismus).








*Genau hier kommt die europäische Kulturpolitik ins Spiel*

Europäische politische Kultur (mit ihrer *multiple citizenship*) muss unwiderruflich ihre »kulturelle Natur« bestimmen, und zwar im Kern um das Begriffspaar *Vielfalt* einerseits und *Kohäsion* anderseits. Kein Europa ohne Kohäsion (lebendige *citizenship*); und ein schreckliches Europa ohne Vielfalt. Die Herausforderung ist mindestens dreifach: Das kreative Wechselspiel von Vielfalt und Kohäsion muss sich entfalten und bewähren zwischen den Herausforderungen »Effizienz« und »Legitimität«; zwischen nationaler, europäischer und globaler citizenship; und zwischen den Polen öffentliche (Politik) und privater (»Markt«) Verantwortung.

*Kulturpolitik für Europa: Aktionsfelder*

Kulturpolitik für Europa braucht finanzielle Mittel und Instrumente, um ihre demokratisch verhandelten Ziele zu erreichen.

Neun *Aktionsfelder* lassen sich behaupten, auf denen europäische Kulturpolitik tätig sein muss:

1. *Integration und Vielfalt*: Die EU muss genuin europäische Kultur-Kooperation und Mobilität fördern sowie Politiken zum Nutzen der Vielfalt und der Kohäsion entwickeln, um die Ebene der *European citizenship* in weltbürgerlicher Perspektive kulturell zu »imprägnieren«. Und zwar für alle Menschen, die in Europa leben.
2. *Kultur und Wirtschaft*: Im klugen europäischen Ausgleich zwischen *public* und *private* müssen Rahmenbedingungen für kulturelle Produktion, Dissemination

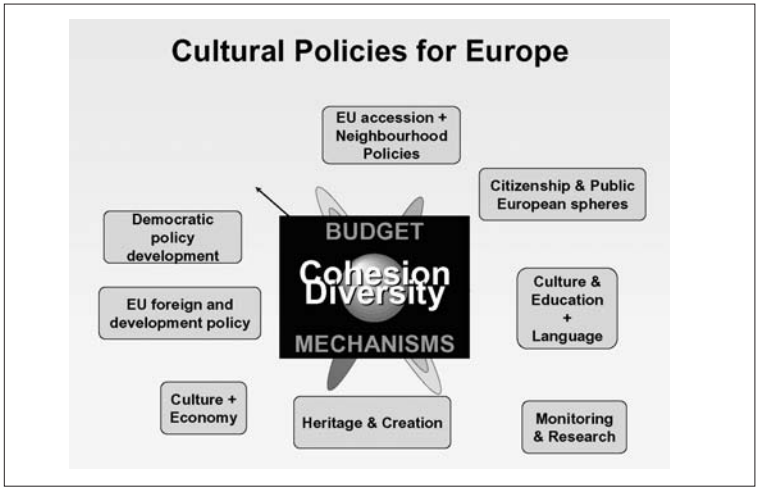
und Konsumption, für *access*/Zugang, Partizipation und für den Schutz des geistigen Eigentums geschaffen werden, die der Wettbewerbsfähigkeit einerseits dienen, ohne andererseits Kunst und Kultur zum bloßen Werkzeug zu machen. Europa darf nicht zum Vielfalts-Museum der Welt werden.

3. *Europäisches kulturelles Erbe und zeitgenössische Kreativität*: Neben den Maßnahmen auf lokaler und nationaler Ebene muss Europa sein transnationales, transkulturelles Erbe pflegen – *und* innovative Grundlagen schaffen für das *inter-kulturelle Erbe der Zukunft*. Dies fördert Mehrfach-Identifikationen und *multiple citizenship*.
4. *Kulturelle Bildung für Europa und Sprachen*: Sie sind der »Rohstoff« unserer Vielfalt, Voraussetzung für die Mehrung von sozialem und kulturellem Kapital.
5. *Der europäische öffentliche Raum:* Keine *citizenship* ohne transnationale Debatte, Agoras, Foren. Innovative Formen von Zusammenarbeit im Bereich der traditionellen und der neuen Medien sind wesentlicher als noch so gute Kommunikationsstrategien der Kommission.
6. *Europa ist mehr als die EU:* Kulturelle Zusammenarbeit mit den Staaten und vor allem Gesellschaften im Beitritts-Warteraum, sowie mit der »Nachbarschaft« sind von strategischer Bedeutung für die Glaubwürdigkeit europäischer (Kultur-)Politik.
7. *Kulturelle EU-Außenpolitik:* Die »Marke« im Inneren muss die »Marke« nach außen sein: Kohäsion und Vielfalt, interkulturelle Kooperation. Entwicklungshilfe und Konfliktmanagement, *public diplomacy* und demokratische Kulturpolitik sind Felder, die nicht mehr nur national bestellt werden können.
8. *Instrumente zum Monitoring; Forschung:* Europäische Kulturpolitik braucht – wie in den Städten und im Nationalen – Planungsinstrumente, Daten, Vergleich, Messung und Steuerungsinstrumente.
9. *Demokratische Kulturpolitikentwicklung:* Europa braucht Stäbe und *think tanks*, Debatte und Reflektion, und einen strukturierten, subsidiären Dialog zwischen den öffentlichen und privaten Akteuren sowie mit dem dritten Sektor.

*Wer sind die (potentiellen) Akteure?*

*Wer »macht« derzeit implizit oder explizit, de facto und de jure europäische Kulturpolitik?*
Der wesentlichste »Player« ist der *private Sektor, die Wirtschaft, der Markt*, nicht nur die Kulturindustrie. »Kulturpolitik« ist hier vor allem *lobbying* und das Setzen von Fakten, die wohl mehr als vier Fünftel des realen »Kulturbruttoprodukts« (in Europa) bestimmen, gemessen am Umsatz und gemessen an den darin gesetzten Parametern für Produktion und Konsumption. Verglichen damit sind die Budgets der *Gemeinden, Länder und Staaten* wohl nur ein relativ marginaler Bruchteil, allerdings verfügen diese über die größte explizit legale Steuerungsmacht (Gesetze und Bürokratie). Die europäischen Institutionen verfügen weder über große Steuerungsmacht noch über relevante finanzielle Mittel. Das alte Quasi-Monopol des *Europarats* in der europäischen Kulturpolitik ist dabei, politisch, vor allem aber budgetär ausgehöhlt zu werden, und kann wahrscheinlich nur transformiert überleben in Verbindung mit der Menschenrechtspolitik. Das europäische Machtzentrum ist die *EU*; die *Kommission* hat lediglich eine schmale (allerdings nicht ausgeschöpfte) rechtliche Grundlage für Kultur. Die Verfahren der Kommission sind an sich schon überbürokratisiert für die (vergleichsweise »billigen«) Partner in den Sektoren Kunst und Kultur führt das zu der nahezu paradoxen Situation von größtem Bedarf und hoher Ablehnung der Verfahren, daran kann auch das (überforderte) *Parlament* nicht viel ändern. In ihrem Kern-Kulturprogramm hat die Kommission etwa so viele Mittel wie ein großes Opernhaus, allerdings für 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger (und die Nachbarn).








Der *dritte Sektor, Netzwerke, Stiftungen et cetera*, verfügt nicht einmal über einen Bruchteil dessen, vor allem wenn es um transnationale Projekte geht. Ihre »Macht« ist das *networking* und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft und die Nähe zum »Feld«. In den vergangenen Jahren haben sich neue Allianzen abgezeichnet, deren Potenzial nicht zu übersehen ist.

*Ausgehend von einer Analyse der Stärken, Schwächen, Potenziale und Gefahren (SWOT), wie sollte sich in Zukunft der Radius der Akteure verändern und erweitern?*
*Städte* sind derzeit führend im bewussten Umgang mit und im produktiven Ausschöpfen des kulturellen Potenzials, das sich aus Erbe und Kreativität sowie aus der transkulturellen Realität und europäischer *multiple citizenship* ergibt. Sie sollten dabei (und in ihrem *networking*) unterstützt werden.

*Nationalstaaten* sind tendenziell neonationaler Ideologisierung am stärksten ausgesetzt. Unter dem Druck populistischer Antworten auf die neuen Komplexi-

täten verengt sich Kulturpolitik häufig auf »Export«-Strategien, symbolische Positionierung und Identitätspolitik.

Der Europarat hat wahrscheinlich vor allem *ein* Instrument, das im »Wettbewerb« unschlagbar und unersetzlich ist: die Entwicklung von kulturpolitischen Standards im Kontext der Menschenrechte. Die operativen Programm-Elemente des Europarates werden wohl in den Bereich einer zukünftigen EU-Kulturpolitik wandern und dort erhalten und weiterentwickelt werden müssen; freiwerdende Energien sollten für Synergien mit der EU benützt werden.

Die *EU* (*Kommission und Parlament in Kooperation mit dem Rat*) muss eine Kulturpolitik, die der Rede wert ist, erst entwickeln (und das wird, so dringend es ist, lange dauern), sie kann das aber – gegen Widerstände –nur dann tun, wenn sie innovative Formen der demokratischen Entwicklung von Kulturpolitik und von Rahmenbedingungen entfaltet sowie kreativere Formen der flexibleren Nutzung ihrer Programme durchsetzt. Das Budget für letztere muss verzehnfacht werden auf einen immer noch bescheidenen Wert von 70 Cent pro Bürger pro Jahr.

*Zivilgesellschaftliche* Verbünde (von Netzwerken und Stiftungen) können den Aktionsdruck erhöhen durch machtvolleres gemeinsames Auftreten und *advocacy* durch *best practice*.

**European Cultural Policies: SWOT**

| | S | W | O | T |
|---|---|---|---|---|
| EU | Political power centre | Marginal means + tools; Overly bureaucratic; Small legal base | Growth and flexibilisation; Interdepartmental coordination | Continued stalemate and rethorics |
| COE | Wider Europe; Move flexibility; Stock of experience | Commitment of member states; Practically no funds; Bureaucracy | Niche player; Connected to human rights issues | Disappearing |
| Third Sector | Grassroots; Legitimacy; Transnational networking | Volatile; Voluntary; Vulnerable; Incestuous | Professionalisation; Increasingly international | Status quo |
| „Market" | Economic power; Often transnational | Purely economic logic | Creative industries; Competitiveness | Homogenisation; Dominance of monopolies |
| Member states | Traditional mechanisms; Dominant in public expenditure and public diplomacy | Mostly „national" interests | Europeanisation | „Exclusive" nationalism |

Zu ergänzen wäre hier die besondere Rolle der Städte.

*Die Wiederentdeckung des Politischen*

Das Europa der ersten Generationen war ein faszinierendes Experiment der pragmatischen Verschränkung von Interessen von Staaten und Nationalökonomien zur Sicherung des Friedens, der Freiheit und der Menschenrechte und zum Aufbau von Wohlstand und Solidarität. Das Europa der nächsten Generationen wird das Experiment sein, Globalisierung erfolgreich und friedlich mitzugestalten, nach innen und nach außen.



Je schwieriger die Aufgabe, desto wichtiger, dass alle Bürgerinnen und Bürger Europas sie – gemeinsam – erkennen und an ihr mitarbeiten. Diese Gemeinsamkeit kann nur wurzeln in der wechselseitigen Anerkennung der Unterschiede. Gemeinsamkeit braucht ein erweitertes politisch-demokratisches Fundament, Partizipation, Integration der neuen Mitbürger, öffentliche europäische Debatte und starke europäische Impulse in Bildung und Kultur.

Die Alternativen wären fatal: Hegemonie statt Ausgleich, Verarmung und Verlust der sozialen Kohäsion, Neo-Imperialismus statt Solidarität, Gleichschaltung statt Freiheit zum Unterschied, Kriege statt Frieden. Europa ist ein Kraftzentrum des erfolgreichen Ausgleichs und eine Schatzkammer hoch entwickelter kultureller Vielfalt. Skepsis ist angebracht hinsichtlich des Status Quo, aber nicht hinsichtlich des Ziels.

*Kulturpolitik stärkt die politische Kultur Europas im Gestalten der Globalisierung.*

Die jüngsten Initiativen der Kommission zur Vorbereitung des ersten relevanten Strategie-Papiers zu Kultur und Europa nach Maastricht (»Communication« 2007) sind ein Schritt in die richtige Richtung. Es wird allerdings der Kreativen bedürfen, und ihrer politischen Verantwortung, daraus den lebendigen Funken zu schlagen.

*Was steht unmittelbar an?*

1. In allererster Linie ein klares politisches Konzept über die Rolle der Kultur im politischen Integrationsprozess Europas, in klarer Sprache.
2. Neue politische Verantwortlichkeit der Akteure jenseits von Populismus, Zynismus und Gremien-Talk.
3. Neue Bündnisse (etwa zwischen Städten, zivilgesellschaftlichen Plattformen, Künstlerverbänden und den europäischen Institutionen) im Dialog mit den Mitgliedstaaten der EU.
4. Stärkung der Netzwerke und europäische Plattformen nationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen.
5. Eine transversale Kulturpolitik auf europäischer Ebene, die Innen- und Außenpolitik, Sozial-, Wirtschafts- und Integrationspolitik ebenso miteinander verbindet wie mit der Medienpolitik.
6. Experimente, die die Flexibilisierung und »Vergesellschaftung« (nicht Re-Nationalisierung) der europäischen (EU-)»Instrumente« testen und vorbereiten.

*. Strengths, weaknesses, opportunities and threats

Hans-Georg Knopp

# *Ein europäisches Verhältnis …*

*Einheit in Vielfalt*

Wer über »Europa« redet, muss sagen, welches Europa er meint. Europäische Vielfalt heißt schließlich nicht nur, in einem bestimmten Rahmen verschiedenste Inhalte zu fassen: Oft lässt sich schon der Rahmen nicht genau beschreiben, so dass sich wechselnde Formen und Inhalte in stets neuen Konstellationen begegnen. Bereits die räumliche Definition ist schwierig. Kulturell gehört Wladiwostok zu Europa, geographisch liegt die Grenze am Ural und politisch fühlt sich schon Lemberg ausgeschlossen. Noch undeutlicher wird der europäische Bezugsrahmen bei komplexeren Fragen. Wie steht man etwa zu regionalen Bemühungen, sich gegenüber nationalen Regierungen mit dem Argument europäischer kultureller Vielfalt Spielraum zu verschaffen? Wie verträgt sich Kulturaustausch im »europäischen Haus« mit hohen Visamauern? Wie reagieren »Alt-Europäer«, wenn Einwanderer aus Nordafrika, Anatolien oder Indien eigene kulturelle Ansprüche formulieren? Die Beispiele ließen sich fortsetzen und auch auf eine höhere Reflexionsebene heben – eine einheitliche Konzeption von Kulturarbeit in Europa kann man jedoch schon nach diesen flüchtigen Andeutungen kaum seriös einfordern. Die europäische Kulturpolitik umschreibt diesen Sachverhalt mit der Formel »Einheit in Vielfalt«.

Das weitgehend dezentral organisierte Netzwerk der *Goethe-Institute* reflektiert die kulturelle Vielfalt auf unserem Kontinent. Selbstverständlich hat unsere Arbeit als gemeinsamen Nenner stets den Deutschlandbezug – das kennzeichnet uns als nationales Kulturinstitut und als Mittler der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik. Die konkrete Ausgestaltung unseres Auftrags zur kulturellen Förderung der europäischen Integration erfolgt jedoch von Ort zu Ort in sehr unterschiedlichen Projekten. Im folgenden werden die wichtigsten Leitlinien ausgeführt, aus denen unsere Institute ihre jeweils individuellen Ansätze entwickeln.

*Mehrsprachigkeit und Förderung der deutschen Sprache*

Die Förderung der deutschen Sprache in den europäischen Partnerländern hat für das *Goethe-Institut* besondere Bedeutung. Sie erfolgt nicht nur im nationalen Auftrag, sondern fügt sich in die Mehrsprachigkeitspolitik der Europäischen Union ein. Da diese nicht überall – auch nicht in Deutschland – mit der notwendigen bildungspolitischen Konsequenz umgesetzt wird, finden sich viele Ansatzpunkte für konstruktive Arbeit.

Um Missverständnisse auszuschließen: Der Mehrsprachigkeitsansatz versucht nicht, die Rolle des Englischen als Instrument der Kommunikation einzuschränken. Ganz im Gegenteil eröffnet erst die Verfügbarkeit einer Lingua Franca die Chance, über die reine Technik der sprachlichen Verständigung hinaus Mehrsprachigkeit als europäische kulturpolitische Aufgabe zu begreifen. Innerhalb Deutschlands mag es ungewohnt anmuten, wenn das *Goethe-Institut* Sprache als kulturpolitisches Thema in den Mittelpunkt stellt – denn Kulturpolitik kann bei uns (noch) von einer stabilen sprachlichen Grundlage ausgehen. Dabei führt die Debatte um die Integration von Zuwanderern vielleicht gerade zu einem Bewusstseinswandel. Auf europäischer Ebene jedoch gilt ohne allen Zweifel, dass Kulturpolitik sich ohne Sprachenpolitik eines ihrer wichtigsten Wirkungsfelder berauben würde.

Kulturelle Identitätsfindung oder Identifizierung, Zugang zu kulturellen Traditionen, die wie auch immer begrenzte Möglichkeit des Verstehens von Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund, das Begreifen gesellschaftlicher Triebkräfte in europäischen Partnerländern – all das erfolgt zum großen Teil im Medium der Sprache. Auch das immer häufigere Phänomen der Transkulturalität ist für die Individuen eng mit ihrer sprachlichen Biographie verknüpft. Das sind im Grunde Binsenwahrheiten, und doch muss man sie immer wiederholen. Denn der Erwerb fremder Sprachen fordert großen persönlichen Einsatz; da ist es kein Wunder, wenn viele sich dem Thema nicht so recht stellen wollen: Mehrsprachigkeit klingt nach Arbeit, Karneval der Kulturen nach Spiel und Tanz. Da braucht man eigentlich nicht zu fragen, wohin Kulturpolitik instinktiv tendiert.

Wer es aber ernst meint mit dem Ziel einer europäischen Bürgergesellschaft, muss Mehrsprachigkeit als vorrangige Aufgabe annehmen. Möglichst viele Europäer sollen sprachlichen und damit auch kulturellen Zugang zu den Partnerländern haben. Bei nun 27 EU-Mitgliedsstaaten und fast ebenso vielen offiziellen Sprachen ist die volle Zielerreichung natürlich utopisch – doch jeder Einzelne, der über Englisch hinaus eine Partnersprache spricht, leistet seinen Beitrag für Europa. Von Lissabon bis Tallinn brauchen wir qualitativ hochwertige und für jeden zugängliche Angebote, um in jeder Lebenssituation die Sprachen Europas erwerben zu können. Dazu gehören selbstverständlich auch Aufenthalte in den Partnerländern, vom Schüleraustausch über die Sprachreise hin zur beruflichen Fortbildung.

Ganz oben auf der Prioritätenliste steht der Fremdsprachenunterricht in den Schulen. Die Mehrheit der Europäer lernt nur während der Schulzeit fremde Sprachen, lediglich ein Viertel erweitert seine Sprachkenntnisse auch danach





noch gezielt. Wenn mehr Europäer außer ihrer Muttersprache zwei fremde Sprachen sprechen sollen, muss dieses Ziel in den Bildungssystemen verankert sein. Darum leistet das *Goethe-Institut* gemeinsam mit europäischen Partnern – allen voran dem *Institut Français* – Überzeugungsarbeit in Bildungsverwaltungen, Universitäten und Schulen, bietet Fortbildungen für Lehrkräfte und andere Multiplikatoren, berät bei der Curriculaentwicklung und wirbt allgemein für sprachliche Vielfalt. Jüngst konnten in der Türkei und in Norwegen schöne Erfolge bei der Verankerung einer zweiten Fremdsprache im Schulunterricht erzielt werden. Übrigens wählen die Schüler – in der Türkei sogar mit großem Abstand vor anderen – unter den angebotenen Sprachen nach Englisch am häufigsten Deutsch. Überraschend ist das nicht. Schließlich liegt die deutsche Sprache als Zweit- oder Drittsprache von 14 Prozent der Europäer gemeinsam mit Französisch an zweiter Stelle in der EU. Es gilt die Regel: Je mehr Europäer zwei Fremdsprachen sprechen, desto mehr Europäer können sich auch auf Deutsch verständigen.

Mehrsprachigkeit findet aber nicht nur bei den europäischen Partnern statt, sondern muss auch in Deutschland ein Thema sein. Dabei erweisen sich die Deutschen in dieser Disziplin bisher nicht als besonders gute Europäer. Unser Schulsystem zeichnet sich weder durch herausgehobene Qualität noch Quantität der fremdsprachlichen Ausbildung aus. Nicht wenige Kultusminister setzen fast ausschließlich auf das Englische. Vielleicht halten sie es für eine Überforderung, Abiturienten eine zweite lebende Fremdsprache auf einem Niveau abzuverlangen, auf dem man sich ungezwungen unterhalten kann. Oder sie finden in den vollen Lehrplänen einfach keinen ausreichenden Platz. Spannend wird dann aber die Frage, warum die Niederländer das können und hervorragende Erfolge erzielen. So lange jedoch eine öffentliche Diskussion darüber weitgehend ausbleibt, werden sich die Sprachkenntnisse unserer Schüler nicht nennenswert verbessern – zu Lasten ihrer Chancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt und zum Schaden der europäischen Bürgergesellschaft. Mit größeren Projektreihen wie derzeit »Die Macht der Sprache« macht das *Goethe-Institut* auf solche Zusammenhänge aufmerksam.

Trotz der zentralen Funktion der Schule für die fremdsprachliche Ausbildung muss man natürlich auch darüber hinaus denken. Eine Minderheit der Europäer – immerhin noch 11 Prozent – kann sich in drei oder sogar mehr fremden Sprachen verständigen. Die Zahlen schwanken stark von Land zu Land; Deutschland liegt weit abgeschlagen hinter der Spitzengruppe. Die fremdsprachenfreudige Minderheit, die aus ganz praktischen Gründen eine besonders wichtige Rolle in der europäischen Integration spielt, sollte auf jeden Fall gezielt gefördert werden. Oft sind es zugleich Menschen, die auch bereit sind, ihren Lebensmittelpunkt einmal für eine begrenzte Zeit in ein europäisches Partnerland zu verlagern. Damit werden sie schon durch ihre Biographien zu Mittlern zwischen den Kulturen.

Sprachprogramme für ausgewählte Gruppen müssen individuellen Bedürfnissen entsprechen. Dies möchte ich mit Angeboten illustrieren, die das *Goethe-Institut* angehenden türkischen Landräten und Imamen macht: In Zusammenarbeit mit der Regierung in Ankara laden wir junge anatolische Landräte für ein halbes Jahr

nach Deutschland ein, bieten ihnen eine intensive sprachliche Ausbildung und gleichzeitig die Gelegenheit, in regionalen Verwaltungen die administrative Praxis der Bundesrepublik kennen zu lernen. Die Imame hingegen bereiten wir sprachlich und landeskundlich auf eine von der türkischen Religionsbehörde finanzierte, befristete Tätigkeit an Moscheen in Deutschland vor. Nicht nur an diesen, sondern auch an vielen anderen Beispielen ließe sich der Satz »Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg« in Bezug auf die Förderung der Mehrsprachigkeit als kulturpolitische Kernaufgabe Europas bestätigen. Haben Institutionen in verschiedenen Partnerländern erst einmal erkannt, wie wichtig die Aufgabe ist, finden sie auch kreative und teilweise überraschende Lösungen.

*Kulturelle Netzwerke*

Europa ist neben allem anderen auch eine – fast möchte man sagen unglaubliche – Erfolgsgeschichte der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Zur Zeit der EU-Gründung ging es um die kulturelle Reintegration der damaligen Bundesrepublik, um den Abbau von Ängsten, um das Wiederentdecken grenzüberschreitender Gemeinsamkeit und um ein Bewusstsein für gemeinsame europäische Belange. Trotz des Scheiterns der jüngsten EU-Verfassungs-Referenden in Frankreich und Holland können keine Zweifel bestehen, dass diese kultur- und gesellschaftspolitischen Ziele zum größten Teil erreicht wurden. Wer die Argumente der EU-Verfassungsgegner in Frankreich analysiert, wird sogar darin Positives finden: denn die »outre-rhin« traditionell beliebten Warnungen vor einer deutschen Vereinnahmung spielten keine Hauptrolle in der Kampagne, die Ablehnung erfolgte vor allem aus innenpolitischen Gründen.

Die unbestrittenen Erfolge führen dazu, dass »Kulturmittler« wie das *Goethe-Institut* Teile der Aufgaben, die noch bis vor kurzem ihre Auftragsbücher füllten, fast als erledigt betrachten dürfen. Die *Tate Gallery* oder das *Centre Pompidou* brauchen heute keine Vermittlung mehr, wenn sie mit der *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* zusammenarbeiten wollen. Man bespricht sich ganz selbstverständlich per Telefon oder Email. Noch viel mehr als für öffentliche Kultureinrichtungen gilt das für private Akteure der Kulturwirtschaft. Und auch auf Seiten des Publikums hat das *Goethe-Institut* in der »Ökonomie der Aufmerksamkeit« seinen früheren Platzvorteil eingebüßt. Erste kulturelle Kontakte entstehen heute sehr gut und intensiv über Medien, Presse, Internet und vor allem über Reisen und persönliche Begegnungen.

Vor diesem Hintergrund wurde in den vergangenen Jahren die Frage diskutiert, ob das *Goethe-Institut* mit seinen vergleichsweise geringen Projektbudgets in Europa eigentlich noch zeitgemäße kulturelle Projektarbeit leisten kann oder ob es sich durch den eigenen Erfolg partiell überlebt hat.

Die Antwort muss differenziert erfolgen und vor allem die größte Stärke des *Goethe-Instituts* berücksichtigen – sein grenzüberschreitendes Netzwerk. In der EU arbeiten 42 *Goethe-Institute*, dazu kommen 13 Institute in Deutschland. Mit ihren





Sprachkursen, ihren Kulturprogrammen, ihren Informationszentren und Bibliotheken sind sie Zentren der Begegnung, in denen interessierte Europäer Kontakte nach Deutschland aufbauen, persönliche Netzwerke pflegen und den Diskurs über Europa und seine kulturelle Integration voranbringen. Die Besucher der *Goethe-Institute* zeichnen sich in der Regel durch berufliches Interesse an »Europa« im weitesten Sinne und durch persönliches Engagement in kulturellen oder gesellschaftspolitischen Kontexten aus. Kulturmanager nennen solche Partner gerne »Multiplikatoren«. Man könnte, vielleicht genauer, auch sagen: es geht um Menschen, die nach mehr fragen, als was das Fernsehen oder *Google* im Partnerland über Deutschland vermitteln. Für sie sind *Goethe-Institute* Informations- und Kristallisationspunkte, die die Entwicklung vieler informeller Netzwerke erst ermöglichen. Wenn, um nur ein Beispiel aus der täglichen Arbeit zu zitieren, das *Goethe-Institut* in Lissabon zusammen mit einer Handvoll Partner aus anderen Staaten ein europäisches Jazz-Festival veranstaltet, verbindet sich Musik auf sehr angenehme Weise mit einer europäischen Idee. Für das Publikum eine Gelegenheit, Musik auf höchstem Niveau zu hören, sich zu amüsieren, Freunde zu treffen und zu erleben, dass europäische Zusammenarbeit gelingt. Und um gut gelaunt Pläne für eigene Aktivitäten zu schmieden. So einfach kann es sein.

Über diese notwendige und wertvolle tägliche Routine hinaus braucht es für »Europa« aber noch etwas mehr. Das weiß die Europäische Union, wenn sie Jahr für Jahr europäische Kulturhauptstädte benennt. Das weiß auch das Auswärtige Amt, wenn es Sondermittel für kulturelle Projekte während der deutschen Ratspräsidentschaft freigibt, und das weiß auch der »privat-öffentliche« Initiativkreis, der in Berlin das Projekt »Europa eine Seele geben« aus der Taufe gehoben hat. Gerade dieser Slogan verdeutlicht die Stärke und zugleich die Schwäche sehr vieler Initiativen, die sich der kulturellen Kooperation in Europa annehmen. In den Mühen der Ebene hat sich die europäische Idee emotional abgenutzt. Rückwärtsgewandte Romantik wäre es, das starke Gefühl erneuern zu wollen. Statt dessen setzt sich die Erkenntnis durch, dass die kulturelle Vielfalt und gleichzeitig Gemeinsamkeit Europas stärker in das Bewusstsein der Bürger dringen sollte. Das wird man aber kaum durch Veranstaltungen erreichen, denen man ihren werbenden Charakter oder ihre Political Correctness anmerkt. Gesellschaften haben in aller Regel ein feines Gespür dafür, wenn Mächtige kulturelle Veränderungen wünschen und meist neigen Menschen dazu, sich solchen Anforderungen zu entziehen. Man denke nur an das grandiose Scheitern des Londoner Millenium Domes. Wahrscheinlich kann man Europa nur dann »eine Seele geben«, wenn man nicht über diese Absicht redet.

Der Sachverhalt betrifft in anderer Wortwahl die Frage nach einer europäischen Identität. Über Entstehung und Veränderung kultureller Identitäten – einschließlich der Befragung und Dekonstruktion des Begriffes – ist in der europäischen Geistes- und Gesellschaftswissenschaft so viel und so kontrovers gearbeitet worden, dass jede konkrete Aussage dem Generalverdacht des kulturtheoretisch Ungenügenden unterliegt. Dem Dilemma kann sich das *Goethe-Institut* nicht ent-

ziehen. Mit theoretischem Vorbehalt sei darum die Definition des Begriffs Kultur des Europarats zitiert: »Kultur umfasst alle Tätigkeiten, die dem einzelnen Menschen erlauben, sich zur Welt, zur Gesellschaft und zum eigenen Erbe in ein Verhältnis zu setzen.« Wer eine europäische Bürgergesellschaft fördern will, muss am Ende ein Wörtchen hinzufügen und damit aus der Definition eine Zielbeschreibung machen. Dann heißt es: »... in ein *europäisches* Verhältnis zu setzen.«

Damit Menschen das tun, braucht es *europäische Erzählungen*. Bulgarische Roma, gälischsprachige Iren, Pariser Absolventen der *Ecole Normale Supérieure* und ostdeutsche Bürgerrechtler kommen aus ganz unterschiedlichen kulturellen Bezugsräumen – doch allen ist gemeinsam, dass sie sich nach Europa bewegen. Letzteres ist zunächst ein politisches und noch mehr ein wirtschaftliches Faktum. Was oft fehlt, ist das kulturelle Selbst-Bewusstsein von diesem europäischen Bezugsraum. Solche Bezugsräume entstehen als Gewebe von Erzählungen, wie Menschen aus welchen Ursachen zu welchem Europa kommen. Erzählung heißt übrigens nicht nur Literatur – sie kann selbstverständlich auch in den anderen Künsten – der bildenden Kunst, dem Theater, der Musik, dem Tanz, dem Film – stattfinden. Aber auch in einem Kongress zu Hannah Arendt in Stockholm: Indem er, wie kürzlich geschehen, Gelegenheit zu einem sehr intensiven Austausch über die Banalität des Bösen bietet, das es für alle Zukunft in Europa zu verhindern gilt. Derzeit regt eine Tournee-Ausstellung zu »Castorf in Europa« zu Debatten über zeitgenössische Adaptionen tradierten Kulturerbes an.

Das ab 2007 aufgelegte Programm »KULTUR« der EU-Kommission zielt darauf ab, unaufgeregt gerade an dieser kulturellen Selbstreflexion zu weben. Ganz pragmatisch werden die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen, die im Kultursektor arbeiten, die Unterstützung der transnationalen Verbreitung kultureller Produktion und der interkulturelle Dialog gefördert. Das hört sich unspektakulär an, aber es trifft den Kern der Sache: solche Programme braucht Europa. Das *Goethe-Institut* zielt mit seinen Bemühungen in eben diese Richtung.

### *Zuwanderung als kulturpolitische Chance*

Migrationsbewegungen als besondere Faktoren in der gesellschaftlichen Entwicklung vieler europäischer Staaten bieten Chancen für die Entwicklung einer europäischen Bürgergesellschaft, die viel zu selten thematisiert werden. In Deutschland haben etwa 25 Prozent der Neugeborenen zumindest einen Elternteil nicht-deutscher Herkunft. Die Tendenz ist steigend, und in vielen Staaten Nord- und Westeuropas verhält es sich ähnlich. Osteuropäische Staaten wiederum sind oft Heimatländer von Auswanderern nach Westeuropa. Manche Partnerländer, wie zum Beispiel Portugal oder Italien, verzeichnen zu gleicher Zeit eine erhebliche Einwanderung aus anderen und eine Auswanderung in andere EU-Staaten.

Die Europäische Union fördert diese Wanderungsbewegungen ganz bewusst, man denke nur an den einheitlichen Wirtschaftsraum. Die europapolitischen Gründe dafür liegen auf der Hand. Um so verwunderlicher ist es, wenn die mit der





Migration verbundene kulturpolitische Chance politisch oft unterschätzt wird. Polemisch formuliert: Man kennt die Probleme der *Rütli-Schule*, aber man vergisst, dass die Berliner Kunstszene ohne Einwanderer undenkbar wäre.

Künstler mit Migrationshintergrund vertreten oft genug Positionen, die für andere Europäer von höchstem Interesse sein können. Wenn die Auswärtige Kulturpolitik in einem ihrer beliebtesten Bilder vom »Brückenbau über Grenzen« spricht, sind diese Künstler geradezu prädestiniert für solche Rollenzuweisungen. Dabei muss man aber sehr genau darauf achten, mit dem griffigen Bild nicht veraltete Konzepte zu verbinden. Die Architektur der »Brücke« verändert sich.

Bisher hat sich die Auswärtige Kulturpolitik viel um den Austausch zwischen Kulturräumen gekümmert, die aus ganz pragmatischen Gründen national gedacht wurden. Die Erfolgsgeschichte des deutsch-französischen Jugendwerks zum Beispiel basiert auf dem unausgesprochenen Projekt der Begegnung nationaler Kulturen. Im 21. Jahrhundert aber ist dieses Konzept im Begriff aufzuweichen. Transkulturalität bestimmt in immer größeren Teilen unsere gesellschaftliche Realität. In diesem Kontext sind kulturelle Kooperationen über die europäischen Binnengrenzen etwas ganz Alltägliches. In ihnen äußern sich die genuinen kulturellen Bedürfnisse zumindest einer relevanten Minderheit der Europäer. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist europäische Kulturpolitik eine Selbstverständlichkeit – mit nationalen Abgrenzungen könnten sie oft gar nichts anfangen. Insofern dient ein deutsch-türkisches Filmfestival nicht mehr dem alten Wort des »Kulturaustauschs«, sondern der gemeinsamen Selbstvergewisserung und Selbstbefragung. Das Festival bietet Gelegenheit für ein kulturelles Miteinander, und nicht nur ein von- oder übereinander Lernen. In dieser Form europäischer Kulturpolitik sind die klassische innere und auswärtige Kulturpolitik unauflösbar ineinander verwoben. Das ist eine auf den ersten Blick vielleicht etwas überraschende Bestätigung der europäischen Supranationalität, doch zugleich ein faszinierender Befund, der weite kulturpolitische Perspektiven bietet. Auf einen knappen Nenner gebracht, könnte man sagen: Europäische Transkulturalität bietet Europa eine Chance, kulturell zu sich selbst zu finden. Diese Chance sollten wir durch gezielte Förderung nutzen – und nicht nur die hausgemachten Probleme in der Integrationspolitik sehen.

### *Kooperation der europäischen Kulturinstitute*

In vielen Politikfeldern lässt sich nicht festlegen, ob die europäische Dimension zur äußeren oder zur inneren Politik gehört. Abgesehen von den Unklarheiten, die sich daraus für die Ressortzuständigkeiten in den nationalen Regierungen ergeben, besteht auch kein praktischer Zwang, sich festzulegen. Die Kulturpolitik macht davon keine Ausnahme.

»Natürliche« Partner des *Goethe-Instituts* sind die mit Aufgaben der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik betrauten Institutionen aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die bekanntesten sind wohl der *British Council*, das *Institut*

*Français* oder die *Alliance Française*, das *Instituto Cervantes* und die *Sociedad Dante Alghieri*. Doch auch die neuen EU-Mitgliedsstaaten investieren zunehmend in diese Aufgaben, und kleinere Partnerländer wie zum Beispiel Finnland, Dänemark oder Österreich wählen regionale Schwerpunkte, in denen sie aktiv sind. Dabei reichen die Organisationsformen von autonomen Rechtspersönlichkeiten wie dem *Goethe-Institut* oder dem *British Council* hin zur politischen Einbindung als Unterabteilungen des Außenministeriums wie zum Beispiel beim *Institut Français* oder dem *Österreichischen Kulturinstitut*. Doch nicht nur der juristische Status, sondern auch die Aufgaben variieren. Der *British Council* legt vor allem Wert auf Spracharbeit, Hochschulbeziehungen und zivilgesellschaftliche Kontakte, während das *Institut Français* viel Einsatz für künstlerische Belange zeigt.

Es lag nahe, innerhalb der außenkulturpolitisch aktiven europäischen Institutionen enge und zugleich variable Beziehungen zu knüpfen. Diese Kontakte ermöglichen gemeinsame Projekte dort, wo ein verbindendes Interesse vorhanden ist. So ist es längst zur Regel geworden, zusammen europäische Festivals und Veranstaltungen zu organisieren – von kleinen, thematisch ausgerichteten Filmwochen bis zu Volksfesten mit einem nach Zehntausenden zu zählenden Publikum. Solche Formate sind sowohl innerhalb Europas als auch außerhalb seiner Grenzen praktikabel. Man könnte sie als das Kleine Einmaleins der europäischen Aktivitäten des *Goethe-Instituts* bezeichnen.

Einen höheren Anspruch stellen wir, wenn zwei oder mehr europäische Kulturinstitute dieselben Räumlichkeiten nutzen. In Luxemburg praktizieren wir sogar das Experiment, das *Institut Français*, das *Goethe-Institut* und einen luxemburgischen Partner zu einem juristisch selbständigen trilateralen Kulturinstitut zusammen zu fassen. Das *Goethe-Institut* wird diesen Weg der gemeinsamen europäischen Kulturarbeit weiter gehen. Dafür braucht es nach den bisherigen Erfahrungen allerdings einen langen Atem. Bislang überwiegen Interessen nationaler kultureller Repräsentation oft das gemeinsame Interesse. Doch auch sonst beeinträchtigt nationales Proporzdenken künstlerische Konzeptionen oder auch inhaltliche Qualität. Zu unserem Bedauern setzt auch die deutsche Außenpolitik zunehmend auf nationale kulturelle Repräsentanz und erhält dabei von meinungsbildenden Feuilletons Unterstützung. In wieweit Auswärtige Kulturpolitik nationale Interessenpolitik sein soll oder aber – analog zum Inland – der (zwischen-)gesellschaftlichen Selbstverständigung dient, wurde in Deutschland traditionell offen gelassen. Allerdings zeigt gerade das Beispiel Europa, wo die Grenzen des fröhlichen »Sowohl-als-auch« liegen. Völlig unzeitgemäß wirken nationale Repräsentationsbedürfnisse vor allem dort, wo sie mit den Tendenzen zur Transkulturalität in sachlichem Widerspruch stehen.

Im Mai 2006 haben wir auf Initiative des *British Council* und mit maßgeblicher Beteiligung des *Goethe-Instituts* einen sehr pragmatischen Anlauf unternommen, um die soeben benannten außenkulturpolitischen Widersprüche in ein konstruktives Verhältnis zueinander zu rücken. In Prag wurde *EUNIC* – der Verband der *European Union National Institutes of Culture* – mit 21 Teilnehmern aus EU-Mitgliedsstaaten gegründet. *EUNIC* wird sich beim europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs engagieren sowie die Themen Mehrsprachigkeit und Migration betonen. Vor allem aber bietet sich *EUNIC* als Ansprechpartner der Europäischen Kommission an, wenn es um die Umsetzung kulturpolitischer Ziele innerhalb der EU und vor allem jenseits der EU-Grenzen geht. *EUNIC* will die Möglichkeiten der EU stärken, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auch eine kulturpolitische Dimension zu geben. Noch ist das Zukunftsmusik, doch die ersten konkreten Schritte sind getan. 2008 wird das *Goethe-Institut* die *EUNIC*-Präsidentschaft für ein Jahr übernehmen. Danach wird der Zeitpunkt für eine erste Bilanz gekommen sein.





### *Jenseits von Europa*

Zum Abschluss ein Ausblick. Wenn es der europäischen Kulturpolitik vor allem darum gehen muss, dass Europas Bürger sich »zur Welt, zur Gesellschaft und zum eigenen Erbe in europäisches Verhältnis setzen können«, dann ist das nicht möglich ohne die Einbeziehung des Außenblicks – oder richtiger der Außenblicke auf Europa. Erst dadurch werden Unterschiede und Grenzen sichtbar, auch wenn sie nicht immer da verortet sind, wo man es erwarten würde.

In Europa gibt es die weit verbreitete Vorstellung, die europäische Zivilisation basiere auf einer spezifischen europäischen geistigen Haltung, die sich – man möge die grobe Skizze an dieser Stelle verzeihen – von der Antike über die Renaissance zur Aufklärung weitgehend durchgesetzt habe. Mit diesem Selbstbild war historisch ein Überlegenheitsgefühl verbunden. Spätestens seit dem 18. Jahrhundert sah sich Europa ganz selbstverständlich nicht nur als anders, sondern vor allem als besser als das Andere, das sich vor allem in den Kolonien fand. Diese Konstruktion der eigenen Identität über die Abwertung des kulturell Fremden könnte man als Fortsetzung des Selbstverständnisses der klassischen Griechen verstehen, das das Gegenüber der »Barbaren« brauchte. Die optimistische Selbstüberschätzung war grenzenlos, so dachte man, die Vernunft würde letztendlich alle Probleme lösen – sofern sie sie auf *europäische Art* löste. Die Opfer des damit einhergehenden Kulturimperialismus wurden kaum beachtet. Allerdings lösten die Erschütterungen der weiteren Geschichte auf dem eigenen Kontinent, vor allem Erster Weltkrieg, Nazismus, Totalitarismen und Zweiter Weltkrieg erhebliche Selbstzweifel aus, doch die Erkenntnis von der Dialektik der Aufklärung führte letztlich nur begrenzt zu einer wirkmächtigen Kritik an der eigenen Zivilisation.

Außerhalb Europas lassen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwei große Tendenzen beobachten, auf Europas kulturellen Geltungsanspruch zu reagieren. Zum einen wird Europa beim Wort genommen – die Heimat der Menschenrechte kann sich daher Doppelmoral noch weniger leisten als andere. Gerade Nicht-Europäer, die dem Dialog mit Europa aufgeschlossen gegenüber stehen, sind schnell vor den Kopf gestoßen, wenn Europäer sich nicht den eigenen, »europäischen« Werten entsprechend verhalten. Zum anderen wird im 21. Jahrhundert ganz selbst-

verständlich der Kontakt auf Augenhöhe eingefordert; oft genug unter Berufung auf den Wert der Toleranz, wenn divergierende Ansichten zutage treten.

Außerhalb Europas erwartet man ein Europa, das zu seinen selbst proklamierten Werten steht und nicht hinter seine eigenen Ansprüche zurückfällt. Der Lackmustest ist der Umgang Europas mit kulturellen Werten, die den eigenen ausdrücklich nicht entsprechen. Die Debatte darum entflammt von Zeit zu Zeit – sei es im Zusammenhang mit Mohammed-Karikaturen oder mit dem Begriff »Leitkultur« – nur um bald wieder in den Hintergrund zu treten, da einfache und klare Lösungen nicht gefunden werden können. Zu einem europäischen Selbst-Verständnis muss es aber gehören, die Außenblicke zu reflektieren und damit ein berechenbarer und verlässlicher Partner in der kulturellen Globalisierung zu bleiben. Sich zur »Welt« in ein europäisches Verhältnis zu setzen heißt eben auch, im Dialog mit der »Welt« deren Vorstellungen einzubeziehen. Auch das muss Teil der zu erzählenden europäischen Geschichten sein.



Kathinka Dittrich

# *Kultur als integrierte Komponente der EU-Außenbeziehungen?*

Erfordern die sich intensivierenden EU-Außenbeziehungen eine integriertere kulturelle Komponente als bisher in Ergänzung zu den kulturellen Außenpolitiken ihrer Mitgliedsländer, Regionen, Städte und dem Dritten Sektor? Worin bestünde ein »europäischer Mehrwert« bei kulturellen Projekten außerhalb der EU? Und wie könnte diese kulturelle Komponente von den Akteuren auf allen Ebenen besser gestaltet werden?

Mit diesen Kernfragen beschäftigen sich zunehmend Konferenzen und Studien. (Siehe Dittrich 2006) Sie standen auch im Mittelpunkt einer ganztägigen Tagung im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft am 9. März im Friedenspalast in Den Haag: »Diversity makes the Difference-EU Foreign Policy and Culture«, organisiert von der *Europäischen Kulturstiftung*, der niederländischen *Stiftung für Internationale Aktivitäten (SICA)* und dem *Goethe-Institut Amsterdam*, federführend für alle in den Niederlanden tätigen auswärtigen Kulturinstitute (www.eurocult.org; www.sica.nl; www.amsterdam.goethe.org). Ergebnisse und Empfehlungen werden auch in- und ausländische Experten bei einem entsprechenden workshop während des Kongresses »europa.macht.kultur. – kultur.macht.europa.« beschäftigen, den die *Kulturpolitische Gesellschaft* mit Partnern am 7./8. Juni 2007 in Berlin – ebenso unter der Schirmherrschaft der deutschen EU-Präsidentschaft – veranstaltet (www.kupoge.de).

## *Die EU – ein neues politisches Modell in der Welt*

In der heutigen digitalisiert-vernetzten, multikulturellen, konfliktreichen Wettbewerbswelt kann sich keine Nation mehr auf sich selbst zurückziehen. Überall entstehen grenzüberschreitende regionale Gruppierungen, seien es der »Mercosur« in Südamerika, die »Asian Countries«, die »African Union« oder andere. Die am weitesten integrierte Gemeinschaft nach innen wie nach außen ist dabei die Euro-

päische Union, allen Querelen zum Trotz. Historisch gesehen ist sie ein einzigartiges politisches Modell: Einerseits haben die 27 Mitgliedsländer freiwillig Teile ihrer nationalen Souveränität an europäische Institutionen abgegeben, haben sich trotz unterschiedlichster historischer Erfahrungen auf eine sozial-marktwirtschaftliche, demokratisch-rechtsstaatliche, an den Menschenrechten orientierte, multilaterale Ausrichtung geeinigt und in ihrer Mehrheit den Euro als einheitliche Währung akzeptiert. Andererseits strebt diese Werte-, Wirtschafts-, Sicherheits- und zunehmend politische Gemeinschaft keineswegs einen gesamteuropäischen Staat an, sondern beharrt zunehmend auf dem Subsidiaritätsprinzip: Entscheidungen sollen da getroffen werden, wo sie anfallen – sei es auf lokaler, regionaler, nationaler oder europäischer Ebene, vor allem im kulturellen und künstlerischen Bereich: Vielfalt in Einheit ist die Devise.

*Die EU-Außenpolitik*

Dieser scheinbar widersprüchliche europäisch-politische Neuentwurf »in progress« passt nicht mehr in die Denkmuster einer traditionellen »Nation« nach dem Motto: *ein* Volk, *eine* Geschichte, *ein* Territorium, *eine* Sprache. Das revolutionär neue Modell nimmt auch außenpolitisch Gestalt an. Da einigt man sich auf europäischer Ebene auf die Entsendung von »Friedenstruppen« (so diskutabel dieser Begriff auch sein mag) in den Libanon, in den Kongo, nach Afghanistan und sonst wohin. Gemeinsam wird eine Gesprächs-(keine Kriegs-)strategie zur Nah-Ost-Problematik abgewogen, mit dem atom-schwangeren Iran verabredet, die Zukunft des Kosovo besprochen, eine Balance zwischen Russland und seinen ehemaligen Satelliten angestrebt, die massive illegale Immigration und die Asylpolitik diskutiert, um nur einige Beispiele zu nennen. Längst ist auch die EU-Entwicklungspolitik prägend, was sie ohne die Zustimmung der Mitgliedsländer nicht sein könnte. Trotz vieler Stolpersteine verträgt sich also die »Vielfalt« mit der »Einheit«. Auch das niederländische und französische »nein« zur europäischen Verfassung hat dem langsamen Streben nach einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik und einem anvisierten EU-Außenminister keinen Abbruch getan.

*EU-Außenbeziehungen und Kultur*

Können diese sich intensivierenden EU-Außenbeziehungen ohne eine kohärente kulturelle Komponente auskommen?

Nicht nur der so genannte »Kulturenstreit«, ausgelöst Ende 2005 von einer dänischen Tageszeitung mit Mohammed-Karikaturen, die in Teilen der islamischen Welt als verletzend empfunden wurden, erinnerte auf dramatische Weise erneut daran, wie wichtig das kulturelle Verständnis für den »Anderen«, »den Fremden«, seine Eigenheiten, geschichtlichen Erfahrungen, Gebräuche, künstlerischen Ausdrucksformen ist. Auch der Baker-Bericht zu US-Präsident George Bushs Irakpolitik legt den Finger deutlich auf die fehlende kulturelle Komponente (www.bakerinstitute.org). »Wir wissen viel zu wenig über lokale Geflogenheiten und Zusammenhänge, über die Kontexte. Uns fehlen ›cultural training‹ und ›cultural skills‹, ist eine der Kernaussagen. Kulturexport kann also kaum die Antwort sein, sondern der mühsame Prozess des interkulturellen Dialogs auf gleicher Augenhöhe, wobei man sich bei gemeinsamen Interessen am leichtesten findet. Will die EU eine glaubwürdige Rolle in der Welt spielen, brauchen ihre immer wichtiger werdenden Außenbeziehungen eine kulturelle Komponente, die mehr als die Summe der kulturellen Aktivitäten ihrer Mitglieder und deren vielfältigen öffentlichen und privaten Akteure darstellt: »ein europäischer kultureller Mehrwert« ist gefragt (für mögliche Projektbeispiele siehe Anlage 2, 3, 4, 5 in: Dittrich-van Weringh/Schürmann 2004. Das Heft ist vergriffen, aber elektronisch einsehbar unter: www.kupoge.de; www.eurocult.org; www.labforculture.org und die beiden neueren angeführten Beispiele).



*EU-Akteure, EU-Außenpolitik und Kultur*

Der Vertrag von Maastricht 1992 (bestätigt im Vertrag von Amsterdam, §151) ermächtigt die EU in vagen Worten zu begrenzten kulturellen Aktivitäten innerhalb und außerhalb der EU – immer vorausgesetzt, das Subsidiaritätsprinzip wird nicht verletzt. Längst weisen viele internationale Verträge mit dem Direktorat Auswärtige Beziehungen auch kulturelle nicht nur künstlerische Maßnahmen auf, auch wenn sie nicht immer umgesetzt werden. Auch bei der allseits als prioritär gesehenen EU-Nachbarschaftspolitik dieses Direktorates spielen Kultur und Künste keine unwichtige Rolle. Aber der West-Balkan, der ab 1. Januar 2007 eine isolierte und explosionsbereite Enklave innerhalb der EU bildet, ist in diese Politik bislang nicht einbezogen. Von einem schlüssigen Gesamtkonzept, wie es die meisten EU-Mitglieder in ihrer Außenkulturpolitik vorweisen, kann also keine Rede sein. Dagegen hat das Direktorat Entwicklung für seinen außereuropäischen Zuständigkeitsbereich im Frühjahr 2006 eine klare Strategie mit integrierter kultureller Komponente vorgelegt und öffentlich zur Diskussion gestellt. Ob, wann und wie sich beide Direktorate auf eine gemeinsame Politik einigen, ist noch völlig offen. Unklar ist auch, wie sich diese Direktorate mit anderen, etwa dem für Kultur und für Handel und für Erweiterung und für Rechtsfragen und für Finanzen koordinieren, um beispielsweise die von der Kommission und allen EU-Mitgliedern einstimmig angenommene *UNESCO*-Konvention zur kulturellen Vielfalt zu gewährleisten.

*Staatliche und nicht-staatliche Akteure, EU-Außenpolitik und Kultur*

Die Durchsetzung einer integrierten kulturellen Komponente in den EU-Außenbeziehungen im weitesten Sinne erfordert die Unterstützung der letztlich entscheidenden EU-Mitglieder. Eine kritische Prüfung der außenkulturpolitischen Strategiepapiere dieser Mitglieder hat ergeben, dass eine grundsätzliche Bereitschaft dazu vorhanden ist. (Dittrich 2006) Praxisorientierte Hinterfragungen die-

ses Ergebnisses in sechs ausgewählten »Modellstaaten« – Dänemark, Lettland, Polen, Frankreich, England, Portugal – haben dieses Resultat bestätigt. (Fisher 2007) Gerade kleinere EU-Länder sehen darin eine Chance, überhaupt wahrgenommen zu werden. Somit würde eine entsprechende stringentere kulturelle Komponente auch zur innereuropäischen Kohäsion beitragen. Allein die Tatsache spricht für sich, dass im Frühjahr 2006 der Verband *EUNIC* (*European National Institutes for Culture*) von 19 auswärtigen Kulturinstituten aus großen wie kleinen EU-Ländern gegründet wurde mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit untereinander und mit der Kommission – in- und außerhalb der EU. Auch die sich immer stärker vernetzenden EU-Regionen und Städte sowie Stiftungen und NGOs reagieren positiv auf kulturelle EU-Initiativen, etwa die Ausrufung von 2008 als »Jahr des interkulturellen Dialoges« – und erwarten begleitende Unterstützung für ihre kulturellen Aktivitäten mit »europäischem Mehrwert«.

*Fazit*

Eine integrierte kulturelle Komponente in den immer wichtiger werdenden EU-Außenbeziehungen wird komplementär zu den Außenkulturpolitiken der EU-Mitglieder, der Regionen, Städte und dem Dritten Sektor gesehen und akzeptiert, vorausgesetzt das Subsidiaritätsprinzip wird nicht verletzt und bestimmte nationale Eigeninteressen werden berücksichtigt. Außerdem wird zunehmend erkannt, dass eine entsprechende stringentere kulturelle Komponente auch dem Zusammenhalt innerhalb der EU dient. Der Aufbau neuer EU-Bürokratien als Umsetzungsstrukturen wird jedoch (bislang) abgelehnt. Plädiert wird für eine effizientere Koordination zwischen den vorhandenen Instrumenten und Akteuren und für die Erarbeitung einer Definition des vielbesprochenen »europäischen Mehrwertes« bei kulturellen Projekten.

## *Literatur*


Dittrich-van Weringh, Kathinka/Schürmann, Ernst (2004): *Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?«, Kulturpolitische Mitteilungen, Beiheft 3*

Dittrich, Kathinka (2006): »Preface«, in: Dodd, Diane/Lyklema, Melle Lyklema (Boekmanstichting)/ Dittrich-van Weringh, Kathinka (European Cultural Foundation/LabforCulture): *A Cultural Component as an Integral Part of the EUs Foreign Policy?*, Amsterdam: Boekmanstudies, S. 7–9

Fisher, Rod (2007): *A Cultural Dimension to the EUs External Policies – From Policy Statements to Practice and Potenzial*; LabforCulture/Boekmanstichting, Amsterdam: Boekmanstudies






*Möglicher »eurpopäischer Mehrwert« in kulturellen Auslandsprojekten*

In Ergänzung zu früheren Beispielen aus der außereuropäischen Arbeit des *Goethe-Instituts* (siehe Dittrich/Schürmann 2004), wobei es um Themen von gesamteuropäischer Relevanz beziehungsweise der EU als Thema ging sowie um Kooperationsformen von Vertretern aus den EU-Ländern und die Rolle der EU, seien hier zwei neuere Projekte aus St. Petersburg und aus Moskau angefügt.

Bei beiden Projekten ist die EU involviert. Aber: Das St. Petersburger Projekt »Tanztheater in Europa« zeigt eindrucksvoll, wie eine ergänzende, übergreifende europäische Komponente auch die Wirkung des einzelstaatlichen Beitrags erhöht. Der »Europa-Tag« in Moskau ist dagegen nicht integrativer sondern rein additiver Natur.

Ernst Schürman
Ehemaliger Leiter der *Goethe-Institut-Abteilung* Strategie und Controlling.

*Beispiel 1: Institut St. Petersburg*
*Thema der Veranstaltung:* Tanztheater in Europa
*Art der Veranstaltung*: Verbundprogramm (Tanztheateraufführungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellung, Meisterklassen)
*Dauer*: zwei Monate (10.9. bis 9.10.2003)
*Teilnehmer*: Tanztheatergruppen aus Österreich, den Niederlanden, Finnland, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien und Deutschland, Choreographen, Tanz-Fotographen
*Besucherzahl*: Theateraufführungen: 15 500, Ausstellung: 17 000
*Partner des* Goethe-Instituts: a) auf russischer Seite: Theater *Baltisches Haus*, *Modern Danse School »Kannon Danse«*, *Institut Pro Arte*; b) EU-Kommission, die kulturellen beziehungsweise konsularischen Vertretungen der teilnehmenden Länder (s. o.)

*Inhalt/Ziele*
Äußerer Anlass war die 300-Jahrfeier St. Petersburgs. Die Planung knüpfte an die große Ballett- und Musiktradition St. Petersburgs an. Die Wahl des Tanztheaters als Projektthema erfüllte voll die daran geknüpften Erwartungen: Mit etwa 15 (soweit aus dem Institutsbericht ersichtlich) hochrangigen Gruppen aus 11 europäischen Ländern (s. o.) bot das Festival einen ebenso breiten wie repräsentativen Einblick in den Stand der künstlerischen Entwicklung, die Spannweite der Ausdrucksformen und die wechselseitige Befruchtung dieser sehr spezifisch (west- und mittel-) europäischen Sonderform des Balletts. Für vertieftes und nachhaltiges Verständnis beim russischen Publikum sorgten Podiumsdiskussionen mit den Choreographen, einigen Tänzern, manchmal auch weiteren Repräsentanten der jeweiligen Tanztheatergruppen nach jeder Vorstellung. Weitere Hintergrundinformationen bot die sehr gut besuchte Ausstellung des *Deutschen Tanzarchivs Köln*. Praktisch alle Choreographen gaben Meisterklassen und schufen damit Vor-

aussetzungen für eine vertiefte Wirkung in die russische Ballettszene hinein. Laut Institutsbericht fand diese umfassende Präsentation des europäischen Tanztheaters seine angemessene Würdigung in den russischen Medien.

*Signifikanz für EU-AKP*
Die folgende Passage aus dem Bericht des *Goethe-Instituts* illustriert, dass auch im Bereich rein künstlerischer Themenstellungen sehr spezifisch europäische Aspekte eine Rolle spielen können, die nicht nur in keiner Weise in Konkurrenz zu nationalen stehen, sondern deren Bedeutung eher noch vertiefen können: »In keiner anderen Kunstgattung lassen sich die kulturellen Unterschiede zwischen Westeuropa und Russland besser widerspiegeln als im Medium von Ballett und Tanz. ... Das russische Ballett unterscheidet sich im Geist und der gesamten Körperhaltung von der westlichen Tanzkultur. ... Denn aus den europäischen Tanzformen spricht ein ganz anderes Verhältnis zur künstlerischen Freiheit ... und schließlich zum Zuschauer.« Das Petersburger Projekt zeigt, dass künstlerische und kulturelle Entwicklungen und Ausdrucksformen, die sich (west- und mittel-) europaintern im Rahmen der kulturellen Souveränität der Einzelstaaten entfalten, in der Begegnung nach außen europaspezifische Gemeinsamkeiten enthüllen, die erst dort voll sichtbar und zu einer zusätzlichen Wirkungsebene werden. Anders ausgedrückt: Ein Projekt wie das St. Petersburger zeigt, dass das konstituierende Prinzip der kulturellen Nichteinmischung der EU und des daraus folgenden Schutzauftrags der kulturellen Vielfalt nicht nur eine formal negative, also die Machtbefugnisse der EU begrenzende Funktion hat, sondern, besonders von außen gesehen, spezifisch europäische kulturelle Gemeinsamkeiten wachsen lässt.

Um diese ergänzende, übergreifende europäische Komponente, die, wie das Petersburger Beispiel eindrucksvoll zeigt, auch die Wirkung des einzelstaatlichen Beitrags erhöht, in den Außenbeziehungen voll zu nutzen, muss die EU auf Dauer ein legitimer und integrativer Mitspieler in der Auswärtigen Kulturpolitik werden. In der dem Zufall überlassenen Kooperation europäischer Einzelstaaten kann sich das nur in Ausnahmefällen realisieren. Das *Goethe-Institut St. Petersburg*, von dem laut Bericht die Initiative für das Tanzprojekt ausgegangen ist, hatte Glück, dass die EU-Kommission in der Form des Sonderfonds »KULTUR 2000« als Partner gewonnen werden konnte. Der Bericht stellt ausdrücklich heraus: »Ohne die Förderung der EU wäre das Projekt nicht möglich gewesen.«

*Beispiel 2: Institut Moskau*
*Thema der Veranstaltung*: Europa-Tag in Moskau
*Art der Veranstaltung*: deutschlandbezogenes Informationsangebot der Bibliothek des *Goethe-Instituts Moskau*
*Dauer*: 1 Tag (14.5.2005)
*Teilnehmer*: Relevante deutsche Auskunftspersonen:
- MitarbeiterInnen des *Goethe-Instituts*
- *DAAD*-Lektorin
- Mitarbeiter des Pressereferats der deutschen Botschaft

*Besucher*: 1 000
*Partner des* Goethe-Instituts: EU-Delegation Moskau, Deutsche Botschaft

*Inhalt/Ziele*
Bericht des *Goethe-Instituts Moskau*: »Zum zweiten Mal organisieren Moskauer Studentenzentrum und EU-Kommission in Moskau einen Europa-Tag. Alte und neue europäische Länder präsentieren sich und stellen eigene Projekte, Ausstellungsprogramme, Tourismus vor. Die meisten Besucher sind Studenten. ... Entsprechend kommen die Fragen: Themen Studium, Ausbildung, Greencard in Deutschland, Information über Deutschland, Sprachkurse und Auskunft zu ganz verschiedenen Themen.«

*Signifikanz für EU-AKP*
Im Vergleich zum Tanztheaterprojekt in St. Petersburg der Ausnahmefall: Initiative und Organisation gehen von der örtlichen EU-Delegation und nicht von einem Kulturinstitut eines EU-Landes aus. Das *Goethe-Institut Moskau* berichtet nur über seinen eigenen Beitrag. Was die Vertretungen der anderen EU-Länder gemacht haben, über die Organisation und die Art der Kooperation erfahren wir nichts aus dem *Goethe-Institut*-Bericht. Offenbar war die Aufgabe, über das jeweils eigene Land zu informieren. Das wirft einige Fragen im Hinblick auf das Zusammenwirken von EU-Kommission und Mitgliedstaaten in der AKP auf:
- Hat es eine gemeinsame Planung und Vorbereitung des Europa-Tages zwischen EU-Delegation und den Vertretungen der beteiligten Mitgliedstaaten gegeben?
- Wer hat über die (EU-)europäischen Aspekte informiert? Nur die EU-Delegation (wenn überhaupt)?
- Wenn der knappe *Goethe-Institut*-Bericht den Schluss erlaubt, warum wurde kein integrativer Auftrag beschlossen beziehungsweise erteilt? Kann/sollte man die EU als bloße Summe seiner Mitglieder plus Brüssel präsentieren und das an einem so wichtigen Platz wie Moskau?

Laut *Goethe-Institut*-Bericht wurde der Europa-Tag in Moskau 2005 bereits zum zweiten Mal durchgeführt. Er muss also bereits beim ersten Mal vom Moskauer studentischen Publikum gut aufgenommen worden sein und soll offenbar in Zukunft weitergeführt werden. Es wäre bedauerlich und der tatsächlichen Situation in der EU zunehmend unangemessen, wenn das die Lebenswirklichkeit in der EU immer stärker bestimmende Zusammenspiel von EU- und Einzelstaatskompetenzen dem offenbar sehr interessierten studentischen Publikum in Moskau vorenthalten beziehungsweise nur zufällig zugängig gemacht würde. Es bedarf keiner besonderen Phantasie, sich die Entwicklungs- und Wirkungsmöglichkeiten dieses Formats (Europa-Tag) auch ohne wesentlich größeren Aufwand vorzustellen, falls das offensichtlich rein additive Vorgehen durch ein integratives (siehe St. Petersburg) ersetzt, zumindest ergänzt würde.

Dorothea Kolland

# *Eine vergessene Dimension: Die Banlieues von Europa*

Wenn ich in meinem Arbeitsumfeld Berlin-Neukölln Menschen befrage, was ihnen zum Thema »Europa« einfällt, so folgt erst einmal unbehagliches Stirnrunzeln. Die häufigste Antwort, die nach dieser Zögerphase kommt, ist »der Euro«. Danach differenziert es sich, dem einen fallen die neuen Konkurrenten, die Billiglohn-Mitgliedsländer, ein, anderen Bürokratie, wieder anderen Vielsprachigkeit und Reisen, und manchen Alten auch »kein Krieg mehr mit den Nachbarn«.

Vielen aber fällt gar nichts ein. Je migrantischer der Hintergrund, je mehr von sozialer Exklusion gezeichnet, um so weniger verbinden sich mit »Europa« Assoziationsfelder – und schon gar keine, die mit dem Leben der Befragten etwas zu tun haben.

Und doch vollzieht sich eine sehr grundsätzliche und letztlich entscheidende Dimension europäischer Zukunft um die Karl-Marx-Straße herum, mit den Menschen aus 165 Nationalitäten, die hier leben: Es entsteht hier neues europäisches Gemeinwesen, wie es in allen europäischen Metropolen wächst: ein multikulturelles, von Prekariat bedrohtes oder betroffenes, häufig von sozialer Teilhabe ausgeschlossenes, überlebenserprobtes, vielsprachiges, kreatives Menschengemisch, das europaweit mehr miteinander gemein hat als das jeweilige Mittelstandsbürgertum. Diese Dimension Europas, Chance wie Sprengstoff, auf jeden Fall aber soziale Realität, ist zumindest in Deutschland noch nicht ins Blickfeld geraten.

Europa-Euphorie hat in Deutschland zumal in diesem Jahr der EU-Präsidentschaft viele erfaßt, die Entscheider wie die Lobbyisten, die Vertreter unterschiedlichster Politik-Felder wie Interessengruppen. Viele Menschen in Deutschland sind – auch ohne den Präsidentschaftshype – überzeugt von dem Weg in eine neue Phase des europäischen Kontinents, für viele ist Europa der richtige Weg aus dem entsetzlichen Dilemma der Nationalismen der europäischen Länder, das Jahrhunderte lang Kriege und Hegemonialansprüche gebar. Insbesondere für junge Menschen, die ihre Bildungschancen nutzen konnten, ist die Konfrontation mit

ihrer Zukunft inzwischen europäisch, viele bewegen sich selbstverständlich zwischen Sprachen, Medien, Musik, die europäisch sind. Sogar für ein gemeinsames europäisches Geschichtsbuch für den Schulgebrauch wird geworben: Wie wichtig wäre es, hier zu einer Übereinkunft zu kommen – in Erinnerung an die Bedeutung, die die deutsch-polnische Schulbuchkommission für die Annäherung beider Länder hatte. Intellektuelle, Geschäftsleute, Produzenten, Unternehmer, Gewerkschafter haben Europa als normales Arbeitsfeld begriffen und bewegen sich selbstverständlich auf seinen verschiedenen Ebenen.

*Europäische Kultur und gesellschaftliche Teilhabe (social inclusion)*

Natürlich ringen auch die Kultur und ihre Protagonisten um europäische Kultur, der modernen Fassung »abendländischer« Kultur. Und die Kulturelite will »Europa eine Seele« geben, nämlich die Kultur. Aber wessen Kultur?

Denn ohne dass die Akteure der Europa-Kultur-Politik sich dessen gewahr werden, gerät ihr Anliegen an eine Sollbruchstelle, die das Projekt Europäische Kultur gefährdet: Ihre Erfahrungswelten sind in eine sehr große Distanz zu denen geraten, an deren Lebensrealität und Erfahrungswelt der Europäisierungsprozess vorbeigeht, die am Rande gesellschaftlicher Teilhabe stehen oder von ihr ausgeschlossen sind, deren Migrationsbiografie nicht einfach in Europa aufgeht, die wenig oder gar nicht an Kultur partizipieren. Und das sind sehr viele Menschen, in Deutschland wie in Europa insgesamt. Wenn sich die Kultur-Europa-Protagonisten nicht für die »Teilehabenichtse«, wie vor kurzem eine Tagung der *Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung* die Exkludierten sprachmächtig benannte, interessieren, wenn sie sich nicht des gesellschaftlichen Bruchs bewusst werden, der damit – das schwächste Glied gefährdet die starke Kette – die europäischen Kulturstrategien bedroht, dann steht der große Anspruch europäischer Kulturpolitik in Frage. Wenn sich Deutschland in vielen Bereichen als Super-Europäer verstehen mag, wenn es drängende Zukunftsfragen wie die Abwendung der Klimakatastrophe oder die Aids-Gefahr oben auf die europäische Agenda stellt, so sind im Unterschied dazu beklemmende andere Probleme wie das Auseinanderbrechen von Arm und Reich für viele nur von marginalem, zeitlich begrenztem Interesse, wie die Kurz-Diskussion über »Prekariat« um die Jahreswende belegt. Insbesondere die deutschen Protagonisten europäischer Kultur haben sich dem gesellschaftlich drängenden Thema des Verhältnisses zwischen Kultur und *social inclusion* und der Verantwortung von Kultur für gesellschaftliche Teilhabe kaum gestellt. Bislang ist die deutsche Vorstellung der »europäischen Seele« sehr elitär – und sehr abendländisch. Sie hat nichts mit einer Gesellschaft zu tun, die zunehmend durch Migration, kulturelle Diversität und Prekariat geprägt ist. Diesbezüglich nimmt Deutschland eine Sonderrolle der Enthaltsamkeit unter den wohlhabenden Mitgliedsländern der EU ein. Wie *anders* anderswo diskutiert wird, macht nachdrücklich die von Isar (2005) zusammengestellte Publikation »Inclusive Europe? Horizon 2020« deutlich, die die zweite »Seelen«-Konferenz in Budapest 2005 vorbereitete und deren Hauptthemen die Demokratisierung von Kultur und Schaffung von Teilhabemöglichkeiten für die bislang Exkludierten waren.





Dass die Verbesserung der Teilhabe-Chancen ein ganz entscheidender Schlüssel zu einer europäischen Identität ist, wurde spätestens seit der Konferenz von Lissabon Handlungsgrundlage. Einer der Schlüsselbegriffe für die Europäische Gemeinschaft wurde *social inclusion*, gesellschaftliche Teilhabe. Der Europäische Rat beschloss im Jahr 2000 in Lissabon, bis zum Jahr 2010 entscheidende Initiativen zur Beseitigung der Armut in Europa zu entwickeln:

»Die Zahl der Menschen, die in der Union unterhalb der Armutsgrenze und in sozialer Ausgrenzung leben, kann nicht hingenommen werden. Es muss etwas unternommen werden, um die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen ... Die neue Wissensgesellschaft bietet ein enormes Potenzial für die Reduzierung der sozialen Ausgrenzung, indem sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen für größeren Wohlstand durch mehr Wachstum und Beschäftigung schafft und neue Möglichkeiten der Teilhabe an der Gesellschaft eröffnet.

Zugleich birgt sie aber auch die Gefahr, dass der Graben zwischen denen, die Zugang zum neuen Wissen haben, und denen, die davon ausgeschlossen sind, immer breiter wird. Um dies zu vermeiden und das neue Potenzial zu maximieren, müssen Anstrengungen unternommen werden, um Fertigkeiten zu verbessern, einen breiteren Zugang zum Wissen und zu Lebenschancen zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen: Der beste Schutz gegen soziale Ausgrenzung ist ein Arbeitsplatz.« (Europäischer Rat 2000)

Immer noch sind 15 Prozent der EU-Bürger (vor der Osterweiterung) von Armut betroffen, viel mehr noch von Armut bedroht. In allen Mitgliedsländern wurden nationale Aktionspläne auf den Weg gebracht, ein erstes Fazit Ende 2004 veröffentlicht. (Europäische Kommission Beschäftigung & Soziales 2004) Verschiedene Aktionsfelder wurden in den Ländern unterschiedlich gewichtig gewertet, wobei ein deutlicher gemeinsamer Schwerpunkt auf dem Beschäftigungssektor wie auf der Verminderung des Armutsrisikos für Kinder und Jugendliche zu erkennen ist. Deutlich ist auch in den meisten nationalen Aktionsplänen die Erkenntnis der Notwendigkeit, Armut nicht als Spartenproblem zu fassen, sondern als Querschnittsaufgabe mit mehrdimensionalem Ansatz zu begreifen, in dem neben Beschäftigungspolitik und Sozialversicherungssystemen Themen wie Wohnung, lebenslanges Lernen, *eInclusion* (Fähigkeit des Umgangs mit dem Internet) und Kultur eine wesentlich größere Aufgabe zukommen soll.

Der Kulturpolitik wird eine wichtige Funktion im Kampf gegen Armut beigemessen: »Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten ist eine wichtige Möglichkeit, mit der Menschen und Gemeinschaften ihre eigene Identität bestimmen und ausgestalten und diese anderen vermitteln. ... Somit ist die Kultur ein Mittel für die aktive Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft. Die Förderung des Zugangs zu kulturellen Aktivitäten und die Teilnahme daran ist ein ebenso bedeutsamer und gewichtiger Faktor bei der Errichtung einer integrativen Gesellschaft wie die Förderung der Teilnahme an den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung oder So-

ziales. Im Vergleich zur Sozialpolitik ist für kulturelle Aktivitäten entscheidend, dass diese einen positiven Ausgangspunkt haben: Menschen werden nicht als Problem, sondern als potenzielle und konkrete Bereicherung angesehen.« (Ebd.: 86)

*Kultur und die Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion*

Die *Kommission für Beschäftigung & Soziales* beauftragte Detailuntersuchungen zu den wesentlichen angesprochenen Politikfeldern, so auch zur Kultur. Im Jahr 2005 wurde der »Report of a thematic study using transnational comparisons to analyse and identify cultural polices and programmes that contribute to preventing poverty and social exclusion« (Woods/Gordon u. a. 2004) in Brüssel vorgelegt und diskutiert. Diese Studie, an der Universität von Northumbria verfasst, gibt einen umfassenden, sorgfältig recherchierten Überblick über den Zustand der Schnittstelle von Kultur- und Sozialpolitik in Europa und über die gravierenden Unterschiede zwischen der Problembewusstheit der einzelnen Länder.

Es erwies sich, dass gerade das sich selbst so gerne als Kulturnation verstehende Deutschland bei allem Bemühen um Weltkulturerbe, bei allen wunderbaren kulturellen Leuchttürmen, nicht gerade zu den Vorreitern einer auf Teilhabe zielenden Kulturpolitik gehört, die sich ihrer Wechselwirkung zwischen Kunst und Gesellschaft wohl bewusst ist und die weiß, dass fehlende gesellschaftliche Teilhabe und Segregationsprozesse auch das kulturelle Leben beschädigen, auch der Kunst Existenzvoraussetzungen entziehen. Aber möglicherweise ist das deutsche Kultursystem auch gar nicht daran interessiert, es zu wissen.

Die Erörterung vieler einzelner Aspekte der großen Frage nach dem Zusammenhang zwischen *gesellschaftlicher* Teilhabe/Ausgrenzung einerseits und *kultureller* Teilhabe/Ausgrenzung andererseits nimmt dem (vor allem in deutschen Kunst-Köpfen vorhandenen) Vorwurf den Wind aus den Segeln, Kunst oder Kultur werde in diesem Diskurs vordergründig für gesellschaftliche Zwecke kunstfern missbraucht. Die Leitfragen der Studie setzten bei handfesten, konkreten Problemanalysen an: »Kann mangelhafter Zugang und Teilhabe an Kulturaktivitäten Armut und soziale Exklusion verschärfen? Wenn ja, welche Gruppen sind besonders gefährdet?« oder: »Welches sind die Barrieren, die den Zugang zu Kulturangeboten oder die Möglichkeit, die eigene kulturelle Identität auszudrücken, versperren?« Und schließlich: »Welchen Beitrag kann ein besserer Zugang zu Kultur im Kampf gegen Armut und sozialer Ausgrenzung leisten?« Besonders hervorgehoben wurde dabei die Chance, im Rahmen von kulturellen/künstlerischen Tätigkeiten neue Fähigkeiten zu erwerben, mehr Selbstvertrauen und Selbstachtung zu erringen, Verständnis und Toleranz Verschiedenartigkeit gegenüber zu lernen. Dies ist letztlich der Tenor der Untersuchung: Mehr Achtung und Aufmerksamkeit der persönlichkeitsbildenden und gesellschaftsstrukturierenden Kraft der Kunst gegenüber, mehr Bewusstwerden und Selbstbewusstsein des Kulturbetriebs, auf diese Kräfte zu achten und sie aktiv in den gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen, nicht als Zweck, sondern als Möglichkeit, Fähigkeit





und Wirkung von Kunst, als Impetus, um neue Kräfte in Gang zu setzen. Und andersherum: Die Tatsache muss erkannt werden, dass kulturelle Teilhabe – ein Menschenrecht – soziale Teilhabe voraussetzt. (Siehe Kolland 2005) Kultur sollte also ein ureigenes Interesse am Abbau von sozialer Ausgrenzung haben. »Kultur für alle« war ein wunderbares Motto für die Öffnung der Kultur und ihrer Institutionen; dass man den herbeigerufenen »allen« aber auch die Möglichkeit der Teilhabe geben musste, wurde vernachlässigt. Dies erweist ganz banal die Tatsache, dass eben nicht »alle« kommen, auch wenn die Türschwellen abmontiert werden. Schlimmer noch: Viele wollen nicht einmal kommen, weil Kultur – oder das, was ihnen als Kultur entgegentritt – nichts mit ihnen zu tun hat und sich nicht für ihre Probleme interessiert.

Peter Grottian, der Politologe und Berliner Mahner gegen soziale Ungerechtigkeit, zieht wortmächtig gegen Scheinheiligkeit der Gutmenschen der Kultur zu Felde, die den armen »Teilehabenichtsen« mit Kultur helfen wollen (Anlass: eine Tagung unter dem Titel »Integrations- und Partizipationspotenziale kultureller Bildung«, s. o.), aber nicht realisieren, dass vor kultureller Teilhabe soziale Teilhabe steht, und der davor warnt, dass die Balance von Fordern und Fördern der »Agenda 2010« nicht gelingt, solange die Ausschließungsmechanismen schärfer sind als die möglichen Partizipationsinstrumente. Seine Frage, ob die Kultur den Ausgeschlossenen etwas anzubieten habe, das diese in ihren sozialen Nöten ernst nimmt – und sei es ein Protest des *Deutschen Kulturrates* oder der *Dramaturgischen Gesellschaft* dagegen, dass bei der Berechnung von Hartz IV Kultur so gut wie gar nicht vorkommt –, erschreckt; verschreckt die, denen politische Geschäfte zu laut und zu schmutzig sind, schreckt die auf, die wissen, dass kulturelle Teilhabe Abbau von sozialen Barrieren und Mauern bedeutet – und die Trompeten sind noch nicht erfunden, deren Klänge allein ihr Verschwinden bewirkt.

Hier gilt es in Deutschland neue Haltungen und Strategien zu entwickeln und – gerade, wenn man sich in der Tradition der »neuen Kulturpolitik« der siebziger Jahre versteht – sich nicht auf der Emphase des »Kultur für alle« auszuruhen, auch wenn die Teilnahme an den Montagsdemonstrationen als die nicht beste aller Möglichkeiten eingeschätzt wird. Analysen sind fällig, die den tatsächlichen Zustand von gesellschaftlicher wie von kultureller Teilhabe beschreiben. Um ins Nachdenken zu geraten, würde meist eine ehrliche Selbst-Supervision der Kulturanbieter ausreichen, die sich mit den erreichten Publikumsschichten auseinandersetzt. Die Ergebnisse wären, was die Menschen jenseits des bildungsbürgerlichen Durchschnitts anbelangt, ausgesprochen unbefriedigend. Da in Deutschland aber – anders als in Großbritannien, in den Niederlanden oder in Schweden – niemand nach Teilhabe oder Bemühen darum fragt, an die Mittelzuwendungen keine diesbezüglichen Auflagen und Evaluationen gebunden sind, scheren sich in Deutschland viel zu wenige um dieses Feld, es wird eher als (hoch-)kulturabträglich angesehen.

Doch abgesehen von der Tatsache, dass Teilhabe an Kultur zu den Menschenrechten gehört (Artikel 27, Abs. 1: »Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der

Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.«), liegt es im ureigensten Interesse des Kultursystems und seiner Akteure, den Kulturinstitutionen, diejenigen ins Gesichtsfeld zu holen, die nicht oder noch nicht ihre »Kundschaft« sind oder die als Publikum verloren zu gehen drohen.

Kleine Signale aus dem Kultursystem machen Veränderungsprozesse deutlich: Es geht nicht mehr nur um die eigene Reproduktion, sondern Kulturinstitutionen werden sich einer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst, auch jenseits ihres eigenen Terrains. So konfrontierte der Berliner *Rat für die Künste* die Parteien, die sich an der Wahl im Herbst 2006 beteiligten, erst in zweiter Linie mit dem üblichen Kulturforderungskatalog. Die entscheidenden, zur Bearbeitung vorgeschlagenen Problemfelder betrafen Schnittpunkte zwischen Kultur- und Sozialpolitik:

»Um den Anforderungen der Zukunft gerecht werden zu können, müssen die Menschen der Gegenwart und Zukunft ein hohes Maß an kultureller Kompetenz und kreativer Phantasie besitzen, das sie sich durch die Begegnung und im Umgang mit Kunst und Kultur aneignen können, wobei der *Rat für die Künste* die besonderen Herausforderungen sieht,

- die sich aus einem *produktiven Umgang mit kultureller Diversität* ergeben. Berlin als von Migration geprägte Stadt muss kulturelle Vielfalt als Ressource begreifen, die künstlerische Zukunft sichert. Es gilt, kulturelle Diversität als immanentes Prinzip nationaler wie lokaler Kultur zu begreifen und kulturelle Diversität über die in der Stadt aktiven Künstler in integrativen Förderstrategien lebendig und mit hoher Attraktivität für das sozial wie kulturell heterogene Publikum zu inszenieren;
- die in der Erkenntnis wachsender *sozialer Segregation* und Bemühungen um deren Eingrenzung liegen, die eine Gemeinschaft in reiche und arme Regionen, in reicher und ärmer werdende soziale Schichten aufteilt und auf die mit stärkerer Berücksichtigung der gesellschaftlichen wie kulturellen Teilhabe zu reagieren ist;
- die im gegenwärtig sich vollziehenden Bedeutungswandel der *kulturellen Bildung* und *ästhetischen Erziehung* begründet liegen, deren lebenslange Notwendigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen insbesondere angesichts des demographischen Wandels nicht mehr negiert werden kann, de facto aber insbesondere in den Institutionen der Allgemeinbildung schweren Schaden erleidet.« (Offener Brief des Rates für die Künste 2006)

Diese drei Problemfelder decken sich mit den in der europäischen Inklusionsdebatte als besonders vordringlich zu bearbeitend identifizierten Schnittstellen von Sozial- und Kulturpolitik. Erkenntnis heißt zwar noch lange nicht, dass den benannten Problemen Abhilfe geschaffen würde, doch es ist ein erster Schritt zumindest hin zu einer neuen Haltung sozialen Problemen und gesellschaftspolitischem Verhalten gegenüber. Ein altes wie aktuelles Defizit des deutschen Kultursystems – der Kulturinstitutionen wie der Kulturwissenschaft – ist sein Abschotten insbesondere gegenüber sozialem, sozialpolitischem wie sozialwissenschaftlichem Denken. Dies beruht auf Gegenseitigkeit. Für das Sozialsystem ist das Kultursystem nur teuer und elitär. Damit ist auch die Abstinenz zu erklären, in den genannten »nationalen Aktionsplänen« über Möglichkeiten der Kultur überhaupt nur nachzudenken. Von Träumen über Synergien gar nicht zu sprechen …





So schneidet in der internationalen Vergleichsstudie Deutschland sehr schlecht ab, was die Bewusstwerdung der Relationen zwischen Kultur und dem Abbau von Barrieren, die soziale und kulturelle Teilhabe verhindern, betrifft. Weder die nationalen Aktionspläne aus den Fachministerien, wie denen für Jugend, Familie, Senioren, Behinderte, Migranten, von Armut Betroffenen, erwägen Kultur als mögliches »Instrument« ihrer Teilhabestrategie noch denkt nationale (so es sie gibt) oder regionale Kulturpolitik an »Einmischung« in Arbeitsfelder der Sozialpolitik. Das *divide et impera* der Fachpolitik lässt viele Möglichkeiten ungenutzt.

Dennoch wäre es nicht angemessen, deutscher Kulturpolitik – und noch viel weniger der konkreten Kulturarbeit – totale Sprachlosigkeit und vollkommenes Desinteresse der Frage nach sozialer und kultureller Teilhabe gegenüber zuzuschreiben. Nicht zuletzt ist das Bemühen der *Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«* mit ihrem Bestreben, »kulturelle Grundversorgung« rechtlich zu verankern, eine Einsicht in die Tatsache, dass Teilhabe grundsätzlich gewährleistet sein sollte und dass sie verhindernde Barrieren abzubauen sind. Wie weit das Grundversorgungspostulat – das wenig von aktiver, partizipatorischer, emanzipatorischer Teilhabe ausstrahlt, sondern sich eben als Versorgung versteht – ein Papiertiger bleibt oder soziale Gerechtigkeit fördert, ist heute noch nicht zu beurteilen – schon gar nicht vor Beendigung des Enquete-Prozesses und den endgültigen Formulierungen des Berichts.

In wenigstens einem der drei in Europa schwergewichtig gewerteten Arbeitsfelder geschieht in Deutschland im Augenblick entscheidend Neues: im Bereich der kulturellen Bildung und ästhetischen Erziehung, Voraussetzung für Teilhabe. In zahlreichen Bundesländern und Kommunen entwickeln sich Initiativen, werden Rahmenpläne und Modellprojekte auf den Weg gebracht, um die Qualität und Quantität schulischer wie außerschulischer kultureller Bildung zu überdenken und zu verändern – ein verqueres Ergebnis der Pisa-Diskussion, deren einseitige Betonung der »Kernfächer«, zu denen Musik, Kunst oder Theaterspielen natürlich nicht zählen, die kreativen Potenziale derart ins Abseits hatten geraten lassen, dass zumindest das Kultursystem darauf reagieren musste. Die gleichzeitige Förderung der Ganztagsschulen hatte Löcher und damit neue Möglichkeiten in den Stundentafeln ergeben, aus denen vorher die musischen Fächer herauskatapultiert worden waren. Wenig noch geschieht in Hinsicht auf lebenslanges kulturelles Lernen, das gerade auf dem Hintergrund des demographischen Wandels als Bildungsangebot viel ernster genommen werden müsste.

Kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung betrifft keineswegs nur den Bereich formeller, institutioneller Bildung in Kita, Schule und Hochschule, sondern stellt sich auch als Aufgabe für die Lordsiegelbewahrer des kulturellen Erbes wie der Innovation, die Kulturinstitutionen. Auch hier sind erstaunliche Bewegungen

wie etwa das Patenschaftskonzept in Berlin auszumachen. Rahmenkonzepte wie in Hamburg, Öffnungen zwischen Bildungs- und Kultursystem wie in Nordrhein-Westfalen schlagen neue Schneisen in einen bislang undurchdringlichen Dschungel gegenseitiger Abgrenzungen.

*Social Impact of the Arts*

Auch in einem weiteren der genannten Arbeitsfelder, in der Auseinandersetzung mit sozialer Segregation und den Möglichkeiten der Kultur, ist Deutschland nicht ganz tatenlos. Der vergleichende EU-Kommissionsbericht benennt ausdrücklich als positives Beispiel das Aktionsprogramm »Soziale Stadt«, in dem Kulturprojekte eine sehr wirkungsvolle Rolle als Empowerment-Geber, Identitätsvermittler, Kreativfaktor in sozialen Brennpunkten spielen können: Der *social impact of the arts*, die soziale, gesellschaftliche Wirkkraft von Kunst, kann hier sehr deutlich erkannt werden. Der Kultur wird eine wichtige Funktion im Kampf gegen Ausgrenzung beigemessen: »Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten ist eine wichtige Möglichkeit, mit der Menschen und Gemeinschaften ihre eigene Identität bestimmen und ausgestalten und diese anderen vermitteln. Somit ist die Kultur ein Mittel für die aktive Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft. Die Förderung des Zugangs zu kulturellen Aktivitäten und die Teilnahme daran ist ein ebenso bedeutsamer und gewichtiger Faktor bei der Errichtung einer integrativen Gesellschaft wie die Förderung der Teilnahme an den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung oder Soziales. Im Vergleich zur Sozialpolitik ist für kulturelle Aktivitäten entscheidend, dass diese einen positiven Ausgangspunkt haben: Menschen werden nicht als Problem, sondern als potenzielle und konkrete Bereicherung angesehen.« (Europäische Kommission Beschäftigung & Soziales 2004: 86)

Doch auch hier stoßen wir auf eine abgrenzende Mauer: Die Programm-Damen und -Herren der »Sozialen Stadt« sind bei den Stadtentwicklungsressorts angesiedelt und fürchten offenbar nichts mehr, als dass ihr Geld Kunst und nicht (nur) soziale Bindekräfte fördern könnte. Ausgesprochen absurde Zurückweisungsargumentationen und Überbürokratismen haben hervorragende Kulturprojekte, die auf Partizipation und Nachhaltigkeit setzten, unmöglich gemacht oder zerstört – und doch gelingt es Künstlern immer wieder, sich in das »Sozialsystem« einzuklinken – mit großer Berechtigung.

Andererseits sieht sich das Kultursystem – Künstler wie Institutionen – zunehmend mit der Erwartung konfrontiert, ihre Möglichkeiten für diesen Prozess der Entgrenzung von Teilhabe bereitzuhalten. Allerdings begibt man sich hier auf ein sehr deutsches Glatteis:

Gegen eine solche »Zweckbindung« laufen viele Künstler Sturm, fürchten sie doch ihre Vereinnahmung und Instrumentalisierung in kunstfremden Kontexten und um den Eigen-Sinn der Kunst – obwohl ihnen im konkreten Fall das Honorar, auch wenn es aus dem »Sozialsystem« kommt, sehr willkommen ist. Die Kunstdiskurse und Debatten sind hart, die Fronten scheinbar klar.





Scheinbar. Denn bei genauerem Hinsehen sind in der Kulturpraxis die Grenzen nicht immer genau auszumachen zwischen dem »eigenen« und dem »gesellschaftlichen« Auftrag der Künstler; Grenzgängertum entwickelt sich oft auch aus reiner materieller Notwendigkeit, in einem sozialen Arbeitsfeld als KünstlerIn mit den ihr/ihm eigenen Handwerkszeug Geld zu verdienen, was aber nicht ohne Konsequenzen für die »eigene« künstlerische Arbeit bleibt. (Siehe Burmeister 2005)

Es ist zumal in Deutschland mit seinem ewigen Traum(a) vom autonomen Kunstwerk ein altes Thema, das sich jedoch immer wieder neu stellt, allemal im Kontext zunehmender gesellschaftlicher und damit kultureller Segregationsprozesse in Deutschland (Siehe Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz 2004) und zunehmender Finanznöte des Staates, die Schwerpunktsetzungen in der Kulturpolitik erforderlich machen.

Schließlich fordert der europäische Kontext zu einer Positionierung heraus. Es geht letztlich um einen Paradigmenwechsel: Ist es legitim oder gar notwendig, nicht nur vom Recht der Kunst und der Künstler auf Förderung und Unterstützung zu sprechen – wie es im Grundgesetz und in Verfassungen der Bundesländer steht – und das mit Recht auch von diesen eingefordert wird, sondern auch von einer gesellschaftlichen Pflicht der Kunstinstitutionen und Künstler? Gilt das »Fördern und Fordern« auch für die Kultur? Der englische Künstler und Kulturwissenschaftler François Matarasso hat diese Position zugespitzt und fokussiert: »Es ist der richtige Moment, darüber zu sprechen, was Kunst für die Gesellschaft leisten kann, und weniger über das, was die Gesellschaft für Kunst zu leisten hat.« (Matarasso 1997) In deutschen Debatten birgt dieser vor zehn Jahren formulierte Gedanke immer noch heftigen Zündstoff.

Schließlich steht noch die Forderung nach einer Politik wie einer kulturellen Realität auf der Agenda, die die Wirklichkeit der Städte und Länder hinsichtlich ihrer vielfältigen ethnischen Bevölkerungsstruktur widerspiegelt. Deutschland wird sich mühselig seiner Realität als Einwanderungsland bewusst, seine Institutionen beginnen langsam »kultursensibel« zu denken und zu handeln. Eine der entscheidenden Aufgaben für die Zukunft unserer »alten« europäischen Gesellschaft und insbesondere Deutschlands in Zeiten weltweiter Globalisierung und Migration wird die Akzeptanz und Gestaltung einer gesellschaftlichen Realität sein, in der Multiethnizität eine Selbstverständlichkeit ist, ohne dass aus Angst vor Verlust der Leitkultur Exklusion praktiziert und Zwangsanpassung gefordert wird. Dahin ist noch ein weiter, aber notwendiger Weg. Er ist notwendig, weil wir noch nicht selbstverständlich zusammenleben, obwohl weder die Zukunft unserer Wirtschaft noch die unserer Städte ohne Menschen aus aller Herren Länder denkbar ist. Dass sich das Ideal einer multikulturellen Gesellschaft nicht schnell und problemlos entwickelt, haben wir in den letzten Jahrzehnten erlebt; wir haben jedoch auch gelernt, das Ideal eines alles aufsaugenden und damit nivellierenden *melting pot* in Frage zu stellen. Die Akzeptanz der *cultural diversity*, die Achtung der Differenz, ist als Notwendigkeit bewusst geworden.

Kunst und Kultur können in ihrer Möglichkeit, eine Begegnungsplattform für Diversität, Vielschichtigkeit, Neugier, Eigensinnigkeit und Tradition darzustellen, ein wichtiger Motor für die Zukunft Europas und einer globalisierten Welt sein, die im Sinne nachhaltiger Entwicklung ihre Diversität, ihre Differenzen und Unterschiedlichkeiten nicht aufgibt.

*Indices für die Zukunft*

Der Wandel europäischer Metropolen wird am deutlichsten sichtbar in ihren Banlieues, ihren sozialen Brennpunkten, ihren »Problemzonen«. Sie haben große Ähnlichkeiten untereinander – ob in Seine-Saint-Denis, Neukölln und Kreuzberg, Lavepies, East London, im Pijp, in der Kölner Südstadt, in Solentuna oder sonstwo in Europa. Diese Stadtregionen, die alle belastet sind mit hoher Armut, Arbeitslosigkeit, Bildungsproblemen und in denen deshalb Migration zum Problem wird, sind jeweils Indices dafür, in wiefern eine Stadt, eine Region, ein Land mit seiner Zukunft umgeht beziehungsweise was es dabei ist zu versäumen. In diesen brüchigen, unfertigen, harten Stadtregionen entsteht aber auch eine neue urbane Kultur, die sowohl eine Begegnung vieler Kulturen wie auch von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft ermöglicht: Und dies ist Voraussetzung für Modernität und Zukunft. Dass die Brennpunkte dieser neuen urbanen Kultur meist im Umfeld der sozialen Brennpunkte dieser Metropolen zu finden sind, ist kein Zufall, denn Avantgarde und Suche nach neuen Ufern paart sich selten mit Wohlstand oder gar Reichtum.

Dass Europa hier vor einer großen Herausforderung steht, ist vielen klar. Europäische Organisationen wie Forschungsinstitute rufen zu Problemanalysen und Strategien zusammen, wie kürzlich nach Lyon, zu der Konferenz »Atelier ENCACT: L'Agenda 21 de la culture. Vers une nouvelle gouvernance culturelle«. Besonders in der Verantwortung sieht sich das Bündnis *ENCACT (European Network of Cultural Administration Training Centres)*, das auch die Konferenz in Lyon veranstaltete. Im Programm hieß es: »Das Thema ›cultural diversity‹ ist eine zentrale Herausforderung für die europäischen Institutionen, vor allem für die Mitgliedsländer der EU. Alle internationalen Beobachter betrachten die kulturelle Vielfalt als wichtige Dynamik, zugleich aber auch als Quelle von Konflikten und Spannungen für unsere westlichen Gesellschaften, im Kontext der Globalisierung des wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs.«

Leider sind deutsche Institutionen und Initiativen in diese europäischen Netzwerke, deren Schwerpunkt auf den Überschneidungen von Kultur-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik liegen, kaum eingebunden; Organisationen wie *ENCACT, Banlieues d'Europe* oder *Quartiers-en-Crise*, um nur wenige wichtige zu nennen, die auch kräftige Unterstützung von europäischen Institutionen erfahren, kommen ohne Deutschland zurecht – nicht zuletzt, weil es dank der Bundesländerhoheiten keine entsprechenden Organisationsstrukturen auf Bundesebene gibt. Ob wir mit dieser Nicht-Teilnahme gut fahren, ist zu bezweifeln. An uns gehen wichtige Analysen vorbei.





Die europäischen Metropolen stehen vor sehr ähnlichen Problemen, die mit der Veränderung der Bevölkerung begründet sind, und damit langfristig vor einer Veränderung ihres kulturellen Profils. Alle tun sich schwer damit, und niemand weiß, wie die Zukunft aussehen wird – nur, dass sie vielgesichtiger und vielfarbiger werden wird. Das Nachdenken darüber beginnt europäisch zu werden. Es ist dringend an der Zeit, dass Deutschland sich in dieses Nachdenken einklinkt. Bei allen Spannungen und Konflikten: Möglicherweise ist diese neue urbane Kultur, die in den Banlieues von Europa entsteht, in der sich verschiedene Herkunftskulturen mit europäischen Traditionen und Formen mischen, in der Sprachen, Provokationen, Verletztheiten, Erfahrungen von Ausgeschlossensein und gleichzeitig Spielen mit einer großen Vielfalt kulturellen Erbes eine Verbindung miteinander eingehen, eine große neue Chance für unsere alte abendländische Kultur.

## *Literatur*


Burmeister, Hans-Peter (Hrsg.) (2005): *Autonomie und Intervention. Kunst im sozialen Kontext. Tagungsbericht des 49. Loccumer Kolloquiums*, Loccum: Evangelische Akademie

Europäische Kommission Beschäftigung & Soziales (2004): *Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung*, Brüssel

Isar, Raj (Hrsg.) (2005): *Inclusive Europe? Horizon 2020*, Budapest

Kolland, Dorothea (2005): »Kultur gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Über eine europäische Initiative zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 72–73

Matrasso, François (1997): *Use or Ornament? The Social Impact of Participation in the Arts*, Nottingham

Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (Hrsg.) (2004): *Sozialstrukturatlas 2003*, Berlin

Woods, R./Gordon, C. u. a. (2004): *Thematic study using transnational comparisons to analyse und identify cultural policies und programmes that contribute to preventing and reducing poverty and social exclusion*, University of Northumbria Centre for Public Policy/Centre for Cultural Policy & Management

Johannes Bronisch

# *Europas Kern in der intellektuellen Debatte*

## *Konturen eines Verständigungsproblems*

Im vergangenen Jahr veröffentlichte der belgische Premier Guy Verhofstadt ein »Manifest«, überschrieben mit dem Titel »Die Vereinigten Staaten von Europa«. Man muss bedauern, dass diese Schrift außerhalb des Kreises einiger »Berufs-Europapolitiker«, etwa im Europäischen Parlament, kaum für Aufregung gesorgt hat. Schon gar nicht wurden die Thesen des schmalen Bändchens mit seinem visionär in die Zukunft weisenden Gestus und seinem aus grauen Vorzeiten der europäischen Integration stammenden Titel von Intellektuellen und Publizisten aufgegriffen. (Verhofstadt 2006)

Verhofstadts Text ist die Neuauflage eines alten Konzepts zur Zukunft Europas. Sein Name lautet: »Kerneuropa«. Seine Erfinder waren die *CDU*-Abgeordneten Wolfgang Schäuble und Karl Lamers, die 1994 ein Positionspapier mit dem Titel »Überlegungen zur europäischen Politik« vorlegten. Ausgangspunkt waren die zu erwartenden Folgen der Erweiterung der Europäischen Union und die damit entstehenden Gefahren der Überdehnung der Institutionen und des »regressiven Nationalismus«. Europa bedürfe einer »variablen Geometrie« oder »mehrerer Geschwindigkeiten«. Entscheidend sei, so schrieben Schäuble und Lamers damals, »dass die Länder, die in der Integration und in ihrer Kooperation weiter zu gehen willens und in der Lage sind als andere, nicht durch Veto-Rechte anderer Mitglieder blockiert werden dürfen«. Dieser »Kern«, der vor allem die Gründerstaaten, geführt von Deutschland und Frankreich, umfassen sollte, war als »Motor« der Integration konzipiert. Man wollte vorangehen im Hinblick auf eine zunehmend supranational gestaltete und mit staatlichen Qualitäten ausgestatte Europäische Union – die Währungsunion und das »Schengener Abkommen« galten als erste Belege dafür. (Siehe Lamers/Schäuble 1994) Dieses Konzept tauchte später in modifizierter Form durchaus wieder auf, etwa bei Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing

oder in der bekannten »Humboldtrede« des damaligen deutschen Außenministers Joseph Fischer vom Mai 2000. (Siehe allgemein Marhold 2001)

Der neueste Entwurf des amtierenden belgischen Premierministers von 2006 steht somit in einer längeren Reihe von Vorläufern. Inhaltlich bietet Verhofstadt freilich wenig Neues, sondern verschiebt nur leicht die Akzente: Europa bedürfe Reformen und vertiefter Integration im wirtschafts-, forschungs-, außen- und auch verteidigungspolitischen Bereich. »Nur mit einem gemeinsamen Ansatz auf allen diesen Gebieten kann Europa erneut effektiv mitreden. Am besten mit allen Ländern der Union. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, müssen alle Länder der Eurozone sowie diejenigen, die ihr auf kurze Sicht beitreten wollen, mobilisiert werden. In diesem Fall wird Europa zwei konzentrische Kreise umfassen: einen politischen Kern, eine Art ›Vereinigte Staaten von Europa‹ auf der Grundlage der Eurozone und rund herum ein Staatenbund, eine Art ›Organisation europäischer Staaten‹.« (Verhofstadt 2006: 12)

Es ist nach wie vor unentschieden, ob es nach den letzten Erweiterungsrunden für die Idee eines »Kerneuropas« als integrationspolitischer Alternative längst zu spät oder vielleicht immer noch zu früh ist. Zu oft kam das Konzept in den schlechten, doch angesichts der »Ideengeschichte Kerneuropas« ungerechtfertigten Ruf, es stünde für Partikularisierung und Gouvernementalisierung. Offensichtlich ist aber auch, dass es sich um ein Konzept handelt, das seit seiner Geburt im Anschluss an den »Maastrichter Vertrag« allerorten mit politischen Blockaden und Diskussionsverweigerungen konfrontiert wurde und so niemals zu einer echten politischen Reife heranwachsen konnte. Bis heute hat in den europäischen Institutionen, auch im Europäischen Parlament, hierzu keine ernsthafte Diskussion stattgefunden. Es ist somit nicht verwunderlich, dass eine solche, ins politische Außenseitertum abgeschobene Idee, besonders wenn sie in der nüchternen und pragmatisch-liberal argumentierenden Variante Verhofstadts auftritt, heute auch unter den intellektuellen und publizistischen Meinungsführern in Deutschland, die ja schon grundsätzlich für europapolitische Debatten nicht leicht zu begeistern sind, auf Desinteresse stößt. (Siehe hierzu beispielsweise Schwencke 2005) Blickt man dazu vergleichend auf die Intensität der Europadebatten etwa in der französischen Öffentlichkeit, müsste der Gedankengang an dieser Stelle mit der bloßen Feststellung eines deutlichen Mangels schließen, wenn …

… man sich nicht über das mediale Kurzzeitgedächtnis hinausgehend an Zeiten erinnern würde, in denen dies anders zu werden versprach: Im Jahr 2003, vor dem Hintergrund des militärischen Vorgehens der USA und ihrer Verbündeten im Irak und der eklatanten Spaltung der Europäer in Gegner und Verbündete der USA, nahmen Jürgen Habermas und Jacques Derrida mit Vehemenz in einem gemeinsamen Artikel für ein »Kerneuropa« Stellung, das globalpolitisch als »Gegenmacht« zum amerikanischen »Hegemon« konzipiert war, und lancierten damit eine breite, allerdings nur kurze Europadebatte unter Intellektuellen, die ausnahmsweise einmal besonders in Deutschland geführt wurde. (Habermas/Derrida 2003)





Die Ergebnisse dieses öffentlichen Meinungsaustausches, in dem es an gewichtigen Gegenstimmen zur Habermas-Derridaschen Neudeutung des Konzeptes nicht mangelte, sind in hohem Maße paradox: In ihrem Anfang setzte die Debatte punktgenau am Modell eines politischen Kerneuropa als europäischer »Avantgarde« an und wollte damit dezidiert praktisch-politisch relevant sein. Um diesem Streben nach Relevanz ihres »Aufrufs« Nachdruck zu verleihen, bemühten Habermas und Derrida indes weitreichende Modelle einer spezifischen »Identität«, die im rein politischen Entwurf von Schäuble und Lamers so gut wie keine Rolle gespielt hatten. Das Ziel solcher Überlegungen war es, das »Europäische« vom »Nicht-Europäischen« abzugrenzen. Hier wurde der Versuch gestartet, die EU in der Situation des beginnenden Irakkrieges im Frühjahr 2003 auf die Rolle der Gegenmacht zu den USA festzulegen und das so instrumentalisierte Kerneuropaprojekt auf einer populären amerikakritischen Welle nach oben zu spülen. Doch entwickelte sich in Folge dessen ein neuer, bald dominierender Impuls: »Kerneuropa« wandelt sich für die Intellektuellen von einem bedürfnisorientierten politischen Instrument der europäischen Integration zu einer »Frage an sich«: Die Idee »Kerneuropa« mutierte zur wesentlich anders gelagerten Frage nach dem »Kern Europas« und führte so in die Unergründlichkeiten einer historisch festzulegenden, identitären »Schicksalsgemeinschaft«. Ein solcher Kern kann sich nicht mehr variabel und politisch-pragmatisch konstituieren, sondern er muss aus denjenigen Staaten bestehen, die an einer ganz konkreten historischen Bewusstseinsbildung Anteil hatten. Die Grenzen dieses Kerns sind eng und unflexibel – es sind identitätsgebundene und somit gleichsam »natürliche« Grenzen.

Im gleichen Maße wie sich die Intellektuellen so von politischer Praktikabilität des Kerneuropa-Diskurses entfernten, stellte sich aber auch eine gegensätzliche Bewegung ein. Es ist eine Bewegung der Annäherung: Beginnend bei Habermas und Derrida, fortgesetzt beispielsweise bei Adolf Muschg, spannt die Debatte einen großen Bogen bis hin zur Frage nach den kulturellen und geistigen Grundlagen der europäischen Integration. Die Entfernung von politischer Operationalisierbarkeit ist deshalb nicht nur als Verlust, sondern zugleich auch als Gewinn zu betrachten. Geradezu instinktiv wurden hier durch die Transformation der Kerneuropa-Debatte in eine Identitätsdebatte genau die Fragen aufgeworfen, die in der alltäglichen Europapolitik meist ungestellt und immer unbeantwortet bleiben: Fragen nach dem »Inhalt«, nach den »Eigenschaften«, nach dem »Wesen« Europas.

Einmal von den Fesseln politischer Alltagsrelevanz und praktischer Umsetzbarkeit befreit, stand dem Diskurs unter Intellektuellen dann der weite Raum spekulativer Gedankenspiele und betont individualisierter Interpretationen offen. Wie weit in diesen Raum schließlich vorgestoßen wird, hing eher vom Temperament des jeweiligen Autors ab: Jürgen Habermas blieb einer nüchternen Version europäischer Identität, aufbauend auf den im Zuge der Herausbildung der neuzeitlichen Moderne gemachten Erfahrungen, verbunden. Adolf Muschg versuchte, das »Europäische« auf einer geistig und kulturell durch den Holocaust geprägten »Schicksalsgemeinschaft« aufzubauen. (Muschg 2003; siehe auch ders. 2005, 1997)

Beide verstanden »Kern« nicht mehr als politisches Instrument, sondern als Ausdruck einer vor allem auch kulturell gelagerten »Identität«.

Ganz anders explorierte Peter Sloterdijk in den letzten Jahren den Raum europäisch-identitären Denkens. Sloterdijk ist derzeit wohl der zu europapolitischen Fragen meistgehörte deutsche Intellektuelle. Wenn Sloterdijk aber über Europa spricht, so spricht er nie in erster Linie über Perspektiven praktischer politischer Integration. Vielmehr handelt es sich immer um identitätsbezogenene, gleichsam »eurofundamentalistische« Gedankengänge. Gerade anlässlich der häufigen medialen Auftritte Sloterdijks offenbaren sich hier aber auch die zunehmend befremdenden Distanzen zwischen anlassbezogener Aktualität und bewusst inszenierter Esoterik der intellektuellen »Darbietung«. Verschiedene Diskursebenen werden auf dissonante Weise vermischt: Auf die Frage nach den Perspektiven der Erweiterung der EU lässt sich mit dem Hinweis auf die Unaussprechlichkeit des »Euro-Taos« nicht befriedigend antworten. (Siehe Sloterdijk 1989, 2002) Bei Sloterdijk war deshalb frühzeitig auf frappierende Weise zu beobachten, wie die zur Identitätsdebatte mutierte »europäische Frage« trotz intellektueller Brillanz – zielstrebig oder nicht – ins diskursive Aus gelenkt wurde. Doch auch die aus der Saat der politischen Partialität bei Habermas und Derrida hervorgewachsene, redselige Identitätsfixiertheit der Debatte der deutschen Intellektuellen vor einigen Jahren hat für das konkrete politische Projekt Europa keine genießbaren Früchte tragen können.

Und heute? Guy Verhofstadts Versuch, »Kerneuropa« realpolitisch zu reaktivieren, hätte die intellektuellen Vorkämpfer für eine politisch wirksam gemachte Verständigung über Europas Identität, angesichts der soeben aufgewiesenen Struktur der Debatte von 2003, wieder auf den Plan rufen müssen. Statt dessen: Schweigen. Durch das kühl-pragmatische Kernkonzept des belgischen Liberalen fühlt man sich offensichtlich nicht angesprochen. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass die von Habermas und Derrida 2003 postulierte, von Muschg, Richard Rorty, Umberto Eco, Gianno Vattimo und Fernando Saver übernommene Idee der Einheit von Integrationskonzept und Identitätsfrage in der Debatte zerbrochen ist. Der Diskursfaden zwischen intellektueller Elite und politischen Entscheidungsträgern ist bereits wieder gerissen.

Wenn es die Absicht der Kerneuropa-Initiative der Intellektuellen vom Frühjahr 2003 gewesen sein sollte, den Weg der europäischen Integration nicht nur im Nachhinein kritisch zu kommentieren, sondern auch in seiner zukünftigen Gestalt mitzubestimmen, so sind ihre Protagonisten – bisher – gescheitert. Die Debattenteilnehmer schweigen, Angebote mit echten politischen Anschlussmöglichkeiten werden von ihrer Seite nicht mehr entwickelt. Der kühle, ökonomisch basierte, mit Notwendigkeiten argumentierende Kerneuropa-Entwurf Verhofstadts ist jedoch ohne ein anspruchsvolles Nachdenken über Europas Kultur, Geschichte und Identität höchst unvollständig und wird sich deshalb mit auch noch so berechtigten politischen Forderungen nicht durchsetzen können. Die den politischen Prozess mit kritischem Anspruch begleitenden Intellektuellen, die eine solche Lücke dauerhaft unausgefüllt lassen, bieten dadurch selbst hinreichend Angriffsfläche.





Doch ist es nicht nur der von zu kurzsichtigen Motiven angetriebenen Mutation des Themas »Kerneuropa« vom Integrationsinstrument zur instrumentalisierten Identitätsfrage zuzuschreiben, wenn sich die Debatte der Intellektuellen ins Unrealisierbare entzog und schließlich folgenlos auflöste. Gerade auch die europapolitische Sphäre selbst scheint weder willens noch fähig, derartige von außen kommende Impulse aufzunehmen und umzuformen. Diese Impermeabilität des in Brüssel und Straßburg situierten europapolitischen Prozesses bietet dann ergiebiges Material etwa für die Konzeptionen Sloterdijks, die eine grundsätzliche Unzufriedenheit der Intellektuellen mit der derzeitigen Gestalt der EU erkennen lassen.

Dabei könnten Diskussionen, wie diejenige der Intellektuellen über Kerneuropa und die europäische Identität, viel Aufmerksamkeit bewirken – mehr Aufmerksamkeit als eine Plenardebatte des Europäischen Parlamentes oder ein Zusammentreffen des Europäischen Rates. Solche medial transportierten Diskurse stehen als greifbare Bausteine einer sich langfristig konstituierenden europäischen Öffentlichkeit zur Verfügung. Als solche benötigen sie aber auch erhöhtes Interesse seitens der politischen Akteure, denn sie verdeutlichen einen nach 50 Jahren europäischer Integration nicht etwa gesättigten, sondern weiter steigenden Erklärungsbedarf des europäischen Projektes gegenüber den betroffenen Europäern. Dass eine vollmundig begonnene Debatte zur Zukunft der europäischen Integration intuitiv in eine Suche nach der »europäischen Identität« mündet, ist ein evidenter Hinweis auf einen unbefriedigten Mangel. Funktionalistisch gedachte Integrationsmechanismen allein können dem über Europa nachdenkenden Teil der Öffentlichkeit nicht genügen, es bleibt die Frage nach »Sinn« und »Wesen« Europas. Zwar vermögen hier bisher weder die Politik noch die Intellektuellen allein Antwort zu geben. Doch ist es für die EU schon deshalb ratsam, solche Impulse sensibel zu registrieren und wenn möglich aufzunehmen, weil auf die in der französischen Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag erstmals lautgewordene Kritik, die EU stelle sich geradezu gegen bestimmte, als »europäisch« empfundene politische Werte, frühzeitig reagiert werden muss. »Europa« wird zwar immer weiter reichen als die politische Organisation der EU. Doch kann gerade diese Organisation es sich um ihrer Akzeptanz in der Öffentlichkeit willen nicht leisten, den Fragen nach ihrer Identität, nach ihrem »Kern« auszuweichen.

## *Literatur*


Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques (2003): »Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas«, in: *FAZ* v. 31.5.2003 (auch unter »Der 15. Februar oder: Was die Europäer verbindet« in: Habermas, Jürgen: *Der gespaltene Westen* (Kleine Politische Schriften X), Frankfurt am Main 2004, S. 43–51)

Lamers, Karl/Schäuble, Wolfgang (1994): *Überlegungen zur europäischen Politik* (»Kerneuropa-Papier«), *CDU-/CSU*-Bundestagsfraktion, 1.9.1994

Marhold, Hartmut (Hrsg.) (2001): *Die neue Europadebatte. Leitbilder für das Europa der Zukunft*, Bonn

Muschg, Adolf (1997): *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt. Fünf Reden eines Schweizers an seine und keine Nation*, Frankfurt am Main

Muschg, Adolf (2003): »Kerneuropa. Gedanken zur europäischen Identität«, in: *NZZ* v. 31.5.2003

Muschg, Adolf (2005): *Was ist europäisch? Reden für einen gastlichen Erdteil*, München

Schwencke, Olaf (2005): »Krise Europas. Krise seiner Intellektuellen. Ein Essay über neue Wege europäischer Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen,* Heft 110 (III/2005), S. 20 f.

Sloterdijk, Peter (1989): *Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik*, Frankfurt am Main

Sloterdijk, Peter (2002): *Falls Europa erwacht. Gedanken zum Programm einer Weltmacht am Ende des Zeitalters ihrer politischen Absence*, Frankfurt am Main

Verhofstadt, Guy (2006): *Die Vereinigten Staaten von Europa. Manifest für ein neues Europa*, Eupen



# *Europäische Kulturpolitik – Kulturpolitik für Europa*

## *Eine Umfrage*

1. Der vierte Kulturpolitische Bundeskongress der Kulturpolitischen Gesellschaft tritt mit der selbstbewussten Behauptung auf »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur«. Was halten Sie von diesen Thesen? Welche Rolle spielt Kultur im europäischen Integrationsprozess und wie können Kultur und Kunst die europäische Einigung unterstützten?
2. Die Europäische Union entwickelt derzeit eine neue Kommissionsmitteilung »Die Rolle der Kultur in Europa«. Kommissionspräsident Manuel Barroso betont die Bedeutung der Kultur und manche Beobachter der Szene sprechene von einem Paradigmenwechsel in der Europäischen Kulturpolitik. Stehen Sie dieser Entwicklung mit Sorge oder positiver Erwartung gegenüber? Sollte die EU kulturpolitisch stärker in Erscheinung treten?
3. Gegenwärtig ist feststellbar, dass von Seiten der EU immer mehr ordnungspolitische Regelungen auch die Kultur und kulturelle Aktivitäten in Deutschland betreffen, wie beispielsweise Urheberrechtsfestlegungen oder die Dienstleistungsrichtlinie. Worin liegen die Gefahren und die Chancen?
4. Worin sehen Sie die wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben im Zusammenwirken im nationalen und europäischen Ausmaß?
5. Das Programm »kulturhauptstadt Europas« gilt als Erfolgsprojekt der europäischen Kulturpolitik. Für das Jahr 2010 hat das Ruhrgebiet diesen Titel erworben. Große Erwartungen knüpfen sich an den damit verbundenen Prozess. Was kann beziehungsweise sollte die Bundesregierung tun, um diesen Prozess zu unterstützen?

Die Anfrage wurde beantwortet von Wolfgang Börnsen (Bönstrup), MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der *CDU/CSU*-Fraktion im Deutschen Bundestag, Steffen Reiche, MdB, *SPD*, Mitglied der Ausschüsse für Kultur und Medien sowie für Angelegenheiten der Europäischen Union, Christoph Waitz, MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der *FDP*-Bundestagsfraktion sowie für kul-

turpolitische Fragen auf EU-Ebene, Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB, Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion *DIE LINKE* im Deutschen Bundestag, Dr. Uschi Eid, MdB, Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik der Bundestagsfraktion *Bündnis 90/Die Grünen*, Prof. Dr. Johanna Wanka, MdL, Ministerin des Landes Brandenburg für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dr. Thomas Goppel, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

## ■ *Wolfgang Börnsen (Bönstrup), MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag*

*1* »In der Auseinandersetzung mit anderen Religionen, mit anderen Kulturen wird es wichtig sein, dass wir als Europäer in der Lage sind, auch unsere Wurzeln ganz klar zu benennen«, diese Erwartung äußerte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 11. Mai 2006.

Es ist ganz klar: Kultur spielt eine zentrale Rolle für den europäischen Integrationsprozess. Wie die Studie »The european culture and culture values« der EU-Kommission vom Juni 2006 belegt, sind es die europäischen Bürger selbst, die Kultur als einen positiven Wert ansehen und hoch einschätzen. Es bestätigt das Gefühl einer kulturellen Zusammengehörigkeit und Verbundenheit, das zurückzuführen ist auf gemeinsame Wurzeln, eine lange Geschichte und ein reiches kulturelles Erbe. Kunst und Kultur verbinden die Menschen auch über Sprachbarrieren und nationale Grenzen hinweg.

Auch muss hier der Beitrag des Kultursektors zu Wachstum und Beschäftigung in Europa hervorgehoben werden. Die Stärkung des kreativen Sektors auf europäischer Ebene, die während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 einen wesentlichen Schwerpunkt darstellen wird, zeigt, dass Kultur über ihren eigenen Wert hinaus ein Querschnittsthema mit Relevanz auch für andere Politikbereiche ist.

*2* Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat einmal festgestellt, dass die Kultur ein Schlüssel für den Einigungsprozess Europas sei und deswegen stärker als bisher im Zentrum der Bemühungen aller stehen solle. Wenn wir akzeptieren, dass Kultur ein Grundbaustein Europas ist, dann muss es uns neben der Wahrung aller nationalen Interessen im Hinblick auf Europa ein Anliegen sein, die Europäische Union auch im kulturpolitischen Sektor zu stärken. Dazu gehört aber nicht nur die Besinnung auf gemeinsame Wurzeln. Ein weiterer wichtiger Punkt dabei ist die Stärkung der Wettbewerbsbedingungen der europäischen Kreativwirtschaft im internationalen Kontext. Außerdem gilt es, mit unseren europäischen Partnern gemeinsame Positionen zur kulturellen Vielfalt zu erarbeiten, um bei der konstituierenden *UNESCO*-Vertragsstaatenkonferenz im Herbst 2007 mit einer abgestimmten Haltung und damit mit mehr Gewicht auftreten zu können. Auch die Entwicklung einer gemeinsamen Auswärtigen Kulturpolitik Europas wäre an dieser Stelle zu nennen, da die Erfahrung und Ausstrahlung europäischer Kultur





unverzichtbar für einen befriedenden Umgang mit globalen interkulturellen Konflikten ist. Europas Kulturschaffende profitieren ebenso von einer europäischen Kulturpolitik. So können sie zum Beispiel schon jetzt durch die Realisierung des Programms »KULTUR« in den nächsten sieben Jahren mit immerhin 400 Millionen Euro Förderung rechnen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit. Dazu zählen neben der Förderung der Mobilität der Kulturschaffenden auch die Unterstützung der internationalen Verbreitung von Kunstwerken und der interkulturelle Dialog. Europa muss nach innen und nach außen wirken. Eine abgestimmte europäische Kulturpolitik ist dafür unverzichtbar.

*3* Natürlich ist auch die Kultur nicht ausgenommen von europäischer Gesetzgebungsarbeit. Aber dies bedeutet weder, dass unsere nationale Gesetzgebungsarbeit allein von Europa bestimmt würde, noch, dass Deutschland keinen Einfluss auf europäische Regelungen hätte. So ist besonders erfreulich gewesen, dass sich die deutsche Haltung bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die ursprünglich geplanten Bestimmungen zum Herkunftslandprinzip zu verändern, letztlich durchgesetzt hat. Unseren nationalen Interessen ist damit im wesentlichen Rechnung getragen worden. Auch bei den Verhandlungen zur EU-Fernsehrichtlinie deutet sich an, dass der engagierte Einsatz der Bundesregierung für unsere Positionen zu tragbaren Kompromissen führen wird. Die Erfahrung zeigt, dass der europäische Gesetzgebungsprozess auch hinsichtlich der Wahrung nationaler Interessen positiv beeinflusst werden kann.

Die Chancen einer europäischen Ordnungspolitik liegen natürlich in Richtlinien, die zum Beispiel die Konkurrenzfähigkeit von Künstlern und/oder die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken, wie die Richtlinie über das Folgerecht des Urhebers eines Original-Kunstwerkes. Die im letzten Jahr erfolgte Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht hat dazu geführt, dass bislang existierende EU-weite Nachteile deutscher Künstler beseitigt wurden und somit der Kunsthandelsstandort Deutschland gestärkt wurde.

Hier wissen wir uns mit dem Vorsitzenden der *CDU/CSU*-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, einig, dass es ein herausragendes Ziel in der Kulturpolitik sein muss, Deutschland auch im kulturwirtschaftlichen Sinne international wettbewerbsfähig zu machen.

*4* Hierzu zähle ich:

- Die Wahrung des europäischen Kulturerbes, das ohne die Erhaltung des nationalen und auch regionalen Erbes nicht möglich ist.
- Die Förderung der europäischen kulturellen Vielfalt, die dazu verhilft, der Europäischen Union in der Welt ein Gesicht zu geben.
- Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Wahrung der kulturellen Vielfalt und des europäischen wie nationalen Reichtums.

- Die Verbesserung des Zugangs zur Kultur und zum kulturellen Erbe für möglichst viele Menschen, insbesondere solche, die in Armut leben.
- Die Entwicklung abgestimmter Strategien zur Stärkung des kulturellen Sektors als Motor für Wachstum und Beschäftigung und letztlich
- die Entwicklung eines starken europäischen Mediums, damit sich Europa medial neben anderen Regionen in der Welt durchsetzen kann.

*5* »Mit der Entscheidung für das Ruhrgebiet als deutsche Kulturhauptstadt 2010 wird nicht nur eine der dichtesten und lebendigsten deutschen Kulturlandschaften ausgezeichnet, sondern insbesondere eine Region, die sich in einem langwierigen Prozess des Strukturwandels von der großen Vergangenheit als Europas wichtigster Montanregion verabschiedet und als Kulturregion neu erfindet.« Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert macht mit diesen Worten die Bedeutung der Auszeichnung als Anerkennung für den erfolgreichen Wandel einer industriell geprägten Region zu einer europäischen Kulturmetropole deutlich.

Das Ruhrgebiet ist ein Schmelztiegel, in dem Menschen aus 140 Nationen eng zusammenleben. Vom Ruhrgebiet kann man lernen, wie scheinbar Unvereinbares sich durch Offenheit und Toleranz verbindet, wie interkulturelle Prozesse zur positiven Entwicklung einer Region beitragen können. Die Mobilisierung und Mitwirkung dieser kulturellen Kräfte werden auf dem Weg bis 2010 im Ruhrgebiet weiterentwickelt. Essen wird mit der Benennung zur Kulturhauptstadt dem Strukturwandel in den 53 Städten und vier Kreisen des Ruhrgebiets ein ganz besonderes Forum geben.

Um diese für Deutschland und Europa gleichermaßen innovative wie zukunftsgerichtete Initiative angemessen zu würdigen, wird der Bund den Erfolg der geplanten Projekte in Essen anlässlich der »Kulturhauptstadt 2010« mit einer Förderung von bis zu zehn Millionen Euro unterstützen. Darin enthalten ist die Förderung eines Projekts der *Zeche Zollverein* in Höhe von einer Million Euro. Da die industrielle Kulturlandschaft Zollverein, ein Gesamtensemble aus Zeche und Kokerei, bereits 2001 zum *UNESCO*-Weltkulturerbe erklärt worden ist, kommt ihrer Unterstützung eine besondere Bedeutung zu. Eine intensive Begleitung der Maßnahmen und Projekte durch den Bund, die Essen in Hinsicht auf 2010 initiieren wird, ist aber auch deshalb von so großer Bedeutung, weil wir alle hier wie unter einem Brennglas das Zusammenwachsen europäischer kultureller Vielfalt beobachten und daran teilhaben können. Diese Entwicklung sollte ein Signal nach ganz Deutschland und Europa aussenden, dass man nämlich mit Kultur auch eine soziale und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte schreiben kann.





## *Steffen Reiche, MdB, SPD, Mitglied in den Ausschüssen für Kultur und Medien sowie für Angelegenheiten der Europäischen Union*

*1* Kultur ist die Voraussetzung dafür, dass in Europa heute mehr gesehen wird als ein geografisch begrenzter Kontinent. Es hat einen Jahrhunderte währenden zivilisatorischen Prozess durchlaufen, der – dank des Wirkens von Philosophen, Wissenschaftlern, Dichtern und Künstlern der europäischen Länder – zu einer hoch differenzierten, vielfältigen humanen Kultur geführt hat; gleichzeitig aber auch durch die Erfahrung der Außerkraftsetzung seiner so gewonnenen Werte zu Blutbädern und Verbrechen. Auf beidem fußt die global beispielhafte Fähigkeit der Europäer, Interessenkonflikte friedlich zu regulieren. Kultur ist deshalb als Existenzbedingung Europas zu verstehen.

Das gilt nicht nur für die Gründungsumstände der Europäischen Union vor fünfzig Jahren. Im Blick auf Migrationsprozesse, auf die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung, auf die neuen kulturellen Herausforderungen durch Globalisierung und neue Kommunikationsweisen, auf soziale und Strukturunterschiede in Europa wird immer deutlicher, dass Europa einen Entwicklungspunkt erreicht hat, der neuartige und weitreichende kulturelle Leistungen erfordert, um den europäischen Integrationsprozess weiter erfolgreich fortsetzen zu können.

Kultur und Kulturpolitik kommen deshalb für die Zukunft Europas strategische Bedeutung zu. Sie werden für die Entwicklung eines europäischen Demos durch intensive Kommunikation ebenso gebraucht wie für die Lösung gesellschaftlicher Probleme, Aufgaben und Konflikte. Europa muss deshalb lernen, seine kulturelle Vielfalt auch als Reservoir von Handlungsmustern zu verstehen, aus dem durch kulturellen Austausch und kulturelle Kooperationen *best practices* gewonnen werden können und müssen.

Der zweite Teil der Kongress-Überschrift »europa.macht.kultur« müsste deshalb rasch von einer These zur überall deutlich spürbaren Realität werden.

Unabdingbare Voraussetzung dafür ist aber, dass die Kulturakteure und Kulturpolitiker von der kommunalen über die regionale, Landes- und Bundes- bis zur europäischen Ebene sich der strategischen Bedeutung ihrer Arbeit bewusst und viel offensiver als bisher aktiv werden.

*2* Einer solchen Entwicklung kann man aus meiner Sicht nur positiv gegenüberstehen, wenn einem der erfolgreiche Fortgang der europäischen Integration am Herzen liegt. Es ist höchste Zeit, dass sich die Europäische Union insgesamt der kulturellen Herausforderungen bewusst wird, vor denen sie steht; und ebenso der kulturellen Potenziale, die sie für ihre Zukunft nutzen und einsetzen kann.

Allein aus einer Vervielfachung der kulturellen Kooperationen und der damit verbundenen Intensivierung von europäischer Kommunikation und europäischem Dialog erwarte ich ungeahnte positive Folgewirkungen für alle gesellschaftlichen Bereiche.

In meiner Tätigkeit als Berichterstatter für das Europa-Kapitel des Berichts der *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages* ist mir mitunter die Sorge begegnet, es könne sich damit eine Überformung der Kulturen der Mitgliedsländer der Europäischen Union oder gar eine Vereinheitlichung verbinden. Diese Sorge teile ich nicht. Im Gegenteil. Die Europäische Union ist ja in Kulturfragen klar und eindeutig subsidiär strukturiert. Es kann sich bei europäischer Kulturpolitik immer nur um Unterstützung, Ergänzung und Förderung der Vorhaben handeln, die auf den Agenden der Mitgliedsländer stehen.

Aber genau diese Unterstützung, Förderung und Ergänzung ist auch dringend nötig. Das wird am Beispiel der von den meisten Teilnehmern an den Debatten der Enquete-Kommission geteilten Überzeugung deutlich, dass europäische Belange viel intensiver und umfangreicher als bisher in die Politik der verschiedenen Ebenen innerhalb der Mitgliedsländer implementiert werden müssen. Ein Schwerpunkt ist dabei die kommunale Kulturpolitik, und es ist völlig klar, dass die Akteure vor Ort dafür aller Unterstützung und Ergänzung – von den nötigen Informationen und Kontakten bis zur Finanzierung – bedürfen, der sie nur habhaft werden können.

Das ist übrigens weder in den Kommunen noch in Europa aus der Portokasse zu leisten. Deshalb hoffe ich sehr, dass die Europäische Union ihre Besinnung auf Kultur als Movens der Integration mit entsprechenden Haushaltsentscheidungen verbindet.

*3* Da wir immer enger zusammenwachsen und da wir nur noch miteinander *wachsen*, brauchen wir in immer mehr Bereichen gemeinsame Regeln. Am Anfang reichten Regeln für Bereiche wie Kohle und Stahl, heute benötigen wir auch solche für beispielsweise Dienstleistungen und Urheberrechte.

Diese Prozesse unterliegen der Gefahr, dass auf Beschleunigung und unmittelbaren Profit orientierte ökonomische Denkweisen zu breiten Raum greifen – in gesellschaftlichen Bereichen, wie dem der Kultur, wo sie nur bedingt oder gar nicht am Platze sind. Davon zeugen die zum Teil erbitterten Diskussionen um den Begriff der Subvention und um die Legitimität, Kultur zu »subventionieren«.

In diesen Diskussionen liegt jedoch zugleich eine große Chance. Leidenschaftliche Auseinandersetzungen haben ja zur Folge, dass man sich intensiv mit dem Gegenstand des Streits befasst und zu neuen Erkenntnissen kommt beziehungsweise sich herangereifter Fragen bewusst wird. Der Kulturbereich muss sich im Zusammenhang damit, dass sich auf der Schwelle der Ablösung der Industriegesellschaft eine immer stärker werdende Kulturwirtschaft herausbildet, mit einer ganzen Anzahl neuer Fragen befassen – was ja auch geschieht. Das Dreieck von Kreativität, kultureller »Daseinsvorsorge« der Gesellschaften und Kulturerzeugnissen mit Warencharakter ist eines der interessantesten Spannungsfelder unserer Zeit und eine anspruchsvolle Bewährungsprobe für die innereuropäische Kommunikation.





Eine zweite Chance besteht darin, dass je intelligenter und erfolgreicher die Mitgliedsländer der Europäischen Union sich im Innern verständigen, sie umso positiveren Einfluss auf den Fortgang der GATS-Verhandlungen und die Entwicklungen innerhalb der *WTO* nehmen können.

Soweit der Bogen auf den ersten Blick gespannt sein mag: Genau in diesen Prozessen werden strukturelle Voraussetzungen für den Erhalt und die Förderung kultureller Vielfalt in Europa und auch weltweit geschaffen.

*4* Mit der Notwendigkeit, sich intensiv über Fragen der Kulturwirtschaft zu verständigen, ist ein Punkt bereits genannt. Hinzu kommt eine ganze Anzahl weiterer strategischer Dimensionen.

So sehe ich zum Beispiel die Europäische Union vor die Notwendigkeit gestellt, grundlegende Voraussetzungen für eine tatsächliche europäische Kommunikation, die die Entwicklung eines europäischen Demos erlauben würde, überhaupt erst zu schaffen. Damit meine ich die Frage der Sprache. Bislang hat sich Europa darauf verständigt, die Vielfalt der Sprachen zu wahren und zu fördern. Es hat nicht beantwortet, wie die Bürgerinnen und Bürger möglichst ohne Barrieren miteinander kommunizieren sollen. Aus meiner Sicht ist es nötig, gleichzeitig möglichst rasch eine *Lingua franca* durchzusetzen und die Vielfalt der Sprachen weiterhin zu erhalten.

Große gemeinsame Leistungen sind im Blick auf die Herausforderungen der Migrationsbewegungen und die Entwicklung interkultureller Lebensweisen erforderlich und möglich. Besonders hier kommt es darauf an, bereitwillig, zeitnah und effektiv *best practices* des Zusammenlebens zu verallgemeinern, um zukünftig Konflikte zu vermeiden, wie sie in den französischen *banlieues*, in den Niederlanden, in den deutschen, dänischen, ungarischen oder polnischen nationalkonservativen oder sogar »Rechts«-Entwicklungen zum Ausdruck kommen. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass sich die einzelnen Mitgliedsländer ernsthaft mit den Ansprüchen an ihre eigenen national geprägten Kulturen auseinandersetzen und die Pflege der gemeinsamen europäischen Werte offensiv auch in deren Zentrum stellen.

Eine wichtige Aufgabe von globaler Bedeutung besteht unverändert im Nachweis, dass auch sehr unterschiedliche Kulturen friedlich und gedeihlich miteinander leben können, kurz gesagt geht es um *proof Huntington wrong*. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bieten dafür eine einmalige Chance, zumal Istanbul im Jahr 2010 Kulturhauptstadt sein wird.

*5* Zunächst ist festzustellen, dass sich Deutschland in einer ambivalenten Situation befindet. Einerseits haben »Ruhr 2010« und die 16 weiteren deutschen Bewerberstädte um den Titel gemeinsam mit den ungarischen Bewerbern intensiv zur Entwicklung des europäischen Erfolgsprojekts der Kulturhauptstädte beigetragen, was im innovativen Konzept von »Ruhr 2010« beispielhaft zur Realisierung kommen wird. Andererseits besteht gleichzeitig ein weitreichendes Informationsdefizit über diese Prozesse und über die Entwicklung des europäischen Projekts über-

haupt. Bei aller Popularität, die »Ruhr 2010« inzwischen erreichen konnte, sind selbst versierte Kulturpolitiker oft nicht hinreichend im Bilde, worin die neuen Maßstäbe bestehen, die durch »Ruhr 2010« gesetzt werden. Das hat zur Folge, dass die mit dem Ruhr-Konzept »Wandel durch Kultur« zu beweisende Potenz von Kultur als Motor und Ressource gesellschaftlicher Entwicklung zu wenigen Akteuren und Politikern bewusst ist. Noch weniger bewusst ist, dass es sich dabei um eine Chance handelt, die zwar durch den Titel Kulturhauptstadt beflügelt wird, aber nicht an ihn gebunden ist. Die mittels kultureller Instrumentarien gesamtgesellschaftlich zu erzielenden Leistungen und Fortschritte sind verallgemeinerbar.

Aus meiner Sicht kann und sollte die Bundesregierung immer wieder Anlässe und Gelegenheiten schaffen, bei denen die Dreh- und Angelpunkte der Kulturarbeit im Ruhrgebiet mit großer bundesweiter Ausstrahlung öffentlich debattiert werden. Weiterhin kann und soll sie die Städte Augsburg, Bamberg, Braunschweig, Bremen, Dessau/Wittenberg, Görlitz, Halle, Kassel, Köln, Lübeck, Münster, Osnabrück, Potsdam und Regensburg ebenso ermuntern und unterstützen, mit ihrem europäisch-kulturellen Engagement fortzufahren und weiterhin Kooperationsbeziehungen, auch mit den ungarischen Partnern, zu unterhalten.

Ebenso wichtig ist es, dass die durch »Ruhr 2010« gesetzten Maßstäbe stärkeren Einfluss auf die europäischen Leistungsanforderungen an die Kulturhauptstädte Europas gewinnen. Dafür sind intensive Diskussions- und Verständigungsprozesse nötig. Die Bundesregierung kann und sollte sie im Europäischen Rat initiieren.

## ■ *Christoph Waitz, MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion sowie für kulturpolitische Fragen auf EU-Ebene*

*1* Der Titel des Kongresses ist gut gewählt. Das Motto verdeutlicht sowohl die hohe Bedeutung der Kultur für das künftige Selbstverständnis einer zusammenwachsenden und vielfältig verflochtenen Union als auch das besondere und wachsende gemeinsame Selbstbewusstsein der europäischen Völker. Die Geschichte vielfältiger innereuropäischer Auseinandersetzungen gilt als überwunden und Kultur wird als Motor für geistesgeschichtliche Veränderungen und Fortentwicklungen verstanden. Im Ergebnis steht das moderne Europa: Ein weltweit einzigartiger und vielfältiger Kulturraum.

Unsere europäische Kultur braucht Freiheit! Die europäische Kulturgeschichte ist durch geistesgeschichtliche Revolutionen geprägt, die über bestehende Grenzen hinweg ihre Spuren in Architektur, Literatur, Musik und Philosophie hinterlassen haben. Die Freiheit des Künstlers; das Grundrecht der Kunstfreiheit; die Befreiung von Zensur durch Obrigkeit und Kirchen: Diese Errungenschaften wurden über Jahrhunderte mühsam erkämpft und bilden das Fundament der





Vielfalt der europäischen Kulturlandschaft. Auch hierfür steht das Motto »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur«.

Das Motto muss aber auch als Selbstverpflichtung gelesen werden, die Rahmenbedingungen für Kultur in Europa weiter zu verbessern und den kulturellen Dialog und Austausch zwischen den europäischen Völkern weit stärker zu fördern, als dies bislang der Fall ist. Es ist *common sense*, dass Kultur eine wichtige Rolle im weiteren europäischen Einigungsprozess erhalten soll. Artikel 151 des EG-Vertrages trägt dieser Rolle Rechnung. Hierin heißt es:

»Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes. Die Gemeinschaft fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit ...«

Kultur braucht den Dialog. Sie braucht den Austausch von Sprachen und künstlerischen Ausdrucksformen. Selbst wenn viele gemeinsame kulturelle Bänder zwischen den Volks- und Sprachgruppen abgelesen werden können, so ist das Ziel doch die Bewusstwerdung einer europäischen Identität, die zusätzlich und gleichberechtigt neben die nationale Prägung treten soll. In einem vielsprachigen und multikulturellen Europa brauchen wir Kultur und Kunst auch als non-verbale Dialogangebote. Wir brauchen eine Vielzahl von künstlerischen Prozessen, die im Wege des Austausches zu gemeinsamen neuen Werten führen.

*2* Die Bedeutung der Kultur in den Ankündigungen der Europäischen Union und ihr tatsächliches Gewicht in der Arbeit des Parlamentes, der Kommission und des Rates stehen in einem diametralen Gegensatz zueinander. Kulturkommissar Ján Figel steht im Rahmen des »KULTUR«-Programms (2007–2013) für diese Aufgabe die – im Vergleich zu anderen EU-Haushaltsposten – bescheidene Summe von 400 Millionen Euro für die Jahre 2007 bis 2013 zur Verfügung.[1] Das sind pro Jahr 57 Millionen Euro. Allein die Berliner Operhäuser benötigen mehr Mittel pro Jahr, als dem EU-Kulturkommissar zur Kulturförderung in allen 27 Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen. 400 Millionen Euro für sieben Jahre. Dies ist der europäische Betrag zur Kulturförderung, der entgegen der ursprünglichen Haushaltsansätze auf diese Summe gekürzt wurde. In Kultur werden nach wie vor nur geringe Mittel investiert.

Stellt dies den wahren Stellenwert der europäischen Kulturpolitik dar? Und wo liegen die Ursachen für diese Situation? Vielleicht hat dies etwas damit zu tun, dass die Beiträge zahlenden Mitgliedstaaten in den Haushaltsberatungen der Fachministerräte darauf achten, dass möglichst viele Gelder in Projekte wie den *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)* verplant oder für Landwirtschaftssubventionen gezahlt werden, die als Zuschüsse in die eigenen Länder und Regionen wiederkehren. Investitionen in Kultur, auch noch in grenzüberschrei-

1 Der EU-Haushalt allein für das Jahr 2007 beträgt 126,5 Milliarden Euro.

tende Kulturprojekte, erscheinen in diesem Licht als schmückendes, aber unwichtiges Beiwerk. Wir sollten die Krise des europäischen Verfassungsprozesses als einmalige Chance nutzen, gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir die Kultur in Europa auch auf europäischer Ebene stärken können und auf diese Weise daran mitwirken, eine europäische Identität Wirklichkeit werden zu lassen. Nur so werden wir die Basis dafür schaffen, dass die Bürger Europa annehmen und die Europäische Union weiter wachsen kann.

*3* Allein in Deutschland arbeiten mehr Menschen im kulturellen Bereich als in der Automobil- oder Chemieindustrie. Dem riesigen Kultursektor wird in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht ohne Grund im Großen und Ganzen ein besonders wichtiger und schützenswerter Stellenwert eingeräumt. Allein die Bedeutung der Kulturwirtschaft für unser Wirtschaftsgefüge ist nicht zu unterschätzen. Oft liest man: Kultur ist kein normales Wirtschaftsgut. Die »*UNESCO*-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt«, in Deutschland am 18. März 2007 in Kraft getreten, greift diesen Gedanken auf. Die Dienstleistungsrichtlinie sieht hingegen keine Ausnahmen für den Kulturbereich vor. Sicher ist: Die Kultur kann nicht vom normalen Wirtschaftsleben abgetrennt und in einer isolierten Schutzblase gehalten werden. Auch sicher ist: Es wird immer wieder Richtlinien und Verordnungen auf EU-Ebene geben, die auch Auswirkungen auf den Kultursektor haben. Bislang ist das »Abendland« aber noch nicht aufgrund der EU-Gesetzgebung untergegangen. Wichtig ist, dass die Kulturpolitik immer wieder wachsam ist und bleibt und die Interessen des Kultursektors im Gesetzgebungsverfahren und bei Umsetzung der Rechtsrahmen vertritt. Wünschenswert wäre es, vor Verabschiedung einer Gesetzesinitiative im Rahmen einer Gesetzesfolgenabschätzung die Auswirkungen auf den Kultursektor genauer zu untersuchen. Eine solche Gesetzesfolgenabschätzung habe ich in Deutschland zum Beispiel vor Ratifizierung der »*UNESCO*-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt« vermisst.

*4* Die einzelnen Institutionen der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten müssen enger zusammenarbeiten. Eine größere Anzahl gemeinsamer Projekte zwischen Kommission, Ratspräsidentschaft und den einzelnen Mitgliedsstaaten wäre wünschenswert. Leider gibt es laut Aussage des *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien* im ersten Halbjahr 2007 keine gemeinsamen Kulturprojekte von EU-Kommission und EU-Ratspräsidentschaft.

Eine konkrete Maßnahme könnte die Schaffung von Plattformen sein, die einen Dialog der Bildungs-, Wissens- und Kultureliten der Mitgliedsstaaten initiieren. Zurzeit macht der kulturelle und kulturpolitische Diskurs in Europa noch viel zu oft an den Länder- beziehungsweise Sprachgrenzen halt. Eine weitere Maßnahme wäre der verstärkte Austausch von Sprachlehrern, Erziehern und Sprachstudenten, die ihrerseits den Erwerb von Sprachkompetenz im Kindesalter schon in der Frühförderung unterstützen könnten. Auch die Einführung eines europäischen sozialen Jahres auf freiwilliger Basis wäre eine denkbare Maßnahme zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenz unserer jungen EU-Bürger.





*5* Die europäischen Kulturhauptstädte sind Leuchttürme der europäischen Kulturförderung. Das Programm setzt wichtige Impulse für die jeweilige Region, verbessert die Infrastruktur und ist eine Art Leistungsschau des Kultursektors in der jeweiligen Region und in Europa allgemein. Um die Bedeutung des Titels »Kulturhauptstadt Europas« für die jeweilige Gastregion besser bewerten zu können, wäre es wünschenswert, im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstudie festzustellen, welche langfristigen Effekte beobachtet werden und in welchem Umfang die Themenschwerpunkte die innereuropäische Diskussion beeinflussen. Die nachhaltige Wirkung im Detail zu kennen, hilft uns, die Gelder des Programms noch effizienter und zielgerichteter auf die Programmteile zu verwenden, die den größten Effekt zu verzeichnen haben.

Von der Bundesregierung wünsche ich mir, dass sie eine Initiative anführt, die eine »Europäische Kulturstiftung« ins Leben ruft, die als zweite große kulturelle Einrichtung neben die »Kulturhauptstadt Europas« tritt. Gleichsam der *Kulturstiftung des Bundes* und der *Kulturstiftung der Länder*, könnte diese Stiftung mit Hilfe von Projektmitteln kontinuierlich den innereuropäischen Dialog, die Diskussion über zentrale europäische gesellschaftspolitische Fragen und den Austausch von Kultur- und Bildungsangeboten ermöglichen und dokumentieren. Die »Europäische Kulturstiftung« könnte *der* Katalysator für den benötigten innereuropäischen Dialog und die Hefe für das Entstehen eines europäischen Bewusstseins sein.

## ■ *Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB, Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag*

*1* »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur« ist zurzeit noch eine Beschwörung, ein Wunsch für die Zukunft. Ich bin davon überzeugt, dass Europa nur als kulturelles Projekt gelingen kann. Ohne Kultur hat Europa keine Zukunft.

Unter Kultur verstehe ich in diesem Zusammenhang nicht nur den begrenzten Verantwortungsbereich von Kulturpolitik. Kultur ist als Träger von Identität, Werten und Sinn eine grundlegende Ressource gesellschaftlicher Entwicklung und Voraussetzung ihrer Zukunftsfähigkeit. Die Möglichkeiten zur Teilhabe an Bildung und Kultur entscheiden zunehmend über soziale Chancen, reale Freiheit und gesellschaftliche Partizipation jedes Einzelnen und damit zugleich über die Wandlungsfähigkeit moderner Gesellschaften.

Noch ist Europa weit entfernt davon, diese Potenziale tatsächlich zu nutzen. Das hat viele Gründe. Einer der wesentlichen ist: Die sozialen Spaltungen nehmen aufgrund einer verfehlten Sozial- und Wirtschaftspolitik zu. Immer mehr Menschen werden vom kulturellen Reichtum ausgeschlossen, den ihre Vorfahren geschaffen haben. Ein weiterer nicht unwesentlicher Grund ist die Behandlung des Kulturellen in der Politik und die kulturelle Kompetenz von Politik. Das Ge-

wicht von Kulturpolitik wird immer noch unterschätzt und lediglich als Angelegenheit eines »Ressorts« behandelt. Kulturpolitik aber ist Gesellschaftspolitik. Nur wenn auch alle anderen Politikfelder sich ihres kulturellen Hintergrundes und ihrer Verantwortung bewusst sind und diese wahrnehmen, kann Europa ein kulturelles Projekt werden. Und nur wenn Kulturpolitik auch auf die gesellschaftlichen Probleme reagiert und an deren Lösung mitwirkt, gibt es eine Chance auf ein soziales, kulturell vielfältiges, friedensfähiges und Frieden sicherndes Europa.

*2* Mit Blick auf die Kulturpolitik sehe ich die Aktivitäten in der EU derzeit eher mit positiver Erwartung als mit Sorge. Das ist in anderen Politikfeldern – so in der Sozial- und Wirtschaftspolitik wie auch in der Außenpolitik – gänzlich anders. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der »*UNESCO*-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt«, der die Europäische Gemeinschaft unlängst beigetreten ist, erhoffe ich mir nicht nur einen Bedeutungsgewinn von Kultur, sondern tatsächlich einen Paradigmenwechsel.

Mit dem Übereinkommen wird eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik geschaffen. Zugleich werden die künftigen Vertragsstaaten auf die Förderung von kultureller Vielfalt und Pluralismus verpflichtet. Kulturelle Güter und Leistungen werden nicht nur als Waren, sondern auch als Träger von Identitäten und Werten betrachtet. Die Konvention richtet sich damit gegen Bestrebungen, die Märkte der Kulturindustrie wie andere Dienstleistungen zu liberalisieren. Sie sichert neben anderem die Filmförderung wie auch den gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Zum ersten Mal wird auf internationaler Ebene in einem völkerrechtlich-verbindlichen Abkommen die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für kulturelle Vielfalt und Medienpluralismus ausdrücklich anerkannt.

Wenn die Kommissionsmitteilung den Geist dieser Konvention aufgreift und davon ausgehend eine europäische Kulturpolitik Konturen gewinnt, die den Schutz der kulturellen Vielfalt in den Mittelpunkt stellt und damit Tendenzen zur Liberalisierung der Märkte und zur Unterordnung von Kultur und Lebensweise unter die Gesetze der Profitmaximierung entgegenwirkt, dann wäre das wahrlich ein Paradigmenwechsel. Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Verantwortung, sich in der Zeit der Ratspräsidentschaft für eine solche »neue Kulturpolitik« einzusetzen.

*3* Ich halte es für eine entscheidende Aufgabe Europas, die Prinzipien des Sozialstaats mit verbindlichen europäischen Standards zu bewahren und auszubauen. Das bestehende System sozial und kulturell ausgleichender Institutionen und die damit verbundene Ethik sozialer Pflichten und der Verantwortung für die Schwachen ist eine wichtige kulturelle Errungenschaft, die nicht preisgegeben werden sollte. Ich sehe durchaus gute Chancen dafür, dass sich dieses Modell auch im internationalen Wettbewerb als überlegen herausstellt, wenn Europa dieses Modell





nutzt und nicht abbaut. Dass diese Gefahr besteht, hat sich zum Beispiel bei der Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie gezeigt.

Ordnungspolitische Regelungen, die dem Erhalt der kulturellen Vielfalt und dem Schutz und der Förderung der Kreativen dienen, sind sinnvoll und dringend notwendig. Ob sie einen Beitrag dazu leisten, daran müssen alle Neuregelungen gemessen werden (Kulturverträglichkeitsprüfung).

Die von der EU in den letzten Jahren verabschiedeten Richtlinien und Empfehlungen zum Urheberrecht sind im Einzelnen differenziert zu bewerten. Generell ist eine Harmonisierung des Urheberrechts auf europäischer Ebene zu begrüßen, wenn sie tatsächlich zum besseren Schutz des geistigen Eigentums im digitalen Zeitalter beiträgt und einen fairen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten ermöglicht. Genau dies aber ist der kritische Punkt, wo sich die Geister scheiden – auch bei der nationalen Umsetzung, für die ausdrücklich jeweils ein bestimmter Spielraum gegeben ist. Wie zuvor schon bei der Umsetzung der Richtlinie zum Folgerecht, erleben wir nun in Deutschland auch beim so genannten »Zweiten Korb« zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft, dass die Interessen der Verwerter und der Geräteindustrie den Vorrang haben und wiederum die Urheber erhebliche Einbußen hinnehmen sollen. Das ist nicht zu akzeptieren. Es ist in kultureller wie wirtschaftlicher Hinsicht kontraproduktiv, sind doch die Kreativen das Kostbarste, was diese Gesellschaft besitzt.

*4* Die zentrale Aufgabe sehe ich darin, konsequent den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in den Mittelpunkt zu stellen und dafür entsprechende Rahmenbedingungen auf nationaler wie auf europäischer Ebene zu schaffen.

Dabei geht es zum einen um den Erhalt und die zeitgemäße Weiterentwicklung der öffentlichen Kulturförderung. Kulturelle Vielfalt und gleiche Teilhabe aller an kulturellen Gütern und Leistungen sind ohne staatliche Intervention, ohne sozialen Ausgleich und Förderung durch die öffentliche Hand nicht möglich. Klar ist, dass dabei überkommene Instrumentarien auf ihre Wirksamkeit überprüft, möglicherweise verändert oder auch durch neue ersetzt werden müssen. Öffentliche Förderung sollte durch privates und wirtschaftliches Engagement ergänzt – aber eben nicht ersetzt – werden.

Zum anderen geht es darum, auch in den anderen Politikfeldern kulturfreundliche Regelungen zu erreichen – so in der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, im Steuerrecht und Urheberrecht. Es geht darum, das Gleichgewicht zwischen Kultur und Handelsfreiheit zu erhalten.

Dafür gibt es gute Ansätze. So hat die Arbeitsgruppe der Assemblée nationale und des Deutschen Bundestages zum Thema »Kulturelle Vielfalt in Europa« bereits wichtige Impulse für die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen in Deutschland und Frankreich wie auch der gesamten EU gegeben.

Eine der entscheidenden Folgerungen ist, dafür zu sorgen, dass der in der »*UNESCO*-Konvention für kulturelle Vielfalt« aufgezeigte besondere Charakter

von kulturellen Gütern und Dienstleistungen auch im angestrebten Grünbuch der EU-Kommission zu handelspolitischen Schutzinstrumenten sowie bei den GATS-Verhandlungen in der *Welthandelsorganisation* Berücksichtigung findet.

Was die kulturelle Förderpolitik der EU betrifft, so ist eine Erhöhung der Mittel für die Kulturförderung anzustreben. Zusätzlich sollten die Möglichkeiten der Strukturfonds stärker genutzt werden. Ein Schwachpunkt ist die derzeitige Unübersichtlichkeit der Kulturförderprogramme und der eingesetzten Mittel – hier bedarf es gemeinsamer Anstrengungen aller Mitgliedstaaten, um zu einer gemeinsamen Datengrundlage über die öffentliche Kulturfinanzierung zu kommen. Nicht zuletzt sollte die Kulturwirtschaft als ein Wirtschaftsfaktor mit wachsender Bedeutung mit einer gemeinsamen Strategie ressort- und länderübergreifend gefördert werden.

*5* Bis heute wurden mehr als 20 Städte in Europa mit dem Titel »Kulturhauptstadt Europas« ausgezeichnet, zwei davon in Deutschland, Berlin 1988 und Weimar 1999. Mit der Entscheidung, nicht nur die Stadt Essen, sondern »Ruhr 2010« zur »Kulturhauptstadt Europa 2010« zu wählen, rückt eine Region in den Focus des europäischen Interesses, die in den letzten Jahrzehnten vom Niedergang ihrer Industrien geprägt war und durch die Vielfalt der Kultur, insbesondere durch die Entwicklung der Kulturwirtschaft, zu neuem Leben erweckt wurde.

»Ruhr 2010« kann ein Vorbild für viele andere europäische Regionen werden, welche durch wirtschaftlichen Strukturwandel ihre frühere Bedeutung als Industriestandort verloren haben, aber sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft durch eine neue kulturelle Identität stellen.

Zugleich wäre es Görlitz ebenso zu wünschen gewesen. Auch wenn diese Stadt nicht Kulturhauptstadt geworden ist, so hat sie doch ein Signal gesetzt für eine sich neu gestaltende Region im Osten und für das Zusammenwachsen des lange geteilten Europas und hat dabei selbst gewonnen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass das Programm eine nachhaltige positive Wirkung auf die Entwicklung der ausgewählten Städte haben kann und zugleich bei den Bürgern auf großes Interesse stößt.

Eine solche nachhaltige Wirkung sowohl für die beteiligten Städte als auch für die europäische Gemeinschaft insgesamt scheint dem Projekt der »Kulturhauptstädte 2010« eigen. Durch intensive Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit den anderen »Kulturhauptstädten 2010« Pécs (Ungarn) und Istanbul (Türkei) entstehen Netzwerke, die über dieses Jahr hinaus Bestand haben können.

Die Bundesregierung will Projekte anlässlich der »Kulturhauptstadt 2010« mit einer Förderung von bis zu 10 Millionen Euro unterstützen. Das ist zu begrüßen. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, dass sie dieses Beispiel im nationalen wie im europäischen Rahmen noch stärker kommuniziert und damit die Aufmerksamkeit auf die nachhaltigen Innovationspotenziale dieses Programms lenkt.





## ■ *Dr. Uschi Eid , MdB, Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*

*1* *Kultur* hat angesichts krisenhafter Entwicklungen im europäischen Einigungsprozess Konjunktur. Sie kann aber kein Abstraktum, kein einfacher Kitt für einen ins Stocken geratenen Integrationsprozess sein. Die ihr neu zugemessene Bedeutung muss Niederschlag in kulturpolitischen Entscheidungen und der intensivierten Förderung der kulturellen Zusammenarbeit in Europa finden. Europa braucht Kultur, ein kulturelles Fundament. Naturgemäß rechnet man diese Aufgabe vor allem der Bildungs- und Kulturpolitik zu, aber auch in vielen anderen Politikbereichen werden die kulturellen Dimensionen der Europäischen Integration nicht nur angesprochen, sondern auch gestaltet. Verdeutlicht wird die Breite der kulturpolitischen Agenda nicht zuletzt durch die Schwerpunktsetzungen der EU-Präsidentschaften des Jahres 2006 und die Verabschiedung der »Berliner Erklärung« im März 2007. Doch reicht es nicht aus, die Bedeutung der Kultur für den Aufbau Europas feierlich zu bekräftigen. Denn leider ist die kulturpolitische Praxis der EU-Mitgliedstaaten – wie neuere Untersuchungen nachdrücklich unterstreichen – zumeist noch weit entfernt von einer echten europäischen Orientierung. Auch hat sich die in den letzten Jahren forcierte Betonung der kulturellen Vielfalt in ihrer Konsequenz nicht gerade als Einheit stiftendes Element im europäischen Diskurs erwiesen. Die neu entfachte Diskussion über kulturelle Vielfalt hat eher zur Stärkung kultureller und regionaler Partikularitäten beigetragen. Nicht nur die Zurückweisung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden zeugen hiervon, sondern auch das zunehmende und spürbare Misstrauen gegenüber der europäischen Integration insgesamt. Erforderlich ist eine kulturpolitische Strategie, die die Gemeinsamkeiten der europäischen Kultur herausstellt und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt, ohne die nationalen und regionalen Unterschiede einzuebnen. Erfolgreich kann eine auf diese Ziele ausgerichtete EU-Kulturpolitik nur sein, wenn sich auch die nationalen Kulturpolitiken stärker und erkennbar auf das Ziel der europäischen Integration hin ausrichten.

Seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages am 1. November 1993 hat die Europäische Union eine eigenständige kulturelle Kompetenz erlangt, die vor allem im Modus der Kulturförderung und im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt ausgefüllt wird. Wesentliches Anliegen hierbei ist es, die Vielfalt kultureller Produktion und Präsentation in den Mitgliedstaaten zu fördern und ihre spezifischen Eigenheiten herauszustellen. Gleichzeitig soll qua kultureller Zusammenarbeit den Menschen in Europa das gemeinsame und reichhaltige Erbe aus unterschiedlichsten Bereichen der Kultur bewusst gemacht und zu seiner Erhaltung beigetragen werden. Auch in der Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist der Wille der Mitgliedstaaten verankert, »die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken«. Ein deutliches Signal setzte die österreichische Präsi-

dentschaft im ersten Halbjahr 2006 mit der Einladung des politisch-kulturellen Europas in die Geburtsstadt Mozarts nach Salzburg zur Tagung »The Sound of Europe« am 27. und 28 Januar 2006. Auch die deutsche Präsidentschaft betont zu Recht die kulturellen Grundlagen des europäischen Einigungsprozesses. Sichtbares Zeichen ist die anlässlich des 50. Jahrestages des EWG-Vertrags im Frühjahr 2007 verabschiedete »Berliner Erklärung« der Staats- und Regierungschefs der EU mit ihrem Bekenntnis zu den kulturellen Werten der Europäischen Union. Dies verdeutlicht das gestiegene Gewicht der Kulturpolitik im Prozess der europäischen Einigung.

Die europäischen Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und zu verbreitern ist ohne Zweifel eine wichtige Aufgabe der europäischen Kulturpolitik. Es ist jedoch bislang nicht überzeugend gelungen, mit den Mitteln der Kultur- und Medienpolitik die Idee einer kulturellen Einheit Europas auf der Ebene der Mitgliedstaaten zu vermitteln. Zwar ist es gängiges Ritual, auf europäischer und auf Ebene der Mitgliedstaaten, die Gemeinsamkeiten der europäischen Kultur herauszustellen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu beschwören. Unübersehbar bleibt jedoch, dass die Kulturpolitiken der Mitgliedstaaten nur in geringem Maße *europäisiert* sind. Nach wie vor ist die kulturelle Kooperation auf Ebene der EU geprägt vom national eng geführten Prinzip des Kulturaustausches, das auch die Kulturbeziehungen mit Drittstaaten kennzeichnet. Nationale Kultur und nationale Interessen sind weiterhin wesentliche Bezugspunkte im Reigen der einzelstaatlichen Kultur- und Außenkulturpolitiken. Hier auf eine Europäisierung hin zu arbeiten, ist nicht nur eine Aufgabe der europäischen Institutionen, sondern sollte auch zu einem besonderen Anliegen der politischen Akteure in Deutschland werden. Gerade Deutschland hat auf diesem Gebiet noch Nachholbedarf – hat doch auch die deutsche Ratspräsidentschaft keine konzeptionelle Neuorientierung herbeiführen können, was auch in der interessierten Öffentlichkeit entsprechend kritisch wahrgenommen und kommentiert wird.

*2* Die europäische Kultur ist ein offener, stets neu zu definierender Raum. Von sich aus tragen weder Kultur und Kunst noch Bekräftigungsformeln für eine neue Kulturpolitik zur europäischen Einheit bei. Vielmehr setzt dies auch einen politische Willen und die daraus erwachsenden Entscheidungen voraus. Von einem Paradigmenwechsel in der europäischen Kulturpolitik zu sprechen, scheint daher verfrüht. Die neue Mitteilung der Kommission zur Rolle der Kultur in Europa hat nicht nur für die Gremien der EU eine große Bedeutung, sondern wird auch eine wichtige Rolle in der kulturpolitischen Debatte der Mitgliedstaaten spielen. Es geht vor allem um die Frage, wie Kultur zur Stärkung der europäischen Identität und der gemeinsamen europäischen Wertgrundlagen beitragen kann. Die Kommission hat die unterschiedlichen Dimensionen der Rolle der Kultur im europäischen Projekt analysiert, gleichzeitig auch die aktuellen Herausforderungen beschrieben und eine Reihe neuer Ansatzpunkte für die Kulturpolitik skizziert. Inwieweit damit bereits der Weg zu einer europäischen »Agenda für Kultur« beschritten ist,





kann noch nicht abschließend beurteilt werden. Angesichts der vielen – auch widerstrebenden – Ansprüche an die Kulturpolitik der Gemeinschaft, wie sie etwa bei der Online-Konsultation Ende 2006 zutage traten, wird dies keine leichte Aufgabe werden.

Hinzu kommt die Unübersichtlichkeit der Kulturförderprogramme der EU. Es ist äußerst schwierig, sich einen genauen Überblick über die zahlreichen kulturellen Aktivitäten und Förderprogramme der EU zu verschaffen, die von einer Vielzahl von Generaldirektionen der Europäischen Kommission verwaltet werden. Ebenso ist es – wie auch der »Kulturfinanzbericht 2006« des *Statistischen Bundesamtes* darlegt – bisher kaum möglich, belastbare Angaben zur Gesamthöhe der EU-Fördermittel im Kulturbereich oder auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten zu machen. Die EU-Kommission sollte deshalb möglichst bald zu detaillierten und konsistenten Informationen über die finanziellen Aspekte der europäischen Kulturförderung gelangen. Ziel muss eine gemeinsame Datengrundlage zur öffentlichen Kulturförderung in der EU sein. In diesem Zusammenhang sollte außerdem endlich die – seit langem angemahnte – Neuauflage des »Berichts über die Berücksichtigung der kulturellen Aspekte in der Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft« aus dem Jahr 1996 (*KOM/96/160*) vorgelegt werden. Hierauf sollte auch die deutsche Politik ihr besonderes Augenmerk legen.

*3* Auch die europäische Kulturpolitik hat längst den traditionellen Platz der Kunstförderung und der Unterstützung des künstlerischen Schaffens verlassen. Allerdings droht mit der Ausweitung des Handlungsfeldes auch leicht eine konzeptionelle Überforderung der Kulturpolitik. So soll Kulturpolitik nicht zuletzt dazu dienen, die negativen Effekte der gesellschaftlichen Modernisierung in den Mitgliedstaaten abzufedern. Daneben ist die kulturpolitische Agenda der Europäischen Union zunehmend bestimmt von kulturpolitischen Maßnahmen, die auf Modernisierungserfolge auch in der ökonomischen Sphäre abzielen. Die Europäische Kulturpolitik sollte jedoch in stärkerem Maß als bisher die Eigengesetzlichkeit der Kultur bewahren helfen, ohne verhindern zu wollen, dass es künstlerische Werke – und Dienstleistungen – gibt, die möglichst frei gehandelt werden und mit denen auch Geld verdient werden kann. Gegenwärtig erscheint vor allem problematisch, dass die ordnungspolitische Grundlinie der EU-Kulturpolitik eine Präferenz für eine staatsinterventionistische Lesart des europäischen Sozialmodells offenbart, das sich – nicht nur auf kulturpolitischem Gebiet – leicht in einen Gegensatz zu den Vorgaben des europäischen Binnenmarktes und der Agenda von Lissabon begibt. Es ist eine prinzipiell sinnvolle Strategie, den kreativen und kulturellen Sektor in die Lissabon-Agenda einzubeziehen. Der Binnenmarkt sollte gerade für kreative Menschen, Produkte und Dienstleistungen gestärkt werden. Zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sollte auch der Kreativsektor beitragen. Dafür braucht es innovative Menschen in wettbewerbsorientierten Unternehmen. Auch der Kreativsektor sollte vor allem dem freien Austausch und der verstärkten internationalen Kooperation dienen. Marktbegrenzun-

gen und protektionistische Maßnahmen dienen weder der kulturellen Vielfalt noch dem ökonomischen und sozialen Fortschritt.

*4* Die kulturpolitischen Programme der EU werden keine integrative Kraft entfalten ohne die aktive Beteiligung durch die Mitgliedstaaten und die breite Einbindung der Zivilgesellschaften. Die Kulturpolitiken der Mitgliedstaaten der EU müssen deutlicher als bisher unter europäischen Vorzeichen weiterentwickelt werden und weit stärker als bisher auf die Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn setzen. Zudem ist eine Vertiefung der kulturellen Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten nötig, die auch ihre jeweilige Außenkulturpolitik mit einschließt. Kooperationsmodelle, wie sie in Ansätzen bereits existieren, müssen ausgebaut werden. Gerade nach dem vorläufigen Scheitern des europäischen Verfassungsprozesses und den sichtbar gewordenen Renationalisierungstendenzen in einigen Ländern der Gemeinschaft ist eine Stärkung der europäischen Orientierung in den traditionellen auswärtigen Kulturpolitiken der Mitgliedstaaten, aber auch deren strategische Zielorientierung auf ein gemeinsames außenkulturelles Profil der EU außerordentlich wichtig. Zu begrüßen ist, dass die Bundesregierung dies ebenfalls als einen wichtigen Aspekt der kulturellen Kooperation in Europa ansieht (*BT-Drucksachen* 16/4024 und 16/3737). Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch der Zusammenschluss der in Brüssel residierenden Kulturinstitute (*CICEB*) sowie die im Aufbau befindliche Vereinigung der Vorstände der europäischen Kulturinstitute (*EUNIC*). Beide Organisationen sollten ermutigt werden, die Kooperationen zwischen den nationalen Kulturinstituten zu verstärken und gleichzeitig die EU-Kommission bei der Entwicklung einer europäischen Kulturpolitik zu beraten und zu unterstützen. Handlungsbedarf besteht auch im Hinblick auf die kulturelle Kooperation zwischen der Europäischen Union und den USA. Die Wertegemeinschaft der westlichen Welt ist ein wichtiges Gut, das auch durch die Kulturpolitik der EU gestützt werden sollte. Hier gilt es, die transatlantischen Kontakte auf eine zukunftsweisende Grundlage zu stellen und den gesellschaftspolitischen transatlantischen Dialog nachhaltig zu fördern und weiter zu entwickeln. Auch die Mittler der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – in Deutschland insbesondere das *Goethe-Institut* – sind aufgefordert, in ihren Programmaktivitäten die europapolitische Komponente stärker zu berücksichtigen und zugleich ein Forum für den transatlantischen Wertedialog zu bieten.

*5* Die Herausforderungen von Integration und vollzogener Erweiterung stellen die Frage nach einer europäischen Identität als Grundlage einer tragfähigen und vor allem belastbaren Wertegemeinschaft zunehmend in den Vordergrund. Der Prozess der europäischen Einigung ist längst nicht abgeschlossen. Einheit in Vielfalt ist leichter bekräftigt denn als produktives Momentum des Zusammenwachsens tatsächlich erzeugt. Europäische Kulturpolitik muss den Brückenschlag zwischen Vielfalt und Verbindendem herstellen, um Menschen für die gemeinsame europäische Idee zu gewinnen. Europa zum emotionalen Bezugsraum zu machen,





in dem kulturelle, nationale und regionale Vielfalt wechselseitig aufeinander Bezug nehmen kann – dies ist ein wichtiges Ziel europäischer Politik. Kulturellen Austausch, Begegnung und die stärkere Vernetzung des Kulturgeschehens durch Partnerschaften in den Kommunen, Städten und Regionen zu fördern, dazu sind Mitgliedstaaten und Gemeinschaft gleichermaßen berufen. Unabdingbar ist hierfür auch die Schaffung einer länder- und regionenübergreifenden europäischen Öffentlichkeit. Voraussetzung sind europainteressierte Medien, eine aktive europaoffene und dialogfähige Bürgergesellschaft. Die Erfahrung zeigt, dass offene Grenzen allein nicht automatisch ein besseres Verständnis für den Nachbarn zur Folge haben. Umso wichtiger sind daher europäische Initiativen zur Förderung des interkulturellen Dialogs. Die unter deutscher Ratspräsidentschaft angelaufenen neuen Programme »Bürger/innen für Europa« und »Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008« wollen den Menschen in Europa verstärkt Gelegenheit zu Austausch und Netzwerkbildung bieten. Nicht nur während ihrer EU-Ratspräsidentschaft sollte sich die Bundesregierung daher aktiv für die kulturelle Zusammenarbeit einsetzen. Die breite Beteiligung der europäischen Zivilgesellschaft ist hierbei wesentlicher Erfolgsfaktor.

Besondere Bedeutung für Deutschland hat – neben den neuen Programmen »KULTUR«, »Bürger/innen für Europa« und »Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008« – die Initiative »Europäische Kulturhauptstadt«. Der EU-Kulturministerrat hat die Stadt Essen für das Ruhrgebiet – neben Pécs und Istanbul – zur »Kulturhauptstadt Europas 2010« erklärt. Das hierfür entwickelte Kulturprogramm profiliert nicht nur die kulturelle Landschaft und das Kulturerbe der jeweiligen Kulturhauptstadt, sondern auch Kulturschaffende aus anderen europäischen Ländern werden beteiligt, mit der Absicht einer dauerhaften Zusammenarbeit. Ein Ziel des Programms ist es, den Reichtum, die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in Europa herauszustellen und einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Bürger Europas füreinander zu leisten. Gleichzeitig geht es um die Beteiligung der Bevölkerung und lokaler Initiativen, damit die gesellschaftlichen und kulturellen Wirkungen auch über das Jahr der Veranstaltungen hinaus sich entfalten und nachwirken können. Die Initiative »Europäische Kulturhauptstadt« hat gerade für die deutsche Kulturpolitik eine große Bedeutung. Zwar steht aus nahe liegenden Gründen hinter dem europäischen Engagement der Städte auch das Motiv, deren touristische und wirtschaftspolitische Attraktivität zu erhöhen. Eine entscheidende Rolle spielen jedoch die europapolitischen Impulse. Nicht *Festivalisierung* und eventorientierter Städtetourismus sollten im Mittelpunkt stehen. »Ruhr 2010« sollte sich – über »Weimar 1999« hinausreichend – vor allem als wegweisender Beitrag zur Stärkung der europäischen Kulturkooperation auf der Grundlage der Partizipation lokaler basiskultureller Initiativen erweisen.

Daneben sollte auch die Bedeutung des jährlichen »Europatages« – am 9. Mai – nicht übersehen werden. Bisher wird in Deutschland dieser Tag keineswegs gemäß seiner Bedeutung für die Entwicklung einer aktiven Unionsbürgerschaft be-

gangen. Auch hier sollten die Bundesregierung, die Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Berlin neue Anstrengungen unternehmen, um den Europatag und die Anfang Mai stattfindende »Europawoche« zu einem sichtbaren Ereignis werden zu lassen, das Europa seinen Bürgern näher bringt.

Wo seit geraumer Zeit in zahlreichen Konferenzen die Bedeutung der Kultur geradezu beschworen wird, gilt es nun, diesen Einsichten strategische Konsequenzen und konkrete politische Maßnahmen folgen zu lassen. Ein Europa der Eliten hat möglicherweise eine beschränkte Wirkkraft, aber keine Überzeugungskraft. Ein von oben verordnetes Europa wird nicht zur *Beseelung* eines oft als bürokratisch und alltagsfern empfundenen *Projekts Europa* beitragen. Es ist die Mischung aus gewachsener Wertegemeinschaft und kultureller Vielfalt, mit der Europa nach innen und außen sein einzigartiges Kultur- und Werteprofil zu entwickeln hat. Nicht Kür, sondern Pflicht muss es sein, hierfür neue und gemeinsame kulturpolitische Impulse zu setzen.

## ■ *Prof. Dr. Johanna Wanka , MdL, Minsterin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg*

*1* Europa hat ein Problem, ein großes sogar. Vieles in der Politik der Europäischen Union der letzten Jahre ging nach Auffassung vieler Menschen zu schnell, zu wenig transparent und zu bürgerfern vonstatten, ohne die EU-Bürger »mitzunehmen«. Die EU ist dabei, dies zu korrigieren und setzt dabei auf neue »Verbündete«, die helfen können, Europa wieder den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

Allein in dem schwierigen Diskussionsprozess um die europäische Verfasstheit hat sich längst gezeigt, dass es ein Fehler war, Kultur als Politikfeld in der Europapolitik so stark zu benachteiligen. Eine erfolgreiche europäische Wissenschafts-, Bildungs-, Innovations-, Wirtschafts- und Außenpolitik kann man nur gestalten, wenn Aussagen und Strategien zum gemeinsamen europäischen kulturellen Selbstverständnis, das selbstverständlich nationale und regionale Verschiedenheiten einschließt, und damit auch zu einer Kulturpolitik getroffen werden. Hinzu kommt, dass Kultur als verbindendes Element und ihre Praxis in einem besonderen Maße geeignet sind, den Rahmen für die Vermittlung der europäischen Ziele in die Zivilgesellschaft zu bilden und die aktive Beteiligung der Bürger an Europa zu gewinnen. Umgekehrt können sich gerade über diesen Weg die Bürger aktiv in den Prozess der Einigung einbringen.

Wenn es darum geht, Botschaften schnell einprägsam und prägnant zu vermitteln, sind nach meinem Dafürhalten Thesen – wie »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur« – durchaus ein legitimes und geeignetes Mittel in der Politik. Die Thesen müssen aber auch mit konkreten Inhalten und sichtbaren Taten ausgefüllt werden. Daran wird sich die EU, werden wir uns messen lassen müssen.





*2* Wieso sollte ich in der Frage in Sorge sein? Als Kulturministerin des Landes Brandenburg kann ich jede meine kulturpolitische Arbeit auf regionaler Ebene ergänzende und fördernde EU-Politik nur begrüßen.

Die EU ist sich doch im Klaren, dass das Fundament Europas die Regionen, Städte und Gemeinden bilden. Der Erfolg der europäischen Idee hängt somit maßgeblich von den Bürgerinnen und Bürgern ab und davon, wie sie Europa als Realität erfahren. Europa kann nur gelingen, wenn Gemeinsamkeiten und Zusammengehörigkeit zwischen den Menschen gestärkt, gleichzeitig aber auch die Auseinandersetzung mit kulturellen Besonderheiten gefördert werden. Praktisch bedeutet dies, die Bürgerinnen und Bürger in die weitere Entwicklung der Europäischen Union noch stärker einzubinden. Dabei muss es vor allem auch darum gehen, im Dialog mit den Menschen zu klären, was diese von Europa erwarten. Dieser Dialog darf keinen Alibicharakter tragen, er muss sehr real sein und muss Widersprüche aushalten können. Denn nur, wenn Differenzen offen ausgetragen werden können, kann ein Europa friedlich und zukunftsfähig gestaltet werden.

Diese Einsicht muss und wird sich auch in der Kommissionsmitteilung zur Rolle der Kultur wiederfinden. Sie muss insbesondere den unterschiedlichen Gewichtungen der öffentlich und der privat verantworteten Kultureinrichtungen in den Mitgliedsstaaten Rechnung tragen.

In zentralen europäischen Politikfeldern kommt der regionalen und kommunalen Ebene eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Gemeinschaftspolitiken zu, wie zum Beispiel bei der Lissabon-Strategie. Zur Erreichung der Lissabon-Ziele Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung leisten Bildung und Kultur einen wesentlichen Beitrag. Die EU könnte kulturpolitisch stärker in Erscheinung treten, wenn sie den Kulturbereich entsprechend seiner großen Bedeutung finanziell besser ausstatten würde. Bisher ist das Budget gemessen an den anderen Politikbereichen und der auf 27 angewachsenen Anzahl der EU-Mitgliedsstaaten als eher marginal zu bezeichnen.

*3* Ich bin ein positiv denkender Mensch, deshalb sehe ich in den ordnungspolitischen Rahmensetzungen der EU vor allem die Chancen, die bei Wahrung des Wettbewerbsprinzips in allen Bereichen und der sozialen Wohlfahrt in der Gemeinschaft auf vergleichbare, einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen in der EU abzielen. Z.B. das angesprochene Urheberrecht der Kunst- und Kulturschaffenden ist ein hohes zu schützendes Gut, denn laut der jüngsten EU-Studie zur Bedeutung der Kulturwirtschaft ist Europa der Hauptproduzent von intellektuellen Eigentumsgütern in der Welt. Die EU ist gut beraten, dieses Potenzial bestmöglich für die Ankurbelung der Wirtschaft zu nutzen.

Es herrscht ein starker Wettbewerb um kreative Talente. Ich sehe insbesondere die Gefahr der Abwanderung dieser kreativen Potenziale ins Ausland, wo oftmals bessere finanzielle Bedingungen besonders attraktiv sind. Die europäischen kreativen Talente sollten an ihr lokales Umfeld stärker gebunden werden. Hier muss ein Schwerpunkt zukünftiger EU-Politik liegen.

*4* Kultur hat immer eine lokale und eine internationale Dimension. Kultur und Innovation spielen für die Regionen eine entscheidende Rolle, um Investitionen, kreative Talente und Tourismus anzuziehen. Kultur ist ein wichtiger dynamischer Faktor bei der Standortwahl von Unternehmen et cetera und entscheidender Faktor für die Erhöhung der lokalen und regionalen Attraktivität. Insofern sehe ich persönlich die Notwendigkeit, dass nicht nur die nationale mit der europäischen Kulturpolitik gemeinsame Ziele im oben genannten Sinne verfolgen muss. Vielmehr muss die Kultur wegen ihrer einigenden, integrativen Wirkung und Bedeutung für den europäischen Einigungsprozess zum selbstverständlichen Bestandteil aller EU-Politiken werden. Das schließt auch die kreative Nutzung der vorhandenen Förderinstrumente und EU-Programme (wie z. B. die Strukturfonds, das siebte EU-Forschungsrahmenprogramm und die EU-Aktionsprogramme) ein.

Im Land Brandenburg funktioniert das Zusammenwirken verschiedener Ressorts in dieser Weise auf regionaler Ebene schon ganz gut. Zum Beispiel durch intelligente Fördermixe aus unterschiedlichen EU-Strukturfondstöpfen wurden und werden auf der Grundlage von regionalen Entwicklungskonzeptionen die wirtschaftsnahen kulturtouristischen Infrastrukturen (insbesondere in den ländlichen, peripheren Räumen) nachhaltig wettbewerbs- und zukunftsfähig gemacht. Dieses Prinzip scheint mir geeignet, auch im größeren, europäischen Maßstab erfolgreich zu sein. Im Übrigen sehe ich auch neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedsstaaten, zum Beispiel mit Polen.

*5* Sie werden sicher verstehen, dass ich es natürlich lieber gesehen hätte, wenn Potsdam das Rennen um den Titel »Europäische Kulturhauptstadt 2010« gewonnen hätte, da diese Art europäischer kulturpolitischer beziehungsweise -struktureller Förderung eine echte Erfolgsgeschichte darstellt und wegen der damit verbundenen besonderen europäischen, ja weltweiten Aufmerksamkeit große Entwicklungsimpulse für diese Regionen bringen. Das zeigt auch gerade wieder die europäische Doppel-Kulturhauptstadt 2007 »Luxemburg und Hermannstadt«. Hermannstadt/Sibiu ist übrigens eine Partnerstadt des Landes Brandenburg, zu der seit den 1990er Jahren enge kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen unterhalten werden.

Die unmittelbare Wirkung der »Europäischen Kulturhauptstadt 2010« auf Brandenburg möchte ich nicht überbewerten. Das Land Brandenburg (insbesondere Potsdam) ist wegen seines großen kulturellen Erbes (teilweise von Weltgeltung) auch ohne diesen Titel nachweislich ein internationaler Touristenmagnet. Ich gehe davon aus, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändern wird.

Gleichwohl hat die Bewerbung der Stadt Potsdam um den Titel »Europäische Kulturhauptstadt 2010« einen entwicklungsfördernden Prozess des engeren Zusammenwirkens aller Kulturakteure auf kommunaler, regionaler und Landesebene bei der besseren Präsentation, Vermarktung und Förderung der kulturellen-touristischen Angebote in Gang gesetzt und neue kulturelle Infrastrukturen geschaffen. Die Wertschätzung für die Kultur im engen und weiteren Sinne ist in dem Zusammenhang in der Öffentlichkeit größer geworden.



Brandenburg wird auch 2010 ein reichhaltiges und interessantes Kulturangebot, zum Beispiel im Rahmen von »Kulturland Brandenburg«, unterbreiten, dass geeignet sein wird, die kulturellen Aktivitäten des Ruhrgebietes zu arrondieren.



## *Dr. Thomas Goppel, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst*

*1* Europa ist nicht nur ein politisches, sondern in erster Linie ein kulturelles Projekt. Das Voranschreiten des europäischen Integrationsprozesses ist ohne die Kultur nicht denkbar. Als Fundament der Identität der Menschen in Europa ist sie es, die Europa zusammenwachsen lässt. Sie ist das Band, das europäische Vielfalt in europäischer Einheit verbindet, und drückt die über Jahrhunderte gewachsenen gemeinsamen Werte der Menschen Europas aus; sie füllt den Leitspruch der Europäischen Union, »in varietate concordia«, mit Leben. Die Bewahrung dieser Vielfalt wird in der Bundesrepublik Deutschland durch die Kulturhoheit der Länder verwirklicht. »Bayern ist ein Kulturstaat«, so steht es selbstbewusst in unserer Verfassung. Sie bezieht sich auf unsere jahrhundertelange Tradition in Kunst und Kultur, die ganz wesentlich von den bayerischen Regionen lebt. Auf unsere Kultur und ihre Vielfalt können wir stolz sein. Kulturpolitik kann nicht normiert werden, weder von Berlin noch von Brüssel aus. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Kultur muss aus dem reichen Humus der unterschiedlichsten Aktivitäten und Initiativen vor Ort wachsen.

Die Stärke unserer europäischen Kultur liegt in der Vielfalt ihrer lokalen und regionalen Ausprägungen, im Reichtum an Sprachen, Literatur, Architektur, Medien und bildenden Künsten. Überall in Europa halten sich regionale oder gar örtlich begrenzte kulturelle Besonderheiten. Diese Individualitäten und Eigenheiten sind Sinn stiftende Orientierungsmarken, unverzichtbar bei der europäischen Integration. Kultur wächst zunächst in ihrer ganzen Vielfalt in kleinen Räumen. Dann kann sie sich über örtliche, regionale und nationale Grenzen hinaus ausweiten. Heimatliebe und Weltoffenheit sind keine Gegensätze: Nur der kann Verständnis für seine Nachbarn aufbringen, der seinen eigenen Ort gefunden hat. Die Globalisierung mit ihrer Überfülle an Information und weltweiter Vernetzung lässt das Bedürfnis wachsen, wichtige Bezugspunkte wieder in der unmittelbaren Umgebung zu suchen. Die Menschen entdecken die manchmal fremd gewordene Heimat wieder neu. Oftmals lernt man die Heimat erst wieder richtig schätzen durch die Begegnung mit anderen Kulturen und anderen Formen des kulturellen Lebens. Der Zusammenfluss verschiedenster Strömungen hat eine gemeinsame kulturelle Basis geschaffen, die das europäische Bewusstsein aller Bürger in Europa und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt. Es gründet sich auf ein gemeinsames kulturelles Erbe und lebt von der Begegnung, dem Austausch der Kulturen. Das Erlernen fremder Sprachen, die Teilnahme an grenzüberschreitenden Kulturprojekten, das Erfahren anderer Sitten und Traditionen lassen ein

Gemeinschaftsgefühl in Europa wachsen, das ein solides Fundament für die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Zukunft ist.

Die Kultur Europas verbindet die Menschen in Europa und bringt sie im Dialog einander näher, sie ist das Fundament der europäischen Bürgeridentität.

*2* Die Europäische Gemeinschaft möchte der europäischen Kulturpolitik und ihren Auswirkungen auf andere Politikbereiche in Zukunft größere Bedeutung beimessen.

So beabsichtigt die Kommission, im Frühjahr 2007 eine umfassende Mitteilung zur Rolle der Kultur in Europa herauszugeben. Sie soll einen Wendepunkt der europäischen Kulturpolitik einleiten und die kulturelle Zusammenarbeit in Europa langfristig auf ein neues Fundament stellen. Die Europäische Kommission, die sich als Motor der europäischen Integration versteht, möchte damit erste Schritte in Richtung auf eine umfassende europäische Kulturpolitik vornehmen. Sie sieht darin die Antwort auf Herausforderungen der EU-Erweiterung und der Globalisierung, die bei vielen europäischen Bürgern Skepsis und Verunsicherung ausgelöst haben. Die Kultur scheint geeignet, Europa wieder ein Stück mehr Seele und eine erstrebenswerte Perspektive zu geben. Gleichzeitig soll die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur hervorgehoben und ihre Leistungen bei der Erreichung der Lissabon-Ziele herausgestellt werden. Dies sind neue Akzentsetzungen der Kommission, die auch darauf abzielen, die Rolle der Kultur gegenüber anderen Politikbereichen zu unterstreichen und ihr einen angemessenen Platz auch bei der Verteilung der finanziellen Ressourcen zu sichern.

Ein wichtiger Schritt, mit dem die Bedeutung der Kultur für Europa auch im internationalen Kontext unterstrichen wurde, ist das Engagement aller EU-Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung und Unterzeichnung des »*UNESCO*-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«. An den Verhandlungen haben sowohl die damaligen 25 EU-Mitgliedstaaten wie auch die Europäische Kommission gemeinsam und sehr erfolgreich mitgewirkt, die Europäische Gemeinschaft ist eigenständiger Vertragspartner. Hier hat die EU eindrucksvoll demonstriert, dass sie bereit ist, das Recht der Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik zu verteidigen und sie vor negativen Auswirkungen, etwa durch die zunehmende Liberalisierung des Dienstleistungshandels und die allgemeinen Folgen der Globalisierung, zu schützen. Nach der Konvention hat nunmehr jeder Staat das Recht, regulierende und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen, um die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen auf seinem Staatsgebiet zu schützen.

*3* Die Möglichkeiten, die Artikel 151 EGV, der »Kulturartikel«, eröffnet, sind die Grundlagen, auf denen die Gemeinschaft europäische Initiativen, Programme und Aktionen zur Kulturförderung realisieren kann. Diese Aktivitäten beschränken sich zum größten Teil auf Fördermaßnahmen, die einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten leisten sollen. Eine umfassende europäische Kulturpolitik, die neben oder über der Politik der Mitgliedstaaten steht, ist damit nicht beabsichtigt und auch vom EG-Vertrag insgesamt nicht vorgesehen. Gerade im Bereich der Kultur ist das Prinzip der Subsidiarität von entscheidender Bedeutung.





Bislang hat die Europäische Kommission dies auch weitgehend respektiert. Bedauerlich ist allerdings, dass die Zielsetzung des Art. 151 Abs. 4 EGV, der so genannten »Kulturverträglichkeitsklausel«, in der Vergangenheit bei der Regelung anderer Politikbereiche häufig keine hinreichende Berücksichtigung fand. Dies hat dazu geführt, dass Regelungen zum Beispiel in der Wirtschafts- oder Finanzpolitik negative Auswirkungen auf die Kultur hatten, die bei korrekter Anwendung von Art. 151 Abs. 4 EGV hätten vermieden werden können. Ein Beispiel dafür ist die Dienstleistungsrichtlinie, die durch die ursprünglich vorgesehene Einführung des Herkunftslandprinzips schwerwiegende Konsequenzen etwa für den Bereich des Denkmalschutzes gehabt hätte. Die Prüfung von Auswirkungen bestimmter Maßnahmen auf den Kulturbereich muss künftig sorgfältiger und umfassender erfolgen. Hier muss die Europäische Kommission verstärkt tätig werden und »Kulturverträglichkeit« als wirkliche Querschnittsaufgabe verstehen – genau so, wie es durch den EG-Vertrag vorgesehen ist.

Es ist beunruhigend, wenn nun die Europäische Kommission den Gedanken verfolgt, ebenso wie zuvor im Bildungsbereich nun auch im Kulturbereich die »Methode der offenen Koordinierung« einzuführen. Dieses im Jahr 2007 eingeführte Politikverfahren schafft eine Zwischenstufe zwischen der Rechtsetzung auf EU-Ebene und der Zusammenarbeit auf der Ebene der Mitgliedstaaten, insbesondere in den Bereichen, in denen die EU nur geringe Zuständigkeiten besitzt. Diese Methode beinhaltet, dass auf europäischer Ebene Vorgaben gemacht werden, die von den Mitgliedstaaten umzusetzen sind. Die Umsetzung unterliegt dabei einer regelmäßigen Überwachung und Bewertung durch die europäischen Institutionen. Diese sind dabei weder an die vertragliche Kompetenzordnung noch an die vertraglich vorgesehen Verfahren gebunden. Die vereinbarten Zielvorgaben binden die Mitgliedstaaten zwar »nur« politisch, doch ist dies bereits ein wesentlicher Eingriff in die kulturelle Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten und in Deutschland der Länder. Ein solches Übermaß an Bürokratie ist für den Kulturbereich nicht angemessen.

*4* Vordringliches Anliegen der Europäischen Union muss es sein, dort tätig zu werden, wo kulturellen Aktivitäten ein europäischer Mehrwert verliehen werden kann. Es kann nicht darum gehen, das Handeln auf der Ebene der Mitgliedstaaten zu ersetzen. Dort, auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, hat die europäische Kultur ihre Heimat. Die EU kann beispielsweise dabei helfen, bereits existierende kulturelle Netzwerke zu unterstützen und den Aufbau neuer grenzüberschreitender Netzwerke zu fördern. Darüber hinaus kommt es darauf an, auf europäischer Ebene die Rahmenbedingungen zu verbessern, die den kulturellen Austausch, die Mobilität von Künstlern und von Kunstwerken sowie andere kul-

turelle Aktivitäten ermöglichen. Ziel muss es sein, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten ein Umfeld zu schaffen, in dem die Kultur sich entfalten kann.

Die Akteure im Kulturbereich sind aufgefordert, die europäische Integration auf lokaler und regionaler Ebene zu verwirklichen.

*5* Die Auswahl der Kulturmetropole Ruhr als »Kulturhauptstadt 2010«, die das gesamte Ruhrgebiet einbezieht, ist eine vielversprechende Neuerung, die dem Gedanken der kulturellen Synergie einer Stadt mit der sie umgebenden Region in besonderer Weise Rechnung trägt. Diese Wahl lenkt den Blick auf die kulturelle Besonderheit des Ruhrgebiets, die durch die zahlreichen Migranten aus vielen europäischen Ländern geprägte multikulturelle Identität eines von der industriellen Vergangenheit geformten, urbanen Großraums. »Ruhr 2010« ist ein regionales Entwicklungsprojekt mit europäischer Dimension. Die Ausstrahlung des Titels Kulturhauptstadt kommt einer Vielzahl von kleineren Orten zugute, die ebenfalls ihre Kreativität in den Prozess einbringen können. Auf diese Weise wird eine große Zahl von Akteuren im Kulturbereich in die verschiedenen kulturellen Aktivitäten einbezogen und damit ihre Nachhaltigkeit gesichert. Besonders zukunftsweisend ist dabei das Projekt »TWINS 2010« als eines der Leitprojekte der »Kulturhauptstadt Europas 2010«. Die Idee einer aktiven Einbeziehung der Region sowie der europäischen Partnerstädte des Ruhrgebiets wird die Vernetzung von Kulturträgern innerhalb der Region, aber auch die europaweiten Partnerschaften stärken. Es ist davon auszugehen, dass die ganze Region auch wirtschaftlich von dem Jahr der Kulturhauptstadt profitieren wird. Alle potentiellen Kandidaten für den Titel »Europäische Kulturhauptstadt Europas« sollten sich deshalb in einen intensiven Erfahrungsaustausch mit dem Ruhrgebiet begeben. Die Erfahrungen Essens werden zweifellos eine wesentliche Bereicherung des bestehenden Netzwerks der Kulturhauptstädte Europas sein.



European Commission – Directorate General
for Education and Culture

# *Die Kulturpolitik der Europäischen Kommission*

*Einleitung*

Die Kultur ist das Kernstück des europäischen Projekts. Eines der Hauptmerkmale Europas ist seine kulturelle und sprachliche Vielfalt, das Ergebnis jahrhundertelanger Migrationsströme und Beziehungen. Das Charakteristikum des europäischen Projekts liegt tatsächlich im Respekt der Vielfalt seiner Geschichte, Sprachen und Kulturen. Diese Vielfalt wird zusammengehalten durch gemeinsame Werte, die im »Vertrag über die Europäische Union« und in der »Europäischen Konvention für Menschenrechte« festgehalten sind: Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Respektierung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, die für alle Mitgliedsstaaten gelten. Es ist diese Einheit in der Vielfalt, die das europäische Projekt so einzigartig macht.

Derzeit steht die Europäische Union vor einigen Herausforderungen. Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens am 1. Januar 2007 hat die EU auf 27 Mitgliedsstaaten und 23 offizielle Sprachen anwachsen lassen. Jedoch ist dieser politische Zusammenschluss noch nicht ausreichend verbunden mit einem europäischen kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühl oder gar einer europäischen Identität.

Viele Bürger erleben derzeit ein Gefühl von Orientierungslosigkeit und Identitätsverlust sowie eine Entfremdung von den Entscheidungsprozessen und -institutionen, besonders auf europäischer Ebene.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die EU ihren Bürgern nähergebracht wird. Es muss gezeigt werden, dass die EU aus mehr besteht als aus Regulierungen und Märkten. Man hat erkannt, dass besonders die Kultur hierbei einen wichtigen Beitrag leisten kann und dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Kultur und der Akzeptanz des europäischen Projektes durch die Bürger gibt. Kunst und Kultur eröffnen den Menschen oft eine inspirierende Sichtweise

auf die Realität, machen Gemeinsamkeiten und Unterschiede erfahrbar und fördern somit die Entwicklung einer gemeinsamen Identität. Sie verleihen dem europäischen Projekt eine menschlichere Dimension, eine sogenannte »Seele für Europa«.

Zur gleichen Zeit stellt die Globalisierung Europa vor viele Herausforderungen, unter anderem, in der wissensbasierten Gesellschaft international wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Rahmen der »Lissabon-Strategie für nachhaltiges Wachstum und hochwertige Beschäftigung« werden Kreativität und Innovation der Wirtschaft eine neue sozioökonomische Dynamik verleihen. Darüber hinaus haben technologische Entwicklungen und die Möglichkeiten unbegrenzter Mobilität auch Auswirkungen auf die Kultur, ihre Produktionsbedingungen und ihre Verbreitung, und somit auch auf jeden Einzelnen.

Somit steht die Kultur im Zentrum zweier Herausforderungen, der die Europäische Union gegenübersteht:

- Im Hinblick auf das Legitimitätsproblem der EU wurde erkannt, dass Kultur ein Hauptelement für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt unserer Gesellschaften ist. Als ein Forum für Austausch, Diskussion, Kreativität und Meinungsbildung regt die Kultur ziviles Engagement und somit die Entwicklung einer aktiven Staatsbürgerschaft an. Besonders im Hinblick auf die kulturelle Vielfalt in der europäischen Gesellschaft und die erhöhte Mobilität ist es wichtig, den interkulturellen Dialog und das gegenseitige Verständnis zu fördern.
- Die zunehmende Bedeutung von Kultur ist zudem eng mit den neueren wirtschaftlichen Entwicklungen verknüpft. In Bezug auf die wirtschaftliche Herausforderung ist der Beitrag der Kultur beträchtlich.[1] Kulturelle Industrien und der kreative Sektor tragen wesentlich zu europäischem BIP, Wachstum, Beschäftigung und europäischer Wettbewerbsfähigkeit bei. Auch der indirekte wirtschaftliche Beitrag des Sektors wächst enorm, da die Kultur eine Grundlage für Kreativität ist und so Innovation und Unternehmertätigkeit anregt, die beide grundlegend für moderne, wissensbasierte Gesellschaften sind.

In diesem Zusammenhang ändern sich sowohl die Wahrnehmung und als auch die Rolle von Kultur in der Europäischen Union allmählich. Nachdem früher die Frage lautete, was Europa für die Kultur tun könne, wächst die Anerkennung, dass die Kultur das Kernstück des europäischen Projekts bildet und eine einmalige und unentbehrliche Rolle zu spielen hat. Es ist demnach notwendig zu fragen, was die Kultur für Europa tun kann.

1 Siehe die Studie zur Kulturwirtschaft in Europa. (KEA 2006, http://ec.europa.eu/culture/eac/sources_info/studies/economy_en.html). Zwischen 1999 und 2003 war das Wachstum im Kulturbereich um 12,3 Prozent höher als das der europäischen Wirtschaft allgemein. Neue Zahlen belegen, dass der kulturelle und kreative Sektor einen Umsatz von mehr als 654 Milliarden Euro gemacht hat und somit 2,6 Prozent zum BIP der EU 2003 beiträgt. Im Jahre 2004 waren 5,8 Millionen Menschen in diesem Sektor tätig, was 3,1 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung der EU-25 entspricht.





*Europa und die Kultur*

Für die Europäische Kommission ist interessant, wie sie auf dem Gebiet der Kultur – in einer Vielzahl von Möglichkeiten – die Entwicklung der europäischen Integration und das Miteinander der Bürger gestalten und koordinieren kann.

Die Grundlage für die Aktivitäten der Europäischen Union im Bereich der Kultur bildet Artikel 151 des EG-Vertrags (Amsterdam):

(1) »Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedsstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung ihres gemeinsamen kulturellen Erbes.«

(2) »Die Gemeinschaft fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlicherweise deren Tätigkeit …«

Somit bleibt Kultur in erster Linie eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten, in einigen Staaten ist sie sogar Sache der Länder und Regionen. Das bedeutet, dass jede Aktivität auf europäischer Ebene gemäß des Subsidiaritätsprinzips komplementär zu den Aktivitäten der Mitgliedsstaaten und zum Arbeitsplan des Europäischen Rates erfolgen darf. Die EG kann Austauschprojekte anregen und koordinieren, darf die Aktivitäten der Mitgliedsstaaten aber nicht ersetzen. Gemäß des Vertrages Artikel 151, Absatz 2 ist die Rolle der EG damit die Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker, die Erhaltung und der Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung, der nichtkommerzielle Kulturaustausch sowie die Förderung des künstlerischen und literarischen Schaffens, einschließlich des audiovisuellen Bereichs.

In den letzten Jahren haben die Mitgliedstaaten neue Formen der flexiblen Zusammenarbeit gebildet, um enger an gemeinsamen Zielen zu arbeiten. Der Rat hat sich auf einen mehrjährigen Arbeitsplan für den Zeitraum 2005 bis 2007 geeinigt, und flexible Formen der Zusammenarbeit zu spezifischen Themen, wie zum Beispiel der Mobilität von Museumssammlungen, haben sich entwickelt. Regelmäßige Ministerkonferenzen haben außerdem zum Austausch von *best practices* beigetragen.

Das Europäische Parlament hat in seinen Berichten und Empfehlungen regelmäßig die verstärkte Zusammenarbeit gefordert.[2] Des Weiteren haben der *Wirtschafts- und Sozialausschuss* und der *Ausschuss der Regionen* die Rolle der Zivilgesellschaft und die lokaler und regionaler Institutionen unterstrichen.

Vor diesem Hintergrund sehen die Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft im Bereich Kultur folgendermaßen aus:

*Programm »KULTUR« (2007–2013)*

Das Hauptprogramm der Europäischen Gemeinschaft ist das Programm »KULTUR« zur Förderung der kulturellen Kooperation.[3] Das Ziel des Kulturprogramms

2 Bericht über die kulturelle Zusammenarbeit in der Europäischen Union – Giorgio Ruffolo – A5-0281/2001.

ist es, durch die gezielte Förderung der kulturellen Zusammenarbeit in Europa die Bedeutung des gemeinsamen europäischen Kulturbereichs mit seinem gemeinsamen kulturellen Erbe und seiner reichen kulturellen Vielfalt hervorzuheben. Mit einem Budget von etwa 240 Millionen Euro konnten so in der Programmperiode 2000 bis 2006 etwa 1 500 kulturelle, künstlerische und literarische Projekte gefördert werden. Einige der bekanntesten Projekte sind die »Europäischen Kulturhauptstädte« und die europäischen Preise für Architektur und für Kulturerbe.

Im Laufe der Jahre hat das Programm, als Ergänzung nationaler und regionaler Initiativen, einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines gemeinsamen Kulturraums in Europa geleistet. Mit dem Beschluss 1855/2006/EG durch den Rat und das Parlament wurde das Programm »KULTUR« mit einem erhöhten Budget von 400 Millionen Euro auf den Zeitraum 2007 bis 2013 verlängert.

Das neue Programm bringt bestimmte Verbesserungen mit sich: es ist zum einen innovativer und flexibler als sein Vorgängerprogramm, beinhaltet neue politische Maßnahmen und Orientierungen und geht somit stärker auf die Bedürfnisse von Kulturschaffenden ein.

Zum anderen steht das Programm offener der Teilnahme von Nachbarstaaten, besonders von Ländern des westlichen Balkans, gegenüber, deren Teilnahme im Rahmen der Stabilisierungsbemühungen willkommen ist.

Im Vergleich zum vorherigen Kulturprogramms geht die Zielsetzung des neuen Kulturprogramms zudem einen Schritt weiter: Es will dazu beitragen, durch die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit und der kulturellen Vielfalt in Europa den Gedanken einer europäischen Staatsbürgerschaft hervorzuheben.

Daraus ergeben sich die folgenden Prioritäten:

1. Die Förderung der transnationalen Mobilität von Kulturschaffenden.
2. Die Förderung der transnationalen Verbreitung von Kunstwerken, kulturellen und künstlerischen Produkten.
3. Die Förderung des interkulturellen Dialogs.

(Siehe hierzu auch den Beitrag von Christine Beckmann in diesem Band)

Die Art der Kooperationen, die im Rahmen des Programms initiiert werden können, wird in den drei Aktionsbereichen genauer erläutert:

*Aktionsbereich 1:*
Unterstützung kultureller Projekte (schätzungsweise 77 Prozent des Gesamtbudgets)

- Mehrjährige Kooperations-Projekte: 6 Partner aus 6 Ländern – Dauer 3 bis 5 Jahre
- Kooperationsmaßnahmen: 3 Partner aus 3 Ländern – Dauer bis zu 2 Jahren
- Sonderprojekte: Preisverleihungen, Europäische Kulturhauptstädte etc.

*Aktionsbereich 2:*
Unterstützung europäischer Kultureinrichtungen und Netzwerke (schätzungsweise 10 Prozent des Programmbudgets)

*Aktionsbereich 3:*
Unterstützung von Aktivitäten, die die Auswirkungen der Projekte, die Zusammenstellung von Statistiken und Studien im Bereich von Kulturkooperationen und kulturpolitischen Entwicklungen unterstützen (schätzungsweise 5 Prozent des Programmbudgets).

3 Es wurde durch eine Entscheidung des Rates und des Parlaments für die Periode 2000 bis 2004 (Beschluss 208/2000/EG, 14. Februar 2000) eingerichtet und auf die Jahre 2005 bis 2006 verlängert (Beschluss 626/2004/EG, 31. März 2004).





*Weitere Gemeinschaftsprogramme*
Im Bereich Kino und Audiovisuelles trägt das Programm »MEDIA« wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kulturindustrie bei gleichzeitiger Beachtung der kulturellen Vielfalt bei.[4]

Neben dem »Kultur«- und »Media«-Programm gibt es noch eine Reihe anderer Gemeinschaftsprogramme, einschließlich der Strukturfonds, die auch einen wichtigen Beitrag zur Kultur leisten. Auch wenn die Programme primär andere Zielsetzungen haben – die Förderung von lebenslangem Lernen, Mehrsprachigkeit, aktiver Staatsbürgerschaft, Infrastrukturentwicklung, die Entwicklung der Informationsgesellschaft, soziale und territoriale Strukturpolitik, Entwicklung des ländlichen Raumes und Forschung –, so können sie doch positive Auswirkungen auf die Kultur auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene haben. Jedoch verfügen diese Programme über ausreichende Kapazitäten, mehr auf dem Gebiet der Kultur zu tun.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Politikbereichen der Gemeinschaft, Beispiele hierfür sind der Binnenmarkt oder Wettbewerbspolitiken, die eine wichtige Rolle in der Stärkung der Rechtsvorschriften für den kulturellen Sektor spielen. Artikel 151, Absatz 4 des EG-Vertrags legt fest: »Die Gemeinschaft trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen dieses Vertrags den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen.« Die Herausforderung für die Aktivitäten der Gemeinschaft auf diesen Gebieten besteht häufig darin, das richtige Gleichgewicht zwischen verschiedenen legitimen Zielen der öffentlichen Ordnung zu finden, unter ihnen auch die Förderung kultureller Vielfalt.

4 Das »MEDIA«-Programm investiert 2007 bis 2013 etwa 755 Millionen Euro in die europäische Filmindustrie. Damit fördert es nicht die Produktion von Filmen an sich, sondern konzentriert sich auf die Pre- und Post-Produktion, das heißt auf Ausbildung, Entwicklung, Distribution, Vermarktung und Pilotprojekte. Unter »MEDIA Plus« und »MEDIA Training« wurden in der Periode 2001 bis 2006 mehr als eine halbe Milliarde Euro in 8 000 Projekte aus mehr als 30 Ländern investiert.

*EU und UNESCO*

Mit der Ratifizierung der »*UNESCO*-Konvention über den Schutz und die Förderung kultureller Vielfalt« durch die Europäische Gemeinschaft, die am 18. März 2007 in Kraft tritt und in den *acquis communautaire* aufgenommen wird, ist den Zielen der Konvention internationale Anerkennung zuteil geworden. Im Rahmen der Konvention, die darauf abzielt, die Rolle von Kultur im Bereich Global Governance und nachhaltiger Entwicklung zu stärken, beabsichtigen die EG sowie die teilnehmenden Mitgliedsstaaten, bestehende Instrumente im Bereich der internationalen Zusammenarbeit um den Kulturaustausch mit Entwicklungsländern (besonders AKP-Länder und die euromediterrane Region) zu ergänzen. Trotz schon bestehender Kooperationsabkommen muss diese internationale Dimension noch verstärkt werden.

*Europäisches Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008*

Um dem nachhaltigen Prozess des interkulturellen Dialogs noch mehr Ausdruck zu verleihen, hat die EU das Jahr 2008 zum »Jahr des interkulturellen Dialogs« ausgerufen, das über 2008 hinaus fortgeführt werden soll.

*Ziele einer gemeinsamen Agenda für Kultur*

Die Erfahrungen und Neuerungen der letzten Jahre sowie die Ergebnisse des breiten Konsultationsprozesses mit Repräsentanten des kulturellen Sektors[5] haben die Kommission dazu veranlasst, eine gemeinsame Agenda für Kultur einschließlich neuer Methoden der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft zu entwickeln. Die sich in Vorbereitung befindende Agenda basiert auch auf der Eurobarometerstudie zu kulturellen Werten in Europa, auf der Studie zur Kulturwirtschaft in Europa sowie auf einer Studie zur Beziehung zwischen Kultur auf der einen Seite und Bildung, Jugend und Staatsbürgerschaft auf der anderen.

Der Ehrgeiz des Dokuments besteht darin, die Rolle der Kultur im europäischen Projekt zu stärken. Ziel ist es, eine neue Strategie für Kultur zu entwickeln, die über Wortphrasen hinausgeht und konkreten Inhalt vermittelt. Dies bedeutet, gemeinsame Zielvorstellungen zu identifizieren, um eine Agenda für Kultur in Europa voranzutreiben sowie Vorschläge für neue Rahmenbedingungen und dafür notwendige Kooperationsmethoden zu bestimmen. In Folge unseres breiten Konsultationsprozesses wurden drei Dimensionen einer zukünftigen Kulturpolitik der Europäischen Gemeinschaft identifiziert, die sich gegenseitig ergänzen.

Die Erhaltung und Förderung kultureller Vielfalt sind ein wichtiges Ziel der EU, das auch im EG-Vertrag festgesetzt ist. Jedoch muss es in unseren zunehmend

5 Der Konsultationsprozess bestand aus einer Online-Konsultation im Herbst 2006 mit etwa 300 Beiträgen und einer darauf folgenden öffentlichen Anhörung mit mehr als 250 Vertretern des kulturellen Sektors am 4. Dezember 2006 in Brüssel. Im Januar 2007 wurde in einer informellen Sitzung mit Vertretern der Mitgliedstaaten Ansichten über Inhalte und Methoden einer Zusammenarbeit ausgetauscht.





multikulturellen Gesellschaften von der Förderung des interkulturellen Dialogs begleitet werden. In diesem Sinne ist die Förderung der Mobilität von Künstlern und Kulturexperten und die Verbreitung aller künstlerischen Ausdrucksformen jenseits nationaler Grenzen für die Stärkung des Bewusstseins über die kulturelle Vielfalt Europas und das gemeinsame kulturelle Erbe sowie die Entwicklung interkultureller Kompetenzen für den sozialen Zusammenhalt von zentraler Bedeutung.

Die Kommission strebt an, die Kultur als einen Katalysator für Kreativität, Innovation und Wachstum zu fördern. Kreativität ist die Basis für soziale und technologische Innovation und deshalb ein wichtiger Faktor für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der EU. Im Hinblick darauf muss die Rolle von Kultur und Bildung näher untersucht werden. Außerdem besteht ein großer Bedarf an der Entwicklung vergleichbarer nationaler Daten, um politische Entscheidungsprozesse zu erleichtern und um das Bewusstsein des Beitrags des kulturellen und kreativen Sektors in der Lissabon-Agenda zu erhöhen.

Ein weiteres Ziel ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des Politikdialogs. Als Unterzeichner der »*UNESCO*-Konvention über den Schutz und die Förderung kultureller Vielfalt« werden die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Konvention sobald als möglich umsetzen und auf internationaler Ebene fördern. Dieser neue internationale Rahmen leitet eine neue Phase der Rolle Europas auf internationaler Ebene im Bereich Kultur ein.

Für die erfolgreiche Umsetzung der Zielsetzungen ist es fundamental, dass alle Akteure partnerschaftlich zusammenarbeiten. Aus diesem Grund ist es wichtig, eine strukturierte und flexible Methode zu entwickeln und gemeinsame Aktivitäten zu prüfen sowie die Kommunikation zwischen allen Beteiligten von der europäischen bis zur lokalen Ebene zu verbessern: Europäische Kommission und Mitgliedsstaaten sowie Städte und Regionen, repräsentative Organisationen des kulturellen Sektors und Zivilgesellschaft.

Um einen regelmäßigen Austausch von Ideen, Meinungen und *best practices* zu gewährleisten sowie die Stimme des Kultursektors auf europäischer Ebene zu stärken, regt die Kommission einen strukturierten Dialog mit dem kulturellen Sektor an. Im Hinblick auf die besondere Heterogenität dieses Sektors und der mangelnden Kommunikation zwischen Vertretern der Kulturindustrie und anderen kulturellen Akteuren in der Vergangenheit, stellt der Versuch einer besseren Strukturierung des Sektors eine groâe Herausforderung dar.

Aufbauend auf dem von den Mitgliedsstaaten aufgestellten Arbeitsplan für die Jahre 2005 bis 2007 möchte die Kommission eine neue Methode entwickeln, das als ein unverbindliches, zwischenstaatliches Kooperationselement auf der Verständigung gemeinsamer Zielsetzungen und ihrer regelmäßigen Überprüfung sowie dem Austausch von *best practices* und relevanter Daten basiert.

Darüber hinaus ist es wichtig, die Bedeutung von Kultur auch innerhalb der Kommission zu stärken und die Umsetzung des in Artikel 151 (4) erwähnten horizontalen Prinzips zur Berücksichtigung der kulturellen Vielfalt in allen Politik-

bereichen und Programmen der Gemeinschaft zu gewährleisten. Um diesem Prinzip besser Folge zu leisten und die Koordination innerhalb der Kommission zu verbessern, hat die Kommission eine *Interservice*-Gruppe, bestehend aus Vertretern der verschiedenen Generaldirektionen, einberufen, die sich in regelmäßigen Abständen trifft und den Beitrag anderer Politikbereiche auf die Kultur sowie die Nutzung von Synergien diskutiert.

Mit den oben beschriebenen Zielsetzungen und Maßnahmen reagiert die Kulturpolitik der Europäischen Gemeinschaft auf die Herausforderungen und globalen Entwicklungen, denen Europa gegenübersteht: Förderung der Mobilität und des interkulturellen Dialogs, Stärkung der internationalen Kooperation und Entwicklung einer europäischen Staatsbürgerschaft.

Konkrete Ausführungen zu Zielsetzungen und Umsetzungsmöglichkeiten wird die Europäische Kommission in einer Agenda für Kultur erläutern.



Helga Trüpel

# *Europa besser machen*

## *Die Kulturpolitik des Europäischen Parlaments und seines Kulturausschusses*

Im Europäischen Parlament (Sitz in Straßburg und Brüssel) versammeln sich seit dem 1.1.2007 785 Abgeordnete aus 27 Ländern. Der *Ausschuss für Kultur, Bildung, Medien und Sport* (Abk. *Culture Committee*) ist das parlamentarische Gremium, das die fachpolitischen Kulturdebatten führt. Leider gilt der Kulturausschuss auch im Europaparlament wie in vielen nationalen und föderalen Parlamenten nicht gerade als der wichtigste Ausschuss. Im internen Ranking des Europaparlaments gelten Außen- und Haushaltsausschuss als die wichtigsten Ausschüsse. Diese Rangordnung verweist auf das Problem der mangelnden Realisierung der zentralen Rolle von Bildung und Kultur für die Weiterentwicklung und Selbstfindung Europas.

Die EU-Kommission hat als »Hüterin der europäischen Verträge« die Aufgabe, politische Initiativen und Gesetzesvorschläge zu entwickeln, die erst die Ausschüsse und dann das Parlament als Ganzes beraten und entscheiden. Einzelne Abgeordnete entsprechend den Mehrheitsverhältnissen sind als Berichterstatter verantwortlich für einzelne »Dossiers«, also einzelne Gesetzestexte, die mit ihren KollegInnen in den Ausschüssen beraten werden und wo Mehrheiten gefunden werden müssen. Das Parlament als Parlament muss gegen Kommission und Rat eine eigenständige (mehrheitliche) Position finden. Deswegen ist die Logik im Europaparlament auch ganz anders als in nationalen Parlamenten, wo die Regierungsfraktion ihre Regierung stützt. Daher wird im Europaparlament zwischen den Abgeordneten mehr kooperiert. Die »Feinde«, die politischen Kontrahenten sind »draußen«, in der Kommission und im Rat. Spätestens in zweiter Lesung müssen sich die drei Institutionen (Europaparlament, Kommission und Rat) auf einen Gesetzestext einigen, wenn er durchkommen soll. Dieses parlamentarische Verfahren gilt jedoch nur bei Mitentscheidungsverfahren. Bei Konsultationsverfahren hat das Parlament nur Beratungsfunktion. Nach wie vor kämpfen die

Europa-Abgeordneten für mehr parlamentarische Kompetenzen. Im Kulturbereich ist nach Paragraf 151 der Verträge geregelt, dass die EU kulturpolitische Kompetenzen hat im Bereich des europäischen Mehrwerts in der Kultur, aber nicht in nationale oder gar föderale Kompetenzen hineinregieren kann. Europäische Kulturpolitik kümmert sich nur um die europäische Kooperation, um europäischen Kulturaustausch und interkulturellen Dialog, um europaweite Kulturprojekte, aber nicht um nationale Kulturaufgaben. Es stehen in den nächsten sieben Jahren 400 Millionen Euro an europäischem Kulturetat zur Verfügung. Das ist viel zu wenig. Es ist sehr bedauerlich, dass vor allem der Rat nicht bereit war, mehr in Kultur und *cultural industries* zu investieren.

Kommissionspräsident Barroso hat in Berlin auf der großen Kulturkonferenz im Dezember 2004 »Europa eine Seele geben« gefordert, dass Europa nur kulturell zu sich selbst finden kann.

»You will not fall in love with the internal market« war sein Leitspruch.

Der Binnenmarkt ist notwendig. Ohne ihn würde es die europäische Integration nicht geben. Aber er ist nicht ausreichend, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Die Europäische Kommission und das Europaparlament wollen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union begeistern, weiterhin vom Sinn der europäischen Einigung überzeugen. Kommission und Parlament wissen, dass das ohne Kulturpolitik nicht geht.

Kunst und Kultur berühren die Menschen direkt, vor Ort, ob in Paris, Lissabon, Riga oder in Donaueschingen oder an den masurischen Seen. Kultur berührt emotional und in vielen Sprachen.

Europa hat einen großen Kunst- und Kulturschatz. Den gilt es zu heben, zu pflegen, zu polieren und zu mehren.

Spätestens seit den gescheiterten Referenden in den Niederlanden und Frankreich ist die Wahrnehmung, dass Europa in einer Krise steckt. Die alten Mitgliedsstaaten haben den »Globalisierungsblues«, die Erweiterung ist ihnen zu schnell gegangen, Frankreich möchte seine alte Position des europäischen Motors nicht verlieren und nicht aufgeben, müsste aber im erweiterten Europa eine neue Rolle finden. Die Niederlande haben nach dem Mord an Theo van Gogh enorme Identitätsprobleme, wie multikulturell ihr versäultes Land wirklich ist und sein will oder ob die Überfremdung schon viel zu stark ist.

Die osteuropäischen Länder kämpfen mit den Transformationsprozessen von staatssozialistischen Gesellschaften hin zu demokratischen, offenen Gesellschaften und haben dabei große Infragestellungen des europäischen und westlich orientierten Weges zu meistern, wie wir in den letzten Monaten besonders unter der rechtskonservativen Kaszinski-Regierung in Polen und den Unruhen in Ungarn gegen den ex-kommunistischen, sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Gyurscancy sehen konnten.





Es stimmt, dass Modernisierung und Globalisierung Verlierer produzieren, aber auch Gewinner und neue Arbeitsplätze, die aber in der Regel hohe und höchste Qualifikationen voraussetzen. Deswegen muss Europa auch einen Schwerpunkt auf Bildung, Forschung und Entwicklung legen. Diese Themen kommen bisher zu kurz, sowohl politisch als auch finanziell.

Die Verlierer wenden sich mehr und mehr von der europäischen und internationalen Orientierung ab und suchen mehr ideologische Orientierung in der Hinwendung zum Nationalen, in einer Neu-Begründung von Religion und Religiosität und einer Verwerfung der offenen Gesellschaften, deren Werte-Nihilismus sie beklagen.

Von daher stehen wir wieder vor einer sehr grundsätzlichen Auseinandersetzung, ob wir offene, plurale, demokratische, moderne, streitintensive Gesellschaften wollen oder abgeschottete, nicht international und global orientierte Gesellschaften.

Brüssel wird von konservativ-national orientierten Kräften als Zwangsregime betrachtet, das die Mitgliedsstaaten ihrer eigenen Souveränität und Freiheit beraubt und als bürokratisches und intransparentes Monster, das zwar weit entfernt ist, aber dennoch zu mächtig.

Vor diesem Hintergrund, wie die europäische Krise überwunden werden soll, wird die Debatte um die Entwicklung und Bedeutung der europäischen Kulturpolitik geführt.

Europa muss einerseits die richtige Balance finden, nicht falsch emphatisch zu sein (siehe die Diskussion um den Verfassungsentwurf, wo viele den Begriff und die Tatsache einer EU-Verfassung ablehnen und als Konkurrenz zu den nationalen Verfassungen begriffen haben). Andererseits darf Europa nicht zu nüchtern sein. Denn dann ist es nur wieder die seelenlose Bürokratiemaschine mit Überregulierung aus dem fernen Brüssel.

Europa muss sich einerseits auf das konzentrieren, was nur Brüssel kann, und alles andere den Mitgliedsstaaten überlassen, andererseits darf Brüssel nicht nur als technokratisch wahrgenommen werden, sondern muss die Menschen wirklich erreichen und erreichen wollen.

Und Europa muss neue Schwerpunkte seiner Politik festlegen: runter mit den klassischen Landwirtschaftssubventionen und den Subventionen für Agrarexporte. Denn, wenn unsere subventionierten tiefgekühlten Hähnchen in Afrika nur die Hälfte von dem kosten, was die in Afrika produzierten kosten, machen wir die dortigen heimischen Märkte kaputt und produzieren Armutsflüchtlinge, die auf den Kanaren und in Italien anlanden.

Stattdessen müssen wir in ökologische Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes umverteilen. Und wir müssen umverteilen in die Bereiche Bildung, Forschung, Entwicklung und Kultur. Denn Europa als rohstoffarmer Kontinent hat nur eine Chance, wenn wir unsere Menschen besser ausbilden und fit machen für die globalen Herausforderungen und internationalen Arbeitsmärkte.

Wir müssen alles daran setzen, die Zahl der Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer zu begrenzen und zu reduzieren und unseren jungen Menschen neue Bildungs- und damit Berufschancen zu eröffnen. Im Prinzip hat die europäische Union das mit der Lissabon Strategie ja auch erkannt und beschlossen. Aber es hapert an der Umsetzung und dem Mitziehen der Mitgliedsstaaten. Überhaupt gehört zur europäischen Krise dazu, dass die Mitgliedsstaaten nicht verantwortlich genug an dem gemeinsamen europäischen Projekt arbeiten, sondern sich im nationalen Kontext gerne von Brüssel absentieren und Fehler bei Brüssel abladen, obwohl keine Entscheidung im Ministerrat ohne die Regierungschefs oder die Fachminister fällt. Brüssel sind wir alle, und das muss realisiert und als politische Herausforderung anerkannt werden. Sonst stagniert das europäische Projekt und entwickelt sich zurück. Eine Re-Nationalisierung würde unsere ökonomischen Probleme aber noch vergrößern, weil keiner der einzelnen Mitgliedsstaaten angesichts der Globalisierung, den Anforderungen in der Umwelt-, der Energie- und der Sicherheits- und Außenpolitik alleine gewachsen wäre. Darum sprechen bei aller Kritik im Einzelnen alle vernünftigen Gründe dafür, Europa besser und weiter zu machen.

*Europa hat zwar viele Irrtümer, aber es ist kein Irrtum.*

In dem Zusammenhang ist die europäische Kulturpolitik interessant und wichtig, weil sie einen Beitrag zur Kommunikation über Europa leisten kann und viel europäischen Dialog und Austausch herstellen kann.

Das neue Programm »KULTUR« hat drei Ziele: Mobilität von Künstlern und Menschen, die im Kulturbereich arbeiten, Mobilität von Kulturgütern und interkultureller Dialog.

400 Millionen Euro Kulturetat für ganz Europa, das ist so viel wie etwa zwölf Opernhäuser in Deutschland per annum an staatlichen Zuschüssen bekommen.

Deswegen gab es auch eine große Kampagne von NGOs und EU-Kultur-Abgeordneten, den Kulturetat drastisch zu erhöhen. Durchschnittlich wurden in der letzten Finanzplanungsperiode von 2000 bis 2006 sieben Cent pro Unionsbürger für Kultur ausgegeben. Das Ziel war diesen Betrag um das Zehnfache auf 70 Cent anzuheben. Die Kampagne »70 cents for culture« hat etliche Akteure in den interessierten europäischen Öffentlichkeiten erreicht, aber für eine Mehrheit im Rat, den Kulturetat signifikant zu erhöhen, hat es nicht gereicht. Nur wenn im Rat sich Entscheidendes ändert, und man sich von der Netto-Zahler-Mentalität verabschiedet und die gemeinsame Politik im Bereich Bildung, Forschung, Entwicklung und Kultur eine neue Wertigkeit erhält, wird Europa die richtigen Zukunftsinvestitionen leisten.

Davon sind wir leider weit entfernt.

Gerade angesichts des beklagten Werte-Nihilismus und des Globalisierungsblues könnte eine wohlverstandene europäische Kulturpolitik eine neue Offensive für Dialog, Austausch, Mobilität, offene Debatten und Arbeiten an neuen ästhetischen Sprachen leisten, das Kulturerbe pflegen und zeitgenössische europäische Kunst und KünstlerInnen fördern. Europäische Kulturpolitik ist keine Gefährdung nationaler und regionaler Kulturpolitiken, sondern eine Ergänzung, die sich auf das gemeinsame Europäische in all seiner Verschiedenheit bezieht und keinen Kompetenzstreit mit den nationalen Kulturpolitiken beginnt. Dieses »gemeinsam sind wir stärker« und »Einheit in der Vielfalt« könnte hier sehr gut zum Tragen kommen.





»Leid in Wissen überführen« ist der zentrale und grundlegende Gedanke für europäische Politik. Europäische Länder haben Jahrhunderte lang Krieg gegeneinander geführt. Sie haben im 20. Jahrhundert die Welt zerstört mit den Totalitarismen nationalsozialistischer und stalinistischer Provenienz, haben den industriell durchgeführten Massenmord an Juden und anderen Minderheiten zu verantworten. Europa wurde vom Faschismus befreit. Europa hat sich gegründet zur Überwindung seiner eigenen verhängnisvollen Geschichte und um Leid von Menschen abzuwenden und an einer friedlichen Zukunft zu arbeiten. Die Selbstverpflichtung »Nie wieder Auschwitz« steht an der Wiege Europas. Diese Transformation von Leid in Wissen ist die Seele europäischer Kulturpolitik.

Wie schade, dass wir angesichts der Ängste, Kultur könnte immer uniformer werden durch Europäisierung und Globalisierung nicht mehr ausgeben für die Übersetzung europäischer Minderheitensprachen, warum ermöglichen wir nicht allen EU-Studierenden, ein »Erasmus-Stipendium« bekommen zu können, warum haben wir nicht mehr Ressourcen für Städtepartnerschaften, wo wirklich europäische Kontakte und europäische Identität von unten wachsen.

*Darum noch eine Kultur-Idee zum Schluss*

Der Schauspieler Norbert Kentrup und ich haben eine Projektidee entwickelt, das »Euro Globe«. Ausgehend von Shakespeares »wooden O« wird ein mobiles *Globe* gebaut, den Prototyp gibt es schon an der Düsseldorfer Oper am Rhein. Dieses *Euro Globe* wandert jedes halbe Jahr mit den wechselnden Ratspräsidentschaften von Land zu Land, von Hauptstadt zu Hauptstadt. Es umfasst einen Raum für 1 000 Zuschauer und eine offene Bühne, wo jeder jeden sehen kann. Dort wird als großer europäischer Autor Shakespeare im Original gespielt (außerdem ist Englisch nun man unsere gemeinsame globale Sprache). Es wird Shakespeare in der jeweiligen Landessprache aufgeführt in Kooperation mit den Kunstakteuren, Schauspielern, Bildungseinrichtungen vor Ort. Ein europäisches Kulturnetzwerk entsteht auf diesem Wege. Dann soll es eine Dramatikerwerkstatt geben, wo junge Autoren aus den jeweiligen Präsidentschaftsländern ihre Stücke zu europäischen Themen einreichen, das Beste von einer Jury prämiert, aufgeführt und als Preis in alle europäischen Sprachen übersetzt wird. Das europäische Jugendparlament soll in diesem *Euro Globe* tagen, politische Debatten und Vorträge über Europas Zukunft sollen dort veranstaltet werden. Künstler der jeweiligen Länder können dieses *Globe* schmücken und gestalten. Es entsteht ein eigenes europäisches Kul-

tur-Netzwerk und ein neuer europäischer Kulturschatz, durch die Stücke, die für dieses *Globe* geschrieben werden. Und wir bekommen ein neues Symbol für europäische Öffentlichkeit und europäischen Diskurs. Wäre das nicht schön?

*Kultur Macht Europa*

Auch für den Kulturbereich gilt: Die selbst auferlegte Reflexionsphase muss genutzt werden und konkrete Resultate müssen den Bürgern vorgelegt werden. Mit den vorgeschlagenen Kulturprojekten liegen Ideen für den Einstieg in eine europäische kulturelle Öffentlichkeit vor. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat die Verantwortung, auch in der europäischen Kulturpolitik eine Offensive zu starten. Hoffentlich lässt sie sie nicht ungenutzt verstreichen.



Manfred Dammeyer

# *Der Ausschuss der Regionen und europäische kulturpolitische Entscheidungen*

Als deutsche Städte sich in ihren Vorbereitungen auf die Bewerbung um die »Kulturhauptstadt Europas 2010« – wenn turnusgemäß wieder eine Stadt aus Deutschland an der Reihe ist – schon mal damit beschäftigten, wie die Jurys für diese Entscheidung zusammengesetzt sind, waren einige doch ganz erstaunt, dass neben der EU-Kommission, dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament auch der *Ausschuss der Regionen (AdR)* einen Vertreter entsendet und mitentscheidet. Wie das?

Der *Ausschuss der Regionen* ist das jüngste Organ der Europäischen Union, mit dem »Vertrag von Maastricht« geschaffen und 1994 konstituiert. Die deutschen Länder haben lange und intensiv und letztlich erfolgreich darauf hingewirkt, dass er zustande kam. Sie wollten ihre eigenen, eigenständigen Interessen in wichtigen Politikbereichen gegenüber den europäischen Institutionen selbst vertreten. Dafür hatten sie schon eigene Vertretungen in Brüssel geschaffen; jetzt wollten sie auch ein »europäisches« Organ haben, in dem sie ihre Interessen, Absichten und Handlungsmöglichkeiten mit den gleichgerichteten anderer europäischer Regionen bündeln und mit dem sie ihre verfassungsgemäßen Zuständigkeiten auch auf europäischem Niveau verankern und verteidigen konnten.

Der *Ausschuss der Regionen* besteht aus »Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften« (Art. 263, ex-Art. 198 a), also solcher »Körperschaften«, die im Kontext ihres jeweiligen nationalen Rechts eine politische Handlungseinheit darstellen und nicht bloß geographische oder ehedem historische Gebiete sind. Seit dem »Vertrag von Nizza« wird bestimmt, dass ihre Vertreter zu Hause ein Wahlmandat innehaben müssen.

Die 22 deutschen Mandate werden zur Zeit von 19 Vertretern der Länder und dreien der kommunalen Spitzenverbände besetzt. Die Länder entsenden ihre Mi-

nisterpräsidenten (jedenfalls war das in den ersten Mandatsperioden so), ihre zuständigen (Europa-)Minister und/oder von den Landtagen gewählte Abgeordnete, die zumeist Sprecher in den Landtags-Europa-Ausschüssen sind.

Artikel 265 (ex-Art. 198 c) bestimmt: »Der *Ausschuss der Regionen* wird vom Rat oder von der Kommission in den in diesem Vertrag vorgesehenen Fällen und in allen anderen Fällen gehört, in denen eines der beiden Organe dies für zweckmäßig erachtet, insbesondere in Fällen, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffen. ...

Der *Ausschuss der Regionen* kann vom Europäischen Parlament gehört werden.

Er kann, wenn er dies für zweckdienlich erachtet, von sich aus eine Stellungnahme abgeben.«

Das Interesse der deutschen Länder und der anderen Regionen in Europa an den Entscheidungen der europäischen Instanzen hängt sehr eng mit dem Subsidiaritätsprinzip zusammen, mit ihrem Verlangen, dass nicht alle möglichen Entscheidungen auf europäischer Ebene fallen und gefällt werden müssen, sondern dass so viel wie möglich bürgernah, unten also, und damit von ihnen und in ihrer Zuständigkeit geregelt wird. Auch dafür schuf der »Vertrag von Maastricht« erste Regeln.

Artikel 5 (ex-Art. 3 b) bestimmt: »Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig.

In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkung besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.

Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrages erforderliche Maß nicht hinaus.«

Die erwähnten »ausschließlichen Zuständigkeiten« der EU, in denen sie sich natürlich nicht an das Subsidiaritätsprinzip halten muss, sind sehr begrenzt (es handelt sich um Binnenmarkt, Zollunion, Handelspolitik, Währung). Sie werden im Verfassungsentwurf für Europa in Artikel 12 auch abschließend aufgeführt.

In allen anderen Politikfeldern teilt die EU ihre Zuständigkeiten mit den Mitgliedstaaten und kann nur in dem erforderlichen Umfang und sofern und soweit handeln, wie das nicht »unten« ausreichend geschehen kann. Und »unten« heißt dem »Maastricht-Vertrag« zufolge »auf Ebene der Mitgliedstaaten«. Nun reklamieren Regionen, die deutschen Länder zumal, dass in vielen Feldern dieser geteilten Zuständigkeiten nicht der Mitgliedstaat, also Deutschland, sondern sie zuständig sind. Im Verfassungsentwurf heißt es, mit deutlicher Verschiebung zugunsten der Regionen und Kommunen, in Artikel 9 deshalb, »sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend erreicht werden können«. Die Regionen haben also durchsetzen können, dass sie dann, wenn sie zuständig sind, auch – mit Respekt der europäischen Ebene vor dieser Befugnis – handeln können, und wenn das ausreichend ist, auch kein europäisches Handeln erforderlich wird. Und überdies wird in der Verfassung das Subsidiaritätsprinzip weiter differenziert und in seiner Anwendung formalisiert bis hin zu einem Klagerecht der nationalen Parlamente und des *Ausschusses der Regionen* im Falle einer etwaigen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips.





Die EU-Initiativen, zu denen der *Ausschuss der Regionen* vor allem Stellungnahmen abgibt, sind zumeist hoch subsidiaritätsbetroffen. Für den Kultursektor gilt das in ganz besonderem Maße. Schon lange stellen darauf die Vertragsbestimmungen ab, wie im Artikel 151 (ex-Art. 128) festgelegt ist (siehe hierzu den ausführlichen Artikel von Olaf Schwencke in diesem Band).

Gemessen daran, dass dann, wenn die EU etwas zu entscheiden hat, sie das auch tut und dann verbietet, regelt und bestimmt, signalisieren hier schon die Verben die große Zurückhaltung: Die EU handelt und bestimmt nicht selbst, sondern »leistet einen Beitrag« zum Handeln anderer, nämlich der Mitgliedstaaten beziehungsweise der Regionen und »unterstützt und ergänzt« und zwar nur »erforderlichenfalls« deren Tätigkeit – und das alles unter den weiteren Kautelen dieses Artikels.

Es gibt also für europäische Kulturpolitiker »nationale und regionale Vielfalt«, »gemeinsames kulturelles Erbe«, »Kultur und Geschichte der europäischen Völker« und den »Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten«, nicht aber »die«, erst recht keine einheitliche europäische Kulturpolitik. Europa kommt mit »Fördermaßnahmen« und Empfehlungen aus. Fördern kann man nur das Handeln anderer und an Empfehlungen kann man sich halten oder nicht. Für alle Förderprogramme ist die Beteiligung des *Ausschusses der Regionen* vorgeschrieben. Dass freilich der Gesetzgeber Rat, also die Versammlung von Ministern der Mitgliedstaaten, nach Abstimmung mit dem Europäischen Parlament und dessen Mitentscheidung gemäß dem erwähnten Artikel 251 dann »einstimmig« entscheiden muss, heißt, dass jede einzelne Entscheidung im kulturellen Sektor vom Veto jedes einzelnen Landes bedroht ist (was sich im Entwurf der VVE ändert).

Dennoch sind erstaunlich viele und überaus wirkungsvolle Förderprogramme der Europäischen Union zustande gekommen, die mit ihren Zuschüssen, den Fördermitteln, in den diversen Mitgliedstaaten viele Initiativen ausgelöst und abgesichert haben. In anderen Bereichen werden größere Beträge in die Haushalte eingesetzt und auch ausgegeben, aber die Finanzmittel des kulturellen Sektors waren überaus wirkungsvoll. Sprachen- und Literaturförderung, der Austausch von Schülern, Studenten und Künstlern, interregionale und internationale grenzüberschreitende Kooperationen, Filmförderung wären vielfach nicht oder nicht in dem praktizierten Umfang europäische Wirklichkeit geworden, wenn es die entsprechenden Förder(!)programme nicht gegeben hätte.

Der *Ausschuss der Regionen* – oder die in ihm vertretenen Regionen und kommunalen Gebietskörperschaften – haben nun dezidiertes Interesse an kulturellen Themen, der regionalen Vielfalt, der Vielfalt der Kulturen, der Verteidigung ihrer

historisch mehr oder weniger konsequent entwickelten oder gewachsenen Zuständigkeiten und Schwerpunkte, dem kulturellen Erbe – nicht nur dem »gemeinsamen europäischen«, sondern auch ihrem je eigenen, regional besonderen –, an Sprachen, Film und anderen audiovisuellen Medien, an Theater, Künstleraustausch, lebenslangem Lernen, Schüler-, Studenten- und Forscheraustausch, grenzüberschreitenden Kooperationen und vielem mehr. Deshalb nutzen die Regionen und auch der Ausschuss ihre Einflussmöglichkeiten, die sie gerade in diesem Politiksektor auf die Planung, Gestaltung und auch zum Teil auf die Durchführung im Detail haben, gerne in vollem Umfang.

Aber natürlich gibt es auch auf anderen Politikfeldern Interessen der Regionen und der Gemeinden gegenüber der Europäischen Union und auch die Beziehungen zwischen den deutschen Ländern und dem Bund sind vorwiegend nicht von kulturellen Fragen geprägt. Um vieles gewichtiger sind neben den Kompetenzfragen vor allem die Finanzbeziehungen. So dienen auch Regionalpolitik und Regionalförderung der Kohäsion durch den Ausgleich von unterschiedlichen, vor allem unterdurchschnittlichen ökonomischen Lebensverhältnissen. Auch Landwirtschaftsförderung sowie sonstige Wirtschafts- und Forschungsförderung bilden gewichtige Bereiche für die Regionen und damit für den Ausschuss *der Regionen*.

Das wird auch an den Arbeitsergebnissen des *Ausschusses der Regionen* deutlich. Der *AdR* erstellt Stellungnahmen zu (Rechtsetzungs-)Absichten der Europäischen Union. Damit ist seine Wirkungsweise natürlich beschränkt; er ist ja auch ein »beratender Ausschuss«. Aber natürlich sind die Konsultationen, in die die Kommission, der Rat oder das Parlament mit dem *AdR*, mit seinem Berichterstatter, mit der zuständigen Fachkommission und mit dem Plenum eintreten müssen, für den weiteren Umgang mit den Absichten (Richtlinienentwurf, Grünbuch, Mitteilung) wichtig, wenn nicht gar in einigen Aspekten entscheidend.

Die Stellungnahmen des *Ausschusses der Regionen* werden in der Regel in dessen Fachkommissionen beraten. In den vier Jahren der letzten Mandatsperiode von 2002 bis 2006 hat der *AdR* 252 Stellungnahmen verabschiedet, davon 18 direkt im Plenum (etwa zu den jährlichen Arbeitsprogrammen mit den Schwerpunkten der Kommission, zur Wiederbelebung der Lissabon-Strategie zur Erweiterung der EU …). Aus der *Fachkommission für Kohäsionspolitik* kamen 39 Stellungnahmen, aus der *für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 51 Stellungnahmen, aus der *für nachhaltige Entwicklung* kamen 41 und auch aus der *für Kultur und Bildung* 41, aus der *Fachkommission für konstitutionelle Fragen und Regieren in Europa* kamen 29 und aus der *für Außenbeziehungen* 33 Stellungnahmen.

Von den 41 Stellungnahmen der *Fachkommission für Kultur und Bildung* waren 13 von Kommission oder Rat obligatorisch erbeten worden, das heißt den Verträgen zufolge mussten die Organe die Stellungnahme des *AdR* einholen. 29 Stellungnahmen waren fakultativ, das heißt, die einholenden Organe hielten es für zweckmäßig, den *AdR* zu konsultieren. Aus eigener Initiative wurde in diesem Bereich der *AdR* in dieser Mandatsperiode nicht tätig.





Von den 41 Stellungnahmen dieser Fachkommission befassen sich elf mit kulturellen Programmen der EU, nämlich mit Rechtsfragen im Zusammenhang mit Kinofilmen und anderen audiovisuellen Werken, mit der Förderung des interkulturellen Verständnisses durch die Zusammenarbeit mit Drittländern (»ERASMUS WELT«), mit dem Bericht über die Richtlinie »Fernsehen ohne Grenzen«, mit dem Vorschlag zum Programm »KULTUR 2000«, mit »MEDIA Plus – Entwicklung und Vertrieb« und mit »MEDIA – Fortbildung«, mit der Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt, der Gemeinschaftsaktion zur Förderung der Veranstaltung »Kulturhauptstadt Europas« für die Jahre 2005 bis 2019, mit dem Programm »JUGEND IN AKTION« (2007–2013), mit dem Programm »KULTUR« (2007–2013) und noch einmal mit der »Kulturhauptstadt Europas« (2007–2019).

Um alle diese Stellungnahmen zu kulturbezogenen Programmen, Absichten, Berichten war der *Ausschuss der Regionen* von Kommission, Rat oder Europäischem Parlament obligatorisch gebeten worden. Lediglich zu »MEDIA – Fortbildung« war die Aufforderung fakultativ, die Stellungnahme wurde auch mit der zu »MEDIA Plus – Entwicklung und Vertrieb« verbunden abgegeben. Die Vorlagen mussten also vom *AdR* im Hinblick auf ihre subsidiäre Qualität und die Regionenverträglichkeit bewertet werden. Nur zwei der Stellungnahmen wurden nicht mit einem einstimmigen Votum der Fachkommission dem Plenum vorgelegt, was ein hohes Maß an Übereinstimmung in den Beurteilungen belegt.

Aus der Aufstellung ist aber auch erkennbar, dass der Großteil der Stellungnahmen des *AdR* anderen Politikfeldern als der Kultur galt. Die Kultur-Stellungnahmen machen etwa ein Viertel der Stellungnahmen der *Fachkommission für Kultur und Bildung* und 4,4 Prozent der Stellungnahmen des Plenums aus. Die Statistik deutscher Landtage dürfte davon nicht wesentlich abweichen.

In Kulturfragen gehen Absichten, Entscheidung und die Ausgestaltung von Europa-Förder-Programmen nicht am *Ausschuss der Regionen* vorbei. Das ist Ausweis für die Orientierung der Europäischen Union an regionaler kultureller Vielfalt und an der Eigenständigkeit der kulturellen Entwicklungen in ihren beabsichtigen Beziehungen und Verflechtungen, aber auch für den Respekt vor den unterschiedlichen politischen Strukturen der Mitgliedstaaten und deren sehr verschiedenen Zuständigkeiten, Regelungs- und Handlungskompetenzen, in die die EU nicht eingreift und über die sie sich nicht hinwegsetzen kann und nicht hinwegsetzt.

Und dieser Respekt ist zugleich dem Subsidiaritätsprinzip geschuldet, nach dem die »obere« (hier die europäische) Ebene nicht gestalten muss, was »unten«, also bürgernah, ausreichend geregelt werden kann.

*Barbara Gessler*

# *Kommunikationsstrategien für Europa*

Es wäre unfair zu behaupten, die Europäische Union habe sich in der Vergangenheit keine rechte Mühe um die Kommunikation mit den BürgerInnen Europas gegeben. 1996 in der mit neuem und der Sache gegenüber sehr enthusiastischem Chef ausgestatteten »Abteilung (*Unit*) Kommunikation« der *Generaldirektion Umwelt* der Europäischen Kommission ging es zum Beispiel konkret darum, über die gesundheitsfreundlicheren Abgasnormen als einer positiven Maßnahme der EU zugunsten der Bevölkerung zu informieren. Mit erheblichem Aufwand und nach nicht unerheblichem Widerstand allerorten sind wir dorthin gegangen, wo der Autointeressierte zu treffen ist: auf Automessen. Und, wie nicht anders zu erwarten, hat trotz – nach allgemeiner Meinung – gut gemachtem Stand und für Aufgeschlossene auch durchaus interessantem Programm der neue Lamborghini am Nebenstand irgendwie immer mehr Publikum angezogen …

Auch heute wird jeder aus dem Stand viele Gründe für eine solche Kluft zwischen dem Anbieter und dem Rezipienten der Information finden und viele davon sind vermutlich auch richtig. Jedoch muss deutlich gesagt werden, dass schon 1992 die Dänen den »Vertrag von Maastricht« abgelehnt hatten und 2001 die Iren den »Vertrag von Nizza« und das Problem entgegen der landläufigen Meinung kein neues ist. Seit den frühen neunziger Jahren gab es auch entsprechende Reaktionen auf diese kollektiven Ausdrücke von Unbehagen, über die auch damals schon die Frage gestellt werden durfte, woraus sie denn resultierten: aus Unwissen oder Unzufriedenheit über das Angebotene, hier: den Vertragstext?

Insbesondere beim Europäischen Parlament und in der Kommission wurden daraufhin entsprechende Anstrengungen unternommen, indem verschiedene Kommunikationsstrategien entwickelt wurden, deren Umsetzung jedoch immer ein wenig stiefmütterlich behandelt wurde. Das lag sicher auch daran, dass in der Kommission etwa kaum Tradition in der Kommunikation, sondern eher in der Verfolgung inhaltlich-strategischer Themen vorherrschte. Dabei lag der Fokus eindeutig auf einer *Information* über das »in Brüssel« Entwickelte, häufig vermutlich mit der Tendenz, nicht die gesamte Bandbreite der Standpunkte zu bestimm-

ten Problemen darzustellen. Diese Aufklärungspolitik geschah im Wesentlichen »von Brüssel aus« und involvierte nur unzulänglich andere Akteure wie zum Beispiel die Regierungen der Mitgliedstaaten und ihre Sub-Ebenen. Zentrale Information war die Folge, die aufgrund mangelnder Kenntnis und Ressourcen manchmal nur schwer ihre Zielgruppen erreichte. Über die musste man sich ja auch erstmal klar werden, ebenso wie über die Frage, ob sich der Versuch lohnt, die Kritiker zum Meinungswechsel zu bewegen oder ob man lieber mit denen redet, die schon auf dem Weg nach Europa sind, wie die jungen Leute etwa? Für die jedoch waren die hergestellten Materialien häufig nicht ganz treffgenau, denn einem spannenden Comic oder Krimi kann wohl kaum eine EU-Broschüre das Wasser reichen und andere jugendaffinere Medien wurden ebenfalls nur unzulänglich bedient.

Im Sommer 2005 folgte dann, was man durchaus als einen heilsamen Schock ansehen darf: Eine Mehrheit der abstimmenden Franzosen und Niederländer (also nicht gleichzusetzen mit der Mehrheit der Bevölkerung beider Länder, sondern in beiden Ländern unter 40 Prozent der Abstimmungsberechtigten) sprach sich gegen den Entwurf für einen Verfassungsvertrag für die Europäische Union aus. Bereits bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr zuvor war die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung (auch in Deutschland) wohl registriert worden, aber erst beide Ereignisse zusammen gaben den Ausschlag für einen Aufschrei in der Politik und diesmal nicht nur in Brüssel. Die bisher handelnden Eliten, zu denen auch die Verwaltungen, die Beamten, die Medien und andere Player gehören, mussten einsehen, dass die bisherige Strategie der Peer Group Kommunikation womöglich ein Ende haben muss. In der Folge der Referenda wurde gerade in Deutschland fast so etwas wie eine bislang unbekannte Salonfähigkeit der Europakritik spürbar. Diese Kritik ist in vielerlei Hinsicht berechtigt, geht aber mit einer generellen Tendenz zu Politikverdrossenheit und einer Vertrauenskrise der politischen Institutionen einher. (Nicht nur auf der europäischen Ebene, auch bei den Kommunalwahlen geht die Wahlbeteiligung zurück!) So ist manchmal nicht klar zu unterscheiden, ob sich hier genuiner Europafrust ausdrückt oder sich eine andere Stimmung niederschlägt: verlangsamtes Wirtschaftswachstum, Unsicherheit in einer globalen, komplexen Welt, Forderungen nach Schnelligkeit und Flexibilität bei gleichzeitig abnehmender sozialer Sicherung ... Über den spezifischen Europabezug für diese Ablehnung gibt es inzwischen gute Analysen, denen man klar entnehmen kann, dass sie nicht nur auf mangelnder Vermittlung beruht oder in einer Abrechnung mit nationaler Politik (mit diesem Argument wollen sich einige Europäer zumindest selbst beruhigen), sondern wirklich der Inhalt des Verfassungstextes und die Europapolitik insgesamt eine Rolle gespielt zu haben scheinen.

Das ist das eigentlich Beunruhigende an diesem Ausgang der Referenda: dass sie auch eine echte Kritik an dem, was in Europa politisch passiert, beinhalten – aber das ist auch das Positive daran, dass die Verantwortlichen in allen Bereichen gezwungen werden, sich diese Kritik anzusehen und ihre Politik entsprechend anzupassen.





In diesem Sinne ist auch der von der Europäischen Kommission im Herbst desselben Jahres ausgerufene »Plan D« für Demokratie, Debatte und Dialog gedacht: aus der Einbahnstraße der Information in ein echtes Gespräch eintreten, in dem beide Seiten zuhören und ihre Standpunkte argumentativ vertreten. Partizipation der Zivilgesellschaft, wobei dazu eben nicht nur die organisierte Zivilgesellschaft, die schnell zu Verbandsfunktionären und professionellen Lobbyisten für die wie auch immer gute Sache mutieren kann, gehört, sondern auch der nicht organisierte Bürger und Wähler. Dass diese neue Herangehensweise einer Revolution gleichkommt, da Bürgerwünsche und -bedenken erfasst und berücksichtigt werden müssen, ist für die Europapolitik nicht neu, aber in diesem Absolutheitsanspruch ganz im Trend der Zeit. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments mussten diesen Spagat schon immer leisten, mussten schon immer Interessen abwägen und vertreten. Und auch die Kommission stellt bereits seit Jahren Gesetzesvorschlägen echte Konsultationsprozesse voran und zwar nicht nur solche, in denen gut organisierte Lobbyisten in Brüssel zu Wort kommen.

Selbstverständlich bleibt die wesentliche Frage, wie sich »die BürgerInnen« eine Meinung bilden und sie zum Ausdruck bringen, also die Frage nach der Bildung einer (europäischen) Öffentlichkeit. In Deutschland gibt es bereits Ansätze, diesem Manko gezielt zu begegnen, etwa in dem Projekt »eurotopics« der *Bundeszentrale für Politische Bildung*. Das Weißbuch zur Kommunikationspolitik, in dem die Reaktionen in diesem Jahr zusammengetragen werden, legt erstmals Wert auf die Feststellung, dass BürgerInnen zur Teilnahme am politischen Leben befähigt werden müssen und zieht somit erstmals auch die politische Bildung in Betracht. Dazu gehört dann auch logischerweise, dass nicht nur eine Sichtweise einer Politik, hier etwa der Kommissionsstandpunkt/-vorschlag, dargestellt wird, sondern dass auch Kritik und Vorbehalte daran zum Ausdruck kommen können – auch das ist eine kleine Revolution. Es läge im Interesse der Europäischen Union, in diesem Bereich auch gemeinsam aktiv zu werden, da Bildung jedoch eine streng subsidiär behandelte Frage, also eine der Mitgliedstaaten ist und bleiben soll, muss eruiert werden, welche Form solch eine Aktivität annehmen könnte.

Im Umgang mit den Medien als den unbestreitbar wichtigsten Multiplikatoren, da ihnen das meiste Vertrauen entgegen gebracht wird, wird diese Herangehensweise bereits gepflegt. In so genannten *technical briefings* werden im Berlaymont, dem emblematischen Hauptsitz der Kommission in Brüssel, Journalisten die Hintergründe für bestimmte Vorschläge erläutert. In den Mitteilungen für die Pressearbeit, die die Vertretungen der Europäischen Kommission etwa von ihren FachkollegInnen zu aktuellen Themen erhalten, sind die bekannten oder antizipierten Kritikpunkte durchaus immer dargestellt. Im Sinne des »Plan D« werden, auch zur Kenntnis des gesamten Kollegiums, regelmäßig Berichte darüber verfasst, welche Themen in den jeweiligen Mitgliedstaaten für besondere Aufregung oder Freude sorgen. So ist die Stimmungslage in den Mitgliedsländern auch über die reine Abfrage von nationalen (Regierungs-)Positionen bekannt. Natürlich spielen gerade in diesem Kontext die Medien eine sehr bedeutende Rolle, denn einige nehmen

zumindest für sich in Anspruch, die Positionen weiter Teile der Bevölkerung zu reflektieren oder darauf aufmerksam zu machen. Dass nicht von ungefähr daher gerade eher negative oder solche Nachrichten mit Skandalpotenzial aus Brüssel den Weg in die Medien finden, wird auch von deren Vertretern nicht komplett abgestritten. Bleibt es doch die Aufgabe der vierten Gewalt, auf Missstände etc. aufmerksam zu machen und nicht etwa, eine bestimmte politische Strategie zu promoten. In Deutschland ist eine mehrheitlich ausgewogene (siehe oben) Berichterstattung über europäische Themen zu verbuchen, die besonders bei den »seriösen« (und natürlich auch von einer Elite konsumierten) Medien von einer positiven Grundeinstellung geprägt scheint. In Frankreich hat man nach dem Referendum jedoch darüber kontrovers diskutiert, ob und warum die Medien eine eindeutige Pro-Verfassungsposition eingenommen und sich damit in den Dienst einer Sache gestellt hätten. Eine völlig andere Situation findet sich etwa in Großbritannien, wo nicht nur die *Yellow Press* anti-europäische Stimmung schürt. Dass sich in beiden Fällen die öffentliche Stimmung wechselseitig beeinflusst, steht wohl außer Frage.

Schwer trennbar von der Rolle der Medien ist auch das öffentliche Auftreten nationaler, regionaler oder lokaler Verantwortungsträger und Interessensvertreter, die nur zu häufig als negativ empfundene Regelungen als solche »aus Brüssel« abtun und, durchaus manchmal verständlich oder auch zu Recht, die Konsequenzen für ihr jeweiliges Mitgliedsland in den Vordergrund stellen. Im Sinne der Partnerschaft des »Plan D« ist hier eindeutig eine Wende nötig, denn, wie bekannt, werden Regelungen in Brüssel immer unter Mitwirkung der nationalen Gesetzgeber gestaltet. Im Fall der (Ost-)Erweiterung wird nun mit der deutschen Ratspräsidentschaft endlich öfter darauf hingewiesen, dass insbesondere die deutsche Wirtschaft und somit auch die ArbeitnehmerInnen in Deutschland vom größeren Markt profitieren. Die größte Herausforderung ist es also, dies auch glaubwürdig darzustellen und den »gefühlten« oder tatsächlichen Verlusten oder aber konfusen Verlustängsten großer Teile der Bevölkerung Fakten und Tatsachen entgegen zu setzen. Ähnlich verhält es sich mit der Einführung des Euro, der nach wie vor dafür verantwortlich gemacht wird, dass »alles teurer geworden ist«. Mühsam muss erläutert werden, dass unmittelbare Preiserhöhungen zwar von der Europäischen Union als nicht zulässig erachtet wurden, in der Tat aber einige Wirtschaftsbereiche trotzdem die Währungsumstellung zu diesem Zweck genutzt haben. Es muss deutlicher werden, wo Europa den oder die Einzelne/n direkt, persönlich und täglich betrifft, im positiven, aber auch durchaus im kritischen Sinne, denn nur durch Anerkennung der Risiken und nicht durch deren Verschweigen kann Glaubwürdigkeit wachsen. Transparenz ist im europäischen Kontext zwar aufgrund der erläuterten Ferne der Entscheidungsprozesse schwerer herzustellen, muss aber das Gebot der Stunde bleiben. Öffentliche Ratssitzungen, frühzeitige Einbeziehung der nationalen Parlamente und ähnliche, den Verfassungsvertrag vorausnehmende Initiativen sind wichtige Elemente auf dem Weg dorthin.

Zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit im Rahmen von »Plan D« gehört jedoch auch stärker das gezielte Zusammenführen der Menschen im europäischen Raum, indem Begegnungen und Austausch untereinander gefördert werden. Die klassischen Städtepartnerschaften, die erfolgreichen Austauschprogramme wie »Erasmus« tragen ihren Teil dazu bei, mehr und mehr sollten jedoch auch, so der Vorschlag, tatsächliche Möglichkeiten und Orte für solche Begegnungen geschaffen werden. Dazu gehören auch Begegnungen zwischen den BürgerInnen und den politisch Verantwortlichen zum unmittelbaren Austausch und Dialog.





Im kulturellen Bereich ist die Auseinandersetzung und Begegnung mit dem Anderen ein Leitmotiv und findet schon traditionell grenzüberschreitend statt: zum Beispiel in aus Musikern vieler Länder zusammengesetzten Orchestern oder Tanzgruppen, in Wanderausstellungen, in Filmprogrammen und so weiter. Die besondere identitätsstiftende Rolle kulturellen Ausdrucks ist also unbestritten. Dem gegenüber ist jedoch manchmal ein gewisses Manko an intellektueller Auseinandersetzung mit dem Thema Europa an sich fühlbar, wenn der Diskurs auf die Schwierigkeiten, an Fördermittel zu gelangen oder Klagen über überbordende Bürokratie (durchaus nicht zu unrecht) reduziert wird. In den letzten Jahren gibt es immer neue Festivals aus allen Kunst- und Kultursparten, die in ihrem Titel »europäisch« tragen. Insbesondere seit der Erweiterung um die osteuropäischen Staaten ist die Kultur ein noch wichtigerer Augenöffner für die europäische Idee geworden, auch wenn Kulturschaffende sich zu recht nicht formell und offiziell zu professionellen *Cheerleadern* für Europa machen lassen wollen. Nur selten finden sich (in Deutschland) Vertreter gerade jüngerer Generationen von Kulturschaffenden, die das Erbe der Älteren – die sich noch im wesentlichen mit dem klassischen Friedensargument identifizieren und somit glaubwürdig ihre Position belegen können – bereitwillig und öffentlich übernehmen. Für eine neue Debatte und eine neue Erzählung und Erzählweise über Europa wäre das jedoch fundamental, ebenso wie die gezielte und systematische Nutzung der digitalen Kommunikationsmedien, in denen ein solch frischer und anderer Diskurs stattfinden könnte. Auch wenn im Rahmen von »Plan D« etwa eine Internetdebatte angestoßen wurde, die sogar einen Preis gewonnen hat, oder einige Kommissionsmitglieder Blogs schreiben, muss das Wissen über die neuen Möglichkeiten nicht nur in den Kommunikationsabteilungen, sondern auch bei den Entscheidern radikal verbessert werden, wenn neue *Communities* angesprochen werden sollen.

Man muss Europa nicht lieben. Man muss auch seine Heimat nicht lieben. Man soll und darf auch Europa gegenüber genauso kritisch sein, wie man es seiner Heimat gegenüber ist. Nicht mehr und nicht weniger wäre schon ein Erfolg, nämlich dass man sich damit auseinandersetzt und selbst entscheidet, welchen Standpunkt man einnimmt und diesen dann idealiter auch in einer Wahl bekannt gibt. Hier ist auch noch eine größere Anstrengung vonseiten der politischen Parteien wünschenswert. Wenn die Kommunikationsanstrengungen aller an Europa Interessierten es schaffen, dass die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament wieder Ehrensache auch für junge Leute wird, sind wir alle schon ein gutes Stück weiter.

Kathrin Merkle, Robert Palmer

# *Der Europarat und seine kulturpolitischen Aktivitäten*

*Die Organisation*

Der Europarat, »das Gewissen Europas«, wurde im Jahr 1949 als zwischenstaatliche Organisation mit ständigem Sitz in Straßburg (Frankreich) von zehn Ländern gegründet, um die Menschenrechte, pluralistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. (Webportal des Europarates: www.coe.int/de) Die Stärkung der demokratischen Stabilität durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung wurde von Beginn an durch Maßnahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Rechte sowie Aktivitäten der europäischen Kulturkooperation flankiert. Arbeit an gesellschaftspolitischen Fragen wie Intoleranz, Diskriminierung von Minoritäten, Drogenhandel, Terrorismus, Korruption und organisiertes Verbrechen gehören ebenfalls zum Aktionsfeld der Organisation, die sich der Verbesserung der Lebensbedingungen der Europäer verschrieben hat.

Im Frühjahr 2007 gehören dem Europarat 46 europäische Staaten an, zwei weitere haben sich um Mitgliedschaft beworben und fünf Staaten haben einen Beobachterstatus. Der Europarat ist somit die einzige gesamteuropäische Organisation. Der Europarat führt seine vielfältigen Arbeiten unter der Leitung seines Ministerkomitees aus, das die Vertreter der Außenministerien der Mitgliedsstaaten vereint. Die Legislative wird von der Parlamentarischen Versammlung repräsentiert, in der die Vertreter der nationalen Parlamente zusammenarbeiten. Städte und Regionen werden in jeweiligen Kammern vom Kongress des Europarates vertreten und die Zivilgesellschaft von der Versammlung der Nichtregierungsorganisationen, die mehr als 400 verschiedene Gruppierungen bündelt.

*Kulturkooperation im Europarat*

1954, vor dreiundfünfzig Jahren, schuf der Europarat die »Europäische Kulturkonvention« als rechtlichen Rahmen für die Kulturzusammenarbeit seiner Mit-

gliedsstaaten und anderer kooperationswilliger europäischer Länder. Kultur wurde in der Folge der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges als integraler Bestandteil eines politischen Prozesses verstanden. Standen in den ersten Jahren »klassische« Aktivitäten der Kulturkooperation im Vordergrund, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit im Bildungsbereich durch gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, europäische Kunstausstellungen oder der Kulturerbeschutz, so wurde der Aktionsradius mit den Jahren erweitert und deckt mittlerweile die Bereiche Ausbildung, Hochschulbildung und Forschung, Kultur und historische Bausubstanz, Sport und Jugend ab. (Siehe: www.coe.int/T/E/Cultural_Co-operation/)

Der Europarat hat nicht nur als Initiator, Ideenlabor und »Gewissen Europas« gewirkt und Konzepte der »kulturellen Demokratisierung«, der »kulturellen Demokratie«, von Partizipation und lebenslanger Bildung maßgeblich mitgestaltet und verbreitet, sondern auch 19 rechtsverbindliche Abkommen im Kultur-, Bildungs- und Sportbereich geschaffen. Diese reichen von spezifischen Regelungen im Bildungsbereich über den Schutz des audiovisuellen Kulturerbes und der Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen bis hin zum Schutz des architektonischen und archäologischen Kulturguts und dem Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft sowie zur europäischen »Anti-Doping-Konvention« und der »Konvention zu Gewalttätigkeiten und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen«. (Verträge des Europarates: www.conventions.int)

Im Jahr 2010 wird der Europarat zusammen mit der Europäischen Union und der *UNESCO* den »Europäischen Hochschulraum« eröffnen, ein weiterer Meilenstein zur gesamteuropäischen Mobilität im Bildungswesen. Programme zur Menschenrechts- und Staatsbürgererziehung, zum Geschichts- und Fremdsprachenunterricht, zur Revision von Schulbüchern und -curricula, zur interkulturellen Erziehung und zur Lehrerausbildung stehen im Zentrum der Kulturkooperation im Bildungssektor, speziell der Sekundarstufe. Diese Programme sind seit den 1990er Jahren – insbesondere mit Blick auf den Balkan und den Kaukasus – von besonderer Bedeutung für die Organisation und ihre Mitgliedsstaaten. (Siehe: www.coe.int/T/E/Cultural_Co-operation/education)

Im kulturpolitischen Bereich im engeren Sinne und unter der Verantwortung der zwischenstaatlichen Lenkungsausschüsse für Kultur und Kulturerbe des Europarates stehen politische Strategien im Vordergrund des Arbeitsprogramms, die allesamt auf partizipatorische, Demokratie und Eigenständigkeit fördernde Ansätze zielen, um das Credo der Organisation im Kulturbereich zu befördern: Schutz, Respekt und Förderung von kultureller Vielfalt und kultureller Identität, Unterstützung von Kreativität und Zugang beziehungsweise Teilhabe an Kultur in all ihren Ausdrucksformen. Programmatische Weiterentwicklungen der letzten Jahre variieren dieses Thema, ändern es aber nicht substanziell, da sich die spezifische Europaratsagenda aus Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Kultur im weitesten Sinne als attraktives Reformpaket für Osteuropa und als entwicklungsfördernder »Dauerbrenner« für die anderen Mitgliedsstaaten erwiesen hat: Demokratischer Wandel und nachhaltige Entwicklung bedürfen der Kultur, und letztendlich ist jedes europäische Land ein »transition state«.





Politische Normen und Standards werden nicht alleine durch Konventionen gesetzt: eine Vielzahl von Empfehlungen, Regierungserklärungen, politischen Deklarationen (z. B. »zur kulturellen Vielfalt« (2000) und »zum Interkulturellen Dialog und der Konfliktverhütung« (2003)) und praktischen Maßnahmen, wie technische Hilfs- und Kooperationsprogramme (z. B. zur Finanzierung, Modernisierung, Demokratisierung der kulturpolitischen Systeme), Austauschprogramme zwischen ost- und westeuropäischen Kulturinstitutionen (»STAGE«, »MOSAIC«) und Kulturexperten (»Kyiv Initiative« – Regionalprogramm für Südosteuropa) sowie Wissenstransfer und Zusammenführen von *good practice* neben sektoralen, transversalen und komparativen Politikanalysen (z. B. zur kulturellen Vielfalt) und breit angelegten Kampagnen und Programmen, die auf die Vermittlung des Kulturerbes zielen (Kunstausstellungen, Kulturstraßen, Kulturerbetage (gemeinsam mit der Europäischen Union), machen das Kulturprogramm des Europarates aus. (Siehe: www.coe.int/Culture)

Die Organisation leistet keine Projektförderung im eigentlichen Sinne, trägt aber doch deutlich zur Bildung von Kapazitäten bei, zum Beispiel bei der Unterstützung von Koproduktionen, Vertrieb und Vorführung europäischer Filmwerke durch das Eurimages-Teilabkommen und seinen Fond (seit 1988 wurden mehr als 700 Filme gefördert; *Fonds Eurimages*: www.coe.int/Eurimages).

Prägnante Beispiele der Kulturpolitikberatung, die der Europarat ihren Mitgliedsstaaten anbietet, sind das Programm zur Evaluierung der Kulturpolitik der Mitgliedsstaaten und das sogenannte »Kompendium«. Insbesondere in der Übergangsphase zu pluralistischen, demokratischen Staatsverfassungen in Osteuropa und bei der Schaffung adäquater kulturpolitischer Rahmenbedingungen und Strukturen hat das Evaluierungsprogramm seine Wirksamkeit entfaltet. 27 Länder wurden eingehend untersucht, Regierungs- und Expertenberichte vorgelegt und Kulturpolitik in der Folge modernisiert. Darauf aufbauend wurde das Kompendium zur Kulturpolitik als erstes elektronisches, kulturpolitisches Informationssystem Europas erstellt, das von Entscheidungsträgern, Behörden, Forschern, Studenten, Fachleuten und der breiten Öffentlichkeit genutzt wird (»Compendium of cultural policies and trends in Europe«, Europarat/ERICarts 2007: www.culturalpolicies.net). Es bietet Zugang zu kulturpolitischen Profilen der einzelnen Mitgliedsländer wie auch internationale Vergleichsmöglichkeiten und präsentiert aktuelle Tendenzen der Kulturpolitik neben der längerfristigen Analyse einzelner Politikbereiche, wie zum Beispiel der Kulturfinanzierung oder der Kulturgesetzgebung. *Good-practice*-Sammlungen zu politischen Schlüsselthemen, wie dem interkulturellen Dialog und dem demokratischen Umgang mit kultureller Vielfalt, runden das System ab. Im Verbund mit dem Informationssystem zum Kulturerbe »HEREIN« (»European Heritage Network«: www.european-heritage.net), das bewährte Methoden und Praktiken für Fachkräfte, Behörden und die Öffentlichkeit bereithält, und dem Angebot der *Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle*

(www.obs.coe.int), die Daten aus dem Film-, TV-, Video/DVD- und Multimediabereich zusammenträgt und Fachleuten der Branche und Politikern zur Verfügung stellt, bündelt der Europarat vielfältige Observationsfunktionen im Kulturbereich, und dies für ein großes Europa, das von Island bis Aserbaidschan reicht. Da die Organisation allein ihrem politisch-ethischen Auftrag verpflichtet ist, kann sie diese Beobachtungsfunktionen neutral, im Sinne der Transparenz und mit dem Ziel der Optimierung von Demokratie fördernder Politik und Strategie ausführen, ohne primär andere Verwertungszusammenhänge berücksichtigen zu müssen. (Zum Kulturerbe siehe: www.coe.int/heritage, zur Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz: www.coe.int/ecri sowie zum Thema Medien: www.humanrights.coe.int/media)

*Neuere Entwicklungen*

Der Europaratsgipfel von 2005 wie auch zwei Ministerkonferenzen, die im selben Jahr anlässlich der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der Europaratskulturkonvention abgehalten wurden, unterstreichen die Zielrichtung der Kulturaktivitäten für die kommenden Jahre: Förderung des interkulturellen Dialoges (innerhalb der Mitgliedsstaaten, zwischen den Mitgliedsstaaten und zwischen den Mitgliedsstaaten und ihren Nachbarregionen, insbesondere den Mittelmeeranrainerstaaten) und demokratischer Umgang mit kultureller Vielfalt. Die Erklärung von Wroclaw (2004) und Faro (2005) etablierten eine »Plattform für interkulturellen Dialog« und konkrete Partnerschaften zwischen dem Europarat, der *UNESCO*, der euro-mediterranen *Anna-Lindh-Stiftung für interkulturellen Dialog* sowie *ALECSO*, der Kulturorganisation der Arabischen Liga. Diese Plattform bildet den Rahmen für konkrete Kooperationsprojekte im Kultur-, Bildungs- und Jugendbereich in Form von Fortbildungsmaßnahmen, Austauschprogrammen, Foren, Methodenaustausch und Publikationen.

Interkultureller Dialog und Konfliktprävention sind genuine Schlüsselthemen einer Menschenrechtsorganisation. Der Europarat hat mit Hilfe seiner verschiedenen Organe (Ministerkomitee, Parlamentarische Versammlung, Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, Konferenz der Nichtregierungsorganisationen) über die Jahre zur Thematik der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, zu Fragen der Migration, zur Integration und Partizipation von Einwanderern, zur Nord-Süd-Kooperation, zu Medien, Gewaltverhütung, sozialer Kohäsion, Religion und Identität gearbeitet und neben Entschließungen und Empfehlungen seiner Mitgliedsstaaten auch Handbücher und Trainingsmaterialen (siehe Publikationen des Europarates: book.coe.int) erstellt und Praxisaustausch ermöglicht. Dieses reichhaltige Material wird in 2006/07 analysiert, angereichert und zu einem »Weißbuch über den Interkulturellen Dialog« zusammengetragen, das Ende 2007 unter anderem als Beitrag der Organisation zum »Jahr des Interkulturellen Dialoges« der Europäischen Union erscheinen wird.





Der Kulturpolitik wird im Wahrnehmungsrahmen der Organisation eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von Zukunft und Nachhaltigkeit zugeschrieben, und das nicht erst, seit Fragen des interkulturellen Dialoges neuerlich ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten. Ein integrierter Ansatz zu Kultur, Kultur- und Naturerbe und Landschaftsentwicklung wird seit 2006 in einem Aktionsprojekt für die südkaukasischen Länder Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie Moldawien und der Ukraine erprobt, mit dem Ziel, zur nachhaltigen Entwicklung der fünf Staaten beizutragen. Der mittels Kulturkooperation verstärkte Dialog wirkt sich positiv auf die Region aus und Erfahrungen, die in diesem Teil Europas gewonnen werden, mögen sich als nützlich für westeuropäische Länder erweisen, die ebenfalls mit kultureller Vielfalt als Schlüsselthema für demokratische Stabilität konfrontiert sind.

*Der Europarat im europäischen und internationalen Umfeld und Ausblick*

Nicht erst seit den Verträgen von Maastricht (Artikel 128) und Amsterdam (Artikel 151) unterhält der Europarat enge Beziehungen zur Europäischen Union, die zunehmend Interessen – wenngleich auch ohne formale Kompetenzen – im kulturpolitischen Bereich bekundet. Konzentriert sich die Aktion der Europäischen Union eher auf ökonomische Aspekte und Prioritäten von Kultur, wie zum Beispiel der Kulturwirtschaft und ihres Potentials für den Arbeitsmarkt, oder auf Fragen wie der Harmonisierung von Urheberrechten, so steht die Arbeit des Europarates nach wie vor in einer rechtsorientierten Tradition, wie die neue Konvention zum europäischen Kulturerbe verdeutlicht (Faro-Rahmenabkommen 2005), die das Recht des Einzelnen auf Zugang zu dem Kulturgut seiner/ihrer Wahl unter Wahrung der Rechte und Freiheiten anderer Menschen festschreibt. Die Europaratsempfehlung zum Zugang zu Archiven (2000) steht ebenfalls für diesen spezifischen Ansatz, der aktuelle Themen mit Rechtsprinzipien liiert. Ein weiteres Beispiel ist die Digitalisierung des Komintern-Archives, die gleichermaßen auf die Bedeutung des Kulturerbes verweist und den Blick nach vorne motiviert, auf Fragen des demokratischen Zugangs zu Informationen, der Beherrschung der neuen Technologien und deren bestmögliche Anwendung in Kultur- und Bildungskontexten.

Der neuerliche Bedeutungszuwachs von Kultur mit Blick auf nachhaltige Entwicklung, sozialen Zusammenhalt und Zivilgesellschaft, kreatives Unternehmertum, Beschäftigung, Innovation, Wissensgesellschaft, »Zivilisations-« und Globalisierungskonflikte betrifft eine stattliche Zahl von nationalen und internationalen Akteuren, und die großen Fragen der Zukunft, die vor allem um die Balance zwischen ethnischen und gemeinschaftsbezogenen Loyalitäten und dem System multipler Identitäten, den Erfordernissen und dem Management von Vielfalt kreisen, verdienen substantielle Arbeit mehrerer Organisationen. Es kann hier nicht um Wettbewerb oder Duplizierung gehen, sondern allenfalls um Komplementarität und optimale interinstitutionelle Partnerschaft. Die juristischen Prozeduren der Europäischen Union sehen keine direkte Einflussnahme im Kultur-

bereich vor, was die Rollen der beiden europäischen Organisationen, Union und Europarat, spezifiziert. Zukünftig verstärkte Zusammenarbeit in regionalen Projekten der Kulturförderung zur Bildung von Kapazitäten wie auch bei kulturpolitischen Informationswerkzeugen und konkreten Projekten zur Förderung des interkulturellen Dialogs scheint besonders erfolgversprechend.

Partnerschaften, Kooperationsvereinbarungen und deutliche Schwerpunktsetzungen werden von zentraler Bedeutung für die internationalen, im Kultursektor ausgewiesenen Akteure sein. Das *UNESCO*-Übereinkommen »Über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« kann zum Beispiel gelungener Interaktion zwischen den verschiedenen internationalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren werden: Vorangetrieben von einem internationalen Netzwerk von Regierungs- und Nichtregierungsvertretern, ausgearbeitet von der *UNESCO* für ihre Mitgliedsstaaten, neben deren individuellen Unterschriften von der Europäischen Union kollektiv unterzeichnet, kann die Implementierung und Einhaltung des Abkommens nach erfolgter Ratifizierung in den einzelnen Unterzeichnerstaaten nun dank seines kulturpolitischen Informations- und Monitoringsystems »Compendium« unter anderem vom Europarat weiterverfolgt werden.

Die kulturelle Vielfalt in all ihren Facetten zu unterstützen bei gleichzeitiger Vertiefung gemeinsamer, staatsbürgerlicher Werte und Verfolgung einer inklusiven Gesellschaftspolitik, ist für den Europarat eine wichtige Herausforderung für europäische Kulturpolitik. Neuere Konzepte von trans-kultureller Diversität oder positiver Transkulturalität, die sich unter anderem aus langjährigen Analysen der Organisation speisen, tragen dazu bei, Multikulturalität beziehungsweise -ethnizität mehr und mehr als Chance und Normalität zu begreifen, denn eindimensional als Problem zu definieren.

Die Verknüpfung von Kulturpolitik mit Fragen der Sozialpolitik, der Sozialrechte und des sozialen Zusammenhalts – einem weiteren zentralen Aktionsfeld des Europarates – ist augenfällig in der Diskussion um integrative europäische Gesellschaften und für die Optimierung von *governance*. Konzeptuell und praktisch wird inklusive Demokratieentwicklung mit ihr inhärenten Fragen von kultureller Vielfalt und Identität, Kulturdialog, sozialer Kohäsion, Sicherheitspolitik, Zivilgesellschaft und nachhaltiger Entwicklung im Vordergrund der zukünftigen Arbeit des Europarates im Kulturbereich stehen.

Kulturrechte – als Teil der allgemeinen Menschenrechte – bilden einen Überbau im Kontext der Organisation. Auch steht außer Frage, dass Kulturpolitik keine sektoriale Politik ist, sondern besser im Einklang mit Entwicklungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie anderen relevanten Politikbereichen als transversale Gesamtpolitik besteht. Dieser Überzeugung tragen zunehmend integrierte Projektansätze Rechnung. Die konzeptuelle Potenz der Organisation in einer Vielzahl von Politiksektoren erweist sich dabei als besonders wirksam.

Die adäquate Einbindung der Zivilgesellschaft und die genaue Bestimmung des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in der Kulturpolitik wird ein wichtiges Thema bleiben. Mit der verstärkten Einbindung von Netzwerken und Hunderten von registrierten internationalen Nicht-Regierungsorganisationen, die Partizipativ-Status für die zwischenstaatliche Arbeit haben, ist der Europarat der Zivilgesellschaft und dem Bürger nahe.

Netzwerk- und Vermittlungsarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen und Regierungswelten, Politikanalyse und -beratung, Monitoring und stetige Verbesserung von Standards für alle Europäer, vergleichende Forschung, vereint mit konzeptuellem Mut und *good-practice*-Orientierung, kapazitätsbildenden und praktischen Projekten zum Kulturdialog und dem Umgang mit Vielfalt beschreiben die kulturpolitische Aktivität des Europarates auch in der Zukunft.

Roland Bernecker

# *Die UNESCO und die Deutsche UNESCO-Kommission*

## *UNESCO*

Die Bedeutung der europäischen und internationalen Dimension von Kulturarbeit insgesamt und von Kulturpolitik im Besonderen nimmt stetig zu. Mit dem Schlagwort der Globalisierung umschreiben wir ein komplexes Gefüge von Veränderungsprozessen, die im Ergebnis eine immer stärkere Wechselwirkung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland mit globalen Entwicklungen zur Folge haben. Aspekte dieser Entwicklung sind die europäische Integration sowie sich verstärkende Ansätze einer kulturellen Rahmenpolitik auf globaler Ebene, für die die *UNESCO* (*Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation*) verantwortlich zeichnet. Kultur in Deutschland kann nicht mehr außerhalb dieses internationalen Rahmens betrachtet werden.

Die in ihrer Verfassung niedergelegte Aufgabe der *UNESCO*, durch internationale Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation einen Beitrag zu leisten zu Frieden und Sicherheit und zur weltweiten Verankerung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Grundfreiheiten der Menschen, ist nach wie vor von höchster Aktualität. Seit der Gründung der *UNESCO* hat sich der globale Kontext jedoch grundlegend verändert. Nach Beendigung des Kalten Krieges entwickelt sich eine zunehmend multipolare Welt. Zugleich führt die Globalisierung zu einer immer stärkeren gegenseitigen Abhängigkeit der unterschiedlichen Gesellschaften auf der Erde. Das Streben nach kultureller Selbstbestimmung und die Betonung der jeweils eigenen Identitäten stehen in zunehmendem Kontrast zu einer durch die Globalisierung verursachten Angleichung der Lebensstile und Konsummuster. Weltweit werden gewachsene Wertvorstellungen und soziale Gefüge durch die Globalisierung aufgelöst. Dies bietet Entwicklungschancen, ruft aber auch Verunsicherung hervor. Traditionen, hergebrachte Verhaltensmuster und das kulturelle Erbe geraten zunehmend unter Druck, was zu

einer Verschärfung sozialer und kultureller Konflikte führt. Religiöse Fundamentalismen stellen die Errungenschaften hinsichtlich der Anerkennung der Menschenrechte und einer auf gerechten Interessenausgleich zielenden internationalen Kooperation über kulturelle Grenzen hinweg in Frage und erhöhen die Risiken gewaltsamer Konflikte weltweit.

Die *UNESCO* als global wirkende, zwischenstaatliche Organisation ist durch die in ihrer Verfassung festgeschriebenen Aufgaben und ihre Arbeitsformen das multilaterale Forum für diese Themenkomplexe. Im *UN*-System hat sie ein exklusives Mandat für die Kultur. Sie befasst sich mit den weltweit relevanten kulturpolitischen Fragestellungen und formuliert in Zusammenarbeit mit Regierungen politische Standards und Normen zu Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Sie verfügt über vielfältige Netzwerke zur Einbindung von Expertinnen und Experten der Zivilgesellschaft in allen Mitgliedstaaten. In ihrer aktuellen mittelfristigen Strategie 2002–2007 (www.unesco.de/113.html) sind fünf Funktionen aufgelistet, in denen sie Wirkung entfalten will: als Ideenlabor, Normsetzer, Clearing-House, durch Aufbau von Kapazitäten in den Mitgliedstaaten und als Katalysator für internationale Zusammenarbeit.

Von besonderer Bedeutung ist die normsetzende Funktion. Im Rahmen der *UNESCO* entwickeln die Mitgliedstaaten in intensiven Verhandlungen völkerrechtliche Standards zu Themen, deren globale Relevanz dies erforderlich macht. Diese Texte sind entscheidende Instrumente bei dem Bemühen, das man gemeinhin als politische Gestaltung der Globalisierung bezeichnet. In den letzten Jahren standen Rechtsinstrumente zur Kultur im Vordergrund, was auf ein insgesamt wachsendes Interesse der Staatengemeinschaft an der kulturellen Dimension der Globalisierung deutet:

2005
»Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« (»Convention on the Protection and Promotion of the Diversity of Cultural Expressions«; deutscher Text: www.unesco.de/konvention_kulturelle_vielfalt.html)

2003
»Übereinkommen zum Schutz des immateriellen Kulturerbes« (»Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage«; www.unesco.de/442.html)

2001
»Übereinkommen zum Schutz des Kulturerbes unter Wasser« (»Convention on the Protection of the Underwater Cultural Heritage«; englischer Text: http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=13520&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html)

Für Deutschland von besonderem Interesse sind zudem die bekannte »Welterbekonvention« von 1972 (»Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt«: www.unesco.de/welterbekonvention.html) sowie das »Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut« (www.unesco.de/406.html) von 1970.

Deutschland ist der »Welterbekonvention« beigetreten und ratifiziert zur Zeit die »Konvention zur kulturellen Vielfalt« von 2005 sowie – nach langem Zögern – die Konvention zum illegalen Handel mit Kulturgütern von 1970.





### *Die Deutsche UNESCO-Kommission*

Die *UNESCO* war eine der ersten Organisationen der *Vereinten Nationen*, der die Bundesrepublik Deutschland (1951) beitrat. Auch die DDR wurde 1972 hier erstmals Mitglied einer *UNO*-Organisation. Heute ist Deutschland nach den USA und Japan drittstärkster Beitragszahler der *UNESCO*. Die *UNESCO* hat 191 Mitgliedstaaten, die nationale *UNESCO*-Kommissionen eingerichtet haben. Diese Nationalkommissionen, die es bei anderen *UNO*-Organisationen nicht gibt, beziehen die mit Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation befassten Organisationen und Institutionen des jeweiligen Landes in die Planung, Verwirklichung und Evaluierung des breit gefächerten *UNESCO*-Programms ein. Die Nationalkommissionen der *UNESCO* sind ein für die *UNESCO* unverzichtbarer Wirkungsmechanismus in den Mitgliedstaaten. Sie leisten als Verbindungsstelle zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Medien einen wichtigen Beitrag zur Ausstrahlung der *UNESCO* in die Mitgliedsländer, zur Sichtbarkeit ihrer Arbeit sowie zur Mitgestaltung des *UNESCO*-Programms. Ohne den stetigen Input der fachlichen Expertise aus den Mitgliedstaaten könnten die Programme der *UNESCO* nicht die geforderte Qualität haben. Die Nationalkommissionen sind ein im *UN*-System einzigartiges Modell zur wirkungsvollen Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Politikgestaltung und Programmumsetzung.

Die *Deutsche UNESCO-Kommission* (www.unesco.de) ist eine Mittlerorganisation der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie wirkt als Bindeglied zwischen Staat und Wissenschaft sowie als nationale Verbindungsstelle in allen Arbeitsbereichen der *UNESCO*. Ihre Aufgabe ist es, die Bundesregierung und die übrigen zuständigen Stellen in *UNESCO*-Belangen zu beraten, an der Verwirklichung des *UNESCO*-Programms in Deutschland mitzuarbeiten, die Öffentlichkeit über die Arbeit der *UNESCO* zu informieren und Institutionen, Fachorganisationen und Experten mit der *UNESCO* in Verbindung zu bringen.

### *Das immaterielle Kulturerbe*

Im Oktober 2003 hat die *UNESCO* ein Übereinkommen zum Schutz des immateriellen Kulturerbes verabschiedet, das in seiner Struktur und Arbeitsweise eng an die erfolgreiche »*UNESCO*-Welterbekonvention« von 1972 angelehnt ist. Anliegen der *UNESCO* ist es, mit dieser neuen völkerrechtlichen Initiative den Besonderheiten des kulturellen Erbes insbesondere der Entwicklungsländer Rechnung zu tragen, die sich weniger über ihr monumentales Erbe definieren als vielmehr über eine

Fülle an mündlichen Überlieferungen und Traditionen. Ähnlich wie bei der »Welterbe-Konvention« wird ein zwischenstaatliches Komitee über Anträge der Vertragsstaaten zur Aufnahme besonders wertvoller Formen des immateriellen Kulturerbes in eine internationale Liste beraten. Zielsetzung ist auch bei diesem Übereinkommen die Wahrung der kulturellen Vielfalt und die Verstärkung der internationalen Kooperation. Das Übereinkommen ist am 20. April 2006 in Kraft getreten, bisher (17.1.2007) sind bereits 73 Staaten beigetreten. Somit beginnen die Aktivitäten zur Umsetzung des Übereinkommens und eine mittelfristige hohe Öffentlichkeitswirksamkeit wird damit einhergehen. (Siehe www.unesco.org/culture/ich_convention/index.php)

*Kulturelle Vielfalt*

Kulturelle Vielfalt ist ein Charakteristikum pluralistischer Gesellschaften, in denen Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen gleichberechtigt zusammenleben. Das Anerkennen und Respektieren von Vielfalt als einer Grundvoraussetzung des Lebens und als Bedingung kultureller Entwicklung muss erlernt und politisch eingefordert werden. Dazu gehören die Förderung des interkulturellen Dialogs sowie eine Intensivierung der interkulturellen Bildung. Politische Versuche einer kulturellen Homogenisierung insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert sind gescheitert und haben unermessliches Leid verursacht. Kulturelle Vielfalt dagegen ist eine Voraussetzung für Freiheit und Entwicklung und sollte politisch gefördert werden. Die *UNESCO* als *UN*-Sonderorganisation mit ihrem ausdrücklichen Mandat in Kulturfragen verfügt über anerkannte Expertise beim Schutz des kulturellen Erbes in all seinen Formen und der Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

Die GATS-Verhandlungen (General Agreement on Trade in Services) der 1995 gegründeten *Welthandelsorganisation* (*WTO*) haben eine neue, institutionalisierte und auf Dauer angelegte Dynamik in den weltweiten wirtschaftlichen Liberalisierungsprozess gebracht. Liberalisierung ist hier zu verstehen als der von der *WTO* angestrebte sukzessive Abbau von Handelsschranken und Wettbewerbshindernissen. Auch kulturelle und Bildungsdienstleistungen sind Bestandteil dieser Verhandlungen. Das Besondere an den *WTO*-Verhandlungen ist, dass sie auf Dauer angelegt sind (in aufeinander folgenden Verhandlungsrunden), dass die erzielten Ergebnisse quasi irreversibel sind (einmal gemachte und beschlossene Zugeständnisse sind nur unter extrem hohen Kosten wieder rückgängig zu machen) und dass Verhandlungslösungen zu Paketen geschnürt werden, so dass etwa Angebote zu Energie, Kommunikation und Kultur gegeneinander aufgerechnet werden könnten. *WTO*-Mitgliedstaaten haben Initiativrecht, das heißt nur aufgrund eigener, aktiv eingebrachter Angebote können Marktöffnungsverpflichtungen beschlossen werden. Zudem erlaubt das GATS durch eine komplexe Matrix einzelner Dienstleistungen und Erbringungsformen eine differenzierte Auswahl von Verhandlungsangeboten. Freilich ist festzuhalten, dass die EU-Mitgliedstaaten bei der *WTO* nach vorheriger Abstimmung ihrer Position in den GATS-Verhandlungen von der EU-Kommission vertreten werden, was ihre direkte Einflussnahme auf die Verhandlungen einschränkt.





Im Bereich kultureller Dienstleistungen kann die Verhandlungsdynamik im Rahmen der WTO langfristig dazu führen, dass gezielte öffentliche Förderung kultureller Angebote als wettbewerbsverzerrender Eingriff in das Marktgeschehen bewertet und sanktioniert wird. Die Logik, dass ordnungspolitisches Handeln in der Kultur zugunsten der Selbstregulierung der Märkte abzubauen sei, birgt aber hohe gesellschaftspolitische Risiken. In Deutschland und auch in Europa besteht – mit den entsprechenden Nuancierungen – weitgehend Konsens, dass Kultur nicht eines von vielen anderen Marktsegmenten ist, in dem Angebot und Nachfrage die gewünschte Marktstruktur hervorbringen. Kultur ist in unserem Verständnis das Gespräch einer Gesellschaft mit sich selbst, die spielerische Reflexion auf die eigene Geschichte, Gegenwart und Zukunft. In ihr spiegeln sich Werte einer Gesellschaft und deren kreative Infragestellung. Aus dieser Sicht bekommt eine Kulturpolitik ihre Legitimation, die etwa durch Quoten (zum Beispiel für Filme in der EU oder Südkorea) oder finanzielle Anreize nationale oder regionale Kulturproduktion fördert. Nationale Filmförderung ist eine wirtschaftspolitische Maßnahme. Sie ist aber ebenso sehr Investition in die kulturelle Selbstvergewisserung einer Gesellschaft und den möglichen Export der eigenen Bilderwelt in andere Kulturräume und damit auch Kultur-Außenpolitik.

Die wachsende Dominanz einiger weniger globaler Player der Kulturindustrie und die damit einhergehende Gefahr einer fortschreitenden Reduzierung der Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen wird von einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten der *UNESCO* als so problematisch angesehen, dass in einem intensiven und bemerkenswert dynamischen Verhandlungsprozess in kürzester Zeit ein Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen ausgearbeitet und verabschiedet wurde, an das hohe politische Erwartungen geknüpft sind. Die EU hat diese Verhandlungen bei der *UNESCO* mit einer Stimme geführt. Deutschland war an der Ausarbeitung des Textes sehr aktiv beteiligt und hat unter anderem mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem Prinzip der Technologieneutralität der Vertragsbestimmungen sowie einem Streitschlichtungsverfahren die Aufnahme entscheidender Elemente in den Text durchgesetzt.

Fragen der kulturellen Vielfalt im Kontext von Dialog und Globalisierung bleiben auf der Basis der nun beschlossenen *UNESCO*-Konvention Schlüsselthemen für die kommenden Jahre. Das Übereinkommen bietet nicht zuletzt die Möglichkeit für eine neue Qualität internationaler Kulturkooperation.

Der Verhandlungsprozess (Ressortabstimmung und Verhandlungen in Paris) wurde begleitet durch eine aktive Konsultation der Zivilgesellschaft, die die *Deutsche UNESCO-Kommission* im Rahmen der »Bundesweiten Koalition für kulturelle Vielfalt« koordinierte. Diese Konsultationen, die unter anderem im Bundeskanzleramt und im Bundestag stattfanden, führten zu einer hohen Transparenz des Ver-

handlungsprozesses und waren ein Modell für demokratische Partizipation während der Ausarbeitung eines Völkerrechtsvertrags. Als Ergebnis besteht heute in der Zivilgesellschaft ein guter Informationsstand und ein reges Interesse an dem *UNESCO*-Übereinkommen. Auf dieser Basis kann auch die Umsetzung intensiv mit allen beteiligten Akteuren diskutiert werden, wozu die *Deutsche UNESCO-Kommission* als Mittler genutzt werden kann. Nach Verabschiedung des Übereinkommens durch die 33. *UNESCO*-Generalkonferenz geht es jetzt darum, zu erarbeiten, was für Bund, Länder, Kommunen und alle Kulturakteure daraus folgen wird. Die Bundesregierung hat die Ratifizierung des *UNESCO*-Übereinkommens zügig eingeleitet. Um das Übereinkommen mit Leben zu füllen und nach innen und außen wirksam werden zu lassen, bedarf es weiterhin der intensiven fachlichen und inhaltlichen Debatte. Hier sind die Erfahrungen und die Impulse aus der Zivilgesellschaft gefragt.

In der »Bundesweiten Koalition für Kulturelle Vielfalt« sind Experten aus Kultur, Verbänden, Parteien, Wirtschaft, Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Forschung und Publizistik vertreten. Die »Koalition für Kulturelle Vielfalt« schafft eine öffentliche Resonanz für das kulturpolitische Anliegen. Kenntnisse zu Reichweite und Grenzen des internationalen Rechtsinstruments zur kulturellen Vielfalt sollen verbreitet und vertieft werden. Eine weitere Aufgabe ist die Beratung und Evaluation staatlicher Maßnahmen und Regelungen. Zudem sollen Impulse für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen der Kultur gegeben werden.

Seit Juni 2004 fanden fünf Konsultationsrunden der »Bundesweiten Koalition für Kulturelle Vielfalt« statt. (Nähere Informationen: www.unesco.de/kkv-koalition.html).

### *Kultur und nachhaltige Entwicklung*

Nachhaltigkeit ist eine zentrale Herausforderung der Zukunft. Nachhaltige Entwicklung ist das Leitbild für die humane Gestaltung der Globalisierung. Sie umfasst zwei Forderungen: Die Möglichkeiten, ein menschenwürdiges Leben zu führen, müssen auf der Erde fairer verteilt werden. Unser heutiges Leben muss so gestaltet werden, dass die Möglichkeiten künftiger Generationen, ein menschenwürdiges Leben zu führen, nicht beeinträchtigt werden. Die *UNESCO* setzt sich seit dem Weltbericht »Unsere kreative Vielfalt« der *Weltkommission für Kultur und Entwicklung* von 1995 (so genannter »Cuéllar-Bericht«) dafür ein, die kulturelle Dimension bei Fragen der nachhaltigen Entwicklung stärker zu berücksichtigen. In der Verbindung von Kultur und Nachhaltigkeit steckt großes Potenzial: Die Förderung kultureller Vielfalt kann als Voraussetzung für die zukunftsfähige, also nachhaltige Entwicklung einer Gesellschaft angesehen werden; Kultur spielt eine wichtige Rolle bei der Reflexion und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitskonzeptes; kulturelle Ausdrucksformen können schließlich dazu dienen, den bisweilen abstrakt wirkenden Nachhaltigkeitsbegriff zu vermitteln.





Es ist abzusehen, dass angesichts der *UN*-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«, die von den *Vereinten Nationen* für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufen wurde, das Leitbild der Nachhaltigkeit eine noch größere Rolle in der öffentlichen Diskussion spielen wird als bisher. Gerade in Deutschland genießt die *UN*-Dekade hohe Priorität. Im Auftrag des federführenden *Bundesministeriums für Bildung und Forschung* koordiniert die *Deutsche UNESCO-Kommission* die nationale Umsetzung. Sie hat dazu ein Nationalkomitee eingerichtet, dem Bundesministerien, das Parlament, Ländervertreter, Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Medien, die Privatwirtschaft und die Wissenschaft angehören. Kultur ist ein Querschnittsthema der Arbeit des Komitees. Im Jahr 2007 steht »Kulturelle Vielfalt und Nachhaltigkeit« im Mittelpunkt der Umsetzung der Dekade in Deutschland.

### *Europa*

Nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden kann man zwar noch nicht von einer Krise des europäischen Integrationsprozesses sprechen, aber von der unabweisbaren Notwendigkeit einer vertieften Reflexion über die politische Vision, die dem europäischen Einigungsprozess zugrunde liegt. Die in allen europäischen Gesellschaften spürbaren Auswirkungen der Globalisierung (wachsender Druck auf Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme) vergrößern die Distanz der Bürgerinnen und Bürger zu einer EU-Politik, die zunehmend mit dieser Dynamik eines von ökonomischen Zwängen geprägten Gesellschaftsmodells identifiziert wird. Der drohende Rückgang der Zustimmung zur europäischen Idee muss sehr ernst genommen werden. Die europäische Einigung ist heute nicht mehr nur noch ein zwingendes Gebot für eine nachhaltige Friedenspolitik auf unserem Kontinent, sondern sie ist auch von kaum zu überschätzender Bedeutung angesichts der sich global verändernden Konstellation mit neuen politischen Machtzentren wie China, Indien oder Brasilien. Ich hatte selbst Gelegenheit, bei den Verhandlungen zu zwei *UNESCO*-Übereinkommen (immaterielles Kulturerbe 2002-2003 und kulturelle Vielfalt 2004–2005) in Paris die sich verändernden Kräfteverhältnisse unter den 191 Mitgliedstaaten der *UNESCO* zu bemerken. Unser großer Erfolg bei den sehr komplexen Verhandlungen zur kulturellen Vielfalt war maßgeblich auf das entschlossene gemeinsame Auftreten der EU zurückzuführen.

Es ist bisher nicht genug unternommen worden, den aus der gemeinsamen europäischen Geschichte resultierenden kulturellen Reichtum und die kulturelle Vielfalt Europas als ein Fundament des europäischen Integrationsprozesses wirksam zur Geltung zu bringen. Die Arbeit an Europa als einem politischen Raum, in dem Grundwerte wie Bürgerfreiheit, Menschenrechte, demokratische Partizipation, Solidarität und Verpflichtung zur Nachhaltigkeit gefördert werden, muss für alle Instanzen eine hohe politische Priorität darstellen.

Kulturelle Zusammenarbeit schafft und stärkt kulturelles Selbstbewusstsein. Ihr kommt deswegen auch besondere Bedeutung für das politische Ziel zu, ein Europa ohne trennende Gräben zu schaffen.

*UNESCO-Welterbe*

Das »*UNESCO*-Welterbe« ist das erfolgreichste Projekt der *Vereinten Nationen* zur internationalen kulturellen Kooperation. Das liegt daran, dass Welterbestätten nicht nur Orte der Erinnerung sind, sondern auch der Erneuerung des Gebrauchs, den wir von der Erinnerung machen.

Die Idee des Welterbes basiert auf der fundamentalen Verweigerung, herausragende kulturelle Zeugnisse dem nationalen Abgrenzungswillen auszuliefern. Kultur war und ist immer auch symbolisches Vehikel für den Überbietungswettbewerb zwischen Nationen und Völkern, der sich im 20. Jahrhundert in katastrophalen Kriegen entlud. Zukunftsfähige Gesellschaften müssen lernen, das Kulturelle aus der chauvinistischen Umklammerung zu lösen und als Wert zu fassen, der letztlich einen Beitrag zur universellen Menschheitsidee leisten muss. Bedeutungen und Werte lassen sich nicht eingrenzen. Je bedeutender ein Kunstwerk ist, umso universeller ist seine Gültigkeit. Meines Erachtens liegt hier die eigentliche Kraftquelle der Welterbekonvention. Die Ausstrahlung dieses *UNESCO*-Übereinkommens von 1972 ist nicht der Postkartenglanz, den die gelisteten Objekte verströmen, und sie liegt auch nicht im Reiz, den die Exklusivität einer Hitparade den Auserwählten verleiht.

Das eigentliche Faszinosum der Welterbeliste ist die zukunftsweisende Idee des gemeinsamen Menschheitserbes. Herausragende Kultur- und Naturstätten dieser Erde sind Leistungen oder Schätze, die sich die Menschheit als Ganze zugute schreibt, die dem gemeinsamen menschlichen Streben nach Vervollkommnung, Schönheit und Würde entstammen und daher nicht dem Ort, dem Volk oder der Nation allein gehören können, denen sie aufgrund ihrer Lage oder Geschichte zufallen. Das wäre als Idee noch nicht weiter relevant und hätte den unabweisbaren Makel einer gutmeinenden Abstraktion. In dem *UNESCO*-Völkerrechtsinstrument zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt aber hat diese Idee einen sehr konkreten Niederschlag gefunden: In über 30 Jahren Geschichte der »Welterbekonvention« haben 183 Staaten zugestimmt, die herausragenden Kultur- und Naturstätten ihres Territoriums als Menschheitserbe anerkennen zu lassen. Das ist ein Stück virtuellen Souveränitätsverzichts im Geiste der internationalen Kooperation.

Zwei Prinzipien bilden die Geschäftsgrundlage dieses völkerrechtlichen Programms: Zum einen das Initiativrecht der Vertragsstaaten; es liegt an ihnen, freiwillig Objekte zur Aufnahme in die Welterbeliste vorzuschlagen. Zum andern die Anerkennung, dass bei erfolgter Aufnahme einer Stätte die fachliche Verantwortung für Schutz und Bewahrung dieser Stätte mit der Gemeinschaft aller Vertragsstaaten zu teilen ist. Der Titel des Welterbes ist also nicht nur eine rhetorische Figur





oder eine ansonsten folgenlose Werbemaßnahme, sondern hat Konsequenzen, die offenbar nicht allen Bewerbern für diesen Titel in vollem Umfang bewusst sind.

Die Frage, ob ein neuseeländischer Delegierter des Welterbekomitees sich in die Stadtplanung einer deutschen Kommune einmischen dürfe, ist im Fall, dass es sich dabei um eine Stätte aus der Welterbeliste handelt, eindeutig zu bejahen. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass das Welterbekomitee aus 21 fachlich ausgewiesenen Staatenvertretern und -vertreterinnen besteht, die von der Generalversammlung aller 183 Vertragsstaaten gewählt werden und somit demokratisch und fachlich legitimiert die Interessen aller an dem Welterbeprogramm beteiligten Staaten wahrnehmen. Findet man diese Einmischung inakzeptabel, hat man die Welterbeidee nicht verstanden. Die internationale Fachwelt fühlt sich berufen, einen Beitrag zu leisten, um für notwendige Entwicklungen innerhalb einer Welterbestätte die beste Lösung zu finden. Es gibt einen sehr einfachen Weg, dieser Zumutung zu entkommen – das ist der Verzicht auf eine Bewerbung um den Welterbetitel. Man kann freilich das internationale Interesse auch als das nehmen, was es tatsächlich ist: als Auszeichnung, als Aufmerksamkeit und Anerkennung. Und als Aufforderung, über den eigenen Tellerrand zu blicken und an planerisches Handeln Maßstäbe anzulegen, die auch vor internationalen Gremien Bestand haben. Bei Stätten, die den Anspruch erheben, zum Welterbe zu gehören, sollte dies Standard sein. Mit der freiwilligen Bewerbung eines Vertragsstaates, eine Stätte für die Welterbeliste vorzuschlagen, erklärt dieser Staat gegenüber der Völkergemeinschaft, dass er für die ausgewählte Stätte bei der Pflege und Bewahrung die höchsten Ansprüche anlegen wird.

In einer zerstrittenen Welt mit immer größeren Gefährdungen für uns alle und zunehmend scheiternder kultureller Kommunikation zwischen den Weltteilen muss das Welterbeprogramm geradezu als wundersamer Niederschlag eines kaum noch vermuteten Einverständnisses betrachtet werden. Hier kooperieren vorbehaltlos 183 Staaten, über alle Kulturgrenzen hinweg, auf der Grundlage eines universellen Kulturbegriffes (gefasst als *outstanding universal value*), bereit, das Eigene in eine Reihe zu stellen mit dem Fremden, und diesem die Anerkennung zukommen zu lassen, aus der sich letztlich auch der Stolz auf das Eigene nährt. Das Welterbeprogramm genießt weltweit hohes Ansehen. Das spüren alle, die an den jährlichen, an wechselnden Orten stattfindenden Sitzungen des Welterbekomitees teilnehmen. Man kann ohne Übertreibung und ohne falsches Pathos folgern, dass das Welterbeprogramm eines der wenigen zeitgenössischen interkulturellen Kooperationsprojekte ist, das wirklich funktioniert. Es verdient daher seinerseits Schutz und angemessene politische Würdigung.

Sein tieferer Sinn liegt aber in der notwendigen Modernisierung unseres Begriffs von Erinnerung. Die Aura in der greifbaren Nähe des historisch Fernen und die Erhabenheit in der Begegnung mit herausragenden Kultur- und Naturstätten teilt sich uns nicht als partikulare Ausprägung einer überwundenen Geschichte mit, sondern als Blick in die tiefere Schicht universeller Bedeutung (*universal value*). Das Konzept des Menschheitserbes löst den auktorialen Gestus von der Stätte ab

und ersetzt ihn durch das Konzept verantwortlicher Teilhabe, einer in Pflicht nehmenden Mitinhaberschaft. Wir begreifen in der konkreten Anschauung, dass das Löschen oder Verändern von Spuren den Möglichkeitsraum heutiger und künftiger Generationen verengen würde. Im globalen Bewahrungsauftrag wird das Bewusstsein geschärft für die Überwindung der kulturellen Ausgrenzung: Ich bin gehalten, im Andern mich selbst wiederzuerkennen. Die Aufgabe der Solidarität ist eine globale, die Bereitschaft zu ihr speist sich aus der Faszination für den universellen Wert des gemeinsamen Kultur- und Naturerbes. Dieses Erbe ist nicht mehr Erinnerung als begründende Geschichte, es ist Teil einer Vision der menschlichen Zukunft.



Hans-Jürgen Blinn

# *Staatliche Kulturförderung und freier Markt*

## *Rechtspolitische Entwicklungen im Rahmen des EU-Gemeinschaftsrechts und des WTO/GATS-Abkommens*

### *Europäische Kulturföderung*

Über dem Rathaus der luxemburgischen Stadt Esch steht, ins Deutsche übersetzt, der Spruch »Wir wollen bleiben wie wir sind«. Ein verständlicher Wunsch, der in einer globalisierten Welt häufiger denn je geäußert wird. Eine Aufgabe von Bildungs- und Kulturpolitik ist es daher zu ermöglichen, dass Menschen so bleiben können, wie sie sein wollen. Aber wir wissen auch, dass – frei nach Tomasí di Lampedusa – in einer sich ändernden Welt eine ganze Menge geändert werden muss, damit wir bleiben können, wie wir sind.

Die europäische Zusammenarbeit in den Bereichen der Bildung und Kultur ist keine neue Entwicklung, aber bis Ende der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts gab es auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften nur wenige Aktivitäten, die sich in der Praxis niederschlugen. Die ersten Überlegungen der Staats- und Regierungschefs dazu reichen bis ins Jahr 1969 zurück. Damals wurde beim informellen Gipfel in Den Haag der Bereich der Bildung als einer der Bereiche erwähnt, in dem zusammengearbeitet werden müsste, wenn Europa mehr als »nur« ein Gemeinsamer Markt werden solle.

Es dauerte jedoch noch bis Juni 1983, bis man mit einer gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs in Stuttgart von kulturellen Aktivitäten auf Gemeinschaftsebene sprechen kann. Im selben Jahr fand das erste informelle Treffen der für die Kultur zuständigen Minister statt. In den darauffolgenden Jahren wurden dann erste Initiativen in bestimmten Kulturbereichen entwickelt. Dabei spielte das Europäische Parlament eine wichtige Rolle, das über die ersten Aktivitäten und entsprechende, ausdrücklich für Kultur bestimmte Haushaltsleitlinien

entschied. 1988 einigten sich die Mitgliedstaaten und die Kommission auf die folgenden vier Prioritäten für kulturelle Aktionen auf Gemeinschaftsebene: audiovisuelle Medien, Buch und Lesen, künstlerische Ausbildung und die private Kulturförderung.

Die rechtliche Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Kulturpolitik beginnt sogar erst zehn Jahre später mit der Ratifizierung des »Vertrags über die Europäische Union« am 1. November 1993. Dieser Vertrag enthält – 35 Jahre nach Gründung der Europäischen Gemeinschaften – mit Artikel 128 erstmals auch eine ausdrückliche Aussage über die kulturelle Verantwortung der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene.

Kulturpolitik, sowohl nationale als auch europäische, ist der Vorgang, bei der Politik (auch) an ihrer eigenen Legitimation »arbeitet«. Durch die Bezugnahme auf die Kulturpolitik rechtfertigt der Staat immer auch sein eigenes Handeln auf einer gewissen Metaebene. Der Staat richtet sich über die Kulturpolitik an seine Bürgerinnen und Bürger, um ihnen die kulturellen Orientierungen zu ermöglichen, die für ihren bürgerlichen Status unerlässlich sind. Diese Lebensformen sind durch bestimmte kulturelle Fundamentalorientierungen geprägt: Freiheit, Gleichheit und Gemeinsinn. Man könnte sie auch im Prinzip der Menschenwürde sehen. Letztlich geht es bei aller politisch relevanten Kultur darum, menschliches Leben durch eine Sinnbildung zu bestimmen, die die einzelnen Menschen und ihre sozialen Zusammenhänge mit Sinn ausstattet. Der Heidelberger Philosoph Hans-Georg Gadamer hat es einmal so formuliert: »Kultur ist die Teilhabe an dem, was ist.«

### *Europäisches Beihilferecht*

Diesem kulturpolitischen Auftrag kommen einzelne Nationalstaaten und die europäische Staatengemeinschaft unter anderem mit Hilfe von finanziellen Zuwendungen an Kulturinstitutionen, Kultureinrichtungen und Kulturprojektträgern nach. Damit steht die Kulturpolitik jedoch auch immer im Wettbewerb mit anderen Politikbereichen und unterliegt wettbewerbsrechtlichen Regeln. Schon seit der Unterzeichnung der »Römischen Verträge« 1957 ist die Beihilfepolitik[1] integraler Bestandteil der Wettbewerbspolitik der Europäischen Union, in deren Rahmen die Europäische Kommission dafür zu sorgen hat, dass die von den Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen den Wettbewerb nicht über Gebühr verfälschen.

»Wettbewerbspolitik beruht auf der Vorstellung, dass eine Marktwirtschaft die beste Garantie für die Verbesserung der Lebensbedingungen in der EU zum Nutzen der Bürger – eines der Hauptziele des EU-Vertrags – bietet. Funktionierende Märkte sind ein wesentlicher Faktor bei der Versorgung der Verbraucher mit den von ihnen gewünschten Waren zu niedrigen Preisen. Wettbewerb ist ferner eine

1 Subventionen (von *subvenire* = zu Hilfe kommen) sind finanzielle Hilfen ohne unmittelbare Gegenleistung, die von staatlichen Institutionen an private Haushalte oder an private Unternehmen geleistet werden. Beihilfen und Subventionen werden umgangssprachlich als synonyme Begriffe verwendet.





wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, da er ein Umfeld schafft, in dem effizient arbeitende und innovative Unternehmen entsprechend belohnt werden.«

So formuliert es jedenfalls die EU-Kommission in ihrem Konsultationspapier zur Neugestaltung staatlicher Beihilfen.[2] Die Beihilfenkontrolle ergebe sich aus der Notwendigkeit, für alle im europäischen Binnenmarkt tätigen Unternehmen – unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat sie niedergelassen sind – gleiche Bedingungen aufrechtzuerhalten. Daher müsse das besondere Augenmerk staatlichen Beihilfemaßnahmen gelten, die bestimmten Unternehmen ungerechtfertigte selektive Vorteile verschafften und so dazu führten, dass wettbewerbsfähige Unternehmen gar nicht oder erst mit Verzögerung von den Kräften des Markts profitierten, was sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft insgesamt auswirken könne.

Der Europäische Rat vom März 2005 hat daher die Mitgliedstaaten aufgefordert, das allgemeine Niveau der staatlichen Beihilfen weiter zu senken und dadurch den Wettbewerb zu stärken und den »Lissabon-Prozess«[3] zu unterstützen. Ohne eine wirksame Beihilfekontrolle, so die Kommission, könne sich die Marktmacht in den Händen einiger weniger Unternehmen konzentrieren, wenn zum Beispiel die Unternehmen, die keine staatliche Beihilfe erhalten, ihre Marktpräsenz deshalb einschränken müssen oder wenn mit Hilfe staatlicher Beihilfen Marktzutrittsschranken errichtet werden. Als Folge solcher Wettbewerbsverzerrungen müsse der Kunde gegebenenfalls mit höheren Preisen, Qualitätseinbußen und weniger innovativen Produkten rechnen.

Artikel 87 des EG-Vertrages untersagt staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen. Der EG-Vertrag hat somit der Kommission die Aufgabe zugewiesen, geplante und bestehende Beihilfemaßnahmen der Mitgliedstaaten daraufhin zu überprüfen, ob sie den innergemeinschaftlichen Wettbewerb verfälschen und den Handel in einem Maße beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft. Es ist an ihr, dafür zu sorgen, dass die Wettbewerbsbedingungen ungeachtet der Ressourcenausstattung und der unterschiedlichen Traditionen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf staatliche Eingriffe in die Märkte überall gleich sind.

Der Vertrag sieht ausdrücklich Ausnahmen vom Beihilfeverbot vor, wenn zu erwarten steht, dass sich die geplanten Beihilfemaßnahmen aus Sicht der gesam-

2 Konsultationspapier der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Aktionsplan staatliche Beihilfen – Weniger und besser ausgerichtete staatliche Beihilfen. Roadmap zur Reform des Beihilferechts 2005 bis 2009; KOM(2005) 107 endg.; Ratsdok. l0083/05; Seite 2.

3 Der Europäische Rat trat am 23.–24. März 2000 in Lissabon zu einer Sondertagung zusammen, um für die Union ein neues strategisches Ziel festzulegen, in dessen Rahmen Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt als Bestandteil einer wissensbasierten Wirtschaft gestärkt werden sollen. Das Ziel ist, die Union bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.

ten Union vorteilhaft auswirken. Staatliche Beihilfen zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes (Artikel 87 Absatz 3 d) können zum Beispiel für mit dem EG-Vertrag vereinbar erklärt werden, wenn sie klar definierte Ziele von gemeinsamem Interesse verfolgen und die innergemeinschaftlichen Handels- und Wettbewerbsbedingungen nicht in einem Maß beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft. Denn staatliche Beihilfen erweisen sich mitunter durchaus als wirksame Instrumente, um Ziele von gemeinsamem Interesse zu erreichen. Sie können Unzulänglichkeiten des Marktes korrigieren und damit die Funktionsweise der Märkte und die europäische Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Sie können ungeachtet der Korrektur von Marktdefiziten unter anderem auch zur Förderung des sozialen und regionalen Zusammenhalts, einer nachhaltigen Entwicklung und der kulturellen Vielfalt beitragen.

Die Vergabe öffentlicher Mittel an Unternehmen bedeutet jedenfalls, dass öffentliche Mittel aus anderen Politikbereichen abgezogen werden, da staatliche Mittel nur begrenzt vorhanden sind und für vielerlei Zwecke benötigt werden, unter anderem zur Finanzierung des Bildungssystems, des Gesundheitswesens, der nationalen Sicherheit und des Sozialschutzes. Die Nationalstaaten müssen daher eine nachvollziehbare Auswahl treffen und Schwerpunkte setzen, denn letztlich sind es die Steuerzahler, die die staatlichen Beihilfen finanzieren. Unbestritten ist auch, dass staatliche Finanzierung und/oder die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ausländischen Anbietern diskriminiert, sofern diese nicht gleichermaßen in den Genuss staatlicher finanzieller Zuwendungen kommen.

In der Bundesrepublik Deutschland herrscht (noch) die gesellschaftspolitische Überzeugung vor, dass es nicht Ziel sein kann, alle staatlichen Beihilfen abzuschaffen. Dies würde das Ende des gestaltenden Staates bedeuten, der Daseinsvorsorge für seine Bürgerinnen und Bürger zu treffen hat. Bei dieser Staatsauffassung steht jedoch eine Frage immer im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen: welche gesellschaftlichen Bereiche fallen mit welchen finanziellen Aufwendungen unter eine solche Vorsorge? Kultur- und Bildungsdienstleistungen gehören nach unserem derzeitigen Staatsverständnis – man denke dabei an die aktuelle Diskussion über die Ergänzung des Grundgesetzes um das »Staatsziel Kultur«[4] – noch zum Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge. Die Besorgnis wächst, dass dies in Zukunft nicht mehr allgemeiner politischer Konsens sein könnte, insbesondere vor dem Hintergrund einer weiteren Einschränkung staatlich zulässiger Subventionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

### *Subventionsrecht im Rahmen der WTO*

Die Auffassung der *WTO* bezüglich der Zulässigkeit staatlicher Beilhilfen ist noch restriktiver als die der EU. Sie sieht in jedweder staatlichen Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen eine handelsverzerrende Subvention, wobei diese Ansicht beim Abschluss des GATS-Abkommens[5] im Jahre 1994 nicht von allen Regierungen geteilt wurde. Die Folge war, dass das GATS bis heute einige unklare Bestimmungen enthält – zum Beispiel hinsichtlich der Definition öffentlicher Aufgaben – und einige Arbeitsaufträge zur Klärung dieser unbestimmten Rechtsbegriffe für die Zukunft. Ein solcher betrifft insbesondere die Frage der rechtlichen Definition von Subventionen.



Die politische Brisanz der GATS-Verhandlungen liegt vor allem darin, dass die bedeutendsten Hemmnisse für den internationalen Handel mit Dienstleistungen nicht, wie bei Waren, in Maßnahmen der Zollpolitik, sondern in innerstaatlichen Regelungen verankert sind. Mit dem GATS-Abkommen wurde seit seinem Inkrafttreten im Jahre 1995 daher eine multilaterale Verhandlungsinstanz geschaffen, welche die Entwicklung international verbindlicher Disziplinen für die staatlichen Gesetzgebungen und die Regulierungen sämtlicher Dienstleistungsmärkte zum Ziele hat.

Die Bundesrepublik Deutschland ist offizielles Mitglied bei der *WTO*, jedoch vertritt die EU-Kommission nach Artikel 133 des EG-Vertrages die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit für eine gemeinsame Handelspolitik. Dieses Alleinvertretungsrecht gilt auch für internationale Verhandlungen und Übereinkünfte über Dienstleistungen, wie zum Beispiel das GATS-Abkommen. Die EU Kommission vertritt daher alle 27 EU-Mitgliedstaaten bei der *WTO* und hat pro Land eine Stimme.

Zur Vorbereitung dieses Verhandlungsmandats wurde nach Artikel 133 des EG-Vertrages ein »Besonderer Ausschuss« beim Rat der Europäischen Union in Brüssel, der so genannte »133er Ausschuss«, eingerichtet. Federführend für die Abstimmung der deutschen Position im Besonderen Ausschuss ist das *Bundesministerium für Wirtschaft*. Deutschland entsendet auf Grund seiner föderalen Verfassung und der daraus erwachsenen Kulturhoheit der Länder jedoch zusätzlich Bundesratsbeauftragte ohne Stimmrecht in diesen Ausschuss, und zwar für die Bereiche Bildung, Kultur und audiovisuelle Medien.

Vorschriften, die die Durchführung des GATS-Vertrages betreffen, werden im Rahmen der *WTO* als »Disziplinen« bezeichnet, also Regeln, die das Spektrum staatlicher Eingriffsmöglichkeiten in die Wirtschaft beschränken – den Staat gegenüber dem Markt »disziplinieren«. Verräterisch meines Erachtens ist insbesondere die Wortwahl des »Disziplinierens des Staates gegenüber dem Markt«. Hier wird deutlich, welche neoliberalen Wirtschaftstheorien diesen Verhandlungen zu Grunde liegen. Nicht ein ungezügelter Markt soll diszipliniert werden, sondern die staatlichen Eingriffe darin. Müsste ich es auf eine griffige Formel bringen, so ist meines Erachtens das Ziel der *WTO* die Umwandlung sozialer Markwirtschaften in einen reinen, unbeschränkten Kapitalismus.

4 Die *Enquetekommission »Kultur in Deutschland«* des 15. Deutschen Bundestages hat in ihrem Zwischenbericht vom 1. Juni 2005 einstimmig empfohlen, den Artikel 20 des Grundgesetzes um die Formulierung »Der Staat schützt und fördert die Kultur« zu ergänzen.

5 Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) vom 15. April 1994, *BGBl.* 1994 II, S. 1651

Artikel XV des GATS-Abkommens fordert daher die *WTO*-Mitglieder zur Vermeidung derartiger handelsverzerrender Eingriffe auf und verlangt Verhandlungen zur Klarstellung, die in einer Arbeitsgruppe zu den GATS-Regeln (»working party on GATS-rules«[6]) der *WTO* geführt werden. Unabhängig von zukünftigen, spezifischen Regeln für Dienstleistungssubventionen werden Beihilfen bereits jetzt vom GATS erfasst. (Krajewski 2005: 14 ff.) Dies gilt insbesondere auch für die Verpflichtung zur Inländer(-gleich-)behandlung, wenn in dieser Hinsicht spezifische Zugeständnisse gemacht wurden. Hat sich ein *WTO*-Mitglied in einem bestimmten Sektor zur Inländerbehandlung verpflichtet, so kann es in diesem Sektor keine Beihilfen vergeben, die ausschließlich Inländern vorbehalten sind, wenn dies nicht ausdrücklich als Ausnahme von den spezifischen Zugeständnissen vorgesehen ist.[7]

Im März 2001 hatten sich die *WTO*-Mitglieder darauf verständigt, dass in der derzeitigen GATS-Verhandlungsrunde[8] die Verständigung über die Subventionsdisziplinen vor Abschluss der Verhandlungen zu den konkreten Liberalisierungsverpflichtungen erfolgen soll. Innerhalb der WTO-Arbeitsgruppe zur Definition von Subventionen[9] wurden bisher zwei Subventionsarten als potenziell handelsverzerrend identifiziert: die importsubstituierende[10] und die exportfördernde Subvention. Aus der Sicht ausländischer Kulturanbieter sind staatliche Beihilfen für deutsche Empfänger selbstverständlich importsubstituierende Subventionen, die ihre eigenen, kostenpflichtigen Angebote vom Markt fernhalten sollen beziehungsweise den im Ausland tätigen deutschen Kultureinrichtungen einen unlauteren Wettbewerbsvorteil verschaffen. Damit wird deutlich, dass über die Definition von Subventionen Eingriffe in zentrale politische und verfassungsrechtliche Eigenheiten von *WTO*-Staaten vorgenommen werden können.

Meines Erachtens würde sich jede vertraglich festgelegte Definition des Subventionsbegriffs, und sei es auch nur, um dem Transparenzgebot des Artikel III GATS Genüge zu tun[11], für die kulturelle und bildungspolitische Gestaltungsmöglichkeit unseres Staates als schädlich erweisen. Ein solches Vorhaben birgt die Gefahr in sich, dass die derzeitigen Formen der Umsetzung des staatlichen Kultur- und Bildungsauftrages in Deutschland als unlautere Subventionen gebrandmarkt werden, da sie die Marktchancen ausländischer Anbieter selbstverständlich einschränken. Da es jedoch ebenso unwahrscheinlich ist, dass die *WTO*

6 Diese Arbeitsgruppe wurde gemäß Artikel XIII Abs. 2 GATS-Abkommen vom Dienstleistungsrat der *WTO* eingerichtet.

7 Aus diesem Grunde haben viele Staaten, die im audiovisuellen Sektor beziehungsweise im kulturellen Sektor Verpflichtungen übernommen haben, Beihilfen von der Geltung des Inländerprinzips ausgenommen.

8 So genannte »Doha-Runde«, benannt nach der gleichnamigen Stadt in Katar am Persischen Golf, in der die Verhandlungsrunde im Jahre 2000 eröffnet wurde und die bis Ende 2006 abgeschlossen sein sollte.

9 Da für den Dienstleistungshandel noch keine allgemeine Definition des Begriffs »Subvention« existiert, wird zur Zeit noch der Subventionsbegriff des »Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen« benutzt, soweit er auf Dienstleistungen angewendet werden kann. Danach können sowohl direkte Finanztransfers als auch der Verzicht auf Steuereinnahmen *WTO*-rechtlich als Subventionen eingestuft werden.

10 Ersatz von Importgütern durch Güter aus eigener Produktion.

11 Das Transparenzprinzip bedeutet die Veröffentlichung und Offenlegung aller innerstaatlichen Regelungen und Vorschriften, die sich negativ auf den Wettbewerb auswirken könnten.





und die EU vom Versuch einer allgemeingültigen Subventionsbeschreibung abrücken werden, könnte ein möglicher Ausweg darin bestehen, gewisse staatliche Finanzierungen in Zukunft begrifflich als Infrastrukturaufgabe zu kennzeichnen und somit gänzlich aus der Subventionsdiskussion herauszunehmen.

### *Die GATS-Verhandlungen seit der Ministerkonferenz 2005 in Hongkong*

Große Erwartungen wurden demgemäß im Dezember 2005 an die *WTO*-Ministerkonferenz in Hongkong gestellt. Das Hauptaugenmerk der Weltöffentlichkeit richtete sich zwar hauptsächlich auf die Kontroversen im Landwirtschaftssektor und demgemäß verhandelten die 6000 Delegierten aus 149 *WTO*-Mitgliedsländern vor allem über Handelserleichterungen für die armen Länder der Welt. Folgerichtig wurden Fortschritte auch hauptsächlich bei der Abschaffung beziehungsweise Reduzierung von Exportsubventionen im Agrar- und Industriegüterbereich erreicht. Der Dienstleistungssektor stand dabei weniger im Interesse der Verhandlungsführer. Dennoch drängte die EU-Kommission als eine der einflussreichsten Delegationen in der laufenden Welthandelsrunde auch weiterhin auf eine stärkere Marktöffnung im Bereich der Dienstleistungen.

»Bisher war der Fortschritt für die Servicebranche in der Doha-Runde nur sehr schwach«, sagte EU-Handelskommissar Peter Mandelson noch vor Beginn der Konferenz in Hongkong. »Wir müssen dafür sorgen, dass die Ergebnisse bei den Dienstleistungen ähnlich ambitioniert ausfallen wie beispielsweise im Agrarsektor.« Mandelson betonte, er verlange keinen Abbau öffentlicher Leistungen und keine Privatisierung staatlicher Betriebe, wie dies Globalisierungskritiker ihm vorgeworfen hätten. Auch berücksichtige man den Entwicklungsstand der einzelnen *WTO*-Mitgliedstaaten. Den am wenigsten entwickelten Staaten werde nur ganz wenig abverlangt.

Bereits die Ministerkonferenz in Cancún im Jahre 2003 zeigte, dass multilaterale Abkommen mit allen *WTO*-Mitgliedstaaten wegen widerstreitiger Interessen fast unmöglich geworden sind. Dieser Paradigmenwechsel, weg von multilateralen Vereinbarungen im Rahmen der *WTO* und hin zu plurilateralen Verhandlungen, wurde insbesondere von der EU-Kommission in den Bereichen Bildung, Soziale Dienste, Wasser, Energie und Postdienste forciert. Man versprach sich damit wenigstens in einigen Ländern der Welt neue Märkte erschließen zu können. Die Europäische Union stellte jedoch (noch) keine Forderungen bei Gesundheitsdiensten oder audiovisuellen Angeboten (siehe Metze-Mangold 2006) und, außer bei den Vereinigten Staaten, auch nicht im Bildungsbereich.

Zwar kam es bei der *WTO*-Ministerkonferenz in Hongkong zu einem kleinen Kompromiss im Bereich der Agrarsubventionen,[12] dennoch war dieses Ergebnis zu gering, um insgesamt von einem Erfolg sprechen zu können. (Siehe Blinn 2006,

12 Die reichen Länder (u.a. USA und EU) kürzen ihre Agrarsubventionen und gewähren den ärmsten Staaten etwas mehr Exportschancen. Bei den *WTO*-Verhandlungen werden alle Bereiche (Waren, Dienstleistungen, Agrarbereich) parallel verhandelt und als Paket (»package deal«) verabschiedet.

Haslinger/Scherrer 2006) Anfang 2006 wurden daher in Genf sogenannte plurilaterale Verhandlungen in den einzelnen Dienstleistungssektoren aufgenommen, um der Verhandlungsrunde neue Impulse zu geben. Es handelte sich hierbei um eine neue Verhandlungsform, bei der nicht mehr einzelstaatliche Forderungen an jeweils ein *WTO*-Mitglied gerichtet und von diesem beantwortet werden sollen, sondern kollektive Forderungen unter Federführung eines besonders interessierten *WTO*-Mitglieds an eine Gruppe von Staaten gehen.[13] Am Ende dieses Prozesses kam es jedoch wieder zu keiner Einigung, sodass die *WTO*-Verhandlungen im Juli 2006 durch den Generaldirektor der *WTO* und ehemaligen EU-Handelskommissar, Pascal Lamy, auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden mussten.

Der neueste Vorstoß der EU-Kommission im 133er-Ausschuss geht dahin, Handelsabkommen mit Drittstaaten in Zukunft mit einem Kooperationsteil zum Bereich audiovisuelle und kulturelle Dienstleitungen auszustatten. Damit soll die Zusammenarbeit insbesondere mit den weniger entwickelten Ländern ohne Marktöffnungsverpflichtungen im Sinne des GATS-Abkommens initiiert werden. Diese geplanten Abkommen nehmen auf die Definitionen des erst kürzlich verabschiedeten *UNESCO*-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen Bezug, unter Einbeziehung eines Dialogs zum Schutze des geistigen Eigentums. Ein kulturpolitisches »Bedrohungspotenzial« vermag ich in diesen Ergänzungsklauseln, wie sie derzeit formuliert sind, noch nicht erkennen. Vor allem da sich die Zielrichtung überwiegend auf Bemühungsabsichten reduzieren lässt, diese jedoch keine einklagbaren Rechte vor der *WTO* bedeuten würden, denn dazu sind sie zu vage gehalten. Dennoch ist die Absicht, die dahinter steht, eindeutig. Auch nach einem eventuellen Scheitern der Doha-Runde werden die Liberalisierungsbemühungen der EU-Kommission in den Bereichen audiovisuelle und kulturelle Dienstleitungen weitergehen, notfalls im Rahmen bilateraler Handelsabkommen.

Eine Forderung, die bereits vor Jahren auf Vorschlag der chilenischen Regierung in die Diskussion über weitergehende Liberalisierungen im Welthandel mit eingebracht worden war, und die besonders für den Bereich der Kultur von amerikanischer Seite aus Unterstützung findet, steht aber immer noch im Raum. Anstatt in mühevoller Arbeit klären zu wollen, was allgemein unter staatlichen Subventionen zu verstehen ist, sollen die Mitgliedstaaten der *WTO* Listen staatlich subventionierter Einrichtungen vorlegen, die dann als Ausnahmetatbestände in das GATS-Abkommen mit aufgenommen werden könnten. Diese Einrichtungen könnten damit auch in Zukunft staatliche Beihilfen erhalten, ohne dass dies unter den Begriff »handelsverzerrende Subventionen« fallen würde.

Was auf den ersten Blick einleuchtend klingt, erweist sich bei näherer Betrachtung des GATS-Vertrages als Falle. Zum einen würden sich die Staaten dadurch

13 Neuseeland koordiniert die Forderungen Australiens, Malaysias, Taiwans und der USA an die EU zu privat finanzierten Bildungsdienstleistungen im Hochschulbereich; im Bereich audiovisuelle Dienstleistungen und Musik stellt Taiwan Forderungen an die EU zu weiteren Liberalisierungsverpflichtungen im Namen der USA, Japan, Mexiko, Singapur und Hongkong.





selbst binden und jede Veränderung der nationalen Subventionspolitik im Laufe der Jahre verstieße zwangsläufig gegen den GATS-Vertrag. Änderungen könnten nur mit Zustimmung der *WTO* stattfinden und Ausgleichszahlungen an betroffene *WTO*-Mitglieder wären die vertragliche Folge. Zum anderen sind nach den Regeln des GATS alle Ausnahmetatbestände – dazu würden auch die eingetragenen Institutionen auf diesen Listen gehören – im Laufe der Zeit zu überprüfen und spätestens nach 10 Jahren »zu liberalisieren«, das heißt abzuschaffen. Von der Einführung solcher Listen beziehungsweise Sektorenbeschreibungen ist daher dringend abzuraten. Deutschland würde sich eines wichtigen Instruments politischer Gestaltungsmöglichkeit berauben. Damit befürworte ich jedoch keinesfalls einen neuen Protektionismus, wie ihn Frankreichs Innenminister Sarkozy vorschlug. (Siehe *Financial Times Deutschland* v. 26.9.2005: »Sarkozy für Umbau der EU zur Handelsfestung«) Deutschland kann sich dies als Warenexportweltmeister gar nicht leisten. Es muss jedoch gewährleistet bleiben, dass jeder Nationalstaat auch in Zukunft noch soviel Handlungsspielraum behält, dass er eine seinen Traditionen entsprechende Daseinsvorsorge betreiben kann.

### *Die UNESCO als Bewahrerin kultureller Vielfalt*

Diese Überlegungen waren auch Anlass für ein Spitzengespräch zwischen dem *Deutschen Kulturrat* und der *ARD* Anfang 2006, in dem die aktuellen Entwicklungen in der EU und bei der *WTO* diskutiert wurden. Der Intendant des *Westdeutschen Rundfunks* Fritz Pleitgen und der Vorsitzende des *Deutschen Kulturrates* Prof. Dr. Max Fuchs riefen die Länder und den Bund dazu auf, alles zu tun, damit die Europäische Gemeinschaft bis zum Abschluss der WTO/GATS-Verhandlungen nicht dem wachsenden Druck zur Liberalisierung audiovisueller und kultureller Dienstleistungen nachgibt.

Als großen Erfolg für die Kultur und die Medien werteten die *ARD* und der *Deutsche Kulturrat* in diesem Zusammenhang die im Oktober 2005 verabschiedete *UNESCO*-Konvention zur kulturellen Vielfalt. Die Europäische Gemeinschaft und die ersten 13 Mitgliedstaaten der EU[14] haben am 19. Dezember 2006 in einer politischen Feierstunde in Brüssel ihren Beitritt zum »*UNESCO*-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« begangen. Damit haben bislang 50 Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft das Übereinkommen ratifiziert, so dass es am 18. März 2007 in Kraft getreten ist. (Siehe Metze-Mangold/Merkel 2006: 362 ff. sowie den Beitrag von Roland Bernecker in diesem Band)

Mit diesem Übereinkommen will man auch die gesellschaftlichen Kräfte stärken, die sich als Gegenbewegungen zur Globalisierung verstehen. So hat in der Schweiz der große Rat des Kantons Basel-Stadt und der Gemeinderat der Stadt

14 Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Schweden, Slowakei, Slowenien und Spanien.

Zürich beschlossen, die beiden Städte zu GATS-freien Zonen zu erklären. Damit steigt die Zahl der Schweizer Gemeinden, die sich diesbezüglich gegen weitere Liberalisierungsmaßnahmen ausgesprochen haben, auf rund 80 an. Darunter sind auch die drei bevölkerungsreichsten Schweizer Städte Zürich, Genf und Basel. Mit der verabschiedeten Resolution unterstreichen die lokalen Parlamente, dass Leistungen der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Bildung, Kultur, Verkehr und Energieversorgung weiterhin der gesamten Bevölkerung zugänglich sein und deren demokratischen Kontrolle unterstehen müssen.

*Auswirkungen nach Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinen*

Die heftigen Auseinandersetzungen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, die nach fast dreijährigen Verhandlungen vom Europäischen Parlament am 15. November 2006 in zweiter und letzter Lesung verabschiedet wurde, zeigen deutlich, dass eine Aufrechterhaltung der derzeitigen Daseinsvorsorge nicht von allen politischen Kräften geteilt wird. Das Gesetz konnte zwar letztendlich im parlamentarischen Verfahren erheblich verändert, das ursprünglich von der Kommission vorgeschlagene Herkunftslandprinzip durch das Ziellandprinzip ersetzt und zahlreiche Bereiche[15] vom Geltungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen werden.

Dennoch verpflichtet die neue Richtlinie die EU-Mitgliedstaaten bis 2010, einen einheitlichen Binnenmarkt für Dienstleistungen zu schaffen, ihre Märkte für private Anbieter aus anderen EU-Ländern zu öffnen und zentrale Anlaufstellen zur Abwicklung der notwendigen Formalitäten einzurichten. Während der Debatte im Parlament wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass es mit dem jetzt vorliegenden Text gelungen sei, die Menschen stärker in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Wirtschaft und Stabilität seien wichtig, aber das allerwichtigste seien die Menschen, für die die Politik gestaltet werde. Mit der Herausnahme des Herkunftslandsprinzips sei es gelungen, die Rechte der Arbeitnehmer, das Arbeitsrecht, das Sozialrecht, Verbraucherschutzrechte und andere wichtige Rechtsbelange zu schützen. Es sei außerordentlich wichtig gewesen, einen »ungesunden Wettbewerb zwischen den Sozialsystemen der Mitgliedstaaten« zu verhindern. Die freie Bewegung der Dienstleister über die Grenzen hinweg sei sehr stark erleichtert worden und man habe das Prinzip der Dienstleistungsfreiheit festgeschrieben und klar gemacht, dass protektionistische Maßnahmen in den Mitgliedstaaten abgeschafft werden müssen.

Diese eher positive Einschätzung wird jedoch nicht von allen Experten geteilt. Denn viele sehen in der Richtlinie erst den Beginn weiterer Liberalisierungsprozesse, die langfristig gesehen, den Abbau erreichter Standards zum Ziel haben. Das geplante Herkunftslandsprinzip hätte nämlich bedeutet, dass ausländische Anbieter nach deren Qualitätsmaßstäben auch in Deutschland ihre Dienste anbieten können. Daraus wären zweifellos negative Folgen für Qualitätssicherung und Verbraucherschutz im Kultur- und Bildungsbereich zu erwarten gewesen.

Allen Unkenrufen zum Trotz führt die Beseitigung von Handelshemmnissen allein nicht automatisch zur Anhebung des Wohlstandes einer Gesellschaft. Die Voraussetzung dafür müsste eine europäische und internationale Handelspolitik sein, in der soziale Gerechtigkeit ihren Platz hat und gewisse Dienstleistungen, wie zum Beispiel Bildung und Kultur, als Daseinsvorsorge durch den Staat allen auf hohem Niveau zur Verfügung gestellt werden. Denn unter welchen Arbeitsbedingungen die grenzenlos gehandelten Waren und Dienstleistungen zustande kommen und wie der so entstandene Gewinn sozial ausgewogen verteilt wird, ist weder innerhalb der EU noch in der *WTO* hinreichend geregelt.



*Schlussbemerkung*

Otfried Höffe, Leiter der Forschungsstelle »Politische Philosophie« an der *Eberhard-Karls-Universität Tübingen*, hat in einem sehr lesenswerten Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* »Vom Nutzen des Nutzlosen« geschrieben. Darin gibt er zu bedenken, dass in einer Welt, in der die Philosophie und die Geisteswissenschaften an den vermeintlich profitschaffenden Naturwissenschaften gemessen werden, viele Menschen dennoch von den vermeintlich »nutzlosen« Wissenschaften profitieren können. In jenen Wissenschaften lernt man nicht bloß gewisse Sachverhalte und Techniken; man übt auch Fähigkeiten und Methoden, sogar Haltungen ein. Das Ergebnis ist Bildung im emphatischen Sinn: Man verändert seine Einstellung gegenüber der sozialen und kulturellen, auch der natürlichen Welt, nicht zuletzt die Einstellung gegenüber sich selbst.

Zum Menschsein des Menschen, also zur Humanität, gehört, so Höffe, auch die nutzenfreie Wissbegier. Finanzieller Wohlstand allein kann nicht Endziel unserer gesellschaftlichen Entwicklung sein und Entdeckungs- und Erfindungslust dürfen sich in einer demokratischen Gesellschaft nie den Zwängen der Ökonomie beugen. Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hat es sogar noch drastischer ausgedrückt: »Eine Gesellschaft, die alle Lebensbeziehungen den Gesetzen des Marktes unterwirft, trägt Anzeichen von totalitärer Ideologie, die lebensgefährlich ist für den Staat.«

15 So genannte Dienstleistungen von allgemeinem, nicht-wirtschaftlichem Interesse im Bereich audiovisueller Medien und Kultur.

## *Literatur*


Blinn, Hans-Jürgen (2006): »Bildung als globale Dienstleistung«, in: *DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, Heft II/2006, S. 26–28

Haslinger, Sebastian/Scherrer, Christoph (2006): »Richtig ernst wird es erst noch«, in: *DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, Heft II/2006, S. 29 ff.

Krajewski, Markus (2005): *Auswirkungen des GATS auf Instrumente der Kulturpolitik und Kulturförderung in Deutschland* – Rechtsgutachten erstellt im Auftrag der Deutschen UNESCO-Kommission (Februar 2005)

Metze-Mangold, Verena (2006): *Zwischen Welthandel und kultureller Vielfalt – Welchen Spielraum lassen WTO und UNESCO für die Regulierung der audiovisuellen Medien?*, Köln: Institut für Rundfunkökonomie der Universität Köln

Metze-Mangold, Verena/Merkel, Christine M. (2006): »Magna Charta der internationalen Kulturpolitik – Die UNESCO-Kulturkonvention vor der Ratifizierung«, in: *Media Perspektiven*, Heft 7/2006, S. 362 ff.




Gerhard Pfennig

# *Kulturordnungspolitik in der EU*

Aktive Kulturpolitik beschränkt sich nicht auf die Förderung von Kunst und Kultur; sie richtet sich in ordnungspolitischer Hinsicht auf die Entwicklung von Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kunst und Kultur. Die Europäische Union begreift sich als Wirtschaftsraum, der in besonderer Weise auf die kreativen Kräfte der Bürgerinnen und Bürger Europas setzt und ihre Entwicklung fördert; insofern ist es eine wichtige Aufgabe der europäischen Kulturordnungspolitik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die volle Entfaltung der kreativen Kräfte in den Mitgliedsstaaten ermöglichen.

Kulturelle Ordnungspolitik in Europa und für Europa muss Wert darauf legen, ein Gleichgewicht zwischen den Kräften der Kulturwirtschaft – die Produkte ermöglichen und vermarkten – und den eigentlichen Kreativen – Urhebern und ausübenden Künstlerinnen und Künstlern, die Werke schaffen, also »content« produzieren – zu erreichen. Zusätzlich muss sie im Rahmen von medienpolitischen Entwicklungen die Möglichkeiten, aber auch Grenzen der Kommunikationsverbreitung über traditionelle Wege – Antenne, Kabel und Satellit – sowie über neue Medien – Internet – erweitern und bestimmen und dabei darauf achten, dass die Informationsinteressen der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben.

Die EU-Kommission hat im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in einer Reihe von bahnbrechenden Richtlinien einerseits Voraussetzungen für die Entwicklung der Fernsehdienstleistungen geschaffen (Richtlinie »Fernsehen ohne Grenzen«) und darüber hinaus in einer Kette von Richtlinien zur Vereinheitlichung des Urheberrechts sowohl technische Aspekte (Rechtsschutz von Computerprogrammen, Harmonisierung des Urheberrechts und der Leistungsschutzrechte in der Informationsgesellschaft, Schutz von Datenbanken) sowie urheberrechtliche Rahmenbestimmungen (Vermiet- und Verleihrecht, Satellitenfernsehen und Kabelweiterleitung, urheberrechtliche Schutzfristen und Folgerecht der bildenden Künstler) modernisiert und vereinheitlicht.

Mit ihrer Beteiligung an der Ausarbeitung und Umsetzung der *UNESCO*-Konvention zur kulturellen Vielfalt hat die EU sich selbst die Verpflichtung auferlegt,

den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen innerhalb der Zivilgesellschaft unter dem Motto »Kulturelle Vielfalt – Europas Reichtum« zu fördern und auszubauen. Der unbefangene Beobachter könnte annehmen, die Umsetzung dieses Ziels würde auch die weitere Ordnungspolitik im Bereich des Urheberrechts, also die Verbesserung der materiellen Basis für die Herstellung und Verbreitung des »content« der Informationsgesellschaft durch die kreativsten Kräfte Europas, fördern und ermutigen.

Betrachtet man jedoch das politische Wirken der einzelnen Generaldirektionen beziehungsweise Kommissarinnen und Kommissare, so wird schnell deutlich, dass vollkommen andere Gesichtspunkte im Rahmen der Umsetzung der »Lissabon-Agenda« die Oberhand gewonnen haben und nicht nur kulturordnungspolitisches Handeln bestimmen, sondern in kurzer Zeit gravierende Strukturveränderungen herbeigeführt haben. Erstaunlich sind hierbei nicht nur die politischen Ziele, sondern auch die Methode der Durchsetzung dieser Ziele. Das soll zunächst am Beispiel der Umsetzung der »Empfehlung der Kommission vom 18. Oktober 2005 für die länderübergreifende kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, die für legale Online-Musikdienste benötigt werden (›die Empfehlung‹)« beleuchtet werden.

Federführend für »die Empfehlung« war der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, McCreevy, in dessen Ressort auch das Urheberrecht fällt. Hatten jedoch seine Vorgänger ihre bisherigen Umstrukturierungen beziehungsweise Vereinheitlichungen wesentlicher Bereiche des Urheberrechts im üblichen Rahmen der Richtliniensetzung verfolgt – hierbei wird zunächst ein Richtlinienvorschlag der Kommission erarbeitet, im zuständigen Rat mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten erörtert, umformuliert, im günstigen Falle gemeinsam verabschiedet und dann dem Parlament vorgelegt, das seinerseits Stellung nimmt und schließlich den Weg freimacht für den endgültigen Richtlinienbeschluss der Kommission –, so hat sich der Kommissar McCreevy, mit dem scheinheiligen Argument der Verfahrensbeschleunigung und des geringsten Eingriffs in die Autonomie der Mitgliedsstaaten, auf die Formulierung von »soft law«, also vorgeblich windelweichen, in Wirklichkeit knallharten »Empfehlungen« verlegt.

Nach der Erstellung eines neuerdings für alle derartigen Verfahren erforderlichen »Impact Assessment«, einer Studie über die Auswirkungen einer bestimmten gesetzlichen Situation auf Wettbewerb und Wirtschaftswachstum, in dem die Kommission interessierte Kreise zur Stellungnahme einlädt, die in einem vollständig intransparenten Verfahren ausgewertet und zusammengefasst wurden, wurde ein Empfehlungsentwurf vorgelegt, der vor allem die Interessen der Kulturwirtschaftspolitik umsetzt. Unter dem Vorwand, der europäische Onlinemarkt für Musik sei gegenüber dem entsprechenden US-Markt unterentwickelt und enthalte ungeahnte Wachstumspotenziale für die Online-Industrie (Telekommunikationsunternehmen als technische Dienstleister, deren Netze stärker ausgelastet werden sollen, Anbieter von Musiktauschbörsen sowie Entwickler von digitalen Rechtsverwaltungssystemen), startete McCreevy einen zentralen Angriff auf





die in den jeweiligen Mitgliedsstaaten ansässigen musikalischen Verwertungsgesellschaften, die unverzichtbare Instrumente für die wirtschaftliche Tätigkeit von Komponisten und Textautoren im musikalischen Bereich sind. Sie lizenzieren die öffentliche Aufführung von Musik, die Produktion von Tonträgern, die Fernseh- und Rundfunksendung von Musikwerken und neuerdings auch die Internetverbreitung im Rahmen eines Netzwerks von Gegenseitigkeitsverträgen weltweit im Sinne von nationalen »One-Stop-Shops« und organisieren so den Erwerb aller musikalischen Lizenzen. Diese Gesellschaften bringen gleichzeitig die Interessen multinationaler Musikverlage, die oligopolhaft einen großen Teil des Weltmusikrepertoires verwalten, mit denjenigen der nationalen Musikverlage, die ihrerseits für die Entwicklung nationaler Musik wichtig sind, in Einklang.

In dieser Situation erhob die EU-Kommission die Forderung nach mehr Transparenz innerhalb der Verwertungsgesellschaften, eine Forderung, der in Deutschland das *Deutsche Patent- und Markenamt* auf der Basis des existierenden Wahrnehmungsgesetzes längst Geltung verschafft hat; weiterhin wird, absolut nachvollziehbar, die Durchsetzung des Prinzips der »gerechten Verteilung der Einnahmen« verlangt. Allerdings verbirgt sich hinter dieser Zielrichtung nichts anderes als die Beseitigung der kulturellen und sozialen Fördereinrichtungen der Verwertungsgesellschaften, die das deutsche Wahrnehmungsgesetz ausdrücklich vorsieht: Mit Hilfe dieser Einrichtungen unterstützen die Mitglieder und Wahrnehmungsberechtigten der Verwertungsgesellschaften einerseits ältere Mitglieder und andererseits kreatives Schaffen in der nachwachsenden Generation.

Die Kommission greift bereits mit der zweiten Forderung in das Innenleben von musikalischen Verwertungsgesellschaften ein. Sie stärkt nämlich den Einfluss der großen Musikkonzerne, deren Besonderheit es ist, dass sie in diesen Verwertungsgesellschaften einerseits als Rechtsinhaber – nämlich als Musikverlage, die die Werke von Komponisten in den Markt bringen – beteiligt und andererseits in ihrer Eigenschaft als Hersteller von Tonträgern Lizenznehmer der gleichen Gesellschaften sind. In der Zusammenarbeit mit großen Musikkonzernen funktionieren also Verwertungsgesellschaften in Wirklichkeit als Mittler zwischen verschiedenen Abteilungen beziehungsweise Profiteuren desselben Konzerns und finden sich in der schwierigen Rolle des Mittlers zwischen unterschiedlichen Interessen, sollen also gleichzeitig die divergierenden kommerziellen Interessen des Unternehmens mit den ursprünglichen Interessen der Urheber selbst nach angemessener Vergütung in Einklang bringen.

Diese schwierige, aber bisher erfolgreiche Balance verschiedener Gewichte innerhalb der musikalischen Verwertungsgesellschaften auf nationaler Ebene hat die Kommission mit dem dritten, wirklich wichtigen und folgenreichsten Handlungsansatz ihrer Empfehlung zur Onlineverbreitung für Musik mittlerweile zum Einsturz gebracht: Scheinheilig verlangt sie nämlich drittens eine größere Freiheit der Rechtsinhaber – das sind Komponisten, aber auch große Musikverlage – bei der Auswahl ihrer Verwertungsgesellschaft.

Auf den ersten Blick klingt es überzeugend, dass nun der finnische Komponist die Möglichkeit haben soll, seine Online-Rechte zur europaweiten Vermarktung der portugiesischen musikalischen Verwertungsgesellschaft einzuräumen, die möglicherweise geringere Verwaltungskostensätze hat als die heimische finnische. Das Problem ist nur, dass er vermutlich die portugiesische Sprache nicht beherrscht und im übrigen deshalb an die finnische Gesellschaft gebunden ist, weil diese die sämtlichen anderen Rechte im Offline-Bereich verwaltet. Der finnische Komponist wird also von der Wahlfreiheit – die im Übrigen bisher schon gegeben war, allerdings nur in Bezug auf die Gesamtheit seines Repertoires – keinen Gebrauch machen. Anders verhält es sich aber bei dem musikalischen Großkonzern *BMG* mit Sitz in New York, der als »Verleger« ebenfalls Mitglied aller europäischen Verwertungsgesellschaften ist: Er wird sich eine der großen europäischen musikalischen Verwertungsgesellschaften suchen, die zukünftig sein Repertoire (vorwiegend angloamerikanische Popmusik) europaweit – darüber hinaus selbstverständlich auch weltweit – exklusiv vermarktet und allen anderen sein Repertoire entziehen. Der Konzern erspart sich damit den derzeit erforderlichen Vertragsschluss mit den Gesellschaften in den jeweiligen europäischen Staaten; es entsteht unter den verbleibenden vier bis fünf Großverlagen ein oligopolistisches System, das sich auf die größten europäischen musikalischen Gesellschaften als Rechtsverwaltungspartner konzentriert.

Der Umwandlungsprozess ist bereits in vollem Gange: Es haben sich bisher zwei Allianzen gebildet, eine zwischen der deutschen und der englischen Verwertungsgesellschaft, eine zweite zwischen der französischen, spanischen und italienischen, die nunmehr den Großteil der Rechte der internationalen Musikverlage bündeln. Die Verwertungsgesellschaften der kleineren Länder gucken in die Röhre: Ihnen wird die Verwaltung der Repertoires der Großverlage entzogen, was die Kostenbelastung der verbleibenden kleineren Rechteinhaber erhöht und diese Gesellschaften nicht etwa in eine bessere Wettbewerbsposition gegenüber ihren europäischen »Schwestergesellschaften« bringt, sondern im Gegenteil eine Zweiklassengesellschaft herbeiführt, in der die europäischen Großgesellschaften ihre Repertoires verwalten und die kleinen allenfalls noch als Rechtsagenturen in den jeweiligen Ländern benutzen. Auch für die Rechtsnutzer, die Onlineanbieter, wird die Situation nicht besser, sondern schlechter: Hatten sie zuvor die Möglichkeit, in den jeweiligen Staaten der EU das gesamte Weltrepertoire bei einer Adresse für ihre Zwecke zu erwerben, so müssen sie nun auf Einkaufstour gehen – die Rechte der großen Musikkonzerne beim Oligopol der großen musikalischen Gesellschaften, die Rechte der Urheber aus kleineren Mitgliedsstaaten im verbleibenden Netz der Musikgesellschaften beziehungsweise bei den einzelnen nationalen Verwertungsgesellschaften einholen. Im Gegensatz zum Handlungsansatz der Kommission wird die Verbreitung zumindest von musikalischen Werken der Urheber aus kleineren Staaten schwieriger, weil zersplitterter, was mit Sicherheit dazu führen wird, dass Großkonsumenten sich auf das leicht Zugängliche und bei den großen Oligopolen zu erwerbende, angloamerikanische Repertoire beschränken werden.





Im Gegensatz zu den Absichten der *UNESCO*-Übereinkunft zur kulturellen Vielfalt schafft also der Eingriff der Kommission in den Musikmarkt für Onlinerechte eine Struktur, die nur wenigen großen unternehmerisch tätigen Rechtsinhabern zugute kommt, den Urhebern selbst, für die sie vorgeblich gemacht wurde, jedoch nichts bringt. Diese Auswirkungen der EU-Empfehlung wurden am 29.1. 2007 in einer Anhörung der *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«* ausführlich erörtert. Sämtliche Sachverständige stimmten in der hier wiedergegebenen Analyse überein.

Nicht genug mit der Verzerrung des Wettbewerbs im musikalischen Markt zugunsten großer Rechteinhaber: Unmittelbar nach Verabschiedung der »Empfehlung«, deren Umsetzung gegenwärtig mit einem Schreiben mit der strengen Überschrift »Aufforderung zur Stellungnahme« bei den nationalen Regierungen angemahnt wird, denen mithin zumindest aus der Sicht der Kommission keinerlei Spielraum bei der Umsetzung der Empfehlung bleibt, die vielmehr darauf zu achten haben, dass die musikalischen Verwertungsgesellschaften die Empfehlung möglichst zügig befolgen und damit ihre eigene Position schwächen, holte die Kommission zu einem zweiten Schlag gegen die Interessen der Urheber aus.

Bekanntlich gilt in 22 Mitgliedsstaaten der EU das System der privaten Vervielfältigung gegen Vergütung, das den Konsumenten ermöglicht, Werke aller Art für private Zwecke zu vervielfältigen, sei es durch das klassische Fotokopieren oder dessen Ersatztechniken (Scannen, Brennen) sowie das Mitschneiden von audiovisuellen Werken durch Video- bzw. DVD-Rekorder. Dieses System ist der in der Regel im fernen Osten angesiedelten Elektronikindustrie ein Dorn im Auge, weil die Vergütungen für Urheber zum großen Teil durch Zuschläge zu den Gerätepreisen erhoben und mit den Verwertungsgesellschaften verrechnet werden. Die europäische Lobby dieser elektronischen Firmen beklagte sich in Brüssel über angebliche Wettbewerbsverzerrungen, die gleiche Absatzchancen ihrer Produkte in den verschiedenen Märkten der EU verhinderten. Dies in einer Situation, in der unstreitig ein und dasselbe Geräte in verschiedenen Staaten der EU unabhängig vom Bestehen und der Ausgestaltung dortiger Privatkopiersysteme je nach Marktchancen zu unterschiedlichen Preisen veräußert wird, am billigsten übrigens in Russland. Das Interesse der Industrie liegt darin, sich von den Abgaben zu befreien, weshalb den Urhebern empfohlen wird, sich so genannter »Rights Management Systeme« zu bedienen, die zur Verschlüsselung von Werken Verwendung finden sollen und den punktgenauen Download von Werken gegen Berechnung ermöglichen sollen. Fakt ist hier allerdings, dass alle großen musikalischen Konzerne, die mit derartigen Kopierschutzsystemen ihre CD-Produktionen vor Vervielfältigung schützen wollten, inzwischen diese Verschlüsselungen wieder aufgegeben haben, weil erhebliche Probleme bei der Nutzung auftraten und die Verbraucher rebellierten. Um der IT-Industrie zu helfen, beabsichtigte die Kommission Binnenmarkt in einer weiteren »Empfehlung«, in das individualstaatliche System der privaten Vervielfältigung einzugreifen und es zum Nachteil der Urheber zu reduzieren, die aus den von den Verwertungsgesellschaften verwalteten

Vergütungen zumindest eine gewisse Kompensation für das Wegbrechen des Primärmarktes speziell im Bereich Musik ziehen. Diese Empfehlung wurde allerdings in letzter Minute, und zwar kurz vor Beschlussfassung durch die EU-Kommission, durch das Eingreifen der Regierungen dreier großer Mitgliedsstaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) gestoppt, dem Vernehmen nach vor allem deswegen, weil die Mitgliedsstaaten durch die Praxis der Entwicklung von »soft law« ihre Mitwirkungsrechte bei der Formulierung wesentlicher Grundlagen der Gesetzgebung der EU gefährdet sahen. Durch diesen letztlich konstitutionell begründeten Eingriff wurde dem Wirken der Kommission kurzfristig Einhalt geboten; gleichzeitig hat jedoch die Kommissarin Reding, die soeben die Richtlinie »Fernsehen ohne Grenzen« an die amerikanischen Marktbedingungen angepasst und das Verhältnis von Werbeeinblendungen und Programmtransport erheblich verwässert sowie die Anwendung von »product placement« erleichtert hat, angekündigt, sie wolle sich des Themas der privaten Vervielfältigung nunmehr unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Informationsgesellschaft ihrerseits annehmen.

Eine weitere Attacke gegen die Verwertungsgesellschaften unternimmt derzeit die Generaldirektion »Wettbewerb«, die auf Betreiben des *RTL*-Konzerns die Lizenzsituation von Kabel- und Satellitenprogrammen aufgegriffen und angebliche Wettbewerbsbeeinträchtigungen in der Lizenzierungspraxis der nationalen Verwertungsgesellschaften für Musik festgestellt hat. Bisher sind Kabel-, selbst Satellitenmärkte, weitgehend nationale Märkte, da die Programme sich schon aus sprachlichen Gründen an der nationalen Kundschaft orientieren. Ausnahmen sind Sender wie *MTV* oder *CNN*, aber selbst diese Programme verfügen über nationale Fenster, um durch speziell geschaltete Werbung auf die Besonderheiten der nationalen Märkte einzugehen. Hier versucht die EU-Kommission durch Androhung hoher Strafen die musikalischen Verwertungsgesellschaften zu zwingen, europaweite Kabel- und Satellitenlizenzen zu erteilen, die lediglich den multinational operierenden Medienunternehmen beziehungsweise Sendergruppen (*RTL* beziehungsweise Kirch-Nachfolger) zugute kommen. Mit einem Federstrich sollen Marktpositionen nationaler musikalischer Verwertungsgesellschaften – das heißt Marktpositionen des nationalen Repertoires beziehungsweise der nationalen Urheber und Verleger – zerschlagen werden, um den europaweiten und damit kostengünstigeren Lizenzerwerb zugunsten großer Nutzer, von denen in Europa nur einige wenige bestehen, zu ermöglichen.

Allen geschilderten Angriffen auf die Struktur der Verwertungsgesellschaften ist gemeinsam, dass die Kommission diese Gesellschaften nicht als Teil der nationalen kulturellen Infrastruktur sieht, die von Urhebern und Rechteinhabern im Interesse einer gemeinsamen und solidarischen Rechtswahrnehmung gegründet wurden und verwaltet werden und deshalb auch der Festigung und Entwicklung der kulturellen Infrastruktur in wirtschaftlicher Hinsicht dienen. Die Kommission vergleicht diese Gesellschaften in ihrer Politik neuerdings unkritisch mit Industriekonzernen, die im Interesse der Konsumenten gezwungen wurden, Preisunterschiede in nationalen Märkten aufzugeben. Übersehen wird hierbei allerdings, dass zum Beispiel bei der Wettbewerbskontrolle der Automobilunternehmen die Anbieter nicht am nationalen Binnenmarkt orientierte Hersteller waren, sondern international tätige Konzerne, die weltweit operierten und von besonderen Gegebenheiten einzelner nationaler Märkte besonders profitierten. Der unvergessene Kommissionspräsident Jacques Delors prägte das Wort von der erforderlichen und wichtigen Unterscheidung zwischen dem Kulturmarkt und dem Markt für Industrieprodukte in Europa: Seine Auffassung wird von der neoliberalen Barroso-Kommission als längst überholt betrachtet.

Zum Glück gibt es auch Gegenwehr: Das Europäische Parlament hat in einem als Entwurf vom 7.11.2006 vorliegenden Bericht die »Empfehlungspolitik« der Kommission massiv angegriffen. Es wirft in Bezug auf die Empfehlung zur Online-Musik der Kommission zum Beispiel vor, es versäumt zu haben, die interessierten Parteien ausreichend zu konsultieren, das Parlament einzubeziehen und die Politik des Erlasses von »soft law« ohne formelle Zustimmung von Parlament und Ministerrat begonnen und hierdurch den demokratischen Prozess umgangen zu haben. Inhaltlich lenkt es die Aufmerksamkeit darauf, dass Musik keine Handelsware ist und musikalische Verwertungsgesellschaften in der Regel Non-Profit-Organisationen sind, die eine bedeutende Rolle in der Unterstützung und der Förderung junger und Minoritäten angehörender Rechteinhaber innehaben, und stellt schließlich fest, dass die Umsetzung der Online-Empfehlung ausgesprochen negative Effekte auf lokale Repertoires gehabt hat. Besonders hervorgehoben wird, wie bereits dargestellt, dass die Förderung der kulturellen Vielfalt dadurch misslingt, dass diversifizierte Repertoires wie im alten System nicht mehr angeboten werden. Das Parlament fordert die Kommission auf, ihren Kurs zu überdenken und zurückzukehren zu einer Kulturordnungspolitik, die dem Anliegen des Europäischen Parlaments, aber auch der Mitgliedsstaaten, genügt, die kulturelle Vielfalt der nationalen Kreativität in ihrer Entfaltung zu fördern und ihre Vermittlung europaweit zu unterstützen. Es ist zu hoffen, dass die Intervention des Parlaments im Einvernehmen mit den nationalen Regierungen zu einer Änderung der Handlungsansätze der Kommission im Kulturbereich führt.

Doris Gau

# *Bund – Länder – Europa: Deutsche Interessenvertretung in der Europäischen Kulturpolitik*

## *Kulturpolitik und Kulturförderung in Deutschland*

Nach der bundesstaatlichen Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland sind die staatlichen Funktionen und Kompetenzen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Gemäß Art. 30 GG in Verbindung mit Art. 70 GG und Art. 83 GG ist die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben Sache der Länder, soweit das Grundgesetz keine andere Regelung trifft. Für den Bereich der Kultur fehlt eine ausdrückliche Kompetenzzuweisung an den Bund, so dass die Gesetzgebungskompetenz für diesen Bereich mit wenigen Ausnahmen bei den Ländern liegt. Diese umfassende Zuständigkeit ist vom Bundesverfassungsgericht als »Kulturhoheit der Länder« bezeichnet worden und stellt den Kernbestand der Eigenstaatlichkeit der Länder dar.

Kulturpolitik und Kulturförderung sind somit in erster Linie Sache der Länder und Gemeinden. Dementsprechend wird der ganz überwiegende Teil der öffentlichen Kulturausgaben von den Ländern und Gemeinden getragen: Insgesamt gaben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2005 rund 8,03 Milliarden Euro für Kultur aus, das heißt knapp 0,4 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Länder und Gemeinden (einschließlich der Zweckverbände) hatten im Jahr 2003 in etwa gleich hohe Anteile an den Kulturausgaben (jeweils knapp 44 Prozent oder rund 3,5 Milliarden Euro). Der Bund beteiligte sich mit 1,105 Milliarden Euro (12,5 Prozent) an den öffentlichen Kulturausgaben und lag damit um 3,5 Prozent höher als im Vorjahr. (Siehe Kulturfinanzbericht 2006)

Aufgrund ihrer kulturpolitischen Eigenständigkeit betreiben die Länder – und die Gemeinden – eine eigene Kulturpolitik mit spezifischen kulturellen Schwerpunktsetzungen.[1] Diese beruhen nicht zuletzt auf unterschiedlichen historischen und

1 Die Pro-Kopf-Ausgaben der Länder für Kultur waren in Berlin mit 159 Euro, Sachsen und Bremen mit jeweils

regionalen Entwicklungen. Vielfalt und Reichtum des kulturellen Lebens in Deutschland sind dabei direkter Ausfluss der dezentralen Struktur von Kulturpolitik und Kulturförderung.

Ungeachtet des verfassungsrechtlichen Besitzstandes der Länder und der – gemessen an den Anteilen der Kulturausgaben – nach wie vor eindeutigen Gewichtsverteilungen haben die Länder in den vergangenen Jahren eine zunehmende Einengung ihrer Kompetenzen im kulturellen Bereich hinnehmen müssen: Insbesondere die seit dem Beitritt der neuen Länder verstärkten kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes (siehe Art. 35 Einigungsvertrag), aber auch die Etablierung eines *Beauftragten der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien*, in dessen Amt die kulturpolitischen Kompetenzen des Bundes gebündelt wurden,[2] sowie die gleichzeitige Einrichtung eines *Ausschusses für Kultur und Medien* im Deutschen Bundestag und schließlich die Schaffung einer *Kulturstiftung des Bundes* sind signifikante Zeichen für eine wachsende Aushöhlung der Kulturhoheit der Länder. (Siehe Stettner 2002)[3]

Darüber hinaus sehen sich die Länder im Zuge des europäischen Einigungsprozesses mit der Tatsache konfrontiert, dass auch die Europäische Union ihr Aufgaben- und Funktionsspektrum stetig ausgedehnt hat: Insbesondere der 1993 in Kraft getretene Vertrag von Maastricht hat dazu geführt, dass die EU in immer mehr Politikbereichen Mitverantwortung und Mitgestaltungsmöglichkeiten erhielt. Die deutschen Länder sind davon insofern grundlegend betroffen, als sich auch originäre Länderkompetenzen ganz oder teilweise auf Organe der EU verlagerten – auch in Politikbereichen, die nach der innerstaatlichen Kompetenzverteilung ausdrücklich den Ländern vorbehalten sind, wie beispielsweise im Bildungs- und Ausbildungswesen, in der Forschungs- und Technologiepolitik, in der regionalen Strukturpolitik und im Kultur- und Medienbereich. (Siehe Hrbek 1997: 13)

Angesichts zunehmender Kompetenzverlagerungen von den Ländern auf den Bund – nicht nur im Kulturbereich – und der damit einhergehenden Abgrenzungs- und Zuordnungsprobleme der öffentlichen Ausgaben ist im Jahr 2001 eine Debatte über eine Reform des »kooperativen Föderalismus« begonnen worden mit dem Ziel einer Systematisierung und Entflechtung von Kompetenzen. Die Verhandlungen über eine grundlegende Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung scheiterten zwar zunächst Ende 2004, wurden dann jedoch im Herbst 2005 wieder aufgenommen; im Juni/Juli 2006 schließlich fassten Bundestag und Bundesrat einen entsprechenden Beschluss zur Änderung des Grundgesetzes. (Gesetz zur Änderung des GG vom 28.8.2006, *BGBl.* I 2006, Nr. 41, S. 2034–2038; Föderalismus-Begleitgesetz vom 5.9.2006, *BGBl.* I, Nr. 42, S. 2098–2107)

157 Euro am höchsten, in Schleswig-Holstein mit 52 Euro, Rheinland-Pfalz mit 53 Euro und im Saarland mit 54 Euro am niedrigsten. (Siehe »Kulturfinanzbericht 2006«)

2 Mit Ausnahme der Auswärtigen Kulturpolitik, die nach wie vor im *Auswärtigen Amt* ressortiert.

3 Stettner hebt allerdings auch hervor, dass die umfangreiche Fördertätigkeit des Bundes auf dem kulturellen Sektor sich nicht ohne die stillschweigende Mitwirkung der Länder hat entwickeln können.





Parallel dazu hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass eine Reform des deutschen Föderalismus nicht unternommen werden kann, ohne die Rückwirkungen des fortschreitenden Prozesses der Europäisierung auf die deutsche föderale Ordnung mit in den Blick zu nehmen. Vor diesem Hintergrund sieht sich der bundesdeutsche Kulturföderalismus einem anhaltenden inneren und äußeren Veränderungsdruck ausgesetzt. Wobei die kompetenzrechtliche Grundlage des kulturpolitischen Handelns des Bundes nach wie vor nicht endgültig geklärt ist . (Siehe Mahrenholz 2002: 857; vgl. hierzu auch Rübsaamen 2002, Häberle 2002, Stettner 2002 und 2004)

### *Zur Europäisierung des deutschen Föderalismus*

Durch den europäischen Einigungsprozess, der mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 und zwei weiteren am 1. Januar 2007 seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte, hat die innere Verfassungsstruktur der Mitgliedstaaten weitreichende Kompetenz- und Machtverschiebungen erfahren. Zweifelsohne ist auch der deutsche Föderalismus in wachsendem Maße von europäischen Regelungen betroffen; auf Länderebene existieren kaum noch Aufgabenfelder, die nicht in irgendeiner Form von den Folgen der europäischen Integration beeinflusst werden, so auch die Kultur-, Bildungs- und Ausbildungspolitik oder die Forschungs- und Technologiepolitik.

Die Mehrheit der Länder scheint diesen Prozess der »Europäisierung« primär als eine Gefährdung ihrer Eigenstaatlichkeit wahrzunehmen. Allerdings stellt sich die Frage, ob der Föderalismus durch die Europäisierung tatsächlich in seinem Kern bedroht ist oder ob er durch die Europäisierung nur eine Veränderung und Transformation erfährt. Europäisierung meint dabei sowohl die Einbeziehung der europäischen Integration in die nationale Organisations- und Entscheidungslogik, als auch die Anpassung von politischen, kognitiven und normativen Strukturen sowie von Politikfeldern an die Erfordernisse der europäischen Integration. (Siehe Eppler 2006, Große-Hüttmann/Knodt 2000, auch Fischer 2003)

Tatsächlich haben die Länder in den vergangenen Jahren verschiedene Strategien entwickelt, ihre Kompetenzverluste durch entsprechende Gegenmaßnahmen auszugleichen: Insbesondere mit dem Vertrag von Maastricht und den daraus folgenden Grundgesetzänderungen – Neufassung des Art. 23 – konnten deutliche Verbesserungen der Länderbeteiligungsrechte durchgesetzt werden. Nicht nur wurde damit die Mitwirkung der Länder über den Bundesrat verfassungsrechtlich verankert, es wurde zudem die Möglichkeit der direkten Beteiligung an Sitzungen des Ministerrates sowie den Beratungsgremien des Rates und der Kommission durch Ländervertreter geschaffen.

*Exkurs: Die Mitwirkung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union*

*Die gesetzliche Grundlage*

Durch den neu geschaffenen Art. 23 des GG wurde festgelegt, dass die Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union durch den Bundesrat mitwirken. Diese Mitwirkung ist geregelt im »Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern« (EUZBLG) vom März 1993 und der dazu zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder abgeschlossenen Vereinbarung (BLV) vom Oktober desselben Jahres. Danach unterrichtet die Bundesregierung den Bundesrat umfassend zum frühest möglichen Zeitpunkt über alle Vorhaben im Rahmen der EU, die für die Länder von Interesse sein können und gibt dem Bundesrat vor Festlegung der deutschen Verhandlungspositionen rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme. Je nach Betroffenheit von Länderinteressen oder –zuständigkeiten ist ein abgestuftes Verfahren der Ländermitwirkung vorgesehen:

- Beteiligung der Länder an Beratungen zur Festlegung der deutschen Verhandlungsposition, soweit der Bundesrat an entsprechenden innerstaatlichen Maßnahmen mitzuwirken hätte oder die Länder innerstaatlich zuständig wären (§ 4 EUZBLG).
- Teilnahme von Ländervertretern an den Verhandlungen in den Beratungsgremien von Kommission und Rat, soweit wesentliche Interessen der Länder berührt sind (§ 6 Abs. 1 EUZBLG).
- Übertragung der Verhandlungsführung auf einen Ländervertreter in den Beratungsgremien von Kommission und Rat sowie in den Ratstagungen bei Vorhaben, die im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder betreffen (§ 6 Abs. 2 EUZBLG).

Auf Basis dieser gesetzlichen Grundlage bestellt der Bundesrat Ländervertreter – in der Regel zwei Experten der Fachministerien der Länder – zu seinen Beauftragten.

Nach Abschnitt IV der Bund-Ländervereinbarung unterrichtet die Bundesregierung den Bundesrat unverzüglich über den Ort, den Zeitpunkt und die Beratungsgegenstände der Sitzungen von Gremien des Rates und der Kommission, in denen Vorhaben behandelt werden, zu denen dem Bundesrat vor Festlegung der Verhandlungspositionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist, damit ein Bundesratsbeauftragter an der Sitzung teilnehmen kann. Dasselbe gilt – soweit möglich – für vorbereitende Aktivitäten der Kommission wie formelle Anhörungen, Konsultationen und Expertengespräche, aber auch für vorbereitende Beratungen nach Abschnitt II der Bund-Länder-Vereinbarung.

*Die Aufgaben der Bundesratsbeauftragten*

Zentral für die Mitwirkung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union ist die Möglichkeit, über den Bundesrat eine gemeinsame Position rechtswirksam festzulegen. Dabei sind Stellungnahmen nach § 5 I (einfache Berücksichtigung) und § 5 II EUZBLG (maßgebliche Berücksichtigung) zu unterscheiden. Stellungnahmen nach § 5 II EUZBLG liegen vor, wenn bei einem EU-Vorhaben im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind und der Bund kein Recht zur Gesetzgebung hat oder ein EU-Vorhaben im Schwerpunkt die Einrichtung der Behörden der Länder oder ihre Verwaltungsverfahren betrifft.





Die Bundesratsbeauftragten haben daher die Aufgabe, die Länder zu informieren, Stellungnahmen des Bundesrates zu initiieren und die Stellungnahmen des Bundesrates auf EU-Ebene zu vertreten. Die vom Bundesrat beschlossenen Stellungnahmen sind für die Bundesratsbeauftragten bindend. Wenn sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen ein Aktualisierungsbedarf für die Stellungnahme des Bundesrates ergibt, ist es die Aufgabe der Bundesratsbeauftragten, auf weitere Beschlüsse des Bundesrates hinzuwirken (Initiativrecht/-pflicht).

Die Stellungnahmen des Bundesrates zu Vorhaben der EU sind bei der Festlegung der deutschen Verhandlungsposition im Rat

- zu berücksichtigen, soweit Interessen der Länder berührt sind, der Bund innerstaatlich aber das Recht zur Gesetzgebung hat (§ 5 EUZBLG); die Bundesregierung ist in diesen Fällen nicht an die Stellungnahme des Bundesrates gebunden.
- maßgeblich zu berücksichtigen, soweit ein EU-Vorhaben im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse, die Einrichtung der Behörden der Länder oder ihre Verwaltungsverfahren betrifft (§ 5 Abs. 2 EUZBLG). Bei abweichender Sachposition muss die Bundesregierung in diesen Fällen Einvernehmen mit dem Bundesrat herstellen. Im Streitfall ist die Auffassung des Bundesrates nur dann bindend, wenn sie mit 2/3 seiner Stimmen bestätigt wird. Aber auch dann kann die Bundesregierung von der Auffassung des Bundesrates abweichen, wenn dies zur Wahrung der gesamtstaatlichen Verantwortung einschließlich außen-, verteidigungs- und integrationspolitisch zu bewertender Fragen erforderlich ist.

*Gemeinsamer Länderbeobachter*

Die Länder werden bei der Wahrnehmung ihrer Mitwirkungsrechte durch einen gemeinsamen Länderbeobachter mit Sitz in Brüssel unterstützt. Dessen Hauptaufgabe ist die Unterrichtung der Länder über die Beratung in den Räten. Außerdem verfügen die Länder über eigene Büros in Brüssel, die mit dem Länderbeobachter und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten.

*Weitere Abstimmungsgremien der Länder*

Im Wege der horizontalen Koordinierung der Länderinteressen werden europapolitische Themen im Rahmen der *Europaministerkonferenz der Länder (EMK)* behandelt, zunehmend aber auch von der *Ministerpräsidentenkonferenz (MPK)*. Die Länder haben außerdem die Möglichkeit, ihre Interessen in Brüssel über den *Ausschuss der Regionen (AdR)* wahrzunehmen.

*»Europatauglichkeit« des deutschen Föderalismus*

Im Zuge der Debatten über die Föderalismusreform spielte auch die »Europatauglichkeit« des deutschen Föderalismus eine nicht unwesentliche Rolle. Nicht von ungefähr ist in diesem Zusammenhang auch der Bereich der Kultur in den Blick genommen worden. Dabei wurden die europapolitischen Kompetenzen der Länder von den Kritikern pauschal als Hemmschuh für eine effiziente Vertretung deutscher Interessen deklariert. Der innerdeutsche Abstimmungsprozess im Kulturbereich mit zu vielen Akteuren führe dazu, dass die Bundesregierung in Ratssitzungen nicht flexibel verhandeln könne und sich daher besonders oft enthalten müsse. Gleichzeitig – so die Kritik – spreche Deutschland in Brüssel mit zu vielen Stimmen. (Siehe Niederschrift der Gemeinsamen öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages und des Ausschusses für Innere Angelegenheiten des Bundesrates zur Föderalismusreform, Teil VII vom 2. Juni 2006) Kurz: Die Mitwirkung der Länder in EU-Angelegenheiten beeinträchtige die Position Deutschlands in der EU, Art. 23 GG habe sich in der Praxis nicht bewährt.

Die allgemeinen Erfahrungen mit der Anwendung von Art. 23 GG in der Vergangenheit zeigen jedoch, dass es trotz der Verflechtungsstrukturen wenig Blockaden in der innerstaatlichen Zusammenarbeit gab. (Siehe Eppler 2006) Tatsächlich zieht der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, eine insgesamt positive Bilanz der Zusammenarbeit von Bund und Ländern und liefert hierzu auch konkrete Zahlen (siehe Beck 2004): Im Zeitraum 1993 bis 2003 habe der Bundesrat insgesamt 1 500 Stellungnahmen zu Vorlagen der EU (Vorschläge für Richtlinien und Verordnungen) abgegeben; dabei sei in weniger als 5 Prozent der Fälle von einer maßgeblichen Berücksichtigung der Länder gemäß Art. 23 Abs. 5 und 6 GG auszugehen gewesen. Auch wenn die Bundesregierung in einem Teil der Fälle dem Verlangen der Länder widersprochen habe, führte dies in der Praxis nicht zu Problemen, da inhaltlich zwischen der Position der Bundesregierung und der Position der Länder kein Widerspruch bestand. Lediglich in einem einzigen Fall (Richtlinienvorschlag zur Plan UVP) sei es aufgrund inhaltlicher Differenzen zu einem Streitfall gekommen, bei dem sich die Bundesregierung durchgesetzt habe.

Auch die Mitwirkung der Ländervertreter im Rat und hier speziell die Übertragung der Verhandlungsführung, wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, ist im großen und ganzen problemlos verlaufen: Seit 1998 hat der Bundesrat – so Beck – in acht Fällen die Übertragung der Verhandlungsführung gefordert, dem die Bundesregierung in drei Fällen widersprochen hat. Mit diesen Auffassungsunterschieden sei jedoch pragmatisch umgegangen worden; alle Beteiligten kamen in den Verhandlungen zu Wort, inhaltlich gab es keine unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Positionen der Bundesregierung und der des Bundesrates. (Siehe Beck 2004)

Vor diesem Hintergrund ist die nunmehr in Kraft getretene Änderung von Art. 23 Abs. 6 GG als Präzisierung zu sehen: Aus der bisherigen Soll-Vorschrift wurde eine zwingende Norm unter der Voraussetzung, dass im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, das heißt auf den Gebieten der schulischen Bildung, der Kultur oder des Rundfunks. Durch diese Regelung werden Unsicherheiten beseitigt, die die bisherige Soll-Regelung für die Übertragung der Wahrnehmungsrechte auf einen Ländervertreter in der Praxis ausgelöst hatte. (Siehe Danwitz 2006) Zukünftig wird es also in den genannten Bereichen zu einer kontinuierlichen Vertretung durch die Länder in Brüssel kommen, was eine Koordination der Länder untereinander und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bund erforderlich macht. (Siehe Eppler 2006)





*Beteiligung der Länder auf EU-Ebene im Kulturbereich*

Die Bundesrepublik Deutschland ist im Kulturministerrat durch einen vom Bundesrat benannten Landeskulturminister vertreten; seit 2003 ist dies der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Freistaates Bayern, Thomas Goppel.[4] Für die Bundesregierung nimmt der *Beauftragte für Kultur und Medien*, Staatsminister Bernd Neumann, im Rahmen der außenpolitischen Kompetenz des Bundes die Leitung der deutschen Delegation wahr. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hat Staatsminister Neumann den Ratsvorsitz in diesem Bereich.

Die Verhandlungsführung im Rat wechselt je nach Verhandlungsgegenstand (ausschließliche Zuständigkeit des Bundes respektive ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis der Länder). Für die Arbeit im *Ausschuss für Kulturfragen* beim Rat der Europäischen Union, in dem die Ratstagungen vorbereitet werden, sind zwei Ländervertreter aus den Kulturministerien ebenfalls durch den Bundesrat benannt (seit 2002 stellen der Freistaat Bayern und das Land Mecklenburg-Vorpommern je einen Vertreter auf Beamtenebene).

Der Rat *Bildung, Jugend und Kultur*, zu dem die 27 Ministerinnen und Minister für Bildung, Kultur, Jugend und Kommunikation der Mitgliedstaaten zusammenkommen, tagt drei- bis viermal im Jahr. Während der Rat in den Bereichen Bildung und Jugend mit qualifizierter Mehrheit beschließt, gilt im Bereich der Kultur Einstimmigkeit.

Außerdem findet eine Länderbeteiligung über die Ratsarbeitsgruppen statt. Gesetzesvorlagen der Kommission werden von den nationalen Delegationen der Mitgliedstaaten in den Arbeitsgruppen beraten. Sofern Länderinteressen durch ein Gesetzgebungsvorhaben betroffen sind, können in bestimmten Fällen die Länder über den Bundesrat direkt je nach Ressort Experten zu den Verhandlungen als Teilnehmer der deutschen Delegation schicken. Darüber hinaus sind die Länder auch über die Kommissionsausschüsse in die EU-Politik eingebunden.[5]

Im Wege der Selbstkoordinierung stimmen sich die Länder im Rahmen der *Kultusministerkonferenz* untereinander ab und erarbeiten ihre gemeinsame Position in der *Kommission für Angelegenheiten der Europäischen Union (EUKIA)*, bevor sie

4 Davor hat über 15 Jahre der bayerische Staatsminister Hans Zehetmair die Länderseite vertreten.

5 Der Ländervertreter für den Programmausschuss der Kommission für das Förderprogramm »KULTUR« ist am 29.1.2007 im Bundesrats-Ausschuss für Kulturfragen benannt worden.

sie in den Bundesrat – hier in den *Ausschuss für Kulturfragen* und den *Europa-Ausschuss* – und in die Verhandlungen mit dem Bund einbringen.

*Kulturpolitik auf europäischer Ebene*

Kultur wird durch die Europäische Union nach dem Subsidiaritätsprinzip gefördert, das heißt die Gemeinschaft wird nur dann tätig, »sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können« (Artikel 5 des EGV). Mit dieser Festlegung soll sichergestellt werden, dass trotz des kulturellen Engagements der EU die nationalen Kulturpolitiken nicht eingeschränkt werden.

Drei wichtige Ziele für die Tätigkeit der Gemeinschaft im Kulturbereich sind:

- Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie unter gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes,
- Förderung des zeitgenössischen kulturellen Schaffens einschließlich des audiovisuellen Bereichs,
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern sowie internationalen Organisationen.

In Artikel 151 Absatz 4 EGV hat sich die Europäische Union zudem verpflichtet, bei ihrer Tätigkeit auch in den anderen Politikbereichen die kulturellen Aspekte zu berücksichtigen (so genannte Kulturverträglichkeitsklausel). Das heißt, die EU soll beispielsweise auch in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen die kulturelle Dimension reflektieren, wobei es im Wesentlichen von den politischen Akteuren abhängt, die »Kulturverträglichkeit« von EU-Entscheidungen einzufordern.

Auf der Grundlage von Art 151 EGV darf die Europäische Union mithin Fördermaßnahmen durchführen, die europäische Projekte mit den genannten Zielsetzungen unterstützen. Zwischen 1993 und 1999 wurden zwei Programmgenerationen verabschiedet: Zunächst die Sektorprogramme »Kaleidoskop«, »Ariane« und »Raphael«, die ab dem Jahr 2000 in ein einziges Kulturrahmenprogramm »Kultur 2000« integriert wurden. Das Programm hatte zunächst eine Laufzeit bis 2004, wurde dann aber durch Beschluss des Kulturministerrates bis zum Jahr 2006 verlängert. Ab 2007 gibt es hierfür das Nachfolgeprogramm »KULTUR« für weitere sieben Jahre. (Siehe hierzu die Darstellung von Christine Beckmann in diesem Band.)

Der Bundesrat hat sich im Jahr 2004 zweimal mit dem neuen Kulturprogramm befasst: Am 14. Mai hat der Bundesrat eine detaillierte Stellungnahme zur »Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Aktive Bürgerschaft konkret verwirklichen: Förderung der europäischen Kultur und Vielfalt durch Programme im Bereich Jugend, Bürgerbeteiligung, Kultur und audiovisuelle Medien« beschlossen (Bundesrats-Drucksache 231/2004). Ein weiteres Mal am 15. Oktober ebenfalls mit einer Stellungnahme zum »Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm ›Kultur 2007‹ (2007–2013)«, in der einleitend festgestellt wird, dass wesentliche Forderungen vom Mai 2004 im vorgelegten Programmvorschlag berücksichtigt worden seien; allerdings fügte der Bundesrat auch noch einige weitere Petita für die weiteren Verhandlungen in Brüssel an (Bundesrats-Drucksache 576/2004).





*Schlussbemerkung*

In der vor kurzem beschlossenen Änderung des Grundgesetzes im Rahmen der Föderalismusreform war die generelle Kulturförderung der Länder und des Bundes nicht Gegenstand der Verhandlungen. In der Begründung zum Gesetzentwurf heißt es daher auch ausdrücklich, dass »die gemeinsame Kulturförderung von Bund und Ländern unberührt bleibt«. Selbst die Neufassung von Art. 23 Abs. 6 GG ändert im Aufgabenfeld Kultur im Verhältnis zur europäischen Ebene – soweit Materien ausschließlicher Ländergesetzgebungskompetenz betroffen sind – in der Sache und in der Praxis nichts Wesentliches. Das heißt, sie stellt keine grundlegende Änderung der bisher dem Bundesrat eingeräumten Beteiligung an der Außenvertretung in Angelegenheiten der Europäischen Union dar.

Auch wenn die Komplexität der Abstimmungs- und Entscheidungsverfahren zur Wahrnehmung der deutschen Mitgliedschaftsrechte durch Art. 23 fraglos gesteigert wird, handelt es sich hier um ein legitimes Anliegen der Länder auf Kompensation ihres – im Zuge der europäischen Integration unvermeidlichen – Kompetenzverlustes. Aus der bislang geltenden Soll-Vorschrift zur Länderbeteiligung ist eine zwingende Rechtsfolgeanordnung der Übertragung der Verhandlungsführung in den Gebieten schulische Bildung, Kultur und Rundfunk geworden. Verfassungsrechtlich und gemeinschaftsrechtlich sind die Neuregelungen unbedenklich; die Fortführung dieser Praxis bedeutet auch keinen Sonderweg, gibt es doch entsprechende Regelungen im Vereinigten Königreich, in Belgien und in Österreich. (Vgl. Danwitz 2006)

Als Fazit bleibt daher nur, die europapolitische Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Kulturbereich im Rahmen der bestehenden Strukturen kontinuierlich zu verbessern – angesichts der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 eine unabdingbare Aufgabe.

## Literatur


Beck, Kurt (2004): »Hintergrundinformationen der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur Ländermitwirkung in EU-Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Reformüberlegungen zu Artikel 23 GG, Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung«, in: *Kommissionsdrucksache* 0034/2004

Behrens, Antje (1999): *Kultur in der Europäischen Union: die Kompetenz der Europäischen Union im kulturellen Bereich und deren Auswirkung auf die Zuständigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin (Diss.)

Danwitz, Thomas von (2006): »Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses am 2. Juni 2006 zur Wahrnehmung der Rechte der Bundesrepublik Deutschland in der EU durch einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder, wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder auf den Gebieten der schulischen Bildung, der Kultur oder des Rundfunks betroffen sind«, in: *Niederschrift Teil VII der 842. Ausschusssitzung, Öffentliche Anhörung Föderalismusreform*, 2. Juni 2006

Eppler, Annegret (2006): »Föderalismusreform und Europapolitik«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 50/2006

Fischer, Thomas (2003): »Deutscher Föderalismus vor der Herausforderung einer europäischen Verfassung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 29-30/2003

Große-Hüttmann, Martin/Knodt, Michèle (2000): »Die Europäisierung des deutschen Föderalismus«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 52-53/2000

Häberle, Peter (2002): »Kulturhoheit im Bundesstaat, Entwicklungen und Perspektiven«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2001, Thema: Kulturföderalismus*, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik/Klartext Verlag, S. 115–138

Hoffmann, Reinhard (2006): »Schriftliche Stellungnahme für die Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages betr. Föderalismusreform – zum Aufgabenfeld Kultur, Medien und Hauptstadt Berlin«, in: *Niederschrift Teil VII der 842. Ausschusssitzung, Öffentliche Anhörung Föderalismusreform*, 2. Juni 2006

Hrbek, Rudolf (1997): »Die Auswirkungen der EU-Integration auf den Föderalismus in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 24/1997, S. 12–21

Hrbek, Rudolf (2001): »Deutscher Föderalismus als Hemmschuh für die europäische Integration? Die Länder und die deutsche Europapolitik«, in: Schneider, Heinrich/Jopp, Matthias/Schmalz, Uwe (Hrsg.): *Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen*, Bonn, S. 267–298

Mahrenholz, Ernst Gottfried (2002): »Die Kultur und der Bund: Kompetenzrechtliche Erwägungen anlässlich der Gründung der Bundeskulturstiftung im März 2002«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, Heft 13/2002, S. 857–867

Müller, Lorenz/Singer, Otto (2004): *Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen der Kultur in Deutschland: Bestandsaufnahme und Einordnung in die kulturpolitische Praxis von Bund und Ländern*, Berlin: Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages

Rübsaamen, Dieter (2002): »Verfassungsrechtliche Aspekte des Kulturföderalismus: Anmerkungen zum verfassungsrechtlichen Kulturauftrag der Länder, zum Bund-Länder-Zusammenwirken sowie zur Konzeption einer Bund-Länder-Kulturstiftung«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2001, Thema: Kulturföderalismus*, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik/Klartext Verlag, S. 153–183

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2006): *Kulturfinanzbericht 2006*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

Stettner, Rupert (2002): »Der verkaufte Verfassungsstaat: Zur Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern bei der Kulturförderung unter besonderer Berücksichtigung der Kulturstiftung des Bundes«, in: *Zeitschrift für Gesetzgebung*, S. 315–334

Stettner, Rupert (2004): »Natur der Sache und Kulturförderung durch den Bund«, in: Blankenagel, Alexander/Pernice, Ingolf/Schulze-Fielitz, Helmuth (Hrsg.): *Verfassung im Diskurs der Welt*, Tübingen, S. 681–702




Ulf Großmann

# *Europäische Kulturpolitik – Implikationen für die Arbeit des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages*

Viel zitiert ist der Ausspruch »Wenn Europa noch einmal gemacht werden müsste, würde ich mit der Kultur begonnen haben«, den der schweizerische politische Philosoph Denis de Rougemont von dem französischen Politiker und Gründungsvater der Europäischen Gemeinschaft Jean Monnet gehört zu haben glaubte. Den beiden großen Europäern wird die Autorenschaft für diese Wortmeldung zu Europa und Kultur als eine tiefe und reife Erkenntnis von Männern, die die Grundlagen für unsere heutige Europäische Union politisch und philosophisch, mit Kopf und Hand mitgestaltet haben, zuerkannt. Tatsächlich aber war es Helene Ahrweiler, die 1916 in Athen geborene Historikerin, die 1976 die erste Präsidentin in der 700-jährigen Geschichte der Sorbonne wurde, die sagte: »Wenn Europa noch einmal gemacht werden müsste, würde ich mit der Kultur begonnen haben, könnte Jean Monnet gesagt haben.« Helene Ahrweiler wurde falsch zitiert, ohne den Konjunktiv Irreales der Vergangenheit und so wird das Zitat, das nicht von üblicher politischer Koketterie zeugt und auch keinen Nebenschauplatz darstellt, um Kunst und Kultur heiter-besinnlich zu verklären, Jean Monnet zugeordnet. Seither versucht Helene Ahrweiler alles, um den Irrtum zu korrigieren – leider völlig umsonst – ist in *Le Monde* am 21. Juni 1998 zu lesen.[1] Allein die Tatsache, dass die kulturelle europäische Öffentlichkeit mehreren Denkern den von Erfahrungen, Lebensweisheit und politischer Realität getragen Ausspruch bereit ist, die Autorenschaft anzuerkennen, verdeutlicht, wie wahr der Gedanke ist und welche Anerkennung der Rolle von Kultur für den Bau des »Hauses Europa« beigemessen wird.

1 Der Dank für die Hinweise in dieser Angelegenheit geht an Prof. Dr. Matthias Vogt.

Europa, Kultur und Politik sind Begriffe im kommunalen Alltag die genauso untrennbar mit dem Handeln der Städte in Deutschland verbunden sind wie Demokratie, Partizipation und Integration. Der *Deutsche Städtetag*, der kommunale Spitzenverband, der die Interessen der Städte gegenüber der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat, der Europäischen Union und zahlreichen Organisationen vertritt, sieht sich den europa- wie den kulturpolitischen Themen in exponierter Weise verbunden. Im Leitbild für »Die Stadt der Zukunft«, das im Jahr 2003 auf der 32. ordentlichen Hauptversammlung des *Deutschen Städtetages* verabschiedet worden ist, wird in den Zielen der Stadtpolitik festgestellt, dass den Städten als Orte der Demokratie eine wichtige Rolle im europäischen Kontext zukommt. Diese Rolle soll gesichert und gestärkt werden. Nur wenn die Städte zukünftig mehr an der Umsetzung der europäischen Politik beteiligt werden, wird der Prozess der europäischen Integration demokratischer werden, und der Grundsatz »Demokratie vor Ort« wird auf lokaler Ebene mit Leben erfüllt. Im gleichen Leitbild wird selbstverpflichtend festgestellt, dass die Stadtpolitik neben der Kulturwirtschaft und den vielen gemeinnützigen Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern einen eigenen gestalterischen Auftrag hat, der die Bereitschaft und die Fähigkeit der Stadt erfordert, Kulturpolitik als Schwerpunkt ihrer Arbeit zu betrachten. (»Leitbild für die Stadt der Zukunft«, Deutscher Städtetag 2003)

Das Bekenntnis zu Europa und das Verständnis der Städte, Teil des aktiven Gestaltungsparts im Prozess der europäischen Integration zu sein, sowie die Verpflichtung, Kulturpolitik als Schwerpunkt kommunalpolitischer Arbeit zu betrachten, sagt noch wenig über die Haltung der Städte zur europäischen Kulturpolitik. Die Fragen stellen sich schnell: Wer macht europäische Kulturpolitik? Wer verleiht ihr Ausdruck und Gestalt? Wo findet europäische Kulturpolitik statt?

Die Städte antworten selbstbewusst: Vor Ort, in den Städten, da wo Kulturarbeit geplant, gefördert, organisiert und durchgeführt wird, dort, wo die Menschen leben und arbeiten, wo sie sich wohlfühlen, wo sie aktiv und kreativ gesellschaftliches städtisches Leben mitgestalten, an den Stätten, wo Kulturpolitik an der Basis Europas und gleichzeitig auf europäischem Niveau mit europäischem Qualitätsanspruch betrieben wird. Deshalb beschäftigt sich der *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* seit Jahren mit den Themen europäischer Kulturpolitik und mit der Rolle der Städte im europäischen Kulturföderalismus.

Der »Kulturausschuss« ist einer der 14 Fachausschüsse des *Deutschen Städtetages*, der die Aufgabe hat, die Hauptgeschäftsstelle bei der Vorbereitung von Entscheidungen des Präsidiums und des Hauptausschusses zu beraten. Der Hauptausschuss, der sich aus 169 Vertretern deutscher Städte zusammensetzt, tagt dreimal jährlich und ist das höchste Gremium zwischen den Hauptversammlungen. Das Präsidium wird aus 34 Mitgliedern gebildet, die vom Hauptausschuss gewählt werden, und tritt fünfmal jährlich zusammen. Das oberste Organ des *Deutschen Städtetages*, der im Jahr 2005 sein 100-jähriges Bestehen feierte, ist die Hauptversammlung, die alle zwei Jahre zusammenkommt und sich aus 900 Delegierten zusammensetzt, die von den Mitgliedsstädten entsandt werden. Unterstützt wird





die Arbeit des Hauptausschusses und des Präsidiums durch die Fachausschüsse, die mit den zuständigen Dezernenten und Referenten der Hauptgeschäftsstelle sowie in Arbeitsgruppen Empfehlungen vorbereiten. Diese werden dem Präsidium zur Bestätigung vorgelegt und repräsentieren so die Verbandsmeinung. Nicht alle behandelten Angelegenheiten münden in einer Empfehlung. Viele Themen, die diskutiert werden, dienen den Mitgliedsstädten im Sinne des Meinungs- und Erfahrungsaustausches als wichtige Grundlage für ihre Arbeit und führen zum abgestimmten Handeln der Städte auf kommunalpolitischer Ebene und gegenüber den Landesregierungen.

Ein eigenständiges Agieren der Fachausschüsse sehen die Verbandsregularien nicht vor. Dennoch finden die Wortmeldungen der Mitglieder des Ausschusses sowie des Vorsitzenden und seines Stellvertreters besonders im Bereich der Kultur bei Kunst- und Kulturvereinen sowie Fachverbänden Gehör, und der Kulturausschuss steht diesen Verbänden und Vereinigungen als Gesprächspartner zur Verfügung.

Der *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* ist eine der wichtigsten kulturpolitischen Instanzen auf dem Gebiet der kommunalen Kulturpolitik, weil die Ausschussmitglieder als Vertreter der großen deutschen Städte über langjährige Erfahrungen aus der kommunalen Praxis verfügen, mit ihrem Wissen die Arbeit befruchten und den Ausschuss repräsentieren.

Zweifellos eine Schlüsselfunktion im Themenfeld europäischer Kulturpolitik hatte die vom *Kulturausschuss* erarbeitete und vom Präsidium des *Deutschen Städtetages* am 9. November 1993 beschlossene Empfehlung mit dem Titel »Die Rolle der Städte im künftigen europäischen Kulturföderalismus«. Diese Empfehlung der Städte richtete sich an die Europäische Gemeinschaft, um ihr die kulturellen Aufgaben und die kulturelle Wirkungskraft der Städte klarzumachen, an den Bund, die deutschen Länder und die europäischen Regionen, damit sie die kulturelle Kraft der Städte respektieren und fördern und an die eigene Adresse, weil nur die Städte im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft die Kraft besitzen, eine geistig-kulturelle Vision für Europa zu entwickeln und weil sie sich dieser Kraft bewusst werden müssen.

Unter der Überschrift »Europa braucht eine Vision« stellt die Empfehlung fest: »Was derzeit fehlt, um eine Akzeptanz des weiteren europäischen Einigungsprozesses zu erreichen, ist eine Vision von Europa, die über die politische und die Währungsunion hinausweist. Diese Vision muss ein Europa der selbst bestimmten kulturellen Vielfalt vor Augen führen, indem die Bürgerinnen und Bürger ihre Tradition, ihre kulturelle Identität pflegen und ihre eigene Entwicklung selbst bestimmen können. Sie müssen sich zunächst und vor allem in den Städten als Europäer fühlen, denn nur hier kann eine neue geistig-kulturelle Vision von Europa entwickelt werden.« ( »Die Rolle der deutschen Städte im künftigen europäischen Kulturföderalismus«, Deutscher Städtetag 1993)

Das nunmehr über dreizehn Jahre alte Papier lässt überaus aktuelle Töne der derzeitigen kulturpolitischen Diskussion in Europa anklingen. Es verweist darauf, dass der Europarat schon in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg,

vor allem aber seit 1954, als die Europäische Kulturkonvention in Kraft trat, die Notwendigkeit, die Vielfalt europäischer Identität zu wahren, Bildung und Kultur in die europäische Politik einzubeziehen, proklamierte. Die Europäische Gemeinschaft hat in ihrer Politik die kulturellen Fragen nicht in den Vordergrund gestellt, sondern andere Politikfelder, in denen es auf Angleichung und Vereinheitlichung ankam, im Fokus gehabt. Erst Anfang der neunziger Jahre erscheint die kulturelle Dimension des europäischen Annäherungs- und Einigungsprozesses in der Europäischen Gemeinschaft deutlicher am Horizont der politischen Zieldiskussion. Im Fahrplan für die Vollendung der EU, im Vertrag über die Europäische Union, der 1992 von den damals zwölf Mitgliedern der EG unterzeichnet worden ist und dem in seiner Fassung vom 1. Januar 1995 Österreich, Schweden und Finnland beitraten, werden im Artikel 128 erstmals mit Verfassungsrang die Zielstellungen der kulturellen Vielfalt formuliert und den Trägern der Politik neue kulturpolitische Aufgaben zugewiesen. (Siehe hierzu ausführlicher den Beitrag von Olaf Schwencke in diesem Jahrbuch)

Aufgrund der weitreichenden kulturpolitischen Zielstellungen von Maastricht formuliert der *Deutsche Städtetag* den europäischen Kulturföderalismus als Ziel europäischer Kulturpolitik, die getragen sein muss vom Bewusstsein, dass das Kennzeichen europäischer Kultur nicht Einheitlichkeit und Vereinheitlichung, sondern Mannigfaltigkeit ist. Allen Tendenzen der Angleichung und Vereinheitlichung in anderen Politikfeldern der Europapolitik müsse mit einem eindeutigen Konzept eines europäischen Kulturföderalismus entgegengetreten werden. »Ein solches Konzept, das die Vielfalt der europäischen Traditionen und Kulturen als den eigentlichen Reichtum Europas herausstellt und dessen Grundwerte und Grundfreiheiten im Bereich von Bildung und Kultur formuliert, muss zur Grundlage eines neuen Europas der Zukunft gemacht werden.« (Siehe Deutscher Städtetag, 1993: Die Rolle der deutschen Städte …)

Im selben Papier wird darauf eingegangen, dass die Städte die Impulsgeber in einem Europa der Regionen sind, die für Vielfalt der europäischen Kulturregionen stehen. Konkrete Handlungskonzepte auf kommunaler Ebene müssten erarbeitet werden, denn Europa ist eine Herausforderung an die kommunale Kulturpolitik. Das Europapapier des *Deutschen Städtetages* kann als Ausgangspunkt für eine permanente Befassung des *Kulturausschusses* mit dem Europathema betrachtet werden. Unbeabsichtigt scheint das Papier zu einer Art Manifest des Verständnisses der Städte im europäischen Kulturdiskurs geworden zu sein, denn die grundsätzlichen Überlegungen ziehen sich gemeinsam mit den Handreichungen aus dem Jahr 1992 unter dem Titel »Kulturelle Vielfalt in Deutschland. Empfehlungen für das Zusammenleben in den deutschen Städten« wie ein roter Faden durch die Diskussion und die Überlegungen zu kultureller Mannigfaltigkeit auf europäischer aber auch nationaler Ebene in Deutschland.

Europäische Kulturpolitik sowie Kulturpolitik in Europa ist seither vielerorts diskutiert worden. Umfangreiche Publikationen sind erschienen, Tagungsbände verfasst, Erfahrungsberichte erstellt und Empfehlungen erarbeitet worden. Beim





»50. Loccumer Kulturpolitischen Kolloquium« mit dem Titel »Was ist europäische Identität im Europa der Kulturen? Oder wozu brauchen wir europäische Kulturpolitik« ist ebenso ideenreich, kritisch und geistvoll fabuliert, referiert und doziert worden, wie bei vielen Verbandstagungen, Fachsymposien sowie kultur- und politikwissenschaftlichen Konferenzen, die sich mit der Fragestellung europäischer Kulturpolitik spartenspezifisch oder generalistisch befasst haben. In vielen dieser wissenschaftlichen und politischen Foren sind Ausschussmitglieder des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetag* als Akteure und Gesprächspartner beteiligt.

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn Mitglieder zum 1. Mai 2004 hat neue Themen auf die Agenda der Kulturpolitik gesetzt. Mit Paukenschlag und großem Feuerwerk, Festen und Feierstunden ist die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedsstaaten zelebriert worden. Die kulturelle Bereicherung Europas durch das Hinzukommen neuer kultureller Impulse zum alten Europa, zur neuen Union, fand besonders in Grenzstädten und Städten, die Städtepartnerschaften mit Twin Citys in den Beitrittsländern pflegen, begeisterten Widerhall. Eher unauffällig und unbeachtet von der Öffentlichkeit sind hingegen zum 1. Januar 2007 zwei weitere Mitglieder zur Union dazugekommen, die gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten das Europa der 27 abbilden.

Zwischenzeitlich haben die Verfassungsreferenden zum Entwurf des Europäischen Verfassungsvertrages in Frankreich und in den Niederlanden für Ernüchterung gesorgt. Viele Fragen, besonders nach nationalen und europäischen Identitäten im »in Vielfalt geeinten« Europa wurden aufgeworfen. Nicht unerwähnt darf der großartige innovative und die lokalen Kräfte mobilisierende nationale Wettbewerb um die Ausrichtung der Veranstaltung »Kulturhauptstadt Europas« im Jahr 2010 bleiben, der zehn deutsche Städte in die Wettbewerbsarena um beste kulturelle Aktionspläne und Kulturkonzepte auf der Basis lokaler und regionaler Handlungsebene mit dem Anspruch, ein europäisches Niveau der Konzeptionierung und Operationalisierung kultureller Projekte geführt hat. Städtepartnerschaften mit kulturellen Austauschprogrammen und künstlerischen Gemeinschaftsprojekten sowie Netzwerke von Kunst- und Kulturstädten haben in den letzten fünfzehn Jahren – der wachsenden Bedeutung der städtischen Kultur für Stadtentwicklung und Stadtmarketing geschuldet – an Renommee und Attraktivität gewonnen. Nicht zuletzt setzt die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 mit dem durch die Bundesregierung vorbereiteten Begleitprogramm signifikante Zeichen für die Bedeutung der Kultur und der Kulturpolitik in der »neuen« Europäischen Union.

All diese Entwicklungen und die damit verbundenen Veränderungen sind immer wieder Veranlassung für den *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages*, sich mit Trendschwerpunkten, gesetzlichen Novellierungen, neuen Wegen und Zielsetzungen, Konventionen und Konzepten auseinander zu setzen und das nicht erst seit dem Empfehlungspapier zum künftigen Kulturföderalismus und der Rolle der Städte. In jüngerer Zeit finden sich Beratungsschwerpunkte zu europarelevanten Tagesordnungspunkten in den Sitzungen des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages* zu folgenden Themen:

- Entschließung des Europäischen Parlaments zur Rolle der Bibliotheken in der modernen Gesellschaft (1999)
- Empfehlung der Europarates für ein Bibliotheksgesetz in Europa (1999)
- Kulturpolitik des Bundes und der EU (1999)
- Agenda des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (1999)
- »KULTUR 2000« – das neue Förderprogramm der EU (1999)
- Denkmalschutzkampagne 1999/2000 des Europarates »Europa – ein gemeinsames Erbe« (1999)
- »Kulturpolitiken der EU-Mitgliedsstaaten« – eine Studie des Europäischen Parlaments (2000)
- Auswahlverfahren zur Kulturhauptstadt Europas (2000)
- Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa (2001)
- Kulturförderung und Beihilferecht der EU (2001)
- EU-Kulturpolitik und -förderung (2001)
- Wettbewerbsrecht in der EU (2001)
- Kommunale Kulturpolitik in Deutschland im Spannungsverhältnis zum internationalen Wettbewerbsrecht (2001)
- EU-Osterweiterung und Kulturaustausch (2002)
- Deutsch-Russische Kulturbegegnung im Jahr 2003 und 2004 (2002)
- EU-Kulturpolitik: Vermerk der spanischen Ratspräsidentschaft »10 Jahre danach« – eine Betrachtung des Titels XII (Kultur; Artikel 151) des EG-Vertrages: Erwartungen und Ergebnisse (2002)
- General Agreement on Trade in Services (GATS) und die Implikationen für die Kulturpolitik in Deutschland (2003)
- Grünbuch Daseinsvorsorge – Implikationen für Kulturarbeit und Kulturpolitik (2003)
- Bericht des Europäischen Parlaments über die Kulturwirtschaft vom 14. Juli 2003 (2003)
- Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen (2003)
- Kulturhauptstadt Europas – aktuelle Entwicklungen (2004)
- Berliner Konferenz für europäische Kulturpolitik November 2004 (2004)
- *UNESCO*-Konvention – kulturelle Vielfalt (2004)
- Kulturhauptstadt 2010 – Der Weg ist das Ziel (2004)
- Wettbewerb »Kulturhauptstadt« in Deutschland (2005)
- EU-Dienstleistungsrichtlinie (2005)
- Konkrete Fragen internationaler Kulturarbeit und Kulturpolitik – Neukonzeption des europäischen Wettbewerbs »Kulturhauptstadt Europas« (2005)
- UN-Dekade – Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005)
- *UNESCO*-Konvention zum Schutz der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005)
- Neugestaltung der EU-Strukturfonds (2005)
- Deutsche Ratspräsidentschaft 2007: Kulturprogramm (2005)





- Kulturprogramm der Städte im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft 2007 (u.a. Kooperationsprojekt mit dem *Goethe-Institut*: »Europa in Bewegung: Stadtkulturidentität« (2006)
- »Agenda 21 für Kultur« des *Weltverbandes der Kommunen UCLG – United Cities and Local Governments* – (2006)

Bei den Gesprächen mit den seit 1998 im Amt des *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien* wirkenden Staatsministern wurden Aspekte europäischer Kulturpolitik ebenso thematisiert wie kulturelle Fragestellungen von nationalem Interesse. Die Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle sowie der Vorsitzende des Kulturausschusses sind regelmäßig gefragte Referenten und Podiumsteilnehmer bei nationalen und internationalen Konferenzen und Foren, die sich immer häufiger mit den Themenschwerpunkten europäischer Kulturpolitik und dem kulturellen Selbstverständnis der Städte im wirtschaftlichen und kulturellen Europa befassen. Immer öfter wird die Rolle der Kultur als Motor für die Stadtentwicklung in der europäischen Stadt von morgen befragt.

Waren es zunächst in der Folge des Papiers »Die Rolle der Städte im künftigen europäischen Kulturföderalismus« von 1993 Themen, die sich allgemein mit dem Selbstfindungsprozess der Städte im neuen Europa, besonders unter Einbeziehung der Städte der neuen Bundesländer seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, beschäftigten, so folgten im Laufe der Jahre und im Prozess der zunehmenden Vereinheitlichungs- und Standardisierungsbemühungen der Europäischen Union kritische Auseinandersetzungen zu Themen, die die kommunale Kulturarbeit berühren und daraus folgend Stellungnahmen, zum Beispiel zum europäischen Wettbewerbsrecht, zu den GATS-Verhandlungen und den europäischen Dienstleistungsrichtlinien. Themen wie die Denkmalschutzkampagne des Europarates »Europa ein gemeinsames Erbe« oder auch die Studie des Europäischen Parlaments »Kulturpolitiken der EU-Mitgliedsstaaten«, die das Ziel verfolgten, Einzelthemen des kulturellen Sektors aus gesamteuropäischer Sicht zu betrachten, aber auch Expertisen, die einen Gesamtüberblick über die Kulturstrukturen und Politiken der Europäischen Union zu gewinnen bemüht sind, waren gleichwohl nicht weniger bedeutsam für die kulturpolitische Arbeit im *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages*. Dennoch überwog zunehmend die Beschäftigung mit den Themenfelder, die eine existenzielle Bedrohung der Kulturlandschaft in den deutschen Städten darstellten, die Auseinandersetzungen in der Arbeit des Ausschusses. Ein Ausgangspunkt für diese Diskussion stellte mit Sicherheit der EU-Gipfel in Nizza dar. Auf dem Hintergrund des Vertrages von Nizza und dem danach eingeläuteten »Post-Nizza-Prozess« war erneut eine Debatte über die Zukunft und die Architektur des »Hauses Europa« entfacht worden. Die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union machte zwei zentrale Defizite deutlich. Zum einen fehlte zu diesem Zeitpunkt immer noch eine wirkliche Vision für Europa. Und zweitens ging es um die institutionelle Reorganisation, um eine Reform der Entscheidungsstrukturen und Instanzen in der EU.

Der *Hauptausschuss des Deutschen Städtetages* hat sich auf seiner 171. Sitzung im Mai 2001 in Leipzig mit der Kompetenzordnung und Subsidiarität in Europa mit Blick auf die Vorbereitung einer kommunalen Position im »Post-Nizza-Prozess« beschäftigt. Der *Kulturausschuss* hat sich in der Folge aus dem Blickwinkel der kommunalen Kulturpolitik mit dieser Entwicklung und der Neupositionierung kommunaler Interessen mit Blick auf die vom Europäischen Rat von Nizza in seiner Abschlusserklärung angekündigte Folgekonferenz im Jahr 2004 auseinander gesetzt, die sich mit der institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Union beschäftigen sollte. Diese Konferenz sollte durch eine breite Diskussion über die künftige Entwicklung in Europa vorbereitet werden. Im Kern ging es um die Frage nach dem Verhältnis der europäischen Ebene zu den Ländern und Regionen, besonders aber um die künftige Rolle der Regionen in Europa. »Die neue Offenheit zur Zukunft Europas macht auch eine klare Positionierung der Kommunen im Hinblick auf die Fragen der europäischen Kulturförderung und –politik notwendig ... Die grundsätzliche Fragen ›quo vadis Europa‹ ist auch für den Kulturbereich von nicht unerheblicher Bedeutung. Die Zukunft der Kultur als ein europäischer Politikbereich steht im Kontext allgemeiner europapolitischer Weichenstellung. Je zentraler das Modell Europa konstruiert wird, desto mehr wird es darum gehen, die Kultur als eigenständigen europäischen Politikbereich zu generieren.« (Vorbericht für die 118. Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages 2001)

In der Frühjahrssitzung des Ausschusses im Juni 2001 ging es vor allem auch um die Frage: Welche Auswirkungen hat das EU-Beihilferecht auf die Kulturlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland?

Der kommunalen Kulturförderung drohte zum damaligen Zeitpunkt aufgrund des EU-Wettbewerbsrechts und der noch zu verabschiedenden GATS-Regelungen eine massive Beeinträchtigung. Es sei daher an der Zeit, von der EU und von GATS feste Regelungen zur Sicherung der kommunalen Kulturarbeit einzufordern. Aus der Sicht der Städte sei festzustellen, so forderte der *Kulturausschuss* auf seiner Herbstsitzung im Jahr 2001, dass

- ein freies Entscheidungsrecht bei den Kommunen bleibt, Kulturangebote und Kulturdienstleistungen als notwendiges (öffentliches) Gut eigenständig in Menge und Qualität zu definieren, ohne sich dies bei nationalen oder internationalen Stellen legitimieren zu lassen und
- die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit diesen Angeboten und Leistungen entweder dem Markt zu überlassen oder
- die Verantwortung dafür in Form einer Gewährungsträgerschaft für Unternehmen teilweise oder gänzlich zu übertragen oder
- die Angebote und Leistungen selbst zu erbringen, auch wenn dabei finanzielle Mittel, Beihilfen und dergleichen mehr erforderlich sind, und zwar unabhängig davon, welche Rechtsform für die Einrichtung, die die jeweiligen Aufgaben erfüllt, gewählt wurde. ( Vorbericht für die 119. Sitzung des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages,* Oktober 2001)





Im Jahr 2003 gewann der Diskussionsprozess um die Rolle der städtischen Kultur im künftigen Europa im Kontext der aktuellen Verhandlungen um »GATS – General Agreement on Trade in Services« – an Dynamik. Im Zentrum der GATS-Verhandlungen beziehungsweise des »allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen« stand die Öffnung des globalen Dienstleistungsverkehrs, in deren Fokus die generelle Liberalisierung des Welthandels steht.

Gemeinsam mit der *Kultusministerkonferenz* und dem *Deutschen Kulturrat* hat der *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* als wichtigste argumentative Grundlage die so genannte »Kulturverträglichkeitsklausel«, die in Artikel 151 Absatz 4 des Amsterdamer Vertrages um das Ziel der »Wahrung und Förderung der Vielfalt der Kulturen« ergänzt wurde, erklärt. Im Verständnis des Ausschusses bedeutet dies auch, die Vielfalt nationaler Kulturstrukturen zu wahren. Im Jahr 2000 hatte der EU-Ministerrat die allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt verabschiedet. Eine allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt wurde ebenso auf der 31. Generalkonferenz der *UNESCO* im Jahr 2002 verabschiedet. Die *UNESCO* plante auf der Grundlage dieser Erklärung, eine »Konvention zur kulturellen Vielfalt« zu erstellen, auch um die Notwendigkeit pluraler Kulturstrukturen im globalen Kontext zu untermauern, die am 20. Oktober 2005 in Paris verabschiedet und am 18. März 2007 nach der Ratifizierung durch zahlreiche Staaten, unter anderem der Bundesrepublik und der EU in Kraft getreten ist. Der *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* hatte sich in mehreren Sitzungen mit dem »Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« beschäftigt und entsprechende Positionen dazu erarbeitet. (Siehe u.a. die Vorberichte für die 122. und 125. Sitzung des *Kulturausschusses des Deutsche Städtetages* sowie zur *UNESCO*-Konvention und der »Bundesweiten Koalition Kulturelle Vielfalt«, an der sich der *Kulturausschuss* führend beteiligt hatte, den Beitrag von Roland Bernecker in diesem Band)

Die Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt ist ein besonders repräsentatives Beispiel für die Möglichkeiten der Mitwirkung kulturpolitischer Gremien, wie der *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* eines repräsentiert, um in nationalen, europäischen oder globalen Entscheidungsprozessen die Interessen der Kommunen und der kommunalen Kulturpolitik zu verteidigen.

Auf ähnliche Weise hat sich der *Ausschuss* mit der aus dem Haus des EU-Binnenmarkt-Kommissars Frits Bolkestein stammenden EU-Dienstleistungsrichtlinie beschäftigt, die eine nahezu vollständige Beseitigung staatlicher Vorschriften für Dienstleistungsunternehmen zum Ziel hatte. Auch dazu haben sich die drei kommunalen Spitzenverbände, die in der *Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände* vereinigt sind, mit einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit geäußert. Der *Kulturausschuss im Deutschen Städtetag* forderte auf seiner Sitzung im Mai 2005, »dass der neue Richtlinienvorschlag Ausdruck einer in sich konsistenten EU-Politik sein sollte. Das heißt: Die EU setzt sich im Kontext der aktuellen GATS-Verhandlungen nachhaltig für eine als wirksames Referenzdokument fungierende, ›*UNESCO*-Konvention zum Schutz der Vielfalt kultureller

Ausdrucksformen‹ ein. Dieses klare außenpolitische ›Ja‹ für kulturelle Vielfalt sollte auch in der EU-Innenpolitik seinen Niederschlag finden.« (Vorbericht für die 126. Sitzung des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages*, Mai 2005)

Die unterschiedlichen Standpunkte der Ländervertreter wurden im Rat der Europäischen Union diskutiert, der sich daraufhin am 29. Mai 2006 auf einen »gemeinsamen Standpunkt« geeinigt hat. Der gemeinsame Standpunkt wurde dem Europäischen Parlament im September 2006 übermittelt. Diesen hat das Europäische Parlament mit wenigen Änderungen im November 2006 angenommen. Der Rat hat seinerseits in zweiter Lesung dieses Ergebnis angenommen. Die Richtlinie wurde am 27. Dezember 2006 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Nun sind die Mitgliedsländer gehalten, bis zum 28. Dezember 2009 die Europäische Dienstleistungsrichtlinie umzusetzen. Auch hat der *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten über den kommunalen Spitzenverband genutzt, um Einfluss auf die Verfassung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie zu nehmen.

Nicht minder interessiert ist von den Mitgliedern des *Kulturausschusses* die kulturelle Dimension der EU-Osterweiterung begleitet worden. Der Europäische Rat hatte im Januar 2001 seine neue Entschließung verabschiedet, die sich mit der besonderen Rolle der Kultur im europäischen Einigungsprozess beschäftigte. Der Rat appellierte »an die Mitgliedsstaaten und an die Kommission, ... die Kultur als wesentlichen Bestandteil der europäischen Integration, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung der Union, zu betrachten«. Im größten Projekt der Europäischen Union am Eingang in das 21. Jahrhundert sollte die kulturelle Dimension des Einigungsprozesses Berücksichtigung finden. Andererseits wurden die Grenzen der europäischen Integrationspolitik immer deutlicher, die das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Staaten in den Vordergrund stellt. Der Kulturausschuss beschäftigte sich deshalb insbesondere mit den Fragenstellungen:

1. Haben die Kommunen eine besondere Verantwortung bei der gesellschaftlichen und kulturellen Integration Europas?
2. Welche Herausforderungen sehen sie aus kommunal- und kulturpolitischer Sicht im Hinblick auf die EU-Osterweiterung?

Um sich in Vorbereitung des Erweiterungsprozesses mit der kulturellen und politischen Situation in einem Nachbarland zu beschäftigen, das am 1. Mai 2004 der EU beitreten sollte, hatten sich die Mitglieder des *Kulturausschusses* darauf verständigt, eine Studienreise ins niederschlesische Breslau des polnischen Nachbarlandes zu unternehmen. Schwerpunktthemen der Gespräche mit Vertretern der Woiwodschaftshauptstadt Breslau sowie mit Journalisten und Kulturschaffenden waren:

- Verwaltungsaufbau und kommunale Selbstverwaltung in Polen,
- die Expo-Bewerbung der Stadt Breslau mit den thematischen Schwerpunkten »Kultur, Wirtschaft, Medien«,
- Schlesien und Polen – Geschichte und Gegenwart,
- das Kunst- und Kulturleben in Schlesien.





Alle Teilnehmer dieser Reise resümierten bei der Bilanzierung des Studienaufenthaltes einen bedeutenden Wissens- und Erfahrungszugewinn durch die Gespräche mit Verantwortungsträgern vor Ort und durch die Beschäftigung mit Historie, Geisteshaltungen und Kunst an bedeutenden Orten europäischer Kulturgeschichte und einen beeindruckenden Einblick in die kulturellen Traditionen und die kulturpolitische Situation Polens erhalten zu haben.

Die Auseinandersetzung mit dem Programm für die Deutsch-Russischen Begegnungen im Jahr 2003/2004 sowie mit den Beiträgen deutscher Städte im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jahres 2004/2005 stellte für die Vertreter der Mitgliedsstädte im *Ausschuss* einen tiefen Einblick in die auswärtige Kulturpolitik dar, die unter Mitwirkung einzelner Städte deutsche Kultur im Ausland im Zusammenhang mit einem breit angelegten binationalen Kulturprogramm repräsentiert. Insofern hielt es der *Ausschuss* für unverzichtbar, sich auch mit dem Kulturprogramm, das anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 vorbereitet worden ist, zu befassen und nach Möglichkeiten zu suchen, kommunales Engagement und Sichtweisen der Städte in das Programm einzubringen.

Aktuell befasst sich der Ausschuss mit der »Agenda 21 für Kultur« des *Weltverbandes der Kommunen UCLG (United Cities and Local Governments)*. Ausgehend von der »Agenda 21«, dem entwicklungs- und umweltpolitischen Aktionsprogramm, das im Jahr 1992 von 179 Staaten auf der »Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen« in Rio de Janeiro beschlossen worden ist, haben über 300 Städte am 8. Mai 2004 im Rahmen des »Weltforums der Kultur« in Barcelona die »Agenda 21 für Kultur« verabschiedet. Die Agenda bezieht sich ausdrücklich auf die *UNESCO*-Erklärung zur kulturellen Vielfalt und sieht in ihrem Selbstverständnis Kultur gleichwertig wie die welt- und Menschen verbindenden Aspekte der Umwelt. »Neu – und damit hebt sie sich von den anderen Erklärungen ab – ist die eindeutige Ausrichtung aller in der Agenda beschriebenen Aktionsfelder und Forderungen auf die Kommunen, ihre kommunalpolitischen Potenziale, Probleme und Handlungsmöglichkeiten. Die zentrale Botschaft lautet: Kultur und Kulturpolitik müssen in den Mittelpunkt der städtischen Entwicklungsstrategien und der Stadtpolitik rücken. Insofern versteht sich die Agenda als ›Instrument‹ für die globale Entwicklung der Kultur in den Städten. Auf dieser Grundlage sollen vor Ort eigene nachhaltige Kulturpolitikmodelle entwickelt werden. In diesem Sinne ist die ›Agenda 21 für Kultur‹ gleichermaßen Kodex und Optionsrahmen für ein kommunales Engagement.« ( Vorbericht für die 129. Sitzung des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages*, Dezember 2006)

Aus diesem Geist rührt auch die Beschäftigung des *Ausschusses* mit dem laufenden Verfahren um die Ausrichtung der Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2010. Einerseits ist in den *Ausschuss*-Sitzungen laufend über das Verfahren und seinen Entwicklungsstand berichtet worden, und die Mitgliedsstädte haben sich insbesondere mit der Rolle der Städte als Motor für die Stadtentwicklung im Kontext mit der Bearbeitung der vielseitigen und sehr unterschiedlichen Konzepte befasst. Andererseits wurde darüber nachgedacht, den innovativen und kreativen Wirk-

mechanismus des europäischen Wettbewerbs zur Mobilisierung des Kulturdialogs in Deutschland zu nutzen. Unterschiedliche Formen und inhaltliche Ausrichtungen der Eckpunkte eines möglichen Wettbewerbsprofils in Abgrenzung zu spartenspezifischen Wettbewerben und Wettbewerben im Rahmen von Stadtentwicklungsprojekten wurden erörtert. Intensive und konstruktive Dispute konnten zur Frage der Sinnfälligkeit eines innerstaatlichen interkommunalen Wettbewerbs um beste Kulturkonzepte und Ideen sowie über Varianten und Spielarten eines möglichen Wettbewerbs geführt werden. Allein die Diskussion um das Ob eines des mit dem europäischen Kulturhauptstadtwettbewerb vergleichbaren nationalen Wettbewerbs hat neue Akzente in die Auseinandersetzung zur Frage der Rolle der Kultur in der städtischen Entwicklung und zur Rolle der Städte im europäischen Einigungsprozess gebracht. Nicht nur die beiden zum Schluss konkurrierenden Bewerberstädte um die »Kulturhauptstadt Europas« im Jahr 2010 Essen und Görlitz haben aus diesem Diskurs interessante Impulse für ihre Bewerbung mitgenommen, auch die Vertreter der anderen Mitgliedsstädte konnten den Meinungsstreit als fruchtbare Anregung für kulturelle Entwicklungsstrategien im Rahmen ihrer Situation im jeweiligen Bundesland mitnehmen. (Siehe hierzu die Beiträge von Edda Rydzy und Oliver Scheytt in diesem Band)

Das innenpolitisch bedeutsamste Papier, das der *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* gemeinsam mit der Hauptgeschäftsstelle in den letzten Jahren erarbeitet hat und das sich mit den Folgen der Globalisierung, der Internationalisierung und der Europäisierung beschäftigt, sind zweifellos die Empfehlungen »Kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft – Chancen und Herausforderungen für die Kommunalpolitik und die kommunale Kulturpolitik«. Dieses Positionspapier, das anknüpft an das 1992 vom Präsidium des *Deutschen Städtetages* beschlossene Positionspapier »Die kulturelle Vielfalt in Deutschland. Empfehlungen für das Zusammenleben in deutschen Städten«, ist eine Streitschrift im konstruktivsten Wortsinn geworden. Im letzten Jahrzehnt hat sich das Verständnis für kulturelle Vielfalt verändert und erweitert. Kulturelle Vielfalt umfasst heute wesentlich mehr, als nur das Miteinander von Menschen unterschiedlicher ethnischer und nationaler Herkunft und verschiedener Kulturen. Eingangs des 21. Jahrhunderts ist kulturelle Vielfalt als Synonym für Vielfalt der Lebensentwürfe, Herkünfte und Lebenszusammenhänge zu verstehen. Vielfalt meint die Unterschiedlichkeit von Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, verschiedener Glaubenszugehörigkeit und differenzierter Bildungsniveaus.

Die Mannigfaltigkeit und Buntheit der Zivilgesellschaft spiegelt sich in der Stadtgesellschaft wider. Die Stadt gibt Raum für viele Lebenswelten und Lebensentwürfe. Die Kategorien Ausländer und Nichtausländer bilden keine hinreichenden allein tragfähigen Unterscheidungskriterien ab. »Wir« in den Städten sind Deutsche, Migrantinnen und Migranten ebenso wie temporär berufsbedingt sich aufhaltende Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten, die in einem komplexen Geflecht unterschiedlicher Bezüge, die das persönliche und berufliche Leben sowie die jeweilige Identität prägen, leben. Die ethnische oder auch nationale Herkunft ist dabei nur ein Aspekt neben Geschlechtszugehörigkeit, Bildungshintergrund, Glaubenszugehörigkeit, Alter, Gesundheitszustand, sexueller Orientierung, die Vielfalt kennzeichnen. Diese Vielfalt und die Variationsbreite der Interaktion zwischen den Artikulationsebenen der Vielgestaltigkeit städtischen und kulturellen Lebens stellt einen unermesslichen Reichtum des kulturellen Spektrum kommunaler Kulturpolitik dar. Interkulturalität umfasst weit mehr als das multiethnische Miteinander in der Stadtgesellschaft. Interkulturalität verbindet das Miteinander und Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen, stellt Schnittmengen und Cluster auf, beschreibt das Zusammenleben als Prozess und zeichnet hauchfeine Nuancen neuer Qualität von Brückenschlägen zwischen scheinbar Unverwindbarem und Unversöhnbarem. Für eine belastbare Vision der europäischen Stadt von morgen ist die aktive Auseinandersetzung und das kreative Gestalten dessen, was »dazwischen« ausgebaut und verbindend geformt werden kann, von ganz grundlegender Bedeutung.

Das, was Europa als Idee meint, findet vor Ort in den Kommunen statt. Die Städte sind heute schon Laboratorien für das Europa der Zukunft, das in einem breitbandigen Wettbewerb mit anderen globalen Regionen steht.

Helene Ahrweilers eingangs zitiertes Diktum könnte heute für eine Vision für das Europa von morgen wie folgt begriffen werden: Weil wir ein friedliches Europa erfolgreich weiter bauen wollen, müssen wir Kultur in ihrer ganzen Vielfalt als zentrales Gestaltungsmittel und Politikfeld in den Mittelpunkt des konstruktiven Miteinanders zwischen den zivilgesellschaftlichen Kräften, den Akteuren der Künste und der Kultur und der Stadt stellen.

KULTUR MACHT POLITIK ist ein zentraler Grundgedanke der Kulturhauptstadtbewerbung der Europastadt Görlitz-Zgorzelec gewesen, die mit der Idee, die Stadt als binationales Laboratorium für grenzüberschreitende und interkulturelle Zusammenarbeit zu verstehen und Kultur als Motor und Gestaltungselement europäischer Stadtentwicklung zu mobilisieren, im nationalen und internationalen Wettbewerb »Kulturhauptstadt 2010« außerordentlich erfolgreich war.

Kurt Eichler

# *Europa vor Ort*

## *Perspektiven für den europäischen Kulturaustausch aus kommunaler Sicht*

»Die auswärtige Kulturarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften und der Länder wurde in der Vergangenheit nicht überall wahrgenommen. Sie gewinnt aber zunehmend an Bedeutung. ... Diese Strukturen sind für einen fruchtbaren kulturellen Dialog unverzichtbar.« Mit dieser selbstkritischen Aussage hat der Deutsche Bundestag bereits vor sechs Jahren in einem Entschließungsantrag zur »Auswärtigen Kulturpolitik für das 21. Jahrhundert« (*Bt-Drs.* 14/5799) einen Paradigmenwechsel postuliert, der die wachsende Rolle der Städte und Gemeinden in der internationalen Kulturarbeit unterstreicht. Jahrzehntelang wurde die Ausgestaltung der auswärtigen Kulturpolitik nahezu ausschließlich als Bundesaufgabe definiert, wobei selbst entsprechende Initiativen der Bundesländer mit ihren Potenzialen und Wechselwirkungen nur zögerlich ins Blickfeld des Bundes gerieten.

Die Erkenntnis ist überfällig und gilt auch für den europäischen Kulturaustausch. Denn bereits seit Mitte der fünfziger Jahre engagieren sich die Kommunen mit länderübergreifenden Austauschmaßnahmen im Rahmen der europäischen Kulturarbeit: mit Städtepartnerschaften und -freundschaften, bei Künstler- und Vereinsbegegnungen, durch Veranstaltungsreihen und Festivals.

Für den europäischen Kulturaustausch auf kommunaler Ebene können dabei vier Entwicklungsphasen formuliert werden:

- die Phase der Aussöhnung und Normalisierung der Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem mit dem westlichen Ausland durch Städtepartnerschaften (fünfziger und sechziger Jahre),
- die Phase des Brückenschlages zu den osteuropäischen Ländern, durchaus im Kontext der »neuen Ostpolitik« der damaligen Bundesregierung (siebziger Jahre),
- die Phase der einrichtungs- und angebotsbezogenen Vertiefung der Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn (achtziger Jahre),

- die Phase des fortgeschrittenen europäischen Integrationsprozesses einschließlich der EU-Erweiterung und die Einbeziehung von außereuropäischen Kulturkreisen (seit den neunziger Jahren).

Die Entwicklung der internationalen Kulturbeziehungen in der Verantwortung der Gemeinden hat heute in Deutschland einen Stand erreicht, der auch im europäischen Ländervergleich beispielhaft ist. Dieser Erfolg ist eng mit der aktiven Rolle der Städte in diesem Aufgabenfeld verbunden. Dabei ist das Interesse der Bürger an internationaler Kunst und Kultur in den vergangenen Jahren auch durch weitere Faktoren positiv beeinflusst worden. Befördert wurde dies zweifelsohne durch die touristische Erschließung der europäischen Kulturen. Durch die Globalisierung nicht nur der Medienindustrie, sondern zunehmend auch des Kulturbetriebes findet zumindest in den Metropolen kaum noch ein Kulturprogramm statt, das ohne internationale Bezüge – zumindest in ihren europäischen Dimensionen – auskommt. Die vielfach konstatierte quantitative und qualitative Erweiterung des Kulturangebotes beruht zu einem wesentlichen Teil auf diesen internationalen Impulsen auf kommunaler Ebene, die sich nicht nur in herausgehobenen Festivals und Events äußern, sondern in gleichem Maße ausländische Kulturerzeugnisse, Künstler, Gastspiele und Ausstellungen in die normalen Programmstrukturen von Theatern, Museen, Musikeinrichtungen usw. integrieren.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Informations- und Austauschmöglichkeiten in Europa steigen jedoch auch die Ansprüche der Öffentlichkeit an länderbezogene Veranstaltungsprogramme in den Gemeinden. Folkloreveranstaltungen oder unspezifische Kaleidoskop-Reihen erreichen nur noch bedingt ein breiteres öffentliches Interesse. Konzeptionell muss daher eine stärkere inhaltliche beziehungsweise thematische Ausrichtung solcher Veranstaltungen erreicht werden, die das Neue und Unbekannte in der Kultur der europäischen Nachbarn vermitteln. Dies bietet im föderativen und regional-orientierten Europa durchaus die Chance, die einzelnen Kulturlandschaften mit ihren Künstlern, kulturellen Schwerpunkten und ästhetischen Besonderheiten stärker in den Fokus kultureller Austauschbeziehungen zu rücken. Eine bewusste Auswahl kann für die europäische Kulturarbeit der Gemeinden nachhaltig und für das Publikum reizvoll sein.

Die Entwicklungspotenziale, die sich aus diesen veränderten Rahmenbedingungen ergeben, müssen jedoch auch bei der Gestaltung traditioneller Formen des internationalen Engagements der Kommunen berücksichtigt werden. So ist auch in kleineren Gemeinden zu hinterfragen, ob die Konzentration von internationalen Aktivitäten zum Beispiel auf die traditionellen Städtepartnerschaften den aktuellen Vermittlungsebenen des europäischen Kulturaustausches und den Erwartungshaltungen der Bürger noch entspricht. Vielmehr bietet sich heute – von der Hoch- bis zur Soziokultur – eine differenziertere Palette von Kulturorten und -aktivitäten mit internationalen Bezügen an. Der wachsende Umfang dieser Kulturbeziehungen erschließt neben der begrenzten Zahl von Städtepartnerschaften weitere Ebenen und Strukturen für den europäischen Kulturaustausches notwendig, die städtischerseits aktiv mitzugestalten sind. Dies können zeitlich befristete Maßnahmen, thematische Projekte oder multilaterale Vereinbarungen zwischen Städten und Regionen sein. Andererseits setzen solche Programme auch neue Maßstäbe für Städtepartnerschaften und andere traditionelle Veranstaltungsformen der internationalen Kulturarbeit. Perspektiven zeigt beispielhaft das Projekt »Twins« im Rahmen der »Kulturhauptstadt Ruhr 2010« auf. Ausgangspunkt sind hier die fast 200 Städtepartnerschaften der 53 an der Kulturhauptstadt beteiligten Kommunen. Inhaltlich beziehungsweise an Zielgruppen ausgerichtete Einzelvorhaben bilden aber die Basis für eine mehrjährige Zusammenarbeit zwischen den Ruhrgebiets- und Partnerkommunen, wodurch ein multilaterales Netzwerk zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und kulturellen Einrichtungen entstehen soll, das auch nach 2010 strukturell und nachhaltig den europäischen Kulturaustausch der Städte befördern soll.



In diesem Sinne werden Kontinuität und Nachhaltigkeit der kommunalen Kulturinitiativen auf europäischer Ebene nicht durch Highlights und Stars gewährleistet, sondern durch einen dialogischen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Charakter von Aktivitäten, die bürgerschaftliche Begegnungen und die Begründung von Arbeitsbeziehungen zwischen Künstlern und Kultureinrichtungen ermöglichen. Langfristige Vereinbarungen oder Projekte dieser Art können den internationalen Kulturaustausch der Kommunen verstetigen. Dazu gehören auch europäische Treffen und Symposien in den Städten zur Förderung des künstlerischen, kulturpolitischen und wissenschaftlichen Dialogs. Obwohl solche Arbeitsprozesse längst nicht so spektakulär und öffentlichkeitswirksam sind wie singuläre kulturelle Großveranstaltungen, bieten sie die wichtige Chance, die Austauschbeziehungen kontinuierlich zu organisieren, zu qualifizieren und zu evaluieren.

Exemplarisch versucht diesen Anspruch das Festival »scene: nrw« einzulösen. Seit 15 Jahren bietet die Kulturabteilung der *Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen* gemeinsam mit acht Großstädten jeweils einem europäischen Land die Plattform für die Präsentation aktueller Kunst und Kultur. Grundlage dieses Programms ist eine intensive Zusammenarbeit verschiedener Kultureinrichtungen aus Nordrhein-Westfalen und dem Partnerland. Künstlerische Arbeitsprozesse zum Beispiel durch Koproduktionen gehören ebenso dazu wie Ausstellungsprojekte und Dialogveranstaltungen. Im Rahmen dieses projektbezogenen Verbundes präsentieren die nordrhein-westfälischen Einrichtungen vergleichbare Angebote in den Folgejahren in den Gastländern. Insofern versteht sich das Festival »scene: nrw« als eine Drehscheibe für den europäischen Kulturaustausch von Land und Kommunen, das künstlerische Kooperationen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit begleiten und befördern will und damit das bei Festivals normalerweise übliche Import-Export-Schema durchbricht.

Vor dem Hintergrund von Migration und Interkulturalität gewinnt die internationale Kulturarbeit der Städte und Gemeinden eine weitere Bedeutungsebene, wenn nicht sogar eine Neudefinition, durch die das bisher weitgehende Nebeneinander beider kommunaler Aufgabenbereiche produktiv aufeinander bezogen

werden kann. Bewegten sich interkulturelle Angebote früher häufig zwischen Folklore, Küche und Sprachunterricht und orientierten sich damit an den Integrationsmustern der ersten Ausländergenerationen (sowie ihrer deutschen Pendants), besteht heute für die Bürger mit und ohne Migrationshintergrund die Chance, gemeinsame Werte über die zeitgenössische Kunst und Kultur der Heimatländer zu entdecken. Insofern könnte die Verstärkung von aktuellen Kulturangeboten aus den Ländern der Migration dem Anspruch an Interkulturalität adäquater Rechnung tragen als Konzepte einer Minderheitenbetreuung, da diese Deutsche und Menschen mit Migrationshintergrund gleichermaßen ansprechen.

Die einzelnen Städte und Gemeinden organisieren ihre internationalen Kulturaktivitäten autonom, aber auch weitgehend unabhängig und zumeist ohne Abstimmung mit Bund und Ländern sowie anderen Kommunen. Dabei erfordern Maßnahmen des europäischen Kulturaustausches ab einer bestimmten Größenordnung einen erheblichen Aufwand an Information, Koordination, Fachkompetenz, Infrastruktur und Finanzkraft, die die Möglichkeiten und Mittel einer einzigen Kommune überfordern können. Insbesondere fehlt ein bundes- und europaweites Netzwerk für die internationale Kulturarbeit, das als Transferstelle für Vorhaben genutzt werden kann, den Informationsaustausch gewährleistet und in das die Städte und die Kultureinrichtungen ihre Kompetenzen und Kooperationswünsche einbringen können.

Gleichsam in Selbsthilfe wird dieses Defizit auf europäischer Ebene derzeit durch zwei Verbände teilweise ausgeglichen: *Rencontres* ist ein europaweiter Zusammenschluss von Kulturpolitikern, der sich im Wesentlichen als Kommunikationsinstrument für die handelnden Akteure begreift und diese Funktion jährlich durch mehrere themenbezogene beziehungsweise regional ausgerichtete Konferenzen wahrnimmt. Demgegenüber ist *Eurocities* ein Zusammenschluss der 130 größten europäischen Städte, in dessen Kulturausschuss die Repräsentanten der städtischen Kulturverwaltungen vertreten sind und gemeinsame Projekte sowie inhaltliche Positionen mit Bezug zur europäischen Kulturpolitik erarbeiten. Beide Organisationen sind jedoch weit davon entfernt, für die Gesamtheit der kommunalen Kulturpolitik in Europa sprechen zu können. Weniger als aktives Netzwerk, vielmehr als Interessenverband der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise agiert die *Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände*, wenn es darum geht, etwa im Rahmen des Wettbewerbsrechts oder der Freizügigkeitsregelungen die Position der deutschen Kommunen im Kulturbereich gegenüber Europäischer Kommission und Parlament zu vertreten. Allerdings beinhaltet diese Aufgabe keine adäquate operative Unterstützung für den europäischen Kulturaustausch der Städte.

Nicht zuletzt hat die gescheiterte Verfassungsreform eine neue Sensibilität der europäischen Institutionen gegenüber den zivilgesellschaftlichen Kräften bewirkt, die überwiegend auf der lokalen Ebene agieren. Wurden bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt die Regionen als besonderes Handlungsfeld der europäischen Politik entdeckt und institutionell verankert, wird nun auch die kommunale Ebene in ihren gesellschaftspolitischen und kulturellen Dimensionen zunehmend in die Programme und Aktionen der Europäischen Union einbezogen. So ist unter dem Motto »Aktive Bürgerschaft konkret verwirklichen« im Jahr 2006 nicht nur ein mit erheblich mehr Mitteln ausgestattetes Kulturprogramm 2007–2013 verabschiedet worden, das unter anderem längerfristige Kooperationen zwischen kulturellen Einrichtungen in den verschiedenen europäischen Ländern ermöglicht, sondern auch ein neues mit 215 Millionen Euro ausgestattetes Programm »Europe for Citizens« zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für Europa. Es richtet sich vor allem an Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Verbände, an Basisorganisationen sowie Städte und Gemeinden. Von ihrer Konzeption her wollen diese neuen EU-Programme mehr Rücksicht auf die konkreten Bedingungen und Ressourcen der lokalen Ebene und der Erfordernisse des Kulturbetriebes vor Ort nehmen und wirken weniger schematisch, dafür langfristiger angelegt als ihre Vorgänger.

So bleibt zu hoffen, dass durch diese Programme auch neue kulturelle Initiativen der Gemeinden im europäischen Kulturaustausch gestärkt werden. Denn es sollte auch im Interesse der Europapolitik sein, die kommunalen Potentiale für die europäische Kulturpolitik effektiver als bisher zu nutzen. In diesem Sinne wird auch in der eingangs zitierten Entschließung die Bundesregierung aufgefordert, »die zunehmende Kommunalisierung der Auswärtigen Kulturpolitik unterstützend zu begleiten und in diesem Zusammenhang die Kräfte der Zivilgesellschaft mehr als bisher in die Strukturen der Auswärtigen Kulturpolitik einzubinden«.

Ruth Jakobi

# *Kulturelle Netzwerke in Europa*

## *Zivilgesellschaftliches Engagement für europäische Kulturpolitik*

### *Einleitung*

Die Idee, sich in Netzwerken, in größeren oder kleineren Gruppierungen, losen Zusammenschlüssen oder streng hierarchisch organisierten Strukturen zu verbinden, besteht seit Menschengedenken. Die Einsicht, dass eine Gemeinschaft stärker ist als ein einzelner und – viel wichtiger noch – dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Bestandteile, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der Begriff »Netzwerk« beinhaltet weit mehr als den Zusammenschluss von Individuen: verschiedene Gruppen von Einzelpersonen vernetzen sich, es entstehen Untergruppierungen und zahlreiche Verknüpfungen auf verschiedensten Ebenen. Ein Netz ist umso stärker, je mehr Verknüpfungen jeder einzelne Knotenpunkt zu anderen Knotenpunkten aufweist.

Der vorliegende Artikel versucht einen Eindruck zu vermitteln, welche Bedeutung Kulturnetzwerke in der europäischen Kulturpolitik haben und welche Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Gestaltung sich der organisierten Zivilgesellschaft bieten. Dabei wird berücksichtigt, dass der Begriff »Netzwerk« in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen und für verschiedenartige Organisationsformen benutzt wird. Um einen Einblick in die Vielfältigkeit der Netzwerke zu ermöglichen, wird zunächst in einem historischen Überblick die Entstehung verschiedener Verbindungen kultureller Organisationen zusammenfassend dargestellt. Anschließend werden Strukturen und Funktionen von Netzwerken erläutert. Das Beispiel des *Europäischen Forums für Kunst und kulturelles Erbe (European Forum for the Arts and Heritage – EFAH)* illustriert eine der wichtigsten Tätigkeiten kultureller Netzwerke in Europa: die kulturpolitische Arbeit. Zum Abschluss werden einige kulturpolitische Themen der EU herausgegriffen, die voraussichtlich in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.

## *Historischer Überblick – Warum bilden sich kulturelle Netzwerke in Europa?*

Die ersten kulturellen Netzwerke bildeten sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts, wenngleich Gedanken zu friedenssichernden nationalen Zusammenschlüssen, die auf einem gemeinsamen Kulturverständnis basieren, bereits seit Jahrhunderten in Europa präsent sind und sich spätestens seit Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 verstärkt nachweisen lassen.

Auch wenn viele Kunst- und Kulturschaffende sich schon immer als Europäer verstanden haben und auf individueller Basis über ein weit verzweigtes Netz persönlicher Kontakte in ganz Europa verfügten, waren die ersten kulturellen Netzwerke meist nationale Zusammenschlüsse von Institutionen oder Kunstschaffenden der gleichen Sparte, die gemeinsame Interessen vertraten. Diese Interessen umfassten Bereiche wie finanzielle Absicherung, Schutz des intellektuellen Eigentums oder öffentliche Wahrnehmung der eigenen Sparte und wurden auf nationalstaatlicher Ebene verhandelt. So wurde zum Beispiel 1792 in Deutschland der erste Kunstverein gegründet, 1846 entstand der *Deutsche Bühnenverein* und 1903 die *Genossenschaft Deutscher Tonsetzer*, Vorläufer der heutigen Urheberrechtsgesellschaft *GEMA*.

Anfang des 20. Jahrhunderts und vor allem nach dem ersten Weltkrieg ist eine zunehmende internationale Ausprägung dieser Vereinigungen zu bemerken, vor allem von Verbänden, die sich der künstlerischen Avantgarde widmen wie die *International Society for Contemporary Music*, gegründet 1922. Eine treibende Kraft war hierfür eine starke Öffnung gegenüber »fremden« Kulturen, die das kreative Schaffen bereichern.

Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre vermehren sich die kulturellen Netzwerke explosionsartig. Im Umfeld der neu gegründeten zwischenstaatlichen Regierungsorganisationen wie der *UNESCO* oder dem Europarat, die sich Friedenssicherung und Erhalt der kulturellen Vielfalt zum Ziel gesetzt haben, entstehen unabhängige Gremien, die sich als Berater für diese staatlichen Bündnisse anbieten beziehungsweise teilweise sogar von den Regierungsorganisationen selbst ins Leben gerufen werden. Ein weiterer Boom erfolgt in den 1980er und 1990er Jahren mit der zunehmenden politischen Bedeutung der Europäischen Union. Mehr und mehr Kulturorganisationen schließen sich zu europäischen Netzwerken zusammen oder gründen Dachverbände bereits bestehender nationaler Verbände, um die Mobilität von Kunstschaffenden zu erleichtern, um europäische Kooperationen einzugehen und um Einfluss auf kulturpolitische Entwicklungen in der EU zu nehmen; und dies nicht ohne Erfolg: im EU-Vertrag von Maastricht (1992) wird die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements für die politische Weiterentwicklung anerkannt, eine europäische – die nationale ergänzende – Kompetenz für Kulturpolitik geschaffen und die Kultur als Aspekt aller anderen Bereiche der Politik benannt.





## *Strukturen und Funktionen – Wie definieren sich Netzwerke*

*Strukturen*

Grundsätzlich kann man zwei verschiedene Arten von Netzwerken unterscheiden:

- Netzwerke, die sich von einem zentralen Punkt aus strukturieren, zum Beispiel Beratungsgremien, die von einer staatlichen oder zwischenstaatlichen Institution eingerichtet werden und sich nach und nach eine Netzwerkstruktur aufbauen. Es werden bereits existierende Organisationen eingeladen, sich an der Beratungsfunktion zu beteiligen und neue Organisationen mit vergleichbaren Strukturen und Funktionen werden gegründet. So hat zum Beispiel der auf Anregung der *UNESCO* ins Leben gerufene *Internationale Musikrat (International Music Council – IMC)* bereits bestehende nationale Musikräte wie den *Deutschen* oder den *Schweizer Musikrat*, die selbst Dachverbände mit Mitgliedern sind, als Mitglieder aufgenommen. In Ländern, in denen es keine nationalen Musikräte gab, wurde die Gründung von nationalen Musikkomitees angeregt, um – vergleichbar mit der Struktur der *UNESCO* – eine nationale Repräsentation zu gewährleisten. Teilweise wurde diese Funktion auch von bereits bestehenden fachspezifischen Organisationen übernommen, zum Beispiel vom nationalen Komponistenverband oder vom Musikinformationszentrum.
  Zusätzlich sind internationale Organisationen Mitglied im *Internationalen Musikrat*, die eine bestimmte Fachrichtung innerhalb des Musiksektors vertreten, wie Chormusik, Musikerziehung oder Rock- und Popmusik. Dadurch entsteht eine komplexe Mitgliedsstruktur, in der stimmberechtigte Mitglieder vordefinierte Kriterien erfüllen müssen. Es gibt verschiedenen Kategorien von Mitgliedern, die unterschiedliche Rechte und Pflichten haben und damit unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des Netzwerks. Das Zentrum des Netzwerkes selbst gibt Standards vor und kreiert gegebenenfalls nach diesen Standards sogar neue Organisationen. Die Struktur des Netzwerkes definiert sich von innen nach außen.
- Netzwerke, die sich dadurch bilden, dass sich Individuen oder Gruppen von Individuen zusammenfinden, die für sich selbst – je nach Bedarf – übergeordnete Strukturen definieren, indem sie bestimmte Aufgaben an eine selbst gewählte Zentrale abgeben. Diese Art von Netzwerk weist üblicherweise sehr flache Strukturen auf, es gibt wenig oder sogar explizit gar keine Kriterien, um Mitglied zu werden, und alle Mitglieder haben die gleichen Rechte, unabhängig von Art und Größe des Mitgliedes. Diese Netzwerke definieren sich von der Peripherie nach innen.

Da beide Formen von Netzwerken zur Aufgabe haben, auf gesellschaftliche Veränderungen und politische Entwicklungen zu reagieren, folgen auch die Strukturen dynamischen Prozessen und passen sich den jeweiligen Bedürfnissen der Mitglieder an. Dadurch existieren häufig Mischformen der oben genannten Strukturen.

*Funktionen*

Drei wesentliche Aktionsfelder von kulturellen Netzwerken lassen sich unterscheiden, die von beiden oben genannten Typen von Netzwerken erfüllt werden:

- Die oben beschriebenen »Zentralen« der Netzwerke organisieren informelle Treffen, Seminare oder Konferenzen für die Mitglieder, um Gelegenheiten für *networking* im engeren Sinne zu schaffen, das heißt, mit anderen Individuen oder Organisationen in Kontakt treten, sich über Herausforderungen und Lösungsansätze im Berufsalltag informell austauschen, Ideen für Kooperationsprojekte entwickeln oder in gezielten Workshops den Wissenshorizont und die Fähigkeiten erweitern. Manche Netzwerke übernehmen auch die Aufgabe, Kooperationsideen, die während solcher Veranstaltungen entstanden sind, umzusetzen.
- Das Filtern und Verbreiten von relevanten Informationen auf verschiedenen Ebenen ist eine weitere wichtige Funktion eines Netzwerks. Die Struktur eines Netzwerkes als solches erleichtert den Mitgliedern, sowohl über ihre eigenen Handlungsschwerpunkte und Aktivitäten zu berichten als auch Informationen über andere Mitglieder einzuholen. Informationen können leicht verbreitet werden.

  Darüber hinaus sammelt die »Netzwerkzentrale« Informationen und leitet sie an alle Mitglieder weiter. Informationen über kulturpolitische Entwicklungen oder über Aktivitäten von Organisationen außerhalb des Netzwerkes werden an einer Stelle gebündelt und gefiltert, so dass nicht jedes einzelne Mitglied die Auswahl zwischen relevanten und nicht relevanten Informationen treffen muss.
- Kulturpolitische Lobbyarbeit wird im Verbund effizienter. Kulturorganisationen können ihr kulturpolitisches Interesse verfolgen, indem sie gemeinsame Aktionen initiieren. Mitglieder, die im Bereich der kulturpolitischen Beratung aktiv sind, können ihren Aktivitäten durch den Zusammenschluss mehr Gewicht verleihen; Mitglieder, die in diesem Bereich nicht aktiv sind, können sich gemeinsamen Aktionen anschließen.

*Wie funktioniert Lobbyarbeit? – Beispiel des* Europäischen Forums für Kunst und kulturelles Erbe (European Forum for the Arts and Heritage – EFAH)

*EFAH* ist der übergeordnete Dachverband von Kulturorganisationen in Europa. Er vereint über 80 Netzwerke und Verbände, die ihrerseits zusammengenommen weitere 5 000 Netzwerke vertreten. *EFAH* selbst ist Mitglied in der *Civil Society Contact Group (CSCG)*, in der sich Dachverbände der Zivilgesellschaft aus unterschiedlichen Sektoren wie Soziales, Umwelt und Kultur zusammengeschlossen haben. Durch dieses weitverzweigte Netz verfügt *EFAH* über ein hohes Maß an Legitimation und wird von den politischen Institutionen auf EU-Ebene als Vertreter des kulturellen Sektors anerkannt. Darüber hinaus verfügt *EFAH* über weitreichende persönliche Kontakte zu Mitgliedern des EU-Parlamentes und zu Vertretern der *Generaldirektion für Kultur und Bildung* der EU-Kommission.





*EFAH* operiert auf verschiedenen Ebenen, um die Ziele zu erreichen, die der kulturelle Sektor auf politischer Ebene verfolgt:

- In groß angelegten Kampagnen in Kooperation mit anderen einflussreichen Organisationen werden konkrete Forderungen an die EU gestellt. Diese Forderungen werden an die Entscheidungsträger im EU-Parlament und im Europäischen Rat herangetragen, an verschiedenen Stellen der Verwaltungsstrukturen innerhalb der EU-Kommission platziert und von einer breiten Öffentlichkeit mit verhältnismäßig großer Medienpräsenz begleitet. Die Kampagne »70 Cents for Culture« zum Beispiel wurde 2005 gemeinsam mit der *Europäischen Kulturstiftung (European Cultural Foundation – ECF)* lanciert und hatte zum Ziel, das Budget für das neue Kulturförderprogramm der EU mit der Laufzeit 2007–2013 von sieben auf 70 Cent pro Kopf in der EU pro Jahr zu erhöhen. Alle Mitglieder waren aufgefordert, die Kampagne über ihre Netzwerke zu verbreiten und mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit ein breites Publikum aufmerksam zu machen.
- Durch kontinuierliche Wortmeldungen sollen organisatorische Verbesserungen für Kulturorganisationen in der EU erzielt werden. *EFAH* war verschiedentlich zu Parlamentsausschusssitzungen eingeladen, um Empfehlungen des gesamten Sektors zur Gestaltung des neuen Förderprogramms für Kultur vorzutragen. Empfohlen wurden unter anderem ein vereinfachtes und transparenteres Antragsverfahren, erfüllbarere Bedingungen zu den finanziellen Eigenleistungen und ein besseres Zusammenspiel verschiedener Programme, wie zum Beispiel für Bildung und Kultur. *EFAH* formuliert Stellungnahmen zu unzumutbaren administrativen Zuständen, die mit der Vergabe von Fördergeldern verbunden sind, oder diskutiert in Einzelgesprächen mit Entscheidungsträgern und denen, die sie vorbereiten, was den Kultursektor in Europa heute und morgen in besonderer Weise herausfordert und wie dem begegnet werden kann.
- *EFAH* bereitet strategisch angelegte und langfristige Aktionen vor, um Kulturpolitik auf der europäischen Ebene zu beeinflussen. So hat *EFAH* einen wesentlichen Beitrag zur Vorbereitung der von der *DG Bildung und Kultur* geplanten »Communication on Culture« (»Kommissionsmitteilung zu Kultur in Europa«) geleistet, bei der der kulturelle Sektor ausdrücklich aufgefordert ist, mit der EU-Kommission in Dialog zu treten. Dabei geht es vor allem darum, die EU – bisher vorrangig eine Wirtschafts- und Freihandelszone – zu beraten, wie Kultur von einer zwar geschätzten und geförderten, aber doch eigentlich der mitgliedsstaatlichen Hoheit unterliegenden Nebensache zum strategisch-politischen Element der europäischen Integration avancieren kann.

Den Erfolg oben genannter Aktivitäten zu messen, ist nicht immer einfach. So kann man zum Beispiel feststellen, dass das Budget für das Kulturförderprogramm 2007–2013 *nicht* auf die geforderten 70 Cent angehoben, sondern mit den ursprünglich veranschlagten sieben Cent verabschiedet wurde. Damit könnte die

Kampagne als erfolglos eingestuft werden. Bedenkt man allerdings, dass zwischenzeitlich Beschlussvorlagen existierten, die eine Reduzierung des vorgeschlagenen Budgets um die Hälfte vorsahen, und dass diese Beschlüsse abgewendet werden konnten, so war die Kampagne ein großer Erfolg. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass Lobbyarbeit für Kultur in der EU ein extrem langwieriger Prozess ist. Es geht nicht allein darum, kurzfristig konkrete Verbesserungen zu erzielen, sondern ebenso sehr darum, eine Position als anerkannter Berater zu etablieren, dem im Zusammenhang mit langfristigen Prozessen und Entwicklungen zugehört und vertraut wird.

*Ausblick – Welche Themen werden das zivilgesellschaftliche Engagement für Kulturpolitik in Europa in den nächsten Jahren beschäftigen?*

Die Bedeutung von Kultur für Europa ist in den existierenden EU-Verträgen bereits angelegt. Paragraph 151 des Vertrages von Maastricht (1992) besagt, dass kulturelle Aspekte in allen Bereichen der Politik Relevanz haben sollen und dass die Vielfalt der Kulturen in Europa zu schützen ist. Es gilt, diesen Paragraphen mit Leben zu füllen. Und es gilt weiterhin, in der EU ein nachhaltiges kulturpolitisches Programm zu etablieren, das weit über die bloße Projektförderung hinausreicht, und mit einer Reihe zusätzlicher Instrumente nationale Kulturpolitiken sowohl zu ergänzen als auch in ihrer Weiterentwicklung anzuregen.

Das Jahr 2008 wurde von der EU als das »Jahr des Interkulturellen Dialoges ausgerufen. Damit regt die EU-Kommission zum ersten Mal selbst konkret dazu an, »Kultur« in anderen Politikbereichen zu verankern. Kultur hat so gute Chancen, anerkannter Bestandteil eines größeren europäischen Ganzen zu werden. Kulturpolitisch ausgerichtete Netzwerke verfolgen auch hier das Ziel, politischen Ansprüchen zur Verwirklichung zu verhelfen.

## *Weiterführende Literatur*


Autissier, Anne-Marie (2005): *L'Europe de la Culture, Histoire(s) et enjeux*, Arles: Actes du Sud

Castells, Manuel (2001): *Das Informationszeitalter*, Band 1: *Die Netzwerkgesellschaft*, Opladen: Leske und Budrich

European Cultural Foundation – ECF (Hrsg.) (1998): *Newsletter, Volume XXI, N°. 3, Amsterdam, September 1998*

European Festival Association – EFA (Hrsg.) (2006): *Still so much to be done – Challenges for Culture in Europe*, Gent

Fisher, Rod/Aldridge, Ruth/Schwarz, Isabelle (1992): *Arts Networking in Europe. A directory of Trans-frontier Cultural Networks Operating in the European Arena*, London: Arts Council of Great Britain

Habermas, Jürgen (1981): *Die Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Informal European Theater Meeting IETM (Hrsg.) (2001): *How networking works. IETM study on the Effects of Networking, published by the Arts Council Finland*, Helsinki: University of Helsinki Press

Mundy, Simon (1999): *The Context and Structures of European Cultural Networks – Report*, The Hague: Raad voor Cultuur

Schwencke, Olaf (2006): *Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa. Dokumente, Analysen und Perspektiven – von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Bonn/ Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag

Stain, Judith (1996): *Working Groups – Les reseaux: un avenir pour la coopération culturelle en Europe*, Brüssel: European Forum for the Arts and Heritage – EFAH




Patrick Glogner

# *Kulturpolitische Interessenrepräsentation auf europäischer Ebene*

## *Allgemeine Anmerkungen und ausgewählte Beispiele zur Verbände- und Netzwerklandschaft*

Voraussetzung für eine breite kulturpolitische Debatte und Meinungsbildung, die dem häufig beklagten Demokratiedefizit der Europäischen Union entgegenwirkt, ist eine Öffentlichkeit, die sie initiiert und trägt. Bis vor wenigen Jahren noch wurde bezweifelt, dass die hierfür notwendigen Grundlagen – vor allem in Form einer hinreichend ausgestatteten Verbände- und Netzwerklandschaft – vorhanden wären. (Siehe Sievers 2000: 20) Die Frage, inwieweit diese Zweifel heute noch berechtigt sind, lässt sich nur schwer beantworten. Einerseits wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl an Verbänden und Netzwerken auf europäischer Ebene gegründet (siehe Wittal-Düerkop 2006: 18), andererseits fehlt bislang aber eine umfassende systematische Bestandsaufnahme zu den existierenden Organisationen der kulturpolitischen Interessensvertretung und -vermittlung, zu ihren Zielen und Aktivitäten sowie zu ihren Einflussmöglichkeiten.[1]

Um einen ersten Überblick über die europäische Verbände- und Netzwerklandschaft zu erhalten, wurde im November/Dezember 2006 im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Kongresses »europa.macht.kultur« eine Online-Recherche durchgeführt. Im Rahmen dieser Recherche sollten die wichtigsten Organisationen ermittelt, thematisch eingeordnet und – bei besonderer Relevanz – skizziert werden. Im Folgenden werden zunächst kurz einige Anmerkungen zur Durchführung der Recherche gemacht. Daraufhin folgt – im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten einer Online-Recherche – eine (quantitative) Grobeinschät-

1 Zu Institutionen, Verbänden und Netzwerken im Bereich des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege siehe die entsprechende Übersicht in dem Beitrag von Jörg Haspel in diesem Band; zu entsprechenden Einrichtungen in anderen Sparten die Hinweise in Beiträgen zu den kulturellen Praxisfeldern.

zung zur Verbände- und Netzwerklandschaft auf europäischer Ebene. Schließlich wird eine exemplarische Auswahl von Verbänden und Netzwerken kurz vorgestellt.

*Anmerkungen zur Recherche*

Der Fokus der Recherche[2] lag auf denjenigen Verbänden und Netzwerken, die aufgrund ihrer Ausstattung und Struktur auf europäischer Ebene handlungsfähig sind. Aus diesem Grund wurden verschiedene Kriterien für die Recherche der Institutionen und der Einschätzung ihrer Relevanz festgelegt:[3]

- Organisation: zivilgesellschaftliche Akteure mit demokratischen Strukturen:
  Indikatoren: zum Beispiel Statuten, Mitgliedschaft
- europäisch-kulturpolitischer Anspruch:
  Indikatoren: zum Beispiel Leitbild, dokumentierte Zielsetzungen, Anfragen et cetera.
- Handlungsfähigkeit:
  Indikatoren: zum Beispiel Mitglieder aus mindestens zehn europäischen Staaten
- erkennbare aktuelle Aktivitäten:
  Indikatoren: aktuelle Website, Newsletter et cetera.

Auf der Grundlage dieser Kriterien wurden die ermittelten Organisationen in zwei Kategorien eingeordnet:[4]

- 1. Kategorie: Organisationen, welche die Kriterien weitgehend erfüllen;
- 2. Kategorie: Organisationen, welche die Kriterien nicht oder nur unzureichend erfüllen, beziehungsweise Organisationen, welche sich eher auf kulturelle Zusammenarbeit und kulturellen Austausch beschränken.

2 Ausgangspunkt der Recherche waren das bestehende Adressmaterial beziehungsweise die vorhandenen Internet-Links des *Cultural Contact Points Deutschland* (http://ccp-deutschland.de) sowie der Internetplattform *Europa fördert Kultur* (http://www.europa-foerdert-kultur.de). Darüber hinaus genutzt wurden die umfassenden Online-Informationen des *European Forum for the Arts and Heritage* (http://www.efah.org) und der *European Cultural Foundation* (http://www.eurocult.org). Auf Basis dieses Datenmaterials wurde im Schneeballprinzip nach Verbänden, Netzwerken und Stiftungen recherchiert, welche die europäische Kulturlandschaft repräsentieren.

3 Von vorneherein unberücksichtigt blieben Netzwerke, die sich ausschließlich aus politischen Amtsträgern – wie zum Beispiel Ministern – zusammensetzen. Ebenfalls ausgeklammert wurden Kooperationsprojekte, deren Federführung bei Vertretern der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments liegt.

4 Bei der Recherche zeigte sich schnell, dass eine strikte Anwendung der zugrunde gelegten Kriterien nicht möglich war. Dies ist zum einen begründet in der unterschiedlichen Informationsfülle der Internetpräsentationen, zum anderen in den sehr verschiedenen Organisationsformen. So gibt es beispielsweise Organisationen, die »nur« zwanzig bis dreißig Mitglieder haben, wobei die Mitgliedschaft ausschließlich für einflussreiche nationale Verbände möglich ist, während andere Organisationen eine Vielzahl an institutionellen Mitgliedern (z. B. Theater, Kulturzentren etc.) und Individualmitgliedern haben, deren Einfluss jedoch als eher gering einzuschätzen ist. Bei der Einordnung in eine der oben genannten Kategorien war deshalb häufig der Gesamteindruck entscheidend. Hier wäre ein systematischeres Vorgehen wünschenswert gewesen, das jedoch im Rahmen dieser ersten Überblicksrecherche und der Unübersichtlichkeit der europäischen Verbände- und Kulturpolitiklandschaft nicht möglich war.





*Einschätzungen zur Verbände- und Netzwerklandschaft auf europäischer Ebene*

Insgesamt konnten 77 kulturelle und kulturpolitische Verbände und Netzwerke recherchiert werden.[5] Darüber hinaus wurde eine Reihe an Stiftungen und Forschungsinstitutionen beziehungsweise -verbünden ermittelt, die sich der Entwicklung der europäischen Kulturpolitik und kulturellen Zusammenarbeit widmen, ohne jedoch einer der obigen Kategorien zuordenbar zu sein. Beispielhaft genannt seien die *Interarts Foundation Barcelona* oder das informelle Netzwerk *Resources for Cultural Policy in Europe (RECAP)*.

Von den 77 Verbänden und Netzwerken wurden 44 der ersten und 33 der zweiten Kategorie zugeordnet, wobei betont sei, dass die Übergänge fließend sind. Rund ein Drittel der 44 Organisation der ersten Kategorie zeichnen sich durch eine besonders ausgeprägte Interessensvertretung aus, die sich einerseits in ihren Mission Statements beziehungsweise Zielen, andererseits in den (online) dokumentierten Aktivitäten (wie zum Beispiel Konferenzen, Veröffentlichungen von Stellungnahmen und Gutachten etc.) widerspiegelt. Hierzu gehören beispielsweise das *European Forum for the Arts and Heritage (EFAH)*, die *Association Européenne des Conservatoires, Académies de Musique et Musikhochschulen (AEC)*, der *European Music Council (EMC)* und *Europa Nostra – pan-European Federation for Cultural Heritage*.

Werden die Ergebnisse der Recherche differenziert nach Sparten betrachtet, so fällt auf, dass insbesondere die »klassischen« Kulturbereiche (Musik, Theater, Kulturerbe, Bibliotheken und Archive etc.) sowie der Urheberschutz durch Verbände und Netzwerke repräsentiert sind, die der ersten Kategorie zugeordnet werden können. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt bei den Bereichen Musik und Darstellende Kunst (einschließlich der Ausbildungsinstitutionen). Ebenfalls gut repräsentiert erscheinen die Bereiche Kulturelle Bildung sowie Stadt- und Regionalkultur. Eher unterrepräsentiert sind dahingegen der Bereich der freien Kulturarbeit beziehungsweise Soziokultur sowie vor allem der Heimat- und Brauchtumspflege.

In Bezug auf die Verbände/Netzwerke, die der zweiten Kategorie zugeordnet wurden, soll auf zwei interessante Beobachtungen eingegangen werden: Die Zuordnung zur zweiten Kategorie erfolgte meist, da sich die betreffenden Verbände/Netzwerke auf künstlerisch-kulturelle Zusammenarbeit und Austauschprogramme konzentrieren beziehungsweise keine explizit kulturpolitischen Ziele oder Aktivitäten erkennen lassen. Dies erscheint nachvollziehbar, da sie meist kulturell-künstlerische Nischen vertreten. Als Vertreter dieser Nischen dürften sie allein vermutlich nur schwer in der Lage sein, Aufmerksamkeit für ihre Interessen und Ziele auf sich zu ziehen. So gibt es beispielsweise im Bereich der musikalischen Ausbildung eine *European String Teachers Association (ESTA)* und eine *European Piano Teachers Association (EPTA)*.

Des Weiteren ist auffällig, dass immerhin sieben Verbände/Netzwerke aufgrund ihrer veralteten Internetauftritte – deren letzte Aktualisierung zwischen

5 Eine Auswahl dieser europäischen Verbände und Netzwerke mit einigen zentralen Angaben sind in diesem Jahrbuch am Ende des Themenschwerpunktes in der Übersicht »Europäische Verbände und Netzwerke« zusammengestellt.

sechs Monaten und mehreren Jahren zurückliegt – der zweiten Kategorie zugeordnet wurden. Hier stellt sich die Frage, welche Gründe für die Einstellung der Aktivitäten ursächlich sind. Gleichzeitig konnten jedoch auch vier Verbände und Netzwerke ermittelt werden, die momentan im Aufbau begriffen sind.

*Kurzbeschreibung ausgewählter Verbände und Netzwerke*

Im Folgenden werden neun exemplarisch ausgewählte Organisationen der ersten Kategorie und ihre Zielsetzungen beziehungsweise Aktivitäten kurz vorgestellt.[6]

*European Forum for the Arts and Heritage (EFAH)*

Das *European Forum for the Arts and Heritage (EFAH)* wurde 1992 gegründet, um die Interessen von kulturellen Verbänden sowie Kunst- und Kulturschaffenden auf europäischer Ebene zu vertreten.[7] Als führender kulturpolitischer Non-Profit-Verband in Europa befasst sich das *EFAH* spartenübergreifend mit Fragen der europäischen Kulturpolitik, informiert Mitglieder und Entscheidungsträger über aktuelle Entwicklungen und beteiligt sich an der Formulierung von Zielen sowie Handlungsempfehlungen.

Zentrales Ziel des *European Forum for the Arts and Heritage* ist es gemäß seinen Statuten, für Verbände, Organisationen und Netzwerke ein Ort zu sein, an dem sie

- aktuelle Informationen zur Europapolitik und zur europäischen Gesetzgebung finden können, die Einfluss auf den Kunst- und Kultursektor haben;
- entsprechende Informationen im Kunst- und Kultursektor verbreiten können;
- Ideen zur Europapolitik, die ihr jeweiliges Arbeits- beziehungsweise Themengebiet betreffen, austauschen beziehungsweise aufgreifen und ihre Aktivitäten in Bezug auf die Europäischen Institutionen abstimmen können;
- langfristig als kompetente Ansprechpartner auf dem Gebiet der Kunst und des Kulturerbes für alle Europäischen Institutionen (wie z.B. der Kommission, dem Parlament, dem Europarat) tätig werden können.[8]

Neben einer aktiven Lobby-Arbeit und umfassenden (Online-)Informationsangeboten zur europäischen Kulturpolitik veranstaltet das *European Forum for the Arts and Heritage* unter anderem regelmäßig Konferenzen zu kulturpolitischen Schlüsselfragen und bietet Weiterbildungsangebote an. Darüber hinaus beteiligt es sich an Forschungsprojekten und initiiert Kampagnen – wie zum Beispiel die »70 Cents for Culture-Campaign«, die zum Ziel hat, das europäische Programm zur Kulturförderung von 7 Cent auf 70 Cent je Einwohner zu erhöhen.[9]

6 Die Adressen und andere zentrale Angaben sind am Ende des Themenschwerpunktes dieses Jahrbuchs in der Übersicht »Europäische Verbände und Netzwerke« aufgeführt.
7 Siehe hier und im Folgenden: http://www.efah.org (Stand: 23. November 2006).
8 Siehe Art. 3 der Statuten des *European Forum for the Arts and Heritage*: http://www.efah.org/components/docs/statuts_efah.pdf (Stand: 23. November 2006).
9 Siehe http://www.efah.org/index.php?id=32&pagelang=en (Stand: 23. November 2006).





Die Mitgliedschaft ist möglich für unabhängige Organisationen, die an kulturpolitischen Debatten und Entwicklungen auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene mitwirken.[10] Zudem besteht die Möglichkeit der außerordentlichen Mitgliedschaft. Zurzeit gehören dem *European Forum for the Arts and Heritage* rund 90 Mitglieder aus 25 EU-Staaten an, die rund 5000 Organisationen aus allen kulturellen Bereichen repräsentieren.[11]

*European Council of Artists (ECA)*

Der *European Council of Artists* vertritt die Interessen professioneller Künstler in Europa – von bildenden Künstlern über Schriftsteller bis zu Musikern – und initiiert Kooperationen zwischen ihnen.[12] Gegründet wurde der *European Council of Artists* im Jahr 1995,

- um professionellen Künstlern und ihren Organisationen eine sichtbare, spartenübergreifende Präsenz auf europäischer Ebene zu ermöglichen und
- um Entwicklungen auf den Gebieten Verwaltung, Finanzen, Soziales et cetera zu beobachten, welche für professionelle Künstler von Relevanz sind.

Der *European Council of Artists* versteht sich als Forum für den Dialog zwischen professionellen Künstlern, ihren Repräsentanten sowie den politischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene und möchte aktiv und verantwortungsbewusst zur kulturellen Entwicklung in Europa beitragen. Ziel ist es, Kunstschaffende bei der Einflussnahme auf europäische Strategien, von denen sie – vor allem sozial und ökonomisch – betroffen sind, zu unterstützen.

Zu den Aktivitäten gehören unter anderem

- die Einflussnahme auf europapolitische Entscheidungen sowie intensive Beziehungen zu den politischen Institutionen der EU, dem Europarat, der *UNESCO* und anderen relevanten Organisationen;
- die Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern und Organisationen in Europa, welche die professionellen Künstler vertreten;
- die Organisation von Konferenzen, Seminaren und runden Tischen zu anstehenden zentralen Herausforderungen in Hinblick auf die zukünftige kulturelle Entwicklung Europas;
- die Unterstützung der Zusammenarbeit aller europäischen Künstler durch den gegenseitigen Austausch relevanter Informationen zu politischen Angelegenheiten, die Kunstschaffende in Europa betreffen.[13]

Dem *European Council of Artists* gehören gegenwärtig 25 nationale Organisationen aus Europa an.[14]

10 Siehe http://www.efah.org/index.php?id=9&pagelang=en (Stand: 23. November 2006).
11 Siehe http://www.efah.org/index.php?id=5&pagelang=en (Stand: 23. November 2006).
12 Hier und im Folgenden: http://www.eca.dk/outline/index.html (Stand: 30. November 2006).
13 Siehe http://www.eca.dk/outline/index.html (Stand: 30. November 2006).
14 Vgl. http://www.eca.dk/members/index.html (Stand: 30. November 2006).

*Europa Nostra – pan-European Federation for Cultural Heritage*

*Europa Nostra – pan-European Federation for Cultural Heritage* ist die zentrale Plattform der auf dem Gebiet des Kulturerbes aktiven europäischen Nichtregierungsorganisationen. *Europa Nostra* versteht sich als Stimme einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung in Europa, die den Bereich des Kulturerbes gegenüber internationalen Einrichtungen – vor allem gegenüber den Institutionen der Europäischen Union, dem Europarat und der *UNESCO* – vertritt.[15]

*Europa Nostra* sieht seine Aufgabe darin, das Kulturerbe in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene auf die politischen Agenda zu setzen. Zu den spezifischen Zielen gehören das Engagement für einen hohen Qualitätsstandard auf europäischer Ebene im Bereich der Kulturpflege, der Architektur sowie der Stadtplanung und das Eintreten für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des städtischen wie ländlichen, künstlichen wie natürlichen Lebensraums.

Zu den Aktivitäten von *Europa Nostra* gehören unter anderem

- die Unterstützung nationaler und internationaler Kampagnen zum Erhalt und zur Rettung gefährdeter Bestände des europäischen Kulturerbes;
- die Förderung von exemplarischen Initiativen zugunsten der Bewahrung und Erweiterung des Kulturerbes durch Anerkennung hervorragender Leistungen, insbesondere durch den »European Union Prize for Cultural Heritage/Europa Nostra Awards«;
- die Koordination der »European Heritage Days«, einem Gemeinschaftsprojekt des Europarates und der Europäischen Kommission;
- Lobby-Arbeit gegenüber relevanten Entscheidungsträgern auf nationaler und europäischer Ebene, beispielsweise durch Stellungnahmen, Resolutionen, politischen Papieren et cetera;
- ein umfassendes Online-Angebot mit Links, Download-Möglichkeiten und einem Newsletter.[16]

*Europa Nostra* gehören gegenwärtig über zweihundert Nichtregierungorganisationen aus ganz Europa an.

*European Music Council (EMC)*

Der *European Music Council (EMC)* ist eine Regionalgruppe des *International Music Council (IMC)*. Als führender Musikverband widmet er sich der Entwicklung und Unterstützung aller Arten von Musik in Europa.

Gemäß seines Mission Statements ist es Hauptzweck des *European Music Council*, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis von Menschen und ihren unterschiedlichen Kulturen sowie zu einer gleichberechtigten Koexistenz aller musikalischen Kulturen beizutragen. Hierzu stellt der European Music Council seinen Mitgliedern Fachkenntnisse zur Verfügung, schafft Möglichkeiten der Netzwerkbildung und bietet einen Überblick über Initiativen der musikalischen und kulturellen Teilhabe.[17]

Ziele des *European Music Council* sind unter anderem

- das gesamte Musikleben und die musikalische Ausbildung in Europa zu fördern;
- einen Dialog über Möglichkeiten und Veränderungen in der europäischen Musiklandschaft auf verschiedenen Ebenen zu initiieren;
- Entwicklungen im Bereich der Musik auf europäischer und nationaler Ebene zu beobachten und zu beeinflussen;
- europäische Interessen innerhalb des *International Music Council* zu artikulieren und ihn in europäischen Angelegenheiten zu vertreten.[18]

Zu diesem Zweck initiiert der *European Music Council* beispielsweise Kooperationen zwischen seinen Mitgliedern, informiert sie über aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene und unterstützt Mitgliederaktivitäten mit einem Europabezug. Darüber hinaus werden Kontakte mit Entscheidungsträgern der europäischen Institutionen gepflegt und Kooperationen mit anderen *IMC*-Regionalgruppen aufgebaut.

Der *European Music Council* ist eine Plattform für die Vertreter der jeweiligen nationalen Music Councils und der im Bereich Musik tätigen Organisationen aus ganz Europa. Als einem europäischen Dachverband gehören ihm die europäischen Mitglieder des *International Music Council* an.

*Informal European Theatre Meeting (IETM)*

Das *Informal European Theatre Meeting (IETM)* wurde 1981 in Brüssel gegründet und ist eine der größten Mitgliederorganisationen im Bereich der darstellenden Künste in Europa.

Hauptziel des *Informal European Theatre Meeting* ist es laut seines Mission Statements, die Qualität, Entwicklung und Kontexte der zeitgenössischen darstellenden Künste in einer globalen Welt anzuregen, indem professionelle Netzwerks- und Kommunikationsarbeit, Informationsaustausch, Transfer von Know-How und die Vermittlung guter Praxisbeispiele initiiert und ermöglicht werden.[19]

Angestrebt wird unter anderem,

- neue künstlerische Tendenzen und Entwicklungen auf dem Gebiet der zeitgenössischen darstellenden Künste in Europa und weltweit zu erkennen;
- die verschiedenen Organisationen, die gemeinsame Interessen vertreten, in einem Netzwerk zu verbinden;
- internationale Partnerschaften, Austauschprogramme, Kooperationen und Wissenstransfer anzuregen;
- politischen Einfluss auszuüben durch aktive Teilnahme an kulturpolitischen Debatten sowie durch eine direkte Interessensvertretung.

15 Siehe hier und im Folgenden: http://www.europanostra.org/lang_en/0100_new_about_europa_nostra.html (Stand: 30. November 2006).
16 Siehe http://www.europanostra.org/lang_en/index.html (Stand: 30. November 2006).
17 Siehe http://www.emc-imc.org (Link: »About EMC/Vision and Mission«/Stand: 24. November 2006).
18 Siehe hier und im Folgenden: http://www.emc-imc.org (Link: »About EMC/Objectives and Goals«/Stand: 24. November 2006).
19 Siehe hier und im Folgenden: www.ietm.org/index.lasso?p=about&q=whatweare (Stand: 16. Januar 2007).

Zu den konkreten Aktivitäten des *Informal European Theatre Meeting* gehören beispielsweise die Wahrnehmung von Beratungsaufgaben, regelmäßige Versammlungen und Fachkonferenzen, Netzwerkprojekte (unter anderem mit Vertretern aus Afrika, Lateinamerika und dem Balkan) sowie ein umfassendes Online-Angebot mit Informationen über Fördermöglichkeiten, Workshops, Tagungen, Download-Möglickeiten et cetera.

Dem *IETM* gehören über 400 Mitgliederorganisationen aus 45 Staaten an. Beitreten können Organisationen, die aktiv in die Entwicklung und Verbreitung der zeitgenössischen darstellenden Künste eingebunden sind und die das künstlerische und politische Klima für die darstellenden Künste verbessern möchten. Darüber hinaus besteht für Organisationen, die sich der Förderung der darstellenden Künste widmen, die Möglichkeit der außerordentlichen Mitgliedschaft.[20]

*Network of European Museum Organisations (NEMO)*

*NEMO* ist ein unabhängiges Netzwerk von nationalen Museumsverbänden und ähnlichen Organisationen, welche die Museumslandschaft in Europa repräsentieren.[21]

Ziele von *NEMO* sind unter anderem

- die Verbreitung von Informationen über EU-Initiativen und Ähnlichem, die für Museen von Relevanz sind;
- Lobby-Arbeit bei den europäischen Institutionen – insbesondere der EU – zu allen für Museen relevanten Belangen;
- Aufklärung von europapolitischen Entscheidungsträgern über die Rolle und Bedeutung von Museen;
- Förderung des Informationsaustauschs zwischen Museen und Museumsorganisationen in Europa.[22]

Zu den Aktivitäten von *NEMO* gehören entsprechend dieser Zielsetzung unter anderem Treffen mit den jeweiligen Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes, die Kontaktpflege zu Organisationen und Netzwerken mit ähnlichen Interessen sowie Stellungnahmen zu politischen Fragen betreffend Copyright, Förderprogrammen, Statistiken und der Rolle von Museen.

*NEMO* hat derzeit 32 Mitglieder aus europäischen Staaten.[23] *NEMO* gehören die nationalen Museumsverbände an, wobei Organisationen aus Ländern der Europäischen Union automatisch Mitglied werden. Vergleichbare Museumsorganisationen aus Staaten, die ein Abkommen mit der EU haben, können außerordentliche Mitglieder werden.

*European Network of Arts Organisations for Children and Young People (EUnetART)*

Das *European Network of Arts Organisations for Children and Young People* wurde 1991 gegründet und ist ein interdisziplinäres Kulturnetzwerk mit dem Fokus auf Kunst- und Kulturvermittlung für Kinder und Jugendliche. Zu den Mitgliedern zählen Organisationen aus dem Bereich der darstellenden Kunst, der bildenden Kunst, der Musik, der Museen ebenso wie Kinderkulturzentren, Festivals et cetera.[24]

*EUnetART* hat gemäß seines Mission Statements das Ziel, den Austausch, die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Kunst- und Kulturschaffenden zu fördern, um Kunst für Kinder und Jugendliche lebendig werden zu lassen. Es versteht sich als ein Treffpunkt sowie ein Ort des Austauschs und des Lernens, als ein Rahmen für Kooperationsprojekte und als eine Stimme für Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche in Europa.

Dementsprechend widmet sich *EUnetART* unter anderem folgenden Aufgaben:[25]

- Ideen- und Erfahrungsaustausch zwischen professionellen Kunst- und Kulturschaffenden;
- Kreativitätssteigerung für Kinder und Jugendliche über die Erfahrung von Kunst und europäischen Kulturtraditionen;
- Etablierung von Kunstaktivitäten als ein Treffpunkt für Erwachsene und Kinder;
- Förderung von Begegnungen zwischen Künstlern und Kindern beziehungsweise Jugendlichen;
- Aufzeigen der Bedeutung von Kunst und Kultur für den Prozess des sozialen Lernens;
- Förderung der politischen Aufmerksamkeit bezüglich der Wichtigkeit von Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche;
- ein Online-Angebot mit Informationen über Mitglieder, Fördermöglichkeiten, Publikationen und einer Vielzahl an Links zu weiteren relevanten Organisationen.

*EUnetART* gehören derzeit über 100 Organisationen aus 28 Staaten an. Es bestehen drei Arten der Mitgliedschaft: Vollmitgliedschaft – für Organisationen, die professionelle Kunst- und Kulturarbeit mit Kindern und Jugendlichen betreiben –, Fördermitgliedschaft und außerordentliche Mitgliedschaft.

*Cultural Information and Research Centres Liaison in Europe (CIRCLE)*

*Cultural Information and Research Centres Liaison in Europe (CIRCLE)* ist ein unabhängiges Forschungs- und Informationsnetzwerk, das sich seit über zwanzig Jahren mit der Erforschung und Entwicklung kulturpolitischer Modelle für Europa befasst.[26]

*CIRCLE* versteht sich als ein Forum für Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, Kulturpraktiker und Kulturpolitiker, ebenso wie für Universitätsabteilungen, Forschungseinrichtungen, Ministerien, Arts Councils etc. Durch die Zusammenführung dieser Akteure wird angestrebt, als eine Schnitt- und Vermitt-



20 Siehe www.ietm.org/index.lasso?p=about&q=whoweare (Stand: 16. Januar 2007).
21 Siehe www.ne-mo.org (Stand: 30. Dezember 2006).
22 Siehe www.ne-mo.org/info-vaihtuva.html#what (Stand: 30. Dezember 2006).
23 Siehe www.ne-mo.org/members.html (Stand: 30. Dezember 2006).
24 Siehe hier und im Folgenden: www.eunetart.org (Link: »Mission«/Stand: 30. November 2006).
25 Siehe www.eunetart.org (Link: »what is in it for you«/Stand: 30. November 2006).
26 Siehe hier und im Folgenden: www.circle-network.jaaz.pl/index.php?module=articles&action=view&id=145 und www.circle-network.jaaz.pl/index.php?module=articles&action=view&id=179 (Stand: 30. November 2006).

lungsstelle zwischen Wissenschaft und Politik zu fungieren. Zielsetzungen von *CIRCLE* sind unter anderem, neue kulturpolitische Aufgaben und Probleme zu erkennen, aktuelle Forschungen und Informationen aufzubereiten und diese unter anderem über das Internet und Datenbanken verfügbar zu machen.

Zu den Aktivitäten von *CIRCLE* gehören beispielsweise

- ein jährlicher runder Tisch, der sich mit aktuellen Forschungen, wissenschaftlichen Diskussionen und politischen Entwicklungen befasst und diese in einem Bericht aufbereitet;
- »Cultural Policy Research Online (CPRO)«, eine Online-Datenbank zu aktuellen Forschungsprojekten, Konferenzberichten etc. zu internationalen kulturpolitischen Themen;
- ein schwarzes Brett im Internet mit regelmäßigen Informationen zu aktuellen kulturpolitischen Themen, Mitgliederaktivitäten und Terminen sowie ein dreimal im Jahr erscheinender dreisprachiger Newsletter (*CIRCULAR*);
- Seminarangebote, Symposien, Workshops und Publikationen.

CIRCLE gehören zurzeit über 30 institutionelle Mitglieder sowie rund 60 Individualmitglieder aus nahezu ganz Europa an.[27]

*European Cultural Foundation (ECF)*

Obgleich die *European Cultural Foundation* kein Verband beziehungsweise Netzwerk ist, soll sie hier aufgrund ihrer besonderen zivilgesellschaftlichen und kulturpolitischen Ansprüche ebenfalls kurz vorgestellt werden. Die *European Cultural Foundation* ist eine der führenden unabhängigen Kulturstiftungen in Europa, die sich intensiv der kulturellen Entwicklung, Kooperation und Interessensvertretung auf europäischer Ebene widmet.

Zentrales Ziel der *European Cultural Foundation* ist die Initiierung und Unterstützung von kulturellen Kooperationen in ganz Europa.[28] Dabei hat sie den Anspruch, sich auf solche Themen zu fokussieren, die von aktueller Relevanz für die Kultur und die Zivilgesellschaft sind.

Die zahlreichen – und hier nur auszugsweise wiederzugebenden – Aktivitäten lassen sich in drei Bereiche unterteilen:

- »We support«: *ECF* unterstützt und fördert Kulturorganisationen, Netzwerke und Künstler. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf innovative Projekte gerichtet, die geografische und kulturelle Grenzen überschreiten.[29]
- »We advocate«: *ECF* wirkt an der Weiterentwicklung und Reform der EU-Kulturpolitik und der Kulturpolitik der angrenzenden Regionen mit. Dies geschieht durch Engagement in strukturschwachen Regionen, durch Kulturpolitikforschung, durch Beratung von Kulturorganisationen, durch Zusammenführung von Akteuren des Kultursektors mit politischen Entscheidungsträgern, durch Lobby-Arbeit etc.[30]
- »We focus on«: Hierbei handelt es sich um aktuelle Schwerpunktthemen. Gegenwärtig befasst sich die *ECF* umfassend mit dem Thema der kulturellen Verschiedenartigkeit und des interkulturellen Dialogs.[31]

27 Siehe www.circle-network.jaaz.pl/index.php?module=articles&action=view&id=181 (Stand: 30. November 2006).
28 Siehe www.eurocult.org/about-us/ (Stand: 30. November 2006).
29 Siehe www.eurocult.org/we-support-cultural-cooperation/ (Stand: 30. November 2006).





In zahlreichen europäischen Ländern gibt es Nationalkomitees der *European Culture Foundation*; in Deutschland ist es die *Deutsche Vereinigung der ECF,* die eigene europäische Projekte durchführt.[32]

Die *European Cultural Foundation* wurde 1954 in Genf von dem Philosophen Denis de Rougement gegründet. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen über Lotteriemittel (*Prince Bernhard Cultural Foundation* – of De BankGiroLoterij, De Lotto and De Nationale Instant Loterij) sowie über Partnerschaften, Sponsoring und eigene Ressourcen. Der Jahresetat liegt bei 5 bis 6 Millionen Euro.

*Schlussbemerkung*

In Bezug auf die Verbände- und Netzwerklandschaft auf europäischer Ebene kann der Schluss gezogen werden, dass vor allem die »klassischen« Sektoren des Kulturbereichs eine Verbände- und Netzwerkstruktur aufgebaut haben, die sie in die Lage versetzt, ihre Interessen auf europäischer Ebene zu artikulieren und zu vertreten. Von den annähernd achtzig ermittelten Organisationen kann jedoch nur knapp über die Hälfte als kulturpolitisch bedeutsam und handlungsfähig eingestuft werden. Eine exemplarische Auswahl dieser relevanten Organisationen wurde vorgestellt.

Demgegenüber gibt es zum einen eine Reihe an Verbänden und Netzwerken, die sich ausschließlich der Kooperation und dem Austausch in einem speziellen künstlerischen oder kulturellen Themenfeld ohne kulturpolitische Ansprüche widmen. Zum anderen konnten mehrere Organisationen ermittelt werden, die trotz ihrer kulturpolitischen Ziele keine Aktivitäten mehr erkennen lassen. Letzteres Ergebnis sowie die Ermittlung von vier gegenwärtig im Aufbau befindlichen kulturpolitisch ambitionierten Netzwerken werfen die Frage auf, wie sich die Netzwerks- und Verbandslandschaft auf europäischer Ebene zukünftig weiterentwickelt. Weiterführende Studien wären deshalb zu begrüßen.

Sievers, Norbert (2000): »Perspektiven kultureller Interessenpolitik in Europa, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 88 (I/2000)

Wittal-Düerkop, Tanya (2006): »EU-Lobbying für Kultur. Wie Sie sich bei den europäischen Entscheidungsträgern Gehör verschaffen«, in: *Handbuch Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe (Lose-Blatt-Sammlung), B 1.1-3

30 Siehe www.eurocult.org/we-advocate/ (Stand: 30. November 2006).
31 Siehe www.eurocult.org/we-focus-on/ (Stand: 30. November 2006).
32 Siehe www.eurocult.de

Andreas Kämpf

# *Phönix oder lahme Ente?*

## *Von Kulturzentren, Soziokulturellen Zentren, Netzwerken und Romantik*

Im folgenden Beitrag geht es um den derzeit stattfindenden Aufbau eines europäischen Netzwerkes der Kulturzentren im Zusammenhang mit verwandten Netzwerken. (Siehe hierzu auch den Beitrag von Christiane Ziller »Europa wächst von unten« in diesem Band sowie allgemein zu Netzwerken den Beitrag von Ruth Jakobi in diesem Band.) Dafür müssen wir uns nun einem sonnigen, warmen Juni-Tag des Jahres 2005 zuwenden, als sich einige Menschen im Berliner Kulturzentrum *Brotfabrik* einfanden. »Phönix-Gruppe« hatten die Organisatoren – die *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* – als eine Art Arbeitstitel für das Treffen der aus Ungarn, Holland, Belgien, Österreich, Norwegen, Dänemark und Finnland nach Berlin-Weißensee angereisten Vertreter von Kulturzentren gewählt. Im Vorfeld war es schließlich keineswegs sicher, ob es gelingen würde das für einige Zeit in Tiefschlaf gesunkene *European Network of Cultural Centres (ENCC)* zu neuer Aktivität zu erwecken. Es musste sich noch erweisen, ob das *ENCC* als Phönix zu neuem Leben erwachen oder als lahme Ente untergehen würde. Tatsächlich stießen die deutschen Organisatoren auf viel Enthusiasmus bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und am Ende des Treffens war man sich einig, dass es einen neuen Anfang mit dem *Europäischen Netzwerk der Kulturzentren* geben sollte, mit neuer Struktur und, so hoffte man zumindest, mit einer halbwegs gesicherten Finanzierung. Das Konzert der europäischen Kulturnetzwerke sollte um eine Stimme bereichert werden.

### *Zur Begrifflichkeit*

Den aufmerksamen Leserinnen und Lesern wird nicht entgangen sein, dass zwar von der *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* die Rede ist, dass aber bei den Einrichtungen aus anderen europäischen Ländern stets von den »Kulturzentren«

gesprochen wird. Tatsächlich findet sich der Begriff des »Soziokulturellen Zentrums« außerhalb Deutschlands nur noch in Frankreich und dort hat er eine andere Bedeutung. Auf die kürzeste Formel gebracht, steht er für eine zumeist staatlich-zentralistisch gelenkte Sozialarbeit mit Mitteln der Kultur. In allen anderen Ländern ist bei jenen Einrichtungen, die vergleichbar mit einem deutschen Soziokulturellen Zentrum sind, schlicht von »Kulturzentrum« die Rede, etwa dem »Centrum Kultury« in Polen. Oder es wird ein inhaltlich noch unbestimmterer Begriff verwendet, wie zum Beispiel in Dänemark. Hier hat es man es schlicht mit den »Huse« zu tun und der dänische nationale Verband heißt denn auch *Huse i Danmark*. Selbst im uns doch recht nahe stehenden Österreich ist nicht von »Soziokulturellen Zentren« sondern nur von »Kulturinitiativen« und »Kulturzentren« die Rede. Hinter all dieser teilweise abweichenden Begrifflichkeit findet sich jedoch ein hoher Anteil von Gemeinsamkeiten, was die praktische Arbeit, die Struktur der Einrichtungen und die allgemeinen Zielsetzungen angeht. Und hierauf kommt es ja letztlich an. Nun mag der eine oder andere auf die Idee kommen, dass man sich doch auch in Deutschland vom eher sperrigen Begriff des »Soziokulturellen Zentrums« verabschieden sollte. Allerdings deckt dieser Begriff eine recht große Spannweite von Einrichtungstypen ab, die von eher sozial engagierter Stadtteilarbeit bis zu überwiegend künstlerisch ausgerichteten Häusern und von winzigsten Initiativen auf rein ehrenamtlicher Basis bis zu Großzentren mit tausenden von Quadratmetern Nutzfläche reicht. Hier scheint mir der deutsche Begriff des »Kulturzentrums« nicht alles wiederzugeben, was man in der kulturpolitischen Diskussion der letzten Jahrzehnte unter dem Begriff des »Soziokulturellen Zentrums« zusammengefasst hat. Zudem wäre die Abgrenzung zu rein städtischen Veranstaltungsräumen oder rein kommerziellen Einrichtungen, die auch oft als Kulturzentren tituliert werden, nicht gegeben. Im europäischen Raum erscheint die Verwendung des Begriffes »Cultural Centre« jedoch unvermeidbar.

### *Die Netzwerk-Romantik*

Über jenem Treffen der »Phönix-Gruppe« in Berlin-Weißensee lag unzweifelhaft etwas von der Poesie des Anfangs, auch wenn es eigentlich nur ein zweiter Anlauf war. Erfreulicherweise waren sich die Teilnehmer allerdings einig, dass man rasch von der Poesie des Anfangs zur Prosa einer funktionierenden Verbandsarbeit gelangen wollte. 1994 war das *ENCC* im belgischen Turnhout auf Initiative des flämischen Verbandes der Kulturzentren gegründet worden. Es folgten Treffen unter anderem im ungarischen Debrecen, in München, in Helsinki und in Brüssel. Diese Veranstaltungen könnte man als die »romantische Phase« eines Netzwerkes bezeichnen, was keineswegs negativ gemeint sein soll und für viele Netzwerke zumindest in ihren frühen Phasen typisch und sinnvoll ist. Man reist lange Strecken





durch Europa, man landet an fremden Orten und trifft dort Menschen, die ganz offensichtlich eine sehr ähnliche Arbeit machen, die vergleichbare Themen beschäftigen, die ähnliche Probleme haben. Natürlich stellt man auch fest, wie verschieden die Menschen in diesem kleinen Europa auch oftmals sein können, wie vielfältig die europäische Sprachenlandschaft ist und wie mühsam es sein kann, sich in der *Lingua franca* der Europäischen Union zu verständigen, in schlechtem Englisch.

Es entstanden Kontakte, in vielen Fällen auch Freundschaften und diese vielfältige Struktur von menschlichen Verbindungen bildet in jedem Fall die Basis eines funktionierenden Netzwerkes, zumindest auf der europäischen Ebene. Durch die räumliche Distanz, durch Sprachprobleme, durch mentale Unterschiede sind konkrete menschliche Kontakte unverzichtbar, sonst landet auch die perfekteste E-Mail zuweilen im Orkus.

Es gibt zahlreiche Definitionen von Ideologie, von denen eine besagt, dass man einen Teilaspekt zum Ganzen zu erklärt. Auch in der frühen Phase der europäischen Netzwerke fehlte es nicht an Ideologen, die einen transitorischen Zustand zum Ziel der Geschichte erklärten. Es entstand die Netzwerk-Lyrik, die auf vielen Versammlungen anzutreffende Rede von jenen spinnwebfeinen Gebilden, nicht hierarchisch, auf gar keinen Fall dem kruden Lobbyismus zugetan, heute sich bildend, morgen sich wieder verflüchtigend. Nur keine festen organisatorischen Strukturen und das Wort »Verband« sollte als unzüchtige Vokabel bei Erwähnung am besten mit einem Piepton überdeckt werden. Für viele dieser Netzwerke stellte sich im Laufe der neunziger Jahre freilich die Frage, ob sie ein Kreis von Freunden bleiben oder eine funktionierende Organisation – auf deutsch »Verband«, auf englisch »association« – werden wollten. So stellt im Falle des *European Forum for the Arts and Heritage (EFAH)* heute kaum noch jemand ernsthaft in Frage, dass man letztlich ein Verband der Verbände, ein Kultur-Dachverband sein möchte, auch wenn das »Forum« im Titel verrät, dass es einmal anders gemeint war.

### *Das European Forum for the Arts and Heritage*

Will man schon von der Poesie des Anfangs reden, so bietet sich das im Falle des *European Forum for the Arts and Heritage (EFAH)* geradezu zwingend an, denn schließlich war mit Simon Mundy Anfang der neunziger Jahre ein leibhaftiger Schriftsteller Gründungspräsident. Freilich einer, der sich in den labyrinthischen Brüsseler Verhältnissen bestens auskannte und der jeglicher Blauäugigkeit unverdächtig war. Mit Raj Isar hat *EFAH* auch derzeit einen Präsidenten, dessen hohe Kompetenz in Fragen europäischer und internationaler Kulturpolitik allseits anerkannt ist. Wenn es eine Organisation gibt, die mit einigem Recht beanspruchen kann, als die Stimme des kulturellen Sektors auf europäischer Ebene zu gelten, dann ist es mit Sicherheit *EFAH*. Hier sind europäische und nationale Kulturverbände vertreten, wie der *European Music Council (EMC)*, dem unter anderem auch der *Deutsche Musikrat* angehört, der *Arts Council of England*, der *Arts Council of*

*Ireland*, das *Informal European Theatre Meeting (IETM)* oder der *European Writers Congress (EWC)*. Auch die deutsche *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* und die flämischen und dänischen Verbände der Kulturzentren sowie die *IG Kultur Österreich* sind Mitglied bei *EFAH*. Das *European Forum for the Arts and Heritage* wird ganz offensichtlich von den Brüsseler EU-Institutionen ernst genommen und zu wichtigen Fragen gehört. Deutlicher Ausdruck dieser Erfolgsgeschichte war unter anderem die Konferenz »Inclusive Europe« im Jahre 2005 in Budapest, in deren Rahmen auch ein Treffen der europäischen Kulturminister stattfand. Hier würdigte der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso die Bedeutung des *European Forum for the Arts and Heritage*.

Es ist verführerisch und ungerecht zugleich den *Deutschen Kulturrat* als nationales Pendant zum Vergleich heranzuziehen. Der Anspruch eine spartenübergreifende Vertretung der Interessen des kulturellen Sektors unter Einschluss von Produzenten und Vermittlern zu bilden, ist zweifellos der Gleiche. Von der Mitgliederstruktur ist *EFAH*, im Gegensatz zum *Deutschen Kulturrat*, von einer flächendeckenden Repräsentanz des Kulturbereichs allerdings noch um einiges entfernt. Die extrem heterogenen Strukturen in den Kulturbereichen der verschiedenen europäischen Staaten lassen es als wahrscheinlich erscheinen, dass man sich diesem Ziel nur annähern kann. Im Idealfall müssten sich in allen europäischen Staaten Kulturräte nach dem Muster des *Deutschen Kulturrates* bilden, die dann gemeinsam einen europäischen Kulturrat herstellen würden. Wer die unterschiedlichen Traditionen, Strukturen und Mentalitäten in den europäischen Staaten auch nur annähernd kennt, weiß, dass ein solcher Plan ins Reich der Utopien gehört. Aber auch jetzt ist schon viel erreicht und im übrigen brauchte ja auch der *Deutsche Kulturrat* einige Jahre um sich als kulturpolitischer Dachverband wirklich zu konsolidieren.

### *Von Repräsentativität und Legitimität*

Es muss betont werden, dass im Falle des *European Network of Cultural Centres* die Netzwerk-Lyrik eine eher untergeordnete Rolle spielte, dafür sorgte schon der gesunde Pragmatismus der flämischen Kollegen, die in jenen Jahren die Geschicke des *ENCC* prägten. Hier waren es vor allem die mangelnde Finanzierung und eine unklare Organisationsstruktur, die nach der Jahrtausendwende zu einem Erlahmen führten. Finanziell hing das *ENCC* in diesen Jahren ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen, von gelegentlichen Projektgeldern der flämischen Regierung und vom Enthusiasmus der Kollegen in den belgischen Kulturzentren ab. Bei den Mitgliedern des Netzwerkes hatte sich eine bunte Mischung aus einzelnen Kulturzentren und nationalen Verbänden ergeben. Wie in der Anfangsphase wahrscheinlich kaum zu vermeiden, entbehrte die Auswahl der Mitglieder manchmal nicht einer gewissen Zufälligkeit. So fand sich der Vertreter der *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* neben dem Repräsentanten des Münchener *Gasteig* wieder, ohne dass man sich viel zu sagen gehabt hätte.





Nicht zuletzt durch starke personelle Fluktuation bei der Teilnahme an Mitgliederversammlungen des *ENCC* wurde eine kontinuierliche Diskussion und eine Weiterentwicklung des Netzwerkes extrem erschwert. Der Hintergrund und dadurch das Diskussionsniveau der Teilnehmer waren sehr unterschiedlich. Bei dem Berliner »Phönix-Treffen« des Jahres 2005 entschieden sich die Anwesenden eindeutig für ein europäisches Netzwerk dessen Mitglieder ausschließlich nationale Netzwerke von Kulturzentren sein sollten. Über die jeweiligen nationalen Netzwerke sollte der Kontakt zu den einzelnen Kulturzentren hergestellt werden. Man hatte sich damit für eine Verbandsstruktur entschieden, die sich klar an den Kriterien der Repräsentativität und der Legitimität orientierte.

Repräsentativität bedeutet, dass ein Verband, der für sich den Anspruch erhebt, für einen bestimmten Bereich kultureller Praxis zu sprechen, diesen Bereich in möglichst großem Umfang auch in seiner Mitgliedschaft abbilden sollte. Tendenziell müssen 100 Prozent das Ziel sein. Nur dann kann ein Netzwerk oder Verband zum Beispiel gegenüber der Politik beanspruchen, die Stimme dieses Praxisbereiches zu sein. Legitimität wiederum bedeutet, dass die verbandliche Willensbildung in einer transparenten, demokratischen und nachvollziehbaren Weise stattfindet. Beide Kriterien zusammengenommen ergibt, dass der Verband möglichst viele Mitglieder eines einigermaßen klar definierten Typs haben sollte und dass die Entscheidungen des Verbandes sowohl für die Mitglieder wie auch nach Außen demokratisch nachvollziehbar und hinterfragbar sein müssen.

Während Legitimität als demokratisches Grundprinzip natürlich für jegliches Netzwerk oder jeglichen Verband unabdingbar ist, gilt dies für die Repräsentativität nicht in gleichem Maße. Hier stoßen unterschiedliche Erwartungshaltungen an ein Netzwerk aufeinander: Je mehr die Mitgliederzahl steigt, umso schwieriger wird der direkte Kontakt unter den Mitgliedern. Er wird ab einem bestimmten Punkt nur noch über Vermittlungsinstanzen möglich. Im Falle des *ENCC* sind das die nationalen Verbände, die den Kontakt zu den Zentren vor Ort herstellen. Für einen Verband, der den Anspruch erhebt, zum Beispiel gegenüber der EU als die Stimme der Kulturzentren in Europa aufzutreten, gibt es keinen anderen Weg. Wünschen sich die Mitglieder eines Netzwerkes jedoch eher den möglichst unmittelbaren Kontakt zueinander, zum Beispiel zur Entwicklung konkreter gemeinsamer Projekte, so muss das Netzwerk darauf achten, dass die Mitgliederzahl eine bestimmte kritische Grenze nicht übersteigt. Ein Beispiel für ein solches Netzwerk ist *Trans Europe Halles (TEH)*, das man als eine Art Partnernetzwerk des *ENCC* bezeichnen könnte.

### *Trans Europe Halles*

Komplementär, nicht konkurrierend – das war die Linie, die die Vertreter des sich reorganisierenden *ENCC* und diejenigen von *Trans Europe Halles (TEH)* für das Verhältnis beider Netzwerke zueinander festlegten. *Trans Europe Halles* ist ein Zusammenschluss von, in der Regel sehr großen, Einzelzentren, die sich in ihrer

praktischen Arbeit, aber auch in ihrer »Philosophie« nicht von den Zentren unterscheiden, die Mitglied beim *ENCC* oder in der *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* sind. So ist der *Schlachthof* in Bremen Mitglied bei *TEH* und über seine Mitgliedschaft in der *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* auch Mitglied im *ENCC*. Unter den derzeit 39 Mitgliedszentren von *TEH* finden sich bekannte Namen wie das *Melkweg* in Amsterdam, die *UFA-Fabrik* in Berlin oder das *WUK* in Wien. *Trans Europe Halles* geht es vor allem um regen Kontakt und Austausch unter den Mitgliedern und um gemeinsame Projekte auf europäischer Ebene. Damit sollte die Mitgliederzahl sicherlich nicht sehr weit über die derzeitigen 39 steigen. Das *ENCC* kann über seine Mitgliedsverbände zur Zeit für derzeit weit über 1000 Kulturzentren in Europa sprechen, unter denen es natürlich unmöglich ist einen ständigen direkten Kontakt ohne entsprechende Vermittlungsinstanzen aufrecht zu erhalten. Beide Netzwerke ergänzen sich mithin sinnvoll.

*Glaube, Liebe, Hoffnung*

Neben einer klaren Mitgliederstruktur aus nationalen Verbänden war eine halbwegs gesicherte Finanzierung der Arbeit das zweite Ziel, das sich die Berliner Arbeitsgruppe des Jahres 2005 gesetzt hatte. Bestätigt durch eine reguläre Mitgliederversammlung des *ENCC* im Herbst des Jahres in Brüssel machten sich die deutschen Organisatoren daran, einen Antrag bei der EU zur institutionellen Förderung des *ENCC* zu formulieren. Da zu jener Zeit die als so genannte »A-Lines« firmierende Förderung neu organisiert wurde, schien der Augenblick günstig, andererseits war das Unterfangen angesichts der Vielzahl von Anträgen und der Undurchsichtigkeit der Förderstrukturen eher verwegen. Tatsächlich wurde der Antrag angenommen und das *ENCC* hatte damit einen großen Erfolg errungen, freilich um den Preis all jener Widrigkeiten, die bekanntermaßen mit einer EU-Kulturförderung verbunden sind (siehe hierzu das »Fazit« von Christiane Zillers Beitrag »Europa wächst von unten«) . Wie auch immer war damit die finanzielle Basis für ein umfangreiches Arbeitsprogramm des Jahres 2006 gegeben. Bereits beim »Phönix«-Treffen 2005 hatte man die Kernaufgaben des Netzwerkes als »Lobbying – Debate – Service« definiert. Das heißt: Interessenvertretung vor allem gegenüber der EU, Förderung des europaweiten inhaltlichen Austauschs und Dienstleistungen für die Zentren. 2006 bestanden die Hauptaktivitäten in der Organisation der Tagung »How to deal with different cultures?« in Berlin, in der europaweiten Projektmesse »Partner Exchange and Project Fair« im Herbst in Wien, sowie in der Erstellung diverser Hilfsmittel wie einer Power-Point-Präsentation, einer neuen Webside und eines E-Mail-Newsletters, die vor allem der besseren Kommunikation unter den Mitgliedern dienen sollen. Bei Studienreisen nach Polen, Tschechien und ins Baltikum wurden Kontakte geknüpft zu jenen Ländern, in denen es zwar Kulturzentren aber derzeit keine funktionierenden nationalen Verbände gibt. So können auch die Zentren in diesen Ländern in bestimmte Angebote des *ENCC* einbezogen werden. Bei der Projektmesse in Wien konnten unter anderem Kontakte zu Zentren aus Bulgarien, Rumänien und Kroatien geknüpft werden. Der Ausbau dieser Kontakte stellt einen der Schwerpunkte des Jahres 2007 dar. Des weiteren wird für den Mai von den dänischen Kollegen gemeinsam mit dem *ENCC* eine Konferenz mit dem Titel »Cultural Centres in the experience economy« vorbereitet und im Oktober soll es wieder eine »European Project Fair« geben, diesmal in Riga. Freilich steht über all dem der Finanzierungsvorbehalt, denn nach den zuweilen kafkaesken Verfahrensregeln der EU-Kulturförderung ist mit einer Zusage zur Förderung für das Jahr 2007 nicht vor Juni eben dieses Jahres zu rechnen. Bis dahin folgt die Arbeit des *Europäischen Netzwerkes der Kulturzentren* den Prinzipien von Glaube, Liebe, Hoffnung. Glaube, an die Qualität des eigenen Antrags. Liebe zur europäischen Netzwerksarbeit und Hoffnung, dass es schon irgendwie gut gehen wird.

Christine Beckmann

# *Die Kulturförderung der Europäischen Union*

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben lange gebraucht, sich auf eine gemeinsame Kulturförderung zu einigen. Erst 1992 wurde auf dem Europäischen Gipfel in Maastricht ein Artikel eigens für die Unterstützung kultureller Aktivitäten in den Gemeinschaftsvertrag eingeführt. Der heutige Artikel 151[1] legt die EU auf Zurückhaltung fest: Um die Vielfalt der Kulturen in Europa nicht zu gefährden, haben sich die Mitgliedstaaten auf das Subsidiaritätsprinzip verständigt (zum Thema der Identitätskonstruktion über das Diktum der »Einheit in der Vielfalt« siehe den Beitrag von Otto Singer in diesem Band). Die Europäische Union darf nur fördern, was über die regionale und nationale Ebene hinausgeht. Dies ist insbesondere die transnationale Kooperation, aber auch die Würdigung besonderer Leistungen und Ereignisse in Europa; wobei es den Institutionen der EU obliegt, zu definieren, was in europäischem Maßstab *besonders* ist.

Der als *Kulturverträglichkeitsklausel* vielfach zitierte Absatz 4 dieses Artikels ist in sofern interessant, als er die Verpflichtung formuliert, bei allen Entscheidungen auf Ebene der EU zu berücksichtigen, welche Auswirkungen diese auf den Kulturbereich haben. Damit sollen Einschränkungen der kulturellen Entfaltung verhindert und rechtliche Harmonisierungen, die im Kulturbereich ausdrücklich nicht gewollt sind, vermieden werden[2] (zu weiteren Implikationen des Kulturartikels siehe den Beitrag von Olaf Schwencke in diesem Band).

Erst nachdem es schon fünf Jahre lang ein Programm zur Förderung des audiovisuellen Sektors gegeben hatte, wurden 1996 die ersten Kulturprogramme »Kaleidoskop« für Bildende Kunst und 1997 »Raphael« für Kulturerbe sowie »aria-

1 Der erste Kulturartikel 128 im Maastrichter Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft wurde zum Artikel 151 in der heutigen Fassung des EU-Vertrages von Nizza.

2 Für Politikbereiche wie Verkehr, Landwirtschaft und Handel legt Artikel 3 des EU-Vertrages eine »gemeinsame Politik« fest, dies ist für Kultur und Bildung nicht der Fall: Die Gemeinschaft verpflichtet sich lediglich zur Unterstützung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten.

ne« für Übersetzungen und Projekte im Bereich Buch und Lesen aufgelegt. Das Programm »KULTUR 2000« löste als erstes spartenübergreifendes Rahmenprogramm die drei einzelnen Programme ab und war bis 2006 in Kraft.

*Das »KULTUR«-Programm (2007–2013)*

Die im Artikel 151 des EU-Vertrages definierten Ziele der Kulturförderung, zur »Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker«, zum »Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung«, zum »nicht-kommerziellen Kulturaustausch« und zum »künstlerischen und literarischen Schaffen einschließlich im audiovisuellen Bereich« beizutragen (Europäische Union 2002), werden vom »KULTUR«-Programm der EU in der allgemeinen Formulierung »Schaffung eines gemeinsamen europäischen Kulturraums« zusammengefasst (Europäische Union 2006 e). Die konkreten Ziele des Programms wurden gegenüber »KULTUR 2000« von acht auf drei reduziert:

1. die Mobilität von KünstlerInnen, KulturvermittlerInnen, KulturmanagerInnen und anderen Fachkräften im kulturellen Bereich erleichtern,
2. die Zirkulation von künstlerischen Werken und Produktionen, kulturellen und musealen Objekten unterstützen,
3. den interkulturellen Dialog fördern.

Das »KULTUR«-Programm ist in drei Förderbereiche unterteilt: Förderbereich 1 betrifft die Zuschussvergabe zu Kooperationsprojekten und umfasst finanziell den größten Teil des Programmbudgets.

*Transnationale kulturelle Kooperation – Mehrjährige Kooperationsprojekte*

In langwierigen Verhandlungen über die Neuauflage des Kulturprogramms im Ministerrat und im Europäischen Parlament einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine Vergrößerung der zu fördernden Projekte. Dies macht sich insbesondere bei der mehrjährigen Förderung von Kooperationsprojekten bemerkbar: Wenn Organisationen und Institutionen aus mindestens sechs unterschiedlichen Ländern zusammenarbeiten, können sie über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren einen jährlichen Zuschuss von bis zu 500 000 Euro bekommen. Da der Zuschuss der EU maximal 50 Prozent des Projektvolumens betragen kann, sich aber alle Partner mit mindestens fünf Prozent an den gesamten Projektkosten beteiligen müssen, werden die Verpflichtungen und Belastungen nur noch für einige große Einrichtungen leistbar sein.

Ziel dieser mehrjährigen Förderung ist es, zur Bildung größerer Netzwerke zwischen Kulturakteuren in Europa beizutragen, die langfristig auch ohne EU-Förderung arbeitsfähig sind. Jährlich sollen circa 16 solcher Kooperationsnetze ins Leben gerufen werden. Wenn all diese Netzwerke tatsächlich dauerhaft bestehen bleiben, stellt sich nicht nur die Frage nach deren weiterer Finanzierung, sondern auch nach dem tatsächlichen Nutzen für den Kultursektor. Die bestehenden kulturellen Netzwerke auf europäischer Ebene decken bereits ein breites Spektrum an Themen, Kultursparten und (kultur-)politischen Ausrichtungen ab (siehe den Beitrag von Patrick Glogner und die Berichte über einzelne kulturelle Praxisfelder in diesem Band). Sie unterscheiden sich sehr im Hinblick auf Professionalität, inhaltliche, politische wie geografische Reichweite, auf Bekanntheitsgrad und Praxisnähe. Eine vorrangige Aufgabe sollte sein, die vorhandenen Netzwerke zu stärken und ihre Sichtbarkeit und Wirksamkeit in den jeweiligen Kulturszenen zu verbessern.





*Kleinere Kooperationsmaßnahmen*

Es gibt sie noch: die kleineren Kooperationsmaßnahmen. Gefördert werden – wie bei dem Vorgänger »KULTUR 2000« – Kooperationen zwischen mindestens drei Organisationen aus unterschiedlichen Ländern. Mehr Einrichtungen oder Organisationen aus weiteren Ländern zu involvieren, ist bei diesen wie bei den mehrjährigen Kooperationen von Vorteil. Denn ein wesentliches Kriterium bei der Beurteilung der Projektanträge ist die Reichweite der Projekte nicht nur in medialer, sondern auch in sozioökonomischer und in geografischer Hinsicht: Wie viele Bürgerinnen und Bürger aus wie vielen Ländern in Europa (und darüber hinaus) werden erreicht und sogar aktiv einbezogen?

Mit diesen kleineren Projekten, die maximal 24 Monate dauern sollen und mit einem Zuschuss zwischen 50 000 und 200 000 Euro von der EU gefördert werden, sollen vor allem neue Ansätze in der Kunst, im Management, in der Öffentlichkeitsarbeit oder in der Organisation der Kooperation selbst erprobt und verbessert werden. Innovation und Kreativität stehen an erster Stelle. Natürlich ist auch bei diesen Projekten ein Plus, wenn die Antragsteller die Nachhaltigkeit der Kooperation glaubhaft machen können. Im Vordergrund steht jedoch die Erprobung neuer Verfahren, der Austausch bewährter Praktiken, die Erarbeitung neuer Inhalte, Methoden und Konzepte in welchen kulturellen und künstlerischen Bereichen auch immer.

Das ist das Positive an der Kulturförderung der EU: Auch wenn sie für viele Organisationen und Vereine unerreichbar scheint, weil die Antragstellung viel Aufwand bedeutet, das zeitliche Korsett nicht zu jeder Aktivität passt und die finanziellen Verpflichtungen als unüberwindbare Hürde erscheinen[3] – wer dies leisten kann, hat inhaltlich alle Möglichkeiten. Grundbedingung der EU-Förderung ist die transnationale Kooperation. Für bilaterale Vorhaben setzen sich die Staaten im Rahmen ihrer auswärtigen Politik ein, auch Stiftungen und Verbände können hier finanziell wie ideell unterstützen.

3 Die meisten koordinierenden Einrichtungen bewilligter »KULTUR 2000«-Projekte waren hinsichtlich ihrer organisatorisch-administrativen Kapazitäten eher kleine Organisationen: Circa die Hälfte der im Rahmen der Zwischenbewertung zum Programm befragten Koordinatoren hatten weniger als zehn MitarbeiterInnen, die meisten davon sogar weniger als sechs. (Europäische Union 2006 g: 5)

*Literarische Übersetzungen*

Zu Förderbereich 1 gehören auch die Übersetzungsprojekte, selbst wenn sie nicht als Kooperationen eingereicht werden müssen: Verlage können Zuschüsse für Übersetzungsprojekte beantragen, die mindestens vier (höchstens zehn) Werke europäischer Literatur umfassen. Sie können die Übersetzerkosten bis zu 100 Prozent erstattet bekommen, wenn diese nicht mehr als 60 000 Euro beziehungsweise 50 Prozent der Projektkosten inklusive der Produktion betragen. Voraussetzung ist, dass das Werk schon erschienen ist, aber noch nicht in die Zielsprache übersetzt wurde. Bedauerlicherweise wurde die Übersetzung von geisteswissenschaftlichen Werken aus der Förderung herausgenommen, dafür die Einschränkung auf zeitgenössische Literatur aufgehoben. Insgesamt stehen weniger Mittel für die Übersetzungsförderung zur Verfügung, so dass jährlich nur noch 40 statt der bisher circa 60 Übersetzungsprojekte unterstützt werden.

*Besondere Maßnahmen*

Im Rahmen des Förderbereichs 1 werden schließlich noch »Besondere Maßnahmen« gefördert. »Besondere Maßnahmen« zeichnen sich einerseits dadurch aus, dass die EU bestimmt, welche Themen Anlass für eine Ausschreibung sind: zum Beispiel europaweit bedeutsame Jubiläen wie runde Geburtstage von berühmten Künstlerinnen und Künstlern oder historische Ereignisse und Errungenschaften von europäischer Bedeutung. Auf der anderen Seite zeichnen sie sich durch ihre besondere Größe und Reichweite aus. Zu den »Besonderen Maßnahmen« gehört die Vergabe des »Europäischen Preises für Kulturerbe« und des »Europäischen Preises für zeitgenössische Architektur«. Auch die jährlich gekürten Kulturhauptstädte Europas können aus diesen Mitteln einen Zuschuss von maximal eine Million Euro beantragen – mehr eine Anerkennung denn ein kapitaler Zuschuss zu einem Ereignis, zu dessen Realisierung wie zum Beispiel für die Kulturhauptstadt Europas »Ruhr.2010« ein Gesamtetat von 78 Millionen Euro vorgesehen ist.[4] (Zum Gesamtkomplex »Kulturhauptstadt Europas« siehe Edda Rydzys Beitrag in diesem Band, zu »Kulturhauptstadt 2010« den Beitrag von Oliver Scheytt)

*Der Europäische Mehrwert*

In ihrer Evaluation des Programms »KULTUR 2000« kommen die Verfasser zu einer positiven Bewertung im Hinblick auf den berühmten europäischen Mehrwert[5] der geförderten Projekte und ihre Nachhaltigkeit: Es fungiere als Katalysator für Ideen, denn die Hälfte der von ihnen befragten Projektträger gab an, dass sie ihr Projekt nicht ohne die Anregung des Kulturprogramms konzipiert hätten. (ECOTEC 2006: 15) Mit der Konzentration auf die Förderung der transnationalen Kooperation fülle das Programm eine Lücke in der Palette der Kulturförderinstrumente. Es regte zur Partnersuche an beziehungsweise half bestehende Kooperationen zu verbessern. Viele der neuen Arbeitsbeziehungen bestehen über die Zeit der EU-Förderung hinaus. (Ebd.: 10) Weniger erfolgreich waren ihrer Recherche zufolge die Versuche, in allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Kultur zu verbessern – allerdings kein Grund, diese sozioökonomische Zielsetzung des Programms abzuschaffen.

4 Siehe www.kulturhauptstadt-europas.de/bewegen/03_inhalte/organisation.php (22.2.2007)

5 Eine Definition des »Europäischen Mehrwerts« als Kriterium für die Beurteilung von transnationalen Kulturprojekten bietet der Leitfaden, der von der Europäischen Kommission zu jeder Ausschreibung des »KULTUR«-Programms 2007–2013 aktuell veröffentlicht wird. Zugang über die Website des CCP: www.ccp-deutschland.de





*Die Projektträger aus der EU und weiteren Ländern*

Allein die Teilnahmebedingungen zeigen es: Dieses Förderprogramm richtet sich an Organisationen, Einrichtungen und Behörden, die vorrangig im Kulturbereich tätig sind, nicht an Einzelpersonen. Der Abstimmungs- wie der Verwaltungsaufwand sind hoch und die Europäische Kommission möchte sich auf die vertragsgemäße Umsetzung und Abrechnung des Projekts verlassen können. Die finanzielle Leistungsfähigkeit und die organisatorischen und administrativen Kapazitäten der Antrag stellenden Institution sind mindestens ebenso wichtige Kriterien für die Auswahl eines Projekts wie die künstlerische, kulturelle oder wissenschaftliche Qualität.

Das »KULTUR«-Programm ist – wie schon sein Vorgänger – nicht nur Instrument der Kulturförderung. Es ist zugleich zur Förderung der europäischen Integration und zur Völkerverständigung mit den Nachbarländern sowie weltweit konzipiert. Im Jahr 2000 nahmen nur die damaligen fünfzehn Mitgliedstaaten der EU und die EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen an dem Programm teil. Aber schon 2001 zahlten die zehn Beitrittskandidaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn in das Programmbudget ein, so dass Einrichtungen aus diesen Ländern an Projekten teilnehmen und vom EU-Zuschuss profitieren konnten. Wie in den Programmen für Audiovisuelle Medien, Bildung, Jugend, Informationsgesellschaft und Forschung hat »KULTUR 2000« ein Übungsfeld für die Erweiterung der EU geboten. Malta und Zypern kamen bald hinzu. Türkische und kroatische Kulturakteure warten Anfang 2007 noch auf den Startschuss, als sogenannte *Mitorganisatoren* an transnationalen Projekten teilnehmen zu können. Bis dahin sind sie als *assoziierte Partner* zwar willkommen, können jedoch keine Kosten geltend machen. Die Teilnahme weiterer Westbalkanländer ist im Rahmenprogramm schon vorgesehen, aber es wurden bis 2007 von diesen Staaten keine Anträge auf Assoziierung zum Programm gestellt.

Ein kleiner Teil der Projekte findet in nicht am Programm teilnehmenden Ländern statt. Vor allem für die nationalen Kulturinstitute, wie das *Goethe-Institut*, ist diese Projektform interessant; denn ein wesentliches Ziel dieser sogenannten *Drittländerprojekte* ist es, dort europäisches Kulturschaffen zu präsentieren. Sie können ihre Kontakte zu Kultureinrichtungen in außereuropäischen Ländern nutzen und darüber hinaus in multilateralen Kooperationsprojekten Neues entwickeln und erproben. Hieran müssen Organisationen aus mindestens drei Ländern be-

teiligt sein, die an dem Programm teilnehmen, und zusätzlich eine Organisation aus dem betreffenden Drittland, in dem die Hauptaktivitäten des Projekts stattfinden.

*Betriebskostenzuschüsse für kulturelle Organisationen*
Zuschüsse zu ihren Betriebskosten können europäische Organisationen beantragen, die auf dem Gebiet der Kultur aktiv sind. Neben den Einrichtungen, die die EU zur Umsetzung bestimmter kulturpolitischer Ziele geschaffen hat wie das *Europäische Büro für Sprachminderheiten (EBLUL)*, fallen drei Kategorien von Organisationen unter diese Definition:

- europäische Netzwerke von Kulturorganisationen und kulturpolitische Lobbyorganisationen,
- *Kulturbotschafter* wie zum Beispiel europäisch besetzte Orchester oder Chöre, die in Europa und darüber hinaus in Konzerten und anderen Veranstaltungen europäisches Kulturschaffen verbreiten,
- Organisationen, deren Zweck es ist, wiederkehrende *Events* auf europäischer Ebene zu veranstalten, wie Festivals oder Wettbewerbe.

Ihre europäische Relevanz ist das entscheidende Kriterium. Sie bemisst sich unter anderem an der Zahl der durch die Aktivitäten der Organisationen involvierten Kulturakteure: Sie müssen in Europa präsent sein, mindestens jedoch in sieben Ländern, oder Kulturakteure aus mindestens sieben Ländern einbeziehen. Dieser Förderbereich 2 wurde neu in das Rahmenprogramm »KULTUR« aufgenommen.

*Studien und Analysen zu kultureller Kooperation in Europa*
Studien, Analysen und die Informationsarbeit über kulturelle Kooperation in Europa und über die europäische Kulturförderung selbst sind als Förderbereich 3 in die Systematik des Kulturrahmenprogramms integriert. In der Vergangenheit sind im Auftrag der *Generaldirektion Bildung und Kultur* diverse Studien erschienen, zuletzt über die wirtschaftlichen Auswirkungen kultureller Aktivitäten in Europa (KEA European Affairs 2006), die die Bedeutung der Kultur für die Lissabon-Strategie unterstreicht. Ihre Ergebnisse fließen in die Mitteilung der Europäischen Kommission zur Rolle der Kultur in Europa (2007) ein.

*Ausschreibungen und Antragseinreichung*
Für die genannten Förderschienen veröffentlicht die Europäische Kommission einmal jährlich »Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen«.[6] Für die mehrjährigen und die kleineren Kooperationsprojekte, die Übersetzungen und die Drittländerprojekte erscheinen sie in der Regel im Frühjahr. Der Antragsschluss wird mit der Ausschreibung bekannt gegeben, wird aber voraussichtlich im Herbst sein. Die

6 Der *Cultural Contact Point Germany* informiert mit seiner Website www.ccp-deutschland.de und mit seinem *Newsletter* über die kulturrelevanten Förderungen der EU und die Ausschreibungstermine. Zur Informations- und Beratungsarbeit des *CCP Germany* siehe den Beitrag von Sabine Bornemann in diesem Band.





bewilligten Projekte können nach einem aufwendigen Auswahlprozess frühestens im Frühjahr des Folgejahres beginnen. Durch den Ausschreibungs- und Bewilligungsturnus entsteht ein enges Zeitfenster, in dem Kulturprojekte beginnen können.[7] Dies ist den jährlichen Verhandlungen des EU-Haushalts geschuldet, entspricht aber nicht unbedingt der kulturellen Praxis.

*Europa für Bürgerinnen und Bürger*

Nicht erst nach den negativen Referenden zum Verfassungsentwurf von 2005 in den Niederlanden und in Frankreich haben sich die Institutionen der EU auf eine stärkere Bürgernähe verständigt. Programme zur Information über die Europäische Union und ihre Grundwerte[8] sowie zur Förderung der aktiven Bürgerbeteiligung und zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Europa gibt es schon seit den neunziger Jahren. Aber die Krise in der öffentlichen Einschätzung über Sinnhaftigkeit und Nutzen der europäischen Konstruktion hat dennoch dazu geführt, dass verstärkte Anstrengungen unternommen wurden.[9]

Unter dem Titel »Europa für Bürgerinnen und Bürger« wurde ein Programm erarbeitet, das Projekte, Initiativen und Organisationen unterstützt, die sich insbesondere für die europäische Integration, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Zusammenwachsen Europas und die Verständigung der europäischen Völker untereinander einsetzen. Dieses neue Programm umfasst vier Aktionen, die so ambitionierte Namen tragen wie »Aktive Bürger für Europa« (Aktion 1), »Aktive Zivilgesellschaft in Europa« (Aktion 2), »Gemeinsam für Europa« (Aktion 3) und »Aktive europäische Erinnerung« (Aktion 4).

Die Aktion 1 »Aktive Bürger für Europa« fördert transnationale Bürgerbegegnungen, Konferenzen, Seminare und Veröffentlichungen auf lokaler Ebene. Diese können im Rahmen von Städtepartnerschaften stattfinden, aber auch unabhängig davon durch Kommunen, Vereine oder Bürgergruppen organisiert werden. Maßgeblich ist, dass sie wichtige gesellschaftliche Themen in Europa aufgreifen und dem gegenseitigen Kennenlernen der Bürgerinnen und Bürger und dem Verstehen der unterschiedlichen Kulturen in Europa dienen. Unter Aktion 2 werden unter anderem Betriebskostenzuschüsse für Forschungseinrichtungen vergeben, die zur europäischen Bürgerschaft und zu europäischen Werten und Kulturen forschen. Für den Kulturbereich sind auch die in diesem Rahmen gewährten Zu-

7 Siehe den Leitfaden für die jeweils aktuelle Ausschreibung, der Daten für den frühest möglichen sowie den spätesten Beginn eines Projekts festlegt. Demnach können zwischen November des einen Jahres und Mai des Folgejahres keine Projekte beginnen, was für Projekte, die in den Sommermonaten ihre Hauptdurchführungsphase haben sollen, zu langen Vorlaufzeiten führt.

8 Diese angesprochenen Grundsätze der europäischen Gemeinschaft sind – in Übereinstimmung mit der »Charta der Grundrechte der EU« von Dezember 2000 – Freiheit, Demokratie, Wahrung der Menschenrechte, die kulturelle Vielfalt, Toleranz und Solidarität. (Europäische Union 2006 d: 1)

9 Nach den negativen Reaktionen auf den EU-Verfassungsentwurf vereinbarten die EU-Institutionen eine *Zeit der Reflexion*, in der mit *Plan D* unter dem Motto »Demokratie – Dialog – Debatte« die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas verstärkt werden sollte. (http://europa.eu/debateeurope/index_de.htm, 12.02.2007)

schüsse zu Veranstaltungen wie Diskussionen oder Veröffentlichungen von NGOs, Vereinigungen und Verbänden interessant. Aktion 4 findet gerade in Deutschland besondere Beachtung, denn hiermit wird die Erinnerungsarbeit von Stätten, Mahnmalen und Archiven gefördert, die mit Massendeportationen und Massenvernichtung sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch des Stalinismus in Verbindung stehen.

*Europäisches Jahr des Interkulturellen Dialogs*

Das Europäische Parlament und der Ministerrat beschließen (auf Vorschlag der Kommission), welches Thema in einem Jahr im besonderen Fokus stehen soll. Da sich im Zuge der Erweiterungen der EU, durch die zunehmende Mobilität innerhalb des europäischen Binnenmarktes, aber auch durch neue Migrationsbewegungen und intensivere globale Beziehungen die Berührungspunkte zwischen den verschiedenen Kulturen innerhalb wie außerhalb der EU ständig verstärken, beschlossen sie im Dezember 2006 das Jahr 2008 zum »Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs« zu erklären. Das Jahr 2007 ist das »Europäische Jahr der Chancengleichheit«, 2006 war das »Europäische Jahr der Arbeitnehmermobilität«.

Die Hoffnung auf einen ausgeprägten Geldsegen für Projekte in den jeweils auserkorenen Schwerpunkten sollte nicht zu groß sein. Es geht im Wesentlichen darum, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Themen zu lenken, zu verstärkten Aktivitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene anzuregen und besondere Leistungen auf diesen Gebieten zu würdigen[10]. Die ausgewiesenen Schwerpunkte sind häufig Prioritäten der EU, die sich auch als Querschnittsthemen durch die regulären Förderprogramme ziehen wie *gender mainstreaming* und die Förderung von Mehrsprachigkeit oder Mobilität.

*Strukturförderung und Regionalentwicklung in der EU*

Seit der Neukonzeption der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007 bis 2013 gehören zu den Strukturfonds nur noch der *Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)* und der *Europäische Sozialfonds (ESF)*. Daneben gibt es den *Kohäsionsfonds*, der allerdings weder für den kulturellen Bereich noch für Deutschland relevant ist. Der neue *Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)* wird zwar vollständig in den Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik überführt, wird hier aber ebenfalls vorgestellt, weil er gute Möglichkeiten für kulturelle Entwicklungsprojekte auf dem Land bietet.

Die Strukturfonds seien nicht zur Förderung von Kulturprojekten gedacht, ist eine Standardantwort, wenn man bei den zuständigen Behörden anfragt. Das stimmt natürlich: Aufgabe der genannten Fonds ist die Förderung der regionalen

10 So hat im Rahmen des »Europäischen Jahres der Arbeitnehmermobilität« 2006 Mary-Ann de Vlieg den ersten Preis für die Einrichtung der Online-Datenbank www.on-the-move.org erhalten, die Informationen zur Mobilität in Europa für darstellende Künstlerinnen und Künstler bietet.





Entwicklung in Europa und des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts durch den Abbau von Disparitäten zwischen den europäischen Regionen sowie zwischen sozialen Gruppen. Die Bereiche Kultur und Tourismus sind nur zwei unter vielen anderen, in denen diese Ziele umgesetzt werden.

*Die Ziele »Konvergenz« und »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung«*

Das vorrangige Ziel der EU-Kohäsionspolitik ist es, Konvergenz, also annähernd gleiche Lebensbedingungen auf dem Gebiet der Europäischen Union herzustellen. Im Fokus stehen die ärmsten Gebiete der Gemeinschaft. Unter dem Ziel »Konvergenz« werden Gebiete gefördert, deren Bruttoinlandsprodukt unter 75 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts liegt. Es ersetzt das frühere »ZIEL 1«. Wie wichtig den Mitgliedstaaten diese Förderung ist, zeigt die Mittelausstattung: Für die Kohäsionspolitik steht insgesamt ein Drittel des EU-Haushalts zur Verfügung und gut 80 Prozent dieser Mittel werden für das Ziel »Konvergenz« eingesetzt. In Deutschland profitieren die fünf neuen Bundesländer sowie der Regierungsbezirk Lüneburg in Niedersachsen von den Mitteln, die sowohl aus dem *EFRE* als auch aus dem *ESF* bereitgestellt werden.

Im Rahmen des Ziels »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« werden Gebiete gefördert, deren BIP über 75 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts liegt. In den Jahren 2000 bis 2006 entsprach dem das »ZIEL 2«. Es betrifft städtische und ländliche Gebiete mit Strukturproblemen und unterstützt deren wirtschaftliche und soziale Umstellung. In Deutschland erhalten die alten Bundesländer und Berlin EU-Mittel aus dem *EFRE* und dem *ESF* für dieses Ziel.

Unter dem neuen Titel »Europäische territoriale Zusammenarbeit« werden die Erfahrungen der Gemeinschaftsinitiative »INTERREG« fortgesetzt, die Ende 2006 ausgelaufen ist. Die Programme unter diesem Titel werden auch aus dem *EFRE* finanziert und dienen der ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der EU, indem sie die grenzübergreifende, die transnationale und die interregionale Zusammenarbeit von Organisationen, Städten und Regionen fördern.

*Die Fonds und ihre Kulturrelevanz*

Der *Europäische Regionalfonds (EFRE)* wurde auf die neuen Prioritäten der Gemeinschaft ausgerichtet: Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu stärken und eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Zugunsten der Kultur werden im Wesentlichen Investitionen zur Erschließung des kulturellen Erbes sowie zum Erhalt von Kulturdenkmalen gefördert, die sich positiv auf Ansiedlung, Erhalt und Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft auswirken und einen Beitrag zur Förderung des Kulturtourismus leisten. Kultur wird insbesondere im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung und in geografisch und natürlich besonders benachteiligten Gebieten als Entwicklungspotenzial gesehen. Gefördert werden Projekte mit überregionaler Bedeutung sowie Maßnahmen, die Bestandteil regionaler Aktionsprogramme oder von Landesinitiativen sind.

Die Mittel aus dem *Europäischen Sozialfonds (ESF)* werden für Maßnahmen eingesetzt, die dazu beitragen, die Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu verbessern, eine hohe Beschäftigungsquote zu erreichen und mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Ein wichtiger Aspekt ist die berufliche Fortbildung während des gesamten Erwerbslebens: Unternehmen sollen mit diesen Zuschüssen Anreize bekommen, stärker in Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu investieren, um die Qualität und die Produktivität der Arbeit zu verbessern. *ESF*-Mittel fließen unter anderem in Projekte, die den kulturellen Bereich als Arbeitsmarkt und Standortfaktor etablieren. Dies sind zum Beispiel Qualifizierungsmaßnahmen, berufliche Weiterbildung, neue Ausbildungsgänge im Bereich Kulturmanagement, die Entwicklung von Studienangeboten in kulturellen Fächern oder Existenzgründungen.

Rund die Hälfte der Bevölkerung der EU lebt in ländlichen Räumen. Der neue *Landwirtschaftsfonds (ELER)* dient – wie der *EFRE* und der *ESF* auch – den prioritären Zielen der EU, der Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, indem er insbesondere zur ausgewogenen Entwicklung des ländlichen Raumes im Gemeinschaftsgebiet beiträgt.[11] Er fördert einerseits traditionelle Bereiche, wie die Modernisierung und Umstrukturierung der Landwirtschaft. Daneben dient er aber auch der Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Kulturelle Projekte werden zum Beispiel im Rahmen von Dorferneuerung und -entwicklung umgesetzt. Der Aufbau von Dienstleistungseinrichtungen und kulturelle Aktivitäten zur Grundversorgung eines Dorfes, der Schutz des Kulturerbes sowie die Entwicklung des Fremdenverkehrs in ländlichen Regionen werden gefördert.

*Die Umsetzung in den Bundesländern*

Aus der Perspektive der Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der Sozial- und Beschäftigungspolitik ist Kultur ein marginales Thema, auf europäischer Ebene wie auf Ebene des Bundes, der Länder und Regionen. In den Ministerien, denen in Deutschland die Verwaltung der Fonds obliegt, ist die Akzeptanz kultureller Maßnahmen und Projekte im Rahmen der Strukturförderung relativ gering. Dabei fließen aus den Strukturfonds wesentlich mehr Mittel in kulturelle Projekte als aus dem eigentlichen Kulturförderprogramm.[12]

In Deutschland sind die Bundesländer dafür zuständig, auf der Grundlage der EU-Vorgaben für jeden Fonds ein Operationelles Programm nach dem jeweils für sie relevanten Ziel (»Konvergenz« oder »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung«) für den Zeitraum 2007 bis 2013 zu erstellen. Für das Ziel »Europäische territoriale Zusammenarbeit« erstellen die an der jeweiligen Kooperation beteiligten Staaten, Bundesländer oder Regionen gemeinsam ein Programm.[13] Die Operationellen Programme werden mit den Entwicklungsplänen der Länder abgestimmt und Anfang 2007 von der Europäischen Kommission genehmigt. Sie benennen die Schwerpunkte und Entwicklungsziele der Förderung zu den in den Richtlinien der EU genannten Themenbereichen und definieren Maßnahmen, die in dem betreffenden Bundesland beziehungsweise einer Region umgesetzt werden sollen.

Die Fonds verwaltenden Landesministerien entscheiden über die Einbeziehung weiterer Ressorts in die Erarbeitung der Operationellen Programme. Die Bereitschaft, Kulturaktivitäten und Kulturwirtschaft als Faktoren für Stadt- und Regionalentwicklung anzuerkennen, ist dort sehr unterschiedlich ausgeprägt.[14] Die Kulturministerien in einigen Bundesländern waren in den Jahren 2005 und 2006 an der Erarbeitung beteiligt und verantworten die fachliche Umsetzung der kulturellen Maßnahmen. Andere Kulturressorts waren nicht einmal in interne Ressortabstimmungen bei der Vorbereitung der Operationellen Programme involviert. Bleibt zu hoffen, dass sie Interpretationsspielräume zugunsten der Kultur in den Landesprogrammen finden und sich in die Vorbereitung der Förderperiode ab 2014 mehr einbringen können. Dabei geht es nicht um eine Instrumentalisierung der Kultur für wirtschaftliche und soziale Zwecke, sondern um die Steigerung der Lebensqualität durch den Auf- und Ausbau von kulturellen Infrastrukturen, durch Qualifizierung, mehr und bessere Jobs, die auch den Kulturschaffenden direkt zugute kommen.



*Die Website »Europa fördert Kultur«*

Im Frühjahr 2004 hat die *Kulturpolitische Gesellschaft* mit dem Internetangebot »Europa fördert Kultur« ein qualifiziertes Informationsangebot zu den Fördermöglichkeiten kultureller Vorhaben aus den Programmen der Europäischen Union veröffentlicht: www.europa-foerdert-kultur.info. Die Website richtet sich an Kultureinrichtungen, Vereine, Verbände, Kommunen sowie Behörden auf Landes- wie Bundesebene, Universitäten, Kirchen, Schulen und auch Einzelpersonen. Ihr Ziel ist es, den Zugang zu den EU-Programmen zu erleichtern und damit die Chancen deutscher und österreichischer Kulturschaffender auf einen Zuschuss der Europäischen Gemeinschaft zu erhöhen. Für Konzeption und Erstellung ist das *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* verantwortlich und arbeitet bei der Umsetzung mit der *Österreichischen Kulturdokumentation* zusammen, die speziell in Österreich geltende Kriterien, inhaltliche Schwerpunkte, Kontaktadressen und Projektbeispiele recherchiert. Neben den in diesem Beitrag angesprochenen Programmen in den Bereichen Kultur, Integration Europas und Strukturförderung werden auf der Website »Europa fördert Kultur« circa 70 weitere Programme und ihre Teilnahmebedingungen vorgestellt.

11 Der *Landwirtschaftsfonds* fasst früher getrennte Förderinstrumente zusammen: den »*EAGFL* Ausrichtung und Garantie« sowie die Gemeinschaftsinitiative »LEADER Plus«. Damit wurde die Finanzierung der ländlichen Entwicklung aus der EU-Regionalpolitik herausgenommen und vollständig in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU überführt.

12 Siehe Europäische Kommission, Brüssel 2000.

13 Daneben gibt es bundesweit geltende Operationelle Programme, eines für Beschäftigungsförderung, eines für Verkehr, die der Bund erstellt; sie sind aber für den Kulturbereich nicht relevant.

14 Siehe Beckmann 2006: 31 f.

## *Literatur*


Beckmann, Christine (2006): *Kultur und die Fonds für Strukturentwicklung der EU*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft

ECOTEC Research & Consulting Ltd. (2006): *Second External Interim Evaluation of the Culture 2000 Framework Programme*. Final Report to the Directorate General Education and Culture of the European Commission, Birmingham: Ecotec

Europäische Union (2002): »Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft«, konsolidierte Fassung nach der Regierungskonferenz von Nizza 2001, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* C325/33 vom 24.12.2002 (nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten in Kraft seit 2003)

Europäische Union (2004): *Application of Article 151(4) of the EC Treaty: use of the Structural Funds in the field of culture during the period 1994–1999*, Brüssel (*Commission Working Document*)

Europäische Union (2005): »Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* L 277/1 vom 21.10.2005

Europäische Union (2006 a): »Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* L 210/1 vom 31.7.2006

Europäische Union (2006 b): »Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1784/1999«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* L 210/12 vom 31.7.2006

Europäische Union (2006 c): »Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* L 210/25 vom 31.7.2006

Europäische Union (2006 d): »Beschluss Nr. 1904/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (2007–2013), in: *Amtsblatt der Europäischen Union* L378 vom 27.12.2006

Europäische Union (2006 e): »Beschluss Nr. 1855/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm Kultur (2007–2013)«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* L 327/1 vom 27.12.2006

Europäische Union (2006 f): »Entscheidung Nr. 1983/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008)«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* L 412/44 vom 30.12.2006, Brüssel

Europäische Union (2006 g): *Bericht über die zweite externe Zwischenbewertung des Programms Kultur 2000*, KOM(2006) 666 endg., Brüssel

KEA – European Affairs (2006): *The Economy of Culture in Europe*, Brüssel (Studie im Auftrag der Europäischen Kommission)

PLS Ramboll Management (2003): *First Interim Evaluation of the Culture 2000 Programme – Final Report*, Kopenhagen (Studie im Auftrag der Europäischen Kommission)




Sabine Bornemann

# *Die Cultural Contact Points*

## *Nationale Kontaktstellen für das europäische Förderprogramm »KULTUR« (2007–2013)*

### *Zielsetzung und nationale Strukturen*

Bereits in ihren ersten Kulturförderprogrammen verankerte die Europäische Gemeinschaft gegen Ende der neunziger Jahre die Einrichtung von Kulturkontaktstellen (www.ccp-deutschland.de/ccp-euro.htm) in allen EU-Mitgliedstaaten und den weiteren am Programm teilnehmenden europäischen Ländern. Hauptziel war dabei, diese Fonds für die Kulturakteure transparenter und zugänglicher zu machen und die Kommunikation zwischen der Verwaltungsebene und den zu Fördernden zu erleichtern. Mit Bedacht wurden daher diese *Cultural Contact Points (CCPs)*, die nur in Frankreich und Luxemburg *Relais Culture Europe (RCE)* heißen, nicht bei den Vertretungen der Europäischen Kommission, sondern möglichst dicht an der nationalen Kulturszene eingerichtet. Den einzelnen Staaten blieb es dabei überlassen, ob die Stellen entweder im kofinanzierenden Kulturministerium angesiedelt oder einem zivilgesellschaftlichen Träger übertragen wurden.

Der *Cultural Contact Point Germany*, 1998 als eine der ersten europäischen Kulturkontaktstellen vom Bundesinnenministerium eingerichtet beim *Deutschen Kulturrat*, der darin mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* kooperierte, konnte schon rasch von Vorteilen berichten, die die größere Nähe zur Kulturszene bot. Ein hoher Bekanntheitsgrad und ein niedrigschwelliges, leicht zugängliches Service-Angebot machte den deutschen *CCP* rasch zum anerkannten Partner in allen Fragen europäischer Kulturförderung, wobei die Expertise sowohl bei potenziellen Antragstellern als auch bei der Verwaltung auf Bund- und Länderebene sowie auch bei den europäischen Entscheidungsgremien gefragt war und ist. Seit 2004 ist die Rechtsträgerschaft des deutschen *CCP* an die *Kulturpolitische Gesellschaft e. V.* (www.kupoge.de) übergegangen, die wie auch der *CCP* ihren Sitz im Bonner *Haus der Kultur* hat. Finanziert wird der *CCP* anteilig von der *Generaldirektion Bildung und*

*Kultur* (http://ec.europa.eu/culture/eac/index_en.html) der Europäischen Kommission und aus Mitteln des *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien*.

Inzwischen ist die Mehrheit der europäischen *CCPs* bei unabhängigen Trägern angesiedelt, wenngleich es dabei durchaus unterschiedliche Grade der Staatsnähe und -ferne gibt.

### *Vernetzte Kommunikation – europäisch und national*

Die Tatsache, dass die *CCPs* sich von Anfang an aus eigenem Antrieb zu einem eng kooperierenden europäischen Netzwerk zusammenschlossen, um gemeinsam praxisnahe Optimierungsvorschläge für Förderprogramm und Antragsprozedere zu erarbeiten, hat erheblich zu ihrem Erfolg beigetragen. Sie treffen sich halbjährlich im Land der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft und kommunizieren in der Zwischenzeit über ein elektronisches Intranet via E-Mail-Liste. Da das »KULTUR«-Programm auch Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft assoziieren kann, kommen immer wieder neue Kontaktstellen hinzu – als nächste absehbar in der Türkei, in Kroatien und weiteren Westbalkanstaaten –, deren VertreterInnen durch das Netzwerk intern geschult werden und so rasch in der Lage sind, ihren Kulturakteuren optimalen Service zu leisten. Bei Bedarf erarbeiten die *CCPs* gemeinsame Stellungnahmen für die europäischen Gremien, das heißt die *Generaldirektion Bildung und Kultur* der Europäischen Kommission und den Verwaltungsausschuss des Programms »KULTUR« sowie den Kulturausschuss des Europäischen Parlaments.

Neben der Verwaltungsebene suchen die *CCPs* natürlich auch den Kontakt zu den europäischen Kulturakteuren, um in ihrer täglichen Beratungsarbeit gegebenenfalls auch darüber entsprechende Hinweise geben zu können. Als besonders geeignet haben sich dafür die Jahresversammlungen der einschlägigen europäischen Kulturnetzwerke erwiesen, die es fast für jede Sparte gibt.[1] Einige *CCPs* beziehungsweise deren Trägerinstitutionen sind zum Beispiel Mitglied oder ständige Beobachter im *European Forum for the Arts and Heritage (EFAH)* (www.efah.org), das quasi die Dachorganisation von rund 90 Kulturnetzwerken unterschiedlicher Sparten ist und sich in Art eines Verbands für die Interessensvertretung des Kultursektors auf europäischer Ebene einsetzt. Umgekehrt können die *CCPs* bei Bedarf die Mitglieder aus erster Hand über das »KULTUR«-Programm der EU informieren.

Engen Austausch pflegen die *CCPs* auch mit dem *LabforCulture* (www.labforculture.org), einem breit angelegten Dienstleistungsangebot, das 2004 von der *Europäischen Kulturstiftung* in Amsterdam (www.eurocult.org) initiiert und in der Startphase unter anderem von der Europäischen Kommission bezuschusst wurde. Vorausgegangen war der Gründung die Einsicht, dass Informationen zu grenzübergreifender Zusammenarbeit auf kulturellem Sektor nur schwer zugänglich sind. Die Idee eines im so genannten »Ruffolo-Bericht«[2] des Europäischen Parlaments zunächst geforderten »Europäischen Kulturobservatoriums« wurde hier weiter entwickelt zu einem »Europäischen Kultur-Laboratorium«, das in Form einer interaktiven Internetplattform eine schier erschlagende Fülle von Informationen aus dem erweiterten Europa übersichtlich präsentiert und somit zugänglich macht.



Die auf europäischer Ebene gesammelten Informationen werden von den *CCPs* für die jeweiligen Kulturakteure und die Verwaltungsebene im eigenen Land ausgewertet. Der elektronische Newsletter des deutschen *CCP* geht beispielsweise an rund 5 000 Adressen. So gesehen entstehen von den *CCPs* ausgehend wiederum Informationsnetze auf nationaler Ebene.

Als nachahmenswert wird von vielen *CCPs* empfunden, wie der deutsche *CCP* seit seiner Gründung den Austausch mit den nationalen Verwaltungsebenen pflegt: Es gibt einen Fachbeirat, in dem neben den Trägerorganisationen des *CCP* die für Kulturpolitik auf europäischer Ebene zuständigen Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden und Gremien auf der Arbeitsebene vertreten sind. Es sind dies das *Auswärtige Amt und der Beauftragte des Bundes für Kultur und Medien*, die *Kultusministerkonferenz (KMK)*, die Vertreter des Bundes und des Bundesrats im Brüsseler *Ausschuss für Kultur (AfK)*, der die Treffen der Kulturminister vorbereitet, sowie im Verwaltungsausschuss des »KULTUR«-Programms; des weiteren der *Deutsche Städtetag* und als ständiger Gast die Delegation der Europäischen Kommission. Hier werden auf kurzen Wegen aktuelle Informationen ausgetauscht und zeitnah gemeinsame Vorgehensweisen abgestimmt.

### *Das Service-Angebot des* Cultural Contact Points

Exemplarisch sei im Folgenden das Angebot der deutschen Kontaktstelle (*CCP*) vorgestellt, das sich im Kernbereich nur graduell von dem der europäischen Kollegen unterscheiden dürfte. Je nach nationalen Erfordernissen und Strukturen wird es darüber hinaus gegebenenfalls unterschiedliche zusätzliche Leistungen geben. So sind einige *CCPs* gleichzeitig Kontaktstellen für andere europäische Förderprogramme.

Der *CCP* informiert über die Kulturförderung der Europäischen Union und berät Kultureinrichtungen, Behörden und kulturelle Organisationen bei der Beantragung von Zuschüssen bei der EU. Hierfür stellt er auf seiner Internetseite (www.ccp-deutschland.de) die Ziele und Teilnahmebedingungen des EU-Förderprogramms für »KULTUR« vor, das für die Jahre 2007 bis 2013 Gültigkeit hat. Neben praxisnahen Informationen und Tipps finden Antragsteller hier Zugang zu den Originalunterlagen, die bei der Europäischen Kommission eingereicht werden müssen. Der *CCP* hilft zudem bei der frühzeitigen Einschätzung, ob ein Projekt mit einiger Aussicht auf Erfolg einen Antrag beim »KULTUR«-Programm

1 Eine Auswahl findet sich unter www.ccp-deutschland.de unter »Kontakte/Links«.

2 »Über die kulturelle Zusammenarbeit in der EU«, (A5-0281/2001), EP-Kulturausschuss 2001, Berichterstatter Giorgio Ruffolo, http://www.ccp-deutschland.de/down/down-ccp/Europarl-Ruffolo2001.doc

stellen kann. Sollte dies der Fall sein, kann man die ausgefüllten Formulare im *CCP* auf Formfehler durchsehen lassen, bevor sie in Brüssel eingereicht werden. Hier kann natürlich keine Garantie übernommen werden, jedoch wurde seit 1998 noch kein vom *CCP* durchgesehener Antrag wegen formaler Fehler von der Kommission zurückgewiesen. Durch diesen Service wird insgesamt die Quote der Bewilligungen innerhalb des »KULTUR«-Programms angehoben. Im europäischen Durchschnitt lag diese beim Vorgängerprogramm »KULTUR 2000« bei circa 30 Prozent. Der *CCP* ist nicht an der Auswahl der zu fördernden Projekte beteiligt. Diese ist der Europäischen Kommission vorbehalten, die sich dabei von Expertenjurys beraten lässt.

Sollten erfolgversprechendere Fördermöglichkeiten bekannt sein, wird der *CCP* darauf mit Hilfe seines zusätzlichen Recherche-Instruments hinweisen, der Website »Europa fördert Kultur« (www.europa-foerdert-kultur.info), die über circa 80 weitere EU-Programme informiert, aus denen kulturelle Projekte gefördert werden können, auch wenn sie primär anderen Politikbereichen dienen. Hierbei handelt es sich um eine deutsch-österreichische Handreichung mit Kurzbeschreibungen hinsichtlich der jeweiligen Relevanz für Kulturprojekte, mit Projektbeispielen und vor allem mit Fundstellen und Kontaktadressen in Deutschland und Österreich.

Darüber hinaus stellt der *CCP* Dokumente von EU-Institutionen und Expertengruppen bereit, um zur Transparenz der kulturpolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene beizutragen. Eine Linkliste zu kulturellen Institutionen und Organisationen sowie eine vom Netzwerk der *CCPs* installierte Partnersuchdatenbank erleichtert eine internationale Vernetzung kultureller Akteure.

Ein nach Bedarf erscheinender Online-Newsletter informiert kostenlos und zeitnah über Neuerungen in der Kulturförderung der EU, insbesondere über Termine und Ausschreibungen von kulturrelevanten Förderprogrammen.

Zur Information und Schulung potenzieller Antragsteller hält der *CCP* regelmäßig Vorträge und vertiefende Seminare zum Thema EU-Kulturförderung, bei denen vorrangig der »Blick durch die EU-Brille« geschult wird, das heißt das Verständnis für die erforderliche europäische Dimension der zu beantragenden Kooperationsprojekte. Regelmäßige Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und einschlägigen Kompendien runden das Informationsangebot ab.

### *2007 – 2013: Eine neue Ära der EU-Kulturförderung beginnt*

Der von der EU-Kommission für die »Kommunikation zur Rolle der Kultur«[3] angekündigte Paradigmenwechsel scheint mit dem Start des neuen »KULTUR«-Progamms bereits eingeleitet worden zu sein: Offen, wirkungsvoll, nachhaltig, zugänglich – so soll das neue Programm werden.

3 Die »Kommunikation zur Rolle der Kultur« war bei Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht. Ergebnisse der vorbereitenden Online-Befragung der europäischen Kulturakteure unter: http://ec.europa.eu/culture/eac/communication/comm_de.html





Die Kommission hat auf Grundlage einer Studie der Consulting Firma *ECOTEC*[4] bereits begonnen, hierfür erste Konzepte zu entwickeln: So soll es ab 2008 ein mehrsprachiges Internetportal mit aktuellen Informationen über die geförderten Projekten sowie methodische Empfehlungen zur inhaltlichen Auswertung der Ergebnisse geben. Außerdem werden künftig jährliche Konferenzen stattfinden, auf denen besonders gelungene Projekte vorgestellt werden, die vom Programm »KULTUR« gefördert wurden und die anderen zur Anregung dienen können. Zur weiteren Veranschaulichung hat die *Generaldirektion für Bildung und Kultur* bereits eine Broschüre mit Beispielen von Projekten veröffentlicht, die aus dem Programm »KULTUR 2000« gefördert wurden.

Vor allem den *Cultural Contact Points* soll bei der künftigen Zuarbeit zur Auswertung und Verbreitung der Ergebnisse eine besondere Rolle zufallen, die noch detaillierter ausgestaltet werden muss. Das turnusmäßige Arbeitstreffen der *CCPs*, das in Verbindung mit dem Vierten Kulturpolitischen Bundeskongress »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur« im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Anfang Juni 2007 in Berlin stattfindet, wird hierfür erste Konzepte skizzieren.

4 Evaluierung der Mechanismen für die Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der Programme und Initiativen unter der Leitung der *Generaldirektion Bildung und Kultur*, *ECOTEC*, Birmingham (UK), 2006: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/evalreports/cross/2006/ecotecsum_de.pdf

Edda Rydzy

# *Gelungener Start*

## *Voraussetzungen für einen Qualitätssprung im Kulturhauptstadtjahr 2010*

Das 1984 erfundene und seit 1985 praktizierte europäische Projekt der Kulturhauptstädte Europas ist ein Erfolgsmodell. Weltweit werden Glamour und Prestige mit ihm verbunden; es wird in Russland und den USA kopiert. Kritische Kulturakteure und Publizisten haben es seit den ausgehenden 1990er Jahren mit zunehmenden, massiven Vorbehalten begleitet. Stichworte dafür sind: überteuerte Eventkultur ohne nachhaltige Wirkungen, Missbrauch für politische und Prestigeambitionen, Camouflage für Kürzungen im Kulturbereich, Reduzierung von Kultur als Zubringervehikel für Tourismus und Marketing. Die Auseinandersetzung mit solchen Kritiken fand Niederschlag in den 1999 durch die Europäische Union festgelegten Kriterien zur Evaluierung von Kulturhauptstädten Europas. In deren Zentrum wurde Nachhaltigkeit gestellt.

Vorboten einer neuen Entwicklung hatten sich bereits 1990 in Glasgow angekündigt. Zum ersten Mal war es einer Kulturhauptstadt gelungen, sich im Prozess der Erarbeitung und Realisierung ihrer Konzepte völlig neu zu erfinden und nicht nur äußerlich ihr Image zu erhöhen, sondern die Lebensqualität der Einwohner so zu verbessern, dass sie das neue Image nachhaltig rechtfertigt. Diese Erfahrung bildete einen starker Impuls für die britischen Entwicklungen. Es bewarben sich in einem nationalen Wettbewerb acht Städte um den Titel »Kulturhauptstadt 2008«, der von Liverpool gewonnen wurde und schon vor dem Kulturhauptstadtjahr auf neue Qualitäten kulturgeprägter Stadtentwicklung sowie Nachhaltigkeit verweisen kann. Dass die britischen Mitbewerber um den Titel weiterhin in einem Netzwerk zusammenarbeiten, verweist auf die Potenz des Kulturhauptstadt-Projekts, sich zu einer Massenbewegung zu entwickeln.

Hauptsächlich aus einer Situation der kommunalen Depression heraus und mit dem Motiv, Prestige zu gewinnen und nennenswerte Touristenströme zu sich

zu lenken, haben sich, 2002 beginnend, 18 deutsche Städte[1] um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2010 beworben. Parallel dazu und zeitlich geringfügig versetzt sind in Ungarn 11 Städte[2] in ihrem nationalen Wettbewerb zum Titelgewinn aufeinander getroffen. Die Massenbasis und die Nachhaltigkeit der Kulturhauptstadtbewegung nehmen gegenwärtig noch zu. Die mehr als zwanzig am deutschen und ungarischen Wettbewerb beteiligten Kulturstädte wollen gemeinsam mit Istanbul in einem internationalen Netzwerk ihre Kooperation fortsetzen. In Finnland haben elf Städte miteinander um den Titel gerungen. Die finnischen Kulturstädte wollen ihr weiteres Engagement ebenfalls gemeinsam abstimmen. In Spanien, das für 2016 vorschlagsberechtigt ist, greifen jetzt schon sieben Städte nach dem Titel. Es wird damit gerechnet, dass sich die Anzahl der spanischen Bewerber noch wesentlich erhöhen wird.

Bereits während der Erarbeitung ihrer Bewerbungskonzepte im Jahr 2004 sind die deutschen und ungarischen Bewerber aus ihren nationalen Bezugssystemen heraus und unter Einbeziehung von Experten aus acht europäischen Ländern in einen internationalen Diskussionsprozess getreten. Er wurde durch die *Deutsche Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung* initiiert, konzipiert und koordiniert, durch die Bewerberstädte getragen und durch die *Kulturstiftung des Bundes*, die Kulturabteilung des *Auswärtigen Amtes*, das ungarische Kulturministerium und das *Collegium Hungaricum* unterstützt und gefördert. In dessen Ergebnis – festgehalten in der »Budapester Erklärung« (Mai 2005) – wurde ein gemeinsames neues Verständnis von Kulturhauptstädten Europas manifestiert. In seinem Zentrum stehen nachhaltige kulturgeprägte Stadtentwicklung und die Nutzung kultureller Instrumente als Motor und Ressource gesellschaftlicher Entwicklungen.

Die Maßstäbe zur Auswahl künftiger Kulturhauptstädte Europas verlieren mit der zunehmenden Kooperation der Bewerber einen großen der Teil der durch die diplomatischen Handschellen der europäischen Expertenkommission bewirkten Beliebigkeit. Die Städte selbst haben begonnen, sie wechselseitig ihrem kritischen Urteilsvermögen auszusetzen.

Der Entwicklungseffekt dieses mit Kooperation gekoppelten Wettbewerbs lässt sich aus der Qualität der durch die beteiligten Städte erarbeiteten Bewerbungskonzepte ablesen. Die deutsche Jury spricht in ihrem Abschlussbericht (März 2005) von den Herausforderungen, aus den zehn Bewerbungen der nationalen Wettbewerbsstufe eine Entscheidung für zwei Bewerber zu treffen, da es im europäischen Maßstab alle verdient hätten, zur Kulturhauptstadt berufen zu werden. Allein am Bespiel von Görlitz und »Ruhr 2010«, zwischen denen sich die europäische Expertenkommission und die europäischen Gremien für Deutschland 2010 entscheiden mussten, wird deutlich, welches breite Spektrum international ausstrahlender kultureller Leistungen aus der Vielfalt des deutschen Kulturföderalismus geschöpft werden kann – wenn man nur Kraft und Ressourcen darauf konzentriert. Die ungarischen Bewerbungskonzepte haben im Verlauf des Wettbewerbs einen ähnlichen Qualitätsschub genommen.

1 Bremen, Lübeck, Osnabrück, Braunschweig, Münster, Köln, Essen (Ruhrgebiet), Potsdam, Halle, Görlitz, Dessau/Wittenberg, Kassel, Bamberg, Augsburg, Regensburg, Karlsruhe

2 Eger, Kecskemeth, Szekésfehervár, Veszprém, Miskolc, Budapest, Sopron, Györ, Pécs, Debrecen, Szeged





Während sowohl im Europäischen Parlament als auch in der Europäischen Kommission eine Auseinandersetzung über neue Anforderungen an die Beiträge der Kulturhauptstädte zur europäischen Integration noch ausstehen, haben die Vorschläge der »Budapester Erklärung« zur Qualifizierung der Verfahrensfragen Eingang in die seit Februar 2006 geltenden Neuregelungen genommen. Das betrifft insbesondere die Durchführung nationaler Wettbewerbe und die national/international gemischt zusammengesetzten Jurys.

Innerhalb aller Bewerberstädte ist als bleibendes Ergebnis festzuhalten, dass es gelungen ist, breite Debatten zu den Belangen der Städte wie Europas zu initiieren und gesellschaftliche Energien zu entfachen, die andernfalls unerschlossen geblieben wären. Mit ihrem in Richtung Optimismus, Selbstbewusstsein und Leistungskraft veränderten – ursprünglich meist depressiven – Klima haben die Städte bewiesen, dass Kultur und Kulturpolitik für die Gesamtentwicklung größere Bedeutung und Wirkungsmacht zukommen, als sie ihnen allgemein zugewiesen werden. Analoges gilt für Europa. Gerade in Anbetracht der jüngeren und jüngsten Entwicklungen wird immer unverständlicher, dass die durch die Europäische Union für Kultur eingesetzten Ressourcen den mittels kultureller Instrumentarien zu erreichenden Fortschritten nicht annähernd entsprechen. Hier werden Chancen vergeben.

Mit den Entscheidungen der deutschen Jury beziehungsweise der europäischen Expertenkommission für Pécs, Ruhr und Istanbul endete das kulturelle Engagement der anderen Bewerberstädte nicht.

Während des internationalen Symposiums »Städte und Regionen – das kulturelle Kapital Europas« im November 2006 im Europasaal des *Auswärtigen Amtes* – zogen sie Bilanz über die bisherige Arbeit und gaben Ausblicke auf ihre langfristigen Projekte und Vorhaben.

Mehrere Indizien deuten darauf hin, dass das Kulturhauptstadtjahr 2010 sich zu einem Quantensprung für die europäische Kultur und Kulturpolitik und damit für den europäischen Integrationsprozess entwickeln kann:

»Ruhr 2010« und auch »Pécs 2010« verfolgen konsequent Konzepte nachhaltig kulturgeprägter Stadtentwicklung. Istanbul, wenn es das möchte, wird von beiden Titelträgern sowie vom Netzwerk der ungarischen und deutschen Kulturstädte alle Unterstützung erhalten, um sich diesem dynamischen Prozess binnen kürzester Zeit anzuschließen. Damit nehmen die europäischen Kulturhauptstädte 2010 gleichzeitig eine der schwierigsten globalen Aufgaben kultureller Verständigung als unmittelbare Verantwortung an.

Mehr als zwanzig ungarische und deutsche Städte sind bereit, in einem Netzwerk gleichzeitig am Erfolg der Kulturhauptstädte 2010 mitzuarbeiten und in ihrer internationalen kulturellen Kooperation für sich selbst europäische Arbeitsweisen zu entwickeln, die zur unmittelbaren Erhöhung der Lebensqualität in den Städten führen.

Es hat in der Vergangenheit kein vergleichbar dichtes und praktisch erfolgsorientiertes Netz europäischer Kooperationsbeziehungen an der Schnittstelle von Zivilgesellschaften und politischen Institutionen gegeben. Den hier vorhandenen Chancen für einen durchschlagenden Erfolg stehen jedoch Widerstände und Hemmnisse gegenüber. Sie liegen vor allem in der Blindheit übergeordneter politischer Ebenen und anderer politischer Ressorts für das Ausmaß der mittels Kultur möglichen Entwicklungssprünge, in der mangelnden überregionalen und europäischen Öffentlichkeit für diese konkreten Potenziale der Kultur und – bei aller Unterstützung durch viele wichtige Repräsentanten – im institutionellen Unvermögen der Europäischen Union, diese positiven Entwicklungstendenzen schnell, flexibel, unbürokratisch und verlässlich zu befördern.

Mit der Kraft von 52 Städten, fünf Millionen Einwohnern, einer Vielzahl von Kulturakteuren und -institutionen der Region sowie der Kompetenz zahlreicher internationaler Partner arbeitet »Ruhr 2010« an Schwerpunktthemen von europäischer Relevanz – produktive Bewältigung des Austritts aus dem Industriezeitalter, Migration und Interkulturalität, Demokratieentwicklung, Behebung von Umweltsünden, kulturelle Bildung, Entwicklung der Kulturwirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen.

»Ruhr 2010« spielt für die gegenwärtigen und zu erwartenden Entwicklungen eine besondere Rolle. Es kann zu einer europäischen Legende werden. Wenn »Ruhr 2010« die Qualität, Intensität und das Tempo der bisherigen Arbeit durchhält, wird es auf Jahrzehnte die Meßlatte für den Entwicklungswillen und die Modernisierungsimpulse von Kulturhauptstädten Europas gelegt haben. (Siehe hierzu auch den Beitrag von Oliver Scheytt in diesem Jahrbuch)

Mit der Vergabe des Titels an die Region fiel die Entscheidung für das höchst innovative und ehrgeizige Konzept »Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel«. Man kann sagen, dass hierin die Ergebnisse von mehr als dreißig Jahren Neuer Kulturpolitik in Deutschland, das akkumulierte Wissen und Können aus dreißig Jahren Debatten und Diskursen in der *Kulturpolitischen Gesellschaft* handlungsmächtige und gesellschaftsverändernde Gestalt angenommen haben. Damit stellt es auch ein zur Praxistauglichkeit erhobenes und destilliertes Komprimat von Leistungen deutscher Kulturakteure quer durch die Parteien, die Bundesländer, die Vielzahl der Kommunen, Institute und Institutionen dar.

Das »Kulturhauptstadtjahr 2010« und »Ruhr 2010« weisen über bisherige europäische Entwicklungen hinaus.

Das hängt zum einen mit der Komplexität des Konzepts und mit der Dimension des Ruhrgebietes zusammen. Sowohl der fünf Millionen Menschen unterschiedlichster Herkunft, 53 Städte sowie unzählbare Strukturbrüche, Ruinen und Chancen des nachindustriellen Zeitalters umfassende Ballungsraum als auch die dort gebündelte und in europäische Kontexte verwobene kulturelle Kompetenz stellen Akkumulationen dar, von denen die Region, Deutschland und Europa in bislang ungekanntem Ausmaß profitieren können.





Besondere Bedeutung erhält »Ruhr 2010« aus einer strukturellen Analogie mit der Europäischen Union: Die neu zu schaffende polyzentrische Stadtregion wird sich aus 53 in Partnerschaften wie mitunter Zwisten vereinten Städten zusammensetzen, die weder ihre gemeinsamen Leistungen noch ihre Ausstrahlung mittels einer hierarchischen Struktur erreichen können. Viele der Entwicklungsschwierigkeiten der Europäischen Union hängen damit zusammen, dass den lebhaften Zivilgesellschaften, der noch dynamischeren Wirtschaft und dem bisweilen munteren nationalen Eigensinn der Mitgliedsländer politische Institutionen gegenüberstehen, die sich gegenseitig eher lähmen als vorantreiben. Um das ehrgeizige Ruhrkonzept erfolgreich zu realisieren, müssen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen entwickelt werden, auf die Attribute wie kooperativer und produktiver Föderalismus angewandt werden können. Es geht hier um einen Laborversuch für Europa. Glücklicherweise haben die Entscheidungsträger des Ruhrgebiets und von Nordrhein-Westfalen in der »Ruhr 2010«-Leistungsstruktur eine personelle Konstellation geschaffen, die ermöglicht, dass dieser Laborversuch als Engagement und Anliegen des ganzen Ruhrgebiets mit Erfolgsaussicht in Angriff genommen werden kann.

Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass »Ruhr 2010« seit 2004 in der intensivsten länderübergreifende Kooperation von Städten seit dem 1985er Start des Kulturhauptstädte-Projekts mitwirkte und wirkt. Es sucht und findet regen Erfahrungsaustausch und die Beratung mit internationalen Experten. Zu »Pécs 2010« unterhält es im Vergleich aller bisherigen Kulturhauptstädte ungekannt langfristige und intensive Beziehungen, zu Istanbul 2010 werden sie angebahnt. Innerhalb des effektiv arbeitenden Netzwerks der Kulturhauptstädte 2007 bis 2011 hat es sich bereits jetzt zum stärksten Partner entwickelt. »Ruhr 2010« hat vor allem die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im »TWINS-2010-Projekts« 200 europäische Partnerstädte an der Gestaltung des Kulturhauptstadtjahres teilhaben können. Auch dies wird die Entfaltung außerordentlicher nichthierarchischer Leitungsintelligenz erfordern – an der für Europas weitere Entwicklung lebenswichtigen Schnittstelle zwischen der breiten Zivilgesellschaft und politischen Institutionen, wie sie in dieser Weise nur in kommunalpolitischen Zusammenhängen zu finden ist.

Die ungarischen und deutschen Städte, die bereits auf eine zweijährige Zusammenarbeit im Projekt »Europäische Kulturstädte in Deutschland und Ungarn« zurückblicken, einigten sich im Ergebnis des Symposiums gemeinsam mit Istanbul darauf, innerhalb des »TWINS-2010-Projekts« von »Ruhr 2010« als Netzwerk weiter zu kooperieren. Sie verfolgen damit eine doppelte Zielstellung: Zum einen wollen sie einen eigenen Beitrag zum Gelingen von »TWINS 2010« erbringen. Zum anderen wollen sie kulturelle Schwerpunktvorhaben ihrer Städte einbringen, sie gemeinsam analysieren und vorantreiben, indem sie ihre Kraft und ihr Wissen kombinieren. So wollen sie Europa befördern, indem sie für sich selbst einen Nutzen aus seiner kulturellen Vielfalt ziehen, den die Bürger vor Ort auch spüren. Es geht darum, die praktische Arbeit an gemeinsamen Zielen zum Herzstück europäischer Kommunikation zu machen.

Neben »Ruhr 2010« wollen auch »Pécs 2010« und »Istanbul 2010« das Netzwerk unterstützen. Es kann hier gelingen, dass mit der Einübung europäischer Arbeitsweise – mit der die für die Bewältigung von Alltagsaufgaben in Europa vorhandene Kompetenz und Erfahrungen gesucht und eingesetzt werden – der kulturelle Bereich zum Vorläufer für die dringend nötige Vernetzung der politischen Systeme der Mitgliedsländer wird.

Es sind die Grundlagen dafür geschaffen, dass im Jahr 2010 das europäisch kulturelle Engagement der Kulturhauptstädte Europas und von mehr als zwanzig weiteren Städten zu einer Interferenzwirkung führen kann, in der ihre Ausstrahlung so zusammen schwingt, dass sie sich wechselseitig erhöht und nachhaltige Wirkung auf Europa ausübt.



Oliver Scheytt

# *Kulturhauptstadt Ruhr 2010*

Was nicht wenigen, selbst kenntnisreichen Beobachtern der Ruhrgebiets-Metamorphose ein Ding der Unmöglichkeit zu sein schien, nimmt Gestalt an: Die Region Ruhr wurde zur »Kulturhauptstadt Europas« für das Jahr 2010 ernannt. Durch seine Entscheidung für das alte Industrierevier zwischen Ruhr und Lippe hat der *Rat der Kulturminister der EU* in Brüssel aber nicht nur ein einzigartiges kulturelles Leistungsprofil anerkannt, sondern darüber hinaus die Schritte der Ruhrgebietsstädte in Richtung Region und der Region in Richtung Europa unter dem Banner der Kultur bestätigt (siehe ausführlicher »Gelungener Start« von Edda Rydzy in diesem Band). Das ist weit mehr als nur ein erfreulicher Nebeneffekt des großen Schulterklopfens. Die Geschichtsbücher werden das Kulturhauptstadtjahr oder vielleicht sogar schon die mehrjährige Bewerbungsphase mit der Nominierung 2006 als die bis dato bedeutendste und erfolgreichste Gemeinschaftsanstrengung der Ruhrstädte würdigen, die den Grundstein für ihre Entwicklung zur modernen Metropole Ruhr legte. Denn es ist zwar die Folkwang-Stadt Essen, die zur Kulturhauptstadt nominiert wurde, weil das Auswahlverfahren nur die Bewerbung von Städten, nicht von Regionen kennt. Aber neben und hinter Essen steht das Ruhrgebiet, der in Wirtschaft, Kultur und Bildung dichteste Ballungsraum Europas mit 5,3 Millionen Einwohnern in 53 Gemeinden. Aus kontinentaler Perspektive betrachtet ist nämlich keine der Ruhrstädte ohne die anderen europareif, alle zusammen jedoch bilden ein Schwergewicht im Europa der Regionen. Das riesige Kreativpotenzial und die Innovationskräfte der Region, von denen sich die Jurys auf Landes-, Bundes- und Europaebene außerordentlich beeindruckt zeigten, entstehen nur aus der interkommunalen Bündelung von Kompetenzen.

Der Schulterschluss als einzig mögliche Konsequenz aus dieser Erkenntnis erweist sich dennoch in der Praxis als schwierig. Trotz anders lautender Beteuerungen pflegten die Ruhrstädte ihre Individualität und Eigenständigkeit oftmals zu Lasten regionaler Entwicklungsmöglichkeiten. Obwohl jede für sich einen beträchtlichen Teil ihrer Energie, Kreativität und Finanzmittel darauf verwendete, kulturelle Kräfte zu nutzen und zu erweitern, haben ihre großen Errungenschaf-

ten auf diesem Gebiet kaum zu einer veränderten Fremdwahrnehmung der Region geführt. In anderen Teilen der Republik und erst recht im benachbarten Ausland entsprach das Image des Ruhrgebiets, ungeachtet seiner 200 Museen, 120 Theater, 100 Konzertstätten, 19 Hochschulen und 250 teils international renommierten Festivals, der Wirklichkeit der fünfziger Jahre. Hier ist das Präteritum Ausdruck von Zuversicht. Denn nach dem triumphalen Erfolg der Kulturhauptstadt-Bewerbung beginnt das Ruhrgebiet nun endlich, das Ausmaß der Stärke zu erahnen, die ihm aus der Bündelung seiner Fähigkeiten erwächst. Und die Außenstehenden, repräsentiert beispielsweise durch überregionale Medien, sehen staunend und mit zunehmender Aufmerksamkeit, wie tiefgreifend sich das ehemalige Kohle- und Stahlrevier während der letzten drei Jahrzehnte verändert hat.

Ein Blick zurück: Die Idee zur Bewerbung um den Kulturhauptstadt-Titel kam 2001 aus der Kulturdezernenten-Konferenz im *Regionalverband Ruhr (RVR)*. In diesem regelmäßig tagenden Gremium sind alle Ruhrgebietsstädte und -kreise durch ihre Kultur-Beigeordneten vertreten.[1] Die Protagonisten der Initiative verfolgten von Anfang an zwei Ziele: 1. das Verbindende der gemeinsamen Bewerbung – die Aufstellung einer einzelnen Ruhrgebietsstadt wurde nie in Erwägung gezogen – zur inneren Stabilisierung des Regionalgefüges zu nutzen und 2. den Ruf der Region endlich mit ihrer Realität in Einklang zu bringen. Eine Feuerprobe für den Zusammenhalt der Städte und Kreise war die Notwendigkeit, eine Stadt zur Bannerträgerin der Bewerbung zu wählen, weil die EU-Regularien eben nur die Bewerbung von Städten zulassen. Diese Vorgabe der Europäischen Union rief alte Rivalitäten zwischen einigen Ruhrgebietsstädten wach, die jedoch nach dem relativ knappen, aber klaren Votum der *RVR*-Verbandsversammlung, dem »Ruhrgebietsparlament«, für die Stadt Essen dem gemeinsamen Vorgehen entschlossen untergeordnet wurden.

Der Erfolg auf Landesebene gegenüber den Mitbewerbern Köln und Münster glich einer Initialzündung. Für viele Beobachter und sogar Beteiligte rückte erst dadurch eine Nominierung in den Bereich des Möglichen und vor allem des Machbaren, was die Motivation zur gemeinsamen Anstrengung enorm beflügelte. Nachdem das Land Nordrhein-Westfalen sich auf eine Kandidatin einstellen konnte – ähnliche Ausscheidungen wie in NRW hatte es in anderen Bundesländern ebenfalls gegeben – und sich die Konkurrenz auf die nationale Ebene verlagert hatte, intensivierte sich die Zusammenarbeit mit der Landesregierung in Düsseldorf, die auch nach dem Regierungswechsel von der *SPD* zur *CDU* Bestand hatte.

Auch die Wirtschaft gab ihre anfängliche Zurückhaltung auf und unterstützte die Vorbereitungen der nationalen Ausscheidung großzügig und engagiert. Die Verleger und leitenden Redakteure aller namhaften Tageszeitungen der Region stellten Anzeigenplatz zur Verfügung und berichteten kontinuierlich und detailreich über den Bewerbungsprozess und alle ihn begleitenden Aktivitäten. Selbst

1 Umgekehrt werden alle Städte und Kreise zum Ruhrgebiet gezählt, die Mitglieder im *RVR* sind. Dieses Kriterium bestimmt den administrativen Rahmen, solange das Ruhrgebiet auf drei Regierungsbezirke verteilt ist.





wenn es sehr schwer ist, in einem polyzentrischen und polyperipheren Großraum wie dem Ruhrgebiet alle Gebiete gleichermaßen mit Informationen zu versorgen, gelang es doch, die Kulturhauptstadt-Bewerbung zum Thema zu machen.

Der Bewerbungsfunke war von der Kultur auf andere Handlungsfelder der Politik und Verwaltung übergesprungen und beeinflusste Konzepte und Projekte in der Stadt- und Entwicklungsplanung ebenso wie in den Geschäftsbereichen »Planung« und »Bauen« der Städte.

Welches Erlebnis dann die vom Bundesrat eingesetzte Jury aus renommierten Kunstschaffenden und Kulturexperten bei ihrem Besuch im Ruhrgebiet Anfang des Jahres 2005 individuell am meisten überzeugt hat, bleibt spekulativ. Sicher ist aber, dass das 53-fache einstimmige »Glückauf«, welches den Juroren aus der Runde der versammelten Ruhrgebietsbürgermeister in der Jahrhunderthalle Bochum entgegenschallte, seine Wirkung nicht verfehlt hat. Es symbolisierte und demonstrierte die neue Entschlossenheit der Region, Partikularinteressen zugunsten einer gemeinsamen Vision vom weltoffenen Kulturgebiet an der Ruhr zurück zu stellen. Der Schweizer Schriftsteller, ehemals Präsident der *Akademie der Künste Berlin* und Angehöriger der nationalen Jury, Adolf Muschg beschrieb seinen Sinneswandel gegenüber dem Ruhrgebiet später als einen »Bergsturz« und schilderte seine Wahrnehmung im Wochenblatt *Die Zeit* so: »Wo immer wir hinkamen, waren Häuser, Siedlungen, Industriedenkmäler mit dem Umlernen im größten Stil beschäftigt, und die neue Sprache war nicht nur diejenige einer spezialisierten ›Kultur‹: Sie schlug Brücken über den ebenso monumentalen wie unvermeidlichen Bruch mit der industriellen Vergangenheit. Was die Zeit schon abgeschrieben hatte, war ihr, als urbanistische Avantgarde, plötzlich wieder voraus. Das ehemalige Revier atmete nicht mehr Staub, sondern Zukunft.«

Die Region spürte den Rückenwind der Anerkennung in bis dahin ungekannter Stärke. Diese Erfahrung macht eines der favorisierten Kulturhauptstadt-Projekte, »TWINS 2010«, erst möglich. Im Kulturhauptstadt-Jahr will das Ruhrgebiet als »Stadt der Kulturen« Gastgeber seiner über 150 Partnerstädte in ganz Europa sein. Das weitreichende Vorhaben verbindet die 53 Städte zu einem Ort der Begegnung und des Dialogs in vielen verschiedenen Sprachen, aber wiederum mit einem übergreifenden Ziel: das Ruhrgebiet als ein Europa im Kleinen abzubilden und die europäische Integration ein Stück weiterzubringen. Arbeitsfelder werden vor allem drei Themen sein, die für alle Gesellschaften Europas gleichermaßen große Herausforderungen darstellen: Jugend, Strukturwandel, Migration. Für eine Suche nach Perspektiven auf diesen Gebieten ist das Ruhrgebiet als Veranstaltungsort geradezu prädestiniert. Denn mit seinem vergleichsweise hohen Altersdurchschnitt, seiner mehr als hundertjährigen Immigrationserfahrung und seinem weit fortgeschrittenen Strukturwandel nimmt das Ruhrgebiet die Zukunft vieler Regionen in Europa vorweg.

Abseits der durch den *RVR* institutionalisierten Bewerber-Kohäsion bilden sich unterdessen, angeregt durch den Bewerbungsprozess und die Nominierung, überall in der Region Initiativen und Netzwerke. So trafen sich zum ersten Mal

alle Bibliotheksleiter des Ruhrgebiets, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu eruieren, während zu gleicher Zeit das interkulturelle Kunstfestival »Melez« für Musik, Tanz, Schauspiel, Literatur und Performance in der Jahrhunderthalle Bochum aus der Taufe gehoben wurde. »Melez« ist türkisch und bedeutet »Mischling«. Der Name nimmt also Bezug auf das Kulturengemisch aus 140 Nationen, das den Ruhrgebietsstil in Kunst und Alltag, Humor und Sprache, Speisekarten und Weltanschauung seit anderthalb Jahrhunderten prägt. Noch nie zuvor aber gab es ein Fest, das die Kunst der Vermischung zum Thema hatte. »Melez« präsentiert bis 2010 jährlich die Lieder und Gedichte, Tänze und Phantasien der Grenzgänger und Ruhrgebietseuropäer mit Migrationshintergrund. In den Zwischenzeiten fungiert »Melez« als eine Art Labor für den interkulturellen Austausch.

Es sind vor allem die nicht bestellten, intrinsisch motivierten Akteure, die der Kulturhauptstadt zu Popularität verhelfen und deren Postulate durch ihr Tun unter Beweis stellen. Zugleich fügen auch sie – wie fast alle Anbieter und Veranstalter – der administrativen Beschreibung der Region eine inhaltlich-soziale Komponente hinzu, indem sie den Radius ihrer Zielgruppe definieren und Anlässe für Mobilität schaffen. Region ist nicht nur der Raum, innerhalb dessen sie selbst sich bewegen, sondern auch das Gebiet, das die von ihnen Angesprochenen zu durchqueren bereit sind. Immer weniger Organisatoren von Fortbildungen oder Ausrichter von Festen wenden sich an die Bewohner einer einzigen Stadt. Selbst Stadtteilinitiativen beziehen Quartiere der Nachbarkommunen mit ein. Im Ruhrgebiet wohnt man zum Beispiel im grünen Velbert, arbeitet im Duisburger Innenhafen, kauft im Oberhausener *Centro* oder im Mülheimer *Rhein-Ruhr-Zentrum* ein, verbringt seine Freizeit im Fußballstadion Gelsenkirchen-Schalke und auf der Cranger Kirmes in Herne, im Konzert oder Musical in Essen, besucht Freunde in Recklinghausen oder eine Ausstellung in Dortmund. »Region lebt Stadt«, hieß es in der Bewerbungsschrift.

Allerdings sind die Bürger der Politik und den Verwaltungen ein gutes Stück voraus. Sie bewohnen das Ruhrgebiet wie eine Stadt, während ihre gewählten Vertreter in Stadt und Land sich schwer tun, die (kommunalen) Grenzen in ihren Köpfen zu sprengen. Die Bewerbung und die Vorbereitung des Kulturhauptstadt-Jahres ist zu einem Motor im Prozess der Einigung geworden, denn niemand im Ruhrgebiet kann sich noch der Einsicht entziehen, dass der Erfolg in Europa, der auch Beschäftigungschancen in der Kreativwirtschaft und im Tourismus sowie neue vielversprechende Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen auf kontinentaler Ebene bedeutet, nur gemeinsam zu erreichen sein wird. Der Vorteil, durch die Bewältigung dieser riesigen Gemeinschaftsaufgabe in den Olymp der europäischen Metropolen aufzusteigen, wiegt um so vieles schwerer als jeglicher Benefit, den eine Kommune sich im Alleingang verschaffen könnte, dass die Wahrung der regionalen Belange für alle Städte zur jeweils eigenen Existenzsicherung wird. Die »Kulturhauptstadt 2010« eröffnet nur der Region als Ganzem die Chance, sich in einem neuen Europa mit heute noch weitgehend offenen Binnenstrukturen auf den vorderen Rängen zu positionieren.





Daher wird es die vordringliche Aufgabe der Kulturhauptstadt sein, dem Ruhrgebiet ein Regionalprofil zu geben, das sich zusammensetzt aus den Charakteristika der einzelnen Ruhrstädte. Weil es im Ruhrgebiet eben nie ein Oberzentrum gab und jeder Stadt im Zweifel das eigene konkrete Wohl immer näher war als eine schemenhafte Regionalentwicklung, existiert jetzt eine europaweit einzigartige Dichte an kulturellen Leuchttürmen, zwischen denen nur – von innen wie auch von außen betrachtet – die Verbindungslinien fehlen. Das Ziel ist dann erreicht, wenn die »Kurzfilmtage« in Oberhausen, das *Choreographische Zentrum* in Essen und die »Mülheimer Theatertage« von potenziellen Besuchern »zusammengedacht« werden wie *Notre-Dame* und der *Louvre* – und wenn die Oberhausener auf die »Mülheimer Theatertage« genauso stolz sind wie auf ihre »Kurzfilmtage«, die Gelsenkirchener sich des Dortmunder Konzerthauses ebenso rühmen wie des eigenen Musiktheaters und die Essener vom Duisburger *Lehmbruck-Museum* schwärmen wie vom *Museum Folkwang*. Ungeachtet der ständig zunehmenden Mobilität vor allem junger Leute im Ruhrgebiet ist dieser Bewusstseinswandel bestenfalls auf halbem Weg.

Die Kulturhauptstadt soll den Anstoß dazu geben, zunächst einmal zu klären und festzulegen, welche Aufgaben von der Region wahrgenommen werden und welche in der Zuständigkeit der Städte verbleiben. Es kann nicht darum gehen, das Ruhrgebiet in seiner Polyzentralität zu schwächen. Dennoch müssen die Städte ihre Präferenzen in Richtung Region verschieben und zu einer sinnvollen Arbeitsteilung und -konzentration finden.

So ist eine unerlässliche Voraussetzung für das Zusammenwachsen der Ruhrstädte aus externer wie interner Sicht gemeinsames Marketing und Ticketing. Vereinzelt funktioniert das bereits. So präsentiert sich das Ruhrgebiet auf der weltweit wichtigsten Immobilienmesse, der »MIPIM« in Cannes, erfolgreich als Metropolregion. Hier arbeiten die Wirtschaftsförderer der Städte zusammen, weil es keine Alternative dazu gibt, will man in diesem Kreis der Großen und Bedeutenden eine Rolle spielen. Aber noch ist die Kooperation nicht ausreichend institutionalisiert und durch Strukturen abgesichert. Das führt zu der heute allerdings noch nicht beantwortbaren Frage, inwieweit der *Regionalverband Ruhr (RVR)* mit seinen Töchtern *Kultur Ruhr GmbH (RuhrTriennale)*, *Ruhr 2010 GmbH* und *Ruhrgebiet Tourismus GmbH (RTG)* breiterer Arbeitsebenen und Entscheidungskompetenzen sowie einer finanziellen Ausstattung bedarf, die seinen Handlungsspielraum erweitert. Die Kulturhauptstadt verschafft der Metropole Ruhr erstmals einen Etat zur Realisierung und Vermarktung gemeinsamer Kulturprojekte für einen neuen Auftritt in der europäischen Metropolen-Community in nennenswerter Höhe. Es sollte möglich sein, über das Jahr 2010 hinaus einen gemeinsamen Kulturhaushalt aufzustellen, aus dem besonders Projekte gefördert werden können, die wiederum strukturbildend wirken und Netzwerke zwischen den kulturellen Einrichtungen in der Region verdichten.

Wünschenswert wäre schließlich eine regionale Repräsentanz, wie sie das Kulturhauptstadtprojekt »Fliegendes Rathaus« symbolisiert. Gemeint ist damit eine

mobile Architektur, die als Sitz eines Kulturparlaments durch die Region »wandern« und auf diese Weise das Zusammengehörigkeitsgefühl festigen kann. Dieses wie auch andere Projekte der Kulturhauptstadt sollen den Bewohnern der Region eine Vorstellung davon vermitteln, was es bedeuten kann, in erster Linie »Ruhri« und erst in zweiter Linie Essener, Oberhausener oder Bottroper zu sein.



Wilfried Görmar

# *Kultur als Faktor der Raumentwicklung – der Beitrag transnationaler Programme*

Kultur manifestiert sich nicht zuletzt im Raum. Dies gilt sowohl für Europa insgesamt als auch für einzelne Teilräume und Regionen. Unterschiedliche Regionen in Europa haben unterschiedliche Potenziale, Strukturen und »Begabungen«, unterschiedliches »territoriales Kapital«, zu dem auch »kulturelles Kapital« gehört. Kulturelle Güter, Kulturlandschaften, kulturelle Traditionen und Aktivitäten gehören zu den Faktoren, die es einzelnen Regionen ermöglichen, ihr eigenes Profil stärker zu entwickeln, die eigenen »Begabungen« zu erkennen und die regionale Identität zu stärken sowie damit auch sich selbst in Europa und der Welt besser sichtbar zu machen. Diesen Ansatz verfolgen seit etwa zehn Jahren auch Programme der transnationalen Zusammenarbeit, die durch die Europäische Union gefördert werden. Die Programme sollen eine integrierte Entwicklung in großen staatenübergreifenden Kooperationsräumen, wie dem Ostsee- oder Alpenraum, unterstützen. Obwohl diese nur begrenzt einheitliche »Kulturräume« sondern eher »Konglomerate unterschiedlicher Kulturen« darstellen, wird doch versucht, einerseits Kultur als Standort- und regionalen Entwicklungsfaktor zu nutzen. Dabei geht es vor allem darum, Kulturstätten und -landschaften zu erhalten, instand zu setzen und gemeinsam zu vermarkten, zum Beispiel durch transnationale Kultur- und Tourismusrouten. Zielgruppen dieser Aktivitäten sind Investoren, qualifizierte Arbeitskräfte sowie Touristen. Andererseits wird Kultur genutzt, um nach innen ein ganzheitliches Denken und Handeln im Interesse der Region und damit »regionale Identität« zu fördern. Was die konkreten Inhalte und Perspektiven dieser Aktivitäten sind, soll nachfolgend gezeigt werden.

## *Der Umfang kulturbezogener Zusammenarbeit in transnationalen Räumen*

Deutsche Bundesländer und Regionen sind an der Zusammenarbeit in fünf transnationalen Kooperationsräumen beteiligt. Dies sind der Alpenraum, der mittel-

*Tabelle 1: Kulturbezogene Projekte in den transnationalen Kooperationsräumen mit deutscher Beteiligung*

| Raum | Projektanzahl | Partneranzahl | Gesamtbudget (Mio. €) |
|---|---|---|---|
| Alpen | 13 | 154 | 26 |
| CADSES | 15 | 205 | 30 |
| Nordsee | 6 | 63 | 30 |
| Nordwesteuropa | 19 | 210 | 152 |
| Ostsee | 22 | 552 | 45 |
| **Insgesamt** | **75** | **1184** | **283** |

*Quelle*: Interreg III B Projektdatenbank des BBR, Stand 12/2006

und südosteuropäische Raum (CADSES)[1], Nordwesteuropa sowie der Nordsee- und Ostseeraum. Die Abgrenzung dieser Räume wurde politisch zwischen Partnerstaaten abgestimmt und bezieht auch Staaten wie die Schweiz, Norwegen, Balkanstaaten, die Ukraine, Weißrussland beziehungsweise Teilgebiete Russlands mit ein. Der Umfang »kulturpolitischer« Projekte kann durch folgende Eckdaten gekennzeichnet werden. In den fünf Kooperationsräumen wurden beziehungsweise werden seit 2000 rund 500 Projekte mit über 6500 Partnern, darunter nahezu 1000 deutsche Partner, durchgeführt. Das Gesamtbudget dieser Projekte beträgt einschließlich nationaler Kofinanzierungen, Beiträgen von Unternehmen, Mitteln aus Nichtmitgliedstaaten der EU wie unter anderem Norwegen oder Schweiz sowie Mitteln aus EU-Programmen wie »Tacis« rund 1,6 Milliarden Euro.

Etwa 75 dieser Projekte können dem Bereich »Kultur« zugerechnet werden. Darin arbeiten rund 1200 unmittelbare Projektpartner mit einem Gesamtbudget von 280 Millionen Euro zusammen. Das heißt, dass etwa 20 Prozent der Projekte, Akteure und Mittel der transnationalen Zusammenarbeit zumindest teilweise auch dem Bereich der Kultur zugeordnet werden können. (*Siehe Tabelle 1*) Vor allem im mittel- und südosteuropäischen Raum wird das kulturelle Erbe als wichtiges Bindeglied zur Förderung einer räumlichen Identität angesehen.

### *Transnationale Projekte zum kulturellen Erbe*

Bisher geht es in transnationalen Raumentwicklungsprojekten weniger um die Förderung, Nutzung oder Weiterentwicklung der Gegenwartskultur. Vielmehr stehen das kulturelle, vor allem bauliche Erbe und die Entwicklung der Kulturlandschaft als Raumkategorie im Vordergrund der Aktivitäten. Hierbei wiederum spielt die wirtschaftliche, vor allem die touristische Nutzung eine besondere Rolle.

1 CADSES = Central-, Adriatic-, Danubian and South-Eastern European Space – Mitteleuropäischer, Adriatischer, Donau- und Südosteuropäischer Raum.





*Tabelle 2: Anzahl der Projekte im Bereich kulturbezogener Handlungsfelder in den Kooperationsräumen mit deutscher Beteiligung (einschließlich Mehrfachnennungen)*

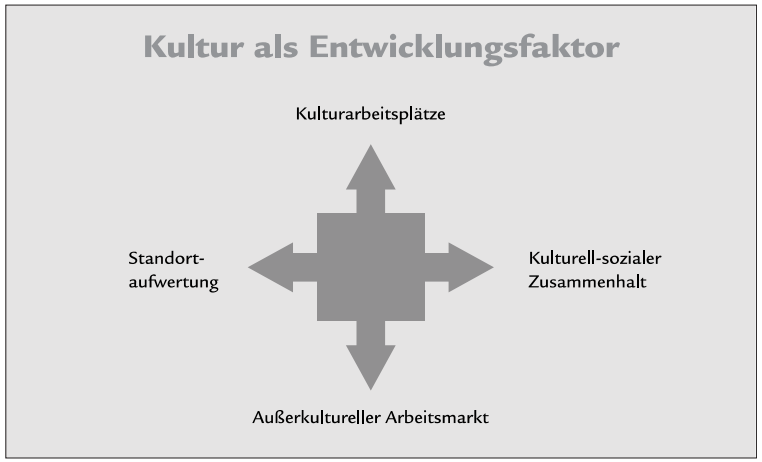
| Raum | Allg. Kulturtourismus | Kulturrouten | Kulturelles Erbe | Kulturlandschaft | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|
| Alpen | 13 | 3 | 6 | 6 | 32 |
| CADSES | 23 | 6 | 13 | 16 | 58 |
| Nordsee | 7 | 2 | 3 | 6 | 18 |
| Nordwesteuropa | 12 | 2 | 6 | 10 | 30 |
| Ostsee | 34 | 4 | 20 | 11 | 69 |
| **Insgesamt** | **89** | **17** | **48** | **53** | **207** |

*Quelle*: Interreg III B Projektdatenbank des BBR, Stand 12/2006

Wie einzelne Handlungsbereiche kulturbezogener Zusammenarbeit in den Projekten der fünf Kooperationsräume vertreten sind, zeigt *Tabelle 2*.
Beispiele für entsprechende Projekte sind transnationale Kultur- und Tourismusrouten, wie die »Europäische Route der Backsteingotik« (siehe www.eurob.info). im Ostseeraum oder die »Transromanica« (siehe www.transromanica.de) in Mittel- und Südosteuropa. Diese Projekte belegen, wie internationale Kulturgüter mehrerer Staaten zusammenhängend erhalten, genutzt, weiterentwickelt und dauerhaft vermarktet werden können – im Interesse der einzelnen Partner aber auch der Kooperationsräume insgesamt. Ein weiteres Beispiel ist die »Europäische Route der Industriekultur« (siehe www.erih.ne) in Nordwesteuropa. Sie stellt keine klassische Kulturroute dar, sondern eher eine Plattform für die gemeinsame Vermarktung der Industriekultur in den einzelnen Partnerregionen. Die regionalen Herangehensweisen wurden dabei aber im transnationalen Kontext diskutiert und weiterentwickelt. Ein besonders innovativer Ansatz wird mit dem Projekt »Hermes« (Heritage and New Media for Sustainable Regional Development, siehe www.swkk.de/hermes) verfolgt. Hier wird das Bewusstsein um das gemeinsame kulturelle Erbe in Mitteleuropa durch Einbindung regionaler Rundfunkstationen beziehungsweise den Einsatz neuer Medien vermittelt. Damit wird sowohl die regionale Vermarktung unterstützt als auch das Interesse an dem mit den europäischen Nachbarn gemeinsamen kulturellen Erbe geweckt.

### *Wirkungen der transnationalen Zusammenarbeit im Kulturbereich*

Die räumlichen Wirkungen von Projekten der transnationalen Zusammenarbeit im Kulturbereich können wie folgt dargestellt werden. (Siehe auch Görmar 2002: 266) Die Nutzung und Weiterentwicklung von Kulturobjekten und -landschaften wird in der Regel mit ihrer wirtschaftlich-touristischen Nutzung verbunden. Bei den entstehenden Angeboten, zum Beispiel Kulturrouten oder transnational abgestimmten Museumskonzepten, werden abhängig von den jeweiligen Stand-




orten auch Bezüge zur Kulturgeschichte, zur natürlichen Umwelt und anderen Feldern hergestellt oder auch kulturelle »Events« einbezogen. Dienstleistungsunternehmen aus dem Hotelgewerbe und anderen Bereichen werden in Vermarktungskonzepte integriert. Durch Fortbildungsmaßnahmen, Qualitätskontrolle, Zertifizierung von Unternehmen und Ähnlichem wird die Qualität der Produkte gewährleistet. Dies wiederum kann die Attraktivität der »Kulturprodukte« zum Beispiel für Tourenveranstalter und Individualtouristen erhöhen. Damit werden schließlich alle vier wesentlichen Aspekte der Nutzung von Kultur als Wirtschaftsfaktor angesprochen – die Schaffung von Arbeitsplätzen im kulturellen Bereich selbst, die Aufwertung des regionalen Umfeldes für Touristen und potentielle Investoren, die Unterstützung des kulturell-sozialen Zusammenhalts sowie die mittelbaren Wirkungen für den Arbeitsmarkt außerhalb der Kultur. (Siehe *Abbildung* oben)

Die indirekten Wirkungen transnationaler Projekte sollten jedoch nicht unterschätzt werden. So werden in deren Rahmen kulturelle Werte und Traditionen vermittelt sowie kulturelle Vielfalt und Identität gefördert. Durch die intensiven Kontakte im Rahmen der Projektzusammenarbeit sowie projektbezogenen Fortbildungsmaßnahmen gewinnen die Projektbeteiligten an Fach-, Sprach- sowie interkultureller Kompetenz. (Siehe Feldmann-Wojtachnia 2005)

*Perspektiven der kulturbezogenen transnationalen Zusammenarbeit*

Deutschland wird in den künftigen transnationalen Programmen bis 2013 weiterhin in fünf transnationalen Kooperationsräumen mitwirken. (*Siehe Karte*) Dabei wurde allerdings der bisherige mittel- und südosteuropäische Raum geteilt, so dass Deutschland nur noch in dessen nördlichem Teilraum, Mitteleuropa, beteiligt sein wird. Hier besteht die strategische Aufgabe darin, Mitteleuropa wieder zu einem »Kraftzentrum« Europas zu entwickeln. Kultur kann dabei eine wichtige Rolle spielen, indem sie dazu beiträgt, regionale Identität zu stärken und die Anstrengungen der Akteure zu bündeln.

Grundsätzlich wird es keinen »Königsweg« geben, in welchem Verhältnis ein bestimmtes kulturelles Erbe oder eine gegebene Kulturlandschaft originär erhalten werden muss beziehungsweise schöpferisch weiterentwickelt werden kann. Es

kommt jedoch darauf an, die anhand von Modellprojekten gewonnenen Erfahrungen sorgfältig auszuwerten und für künftige Entwicklungsmaßnahmen so zu nutzen, dass möglichst viele und geeignete Bereiche des kulturellen Erbes sinnvoll integriert und weiterentwickelt werden.

In den neuen Förderprogrammen bildet Kultur beziehungsweise die Förderung des kulturellen Erbes auf den ersten Blick keinen Schwerpunkt. Hauptaugenmerk wird auf die Förderung von Innovationen, die Verbesserung der räumlichen Verkehrsstruktur sowie der Erreichbarkeit der Städte und Regionen, Umweltschutz und Risikovorsorge sowie eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung gelegt. Dabei werden der investitionsvorbereitende Charakter der Projekte und ihre strategische Ausrichtung auf die Lösung von Problemen mit wirklich transnationaler Bedeutung gestärkt. Hieraus ergeben sich zwei Konsequenzen für kulturbezogene Projekte. Zum einen sind Ansätze gefordert, die die Erhaltung, Nutzung und Vermarktung wirklich entscheidender Bereiche des kulturellen Erbes der jeweiligen Räume zum Ziel haben. Dies schließt relativ isolierte lokale und regionale Projekte weitgehend aus, wenn sie nicht Teil einer transnationalen Strategie sind, beispielsweise als Demonstrations- und Pilotvorhaben. Zum anderen wird es darum gehen, kulturelle Aspekte stärker in thematisch anders gelagerte Projekte zu integrieren. Stichpunkte hierfür sind die Einbeziehung von *creative industries* in Vorhaben zur Innovationsförderung oder eine aussagekräftigere Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt sollte dabei in noch stärkerem Maße auf das Zusammenwirken von Kultur, Wirtschaftsförderung, Raum- und Umweltplanung und eine möglichst breite Einbeziehung der Öffentlichkeit gesetzt werden. Nur dadurch kann das eingangs genannte Ziel erreicht werden, den kulturellen Reichtum der Regionen zu mehren und Kultur als identitätsfördernden Faktor zu nutzen.

Feldmann-Wojtachnia, Eva (2005): »Der Schlüssel zum Europäischen Haus. Interkulturelle Kompetenz im neuen Europa«, in: *Osteuropa*, Heft 8/2005, S. 94–106

Görmar, Wilfried (2002): »Kultur als Entwicklungsfaktor im Ostseeraum – Beispiele der transnationalen Zusammenarbeit«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S.259–266



Jo Groebel

# *Europäische Medienpolitik*

## *Zwischen Uniformität und Pluralismus, zwischen Tradition und Zukunft*

### *Vorbemerkung*

Das Verhältnis zwischen Europa und den Medien bietet etliche Herausforderungen. Eine europäische Öffentlichkeit, die medienvermittelt die Bewohner der verschiedenen Länder zusammenführen würde, existiert trotz jahrzehntelanger Bemühungen nach wie vor kaum. Mit den 50-Jahr-Feiern zur Unterzeichnung der »Römischen Verträge« ist die Differenz in den Auffassungen über Europa nicht geringer geworden. Offensichtlich überwiegt der Pluralismus in Kultur und Medien, wird die ökonomische und politische Einheit als angenehme Selbstverständlichkeit angesehen, ohne dass eine gemeinsame Identität wirklich durch die meisten Menschen aktiv angestrebt würde. Hinzu kommt eine zum Teil für den Bürger unübersichtliche und komplexe Regelung von Alltag und Bürokratie, die auch die Medien umfasst. Dennoch sind die Übereinstimmungen hinsichtlich der kulturellen und besonders medialen Grundauffassungen größer als die Differenzen. Erreicht wurde zum Beispiel der Konsens über die Notwendigkeit von Presse- und Meinungsfreiheit, die Akzeptanz der Wahrung eines Mindestmaßes an Menschenwürde in den Mediendarstellungen, die Einsicht darüber, dass die Medien ein Dreh- und Angelpunkt für ökonomischen Fortschritt und zugleich kulturelle Identität sind.

Medienpolitik wird dabei im Wesentlichen hinsichtlich unterschiedlicher Schwerpunkte abgehandelt: Medienpolitik im engeren Sinne beschreibt die regulativen und politischen Maßnahmen für den gesetzlichen Rahmen grenzüberschreitender und nationaler Vereinbarungen zur Mediengestaltung. Spezielle medienpolitische Aspekte beziehen sich auf einzelne Schwerpunktthemen wie zum Beispiel Werbung, Jugendschutz und Digitalisierung. Schließlich ist Medienpolitik im weiteren Sinne auch die Politik rund um die Vermittlung Europas in Richtung der Bürger.

*Einige Marktpunkte der Medienpolitik*

Eine systematische Geschichte der europäischen Medienpolitik soll hier nicht versucht werden. Dazu sei verwiesen auf die zahlreichen Veröffentlichungen von Europäischer Kommission, von Europaparlament und Europarat. Lediglich einige Eckpunkte seien hier genannt.

1974 befasst sich in einem Urteil der *Europäische Gerichtshof* mit der Tatsache, dass die Ausstrahlung von Fernsehsendungen unter die Vertragsvorschriften über Dienstleistungen fällt. Damit wird das Fernsehen in den Kompetenzbereich der Europäischen Gemeinschaft integriert und auf Teile der Rundfunkpolitik der Mitgliedsstaaten ausgedehnt. Rundfunk wird also als ökonomisches Gut definiert, diese Definition bestimmt fortan das Spannungsfeld zwischen einer wirtschaftlichen und einer kulturellen Gegebenheit innerhalb der Gemeinschaft europäischer Staaten. Immer wieder konfligieren Kultur- und Ökonomieinteressen bei der Ausgestaltung der europäischen Medienlandschaft. Besonders die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks steht dabei im Fokus. Seine Existenz wird unter Wettbewerbsaspekten kritisch diskutiert, als Garant für kulturelle Inhalte wird er zugleich für unabdingbar gehalten.

Mit dem »Amsterdamer Vertrag« von 1997 wird nach vielen Einzelmaßnahmen und Richtlinien mehr Sicherheit für das duale System in Europa, sprich für ein Miteinander von privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk, geschaffen. Die Existenz des letztgenannten wird akzeptiert, zugleich wird den einzelnen Staaten die Ausgestaltung der Regelung zum Miteinander überlassen. Damit wird ebenfalls anerkannt, dass der Rundfunk einer anderen Dynamik unterliegt als die Presse, die innerhalb Europas inhaltlich – auch als Reaktion auf den früheren kommunistischen Block mit seiner maßregelnden Pressepolitik – jetzt vollständig den freien Marktkräften überlassen wird, sofern Monopole vermieden werden. Rundfunk gilt in Europa als Basisversorgung, die auch inhaltlich bestimmte öffentliche Aufgaben zu erfüllen hat. 2006 folgt mit der Fernsehrichtlinie ein weiterer Marktstein der europäischen Medienpolitik. Sie definiert unter anderem Fernsehen nicht mehr vor allem unter dem Aspekt der Ausstrahlungs- und Verbreitungstechnik, sondern konzentriert sich auf die Tatsache der Empfangbarkeit bestimmter Inhalte. Dabei werden auch die Digitalisierung sowie die Eindeutigkeit von Werbebotschaften angesprochen.

*Herausforderungen europäischer Medienpolitik*

Die Medienlandschaft in Europa ist so komplex wie der Staatenverbund selbst. Horizontal und vertikal stehen unzählige Spezifika nebeneinander. Zum einen haben die einzelnen Staaten ganz unterschiedliche Medien- und Rundfunkkulturen, nicht nur unter dem Aspekt, dass etliche der in den letzten Jahren beigetretenen Mitglieder ursprünglich einer gänzlich anderen Presse-, Radio- und Fernsehtradition entstammten, nämlich einer propagandistisch geprägten Meinungsdefinition. Auch Unterhaltung, Kultur und Information wurden schon immer in den Einzelländern verschieden bewertet und gewichtet. Im Zeitverlauf hat sich zudem mit der Digitalisierung nach vielen Jahrzehnten einer vergleichsweise stabilen Rundfunksituation eine große Dynamik entwickelt, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Dies erfordert eine Regulierung, die einerseits hinreichend große politische und wirtschaftliche Planungssicherheit bietet, andererseits aber offen genug ist, Neuentwicklungen angemessen zu berücksichtigen, zu fördern und nicht zu verhindern. Insgesamt lassen sich entsprechend fünf zentrale Spannungsfelder für europäische Medienpolitik formulieren:



*Zwischen Kultur und Wettbewerb*

Europäische Medienpolitik zielt vor allem darauf ab, den Wirtschaftsstandort Europa auch hinsichtlich von Rundfunk und Digitalisierung zu stärken und weiterzuentwickeln. Beklagt wurde in der Vergangenheit häufig die vermeintliche oder tatsächliche Dominanz zum Beispiel amerikanischer Medienhäuser, besonders auch bei der Verbreitung von Fernsehinhalten. Hier hat zwar seit der Jahrtausendwende eine deutliche Stärkung europäischer Programme und deren Akzeptanz stattgefunden, noch immer aber liegt ein Schwerpunkt der Politik auf einer Definition des Rundfunks als Wettbewerbsprodukt. Das Dilemma ist dabei allerdings nicht neu: Ein populäres Angebot ist nicht zwangsläufig auch ein kultur- und identitätsförderndes. Anders gesagt, wirtschaftlich erfolgreich sind nicht zwingend die kulturell höchstangesehenen Inhalte. Ein Handicap mag dabei sogar eine gewisse europäische Kulturtradition selbst sein. Häufig wird zwischen populären und kulturellen Inhalten getrennt, während in den USA zwischen beiden durchaus kein Widerspruch gesehen wird, wie herausragende Film- und Fernsehproduktionen à la »Departed« oder »Sixt feet under« zeigen. Zwar gibt es solche Produktionen auch in Europa, doch reüssieren sie immer noch eher national als grenzüberschreitend. Inzwischen wurde allerdings in Europa eine gewisse Vermählung der beiden Faktoren Kultur und Wirtschaft akzeptiert, gelten öffentliche Subventionen oder auch Gebühren für öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio nicht in erster Linie als wettbewerbsverzerrend und damit unrechtmäßig.

*Zwischen europäischer und nationaler Regelung*

Die Rundfunk- und Pressepolitik der einzelnen europäischen Staaten basiert auf ganz unterschiedlichen Traditionen. Dabei spielen kulturelle und politische sowie ökonomische Faktoren eine entscheidende Rolle. Sie machen eine gemeinsame Basis außerordentlich schwierig. Ein Beispiel ist die deutsche Fernseh- und Radiolandschaft. Sie ist rund um die Länderhoheit strukturiert, dies als Konsequenz aus der Erfahrung des Dritten Reiches mit seiner zentralen Kontrolle der Medien, die es um jeden Preis zu vermeiden galt. Anders ist die Situation in Frankreich, wo der Akzent auf national einheitlicher Regulierung liegt. Auch das Miteinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, der sich in Europa erst seit Ende der achtziger Jahre weiträumig entwickelte, ist jeweils national un-

terschiedlich geregelt. Zwar findet man heute in nahezu allen europäischen Ländern irgendeine Variante des so genannten dualen Systems, doch Anzahl und Funktionen der Rundfunkinstitutionen und -anstalten sind ganz unterschiedlich definiert. Wieder sei Deutschland als Beispiel angeführt: Kein anderes Land Europas oder gar weltweit hat eine auch nur annähernd so große Anzahl von öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiokanälen. Auch die Finanzierung fällt zwangsläufig ganz unterschiedlich aus, bei kleineren Ländern ist das Gebührenaufkommen für den Programmauftrag deutlich niedriger als in größeren. Einige Länder erheben die Gebühren als Teil der Steuer, zum Beispiel die Niederlande; in anderen sind sie als unabhängige Entrichtung geregelt. Auch der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Systems ist verschieden definiert. Als gemeinsamer Nenner kann allenfalls die Balance zwischen Information, Kultur und Bildung sowie Unterhaltung gelten.

Wie sehr aber auch Rundfunktraditionen mit unterschiedlichen Angebotsphilosophien korrelieren, macht die Konstellation zwischen den so genannten »drei M« des Journalismus deutlich. Danach bewegt sich ein Nachrichteninhalt im Spannungsfeld zwischen »Mitteilung« (von Fakten), »Meinung« und »Markt«. Diese Konstellation ist sowohl in der Presse wie im Rundfunk in den einzelnen Ländern verschieden gewichtet. Die Europäische Kommission hat dem Rechnung getragen, indem sie bislang die spezifische Rundfunkhoheit den Mitgliedsnationen überlässt, einschließlich des Programmauftrags beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die Fernsehrichtlinie von 2006 befasst sich dabei allerdings unter anderem mit Fragen der Trennung von Programm und Werbung für ganz Europa (*Product Placement* und *Branded Entertainment*), Prinzipien sind Eindeutigkeit und Transparenz sowie Unbeeinflussbarkeit redaktioneller Inhalte. Zweifellos ergibt sich mit neuen technischen Plattformen und Übertragungswegen auch eine Neufassung der europäischen Medienpolitik zwischen Europa und nationaler Regelung.

*Zwischen Einheit und Pluralismus*

Die Stärke Europas ist ihre Vielfalt. Zugleich kann diese Vielfalt aber insofern auch eine Schwäche darstellen, als sie eine gemeinsame kulturelle Basis erschwert. Die USA wurden als »Melting Pot« nicht zuletzt durch gemeinsame Medieninhalte zusammengeschweißt, in Europa dominieren inhaltlich wie auch politisch (siehe oben) nationale Definitionen von Rundfunk und Kultur. Zwar gibt es immer wieder Versuche, gesamteuropäische Programme besonders in der Unterhaltung zu platzieren, doch sind deren Erfolgsquoten häufig eher mäßig im Vergleich zu nationalen oder amerikanischen Produktionen. Noch am ehesten haben es europabasierte Formate wie »Big Brother« oder »Wer wird Millionär« mit grenzüberschreitenden Erfolgen geschafft, aber auch sie sind in ihrer Nationalausprägung wieder eher spezifisch deutsch, niederländisch oder britisch und so weiter. Immerhin hat sich die Europäische Union als fördernde Medienpolitik zahlreicher Finanzierungsprogramme verschrieben, die gemeinsame Geschichten für Europa





im Rundfunk voranbringen sollen. Auch private Produktionen sind dabei europaweit häufig erfolgreich, soweit das Sujet stimmt, zum Beispiel »Napoleon« oder »Asterix«.

*Zwischen analoger und digitaler Verbreitung*

Bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts waren Fernsehen und Radio bei allem technischen Fortschritt vor allem abhängig von Terrestrik-, Satelliten- oder Kabelverbreitung. Entsprechend bezog sich die europäische Regulierung auch auf diese Formen. Mit der Möglichkeit von Internet-TV und -Radio sowie mobiler Verbreitung der Traditionsmedien ergibt sich auch eine grundlegend neue Konstellation für jede Art von Regulierung und Inhaltsgestaltung. Kanäle können grenzüberschreitend verbreitet werden, einer Vervielfachung der Sender steht potentiell nichts im Wege, Rückkanäle spielen ebenso eine Rolle wie individualisierte Formen des Sendens (siehe *YouTube* und Ähnliche); das Stichwort lautet Maß- und Massenkommunikation.

Bisherige Frequenzrestriktionen sind nicht mehr gegeben, die europäische Medienpolitik muss neue Akzente setzen. An die Stelle einer letztlichen Mangelverwaltung treten Garantien und Strukturierungen für immer noch ungehinderten Zugang zu für wichtig erachteten Inhalten sowie deren gesellschaftsverträgliche Gestaltung. Hier hat die Europäische Kommission vor allem dem Jugendschutz sowie der Art zulässiger Werbung deutliche Signale gesetzt. Gewalt- und gefährdende Angebote sind länderübergreifend geregelt, ebenso gilt eine klare Trennung zwischen redaktioneller Programmierung und Werbung sowie ein Verbot irreführender kommerzieller Angebote.

Es bleibt die Herausforderung, dass die lange beschworene Konvergenz zwischen Telekommunikation, Internet und Rundfunk technisch nun Realität geworden ist und entsprechend Medienpolitik diese Bereiche umfassend regulieren muss, zwischen Förderung der Technik- und Wirtschaftsentwicklung einerseits und Garantie wichtiger Inhalte und Bürgerschutz andererseits.

*Zwischen nationalen und supranationalen Medien*

Zur Erreichung einer europäischen Öffentlichkeit scheinen gemeinsame Medienplattformen für alle Länder neben Reisen, Austauschprogrammen und gemeinsamen Wirtschaftsinteressen bis hin zum Euro besonders geeignete Mittel zu sein. Bislang haben allerdings kaum länderübergreifende gemeinsame Medien wirklich Erfolg gehabt. Zu groß sind vermutlich die Unterschiede in den bereits erwähnten Kulturtraditionen und den (auch audiovisuellen) Sprachen. Die privatwirtschaftlichen Ansätze wie der *European* scheiterten als Massenpublikation. Allenfalls Eliteorgane können, wenn überhaupt, als erfolgreich in einzelnen Marktsegmenten gelten (siehe *Financial Times* oder *International Herald Tribune*). Paneuropäisches öffentlich-rechtliches Fernsehprogramm fristet eher ein Marginaldasein (siehe *Euronews*). Erfolgreicher sind interessanterweise privatwirtschaftliche Anbieter wie *CNN* oder *MTV*. Einen Sonderfall stellt das bilaterale deutsch-französisch-sprachige

Programm von *arte* dar, das zahlreiche Inhaltsinnovationen bietet. Dennoch: Der Weg zu einem gemeinsamen Medienraum Europa ist weit.

*Ausblick*

Europäische Medienpolitik hat sich durch die Erfahrungen der technischen und inhaltlichen Neuerungen wesentlich dynamischer entwickelt, als lange befürchtet wurde. Digitalisierung, Vielfaltsicherung, vor allem die Garantie auf bestimmte Inhalte sind heute selbstverständliche Bestandteile im Spannungsfeld zwischen Kultur und Wettbewerb. Plattformunabhängig gilt es künftig, in jedem nationalen wie grenzüberschreitenden Mediensystem fünf Funktionen für die Bürger zu gewährleisten:

- Information als vollständige, objektivierbare, relevante Ausstattung des Bürgers mit wichtigen aktuellen Fakten und freiem Zugang dazu.
- Pluralismus als Gewährleistung des Zugangs zum Mediensystem in der Rolle von Sender und Empfänger für alle in Europa wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, aber auch für alle Minderheiten.
- Forum als Gemeinschaftsbasis von Inhalten für die Entwicklung eines gemeinsamen Verständigungsraums und gemeinsamer europäischer, nationaler und regionaler Identitäten, nicht zuletzt in Unterhaltung und Film.
- Partizipation als aktive Teilnahme an gesellschaftspolitischen Prozessen durch Kultur- und Bildungsprogramme in allen Medien.
- Innovation als Anerkenntnis des Kulturfaktors Medien und als Förderung auch kommerzfreier kultureller Rundfunkangebote bis hin zur experimentellen Avantgarde. Die heutige globale Populärkultur bezieht viele Impulse aus ehemals innovativen Äußerungsformen europäischer Kunst, die unabhängig vom Markt entstanden waren (siehe die Verbindung zwischen dem Experimentalfilm von Dada und heutigen Musikclips).

Diese kulturelle Tradition ist, neben der Wirtschaft, eine der großen Stärken Europas, auch und gerade in den Medien.



Hortensia Völckers

# *Europäische Kultur-Innenpolitik: Praktische Ansätze*

*Vorbemerkung*

Die *Kulturstiftung des Bundes* fördert internationale Kulturprojekte und modellartige Strukturprogramme in Deutschland – zum Beispiel im Bereich von Restaurierung, Tanz, Neuer Musik oder musikalischer Bildung. Einen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit bildet der Austausch der deutschen Kulturszene mit Akteuren im europäischen Ausland. Das Programm »relations« fokussierte in den Jahren 2003–2006 kulturelle Projekte im südöstlichen Europa. Im Rahmen ihrer bilateralen Kulturbegegnungen widmete sich das »Büro Kopernikus« in den Jahren 2004–2006 dem Austausch deutscher Künstler mit der polnischen Kulturszene. Im Herbst 2006 ist das Programm »Bipolar« mit über dreißig Projekten im deutsch-ungarischen Kulturaustausch gestartet. Das neue Partnerland für bilaterale Kulturbegegnungen der *Kulturstiftung des Bundes* soll ab Herbst 2007 die Tschechische Republik sein. Diese bilateralen Programme fördern die intensive Kooperation deutscher und auswärtiger Partner in gemeinsamen Projekten und ihre Auseinandersetzung mit Fragen von übergreifender europäischer Relevanz.

*»Transfer« – zwischen Wroclaw und Berlin*

»Holodniuk, Józef – Pole. Sosnowski, Jan – Pole. Zurba, Kazimiera – Ukrainerin.« Karolina Kozak sitzt am vorderen Rand der Bühne des Berliner *Hebbel Theaters*. Aus einem Zettel in ihrer Hand liest die Achtzigjährige die Namen der Nachbarn ihres ehemaligen galizischen Dorfes vor: »Maślanka, Piotr – Ukrainer. Klempa, Józef – Pole. Choptowy, Aleksander – Ukrainer.« Karolina Kozak ist eine von rund 1,5 Millionen Polen, die ihre galizische Heimat verlassen mussten, nachdem die Siegermächte auf der Konferenz von Jalta die Westverschiebung Polens beschlossen hatten (Thum 2007). Zusammen mit ihrer Familie gelangt sie erst ins damali-

ge Breslau und strandet später in einem niederschlesischen Dorf bei Sroda Slaska – Neu Markt. Ein Jahr lang lebt sie dort mit den eingesessenen deutschen Nachbarn unter einem Dach, man hilft einander auf dem Feld, freundet sich an – bis 1946 der Ausweisungsbefehl für die Deutschen kommt. Die Geschichte von Frau Kozak – ein Beispiel dafür, dass sich Polen und Deutsche in den Vertreibungswirren nach 1945 nicht ausschließlich als Feinde gegenüberstanden. Viele reichten sich die Hände, um die Not der Nachkriegszeit gemeinsam zu lindern.

»Transfer« heißt das dokumentarische Theaterstück, in dem Karolina Kozak auftritt – eine von zehn deutschen und polnischen Zeitzeugen, deren authentische Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg der junge polnische Regisseur Jan Klata zur vielstimmigen Montage einer »living history« kombiniert hat. Das »Büro Kopernikus« – die deutsch-polnischen Kulturbegegnungen der *Kulturstiftung des Bundes* – hat dieses Stück im Jahr 2004 auf den Weg gebracht. Im Winter 2006 feierte es im Stadttheater von Wroclaw Premiere. Mit außerordentlichem Erfolg: Dass Zeitzeugen wie Frau Kozak in Wroclaw und Berlin auf der Bühne stehen, um in dem Stück eines polnischen Regisseurs, der altersmäßig ihr Enkel sein könnte, abwechselnd auf polnisch und deutsch ihre Überlebensgeschichte zu erzählen – das ist mehr als nur eine Attraktion auf dem Spielplan. Es ist das Ergebnis eines Versöhnungsprozesses im Rahmen des Theaters: Ein Prozess, bei dem aus ehemaligen Feinden erst Zuhörer, dann Mitspieler und Partner wurden. Und mehr als das: »Transfer« steht beispielhaft für die kulturelle Bearbeitung und Entschärfung eines Themas, das in den öffentlichen Debatten beider Staaten bis heute Sprengstoff birgt. »Transfer«, so urteilt Roman Pawlowski in der *Gazeta Wyborcza*, »ist ein großes Stück über das kollektive Gedächtnis, und es entzieht der Politik das Monopol auf den deutsch-polnischen Dialog.«

### *Let's talk European!*

Szenenwechsel: Bonn, im November 2006. Der Philosoph Jürgen Habermas hält anlässlich der Verleihung des »Nordrhein-Westfalen-Staatspreises« eine Rede zur Lage der Europäischen Union – der *Kölner Stadtanzeiger* zitiert: »Die Rückwendung zum Nationalthema hat in vielen Ländern eine introvertierte Stimmung gefördert: Das Europa-Thema ist entwertet, man beschäftigt sich lieber mit der nationalen Agenda.« Was folgt, ist ein Weckruf an die Europäer – nicht der erste, den Habermas anstimmt –, um die politische Integration der Union voranzutreiben. An drängenden Aufgaben herrscht kein Mangel: die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit, die Begründung einer gemeinsamen Außenpolitik, die Umsetzung einer globalen Umweltpolitik, schließlich die Lösung des Integrationsproblems durch »die Erweiterung des eigenen Horizontes«. Diese Rede reicht über den Adressatenkreis der Preisverleihung oder die Leserschaft des *Kölner Stadtanzeigers* deutlich hinaus. Es ist eine Europa-Rede, gehalten in einem Europa ohne gemeinsame Öffentlichkeit.





Es ist gut, dass solche europäischen Botschaften abgedruckt in der überregionalen deutschen Presse stehen. Noch besser wäre, sie lernten laufen – über ihre ursprünglichen Sprachgrenzen und den regionalen Einzugsbereich ihres Mediums hinaus. Im Fall der Habermas-Rede ist dies gelungen. Mithilfe von *signandsight*, dem von der *Kulturstiftung des Bundes* in Zusammenarbeit mit dem Online-Magazin *Perlentaucher* initiierten Kulturjournal im Internet. *signandsight* ist eine Art kulturelles Übersetzungs-Projekt, das die hervorragende deutschsprachige Kulturberichterstattung in den Printmedien auf europäische Umlaufbahnen schickt: mit täglichen englischsprachigen Überblicken über das deutsche Feuilleton und mit Komplett-Übersetzungen ausgewählter Artikel. Seit seiner Gründung im Jahr 2005 entwickelte sich *signandsight* von einem Schaufenster des deutschsprachigen Feuilletons zu einem internationalen Mediennetzwerk. Zum Beispiel im Fall von Jürgen Habermas: Am 8. November 2006 erscheint seine Rede im *Kölner Stadtanzeiger*. Am 16. November veröffentlicht *signandsight* die englischsprachige Übersetzung. Es folgen Anfragen aus den Redaktionen verschiedener Printmedien im europäischen Ausland. Am 27. Dezember zum Beispiel druckt *Le Monde* einen französischen Komplettabdruck der Rede. Was Habermas in Bonn zu Europa sagt, erreicht mithilfe von *signandsight* das englischsprachige Internet, wird dort gelesen, immer häufiger auch von internationalen Redaktionen angefragt und in die Landessprachen weiterer europäischer Mitgliedsstaaten übersetzt. Damit leistet *signandsight*, was Habermas in seiner Rede unter anderem fordert: Das Projekt ist ein Instrument, um »das dichte Gewebe der jeweiligen nationalen Kultur« zu öffnen und Debatten im eigenen Land auf einen europäischen Horizont hin zu erweitern. »Amazing and indispensable«, so notiert die New Yorker *National Review* am 5. Januar 2007 über *signandsight*. Und *The Statesman* aus New Delhi begrüßt das Projekt als »another step in the field of transnational media to decrease the cultural barrier across nations. Information seekers will find it the best source of knowledge on the culture of Germany and cultural events in the rest of Europe«.

### *Rohstoffe für den Einigungsprozess*

»Wir haben Europa. Was wir jetzt brauchen, sind Europäer.« Die lakonische Formulierung des ehemaligen polnischen Außenministers Bronislaw Geremek zeigt das Ausmaß an Ratlosigkeit, das die politischen Eliten nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden ereilt hat. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft setzt gleich zu Beginn des Jahres 2007 ein Zeichen des Aufbruchs, um auf europapolitischer Ebene etwa den Verfassungsprozess neu in Gang zu setzen. Dabei besteht die Unklarheit in Brüssel nicht allein in der Frage der politischen Neuordnung, sondern ganz elementar darin, wie die Europäische Union an demokratischer Substanz und Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern in den europäischen Mitgliedsstaaten gewinnen kann. »Was können wir tun, das nicht langweilig ist?«, fragt vor diesem Hintergrund der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Pat Cox auf der zweiten Berliner Konferenz

»Europa eine Seele geben« (die erste ihrer Art hatte die *Kulturstiftung des Bundes* gefördert) und zielt auf verbesserte *public relations* der Europäischen Union, ergo: den Versuch, ihre historischen Errungenschaften und politischen Potenziale den europäischen Bürgerinnen und Bürgern attraktiv zu vermitteln.

Ob ein Schlüssel zur Vertiefung der Europäischen Union auch in der Erweiterung einer gesamteuropäischen Kulturpolitik liegen soll, bleibt in Brüssel einstweilen offen. Umso relevanter sind daher kulturpolitische Initiativen, mit denen einzelne Mitgliedsstaaten die europäische Öffnung ihrer Nationalkultur voranzutreiben versuchen. Das beschreibt das Handlungsfeld der *Kulturstiftung des Bundes*: Ein Projekt wie *signandsight* leistet diese Öffnung auf der übergeordneten Ebene einer sich konstituierenden europäischen Öffentlichkeit. Projekte wie »Büro Kopernikus«, »relations« oder »Bipolar« tun es auf der Ebene bilateraler Kulturbeziehungen. Insbesondere für diese Projekte gilt: Sie dienen nicht der Befriedigung kulturpolitischer Harmonie-Erwartungen, sondern eröffnen Kraftfelder für die Erkenntnis-Interessen kultureller Akteure in beiden Länder. Nicht an der großen Geste transnationaler Verständigung ist ihnen gelegen, sondern an intensiver Kooperation deutscher und auswärtiger Partner zu Fragen, die für alle Beteiligten an der Zeit sind, Fragen, die oft genug direkt vor der Haustür liegen – und doch zugleich Herausforderungen von europäischer Dimension darstellen: die Zukunft der Städte und Regionen, die Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Erfahrungen der Migration und der Umgang mit den Traumata der Geschichte. Die Projekte der *Kulturstiftung des Bundes* sind offen für diese Themen, offen für die Entdeckerfreude, den Teamgeist und die künstlerische Autonomie, den ein kultureller Umgang mit diesen Themen erfordert. Es sind zugleich Werkstätten zur Bearbeitung europäischer Zukunftsfragen und Wunderkammern, in denen sich der kreative Eigensinn der Kultur im europäischen Austausch entfalten kann.

## *Quellen*

www.kulturstiftung-bund.de
www.projekt-bipolar.net
www.buero-kopernikus.org
www.signandsight.com

Klingan, Katrin/Kappert, Ines (Hrsg.) (2006): *Sprung in die Stadt*, Köln: DuMont

Thum, Gregor (2007): »Vertriebene«, in: Peter, Stefanie (Hrsg.): *Alphabet der polnischen Wunder*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (erscheint im Herbst 2007)



Thomas Weis

# *Europäische Kulturpolitik – Das Praxisfeld Bildende Künste*

Bildende Künstlerinnen und Künstler haben schon immer international gearbeitet. Mobilität, temporäre Wohnortwechsel für einen Aufenthalt in einem Künstlerhaus oder einer Stipendienstätte, die Bereitschaft, sich mit anderen künstlerischen Positionen und Präsentationsformen auseinander zu setzen: Horizonterweiterungen und Grenzüberschreitungen sind seit jeher eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern.

Innerhalb der Europäischen Union haben sich die Möglichkeiten, international zu arbeiten, mittlerweile erheblich verbessert. Mobilitäts- und Zollschranken sind weggefallen, neue Strukturen, die es bildenden Künstlerinnen und Künstlern erleichtern, sich zu vernetzen und auszutauschen, sind entstanden. Die Initiative zu neuen europäischen Projekten, Zusammenschlüssen, Dachorganisationen und Netzwerken ging und geht zum einen von den europäischen Künstlerinnen und Künstlern selbst aus. Zum anderen haben sich in den vergangenen Jahren auch die Akteure der mit der künstlerischen Arbeit zusammenhängenden Felder – wie zum Beispiel Kunsthochschulen oder Atelierhäuser – auf europäischer Ebene zunehmend vernetzt.

### *Produktiver Austausch: Kooperationen und Ausstellungen*

Die beiden wichtigsten Künstlerorganisationen auf europäischer Ebene sind die *International Association of Art (IAA) Europe* und der *European Council of Artists (ECA)*.

Die *International Association of Art (IAA)* ist die mit weltweit mehr als 90 Mitgliedsorganisationen größte internationale, nichtstaatliche Vereinigung bildender Künstlerinnen und Künstler. Im Jahr 2002 hat sich die europäische Region der *IAA*, der Verbände aus 40 europäischen Ländern angehören, als eigenständige Dachorganisation konstituiert. Ziel ist, mit dieser Regionalisierung den Fokus stärker auf die spezifischen Interessen der Künstler in Europa zu richten und Ko-

operationen auf europäischer Ebene zu unterstützen. Vor allem Mitgliedsorganisationen aus nord-, mittel- sowie einigen osteuropäischen Ländern arbeiten professionell, der Organisationsgrad der Künstlerinnen und Künstler in diesen Ländern ist hoch. Die *IAA Europe* hat sich zu einer lebendigen Plattform für Austausch- und Kooperationsprojekte entwickelt.

Der 1995 gegründete und in Kopenhagen ansässige *European Council of Artists (ECA)* versteht sich in erster Linie als Forum des Dialogs und des Austausches zwischen Künstlerinnen und Künstlern unterschiedlichster Sparten: bildenden Künstlerinnen und Künstlern, Schriftstellern, Komponisten und Musikern. Darüber hinaus veranstaltet der *ECA* Fachkonferenzen und Expertengespräche. Im *ECA* sind Künstlerorganisationen aus 25 Ländern zusammengeschlossen. In kulturpolitischen Debatten von gesamteuropäischer Relevanz gibt der *ECA* europäischen Künstlerinnen und Künstlern eine Stimme. Zuletzt hat sich der *ECA* in der Diskussion um das *UNESCO*-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen positioniert, unter anderem mit einer Fachkonferenz 2006 in Berlin.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die auf europäischer Ebene engagierten Künstlerinnen und Künstler in erster Linie an der Durchführung von Ausstellungen, an themenorientierten Diskussionen und am Erfahrungsaustausch interessiert sind. Verhandelt werden dabei nicht nur künstlerische Fragen, sondern auch berufspraktische Anliegen wie die Künstlersozialversicherung und die Künstlerförderung. Daneben machen diese Organisationen Informationen über europaweite Ausschreibungen, Wettbewerbe, Kunst-am-Bau-Vorhaben et cetera untereinander transparent, haben also eine wichtige Funktion, die von der breiten Öffentlichkeit allerdings kaum wahrgenommen wird. In bi- und trilateralen Austauschprojekten finden Künstlerbegegnungen statt, häufig in bereits vorhandenen eigenen Räumen der Organisationen bzw. deren Mitglieder: Der europäische Raum wird mit Kunst und Leben gefüllt.

### *Lobby für Künstler: Erfolge und Defizite*

Nach Informationen des *Deutschen Kulturrats* beruhen heute bereits rund 70 Prozent aller deutschen Gesetze auf europäischen Entscheidungen. Das bedeutet: Auch die Rahmenbedingungen für Kunst- und Kultur werden zunehmend in Brüssel gesetzt. Für bildende Künstlerinnen und Künstler wichtige Beispiele in diesem Zusammenhang sind die Folgerechtsrichtlinie und die Mehrwertsteuerrichtlinie. In Diskrepanz zum Stellenwert der Brüsseler Administration und Politik für die Arbeitsbedingungen der Künstlerinnen und Künstler in Europa steht die derzeit noch wenig schlagkräftige politische Lobbyarbeit der genannten europäischen Künstlerorganisationen.

Dagegen waren die europäischen Verwertungsgesellschaften in Sachen Lobbyarbeit in den vergangenen Jahren sehr aktiv – und erfolgreich. 1997 haben sich neun Verwertungsgesellschaften unter dem Namen *EVA (European Visual Artists)* zusammengeschlossen, um die Interessen der europäischen bildenden Künstlerinnen und Künstler in Urheberrechtsbelangen wirksam vertreten zu können. Inzwischen sind 25 Verwertungsgesellschaften Mitglied der *EVA*. Sie nehmen die Urheberrechte von mehr als 50000 Kunst- und Kulturschaffenden wahr und schärfen das Bewusstsein dafür, dass diese Rechte eine wesentliche Grundlage für die kulturelle Vielfalt in Europa sind. *EVA* ist in Brüssel präsent. In direkten Kontakten mit Beamten und Parlamentariern nimmt die Organisation Einfluss auf die Ausgestaltung urheberrechtsrelevanter EU-Richtlinien, behält deren Umsetzungen auf nationaler Ebene im Blick und versucht gegebenenfalls korrigierend einzugreifen.

Andere, nicht weniger wichtige Bereiche werden seitens der Künstler-Lobbyisten derzeit hingegen noch nicht ausreichend thematisiert: Vielfach noch nicht realisiert worden ist die Tatsache, dass die vorliegende EU-Mehrwertsteuerrichtlinie beispielsweise bislang keine ermäßigte Mehrwertsteuer für den Kunsthandel vorsieht, wie er in vielen europäischen Ländern derzeit üblich ist. Oder die nach wie vor mangelnde finanzielle Ausstattung des europäischen Kulturförderrahmenprogramms. Für künstlerische Projekte mit europäischem Ansatz gibt es zu wenig Möglichkeiten für eine finanzielle Unterstützung. Ungelöst sind schließlich auch die Mobilitätsprobleme, die an den EU-Grenzen bestehen. Künstlerischer Austausch ist nicht auf die EU-Staaten beschränkt, insbesondere Künstlerinnen und Künstler aus osteuropäischen Nicht-EU-Staaten haben nach wie vor sehr häufig Schwierigkeiten, Visa für Ausstellungen und Projekte zu erhalten.

### *Europaweite Netzwerke: Atelierhäuser, Kunsthochschulen und Datenbanken*

Kunst entsteht nicht im luftleeren Raum. Bezahlbare Ateliers, Kunsthochschulen auf der Höhe der Zeit, aktuelle Informationen über Fördermöglichkeiten sind wesentliche Grundlagen der künstlerischen Arbeit. Auch in diesen Bereichen haben sich in den vergangenen Jahren vielfältige europäische Kooperations- und Informationsplattformen entwickelt.

Internationale Künstlerhäuser wirken wie ein Katalysator für die Entwicklung zeitgenössischer künstlerischer Positionen. Das größte Netz von Künstler- und Atelierhäusern ist *ResArtis (Worldwide Network of Artist Residencies)*. Es wurde 1993 gegründet und repräsentiert heute mehr als 200 Künstler- und Atelierhäuser in 40 Ländern weltweit. Mehr als die Hälfte der Mitglieder sind in ost- und westeuropäischen Ländern ansässig. So ist *ResArtis* auch eine Plattform europäischer Künstlerhäuser und ihrer Akteure in Europa.

Rund 360 Akademien, Hochschulen und Institute aus dem Bereich der Künstlerausbildung aus 47 Ländern haben sich im *ELIA (European League of Insitutes of the Arts)* zusammengeschlossen. *ELIA* arbeitet zwar Sparten übergreifend, vertritt aber mehrheitlich Einrichtungen, in denen visuelle Kunst gelehrt wird. Das 1990 gegründete unabhängige Netzwerk koordiniert Diskussions- und Abstimmungsprozesse zum Thema Ausbildung von Künstlerinnen und Künstlern in Europa.

Aktuelles Beispiel ist die Neuorientierung und Angleichung der europäischen Hochschulausbildung und -abschlüsse im Zuge des »Bologna-Prozesses«.

Mit Hilfe unterschiedlicher Modelle erschließen und sichern Atelierentwicklungsgesellschaften bezahlbare Arbeitsräume für bildende Künstlerinnen und Künstler und beteiligen sich zum Teil auch an der Finanzierung dieser Räume. Vertreter von Einrichtungen aus Großbritannien (London und Glasgow), den Niederlanden, Belgien und Frankreich haben sich mittlerweile auf europäischer Ebene vernetzt, treffen sich regelmäßig zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch, organisieren Kongresse und tragen so der hohen Mobilität der europäischen Künstlerinnen und Künstler Rechnung.

Auch die europäischen Galeristen arbeiten zusammen. Die Dachorganisation *FEAGA (Federation of European Art Gallery Associations)* vertritt ungefähr 2000 Galerien in fünfzehn europäischen Ländern. *FEAGA* vergibt einen jährlichen Preis an herausragende europäische Galeristen, ist aber auch lobbyistisch für ihre Mitglieder tätig, beispielsweise hinsichtlich der Umsetzung der EU-Folgerechtslinie in die nationalen Gesetzgebungen.

Künstlerdatenbanken sind längst europäisch/international ausgerichtet. Drei Beispiele: Das von der *Europäischen Kulturstiftung* in Amsterdam initiierte »*Lab*for Culture« ist auch für bildende Künstlerinnen und Künstler ein wichtiges Recherche- und Kommunikationsinstrument für die kulturelle Kooperation in Europa (www.labforculture.org).

Das von der *Kulturstiftung der Länder* getragene *Deutsche Informationszentrum Kulturförderung* hat es sich auch für die Zielgruppe bildende Künstlerinnen und Künstler zur Aufgabe gemacht, Informationen über Fördermöglichkeiten in Deutschland und in Europa zu vermitteln (www.kulturfoerderung.org) .

Und die in Amsterdam ansässige unabhängige Stiftung *TransArtists* informiert Künstlerinnen und Künstler aller Sparten über internationale »Artist in Residence«-Programme und Ausschreibungen (www.transartists.org). Auch hier liegt der Schwerpunkt auf Europa.

### *Fokus Europa*

Zwei der weltweit am meisten beachteten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst, die *Documenta* und die *Biennale Venedig*, finden in Europa statt. Von einem europäischen Fokus der künstlerischen Themenstellungen und Formen kann aber keine Rede sein. Die Kunstevents sind international ausgerichtet, zeitgenössische künstlerische Positionen werden nicht auf EU-Grenzen bezogen entwickelt.

Allerdings lassen sich sehr wohl Fragestellungen mit dem Fokus Europa entwickeln, auf die im Rahmen einer Ausstellung erhellende ästhetische Antworten gegeben werden können. Ein Beispiel dafür ist die erfolgreiche *Skulpturen-Quadriennale* in Riga, die zuletzt 2004 stattfand und sich seinerzeit, unter Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern aus 25 europäischen Ländern, dem Thema »European Space« widmete. Anlass war der Beitritt Lettlands und neun weiterer



neuer Mitgliedsländer in die EU. Der kuratorische Ansatz: Kunstwerke aus dem Jahr 1950, dem Jahr der Schumann-Deklaration, wurden in Beziehung gesetzt zu künstlerischen Positionen aus dem Jahr 2004.

Auffällig ist, dass insbesondere osteuropäische Künstlerinnen und Künstler die neuen, europaweiten Möglichkeiten des Austausches und der Kooperationen produktiv gestalten und nutzen. Ihr Beispiel und die Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Kunst aus Europa könnten dazu beitragen, einen verengten euroskeptizistischen Blick zu weiten und die europäische Einigung tatsächlich als das zu begreifen, was sie ist: eine historische Errungenschaft und eine Chance für die Zukunft. In diesem Sinne können Kunst und Künstler Europa auf die Sprünge helfen.

Wolfgang Schneider

# *Theater (be-)lebt Europa*

## *Die Kulturpolitik der Dramatischen Kunst mittels Koproduktionen, Festivals und Netzwerken*

In Berlin gibt es ein *Europäisches Theaterinstitut*, die *documenta* in Kassel veranstaltet das europäische Theaterfestival »Über alle Berge«, in Hamm trifft sich das europäische Theaternetzwerk *Small Size*, das sich der dramatischen Kunst für Kinder bis zu drei Jahren widmet. Drei von dreihundert Beispielen, die einem zu Theater und Europa einfallen könnten. Europa und Theater gehören scheinbar zusammen, die Theater in Europa sind so etwas wie die säkularen Kathedralen einer kulturellen Identität; denn kaum eine der Künste ist so grenzüberschreitend organisiert wie das Theater. Das hat seine Gründe, das hat seine Geschichte.

Das Theater ist nämlich nicht einfach so erfunden worden, es hat sich im kulturellen Prozess von seinen archaischen Ausdrucksformen befreit und zum Drama entwickelt; zum Drama des Menschen selbst, der von Anfang an im Zentrum stand, ob er sich mit den Göttern im griechischen, mit dem Glauben im spanischen, mit der Selbstzerrissenheit im elisabethanischen, der Schuld im klassisch-aufklärerischen oder der Gesellschaft, dem Individualismus, dem Nichts und dem Absurden im modernen Theater herumzuschlagen hatte. Das homerische Griechenland kannte die Tanz- und Opferzeremonien, die Kult- und Wettspiele und entwickelte schließlich das antike Schauspiel. Die Tragödie erhielt erstmals offizielle Weihen, als die Dionysosfeier 534 vor Christus zum Staatskult erhoben wurde und der berühmte Schauspieler Thespis aus Ikara den Auftrag bekam, das Ganze zu inszenieren. Mit dieser kulturpolitischen Maßnahme beginnt der Prozess der Entstehung des europäischen Theaters. Es waren griechische und römische Dramatiker, spanische und französische Regisseure sowie englische und deutsche Intendanten, die das Theater prägten. Und es waren die Theatertexte und ihre Inszenierungen, die von Anfang an durch Europa wanderten, die zum Austausch und Dialog beitrugen und europäische Beziehungen entstehen ließen.

Das Theater ist nicht in Europa erfunden worden, aber Europa hat durch das Theater zusammengefunden. Das Repertoire spricht eine deutliche Sprache: Euripides und Aristophanes, Shakespeare und Molière, Goethe und Schiller, Tschechow und Ibsen, Büchner und Brecht schrieben die Klassiker der dramatischen Literatur, die in ganz Europa nach wir vor auf den Bühnen zu sehen sind. Aber keine Bühnenlandschaft gleicht der anderen. Während die gleichen Stücke in verschiedenen Inszenierungen von Oslo bis Madrid, von London bis Bukarest zu sehen sind, differieren die Theatersysteme zum Teil ganz erheblich. Auch das ist Europa! Geprägt von absolutistischen Herrschern mit Repräsentationsanspruch, vom bürgerschaftlichen Engagement oder von der Eigeninitiative der Künstler, aber auch vom Markt und seinen kommerziellen Möglichkeiten. Die europäische Theaterszene verfügt über unterschiedliche Ansätze: Staatstheater und Stadttheater, Landesbühnen und Theateragenturen, Freie Theater und Private Theater, Musicalbühnen und Theaterhäuser, mit und ohne Ensemble, institutionalisiert oder projektorientiert, Spielpläne im Repertoirebetrieb oder *en suite*.

Über alle Organisationsformen hinaus zeichnet das Theater in Europa aus, dass es – meistenteils – mobil ist. Aufführungen finden nicht nur an den Produktionsstätten statt, Aufführungen touren. In der Region, im Lande, aber auch im europäischen Ausland. Man könnte sagen, ein Prinzip des Theaters in Europa ist die Pflege des Gastspiels. Und das beeinflusst wiederum die Akteure, gelegentlich auch die Kulturpolitik. Theater hat das Bedürfnis zu kommunizieren, mit dem Publikum, aber auch mit anderen Theatern. Ich behaupte, die Theaterkünstler sind nicht nur Botschafter ihrer Geschichten, sie sind auch Botschafter von Zeitgeist und Diskursen, sie sind Botschafter einer europäischen Idee des permanenten Dialogs. Meine These ist, das dem Theater Europa geradezu immanent ist, dass Theater Europa (be-)lebt, indem Theater durch Koproduktionen, Festivals und Netzwerke Europa immer wieder neu erfindet, ein Europa als Modell von Dialog und Austausch. Wer die europäische Theaterlandschaft studiert, findet in allen Bereichen dialogische Veranstaltungen und programmatische Austauschprogramme, ja man kann konstatieren, Europa ist durch Theater miteinander verwoben. Trotz der Sprachunterschiede findet ein reger Künstleraustausch statt, trotz der unterschiedlichen Strukturen kommt es immer wieder zum gemeinsamen Schaffen, trotz der Vielfalt vor Ort sind Festivals immer noch besondere Ereignisse des gegenseitigen Sichkennenlernens. All diese Mobilität und Flexibilität ist auch deshalb möglich, weil eine schier unübersehbare Anzahl von Vereinen, Verbänden und Verbünden sich selbst organisiert. Netzwerke schaffen die Basis der europäischen Theaterbeziehungen. Und das hat mittlerweile auch die Kulturpolitik erkannt und fördert dieselben.

### *Europäische Koproduktionen*

Es gab eine Zeit in Europa, die war reif für innovative Produktionen der Darstellenden Kunst und die Stunde schlug für Projekte, die zwar an einem Ort mit





Künstlern aus ganz Europa entstanden, aber nur finanziell möglich waren, weil die Distribution in ganz Europa verabredet war. Das *Kaaiteater* in Brüssel mit Hugo de Greef gehörte dazu, das *Theater am Turm* in Frankfurt am Main mit Tom Stromberg, das *Hebbel-Theater* in Berlin mit Nele Hertling, aber auch die »Wiener Festwochen« und das Festival in Avignon, das *Theater in der Gessnerallee* in Zürich und *Kampnagel* in Hamburg. So entstanden »Europäische Produktionszentren« und genauso heißt auch ein Programm, das seit 2003 im *Künstlerhaus Mousonturm* in Frankfurt am Main einmal im Jahr über die Produktionsbedingungen, unter denen Kunst entsteht, und über Fördermodelle europäischer Künstlerhäuser informiert. Vorgestellt werden europäische Produktionszentren für zeitgenössische Darstellende Kunst. Vorträge und Diskussionsforen ergänzen die Aufführungen. So avantgardistisch die Inszenierungen, so alternativ sind ihre Entstehungszusammenhänge. Die Künstler- oder Theaterhäuser sind nicht mit den Tankern der großen Bühnen vergleichbar, ihre Struktur unterscheidet sich von den großen Apparaten, sie sind durch Flexibilität gekennzeichnet und passen sich den Produktionsbedingungen an, die die projektbeteiligten Künstler brauchen. Das Theaterhaus wird somit auch zum Modell des modernen Stadttheaters, ist beispielhaft für eine zukünftige Theaterlandschaft und versteht sich als interdisziplinäres, interaktives und integratives Zentrum der Theaterkünstler. Es integriert Produktion, Distribution und Rezeption, es versteht sich als Experimentierbühne, Forschungsanstalt und Laboratorium für neue Spielweisen.

Als Beispiel möge Heiner Goebbels »Schwarz auf Weiß« dienen. Denn auch noch Jahre nach der Frankfurter Uraufführung ist vor allem die Struktur frappierend. Ein Musiktheater nur mit Musikern, ohne Sänger, ohne Schauspieler, ohne Dirigenten, Musik als Theater, eher vielleicht sogar Theater als Musik, entwickelt aus den Gesten, Bewegungen und Aktionen der Musiker, ihren Auf- und Abgängen, ihrem Miteinander, das immer wieder wechselnde Konstellationen ermöglicht und uns dabei vor Augen führt, was alles möglich ist im (Musik-)Theater, wenn man es aus einem anderen Blickwinkel betrachtet. Goebbels, das spürt man heute genauso deutlich wie damals, hat die einzelnen Szenen nicht diktiert, sondern mit seinen Akteuren entworfen. Die kompositorische Methode blieb die der Montage, die kein organisches Ganzes suggeriert, sondern seine Einzelteile, nämlich Sprache, Bühne, Licht, Musik und Text unangetastet lässt. »Schwarz auf Weiß« ist auch der Nachweis, welch ein erstaunlicher Glücksfall das *Ensemble Modern* ist. Aus dem Geist des philharmonischen Betriebs wäre ein solches Stück nicht denkbar, es ist an den Rändern entstanden. Ganz am Ende von »Schwarz auf Weiß« fällt der Bühnenaufbau in sich zusammen. Was bleibt, ist ein frischer Windzug.

In einem Interview im »Jahrbuch für Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis« zum Thema »Kollektive Kreativität« (Tübingen 2005) erläutert Heiner Goebbels seine Arbeitsweise: »Wenn ich aber etwas erfinden will, von dem ich vorher noch nicht weiß, wie es gehen soll, dann funktioniert diese Art der Arbeitsteilung überhaupt nicht. Dann brauche ich nicht drei Beleuchter, die sich Schichtweise abwechseln. Dann brauche ich einen, der unter Umständen sechzehn Stun-

den da ist oder mit mir drei mal am Tag probt und sich gerne über Nacht eine Pizza ins Theater holen lässt, weil er mir etwas vorbereiten möchte, was er mir dann am nächsten Morgen zeigt. Weil er so hochmotiviert ist, weil er genau versteht, worum es geht. Weil er beim ganzen Prozess dabei ist, weil er genau seine Arbeit hier einzuordnen weiß. In Theatern, wo der Beleuchter auf der linken Bühnenseite nichts anfassen darf, was die rechte Bühnenseite betrifft, kann gar keine Motivation entstehen, geschweige denn, dass jemand mitdenkt und zu einem kreativen Prozess etwas Sinnvolles hinzufügen könnte. Unser deutsches System der Stadt- und Staatstheater ist hervorragend als Museum für ein bereits bestehendes Repertoire geeignet. Vielleicht auch, wenns gut läuft, als ein Museum für Neuinterpretationen. ... Keine meiner Produktionen hätte an einem Stadttheater entstehen können. Wirklich keine! Ich könnte das Stück für Stück erklären, warum das einfach nicht gegangen wäre. Das fängt schon damit an, dass es kein Theater in Deutschland gibt, das mir eine Probebühne bereitstellen kann, die für mich eins zu eins Originalbedingungen bietet. Da hat sich in den letzten Jahren diesbezüglich nichts verändert. Oder eher zum Schlechten! Ich bin sonst wirklich kein Kulturpessimist, aber ich musste leider mit ansehen, wie die wenigen offenen Strukturen, die es überhaupt noch in den neunziger Jahren gegeben hat, inzwischen alle gestrichen oder weggekürzt worden sind.«

Und von einem weiteren beispielhaften Projekt wäre zu berichten, von einem Projekt, das sich an die so genannten »Lückekinder« wandte, jene elf- bis vierzehnjährigen Zuschauer, für die zwischen Märchenaufführungen für Kleinkinder und Klassikinszenierungen für Jugendliche nur wenig Dramatik geeignet erscheint. Die Suche nach geeigneten Stücken rechtfertige große Anstrengungen. Diese Erkenntnis ist länderübergreifend und beschäftigte Theater auch in ihrer Arbeit im europäischen Netzwerk *EUnetART (European Network of Art Organisations for Children and Young People)*. Sieben Kinder- und Jugendtheater beantragten 1999 bei der Europäischen Kommission eines der umfangreichsten Jugendkulturprojekte in Europa und erhielten die Mittel. Beteiligt waren das *carrousel* (früher *Theater der Freundschaft* und heute *Theater an der Parkaue*) in Berlin, *Théâtre des Jeunes Années* in Lyon, *Het MUZtheater* in Amsterdam, *Teatro o Bando* in Lissabon, *Theater an der Sihl* in Zürich, die *Dramatische Bühne* in Tomsk und das Education Department des *Royal National Theatre* in London. Die Theater beauftragten Autoren, »Schulhofgeschichten« zu schreiben und inszenierten ihre landeseigenen Produktionen, die 2001 auf dem »Deutschen Kinder– und Jugendtheater-Treffen« in Berlin und der »Biennale du Théâtre Jeunes Publics« in Lyon als ein europäisches Spektakel vorgestellt wurden. Die Schulhofgeschichten förderten die Begegnung und den Austausch der Künstler ebenso wie die Arbeit mit den Jugendlichen. In Portugal fand ein Autorenworkshop statt, in Moskau trafen sich Lehrer, die Darstellendes Spiel oder Drama in Education unterrichten und erarbeiteten mit den Regisseuren erste Szenen, Bildende Künstler entwickelten mit Jugendlichen und Szenografen eine Ausstellung zum Thema, ein Regieseminar versuchte schließlich aus den Einzelteilen ein Gesamtkunstwerk zu schaffen. Auf der Bühne tröstet ein Hausmeister





den verzweifelten Schulprimus, erinnert sich eine alte Dame an ihre erste Liebe, fragt ein Mädchen nach sich selbst, zwei rivalisierende Gangs kommen doch noch zu einer Gemeinsamkeit und man begegnet Moni, die zwischen Knut und Olli eine schwere Wahl zu treffen hat. Herzensangelegenheiten spielten eine große Rolle, Gefühle wurden ausgelebt, Schauspiel, Tanz und Musik waren die Ausdrucksmittel. »Co-starring« hieß das holländische Dramulette, »Kuba – meine Liebe« lautete der Titel des russischen Beitrags, »Pausen-Rehe und Platz-Hirsche« nannten die Schweizer ihre Ensemblearbeit. *EUnetART* ermöglichte Koproduktionen, Festivals und Netzwerke in einem Projekt, mehr als 250 Beteiligte tauschten sich aus, spielten sich vor, kreierten die Kunst des Theaters, die Einblicke in Europa gewährte. Die Geschichte der Schulhöfe waren die Geschichten einer Generation, waren europäische Erfahrungen der Jetztzeit, künstlerisch verdichtet, aber aussagekräftig.

### *Europäische Festivals*

Die europäische Theaterlandschaft ist auch deshalb lebendig, weil sie gleichzeitig als Festivallandschaft existiert. Kaum eine Theaterhochburg, die nicht auch ein Festival zu bieten hat; kaum eine Region in Europa, die nicht auch durch ein Theaterfestival auf sich aufmerksam macht; kaum eine Inszenierung von europäischem Rang, die nicht auch anderenorts zu sehen ist. Die *European Festival Association* zählt Dutzende Events in 37 Ländern Europas, listet auf, vernetzt, beforscht die Erscheinungsformen und veranstaltet ein »European Atelier for young festival managers«. Die *Berliner Festspiele GmbH*, die schon im Namen ihren Auftrag bekundet, hat 2004 als neues Format die »Spielzeiteuropa« eingeführt. In den Wintermonaten werden Inszenierungen, Koproduktionen und Uraufführungen des europäischen Auslandes nach Berlin eingeladen, unter anderem Theater- und Tanzkreationen, die durch Kooperationen renommierter Theaterhäuser und -gruppen des europäischen Theaterschaffens entstehen. »Unterschiedliche Theatersprachen«, heißt es auf der Website der »Berliner Festspiele« (www.berlinerfestspiele.de), »und neue Ansätze treffen hier zusammen und machen das Haus der ›Berliner Festspiele‹ zu einem Ort des Nachdenkens über Europa mit den ästhetischen Mitteln des Theaters und des Tanzes; für europäische Perspektiven, aber auch Sichtweisen, die über Europa hinausreichen – den Blick von außen wahrnehmen.« Lapidar meint Nina Peters in *Theater der Zeit* (Heft März/2007) dazu: »Im Grunde praktiziert Spielzeiteuropa damit en Miniatur das, was andere europäische Theater ohnehin tun: Es ist ein Ensuite-Betrieb im Westberliner Haus der ›Berliner Festspiele‹. Ein Festivalfieber bricht da nicht aus. Es ist eher die wohltemperierte kulturelle Grundausstattung mit den großen Theaterproduktionen von namhaften internationalen Künstlern, die sich Berlin ohne seine Festspiele ohne weiteres nicht leisten könnte.« Über die »Spielzeiteuropa« 2006/2007 urteilt sie: »Warum das Festival in die ›Spielzeiteuropa‹ passt, bleibt ein Rätsel. Zumindest sind Marie Brassard und Robert Lepage Kanadier. Was soll's.«

Was soll Europa? Was könnte Europa sein? Was Europa ist, das zeigt seit ein paar Jahren die »Biennale«, zunächst in Bonn, zur Zeit in Wiesbaden. Manfred Beilharz hat das Festival »Neue Stücke aus Europa« erfunden, Tankred Dorst und Ursula Ehlers sorgen für die Auswahl. Die ist geprägt von junger, zeitgenössischer Dramatik, in der Dramatisches aus Europa zu erfahren ist.

Der Held ist der Held, der Depp der Depp, das Ekel das Ekel; und dann ist da noch Lustig, immer dabei, immer moderat, immer lächelnd. Eine Clique sind sie, Jugendliche; vor dem Krieg in der Schule, dann an der Front, am Ende sind sie alle tot. Die Geschichte spielt im Jugoslawien der neunziger Jahre, im ausgehenden 20. Jahrhundert. Es sollte das Jahrhundert des Kindes werden, wie es die Schwedin Ellen Kay mit reformpädagogischem Eifer postulierte. Aber die Erwachsenen hielten sich nicht daran. Mit Gewalt stahlen sie der Jugend ihre Kindheit; zuletzt in Serbien. Von dort stammt Milena Marković, 1974 in Belgrad geboren. Sie studierte Dramatische Künste, schreibt Lyrik, Drehbücher und Theatertexte. Mit »Schienen«, ihrem zweiten Stück, war sie auf der Biennale 2004 in Wiesbaden eingeladen. Die Uraufführungsinszenierung des *Jugoslawischen Dramatischen Theaters* in Belgrad war eine von 29 Gastspielen aus 21 Ländern des Festivals »Neue Stücke aus Europa«.

In »Schienen« (der Text wurde auch in der Zeitschrift *Theater Heute,* Heft 6/2004, abgedruckt) erzählt die junge Autorin von ihrer Generation, von den Freundschaften und Liebschaften, von Freud und Leid, von Hoffnungen und Enttäuschungen. Holzschnittartige Figuren charakterisieren die Rollenverteilung, es geht nicht um ganz konkrete Personen, es geht um Erinnerungen an junge Menschen, es gut um eine Chronik des Heranwachsens. Neben den männlichen Typen gibt es nur eine Darstellerin, die alle Frauenrollen spielt und immer Möschen heißt. Sie ist erst ein junges Mädchen, dann eine Schulpsychologin, im Krieg eine Gefangene und danach eine Krankenschwester. »Es geht um Liebe, nicht um Sexismus«, sagt Milena Marković im Interview für das Programmheft. »In der ersten Geschichte möchte Möschen um jeden Preis Teil der Jugendclique sein, in der zweiten ist sie eine Frau um die dreißig, kein Opfer, aber sehr liebesbedürftig: Ja, es geht tatsächlich um Missverständnisse. Die einzige wirkliche Liebe im Stück ist diejenige zwischen den Helden und dem Ekel, eine freundschaftliche, keine homoerotische Liebe.« »Schienen« ist eben nicht nur ein Stück über den Krieg, es ist eine Abhandlung über die Emotionen einer verlorenen Generation. Das Schlimmste ist nicht zu sehen. Aber zu spüren. Zwischen den Zeilen und auf der Bühne – in der Regie von Slobodan Unkowski – nur angedeutet: Vergewaltigung, Selbstmord und Mord. Die Dialoge dagegen sprechen eine deutliche Sprache. Derb und direkt drücken sie aus, was das Innenleben der Figuren bewegt. Aggressionen werden verbalisiert, Brutalitäten herausgebrüllt. »Ich versuche, kleine Momente aus dem Leben dieser verlorenen Jungen zu zeigen, die sie verändert haben. Nur über das Gefühl. Daraus kann man die Sicht auf eine ganze Generation ableiten. Zugleich habe ich versucht, die drei so abstrakt wie möglich zu halten, weil ich ihre Jugend, ihre Leidenschaften und ihre Manipulierbarkeit darstellen wollte, ihre Unschuld und ihre Ängste.« Milena Marković gelingt ein symbolträchtiges Stück, das durchaus übertragbar ist. Es ist eine Metapher über die Gewalt. Es ist aber auch ein Stück über die Selbstzerstörung Jugoslawiens. Der Titel »Schienen« entstammt einem englischen Song und hat die junge Autorin inspiriert. Schienen sind das Leben, sie weisen einem den Weg, kreuzen sich und können aber auch in Sackgassen münden. Die Poesie des Dramatischen wird auch durch die zahlreich eingestreuten Liedtexte geprägt. Ein Kindergedicht steht zu Beginn und erzählt von Wolf und Lamm, ein Song der Autorin am Ende. Lustig und Möschen sind im Paradies angekommen. In der Belgrader Inszenierung sind sie alle wieder versammelt, alle Ethnien, alle Religionen, alle Typen dieser Generation. Das ist ein Hoffnungsschimmer in einer sonst eher schwarz-weißen Geschichte.





Es ist eine Geschichte aus Europa, und für manch einen Betrachter ist sie trotzdem fremd. In Wiesbaden werden die Aufführungen zum großen Teil simultan über Kopfhörer übersetzt. Denn das Theater lebt von der Sprache, und die ist vielfältig, insbesondere in Ex-Jugoslawien. Im Personal von »Schienen« treten auch »Einheimische« auf, Katholiken aus einer großen kroatischen Hafenstadt, aber auch Angler, Bauern aus dem Norden Serbiens. Held, Ekel, Lustig und das Mädchen sprechen Slang, die Gefangene spricht Bosnisch. Bei aller Globalisierung, bei aller Europäisierung, Europa lebt noch in Vielfalt. Die Stücke der »Biennale« dokumentieren dies augenscheinlich. Frankreich, Ungarn, Bulgarien, Russland, Türkei, Schweden, Finnland, Rumänien, Italien, die Slowakei, Polen, Estland, Belgien, Island, Lettland, Spanien, Norwegen, die Niederlande, Großbritannien, Deutschland und eben Serbien sind vertreten. Die Stücke dokumentieren ein Europa der Dramatik, in der gesellschaftliche Konflikte ganz unterschiedlicher Art verhandelt und auf ganz eigensinnige Weise künstlerisch zum Ausdruck gebracht werden. Was in Wiesbaden zu sehen war ist zeitgenössische Kunst, die sich ihre regionalen Themen sucht, die individuelle Handschriften zulässt und uns Einblicke in Reflexionen gewährt, die weit mehr zu sagen haben als all die Schlagzeilen aus Brüssel und Straßburg. Das europäische Denken findet in den Theatern statt, könnte eine der Erkenntnisse sein, die ein solches Festival zu offenbaren hat. Es bringt zudem Menschen zusammen, die sich auf artifizielle Weise verständigen können und das Gemeinsame in seiner Vielfalt tatsächlich leben. Die kulturpolitische Bedeutung der »Biennale« ist deshalb nicht hoch genug zu bewerten.

Und noch ein drittes Beispiel sei kurz skizziert. Denn unter den vielen Festivals finden sich auch immer welche, die nicht nur reproduzieren oder gar nur Produktionen additiv aneinanderreihen, sondern die auch Perspektiven zu entwickeln wissen, die selbst Bestandteil von künstlerischer Auseinandersetzung werden, die Bestehendes so zusammenbringen, dass etwas Neues entstehen kann. Ein solches Festival ist »transeuropa«, alle drei Jahre erblickt es erneut das Licht der Bühnenwelt und versammelt Künstler und Künstlerkompagnien, Newcomer und Preisträger, Theatergruppen und Solisten, Tänzer und Bildende Künstler aus Europa. Es ist vor allem der Nachwuchs im Fokus der Auswahl; kein Wunder, denn die Macher dieses europäischen Theater- und Performancefestivals sind allesamt Studie-

rende der Hildesheimer Kulturwissenschaften. Die Universität ermöglicht den Rahmen, ein Verein die Basis für die Organisation, ein künstlerisches Leitungsteam erarbeitet das Konzept. In der Selbstdarstellung kann man dazu unter www.transeuropa.de Folgendes lesen:

»transeuropa 2006 blickt von Deutschland über die Schweiz auf südosteuropäische Länder wie Slowenien, Kroatien und Mazedonien. ... Mit der Konzentration auf spezielle Partnerländer nimmt transeuropa immer wieder verschiedene Regionen Europas in den Blick und präsentiert sowohl die Vielfalt als auch die Gemeinsamkeiten jungen europäischen Theaters.

Tendenzen jungen Theaters!

Neue Kollektive! Charakteristisch für aktuelle Theater- und Performancekunst ist es, neue Modelle der Zusammenarbeit zu entwickeln. In spezifischen Gruppenformationen, mit neuen Regiekonzepten und in interdisziplinären Arbeitsprozessen integriert junges Theater Konzepte der Performance Art, der Medien, des Tanzes und der Wissenschaft. Auf vielfältige Weise entwerfen die bei transeuropa 2006 gezeigten Produktionen modellhaft kollektive Praxis in Kunst und Gesellschaft. In der Auseinandersetzung mit historischen Utopien, in der Skizzierung sozialer Topographien und in der Interaktion mit dem Publikum werden kritisch bis ironisch Gesellschaftsentwürfe (re-)formuliert. Gerade mit dem Rückgriff auf den anachronistisch anmutenden Begriff des Kollektivs fragt transeuropa 2006 nach seiner möglichen Aktualität. Zusammen sein ist immer romantisch! Zusammen arbeiten ist immer utopisch!

CampLand: Internationale Koproduktionen!

Mit der Kombination aus Gastspielen, neuen Reflexionsformaten und den drei internationalen festivaleigenen Koproduktionen CampLand entwirft transeuropa 2006 sein eigenes Festivalmodell. Im Rahmen von CampLand entstehen drei Internationale Koproduktionen in Hildesheim, die bei transeuropa 2006 zur Uraufführung kommen. Internationale Künstler schlagen ab Anfang Juni ihr Lager in Hildesheim auf, recherchieren und untersuchen in unterschiedlichen Projekten soziale Topographien. Die CampLand-Tafelrunden sind ein wandernder Ort der Zusammenkunft und bringen Künstler mit Repräsentanten Hildesheimer Institutionen bei Speis und Trank an einen Tisch. Neben der Präsentation von Gastspielen ermöglicht transeuropa seit dem ersten Festival im Jahr 1994 Internationale Koproduktionen und fördert den Austausch junger Theaterschaffender aus Ost und West. Theater wird so nicht nur als Veranstaltungsereignis, sondern auch als Prozess begriffen.«

Theater ist immer ein kollektiver Prozess, ein Zusammentreffen von Künstlern, Handwerkern und Zuschauern. Der etablierte Kunstbetrieb weiß diese Gruppen säuberlich zu trennen. Das »transeuropa«-Festival zeichnete aus, dass es diese Trennung unterlief. Das Team der Festivalmacher selbst wuchs zu einem neuen Kollektiv zusammen und demonstrierte dies auch den Besuchern in vielfältiger Weise. »Damit wurde zugleich die Idee eines Festivals moduliert. Vom Produkt zum sozialen Prozess lautete die Devise«, schreibt Wolf-Dieter Ernst in seinem Bericht für das Magazin für Puppen-, Figuren- und Objekttheater *double* (Heft 1/2007). Die notwendige Verknüpfung von Theorie und Praxis des Theaters wie sie an der *Universität Hildesheim* vertreten wird, war der rote Faden für alle Veranstaltungen. Es gab *artists in residence* und *work in progress*, zwei Künstler machten sich in einem uralten 2 CV aus Mazedonien auf den Weg und ließen selbst die Anreise zur Performance werden, ein leerstehendes Möbelhaus wurde zur Bühne, zum Kommunikationszentrum mit Tanz- und Filmsälen, zwei künstlerisch-wissenschaftliche Beobachter aus Amsterdam und Skopje werteten das Experiment aus und waren doch integraler Bestandteil. Ein kulturpolitischer Diskurs machte andererseits deutlich, auf welch abenteuerliche Weise Theater in Europa entstehen kann. An den Rändern der etablieren Kulturbetriebe, interdisziplinär, kollektiv, vor allem grenzüberschreitend europäisch und mit jungem Elan. Da muss es einem um die Zukunft des Theaters nicht bange sein.





*Europäische Netzwerke*

Wenn die These stimmt, dass auch das Theater europäische Identität prägen kann, dann sicher deshalb, weil das Theater in Europa auf ein Vielfaches miteinander vernetzt ist. In der *European Theatre Convention* sind 36 Stadt- und Staatstheater aus 21 Ländern vereint. In *Pearl*, der *European League of Employers' Assosiations in the Performing Arts sector*, sind drei Dutzend Arbeitgebervereinigungen vertreten, die nach eigenen Angaben mehr als 3500 Beschäftige von Theatern, Orchestern, Opernhäusern, Ballettkompanien und Festivals repräsentieren. *IETM* ist ein Netzwerk, das seit 25 Jahren als *Informal European Theatre Meeting* sich der Qualität, der Entwicklung und der Zusammenarbeit der Darstellenden Kunst widmet »by initiating and facilitating: professional networking and communication, the dynamic exchange of information, know-how transfer and presentations of exampels of good practise«, wie es im mission statement unter (www.ietm.org) nachzulesen ist. Über 400 Mitgliedsorganisationen aus 45 Ländern pflegen den Austausch, verständigen sich über künstlerische Tendenzen, unterstützen Modellprojekte und betreiben kulturpolitische Lobbyarbeit für Theater. Das *European Network of Information Centres for the Performing Art (ENICPA)* ist ein Forum für Information und Dokumentation von Theater in Europa, die *Europäische Theaterunion (UTE)* ist Förderer des »Europäischen Theaterpreises«, der jährlich für herausragende künstlerische Leistungen vergeben wird. Und auch die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik vernetzen sich zunehmend auf europäischer Ebene, kooperieren, finden zusammen unter einem Dach und gelegentlich fallen sie auch mit gemeinsamen Veranstaltungen auf. Zuletzt im Dezember 2006 in Amsterdam, als das *Goethe-Institut* zusammen mit dem *Theaterinstitut der Niederlande,* mit dem *Maison Descartes* und dem *Deutsch-Französischen Kulturrat* »Die Zukunft des europäischen Theaters« thematisierte. Es ging um künstlerische Selbstverständigung und um den kulturellen Austausch. In der Ankündigung (www.goethe.de/ins/ams) waren die Fragen, mit denen man sich beschäftigen wollte, for-

muliert: »Brauchen wir überhaupt ein europäisches Theater? Wie sind in Zeiten rückgehender öffentlicher Mittel die langfristigen Perspektiven des Theaters in einem mehrsprachigen Europa? Welche Rolle wird den Theatermachern (national und international) zufallen? Welche Auswirkungen hat die Konzentration der europäischen Kulturförderung auf multinationale Projekte für den Stellenwert des Theaters, das bereits mit bilateralen Projekten häufig überfordert ist?«

Das sind Fragestellungen wie sie allerdings nur durch Unkenntnis entstehen konnten. Denn die Theaterlandschaft ist selbst in Deutschland weiter, als man bei *Goethe* zu denken scheint. Wenn man jedoch sich einzig und allein das deutsche Stadt- und Staatstheatersystem ansieht, braucht man nicht verwundert zu sein, dass etwa Ulrich Khuon vom *Thalia Theater* in Hamburg gesagt haben soll, der Dialog sei immer noch eine beschwerliche Sache, dass das Repertoiretheatersystem Personal in feste Abläufe binde, die Tourneen unmöglich machen, für die ohnehin kein Geld da wäre. Identifiziert wurde ein weiteres Problem: die Sprache. Wer auf deutschen Bühnen kein Deutsch spreche, habe kaum eine Chance. Und alle begaben sich wohl auf die Suche nach einer gemeinsamen europäischen Theateridentität. Hätte man andere Experten eingeladen, wäre man wohl fündig geworden. Hugo de Greef und Tom Stromberg hätten von den Anfängen erzählen können, Heiner Goebbels hätte seine Partner in Europa präsentiert, die Jugendtheater von *EUnetART* hätten die »Europäischen Schulhofgeschichten« als Modell vorgestellt, Manfred Beilharz, Tankred Dorst und Ursula Ehlers hätten von ihren Entdeckungsreisen in die zeitgenössische europäische Dramatik berichtet, die jungen Festivalmacher von »transeuropa« hätten ihre kollektive Kreativität zum Dreh- und Angelpunkt einer Theaterpolitik in Europa erheben können. Und viele Netzwerke hätten den Beleg erbracht, Europa ist ohne Theater nicht denkbar.



Maria Gazzetti

# *Die Literatur und die europäische Literaturförderung – Ein Buch mit sieben Siegeln*

Die Praxis der europäischen Kulturförderung auf dem Gebiet der Literatur trifft auf eine »Ästhetik des Widerstands« – was nicht à priori als ästhetisches Credo gemeint ist: Der Widerstand steckt in der Natur der Sache, in der Literatur selbst. Europäische Literaturförderung, die bevorzugt Kooperationsprojekte fördert, die auf drei bis fünf Jahre angelegt sind und mindestens drei bis sechs europäische Länder als Partner haben, um die transnationale Mobilität von Kunstwerken zu unterstützen, stößt bei der Literatur auf ein großes Hindernis – die Sprache und damit das Buch. Wie sehen Veranstaltungen aus, die den Bedingungen entsprechend von EU-Geldern unterstützt werden könnten? Die Ankündigungen lauten in etwa so: Wir realisieren ein Projekt, das auf der gemeinsamen Künstlerdatenbank von Tallin bis Taormina basiert. Es werden Begegnungen, Diskussionen mit namhaften europäischen Künstlern oder Autoren stattfinden, die aus den verschiedenen europäischen Ländern in den verschiedenen europäischen Städten auftreten. Oder eine andere Möglichkeit: Die *Kulturstiftung des Bundes* fördert zum Beispiel ein spannendes Projekt wie »Tanzplan Deutschland«. In mindestens fünf Städten entwickeln Tanzexperten der örtlichen Szene Modellprojekte, die dem Tanz neue Möglichkeiten eröffnen sollen.

Könnte man dementsprechend auch einen »Literaturplan Europa« ausrufen? Das wäre zum Beispiel ein Plan, bei dem mindestens drei bis zu x Autoren aus x verschiedenen Ländern »Modell-Literaturen« entwickeln, die dann übersetzt und im Austausch in je x Ländern zeigen sollten, welche ästhetischen und sozialintegrativen Potenziale der Literatur innewohnen. Es würden dann Veranstaltungen, Festivals und Lesungen aus den daraus entstehenden Texten folgen, vielleicht Schreibwerkstätte in verschiedenen Sprachen. Und es würde dabei um die Frage gehen können: Kann die Literatur Versuchsmodell sein für ein europäisches Ge-

sellschaftsmodell von morgen? Ein solches Veranstaltungsmodell klappt ausgezeichnet mit Bildern, Videoarbeiten, Filmen, mit den Darstellenden Künsten, aber nicht mit Schriftstellern, nicht mit einem Roman. Ein Buch wird von einem einzelnen Individuum geschrieben, in einer bestimmten Sprache und will gelesen – also übersetzt werden, in Europa. Das ist der Grund, dass die interaktiven, Kunst generierenden Netzgedanken für literarische Veranstaltungen so nicht greifen. Und das ist auch der Grund, über den hohen bürokratischen Aufwand hinaus, warum – blickt man in Deutschland auf die Aktivitäten literarischer Institutionen auf europäischer Ebene – diese sich bislang lieber auf Bestandsaufnahmen der Monaden Buch und Autor konzentrieren. Literaturprojektemacher bevorzugen mit Kongressen, Treffen und Reihen die Vielfalt der europäischen Literaturen zu vermitteln, indem sie dem Buch gemäß Schriftsteller vorlesen lassen, die aus dem Babelturm der vielen Sprachen ein Kunstwerk zu machen versuchen, das Europa heißt. So veranstaltet das *Literaturhaus Salzburg* seit Jahren die Reihe »Europa der Muttersprachen«, den »Europäischen Roman« beleuchteten sowohl das *Literarische Colloquium* und die *Literaturwerkstatt* in Berlin als auch mehrere deutsche Literaturhäuser. »Neues aus Europa« heißt eine Veranstaltung, bei dem das *Amt für multikulturelle Angelegenheiten* in Frankfurt am Main mit dem *Literaturhaus Frankfurt* jedes Jahr die jeweiligen neuen Beitrittsländer und auch deren Literaturen vorstellt.

Zu den Kulturtagen der *Europäischen Zentralbank* trägt das *Literaturhaus Frankfurt* mit literarischen Veranstaltungen bei. Eine wichtige Bestandsaufnahme war das Symposium, das Anfang 2003 im *Literaturhaus Hamburg* stattfand, mit dem Titel »Europa schreibt – was ist das Europäische an den Literaturen Europas« mit Essays aus 33 europäischen Ländern. Alle Essays der 33 Autoren liefen darauf hinaus, die Vielfalt der europäischen Kultur, die Eigenart der vielen Sprachen zu betonen. Und auf einmal fällt auf, im europäischen Haus der vielen Sprachen ist dieses Europa literarisch ein Europa der Übersetzer. Dass das *Literarische Colloquium Berlin* ein europäisch/internationales Übersetzerprogramm ins Leben gerufen hat, dass die *Kulturstiftung des Bundes* die deutsch-ungarische und jetzt die deutsch-tschechischen Kooperationen und Übersetzungen unterstützt, das hat das Haus Europa zusammengerückt. Dass die Lektorin Katharina Raabe durch ihre Arbeit uns den polnischen Autor Andrzej Stasiuk erschlossen hat, dass sie durch die Übersetzung von Juri Andruchówytsch das bislang unbekannte Land Ukraine in die Mitte unserer auch politischen Aufmerksamkeit gerückt hat, das ist fruchtbare literarische Arbeit auf europäischer Ebene. Eine originäre Aufgabe der EU ist es, europäische Vielfalt innerhalb der einzelnen Staaten (o. Ä.) sichtbar zu machen – und lesbar. Dies wird von der Kulturförderung zwar anerkannt, aber es muss dafür noch mehr getan werden. Im Gegenteil, dass ein Verlag, um Übersetzungsförderung der EU zu bekommen, gezwungen ist, aus einer Landessprache mindestens fünf Bücher zu übersetzen, ist ein Hindernis. Verlage verlegen einzelne Autoren und nicht Bücherpakete. Die EU fördert viele Veranstaltungen, um die Expansion der Künste zu unterstützen, aber immer noch zu wenig Übersetzungen. Außerdem werden





zu europäischen Literaturveranstaltungen meistens die Autoren eingeladen, die bereits übersetzt wurden – welch ein Paradox!

In diesem Rahmen ist das Projekt der »Frankfurter Literaturbiennale«, die das Frankfurter *Literaturhaus* nun zum dritten Mal veranstaltet, auch ein europäisches Projekt. Im Rahmen einer dreitägigen Tagung sollen spezifische Fragestellungen der Vermittlung deutschsprachiger Literatur und ihrer Rezeption im Ausland behandelt werden. Ausgehend vom engeren Fokus der Debatte über die Schwierigkeiten der Verbreitung zeitgenössischer deutscher Literatur im Ausland widmete sich die letzte Literaturbiennale vom September 2004 nicht nur einer theoretischen Bearbeitung des Themas, sondern gab auch und vor allem Vermittlern, Verlegern, Scouts, Agenten, Kritikern und Literaturwissenschaftlern aus dem vorwiegend europäischen Ausland Gelegenheit und Raum, sich persönlich zu treffen und über mögliche Projekte auszutauschen. Neben dem Austausch gehört zum Konzept der Literaturbiennale die gleichzeitige Präsenz von zehn bis zwölf Autoren, die aus ihren letzten oder entstehenden Werken lesen. In Vorträgen, Lesungen und Diskussionen haben rund 40 international agierende Verleger, Kritiker und Journalisten aus zwanzig Ländern so Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen, deutschsprachige Autoren kennen zu lernen und früh Einblick in neue Texte zu gewinnen.

Eine besonders herausragende Rolle für die Vermittlung deutschsprachiger Literatur ins Ausland fällt naturgemäß den Übersetzern zu, deshalb wird jedes Jahr, im Jahr der Literaturbiennale und in den Jahren dazwischen, der mit 25 000 Euro dotierte »DekaBank-Preis des Literaturhauses Frankfurt zur Förderung der deutschen Literatur und Wissenschaft im Ausland« verliehen. Dieser Preis ging 2004 an Michael Hofmann, den Sohn des deutschen Schriftstellers Gert Hofmann, heute britischer Staatsbürger, der in England und Amerika als englischsprachiger Lyriker, Übersetzer aus dem Deutschen und Kritiker lebt. 2005 wurde der ungarische Verleger Tamás Miklós und 2006 Alain Lance, der französische Lyriker, Kulturinstitutsleiter in Frankreich und Deutschland und Übersetzer unter anderem von Christa Wolf geehrt.

Dank des hohen persönlichen Engagements und großen sprachlichen Vermögens haben diese wichtigen Literaturvermittler dazu beigetragen, unzählige englisch-, französisch-, italienisch- oder ungarischsprachige Leser mit den Werken von Thomas Mann, Bertolt Brecht und Joseph Roth, Durs Grünbein, Patrick Süskind und vielen Autoren der klassischen Moderne vertraut zu machen. Sowohl der Preis als auch die Literaturbiennale sollen aktiv dazu beitragen, dass künftig eine angemessene Auswahl zeitgenössischer deutschsprachiger Literatur im Ausland vertreten ist. Noch vor der guten und erfolgreichen Erfindung des »Deutschen Buchpreises« hat das *Literaturhaus Frankfurt* daran geglaubt, dass es sich lohnt, aktuelle deutsche Literatur in Europa bekannt zu machen. Finanziert und unterstützt wird die Literaturbiennale von der *DekaBank*, der *Buchmesse Frankfurt* und dem *Goethe-Institut*. Das *Literaturhaus Frankfurt* hat einen ausbaufähigen Vermittlerkongress ins Leben gerufen, der wichtig für Europa ist. Denn er zeigt die Fallen der Rezeptionsklischees, die in jedem Land hausen, die Wege derer, die sich

gerne vom Fleck weg bewegen, und er trägt dazu bei, anhand der Literatur mehr von unseren Nachbarn zu erfahren. Denn auch das kommt erschwerend hinzu, dass wir in Europa immer weniger von der Literatur unserer Nachbarn wissen, zum Beispiel von Spanien, Frankreich oder Dänemark.

»Die Arbeiter des Textes, des Buches und des begreifenden Lesens tragen das Bild unseres alten Kontinents in sich. … das Lesen ist eine europäische Tugend. Die Unterstützung und Ausdehnung dieses Anliegens auf unseren gesamten Erdteil oder Erdball ist ein Geschenk, das uns reicher werden lässt.« Dies sagte György Konrád in seiner Laudatio an Tamás Miklós zur Verleihung des »Dekabank-Preises«. Und die Literaturhäuser und viele anderen literarischen Institutionen in Deutschland haben dies nicht aus den Augen verloren.



Ruth Jakobi, Hans-Herwig Geyer

# *Praxisfeld Musik – am Beispiel des Europäischen Musikrates*

Grenzübergreifende Kooperationen spielen im Bereich der Musik schon seit Jahrhunderten eine große Rolle, und zwar nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch international. Nationale Verbände und Organisationen mit ähnlichem Aufgabenprofil, zum Beispiel die Musikinformationszentren, Einzelpersonen mit der gleichen musikalischen oder musikpädagogischen Berufung, zum Beispiel Instrumentallehrer, oder Institutionen des öffentlichen Musiklebens wie Musikhochschulen, Konzertagenturen oder Rundfunkanstalten schließen sich zusammen, um gemeinsam fachspezifische Projekte zu organisieren oder ihre spartenintern Interessen zu vertreten. Ein Austausch über die fachlichen oder nationalen Grenzen hinweg findet jedoch nur selten statt; der *Europäische Musikrat (European Music Council – EMC)* hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Grenzen zu durchbrechen und europäische spartenübergreifende Kooperationen zu initiieren.

Der *Europäische Musikrat* ist der übergeordnete Dachverband, der die Interessen des europäischen Musiksektors vertritt und sich in erster Linie für den Erhalt der musikalischen Vielfalt in Europa einsetzt. Er ist in den 1970er Jahren als Regionalgruppe des *Internationalen Musikrates* entstanden, der seinerseits 1949 auf Anregung der *UNESCO* gegründet wurde. Der *Europäische Musikrat* hat zunehmend an Eigenständigkeit gewonnen, ohne dabei die enge Anbindung an den *Internationalen Musikrat* aufzugeben. Seit 2003 ist der *European Music Council e. V. (EMC)* ein unabhängiger in Deutschland eingetragener Verein mit Sitz in Bonn. Die 75 Mitglieder aus über 30 europäischen Ländern weisen ihrerseits selbst größtenteils Mitgliedsstrukturen auf und lassen sich in spartenspezifische Organisationen mit nationaler, europäischer oder internationaler Ausrichtung und in nationale Musikräte unterteilen.

Die vielseitigen Tätigkeitsfelder des *EMC*, die ohne die großzügige Unterstützung durch den *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* und durch die EU-Kommission nicht denkbar wären, beruhen im Wesentlichen auf drei Säu-

len: Netzwerkarbeit und Informationsaustausch, kulturpolitische Aktivitäten sowie Kooperationsprojekte. Der vorliegende Artikel illustriert anhand von Beispielen wie diese Bereiche in die Praxis umgesetzt werden.

*Informationsaustausch und Netzwerkarbeit*

Für die Mitglieder ist das Netzwerk, das der *Europäische Musikrat* bietet, von entscheidender Bedeutung. Es erlaubt ihnen, mit anderen Verbänden, die ein ähnliches Profil haben, in Kontakt zu treten und sich von verschiedenen Organisationen inspirieren zu lassen. Die Jahreskonferenzen des *EMC* spielen hierbei eine wichtige Rolle. Als Rahmen für die rechtmäßige Vereinsvollversammlung findet eine Konferenz statt, die sich jedes Jahr einem anderen kultur- und gesellschaftspolitisch relevanten Thema widmet. Diese Konferenzen werden in enger Zusammenarbeit mit einem Mitglied ausgerichtet. In Vorträgen, Diskussionen und Workshops wird erörtert, welchen Beitrag Musik zu gesellschaftlichen Veränderungen leisten kann. So war das Thema der Jahreskonferenz 2006 beispielsweise: »Turning Points: Music – Youth – Diversity«. Sie ist der Frage nachgegangen, wie junge Menschen mit Migrationshintergrund besser und respektvoller in die europäische Gesellschaft eingebunden werden können, und welchen Beitrag Musikprojekte dazu leisten können. Die Zusammenarbeit mit dem *Schwedischen Musikrat* und seinen Mitgliedern sowie der Konferenzstandort Malmö mit einem überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund erlaubten eine sehr praxisorientierte Behandlung dieses gesellschaftlich hochaktuellen Themas. Darüber hinaus hatten die Mitglieder des *EMC* – wie auf jeder Jahreskonferenz – die Möglichkeit, Projekte mit Bezug zum Konferenzthema vorzustellen. Dadurch wird die *EMC*-Jahreskonferenz zu einem Forum, das nicht nur informiert, sondern auch eine Plattform zur Darstellung der eigenen Aktivitäten bietet und dadurch den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa fördert. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Konferenzen sind Konzerte und informelle Treffen, die den Mitgliedern Gelegenheit bieten, Kooperationsideen zu entwickeln oder sich über die tägliche Berufspraxis auszutauschen.

»Kulturelle Vielfalt und Interkultureller Dialog« standen auch im Fokus der ersten Ausgabe des europäischen Musikmagazins *Sounds in Europe*, das vom *EMC* herausgegeben wird. Das Magazin ist die wichtigste und umfangreichste Publikation das *EMC*. Ähnlich wie die Jahreskonferenz dient sie dem Informationsaustausch in zwei Richtungen. Einerseits stellt der *EMC* teils wissenschaftlich aufbereitete, teils praxisorientierte Informationen über gesellschaftlich relevante Themen zur Verfügung, andererseits bietet das Magazin eine Plattform für die Mitglieder des *EMC*, um ihre eigenen Aktivitäten vorzustellen. Zusätzlich zum Magazin informiert der *EMC* in verschiedenen Online- und Printmedien regelmäßig und zeitnah über Veränderungen oder anstehende Entscheidungen in der Kulturpolitik auf europäischer Ebene.





*Kulturpolitische Aktivitäten*

Das zweite Standbein des *EMC* sind kulturpolitische Aktivitäten. Diese verfolgen in erster Linie den Schutz der musikalischen Vielfalt in Europa und stehen oft in Zusammenhang mit dem jeweiligen thematischen Schwerpunkt eines Jahres. Das Symposium »MIX IT!« im November 2006 in Bonn wurde zusammen mit der *Deutschen Welle* ausgerichtet und nahm die praktischen Erkenntnisse aus der Jahreskonferenz in Malmö auf, um Empfehlungen zu verabschieden, wie die Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der europäischen Gesellschaft durch Musikprojekte verbessert werden kann. Diese Empfehlungen richten sich an politische Entscheidungsinstanzen auf nationaler und regionaler Ebene und wurden von den Kultur- und Integrationsministerien sehr positiv aufgenommen.

Damit europäische Kooperationen im Bereich der Kultur – und besonders Musikprojekte, die sich dem Thema »Integration« annehmen – möglich sind, ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Förderprogramme notwendig. Daher hat der *Europäische Musikrat* die Kampagne »70 Cents for Culture« der *Europäischen Kulturstiftung (ECF)* und des *Europäischen Forums für Kunst und Kulturelles Erbe (European Forum for the Arts and Heritage – EFAH)* unterstützt, die eine Erhöhung des EU-Budgets für kulturelle Kooperationsprojekte von 2007–2013 auf 70 Cents pro Jahr pro EU-Bürger forderte. Darüber hinaus hat der *EMC* sich dafür eingesetzt, dass das neue Kulturförderprogramm der EU, das im Januar 2007 in Kraft getreten ist, auch kleineren Organisationen eine Chance auf Förderung bietet, da diese oft einen wesentlichen Beitrag zur musikalischen Vielfalt leisten, auch wenn – oder gerade weil – sie nicht die Flaggschiffwirkung von großen Veranstaltern haben, sondern Kulturarbeit an der Basis leisten. Kleinere Projekte sind häufig innovativ und originell. Sie füllen Nischen aus, die für eine reiche und vielseitige Musiklandschaft maßgebend sind, aber von großen Projekten nicht bedient werden können.

Der *Europäische Musikrat* setzt sich jedoch nicht nur für ein entschlacktes Antragsverfahren und eine bessere finanzielle Ausstattung von Förderprogrammen ein, sondern beobachtet und kommentiert Tendenzen in der Gesetzgebung auf EU-Ebene, die eine Gefahr für die musikalische Vielfalt darstellen könnten, wie bestimmte Vorschläge der EU-Kommission zur Liberalisierung eines globalisierten und durch Online-Nutzung geprägten Marktes für Musikprodukte. Der *EMC* fordert, dass Musik immer auch als Selbstzweck betrachtet wird und nie als reines Wirtschaftsgut. Der *Europäische Musikrat* appelliert, bereits existierende zwischenstaatliche Abkommen wie die *UNESCO*-Konvention von 2005 zum Schutz und Erhalt der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen und Artikel 151 des gültigen EU-Vertrages umzusetzen und einzuhalten.

*Kooperationsprojekte*

Die dritte Säule der Aktivitäten des *Europäischen Musikrates* als Dachverband für den europäischen Musiksektor sind Kooperationsprojekte. Der *EMC* selbst koordiniert Projekte, die von der EU gefördert werden, und ist an verschiedenen Projekten als Partner beteiligt.

Im Jahr 2004 zum Beispiel war der *EMC* für das Projekt »EFMET – European Forum for Music Education and Training« verantwortlich. Das Projekt hatte zum Ziel, den Austausch zwischen formalisierten Musikprojekten in Schulen oder Musikschulen und Musikprojekten freier Träger zu verbessern. Die von den Kooperationspartnern *Europa Cantat* (*Europäische Föderation Junger Chöre*; www.europacantat.org), *EFNYO (European Federation of National Youth Orchestras*; www.efnyo.org), *IYMF (International Yehudi Menuhin Foundation*, www.menuhin-foundation.com*)* und *IASJ (International Association of Schools of Jazz*; www.iasj.com*)* durchgeführten Veranstaltungen verdeutlichten, wie wichtig und bereichernd die Zusammenarbeit zwischen dem so genannten »formalen« und »nicht-formalen« Bereich in der Musikerziehung ist. Eine vom Kooperationspartner *AEC (Association Européenne des Conservatoires, Académies de Musique et Musikhochschulen*; www.aec*info.org)* durchgeführte Studie untersuchte unterschiedliche Ausbildungsgänge und Berufsqualifikationen im Bereich Musikerziehung in verschiedenen europäischen Ländern. Außerdem wurden im Rahmen des *EFMET*-Projektes Empfehlungen an die EU-Kommission formuliert, die eine bessere Koordinierung der Förderprogramme für Kultur und Bildung fordern.

Derzeit ist der *Europäische Musikrat* am »Polifonia«-Projekt (www.polifonia-tn.org) beteiligt, das von der *AEC* koordiniert wird und sich mit der Umsetzung der »Bologna-Erklärung« zur Standardisierung des Studienablaufes an europäischen Universitäten und Hochschulen beschäftigt und die Einflüsse auf den Ausbildungs- und Berufsmarkt untersucht.

Seit Juli 2006 koordiniert der *EMC* ein mehrjähriges von der EU gefördertes Projekt, das sich verschiedenen Musiktraditionen in Europa widmet. In vielen Teilen Europas gehört traditionelle Musik zur lebendigen Alltagskultur. Sie stellt einen wichtigen Bestandteil der kulturellen Identität des einzelnen Bürgers dar. Das Projekt »ExTra! – Exchange Traditions« will das Verständnis der Kulturen der jeweiligen Nachbarn erhöhen, einschließlich der Traditionen von Migranten und kulturellen Minderheiten. So wird das Bewusstsein für eine gemeinsame europäische kulturelle Identität gestärkt. Ziel des Projektes »ExTra! – Exchange Traditions« ist es, den Austausch zwischen verschiedenen in Europa vertretenen Musiktraditionen zu fördern. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die musikalischen Traditionen von Migranten und kulturellen Minderheiten in Europa und deren Wechselwirkungen zu den bereits bestehen Traditionen. Die Partner *Cité de la Musique* (Frankreich; www.cite-musique.fr), *ANCT (Association Nationale Cultures et Traditions*, Frankreich; www.gannat.com*)*, *IYMF (International Yehudi Menuhin Foundation*, Belgien; www.menuhin-foundation.com), *Donne in Musica* (*Fondazione Adkins Chiti – Donne in Musica*, Italien; www.donneinmusica.org), *En Chordais* (Griechenland; www.medimuses.gr) und *MICA (Musik Informationszentrum Österreich*; www.mica.at*)* übernehmen sehr unterschiedliche Aktivitäten des sehr vielseitigen Projektplans.





Auch die Mitglieder des *EMC* und die Mitglieder seiner Mitglieder engagieren sich in Kooperationsprojekten: Der *Deutsche Musikrat* zum Beispiel hat im Jahr 2007 zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft die *Europäische Ensemble Akademie* ins Leben gerufen. Das spartenübergreifende Projekt lädt junge Musikerinnen und Musiker aus Slowenien, Portugal und Deutschland ein, sich mit Jazz, zeitgenössischer Klassik und Popmusik auseinander zu setzen.

Als Dachverband für etwa 75 Musikorganisationen in Europa vertritt der *EMC* die Interessen seiner Mitglieder auf politischer Ebene und unterstützt deren Aktivitäten. Als Regionalgruppe des *Internationalen Musikrates (International Music Council – IMC)* tritt er für die vom *IMC* formulierten musikalischen Rechte ein:

- Das Recht aller Menschen auf freien musikalischen Ausdruck.
- Das Recht aller Menschen, musikalische Fähigkeiten zu erwerben.
- Das Recht aller Menschen auf Zugang zu musikalischen und kulturellen Aktivitäten durch Teilnehmen, Zuhören, Kreation und Information.
- Das Recht für Kunstschaffende, ihre Kunst auszuüben und durch alle Medien zu kommunizieren, mit angemessener Ausstattung zu ihrer Verfügung.
- Das Recht für Kunstschaffende, gerechte Anerkennung und Vergütung für ihre Arbeit zu erhalten.

Die kulturpolitische Arbeit nimmt einen immer größeren Stellenwert in den Aufgaben des *EMC* ein; die Mitgliedschaft im *Europäischen Forum für Kunst und kulturelles Erbe (European Forum for the Arts and Heritage – EFAH)* ist hierfür sehr hilfreich. Dadurch, dass die EU stetig an politischem Gewicht zunimmt und dass damit auch kulturpolitischen Aspekten eine immer bedeutenderer Rolle zukommt, wird zivilgesellschaftliches Engagement für Kultur immer wichtiger. Der *Europäische Musikrat* leistet hierfür einen entscheidenden Beitrag.

Jörg Haspel

# *Eine Zukunft für unser gemeinsames Erbe*

## *Denkmalschutz und Denkmalpflege im europäischen Kontext*

Die Denkmalpflege im Nachkriegsdeutschland verdankt der europäischen Kulturpolitik womöglich eine ihre wirkungsvollsten Kampagnen zur nachhaltigen Mobilisierung der öffentlichen Meinung für das konservatorische Anliegen. Im Vorfeld und infolge des »Europäischen Denkmalschutzjahres 1975« erlebten Denkmalschutz und Denkmalpflege eine in den ersten Nachkriegsjahrzehnten kaum für vorstellbar gehaltene gesellschaftliche Akzeptanz, ja Anerkennung und Förderung im politischen und parlamentarischen Raum. Unter dem Motto »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« fanden Denkmale oder denkmalwerte Objekte vermehrt Eingang in die Stadt- und Landesplanung und erhielten neue Überlebenschancen; vor allem aber erfuhren Denkmale und das konservatorische Anliegen eine ungeahnte und anhaltende Popularisierung in breiten Bevölkerungskreisen.

Umgekehrt verdankt auch die europäische Kulturpolitik, ja vielleicht die Europapolitik schlechthin, eine besonders populäre und allgemein verständliche Ausprägung mit Sicherheit dem Denkmalthema und länderübergreifenden Aktivitäten um das kulturelle Erbe. Ähnlich wie die Welterbepolitik der *UNESCO* als Weltorganisation unverwechselbare Züge verleiht, ja gelegentlich sogar als Leitsektor der *UNESCO*-Kulturpolitik überhaupt wahrgenommen wird, möchte man denkmalpolitischen Initiativen von Europarat und Europaparlament einen entscheidenden Anteil zusprechen, um Europa und seinen Gremien ein Gesicht, vielleicht auch etwas mehr Seele zu verleihen. Insbesondere der europaweite Tag des offenen Denkmals, die »European Heritage Days«, zählen zweifellos zu den Erfolgskapiteln der europäischen Kulturpolitik und erfreuen sich seit über 15 Jahren wachsender Beliebtheit im erweiterten Europa.

Auf jeden Fall hat die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege und der Erbeangelegenheiten seit der Gründung des Europarats

1949 und insbesondere seit dem »Europäischen Denkmalschutzjahr 1975« vielfältige Anregungen erfahren. Alleine vom Europarat wurden *über 25 Entschließungen und Empfehlungen* herausgegeben, die wohl alle entscheidenden Aspekte von Denkmalschutz und Denkmalpflege in zeitgemäßer Form abdecken. Im selben Zeitraum hat sich aber nicht nur die Zahl der denkmalpolitischen Richtungsbeschlüsse im europäischen Rahmen vervielfacht und ausdifferenziert, auch die Zahl und Ausrichtung der verschiedensten Akteure und Projekte auf dem Feld der Erbepflege haben eine erhebliche Steigerung und Spreizung erfahren, bisweilen so sehr, dass selbst Insidern ein Gesamtüberblick über die Euro-Erbe-Szene – sozusagen ein »Who-is-who« in Sachen European Heritage Affairs – zunehmend schwer fällt. Dieser Unübersichtlichkeit, die ja auch als Beweis einer bunten Erbe-Vielfalt und eines kraftvollen staatlichen und zivilen Denkmalengagements in Europa gelten darf, kann der nachfolgende Beitrag nicht abhelfen.[1] Aber vielleicht liefert er Interessenten einige nützliche Orientierungsangebote und vermittelt weiter führende Kooperationsansätze.

## *Denkmalpolitische Weichenstellungen im europäischen Maßstab*

Bereits in dem »Europäischen Kulturabkommen« (»European Cultural Convention«), das der Europarat 1954 gewissermaßen als kulturpolitische Grundsatzerklärung verabschiedete, fanden Denkmalschutz und Denkmalpflege implizit als Teil der Kunst- und Erbepflege an vorderster Stelle Erwähnung und Anerkennung. Artikel 1 der Konvention unterstellt dem »gemeinsamen europäischen Erbe« (»common cultural heritage«) eine erzieherische, weil Toleranz und Identität stiftende Wirkung, und verpflichtet die Unterzeichnerstaaten zur Sicherung und Entwicklung nationaler Beiträge. Das 1969/70 in Kraft getretene »Europäische Übereinkommen zum Schutz archäologischen Erbes« (»European Convention on the Protection of the Archaeological Heritage«) darf als erste wichtige denkmalpflegerische Spezialregelung gelten, die Grundsätze der bodendenkmalpflegerischen Zusammenarbeit und der Weitergabe archäologischer Objekte regelt. Der anlässlich des Denkmalschutzjahres von Europarat und Ministerrat im Jahr 1975 verabschiedeten »Europäische Charta des baulichen beziehungsweise architektonischen Erbes« (»European Charter of the Architectural Heritage«) möchte man heute noch bahnbrechende Wirkung oder zumindest unvermindert aktuelle Wirkungsabsichten bescheinigen, etwa mit dem Plädoyer, nicht nur herausragende Einzelmonumente der Geschichte und Kunst – also absichtsvoll in der Vergangenheit als Denkmale

1 Ein systematisches Informationsangebot strebt die vom Europarat und der Europäischen Union seit 1999 stufenweise aufgebaute europäische Internetplattform »HEREIN« (European Heritage Network, vgl. www.euriopean-heritage.net) an, eine von der übergroßen Mehrheit der 48 Mitgliedstaaten des Europarats professionell unterstützte und nach einheitlichen Kriterien strukturierte Material-, Daten- und Faktensammlungen, die einen vergleichenden Zugriff auf Angaben über Organisation, Recht und Praxis der Denkmalpflege in den beteiligten Staaten erlaubt. Als »meeting place of the heritage family« steht es nicht zuletzt als Anlaufstelle allen Interessenten auf der Suche nach internationalen Kontakten und Kooperationsmöglichkeiten offen. Für Deutschland sind die Informationen auch auf der Homepage des *Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz* (vgl. www.nationalkomitee.de/links/index.htm) einsehbar.





für zukünftige Generationen geschaffene Erinnerungsmale wie Denkmalbauten oder Denkmalanlagen und Denkmalskulpturen – zu schützen, sondern auch unscheinbare Zeugnisse, ja ganze städtebauliche Quartiere oder Siedlungen und Dorfkerne zu erhalten und in die Orts- und Landesplanung einzubeziehen.

Unter den grundlegenden Beiträgen zur Stärkung und Vereinheitlichung des denkmalpflegerischen Anliegens, die von Gremien der europäischen Politik in den Jahrzehnten seit dem Denkmalschutzjahr ausgingen, ist zunächst das »Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes Europas«, die »Granada-Konvention«, zu erwähnen, die 1985 vom Europarat zur Erhaltung des bau- und städtebaulichen Erbes verabschiedet wurde und mit der sich die Mitgliedsstaaten zur Einhaltung gewisser Mindeststandards in der rechtlichen, finanziellen und personellen Ausstattung der Denkmalpflege und zu gemeinsamen Schutzvorkehrungen gegen Denkmalgefährdungen verpflichten. Es folgte 1992 die Verabschiedung der »Malta-Konvention« von Valletta oder des »Europäischen Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes« (revidiert), das zum einen in seiner europaweit koordinierenden und Maßstäbe setzenden Intention an die Grundsätze der spanischen Vorgänger-Konvention zur Baudenkmalpflege anknüpft, zum anderen Belange der Bodendenkmalpflege beziehungsweise der archäologischen Denkmalpflege, wie es die Konvention von 1969 erstmals formuliert hatte, spezifiziert und aus einer gesellschaftlichen »Nischenposition« herausführt. Beide Konventionen bekräftigen die Einhaltung international anerkannter fachlicher Standards, darunter Aspekte des Umgebungsschutzes und der Information der Öffentlichkeit über konservatorische und archäologische Interessen, und betonen die besondere Denkmalverantwortung der Stadt- und Regionalplanung für die Erhaltung und Erschließung des architektonischen und archäologischen Erbes. Das 2000 in Florenz verabschiedete und 2004 in Kraft getretene »Europäische Landschaftsübereinkommen«, eine Art gemeinsame Kulturlandschaftspflegekonvention, und die beschlossene Rahmenkonvention des Europarats »Über die Bedeutung des kulturellen Erbes für die Gesellschaft« (2005) repräsentieren die wichtigsten denkmalpolitischen Beschlüsse in jüngster Zeit.

Hinzu kommen eine Vielzahl von Empfehlungen sowie Resolutionen und Deklarationen, mit denen der Europarat, die europäischen Konferenzen der Regierungschefs und Fachminister, das Europaparlament und die Europäische Kommission oder andere europapolitische Gremien seit vielen Jahren zur koordinierten Erhaltung und Erschließung des kulturellen Erbes aufrufen. Wenn nicht alles täuscht, liegen denkmalpolitische Beschlüsse auf europäischer Ebene wohl zu allen konservatorischen und archäologischen Teilaspekten und Teilinteressen vor, wie sie die nachstehenden Akteure und Netzwerke der Denkmalpflege auf europäischer Ebene vertreten. Die Resolution und Empfehlungen zur Bedeutung grenzüberschreitender »Kulturrouten« oder der zur touristischen Erschließung des Erbes fallen ebenso darunter wie Dokumente zum Schutz des baulichen Erbes des 20. Jahrhunderts und der Ingenieurkunst oder Warnungen vor umwelt- und denkmalgefährdenden Entwicklungen.

## *»Global Players« der Denkmalpflege auf europäischer Ebene*

Auf dem Feld der Denkmalpflege und Erbepflege haben sich nach 1945 etliche Einrichtungen, Vereinigungen und Netzwerke gebildet, die sich als weltweit ausgerichtete Akteure verstehen. Manche sind aus einem europäischen Kontext hervorgegangen und haben sich im Laufe der Jahre über die Grenzen des Kontinents hinaus entwickelt. Andere verfügen sozusagen aus historischen Gründen über einen regionalen Schwerpunkt in Europa oder über eine starke Bindung nach Europa beziehungsweise an ein europäisch geprägtes Denkmal- und Erbeverständnis. Etliche sind aus dem Umfeld der 1945 gegründeten und seit 1946 in Paris ansässigen *UNESCO* entstanden; die meisten besitzen eine längere Tradition, gehen auf die Jahrzehnte vor der Öffnung des Eisernen Vorhangs und der zügigen Osterweiterung der europäischen Staatengemeinschaft nach 1990 zurück. Wie die *UNESCO* (*United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation*) als Organisation der *Vereinten Nationen* für Bildung, Wissenschaft und Kultur und Kommunikation selbst keine eigene kontinentale Organisationsebene in oder für Europa kennt, verfügen auch weltweit agierende Institutionen der Denkmalpflege und des kulturellen Erbes in den seltensten Fällen über eine organisatorisch eigenständig ausgeprägte »Zwischenebene im europäischen Maßstab«. Sie sind unterhalb der internationalen Ebene im Weltmaßstab, nicht im kontinentalen Rahmen, sondern nur im Zuschnitt staatlicher Grenzen auf nationaler Ebene organisiert.

*UNESCO und Deutsche UNESCO-Kommission (DUK)*

Die *UNESCO* setzt sich aus fast 200 Mitgliedsstaaten zusammen und fördert als *UNO*-Organisation die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten Erziehung, Wissenschaft und Kultur. Auf dem Gebiet der internationalen Denkmalpolitik ist die *UNESCO* beispielsweise für die Handhabung der »Haager Konvention« (1954) zum Schutz von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten verantwortlich, wie überhaupt Aufgaben des internationalen Kulturgutschutzes zu einer Domäne der *UNESCO* als Ideenlabor für international verbindliche Normsetzungen geworden sind. Zu den wichtigsten denkmalbezogenen Aktivitäten der *UNESCO*, die zugleich ein ausgesprochenes Erfolgskapitel in der Geschichte der *UNESCO*-Programme repräsentiert, zählt sicher die Welterbepolitik, die von der 1972 verabschiedeten Welterbekonvention der *UNESCO* ihren Ausgang nahm. Ihr haben sich mittlerweile 183 Vertragsstaaten angeschlossen, darunter 1976 die Bundesrepublik Deutschland und 1989 die Deutsche Demokratische Republik. Mit weit über 800 Eintragungen aus fast 140 Ländern, darunter mehr als 640 Kultur- und etwa 160 Naturerbestätten sowie über 20 gemischte Stätten, sind mittlerweile alle Kontinente auf der *UNESCO*-Welterbeliste vertreten, wenngleich mit einer eurozentristischen Tendenz in der regionalen Verteilung. Die 1992 erfolgte Einrichtung eines eigenen *UNESCO*-Welterbezentrums mit Sitz in Paris spiegelt auch den immens gestiegenen Stellenwert der Welterbeangelegenheiten in der *UNESCO*-Kulturpolitik wider.





Die 1950 als Verein und Mittlerorganisation der auswärtigen Bundeskulturpolitik gegründete *Deutsche UNESCO-Kommission e. V. (DUK)*, in der 1990 auch die *UNESCO-Kommission der DDR* aufging, ist Koordinierungs- und Beratungsstelle für alle *UNESCO*-Programme in Deutschland und gibt die Zeitschrift *UNESCO heute* heraus. In dieser Funktion wirkt die Kommission auch bei der Umsetzung der *UNESCO*-Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Menschheit (Welterbekonvention) mit. Der 2001 gestartete Auf- und Ausbau eines Netzwerks *UNESCO-Welterbestätten Deutschland e. V.*, das sich insbesondere der Förderung eines denkmalverträglichen Kultur- und Städtetourismus verschrieben hat, oder die Einführung eines erstmals 2005 ausgerichteten »Deutschen Welterbestättentags«, der alljährlich Anfang Juni stattfindet, gehen auf Initiativen der Deutschen *UNESCO*-Kommission zurück. Im Jahr 2005 waren *UNESCO*-Kommissionen aus dem deutschsprachigen Raum gemeinsame Gastgeber einer *UNESCO*-Regionalkonferenz »Periodische Berichterstattung zum *UNESCO*-Welterbe in Europa« mit 75 Teilnehmern aus 40 europäischen Staaten, die in eine »Berliner Welterbe-Erklärung der *UNESCO*« (»Berlin Appeal«) zum aktuellen Stand des Welterbemonitorings (Periodic Reporting) und zur Entwicklung vorbeugender Strategien gegen Welterbekonflikte und Welterbegefährdungen mündete.

*Internationales Studienzentrum zur Konservierung und Restaurierung von Kulturgut – International Centre for the Study of the Preservation and the Restoration of Cultural Properties (ICCROM)*

Das auf Veranlassung der *UNESCO* seit 1956 in Rom aufgebaute Studienzentrum ist eine »zwischenstaatliche Einrichtung«, die der internationalen Gemeinschaft von über 100 Mitgliedsstaaten für Aufgaben der Konservierung und Restaurierung in der Denkmalpflege, in Museen und Sammlungen beziehungsweise Archiven dient. Deutschland ist seit 1964 an diesem internationalen »Forschungs- und Ausbildungszentrum« beteiligt. Im Mittelpunkt der Aktivitäten von *ICCROM* stehen Aus- und Weiterbildungskurse auf dem Gebiet der Restaurierung, der Auf- und Ausbau eines Informations- und Dokumentationsangebots sowie dessen Erschließung für Interessenten, anwendungsbezogene Untersuchungsprojekte und Forschungsbeiträge für Einzelfragen der Konservierungs- und Restaurierungspraxis, internationale Kooperationsprojekte und Gutachtertätigkeiten sowie Vermittlungsbeiträge zur Verbreitung des konservatorischen Anliegens und restauratorischer Kenntnisse für die interessierte Öffentlichkeit. Dem 25-köpfigen Expertenrat von *ICCROM* gehört gegenwärtig als deutscher Vertreter Dr. Stefan Simon an, der Leiter des Rathgen-Forschungslabors der *Staatlichen Museen zu Berlin/Stiftung Preußischer Kulturbesitz*.

Seit Verabschiedung der *UNESCO*-Welterbekonvention 1972 zählt *ICCROM* – wie auch der internationale Denkmalrat *ICOMOS* – zu den offiziellen Beratungsgremien (»advisory body«) der Welterbeversammlung und des Welterbezentrums der *UNESCO*. Wie die *UNESCO* auf anderen Feldern der Weltkulturpolitik und Welterbepolitik zielt auch *ICCROM* in seiner Ausbildungs-, Beratungs- und Forschungs- sowie Gutachtertätigkeit auf eine globale Wirkung, verfügt aber aufgrund

seiner Vorgeschichte und Standortentscheidung über besondere europäische Kompetenzen. Zu den wichtigsten traditionellen Kooperationspartnern von *ICCROM* zählt außer dem *Internationalen Museumsrat (ICOM)* vor allem der *Internationale Denkmalrat (ICOMOS)*.

*Internationaler Denkmalrat – International Council on Monuments and Sites (ICOMOS)*
Der als *ICOMOS* weltweit bekannte *Internationale Denkmalrat* gründete sich 1965 in Warschau aus dem Umfeld der *UNESCO*. Wie die *UNESCO* und der *Internationale Museumsrat ICOM* hat der *Internationale Denkmalrat* seinen Hauptsitz in Paris. Mit 10 000 persönlichen und institutionellen Mitgliedern in über 120 Nationalkomitees ist der *Internationale Denkmalrat* mittlerweile auf allen Kontinenten vertreten und verfügt für Einzelthemen der Denkmalpflege über mehr als 20 internationale wissenschaftliche Komitees sowie über feste Kooperationsbeziehungen zu spezialisierten Partnerorganisationen auf dem Gebiet von Denkmalschutz und Denkmalpflege, wie *The International Committee for the Conservation of the Industrial Heritage (TICCIH)* oder *The International Committee for Architectural Photogrammetry (CIPA)* und *International Working Party for Document and Conservation of Buildings, Sites and Neighbourhoods of the Modern Movement (DOCOMOMO)*.

*ICOMOS* versteht sich als NGO und NPO sowie als einschlägiger Fachverband von Experten und Sachverständigen der Denkmalpflege, wobei neben hauptberuflichen Konservatoren und Archäologen aus Denkmalbehörden vor allem auch Denkmalwissenschaftler aus Forschung und Lehre beziehungsweise aus dem Hochschulbereich vertreten sind und die Zahl der freiberuflich in der Denkmalpflege und Denkmalvermittlung tätigen Professionals im Zunehmen begriffen ist. Präsident von *ICOMOS International* ist seit einigen Jahren Prof. Dr. Michael Petzet aus München, zugleich amtierender Präsident des Deutschen Nationalkomitees von *ICOMOS*, der als Weltpräsident den *Internationalen Denkmalrats* auch in zahlreichen Gremien der auswärtigen Erbepolitik vertritt. Die Präsidenten beziehungsweise Vorstände aller europäischen *ICOMOS*-Nationalkomitees bilden zugleich eine der fünf Regionalgruppen des *Internationalen Denkmalrats*, die *ICOMOS Europe Group*. Deren letztes Jahrestreffen fand 2006 unter Beteiligung der Repräsentanten von 16 europäischen Nationalkomitees in Ungarn statt.

Seinen international verbindenden und verbindlichen Charakter verdankt *ICOMOS* nicht zuletzt seiner Funktion in den Welterbeangelegenheiten. 1972 verabschiedete die *UNESCO* die »Internationale Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit«, der in den folgenden Jahren die Bundesrepublik (1976), später auch die DDR (1989) sowie fast alle europäische Staaten beitraten. Als »advisory body« der *UNESCO* ist *ICOMOS* im Zuge von Nominierungsverfahren für die Evaluierung und Begutachtung von Welterbeanträgen zuständig sowie im Krisenfall für das Reactive Monitoring im Auftrag des *UNESCO*-Welterbezentrums in Paris. Im Übrigen besitzt der *Internationale Denkmalrat* eine lange Tradition des grenzüberschreitenden Meinungs- und Erfahrungstauschs in allen Fragen der Denkmalpflege, vor allem in Form von wissenschaftlichen Kongressen und Tagungen, Publikationen und Dokumentationen sowie Fachinformationen und der alle drei Jahre stattfinden Generalversammlung. Der bereits 1982 von *ICOMOS* ausgerufenen Internationale Denkmaltag oder »Weltdenkmaltag« (»international Day of Monuments and Sites«) – nicht zu verwechseln mit dem deutschen *UNESCO*-Welterbestättentag Anfang Juni – findet unter wechselnden Schwerpunktsetzungen alljährlich am 18. April statt. Er hat in Europa seit Einführung des »Europäischen Tages des offenen Denkmals« Anfang der neunziger Jahre an Stellenwert eingebüßt, stellt für Denkmalbehörden und Denkmalfreunde in vielen Ländern aber einen willkommenen Anlass dar, ihr gemeinsames Anliegen öffentlichkeitswirksam zu verbreiten.

Mit der bereits 1964 verabschiedeten »Charta von Venedig«, die Denkmalpflege-Empfehlungen einer bereits 1931 vom *Museumsamt* des *Völkerbunds* verabschiedeten »Charta von Athen« fortschreiben sollte, hat der *Internationale Denkmalrat* eine Art »Magna Charta der Denkmalpflege« verabschiedet und verbreitet. Sie hat im Laufe der Jahrzehnte als Grundsatzerklärung auf die Prinzipienbildung der internationalen Denkmalpflege prägenden Einfluss genommen. Ähnlich wie die *Völkerbund*-Charta von Athen der Zwischenkriegszeit – nicht zu verwechseln mit der ebenfalls »Charta von Athen« genannten Grundsatzerklärung des modernen Städtebaus, die der »CIAM« (»Congrès International d'Architecture Moderne«) 1936 an gleicher Stelle verabschieden sollte – entstand die *ICOMOS*-Charta von Venedig aus einer ausgesprochen europäischen Nachkriegsperspektive. Ihre Urheber und Erstunterzeichner entstammten der Denkmalpflegetradition und dem Konservatorendiskurs im europäischen Kontext, ihre Rezeption und Diskussion haben dennoch globale Kreise gezogen und weltweit Verbindlichkeit angenommen. Mit weiteren auf *ICOMOS*-Generalversammlungen verabschiedeten Grundsatzerklärungen, wie der *ICOMOS*-Charta von Florenz (1981) zur Gartendenkmalpflege, der *ICOMOS*-Charta von Washington (1987) zur städtebaulichen Denkmalpflege und der *ICOMOS*-Charta von Lausanne (1990) zur Bodendenkmalpflege, hat der *Internationale Denkmalrat* seine Positionen in den letzten Jahrzehnten ausdifferenziert und aktualisiert.

*Internationales Komitee zur Erhaltung des industriellen Erbes – The International Committee for the Conservation of the Industrial Heritage (TICCIH)*
Das unter der Kurzbezeichnung *TICCIH* bekannt gewordene *Internationale Komitee für Industriearchäologen, Industrie- und Technikhistorikern und -denkmalpflegern* wurde im Anschluss an die »1. Internationale Konferenz zur Erhaltung des industriellen Erbes« in Ironbridge, einer Wiege der industriellen Revolution und seit 1986 auch eingetragene Welterbestätte der *UNESCO*, im Jahr 1973 gegründet. Weltweit gehören der Gesellschaft neben individuellen Mitgliedern führende Industrie- und Technikmuseen an – wie in Deutschland das *Rheinische und Westfälische Industriemuseum* – aber auch Forschungs- und Hochschulinstitute, Einrichtungen der Denkmalpflege sowie ehrenamtlich aktive Initiativen und Vereine, wobei zahlenmäßig ebenfalls Europa deutlich überwiegt.

Internationale *TICCIH*-Konferenzen finden alle drei Jahre statt; das 14. Welt-*TICCIH*-Treffen im Jahr 2009 ist in Deutschland geplant. Das *TICCIH* kooperiert als Expertenorganisation auf dem Feld der Industrie- und Technikkonservierung mit dem *Internationalen Museumsrat (ICOM)* sowie mit *ICOMOS* und wird bei Bedarf auch beratend in Welterbeangelegenheiten für *ICOMOS* tätig. Deutschland ist in den internationalen Gremien von *TICCIH* unter anderem durch Helmuth Albrecht von der *Technischen Universität Freiberg* und Michael Mende von der *Hochschule für Bildende Künste Braunschweig* vertreten.

*Internationale Arbeitsgemeinschaft zur Dokumentation and Erhaltung von Bauwerken, Stätten und Wohnquartieren der Moderne – International Working Party for Document and Conservation of Buildings, Sites and Neighbourhoods of the Modern Movement (DOCOMOMO)*

Die unter dem Kürzel *DoCoMoMo* bekannt gewordene *Internationale Arbeitsgemeinschaft zur Erfassung und Erhaltung von Zeugnissen der architektonischen und städtebaulichen Moderne* wurde 1988 in den Niederlanden gegründet und ist seit 2002 in der Pariser *Cité de l'architecture et du patrimoine* (Palais de Chaillot) ansässig. Sie nimmt grenzüberschreitend Expertenfunktion bei der Bestandsermittlung und Anwaltsfunktion zur Bestandspflege von Bauzeugnissen der Zwischenkriegs- und zunehmend auch der Nachkriegsmoderne wahr. In dieser Eigenschaft ist *DoCoMoMo* auch ein wichtiger Partner des *Internationalen Wissenschaftlichen ICOMOS-Komitees zum Erbe des 20. Jahrhunderts (International Scientific Committee on Heritage of the 20th Century)*, etwa in der Begutachtung und Beobachtung von eingetragenen oder potenziellen *UNESCO*-Welterbestätten. *DoCoMoMo*-Arbeitsgruppen gibt es inzwischen in mehr als 50 Ländern, darunter das 2005 als eingetragener Verein rekonstituierte Netzwerk *DoCoMoMo Deutschland e.V.* mit Sitz am *Dessauer Bauhaus*. *DoCoMoMo* zählt mittlerweile rund 2000 Mitglieder, und wohl drei Viertel aller nationalen Arbeitsgruppen sind allein in Europa, der Türkei und Israel aktiv.

*Welt Denkmal Fonds – World Monuments Fund (WMF)*

Der *World Monuments Fund* – nicht zu verwechseln mit dem *Welterbefonds (World Heritage Fund)* für internationale Hilfsaktionen der *UNESCO* zur Rettung in Not geratener Welterbestätten in Entwicklungsländern – ist eine Non-Profit-Organisation und wirkt seit 1965 ausgehend von den USA als international aktive Fundraising-Gesellschaft auf dem Gebiet der Bau- und Kunstdenkmalpflege. Er hat seinen Hauptsitz in New York und ist international insbesondere durch seine 1995/96 – mit dem Gründungs- und Hauptsponsor *American Express* – gestartete Kampagne »World Monuments Watch« bekannter geworden. Alle zwei Jahre stellt der *WMF* die 100 meistgefährdeten Denkmale aus allen Teilen der Welt zusammen und wirbt um internationale Aufmerksamkeit, um publizistische und technische Unterstützung sowie finanzielle Hilfen. Neben der Bedrohung durch Kriege und Naturkatastrophen geht ein erhebliches Gefährdungspotential von der Unwissenheit, Vernachlässigung oder Gleichgültigkeit der verantwortlichen





Stellen, aber auch der öffentlichen Meinung aus. Ähnlich wie der seit 2000 alljährlich als Printversion und im Internet erscheinende *ICOMOS*-Weltschadensbericht »Heritage at Risk« setzt der *WMF* in erster Linie auf die mobilisierende, aber auch anklagende Wirkung, die von der weltweiten Veröffentlichung drohender Denkmalverluste für die Weltgemeinschaft als Erbengemeinschaft ausgeht. Drei Viertel der »100 Most Endangered Sites«, für deren Rettung der *WMF* in den letzten zehn Jahren Alarm geschlagen hat, sehen die Initiatoren auf einem guten Weg oder als gesichert an, ungeachtet mancher Langzeit-Gefährdungsfälle, die bereits zum wiederholten Mal verzeichnet sind.

Aus Sicht des vorliegen Berichts ist bemerkenswert, dass von den durch Abbruchpläne, schleichenden oder akuten Verfall sowie Kriegseinwirkungen und Katastrophen meist bedrohten Kunst- und Geschichtsdenkmalen immer wieder auch in Not geratene Denkmale »from good old Europe« für Negativschlagzeilen sorgten und Interventionen verlangten. Nicht nur der erhofften publizistischen und finanziellen Unterstützung wegen hat der *WMF* eine Europa-Dependance *(World Monuments Fund Europe)* mit Sitz in Paris eingerichtet. Er verfügt auch über aktive Arbeitsstellen beziehungsweise Zweigstellen in Frankreich, Großbritannien, Spanien und Portugal. In Deutschland wurde bisher nur die aufwändige Restaurierung des Augsburger Barock-Palais Schaezler vom *WMF* gefördert.

*Städtenetze*

Die meisten europäischen Städte, die ganz oder in Teilgebieten oder auch als Bestandteil einer Region beziehungsweise einer Kulturlandschaft in der Welterbeliste vertreten sind, sind zugleich Mitglied der interkommunalen Gemeinschaft von Welterbestädten, der *Organisation of World Heritage Cities (OWHC)*. Die Initiative zur Gründung dieser Vereinigung ging von einem ersten Treffen von Welterbestädten 1991 in Quebec (Kanada) aus und führte 1995 bei der Generalversammlung in Fez (Marokko) zur förmlichen Gründung des *Welterbestädtebunds*, dem inzwischen wohl mehr als 200 Mitgliedsstädte angehören, darunter aus Deutschland Lübeck, Bamberg, Quedlinburg, Stralsund/Wismar und Regensburg. Die Generalversammlung der *OWHC* tagt alle zwei Jahre. Seine Hauptaufgabe sieht die *OWHC* vor allem darin, die Richtlinien und Gedanken des Weltkulturerbes in den Städten zu verankern.

Der Schnittfläche von Denkmalkultur mit Stadtkultur sowie Bau- und Planungskultur widmet seit rund 30 Jahren auch das *Internationale Städteforum Graz (ISG) – Forum der historischen Städte und Gemeinden* (*International Forum of Towns* in Graz) sein Augenmerk, wobei ein Hauptfokus auf der »Europäischen Stadt« liegt. Insbesondere Welterbeangelegenheiten bieten immer wieder Raum für gemeinsamen Diskussionsstoff und für gemeinsame Kooperationsfelder. Vierteljährlich erscheint ein *ISG*-Magazin. Deutsche Mitglieder sind einzelne Kommunen aus Süd- und Westdeutschland. Graz ist seit 1999 in die *UNESCO*-Welterbeliste eingetragen und Standort von *Europa Nostra Austria*, das beim *Städteforum* residiert.

## *Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse auf zwischenstaatlicher Ebene*

*Europäische Arbeitsgruppe für EU-Richtlinien und Kulturerbe – European Working Group on EU-Directives and Cultural Heritage*

Denkmalschädliche oder denkmalgefährdende Einflüsse können – gewissermaßen als unbeabsichtigte Nebenwirkungen – auch von der Gesetzgebungspolitik der EU-Verordnungen und EU-Richtlinien ausgehen, etwa wenn europaweite Vorschriften oder Normierungen die Anwendung regionalspezifischer Handwerkstechniken, den Einsatz traditioneller Materialien und Materialverarbeitungen oder auch nur die Beibehaltung unzeitgemäßer Standards, wie sie für die historische und künftige Überlieferung des kulturellen Erbes oft unverzichtbar sind, erschweren oder gar ausschließen. Was droht, ist nicht nur eine Nivellierung und Einebnung der für Europas Erbe charakteristischen kulturellen und regionalen Vielfalt, sondern ein im Namen der europaweiten Vereinheitlichung und Modernisierung erzwungener Authentizitätsverlust, ja eine flächendeckende Durcherneuerung in Teilgebieten oder gar eine Art rationalisierter und pflegeleichter »Disneyland Culture«.

Mögliche Gefährdungen lauern – meist unerkannt und auch unbeabsichtigt von den jeweiligen Fachressorts und Fachgutachtern – in fast allen außerkulturellen Gesetzgebungs- und Normierungsverfahren, insbesondere von Bau- und Konstruktionsvorschriften, Energie- und Umweltstandards, Gesundheits- und Arbeitschutzverordnungen oder mittelbar von Vergabe- und Förderrichtlinien, die die Einhaltung »denkmalbeeinträchtigender Standards« zur Voraussetzung haben. Das gilt nicht nur für erforderliche Erneuerungen im Zuge einer umfangreicheren Denkmalreparatur oder Denkmalrestaurierung, sondern gelegentlich selbst für kleinere Pflege- und Ertüchtigungsmaßnahmen oder mittelbar für die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel und Genehmigungen. Rund drei Viertel aller europäischen Regelungen, so schätzt die Working Group, beinhalten denkmalbeeinträchtigende Teilvorschriften, etwa fünfzehn Prozent erachtet sie als unschädlich und nur zehn Prozent als uneingeschränkt denkmaldienlich.[2]

Die 2002 von ministerieller Ebene und aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich sowie von Nichtregierungsorganisationen gestartete Initiative gegen erbegefährdende und denkmalunverträgliche Gesetze, Richtwerte und Regelwerke innerhalb der EU zielt auf die Installierung einer dauerhaften »Gesetzesfolgenabschätzung für das kulturelle Erbe«, soll also ein denkmaldienliches Korrektiv in der ambivalenten Europäisierung der Rechts- und Gesetzeslandschaft sicherstellen. Ein vorbeugendes und flankierendes Monitoring sämtlicher Gesetze und Regelungen, deren Implementierung in der EU vorgesehen ist, soll frühzeitig unbeabsichtigte Gefahren für Kulturgüter und Kulturdenkmale signalisieren, um Alternativregelungen oder Ausnahmeregelungen rechtzeitig in den europapolitischen Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozess einbringen zu können *(European Cultural Heritage Observatory – ECHO*; nicht zu verwechseln mit dem 2002 gestarteten europaweiten IT-Projekt und Forschungsverbund *ECHO – European Cultural Heritage Online*). Dem maßgeblich von Norwegen und England initiierten gemeinsamen Sekretariat der *Working Group on the Consequences of EU Directives for the Protected European Heritage* gehören auch Vertreter aus der Tschechischen Republik, Finnland, den Niederlanden und Italien an, die aus weiteren Mitgliedsländern und Beitrittsländern unterstützt werden.

2 »An important job of the European Union is the protection of cultural heritage. Cultural heritage, after all, is a reflection on the identity of the different European nations. What's more, cultural heritage plays a significant role in the tourism and economic sectors. The European Union, likewise, has an important part to play in drawing up legislation, for example, with respect to the protection of the environment and the improvement of working conditions.Nevertheless, in a number of cases, legislation drawn up by the EU has – unwittingly – had a reverse effect on the safeguarding of Europe's cultural heritage.« (Mission Statement of the Working Group on EU Directives and Cultural Heritage)





*Europäischer Archäologie-Rat – Europae Archaeologiae Consilium (EAC)*

Die Fachgemeinschaft wurde 1999 von Vertretern der staatlichen Denkmalpflege aus 19 Ländern am Sitz des Europarats in Straßburg gegründet und will sich europaweit neuen Herausforderungen der Archäologie und Bodendenkmalpflege stellen. Angeregt vom *Verband der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland* und unterstützt von *English Heritage* sowie anderen öffentlichen Einrichtungen der archäologischen Denkmalpflege bildet der Rat unter dem lateinischen Namen *Europae Archaeologiae Consilium* ein europaweites Forum für eine engere und wirkungsvollere Kommunikation und Kooperation der nationalen Organisationen. Gegenüber der Europäischen Union und dem Europarat versteht sich *EAC* als Interessenvertretung und Beratungsgremium für die archäologische Denkmalpflege. Darüber hinaus ist der Rat als Initiator und Multiplikator auf dem Feld der Denkmalvermittlung und der grenzüberschreitenden Förderung des öffentlichen Interesses am gemeinsamen archäologischen Erbe in Europa aktiv.

*Europäisches Denkmalpflege-Forum – European Heritage Head Forum (EHHF)*

Auf Initiative von *English Heritage* und unterstützt von der *Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland* hat sich im April 2006 in London das *European Heritage Heads Forum (EHHF)* gebildet, eine Art europäische Amtsleiterkonferenz der Staatskonservatoren beziehungsweise Landeskonservatoren. Bei diesem ersten »Gipfeltreffen« der staatlichen Denkmalbehörden aus 23 Ländern, namentlich der Bau- und Kunstdenkmalpflege sowie der Garten- und Industriedenkmalpflege, wurden jährliche Arbeitstreffen an wechselnden Orten in Europa vereinbart. Ein weiteres Treffen des *EHHF* fand mit Unterstützung des *Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz* zur Leipziger Messe »denkmal 2006« statt. Bei dem Symposium zum Thema »Aktuelle Tendenzen im Umgang mit dem historischen Erbe in Europa« berichteten Vertreterinnen und Vertreter aus acht europäischen Ländern über richtungsweisende denkmalpflegerische Projekte und Prinzipien in ihrem Verantwortungsbereich. Die nächste Amtsleiterkonferenz der (zentral oder föderal organisierten) europäischen Denkmalbehörden wird im Mai 2007 in Prag stattfinden. Ein gemeinsames Sekretariat, das turnusmäßig alle drei Jahre

wechseln soll, steht bis auf weiteres bei *English Heritage* in London zur Verfügung. Für Deutschland sind Prof. Dr. Gerd Weiss, der Vorsitzende der *Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland*, und ihre Geschäftsstelle am hessischen Landesdenkmalamt als Kontaktstelle ansprechbar.

## *Förderprogramme, Kampagnen, Routen und Tage der offenen Tür*

In den letzten Jahrzehnten sind in Europa zahlreiche grenzüberschreitende Denkmalpflegeprojekte zwischen Nachbarstaaten entstanden. Manche haben sich bewährt und als dauerhafte Partnerschaften etabliert wie beispielsweise der 1987 gebildete *Arbeitskreis polnischer und deutscher Kunsthistoriker und Konservatoren*, dessen gut besuchte Jahrestreffen alternierend in beiden Staaten stattfinden und nach Möglichkeit in Druckform zweisprachig dokumentiert werden. Andere bi- und trinationale Projekte zu Einzelthemen sind durch europäische Förderprogramme oder kulturpolitische Schwerpunktkampagnen veranlasst oder stimuliert worden, wie das im Programm »KULTUR 2000« geförderte Flughafenprojekt »Europa der Lüfte«, das auf Initiative der französischen *Direction du Patrimoine*, des *Landesdenkmalamts Berlin* und von *English Heritage* drei denkmalgeschützte Flughäfen der dreißiger Jahre – Paris-Le Bourget, Berlin-Tempelhof und Liverpool-Speke – untersuchte und europaweit eine ganze Reihe von Denkmalen der Luftfahrtgeschichte und Partnerorganisationen in die Gesamtdokumentation einbezog (1999–2005). Abgesehen von einer mittlerweile kaum mehr übersehbaren Fülle von nachbarstaatlichen Kooperationsprojekten, wie sie sich etwa als bi- und trinationale Vorhaben in europäischen Grenzregionen zwischen Anrainerstaaten entfaltet und gelegentlich als Basis für dauerhafte Partnerschaften erwiesen haben, verdankt auch eine Vielzahl europaweit verzweigter Initiativen und Netzwerke ihre Entstehung und Verstetigung europäischen Förderprogrammen oder Schwerpunktkampagnen. Einige Netzwerkinitiativen, die von »KULTUR 2000« ihren erfolgreichen Ausgang genommen, dann aber in Ansätzen stecken geblieben sind, sollen in den kommenden Jahren reorganisiert werden wie die »europäische Jugendstilstraße« (Sezession, Art Nouveau, Modernisme o. Ä.) mit einem Hauptknotenpunkt in Barcelona.

*»Europa, ein gemeinsames Erbe« und »Jahr der Industriekultur« (1999/2000)*
Die zweite groß angelegte Aktion nach dem Denkmalschutzjahr 1975 war die Kampagne »Europa, ein gemeinsames Erbe«, die der Europarat und die Europäische Union 1999/2000 anlässlich des 50-jährigen Gründungsdatums des Europarats und zur 25-jährigen Wiederkehr des Denkmalschutzjahres starteten und die von der *OECD*, der *UNESCO*, dem *European Cultural Routes Institut* und der *Europäischen Stiftung für Denkmalschutzberufe* unterstützt wurde. Deutschland beteiligte sich mit dem »Jahr der Industriekultur 2000«, einem Thema, das teilweise auch in europäischen Nachbarstaaten aufgegriffen wurde. Zu den wirkungsvollsten Beiträgen einer dauerhaften, europaweiten Verknüpfung von Informationen, Organisationen und Einzelpersonen zählt wohl der Aufbau grenzüberschreitender Kulturrouten mit betont denkmalpflegerischer Ausprägung. Europäische Förderprogramme und Förderbedingungen haben deren Entstehung häufig erst ermöglicht oder später zu ihrer Verstetigung und laufenden Erweiterung beigetragen. Auch eine steigende Zahl virtueller Foren und Netzwerke verdankt europäischen Förderangeboten wichtige Impulse.





*Europäische Textilrouten – European Textile Routes (European Textile Network – ETN)*
Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hatte der Europarat in Straßburg ein Konzept zur Entwicklung europäischer Kulturrouten entworfen und erste Routen etabliert, unter anderem auch eine Seidenroute. Im Jahre 1993 übernahm das *Europäische Textil-Netzwerk (ETN)* die Trägerschaft für die Textilrouten des Europarats. Auch ein Internet-Projekt, das vom Kraftwerk des *Museums der Wissenschaften* in Terassa, Spanien, ausging und von der EU im Rahmen der »KULTUR 2000« erstmals unterstützt wurde, hat unter dem Titel »Virtuelle Reisewege zu Zeugnissen der Architektur, zu Kunst- und Designsammlungen aus der Zeit der Industrialisierung in Europa, am Beispiel des textilen Kulturerbes« wichtige Orte und Akteure im internationalen Maßstab zusammengebracht.

*Europäische Straße der Industriekultur – European Route of Industrial Heritage (ERIH)*
In Deutschland besonders bekannt geworden als Europa-Route sind die im letzten Jahrzehnt auf- und ausgebauten Reisewege zum industriellen Erbe, namentlich zu denkmalgeschützten Industrie- und Technikmuseen, die sich in unterschiedliche Regionalrouten und Themenrouten als Teilprogramme aufgliedern lassen. Eine Mehrzahl von Stationen und Partnern stammt aus Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden, des weiteren auch aus Frankreich, Belgien, Luxemburg und anderen Staaten. Geographische Schwerpunkt unter deutscher Beteiligung liegen vor allem in gemeinsamen Grenzregionen, wie Saarland-Lothringen-Luxemburg, Maas-Rhein oder in der Lausitz.

*Europäische Route der Backsteingotik (EuRoB) und Baltic Fort Route*
Ausgehend von den deutschen Hanse- und Welterbstädten Stralsund und Wismar befindet sich seit einigen Jahren eine Straße der Backsteingotik im Ostseeraum im Aufbau. Die zuständige EU-Kommission hatte bereits 2002 eine Förderung bewilligt, um 18 Städte aus sieben Ostsee-Anrainerstaaten in einem baltischen Kultur- und Tourismuspaket zu verbinden. Ebenfalls unter deutscher Beteiligung und auf den Ostseeraum konzentriert entsteht gegenwärtig die »Baltic Fort Route«, eine Straße zu 18 Zitadellen und Festungen in vier Ländern.

*Tag des offenen Denkmals – European Heritage Days (EHD)*
Der europäische Denkmalschutztag zählt zu den größten kulturpolitischen oder wenigstens erbepolitischen Erfolgen von Europarat und Europäischer Union. Jedenfalls dürfte die Veranstaltung zu den populärsten und meistbesuchten kultu-

rellen Aktivitäten zählen, die auf eine alljährlich wiederkehrende und europaweite Mobilisierung zu einem gemeinsamen Thema zielen. Kein anderes Kulturereignis wird von Bürgerinnen und Bürger stärker wahrgenommen und mehr mit Europa in Verbindung gebracht als die »European Heritage Days«, die von Jahr zu Jahr bei Veranstaltern und Gästen größeren Anklang finden. Seit 2006 ist *Europa Nostra* als internationale Koordinationsstelle tätig, ähnlich der *Deutschen Stiftung Denkmalschutz* als überregionale Anlaufstelle für das Bundesgebiet.

Die in Deutschland als »Tag des offenen Denkmals« am zweiten Wochenende im September begangenen »European Heritage Days« gehen auf einen Europaratsbeschluss aus dem Jahr 1991 zurück. Nach dem Vorbild Frankreichs, wo seit 1984 ein Tag des offenen Denkmals durchgeführt wird, und anderer europäischer Staaten sollten Denkmale in einer gemeinsamen Aktion für Besucher geöffnet und zugänglich gemacht werden (»Monuments' Open Doors«). Die von Beginn an durch die Europäische Kommission unterstützte Kampagne, an der sich Deutschland im größeren Umfang erstmals 1993 beteiligte, wird seit 1999 vom Europarat und der Europäischen Union gemeinsam ausgerichtet. Die anfänglich auf September terminierten und zeitversetzt in den Mitgliedsstaaten des Europarats ausgerichteten Denkmaltage finden mittlerweile im gesamten Zeitraum von August bis November statt und sind – in der Regel ohne gemeinsames Jahresthema – der Vielfalt des gemeinsamen europäischen Erbes gewidmet. Einen medienwirksamen Höhepunkt stellt die offizielle, im jährlichen Wechsel von einem der Mitgliedsstaaten ausgerichtete europäische Eröffnungsveranstaltung dar, zuletzt vom 21. bis 23. September 2006 in St. Petersburg. Inzwischen beteiligen sich alle 49 Unterzeichnerstaaten der Europäischen Kulturkonvention aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Aktionen. Schätzungsweise 20 Millionen Besucher haben zuletzt rund 30 000 Denkmale und historische Stätten in ganz Europa besucht.

### *Nicht-staatliche und nicht-gewinnorientierte Organisationen und Netzwerke*

Im Jahr 1996 erfolgte auf Initiative von *ICOMOS* und *Europa Nostra* die Bildung einer europäischen Kulturerbegruppe *(European Heritage Group – EHG)* als Zusammenschluss von rund einem Dutzend Nichtregierungsorganisationen, die europaweit führend zum Schutz und zur Pflege des kulturellen und natürlichen Erbes tätig sind. Die Expertengemeinschaft versteht sich als kollektive Interessenvertretung und als wichtiger Ansprechpartner zur Politikberatung für den Europarat und die Europäische Union sowie für die *UNESCO* und andere europäische oder internationale Gremien. Zugleich fungieren die Mitglieder der *EHG* als Multiplikatoren auf dem Gebiet der europäischen Erbepolitik. Ein Sekretariat der Erbegruppe ist bei *Europa Nostra* eingerichtet.

*Europa Nostra (EN)*

*Europa Nostra* kann als der führende europäische Dachverband nicht-staatlicher Organisationen des Landschafts- und Denkmalschutzes gelten. Als paneuropäischer Bund von Nichtregierungsorganisationen für das kulturelle Erbe entstand *Europa Nostra* bereits 1963 auf Initiative aus dem Europarat, zunächst mit Sitz in Paris, zählt also zu etablierten NGO-Akteuren der ersten Stunde auf dem Gebiet einer europaweiten Kultur- und Erbepflege. Ebenfalls aus dieser Anfangszeit stammt ein wissenschaftlicher Beirat, der sich insbesondere Fragen der Erhaltung und Erschließung militärhistorischer Zeugnisse im internationalen Maßstab verschrieben hat. 1991 erfolgte der Zusammenschluss mit dem bereits 1949 gegründeten *Internationalen Burgeninstitut (International Castles Institute)*.

Seit 1998 ist *Europa Nostra*, mittlerweile mit Sitz in Den Haag, als gesamteuropäische Dachorganisation auf dem Gebiet der Erbepflege auch von der Europäischen Kommission anerkannt. 2006 stellte Europa Nostra erstmals das internationale *Verbindungsbüro für die Europäischen Denkmalschutztage (European Heritage Days)* und nahm im Auftrag des Europarats und der Europäischen Union auch Koordinations- und Organisationsaufgaben wahr.

Aktuell sind weit über 200 Mitgliedsorganisationen in *Europa Nostra* zusammengeschlossen, davon etwa 15 aus der Bundesrepublik. Auch individuelle Mitgliedschaften sind möglich. Hinzu kommen als assoziierte Mitglieder etwa 170 institutionelle Förderer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, von denen immerhin über 50 aus Deutschland gemeldet sind, und weitere international tätige Sponsoren. Neben Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Sponsoringbeiträgen erhält *Europa Nostra* als Non-Profit-Organisation institutionelle und projektbezogene Zuschüsse aus öffentlichen Förderprogrammen. Im europäischen Council von *Europa Nostra* ist Deutschland unter anderem durch den Präsidenten von *Europa Nostra Deutschland e. V.*, Alexander Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Sayn, als einem der Vizepräsidenten vertreten und über die nationale Geschäftsstelle bei der *Deutschen Stiftung Denkmalschutz* erreichbar.

In der Regel vier Mal im Jahr erscheint der *Europa-Nostra Newsletter*. Des Weiteren bringt *Europa Nostra* Einzelveröffentlichungen zu aktuellen Spezialthemen heraus und als Periodica eigene Jahresberichte sowie die Reihe *European Cultural Heritage Review/Revue du Patriomoine Culturel Européen*, aber auch Dokumentationen der Jahrestreffen des bereits erwähnten Wissenschaftlichen Beirats (*Europa Nostra Scientific Bulletin*) sowie des alljährlichen *Europa Nostra* Wettbewerbes.

Grenzüberschreitend am meisten bekannt gemacht hat *Europa Nostra* sicherlich die bereits 1978 – im Nachgang zum Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 – gestartete Initiative zur Auslobung eines europäischen Denkmalschutz- und Erbepflege-Preises, seit 2002 »Preis der Europäischen Union für das Kulturerbe« (»European Union Prize for Cultural Heritage – Europa Nostra Award«), dessen Ergebnisse in eigenen Veröffentlichungen dokumentiert werden. Auch sind im Einzelfall Zuschüsse für Modellvorhaben aus einem Restaurierungsfonds möglich. In der Bundesrepublik wird *Europa Nostra* namentlich von der *Deutschen Stiftung Denkmalschutz* bei der Ausschreibung und Durchführung des »Europa Nostra Awards« unterstützt. Auszeichnungen sind derzeit in drei Hauptkategorien möglich, nämlich als

- Denkmalpflegepreise für vorbildliche Konservierungs- und Restaurierungsprojekte auf dem Gebiet der Baudenkmalpflege, der Gartendenkmalpflege und Kulturlandschaftspflege, der Kunstdenkmalpflege oder der archäologischen Denkmalpflege beziehungsweise Bodendenkmalpflege;
- Auszeichnungen für wegweisende und praxisrelevante wissenschaftliche Untersuchungen auf einem der vier o.a. Teilgebiete der Denkmalpflege;
- Ehrenmedaillen für Personen oder Gruppen, die sich um das Anliegen der Denkmalpflege und Erbepflege in besonderer Weise verdient gemacht haben.

*Europäischer Rat für das Dorf und die Kleinstadt – European Council for the Village and Small Town (ECOVAST)*
Dem Rat, der sich bereits 1984 bildete und heute über eine Website mit englischen, französischen, deutschen und russischen Beiträgen verfügt, gehören etwa 500 Mitglieder aus rund 20 Ländern an. *ECOVAST* versteht sich als eine interdisziplinäre Interessenvertretung, die sich in angelsächsischer Tradition der Erhaltung des gebauten und natürlichen Erbes verschrieben hat, also konservatorische und ökologische Schutzinteressen bündelt. Die 1994 verfasste und seit 1997 in mehreren europäischen Sprachen erhältliche »Strategie für das ländliche Europa« stellt eine Art Grundsatzprogramm von *ECOVAST* dar. Das 1996/97 nicht zuletzt mit Blick auf die Situation im östlichen Europa entstandene Handbuch »Heritage Trails« zählt zu den ersten Leitfäden und Ratgebern auf dem Gebiet der touristischen Vernetzung von diversen Denkmalorten im europäischen Maßstab. In Deutschland hat sich *ECOVAST* nicht zuletzt durch seine geharnischten Proteste gegen die Denkmal und Kulturlandschaft zerstörerische Auswirkungen des fortgesetzten Braunkohletagebaus einen Namen gemacht.

*Europäisches Forum der Erbe-Vereinigungen – European Forum of Heritage Associations (EFHA)*
Das *EFHA* bildete sich am 18. April 1990, also anlässlich des 1982 von *ICOMOS* eingeführten »Internationalen Weltdenkmaltages« (»International Day of Monuments and Sites«), in Rom als grenzüberschreitende Initiative von Freiwilligen (non-professionals) auf dem Gebiet des Kulturerbes. Im Zentrum des Netzwerks steht vor allem das ehrenamtliche Engagement für das archäologische Erbe, des weiteren auch für das architektonische Erbe und der Aufbau einer grenzüberschreitenden Informations- und Freiwilligenplattform sowie Austauschprogramme. Im übrigen besteht für hauptamtliche, staatliche und akademische Institutionen der Denkmalpflege und Erbepflege die Möglichkeit als assoziierte Mitglieder die grenzüberschreitende Arbeit des nicht-gewinnorientierten Netzwerks zu unterstützen.

*Europäisches Forum der Künste und des kulturellen Erbes – European Forum for the Arts and Heritage (EFAH)*
*EFAH* versteht sich als ein europäisches Netzwerk, das über 60 Mitglieder beziehungsweise Organisationen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene einschließt. Gestartet wurde der Zusammenschluss 1994 als kulturpolitische Plattform für europäische Fragen aller Kunstgattungen und Kunstschaffenden einschließlich der Sparte »Kulturelles Erbe«. Aus Deutschland sind unter anderem das *Haus der Kulturen der Welt* in Berlin und die *Kulturpolitische Gesellschaft* an dem Kunst- und Erbeforum beteiligt.





*Europäische Archäologen-Vereinigung – European Association of Archaeologists (EAA)*
Der 1994 als internationaler Zusammenschluss für Archäologen und Bodendenkmalpfleger gegründete Fachverband *EAA* zählt mittlerweile weltweit über 1000 Mitglieder aus mehr als vierzig Ländern. Die Vereinigung steht für Experten der Vor- und Frühgeschichte, der Mittelalter- und Neuzeitarchäologie sowie der Klassischen Archäologie offen. Zu einem wichtigen Höhepunkt haben sich die jährlichen Mitgliedertreffen beziehungsweise Jahreskonferenzen des *EAA* im internationalen Maßstab entwickelt. Im Jahr 1999 fand die *EAA* förmlich Anerkennung als Nichtregierungsorganisation mit Beratungsstatus (»consultative status«) des Europarats. Unter den vorrangigen fachpolitischen Vorhaben stand lange Jahre die Ratifizierung der 1992 verabschiedeten Europa-Konvention von Malta durch die Mitgliedsstaaten im Zentrum der Aktivitäten. Dreimal im Jahr erscheint die Zeitschrift *European Journal of Archaeology (EJA),* halbjährlich als Mitgliederrundbrief *The European Archaelogist (TEA)*. Seit 1999 verleiht die Assoziation einen »Europäischen Preis für das archäologische Erbe« (»European Archaeological Heritage Prize«) und seit 2002 einen Studentenpreis für den besten studentischen Beitrag auf den Jahrestreffen der EAA.

*Europäisches Forum der Verbände für industrielles und technisches Erbe – European Forum of Associations for Industrial and Technical Heritage (E-FAITH)*
Das seit knapp zehn Jahren im Aufbau befindliche Forum versteht sich als Plattform und Netzwerk von – haupt- und ehrenamtlichen – Technik- und Industriedenkmalpflegern und setzt sich unter anderem für ein »Europäisches Denkmalschutzjahr zur Erhaltung des industriellen und technischen Erbes« ein. Zuletzt hat das »Europäische Wochenendtreffen von Vereinen und Freiwilligen zum Erhalt des industriellen und technischen Erbes« im Oktober 2006 größere Resonanz gefunden.

*Netzwerk des europäischen Gartenerbes – European Garden Heritage Network (EGHN)*
Mit Unterstützung des europäischen Regionalförderprogramms »INTERREG« haben sich elf Partnerorganisationen aus Nordwesteuropa, namentlich aus Großbritannien beziehungsweise England, Frankreich und Deutschland sowie aus Belgien und den Niederlanden, mit über 20 Grünanlagen zu einem internationalen Gartennetzwerk zusammengeschlossen. Neben historischen Parkanlagen und Denkmalen der Gartenkunst sind auch historische Kulturlandschaften beziehungsweise Landschaftsausschnitte sowie und erhaltenswerte Zeugnisse der zeitgenössischen Garten- und Landschaftsarchitektur in dem Netzwerk vertreten. Ein

Teilergebnis dieser Initiative ist auch die »Straße der Gartenkunst zwischen Rhein und Maas«, an der rund 60 private und öffentliche Garteneigentümer mitwirken.

*Vereinigung bedeutender Friedhöfe in Europa – Association of Significant Cemeteries in Europe (ASCE)*
Die 2001 gebildete Vereinigung strebt ein europäisches Netzwerk historisch oder künstlerisch bedeutender Friedhöfe und friedhofsbezogener Einrichtungen an. Sie hat ihren Sitz derzeit in Bologna und mehr als 70 Mitglieder aus rund 15 Nationen, mehrheitlich kirchliche und kommunale Eigentümer oder deren Freundes- und Unterstützerkreise. Im Zentrum der Aktivitäten stehen fachliche und fachpolitische Initiativen zur Förderung der Friedhofsdenkmalpflege und der Denkmalvermittlung im Interesse der Sepulkralkultur. Die gut besuchten Jahrestreffen finden zu aktuellen Schwerpunktthemen an den verschiedenen Mitgliedsorten statt.

*Rettet Europas Erbe – SAVE Europe's Heritage*
Die aktive Kerngruppe für bedrohte Denkmale in Europa ist aus der Initiative »SAVE Britain's Heritage« hervorgegangen und hat ihren Sitz in London. Sie versteht sich als Anwalt eines erweiterten Denkmalbegriffs, der ausdrücklich gefährdete Zeugnisse der Alltagskultur und jüngeren Vergangenheit in seine Schutzbestrebungen einschließt. Die engagierte Gruppe ist in erster Linie publizistisch tätig (Presseinformationen), um auf konservatorische Not- und Missstände (Dokumentationen) international aufmerksam zu machen und konkrete Rettungsaktionen und Nachnutzungsperspektiven (Machbarkeitsstudien) einzuleiten.

## *Denkmalwissenschaft und Denkmalwirtschaft*

Für internationale Verflechtungen des Denkmalthemas oder auch von ethnischen Erbekonflikten, wie sie in Europa nicht zuletzt aufgrund historischer Grenzverschiebungen in den letzten Jahrhunderten oder infolge von Vertreibung und Wanderungsbewegungen des 20. Jahrhunderts ausgelöst wurden, seien an dieser Stelle zwei ganz unterschiedliche Beispiel angeführt. Das *Deutsche Kulturforum östliches Europa e. V.* widmet seine Arbeit dem gemeinsamen Erbe und deutschen Einflüssen in Mittel- und Osteuropa, um sich reflektiert und zukunftsorientiert mit kulturellen oder historischen deutschen Bezügen auseinander zu setzen. Auch der vom *Kulturforum* ausgelobte »Georg Dehio-Preis«, benannt nach dem aus Reval (Talinn) gebürtigen deutschen Kunsthistoriker und Wegbereiter der modernen Denkmalpflege Georg Dehio (1850–1932), fungiert in diesem Sinne als Instrument auswärtiger Kulturpolitik. Multikulturellen Wechselwirkungen der Denkmalkultur und Denkmalrezeption im Innern widmet sich hingegen ein kürzlich aus dem Institut für Stadt- und Regionalplanung an der *TU Berlin* initiiertes Studienprojekt »das fremde erbe«. Am Beispiel Berliner Denkmale und historischer Stätten geht das Projekt der Frage nach, ob und wie das historische und kulturelle Erbe aus der Perspektive von Migrantinnen und Migranten Möglichkeiten der kulturellen Aneignung oder





Teilhabe eröffnen beziehungsweise welchen Anteil »deutsches« oder einheimisches Kulturerbe zur Identitätsbildung von Einwanderergruppen aus Frankreich, Vietnam und der Türkei oder Spätaussiedlern leisten kann.

*Europäisches Kulturerbe online – European Cultural Heritage Online (ECHO)*
Als interdisziplinärer und internationaler Verbund von kulturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Sammlungen und Forschungseinrichtungen wurde 2002 das europäische Online-Projekt *ECHO* gestartet. Zu den Initiatoren zählen 16 Einrichtungen aus 9 europäischen Ländern. Das Projekt soll zur Strukturierung der *European Research Area (ERA)* beitragen und das kulturelle Erbe Europas im Internet zusammenführen sowie allgemein für Interessenten zugänglich machen.

*Netzwerk europäischer Architekturhistoriker – European Architectural History Network (EAHN)*
Am Rande der Denkmalpflege angesiedelt sieht sich das *Netzwerk europäischer Architekturhistoriker*, das 2005 aus der bereits 1940 gegründeten und vorwiegend im angelsächsischen Raum aktiven *Society of Architectural Historians* initiiert wurde. Mit Konferenzen – im Januar 2006 in Berlin –, internationalen Treffen und problemorientierten Besichtigungsreisen sowie einer Website und Mailinglist will das im Aufbau befindliche Netzwerk vor allem die Information und Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Lehre stärken.

*Europäische Bautechnologie-Plattform/Schwerpunktbereich Kulturerbe – European Construction Technology Platform/Focus Area Cultural Heritage (EACT-FACH)*
Die europäische bau- und konstruktionstechnologische Plattform hat sich vor dem Hintergrund der gewaltigen Förderanstrengungen der EU auf dem Gebiet der Bauforschung und Bautechnologie gebildet. Zwischen 2007 und 2013 sind immerhin vier Teilprogramme in Höhe von mehr 50 Milliarden Euro eingeplant, die auch Aufgaben der Technologieforschung und -entwicklung sowie des Technologietransfers im Sektor Denkmalpflege beziehungsweise Erbepflege zugute kommen sollen. Die Kooperationsplattform umfasst insbesondere Hochschulen, öffentliche und private Forschungseinrichtungen sowie Bauunternehmen, Ingenieurbüros und Behörden. Mit der Einrichtung eines speziellen *Forschungssegments Kulturerbe* (*Focus Area Cultural Heritage – FACH*), dessen Interessenten und Mitwirkende sich im Mai 2006 zu ihrer 5. Sitzung in Prag trafen, werden Forschungs- und Förderinteressen auf diesem Gebiet abgeklärt und Möglichkeiten für gemeinsame Initiativen und Kooperationen ausgelotet. Einzelvorhaben können Gegenstand in einer ganzen Reihe von thematischen *FACH*-Arbeitsgruppen (*FACH Working Groups*) sowie *FACH*-Querschnittsarbeitsgruppen (*FACH Horizontal Groups*) sein. In diesem Sinne bildet die Plattform also auch eine Schnittfläche der förderpolitischen und denkmalpolitischen Lobbyarbeit auf europäischer Ebene ab.

Ein Hauptaugenmerk gilt denkmalrelevanten Umweltschutz- und Energiesparthemen sowie der Abwehr umweltbedingter Gefährdungen des kulturellen

Erbes, also auch Risikovorsorge- und Katastrophenschutzmaßnahmen. Im übrigen decken die sieben Teilgebiete, auf die sich *ETCP-FACH* konzentriert, auch Fragen des Denkmalmonitorings und Denkmalmanagements, des Einsatzes denkmalgerechter Materialien sowie denkmalverträglicher Konservierungs- und Restaurierungstechnologien, des Schutzes archäologischer Denkmale und Kulturlandschaften, zukünftiger Aufgaben der städtebaulichen Denkmalpflege sowie neuer Aus- und Weiterbildungserfordernisse ab.

Auf nationaler Ebene besteht eine »German Construction Technology Platform« (»GCTP«) mit sieben Arbeitsgruppen, darunter eine *AG Kulturerbe* (Kontakt und Ansprechpartner: *Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung*), die sich als Mittler zwischen Wissenschaft, Forschung und Bauwirtschaft begreift und die Belange der Architekten, Ingenieure, Denkmalpfleger, Handwerker, Restauratoren und Wissenschaftler in den europäischen Forschungsgremien vertreten will. Aus Sicht der deutschen *FACH*-Arbeitsgruppe stellt die gezielte Förderung innovativer und zerstörungsfreier Untersuchungstechnologien, bestandsschonender und nachhaltiger Reparatur- und Erhaltungsstrategien sowie ökonomischer und effektiver Managementpläne ein wichtiges Desiderat dar.

*Europäische Union des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe – European Association of Craft, Small and Medium Sized Enterprises*
Der Kulturausschuss der *Union Europèenne de l'artisanat et des petites et moyennes enterprises* (*UEAPME*) widmete sich verschiedentlich auch ausbildungs- und beschäftigungspolitischen Fragen auf dem Gebiet des Kunstgewerbes und Denkmalhandwerks. Mit seiner internationalen Pilotstudie zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Restaurierung des Kulturerbes öffnete er schon in den späten neunziger Jahren den Blick für kulturökonomische und arbeitsmarktpolitische Potenziale des Bau- und Denkmalhandwerks und der Denkmalrestaurierung.

*Europäischer Dachverband der Denkmalrestauratoren-Organisationen – European Confederation of Conservator-Restorers' Organisations (E. C. C. O.)*
Der europäische Zusammenschluss von Denkmalrestauratoren-Verbänden geht auf eine französische Anregung zurück (1989) und erfolgte unter deutscher Beteiligung (*Arbeitsgemeinschaft der Restauratoren – AdR*; *Deutscher Restauratoren-Verband – DRV*; heute *Verband der Restauratoren – VDR*) im Jahr 1991. Als Berufsverband setzt sich die *E. C. C. O.* vor allem für die Qualitätssicherung in der Denkmalrestaurierung (Berufstitelschutz) und Restauratorenausbildung auf europäischer Ebene ein. Der Restauratorenverband ist assoziiertes Mitglied von *ICCROM* und Gründungsmitglied der *European Heritage Group*.

*Europäisches Netzwerk der Denkmalrestauratoren-Ausbildung – European Network for Conservation-Restoration Education (ENCoRE)*
Der Zusammenschluss von Hochschulen, Fachhochschulen, Akademien und Universitäten mit Ausbildungsgängen der Restaurierung erfolgte 1997, auch auf





Anregung des europäischen *Denkmal-Restauratoren-Bundes E. C. C. O.*, um Forschungs- und Ausbildungserfordernisse auf dem Gebiet der Denkmalrestaurierung international abklären und gemeinsame Anliegen gebündelt vertreten zu können. Derzeit zählt *ENCoRE* etwa 30 Mitgliederinstitutionen, eine Hand voll assoziierte Einrichtungen sowie rund 20 Partnerorganisationen, die gemeinsam ein europäisches Netzwerk der führenden akademischen Ausbildungs- und Forschungsstätten der Denkmalrestaurierung repräsentieren.

*»denkmal – Europäische Messe für Restaurierung, Denkmalpflege und Stadterneuerung«*
Seit 1994 findet alle zwei Jahre die europäische Denkmalmesse in Leipzig statt. Unter ihrem Dach finden nationale und internationale Experten der Denkmalpflege sowie Restauratoren, Architekten und Planer, Bauingenieure genauso wie Kunsthistoriker, Handwerker, Kommunalpolitiker, Baustoffhersteller, Bauherren, Investoren und Eigentümer eine besondere Begegnungsmöglichkeit. Die »denkmal« ist nicht nur das einzige Spezialforum dieser Art für Anbieter denkmalbezogener Produkte, Technologien und Dienstleistungen, das sich zusehends internationalisiert und insbesondere nach Mittel- und Osteuropa geöffnet hat. Vielmehr bietet die »*denkmal*-Messe« mit einem dichten und weitgefächerten Begleitprogramm von Fachkonferenzen, Vorträgen und Vorführungen, Kolloquien und Diskussionsrunden sowie Besichtungsterminen und einer Börse verkäuflicher Denkmalimmobilien auch eine ausgezeichnete Plattform der Denkmalinformation und einmalige Kontaktmöglichkeit für haupt- und nebenamtliche Denkmalpfleger sowie für Denkmalinitiativen und ihre Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

## *Europa – ein gemeinsames Label für unser Erbe?*

Das zusammenwachsende und sich erweiternde Europa misst Bau- und Geschichtsdenkmalen als Teil des kulturellen Erbes hohe Bedeutung bei. Mehr noch als politische, administrative und ökonomische Tendenzen der Vereinheitlichung ist es ja die gemeinsame historische und kulturelle Prägung, die Europa – die Menschen, Regionen und Staaten – verbindet.

Unter den erbepolitischen Initiativen, die in nächster Zeit auf der Agenda der europäischen Gremien stehen, rangiert sicher die Anregung, ein europaweites Denkmal-Label einzuführen, an oberster Stelle. Für Diskussionsstoff, auch erhebliche Kritik, sorgt nicht nur die offenbar touristisch und fremdenverkehrwirtschaftlich motivierte Variante, dem Erfolg der *UNESCO*-Welterbestätten sozusagen mit einer eurospezifischen Variante nachzueifern, sondern es bestehen darüber hinaus auch generelle Vorbehalte gegen eine weitere Hierarchisierung der europäischen Denkmalbestände beziehungsweise gegen eine Privilegierung international bedeutender Kunst- und Geschichtszeugnisse und die indirekt damit verbundene Herabstufung lokal, regional und national wertvoller Denkmale und Denkmalensembles. Die Sorge oder gar Erfahrung, dass mit der gesellschaftlichen Aufmerk-

samkeit und Anerkennung auch der Fokus öffentlicher Förderprogramme und bürgerschaftlichen Denkmalengagements sich verstärkt einer »Champions League« europäischer Spitzendenkmale zuwenden und die Breite des baulichen und archäologischen Erbes vernachlässigen könne, scheint jedenfalls nicht von der Hand zu weisen zu sein. Die Skepsis wendet sich gegen eine Nachahmung – und mögliche Entwertung – des bewährten *UNESCO*-Welterbestätten-Programms im europäischen Raum, der ohnehin mit weitem Abstand die meisten eingetragenen Weltkulturerbestätten aufweist, die wiederum für eine Zertifizierung als Denkmale und Stätten von europäischer Bedeutung als gesetzt gelten müssten, also nur bestehende Auslesemechanismen verstärken dürften.

Vorschläge, die Auszeichnung einer europäischen Denkmalplakette auch für immaterielle oder für zeitgeschichtliche und zeitgenössische Kulturleistungen vorzusehen sowie auf historische Stätten und Ereignisse zu erweitern – etwa auf Stationen und Orte des europäischen Einigungsprozesses – scheinen nur bedingt tauglich als Unterscheidungsmerkmal zur *UNESCO*-Welterbepolitik, die sich ja längst das dokumentarische und geistige Erbe (intangible cultural heritage) auf die Fahnen geschrieben hat, und schon gar nicht als europaspezifisches Alleinstellungsmerkmal. Andere Überlegungen, wie sie zuletzt von deutscher Seite zur Diskussion gestellt wurden, etwa das Europa-Label grundsätzlich nur für Denkmale von grenzüberschreitendem Charakter (»Eiserner Vorhang«), für internationale Denkmalzusammenhänge (Olympische Stätten der Antike und der Neuzeit) oder auch transnationale Kooperationszusammenhänge zum Denkmalthema (»Straße des sozialen Wohnungsbaus«) vorzusehen, haben bislang keine umfassende Zustimmung erfahren – und das, obwohl gerade die als Pilotprojekte für ein EU-Label angedachten Monumente (und selbstredend prominente *UNESCO*-Welterbestätten) wie Cluny (Frankreich) oder die Akropolis (Griechenland) als Leitbauten für einen grenzüberschreitenden Verbund von europäischen Bettelordenkirchen oder für ein europäisches Netzwerk antiker Stadtkronen beziehungsweise für eine wirkungsgeschichtlich angelegte Verknüpfung von Akropolis- und Tempelmotiven in der europäischen Architekturgeschichte (etwa bis nach »Spree-Athen«) prädestiniert wären und damit den Leitgedanken eines gemeinsamen kulturellen Erbes in Europa besonders sinnfällig repräsentieren und besonders wirkungsvoll in die Öffentlichkeit der Mitgliedstaaten transportieren könnten.

Kritiker sehen zudem aber auch konservatorische und archäologische Grundwerte der bisher auf europäischer Ebene praktizierten Denkmal- und Erbepolitik in Frage gestellt. Waren doch gerade das Europäische Denkmalschutzjahr und die von Europarat und Europaparlament lancierten Kampagnen und Konventionen ein Multiplikator, ja ein Motor zur Verbreitung und Verallgemeinerung eines erweiterten Denkmalbegriffs, der weit über die Monumente von europäischem Rang hinaus auf städtebauliche Ensembles und Quartiere oder Bau-, Boden- und Gartenzeugnisse der Alltagsgeschichte zielte. Diese Hinwendung von den Leuchttürmen der europäischen Kunstgeschichte zum historisch geprägten Umfeld der Bürgerinnen und Bürger sowie die Einbeziehung unscheinbar wirkender oder



massenhaft auftretender Teilbestände des kulturellen Erbes waren ja eine entscheidende Grundlage für den unerhörten Erfolg und die Popularität, derer sich die europäische Denkmalpolitik der letzten Generation bei den Menschen erfreute. Die bewusste Begegnung mit einem allgemein wertgeschätzten Erbe im eigenen Alltag und Lebenszusammenhang lässt sich nicht durch den – womöglich virtuellen – Besuch europaweit anerkannter und ausgezeichneter Reiseziele und Sehenswürdigkeiten ersetzen.

Dringlicher oder mindestens so vordringlich wie eine denkmalpolitische Excellenz-Initiative zur Ermittlung und Förderung von Kulturdenkmalen oder historischen Stätten von europäischer Bedeutung schiene eine Gefahrenanalyse für unser Kulturerbe und die Erstellung eines Katasters bedrohter Denkmale und Gedenkorte im europäischen Maßstab. *Wer nämlich das gemeinsame Erbe um der kulturellen Vielfalt und kulturellen Identität Europas Willen bewahren will, wird nicht nur dem Bedeutungsgrad, sondern vor allem dem Gefährdungsgrad unserer Denkmale mehr Aufmerksamkeit wünschen.* Not tut eine europäische Denkmalpolitik, die unersetzlichen Verlusten an unverzichtbaren Denkmalbeständen – etwa im ländlichen Raum oder in wirtschaftlich und demographisch schrumpfenden Städten und strukturschwachen Regionen – vorbeugt und drohende Schäden in Grenzen hält, wie sie nicht zuletzt im Gefolge europaweiter und globaler Strukturveränderungen zu beobachten sind. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es europaweit grenzüberschreitender und solidarischer Kraftanstrengungen bedürfen, um allen wesentlichen Facetten unseres gemeinsamen Erbes in Europa eine Zukunft eröffnen zu können.

Christiane Ziller

# *Europa wächst von unten*

## *Einblick in soziokulturelle Aktivitäten mit europäischem Charakter*

Am 1. Februar 2007 beschloss der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit den Beitritt Deutschlands zum »*UNESCO*-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«. Die Konvention, der bis Ende Januar bereits 43 Staaten weltweit beigetreten waren, trat am 18. März 2007 in Kraft.

Bei den Verhandlungen über die Konvention, die am 20. Oktober 2005 mit deren Verabschiedung durch die 33. *UNESCO*-Generalkonferenz erfolgreich beendet wurden, sprach die Europäische Union mit einer einzigen Stimme und konnte so erstmals als gewichtige Akteurin bei Verhandlungen im Rahmen der *UNESCO* auftreten.

Die Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt zählen auch zu den Gründungsprinzipien der Europäischen Gemeinschaft. Doch kulturelle Vielfalt ist nicht nur zu schützen und zu erhalten, sondern auch zu vermitteln. Wie wichtig, notwendig und zugleich schwierig dies ist, zeigt nicht zuletzt das (vorläufige) Scheitern des europäischen Verfassungsprozesses. Europa ist weit entfernt von einer gemeinsamen Identität, seine BürgerInnen verfügen kaum über Kenntnisse anderer als der eigenen Kultur(en). Gleichzeitig haben in der jüngsten Vergangenheit kulturelle Aspekte als Mittel der Ab- und Ausgrenzung enorm an Bedeutung gewonnen, als Ausdruck nationaler Identität, vor allem im Zuge der Demokratisierung Ost- und Mitteleuropas, aber auch in den sogenannten Parallelgesellschaften et cetera. Kulturelle Vielfalt als Bereicherung zu erleben, zu akzeptieren und aus der Vielfalt heraus Werte und Formen des gemeinsamen Zusammenlebens zu entwickeln bedarf der konkreten eigenen Begegnung mit den jeweils anderen im angstfreien Raum.

Möglichst konkrete und vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und des Austausches zu schaffen – dazu sind die Soziokulturellen und Kulturzentren Eu-

ropas besonders geeignet. Weit über 1 000 solcher Einrichtungen in neun Staaten vertritt allein das *ENCC*, das *European Network of Cultural Centres*. Das Spektrum ihrer Erscheinungsformen, Arbeitsweisen und lokalen Bedingungen könnte kaum breiter sein. Doch alle sind traditionell offen für Neues und Anderes, für künstlerische Selbstverwirklichung und Grenzüberschreitung.

Brücken zu bauen und selbst Brücke zu sein ist das zentrale Prinzip von Soziokultur – zwischen Sparten und Generationen, zwischen Ressorts und Kulturen, zwischen Stadt und Land, Ost und West, Individuum und Gemeinschaft. Die Soziokulturellen Zentren arbeiten lokal mit den Menschen, die um die Zentren herum und mit ihnen leben, und sie holen die Welt ins Haus. Bei ihnen steht die Begegnung mit internationaler Kunst traditionell im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Diskussionen. Obwohl sie von Land zu Land recht unterschiedlich arbeiten, engagieren sie sich überall für die Selbstbestimmung der/des Einzelnen und sozialer Gruppen und insbesondere für die Wahlfreiheit künstlerisch-kultureller Aktivitäten. Soziokulturelle Zentren sind Labore für ein funktionierendes und alltägliches Miteinander im europäischen Haus, sie sind die Staubkörnchen, um die herum sich die Eisblumen bilden – Kristallisationskerne kultureller Vielfalt und interkulturellen Dialogs.

Bei der Verwirklichung dieser meist selbst gestellten Aufgabe nutzen sie das ganze Spektrum von Themen, Genres, Formaten und Organisationsweisen, dass ihnen zur Verfügung steht: Tagungen, Festivals, bilaterale und multilaterale künstlerische Kooperationsprojekte, Mitarbeiteraustausch et cetera. Für einige Kulturzentren bildet europäische Zusammenarbeit den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten, andere widmen ihr Teilbereiche. Neben kontinuierlicher Zusammenarbeit gibt es viele temporäre Projekte. Einige Zentren stellen ihre für solche Zwecke bestens geeignete Infrastruktur als Aufführungsorte für Projekte zur Verfügung, die von Dritten erarbeitet wurden. Nicht selten laufen all diese Aktivitäten in ein und demselben Zentrum. Manchmal werden sie durch die EU gefördert, oft jedoch funktionieren sie ohne jede Unterstützung aus Brüssel.

Es wäre selbst dann unmöglich, alle Aktivitäten mit europäischem Charakter auch nur aufzuzählen, wenn hier mehr Platz zur Verfügung stünde. Denn niemand führt darüber Buch, zumal diese Arbeit Teil des Selbstverständnis der Akteure ist und sie daher selbst wenig Aufhebens darum machen. Die folgenden Beispiele sollen und können nur einen Einblick verschaffen in die Breite und Vielfalt europäischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Kunst und (Sozio-)Kultur, wie sie von Soziokulturellen Zentren und ihren Netzwerken erbracht wird.

Dass es auch jenseits der Kulturzentren, in Kunst- und Musikschulen, theater-, tanz- und medienpädagogischen Einrichtungen, in Museen und Nachbarschaftszentren, in Kultur-, Forschungs- und Bildungsinstituten, bei kirchlichen Trägern und von einzelnen Künstlerinnen und Künstlern et cetera eine Vielzahl von Aktivitäten gibt, sei hier der Vollständigkeit halber noch konstatiert. Nicht selten ermöglichen erst Kooperationen zwischen mehreren Akteuren vor Ort, dass die Projekte überhaupt stattfinden können, wie auch einige der folgenden Beispiele belegen.





### *Tagungen*

Diese klassische Form des Meinungsaustauschs, der Weiterbildung und Kontaktpflege ist im europäischen Kontext stark vertreten. Im April 2006 veranstaltete zum Beispiel die *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* in Kooperation mit dem *European Network of Cultural Centres (ENCC)* und dem dänischen Partnerverband *HUSE I DANMARK* eine Tagung, auf der 60 TeilnehmerInnen aus elf Nationen über den Umgang mit kultureller Vielfalt und Differenz diskutierten. (Dokumentation unter www.encc.eu und www.soziokultur.de) Diese Tagung war Teil einer Kongress-Reihe, die vom *ENCC* seit 1996 unter dem Namen »Shortcut Europe« durchgeführt wird, manchmal mit, manchmal ohne finanzielle Unterstützung der EU. Weitere Themen waren »Culture and Democracy« (Kopenhagen 1996), »Culture and Conflict« (Weimar 1999) und »Culture and City« (Brüssel 2000), im Mai 2007 folgt »Culture and Experience Economy«, erneut in Kopenhagen.

Eine Variante des Tagungsformates sind Partnerbörsen oder Projektmessen. Sie dienen vorrangig der Präsentation eigener Projekte, dem Erfahrungsaustausch und der Kooperationsanbahnung. So brachte zum Beispiel die »1. Europäische Projektmesse Kultureller Zentren« im November 2006 VertreterInnen von über 30 Kulturzentren aus 16 Nationen – darunter neun osteuropäischen – in Wien zusammen.

Veranstaltet werden Tagungen und Kongresse aber nicht nur von nationalen oder europäischen Verbänden. Auch regionale Verbände wie der *Landesverband Soziokultur Hamburg* (»Kultureller Reichtum durch Europa – Potenziale und Perspektiven von Stadtteilkultur im Vergleich«, Hamburg 2005, mit besonderem Fokus auf Finnland, Polen, Schweden und Russland) oder Soziokulturelle Zentren wie das *Lagerhaus Bremen* (»Projektbörse 2006« anlässlich der 30-jährigen Städtepartnerschaft Bremen-Danzig, veranstaltet in Kooperation mit der Pommerschen Stiftung *Sloneczik* mit dem Ziel einer dauerhaften Zusammenarbeit von NGOs in den Bereichen Kultur, Ökologie, Bildung, Sport et cetera) wählen diese bewährte Form, die zwar für die VeranstalterInnen recht aufwendig ist, den übrigen TeilnehmerInnen aber in kurzer Zeit eine Fülle von Kontakten und Informationen vermittelt.

### *Festivals*

Eine andere große und weit verbreitete Veranstaltungsform, die über einen relativ kurzen Zeitraum viele KünstlerInnen und BesucherInnen zusammenführt und Einblick gibt in vielfältiges künstlerisches Schaffen, sind Festivals. Wenn es die finanziellen Möglichkeiten erlauben, finden sie – meist jährlich – immer wieder statt. Festivals mit europäischem Charakter werden von einzelnen Einrichtungen veranstaltet, wie zum Beispiel das Kinofestival »Der Neue Heimatfilm« auf der Burg Klempenow in Mecklenburg-Vorpommern, das 2005 eine künstlerisch-dokumentarische Auseinandersetzung mit dem Leben im ländlichen Raum beiderseits der Oder bot. Oder das »Arts festival« des *Hungary Institute of Culture*, das 2006 etwa 200 KünstlerInnen aus sechs europäischen Ländern mit 4000 Besuchern zusammenbrachte.

*Künstlerische Kooperationsprojekte*

Schwerpunkt der soziokulturellen Aktivitäten mit europäischem Charakter sind natürlich Kunst- und Kulturprojekte. Die Palette ihrer Erscheinungsformen ist breit: Es gibt solche, die in Deutschland stattfinden und sich mit europäischem Kulturgut befassen, solche, die Künstlerinnen und Künstler aus dem europäischen Ausland einladen, oder solche, die vor Ort gemeinsam mit KünstlerInnen mit Migrationshintergrund erarbeitet werden; es gibt bilaterale, trilaterale und multilaterale Projekte; sie finden im Inland, grenzüberschreitend oder im Ausland statt; es gibt alle Genres und Sparten; mal steht der gemeinsame Arbeitsprozess, mal die wissenschaftliche oder gesellschaftspolitische Auseinandersetzung und mal die Präsentation von Kunst im Vordergrund. Es gibt Soziokulturelle Zentren, für die europäische Zusammenarbeit konstitutiv ist, andere widmen sich ihr in Teilbereichen, wieder andere führen aus speziellen Anlässen temporäre Projekte durch. Die folgende Auswahl kann nicht mehr als einen kleinen Einblick geben und will Lust machen, sich selbst die Szene zu erschließen.

*Fotowettbewerb »24 hours at home in Europe«*

Dieses Projekt, das der *Schlachthof Bremen* vom September 2006 bis Februar 2007 in Kooperation mit dem Netzwerk *Trans Europe Halles (TEH)* und seinen 38 Mitgliedseinrichtungen durchgeführt hat, widmet sich dem heutigen soziokulturellen Alltag in verschiedenen Ländern und Regionen Europas. Fotografen in Deutschland, Ungarn, Österreich, Spanien, Italien, Irland, Belgien, Finnland, Dänemark und Schweden, Litauen, Estland, Frankreich, Polen, den Niederlanden, Serbien und Russland, Künstler und Amateure, haben mit je einem Foto pro Stunde alltägliche und ungewöhnliche Ereignisse festgehalten und so eine Landkarte des soziokulturellen Lebens in Europa zusammengetragen. Eine Jury prämierte die besten drei Serien, in einer Ausstellung im Bremer Rathaus und im Internet wurden alle Einsendungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Möglich wurde dieses Projekt nicht zuletzt durch die finanzielle Unterstützung des *Fonds Soziokultur*, des Bremer Kultursenators, der *Sparkasse Bremen* und von Privatunternehmen; Förderung seitens der EU gab es nicht.

*»Literature across frontiers«*

Anders dieses Projekt, an welchem unter anderem das *Latvian Literature Centre Riga* beteiligt ist und das Literatur und Literaten aus Lettland, Estland, Polen und Tschechien zusammenbringt. Es wäre wohl ohne die finanzielle Unterstützung durch die EU – konkret das Programm »KULTUR 2000« – nicht zustande gekommen.

*»Wir spielen Europa«*

Sehr grundsätzlich setzte sich das Soziokulturelle Zentrum *Haus Steinstraße* in Leipzig mit dem Thema Europa auseinander: Aus Anlass der ersten EU-Osterweiterung widmete es sein Jahresprojekt 2004 der Beantwortung von Fragen wie:





»Was bedeutet für uns Europa? Meinen wir den Kontinent oder die Europäische Union? Verbinden wir mit Europa einen bestimmten Kulturkreis oder eine aus leidvoller Erfahrung geborene Utopie friedlichen Zusammenlebens? Wird das christliche Abendland nicht auch determiniert durch heidnische, jüdische und islamische Einflüsse? Sind kulturelle und kulinarische Bereicherungen aus vielen Ländern Europas nur angenehme Begleiterscheinungen oder für viele von uns das eigentlich Wichtige daran? Welche Bilder und Geschichten existieren in den Köpfen unserer Mitmenschen, welche Hoffnungen und Befürchtungen hegen sie? ...«

Im Zentrum des Projektes stand die Entwicklung eines vielseitig einsetzbaren Arbeitsmaterials, das nicht nur während der Entwicklungsphase, sondern auch darüber hinaus vor allem Kindern und Jugendlichen den Zugang zu den Kulturen Europas erleichtern sollte. Alle 45 geografisch zu Europa gehörenden Länder wurden einbezogen, ihre Botschaften und Konsulate angeschrieben und um Zusendung von Broschüren und Tageszeitungen gebeten, private Materialien ausgetauscht, das Internet zur Recherche genutzt. So entstand das »Europa-Info-Center« – ein Turm mit 48 Schubladen, die Informationen zu jedem Land enthielten, zu den verschiedenen Sprachen und zur Europäischen Union. In den so genannten Länderboxen fanden sich am Ende Märchen neben Kochrezepten, Angaben zur Geschichte und Kultur, Münzen und Urlaubsfotos, Karten und Fahrkarten und vieles mehr. Für den geografischen Überblick wurde eine große Europakarte geschaffen, welche die Flaggen und Autokennzeichen der Länder, die Grenzen und die wichtigsten Städte enthielt. Zur schnellen und übersichtlichen Information entstand ein Set von Wissenskarten mit den wichtigsten statistischen Angaben wie Größe, Einwohnerzahl, ethnische Zusammensetzung und Sprachen. Und es wurden auch Hymnen und charakteristische Musikstücke gesammelt, damit der akustische Eindruck nicht fehlt.

Die Beschäftigung mit Europas Völkern und Kulturen wurde auch in den öffentlichen Raum getragen, auf die Leipziger Buchmesse, in die Promenaden des Hauptbahnhofs, in den Zoo und schließlich ins *Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst*. Den Abschluss bildete ein europäischer Weihnachtsmarkt im Dezember, bei denen unter anderem die gesammelten Rezepte ausprobiert wurden.

Innerhalb des Projektes wurden zudem die »hauptamtlichen EuropäerInnen«, die Europaabgeordnete aus Sachsen, um Erlebnisse und Kuriosa aus ihrer Arbeit gebeten. Heraus kam ein durchaus repräsentatives Bild der »menschlichen Seite des europäischen Gedankens«, das für das Zusammenleben und Zusammenwachsen, für gemeinsame Grundrechte und die Überwindung bürokratischer Hemmnisse warb.

Die Ergebnisse des vom Regierungspräsidium Leipzig und vom *Fonds Soziokultur* geförderten Projektes sind in einem »45 länder buch« eindrucksvoll zusammengefasst. Interessierte Vereine sowie Pädagoginnen und Pädagogen können die Kartensets mit den Flaggen aller europäischen Länder sowie die dazugehörigen Wissenskarten zur Gestaltung mit ihren eigenen Bildern und Geschichten nachnutzen. (www.haus-steinstrasse.de)

*»Mission Europe« – Positionen Junger Kunst zu Europa*
Der *e-werk weimar e. V.* ist ein Dachverein für Künstler, Kulturschaffende und Kultureinrichtungen in Weimar und Jena, die sich zusammengeschlossen haben, um auf dem Gelände der ehemaligen Elektrizitätswerke eine »Kulturinsel« zu etablieren. Zu ihren Angeboten gehören tägliches Programmkino, europäische Festivals, Ausstellungen, Theaterperformances, Symposien, Workshops, Vorlesungen und interaktive Medienperformances. »Mission Europe« ist die Entwicklung und Präsentation einer multidisziplinären Wanderausstellung zur Auseinandersetzung junger Künstler mit dem Gebilde »Europa«. Der Weg dorthin führt über einen Wettbewerb, ein Symposium und Recherchereisen durch verschiedene Länder des Balkans. Das Spektrum der Exponate reicht von Videoperformance über Sound-Komposition, diverse Mixed Media Installationen, serielle Fotografien bis zum Dokumentarfilm. Das Projekt wird gefördert vom *Fonds Soziokultur*, vom Land Thüringen, von der *Landeszentrale für politische Bildung*, dem *Goethe-Institut Sarajevo* und vielen anderen. Internationale Kooperationspartner des *E-Werk-Vereins* sind die Kulturorganisation *La Friche la Belle de Mai* (Marseille/Frankreich) und der Kunstverein *COMMBO* (Krakow/Polen). (www.missioneurope.info)

*M 21 unterwegs*
Die Spezialität der unabhängigen *Künstlerinitiative M 21* aus Langenbroich, Österreich, ist Kunst(-intervention) im öffentlichen Raum. Dafür setzen sie sich selbst und andere grenzüberschreitend in Bewegung. Mit einem multimedial ausgestatteten Bus werden verschiedene Länder Europas (Finnland, Frankreich, Tschechien) bereist, um dort eigene Projekte und Künstler zu präsentieren. Im Frühjahr 2006 ging die Fahrt mit der russisch-österreichischen Künstlerin Lena Lapschina unter Mitwirkung junger tschechischer KünstlerInnen nach Dlouhá Chvíle (CZ), wo ein kommentierter Rundgang mit einem Kunstwissenschafter auf dem Programm stand. Im Interesse eines niederschwelligen Zugangs wurde die Reise im Stil von Werbefahrten beworben. Der Fahrpreis betrug nur 1,99 Euro, kostenlos gab es 1 Kilo Cukr (Zucker) pro Ehepaar und einige Überraschungen. Die dabei entstandenen Videoaufnahmen wurden mit denen von einem Kontrastprogramm in Österreich kombiniert und alles gemeinsam im Langenbroicher *KunstKeller* auf einer Podiumsdiskussion mit Kunstwissenschaftlern öffentlich präsentiert und diskutiert.

*Internationales Theaterprojekt »Q4 – imitation of life«*
In einer bulgarisch-deutschen Koproduktion des Internationalen Theaterproduktionsteams *goltz+silber* mit dem *Dramatischen Theater Varna* und dem *Schlosstheater Moers* unter Beteiligung des *Nationaltheaters Sofia*, des *Schauspiels Köln*, des *Forums Freies Theater Düsseldorf* und des *Theaterhauses Jena* entstand eine »theatrale Expedition« in den Alltag und die Schicksale von Menschen zwischen Duisburg und Varna in Zeiten gesellschaftlichen Wandels. Einer der Aufführungsorte war das Soziokulturelle Zentrum *Ringlokschuppen* in Mühlheim/Ruhr, das sich selbst als Ort europäischer und internationaler Kunst einen Namen gemacht hat, nicht zuletzt mit dem 2006 der Türkei, Polen und Italien gewidmeten Festival »melez – Suchbewegung der Kulturen und Festival der Künste«.





*»Arte Faktum« – berufliche Bildung im europäischen Ausland*
Abschließend noch ein Beispiel für temporäre Projekte im Bereich Bildung und Arbeitsförderung: Vom Oktober 2006 bis zum März 2008 vermittelt die Berliner Kulturinitiative *Förderband e.V.* im Rahmen des Projektes »Arte Factum« Praktikumsplätze für Berliner Kulturmanager und Veranstaltungstechniker – beziehungsweise solche, die es werden wollen – im europäischen Ausland. Konkret gibt es Partnerinstitutionen in Lyon (FR), Firenze (IT), Sofia (BG), Belfast (UK), Barcelona (ES), Kaunas (LT) und Wrocław (PL). Träger des aus dem »Leonard-Programm« der EU geförderten Projektes ist die *Gesellschaft für Europabildung*, ein langjähriger Kooperationspartner vom *Förderband e. V.*, zu dessen wesentlichen Schwerpunkten die Verbesserung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderung und sozialen Schwierigkeiten zählt. Das Projekt stärkt die berufliche Mobilität der TeilnehmerInnen, verbessert ihre Chancen auf den (Wieder-)Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt, vermittelt interkulturelle Kompetenz aus erster Hand und trägt bei zur Entstehung einer europäischen Bürgergesellschaft.

*Ständige Aktivitäten*

Neben diesen temporären Projekten gibt es unter den Soziokulturellen Zentren und Vereinen auch einige, die sich kontinuierlich teilweise oder ganz der europäischen und internationalen Zusammenarbeit widmen, zum Beispiel:

*Kulturgut Schloss Bröllin*
Mitten im Niemandsland des deutsch-polnischen Grenzgebietes liegt Bröllin, ein 800 Jahre altes Gut. 1992 von Künstlerinnen und Künstlern gegründet, ist es heute ein international bekannter Ort für Theater, Tanz und künstlerische Jugendprojekte (mit TeilnehmerInnen aus Lettland, Estland, Litauen, Norwegen, Ungarn, Österreich, der Slowakei, aus Tschechien und Polen sowie aus der Region), der auch für alle anderen Künste und für Aus- und Weiterbildung offen steht. Es gibt Workshops, Festivals, Symposien, Produktionen, Koproduktionen, Produktionsförderung; der Kreativität sind dabei auch bei der Finanzierung der Projekte keine Grenzen gesetzt. Die EU fördert die Aktivitäten aus verschiedenen Programmen (unter anderem »Pomerania«, »Interreg IIIA« und »Jugend für Europa«).

Durch ständigen Austausch und Kontaktpflege hatte Bröllin sich schon lange einen Namen in Polen gemacht. Aus dieser Partnerschaft heraus wurde 2005 ein deutsch-polnisches Begegnungszentrum gegründet. Wer von den Brölliner Projekten berichtet, gerät leicht ins Schwärmen. Zum Beispiel vom Installationskunst-Festival »Graspiloten« (2005), wie oft ein Hybrid aus Symposium, offenem Atelier und Performance, diesmal zum Thema Kunst in der Landschaft. Oder vom Jugend-Projekt »PLANET«, in dessen Rahmen 44 Jugendliche aus fünf EU-Natio-

nen im Juli 2006 eine multidisziplinäre Performance über das »Leid der Mutter Erde« an den von Menschen geschaffenen Umweltproblemen erarbeiteten. Oder von dem »Castle of Imagination«, welches in Kooperation mit dem Künstlerhaus *OFFicyna Szszecin* entstand und im September 2006 sowohl in Bröllin als auch in Szszecin zur Aufführung kam. Ziel dieses Projektes war, weite Teile der Bevölkerung mit der modernen Kunstform Performance bekannt zu machen. Am Symposium zum »Castle« waren je 15 Deutsche und Polen beteiligt, an der Performance dazu außerdem KünstlerInnen aus Frankreich, Ungarn, Finnland, Russland, Großbritannien, Spanien und der Slowakei, aus Israel und sogar aus Singapur.

Aus dem reichen Programm für 2007 sei hier nur das inzwischen schon »8. deutsch-polnische Jugendmusical« erwähnt. (www.broellin.de)

*DIA (Mainz) und VerdensKulturCentret (Kopenhagen)*

Europa ist nicht nur geprägt durch die Vielfalt der Kulturen in den jeweiligen nationalen Grenzen, sondern auch durch die Vielfalt der Kulturen seiner Migrantinnen und Migranten. Viele soziokulturelle Zentren innerhalb und außerhalb Deutschlands befördern das Zusammenwachsen Europas, indem sie sich vor Ort für ethnische Minderheiten und Migrantenkulturen engagieren. Stellvertretend seien hier zwei Vereine genannt:

Für den rein ehrenamtlich geführten *DIA Verein für Kultur und Migration e.V.* – die Abkürzung steht für »Deutschland Innen und Außen« – ist die Förderung des künstlerisch-kreativen Dialogs zwischen den Kulturen Programm. Hier werden MigrantInnen und Deutsche gleichermaßen als Kulturschaffende einbezogen, die vielfältige Kultur der MigrantInnen wird dialektisch sowohl als eigenständig als auch als integriert wahrgenommen. »7 Dimensionen« heißt das aktuelle Projekt des Vereins, bei dem sieben Mainzer Ganztagsschulen verschiedener Schultypen sich kreativ mit den kulturellen Hintergründen von acht in Deutschland vertretenen Migrantengruppen – darunter fünf europäische – auseinandersetzen. Dabei werden die SchülerInnen durch je eine/n KünstlerIn, fast alle mit Migrationshintergrund, in die sieben Sparten bildende Kunst, Musik, Medien, Theater, Literatur, Film und Tanz eingeführt. Aktionswochen und Praktika an kulturellen Schau- und Arbeitsplätzen begleiten das Projekt, das zunächst auf zwei Jahre angelegt ist. Vorausgegangen ist ein Jahr, in dem sich die sieben KünstlerInnen ihrerseits mit den acht zu behandelnden Ländern sowie mit den Unterrichtsformen im PISA-Siegerland Finnland vertraut gemacht haben. Das Projekt soll mit einer gemeinsamen Kunstaktion in einem Museum abgeschlossen werden.

Das *VerdensKulturCentret – WeltKulturZentrum* – in Kopenhagen nutzen rund 200 ortsansässige ethnische Vereine, die insgesamt 80 Nationalitäten repräsentieren. Das Zentrum ermöglicht Kulturaktivitäten in allen Sparten, mit einheimischen und ausländischen KünstlerInnen. Die Vereine übernehmen selbständig die Verantwortung für das Programm aus Vorlesungen, Konzerten, Ausstellungen et cetera. Im Café des Hauses gibt es wöchentlich Weltmusikkonzerte und Filmvorführungen, und es werden Speisen aus aller Welt serviert.





*Barnimer Alternative (Strausberg b. Berlin)*

Die *Barnimer Alternative (BA)* gibt der Soziokultur in Strausberg ein Dach und den Jugendlichen eine Stimme. Sie ist jedoch kein reiner Jugendverein, sondern vereint Jung und Alt bei Kunst- und Kulturangeboten vielerlei Art. Mittelpunkt ist der denkmalgeschützte alte Gutshof, der zum Kultur- und Bildungszentrum ausgebaut wird. Der Verein betreibt eine Galerie, eine Freie Schule – einschließlich Gymnasialstufe – und ist Träger der Musik- und Kunstschule *TonArt*.

Europäische und internationale Zusammenarbeit gehörte von Beginn an dazu. Eines der ersten Projekte der *BA* war 1991 ein Hilfskonvoi nach Lettland, seit 1998 ist internationaler Jugendaustausch eine feste Größe in der Vereinsarbeit. Über die Jahre führten die Projekte deutsche Jugendliche mit solchen aus Polen, Frankreich, Rumänien und Ungarn zusammen, aber auch aus afrikanischen Ländern wie dem Senegal. Seit 2001 kommen nun kontinuierlich Jugendliche unter anderem aus Polen, Rumänien, Italien und Frankreich im Rahmen des europäischen Freiwilligendienstes für jeweils ein Jahr nach Strausberg, um dort zu leben und im sozialen und kulturellen Bereich zu arbeiten. Inzwischen beteiligen sich viele Anrainer-Vereine an dem Projekt, die Kulturen der Freiwilligen werden immer breiter in den Strausberger Alltag getragen. Es gibt heute einen eigenen Trägerverein, die *Barnimer Alternative* ist ständiger Kooperationspartner und nimmt als Gastorganisation immer mehrere Jugendliche auf.

*Ein – zugegeben subjektives – Fazit*

Zumindest aus der Perspektive der Soziokultur kann man konstatieren, dass in vielen Ländern Europas eine europäische Zivilgesellschaft wächst, die sowohl vor Ort als auch grenzüberschreitend agiert, in der Dialektik aus selbstbewusster eigener kultureller Identität und Interesse und Offenheit für die der anderen. Anzahl, Intensität und Reichweite europäischer (Kultur-)Projekte scheinen zu steigen, ebenso das Interesse an länderübergreifender Vernetzung.

Für viele, auch für Akteure der Soziokultur, ist Europa aber noch immer vor allem weit weg und ein Gebilde aus Bürokratie und Wirtschaftslobbyismus. Andere pflegen lieber ihre ethnischen Vorurteile, als sich selbst ein Bild zu machen. Und wieder andere haben mangels materieller oder Bildungsvoraussetzungen gar nicht die Möglichkeit dazu. Zu lange hat die Politik den subjektiven Faktor beim Bau des europäischen Hauses vernachlässigt. Deshalb und auf lange Sicht braucht die europäische Zivilgesellschaft Förderung, strukturell und finanziell. Hier haben EU und nationale Regierungen schon viel geleistet, wie auch einige der beschriebenen Beispiele zeigen. Viel mehr ist aber noch nötig und auch möglich, wenn einige Aspekte beachten werden:

1. Damit die europäische Zivilgesellschaft weiter wachsen und sich stabilisieren kann, braucht sie vor allem kleinteilige und niedrigschwellige Aktivitäten, die breiten Kreisen der Bevölkerung persönliche Erfahrungen durch Begegnungen, Austausch und gemeinsame Projekte ermöglichen.

2. Damit die europäische Zivilgesellschaft nicht nur die Gebildeten und Eingeweihten erreicht, muss bei der Förderung dringend Bürokratie abgebaut werden. Der Verwaltungsaufwand ist selbst für erfahrene Projektmanager oft zu hoch, sowohl bei der Beantragung (circa vier Wochen Arbeitszeit für einen Antrag, oft ohne nennenswerte Chance auf Bewilligung) als auch bei der Durchführung und Abrechnung.
3. Eines der größten Probleme ist die fehlende Planungssicherheit. Durch die üblichen Bewilligungen lange nach dem eigentlichem Projektbeginn und durch die sehr späte Zahlung der letzten Rate (erst nach abgeschlossener Prüfung, was ein bis zwei Jahre dauern kann), entstehen bei vielen Trägern unvertretbare Risiken und Finanzierungslücken, die nicht selten mit privaten Krediten oder Bürgschaften aufgefangen werden müssen. Ein absolut kontraproduktiver Zustand!
4. Die Zeitabläufe bei der Förderung sind offenbar nur an den Bedürfnissen der Brüsseler Entscheidungsträger ausgerichtet. Sie berücksichtigen kaum oder gar nicht die Besonderheiten kreativer Prozesse (Eigendynamik, Vielsprachigkeit, Vorrang der Prozesse vor den Produkten, Unberechenbarkeit der Ergebnisse et cetera) gerade bei grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten!
5. Hinzu kommen die Besonderheiten von Non-Profit-Aktivitäten (in vielen Fällen bestehen bei den Trägern prekäre Arbeitsverhältnisse, es gibt gravierende Verfahrensunterschiede bei der nationalen Kofinanzierung, der in Form von Geld zu erbringende Eigenanteil ist oft zu hoch, ebenso die geforderten institutionellen Voraussetzungen), die viel stärker berücksichtigt werden müssten.
6. Die europäischen Verbände und Organisationen müssten bei ihrer Vernetzungsarbeit kontinuierlich und institutionell gefördert werden, vor allem, wenn sie damit anderen die Durchführung eigener Projekte ermöglichen oder sie dabei unterstützen.
7. Und die Förderung sollte nicht an den Grenzen der EU Halt machen. Auch solche Projekte sind im Interesse der EU, nicht nur wegen des gedeihlichen Zusammenlebens mit Vertretern anderer Kulturkreise innerhalb Europas, sondern weil oft Zusammengehörigkeit erst erlebt wird im gemeinsamen Kontext mit anderen.

Die beschriebenen Beispiele sollten belegt haben, dass Soziokulturelle Zentren und vergleichbare Einrichtungen wegen ihres interdisziplinären, interkulturellen Normalbetriebs, der zugleich auf Prozess und Präsentation ausgelegt ist, für die weitere Ausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft einen oft wenig spektakulären, aber nachhaltigen Beitrag leisten. Auch das sollte von den nationalen und europäischen Institutionen stärker als bisher gewürdigt werden..



Rolf Witte

# *Auf der Suche nach dem »Praxisfeld Kulturelle Bildung« in der EU*

Wenn es schon kein offizielles »Politikfeld Kulturelle Bildung« in der Europäischen Union gibt, gibt es dann wenigstens ein »Praxisfeld Kulturelle Bildung« in der EU?

Dass es in allen Mitgliedsländern der EU eine ungeheuere Vielzahl von Ansätzen und Formen kultureller Bildungspraxis auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gibt, das ist offensichtlich:

- Die *Yehudi Menuhin Stiftung* bringt mit ihrem Programm »mus-e« (www.menuhin-foundation.com) in 14 europäischen Ländern KünstlerInnen regelmäßig in die Schulen;
- die »creative partnerships« (www.creative-partnerships.com) sorgen in Großbritannien für intensive Kooperationen von Kultureinrichtungen mit Schulen;
- schon seit langem gibt es in den nordeuropäischen Ländern Berufsgrundbildungsjahre mit künstlerischen Ausbildungsinhalten zur Neuorientierung von SchulabbrecherInnen;
- in Deutschland erreichen TheaterpädagogInnen sowohl in Theaterpädagogischen Zentren wie in Landes-, Staats- und Freien Theatern unterschiedlichste Zielgruppen;
- intensiv sind in Europa die Spielmobile verschiedenster lokaler und nationaler Ausprägung vernetzt, die mit ihren spielpädagogischen Angeboten oftmals die Allerjüngsten in kulturell unterversorgten Stadtteilen erreichen (www.spielmobile.de);
- viele Opernhäuser in Europa haben ansprechende Konzepte für die Aktivierung ihres jungen Publikums entwickelt und tauschen ihre Erfahrungen in einem europäischen Netzwerk regelmäßig aus (www.reseo.org);
- unzählige Kulturzentren, die mit den verschiedensten konzeptionellen Ausrichtungen europaweit intensiv an einem Kultur- und kulturellen Bildungsan-

gebot für alle in ihren Stadtteilen und Kommunen arbeiten, haben sich in mehreren Netzwerken zusammengeschlossen und praktizieren intensive Kooperationen (z. B. www.eunetart.org, www.encc.eu);

- lokale Kunst- und Jugendkunstschulen aus den verschiedensten Ecken Europas mit den unterschiedlichsten Zielgruppen und Konzepten haben sich erst vor kurzem zu einem europaweiten Netzwerk zusammengeschlossen (*arts4all – European Arts Schools Network*);
- Kinder- und Jugendmuseen erfreuen sich nicht nur in Deutschland zunehmender Beliebtheit, sondern sind schon lange auch auf europäischer Ebene eng miteinander verknüpft (www.hands-on-europe.net);
- junge TheaterautorInnen treffen sich regelmäßig im Rahmen von *Interplay Europe* (www.interplay-europe.de);
- europaweit haben sich Kinder- und Jugendzirkusse zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, um zum Beispiel jungen Freiwilligen die Chance zu geben, bei einem Partnerzirkus einen Europäischen Freiwilligendienst abzuleisten und damit gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen dem Entsende- und Empfangs-Zirkus zu befruchten (www.nicecircus.net).

Schon die in dieser unvollständigen Auflistung sichtbar gewordene Anzahl von europaweiten Zusammenschlüssen und Netzwerken signalisiert deutlich, dass Kulturelle Bildung nicht nur auf lokaler, regionaler und nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene durchaus ein Thema ist, wenn auch nicht auf der Agenda der Gremien und Strukturen, die auf europäischer Ebene politische Verantwortung tragen.

Die KollegInnen der Praxis, aus Einrichtungen, Initiativen, Kulturhäusern, Vereinen und Verbänden, nutzen schon viele Jahre die europäische Dimension in ihren kulturellen Bildungsangeboten. Künstlerische Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen, internationale Koproduktionen von Ensembles befreundeter Kulturhäuser, grenzüberschreitende Projekte in allen Kunstsparten mit öffentlichkeitswirksamen Abschlusspräsentationen in einem oder allen beteiligten Partnerländern gehören für viele kulturpädagogisch Tätige schon lange zum festen Jahreszyklus und bereichern so die eigene lokale und regionale Arbeit.

So vielfältig wie die Kooperationsformen, so vielfältig sind auch die Organisationsformen der binationalen oder europaweiten Zusammenarbeit: vom regelmäßigen Festival, in dessen Umfeld intensive Workshops zum Erfahrungsaustausch stattfinden, über informelle Netzwerke bis hin zu europäischen Ablegern von internationalen Organisationen, wie zum Beispiel *INSEA Europe* (www.insea.europe.ufg.ac.at). Aber auch Zusammenschlüsse von Ausbildungseinrichtungen für künstlerische Berufe haben sich auf europäischer Ebene schon lange fest etabliert, wie zum Beispiel die *European League of Institutes of the Arts* (www.elia-artschools.org), in der circa 360 Ausbildungseinrichtungen zusammengeschlossen sind.

Nicht zu finden sind auf europäischer Ebene jedoch echte Dachverbände in einem sehr deutschen Verständnis, die einen repräsentativen Querschnitt von





Kunstsparten und kulturellen Bildungseinrichtungen mit demokratischer Legitimation glaubhaft vertreten können. So tut sich zum Beispiel der *Deutsche Kulturrat* (www.kulturrat.de) auf europäischer Ebene schwer, adäquate Partnerstrukturen zu identifizieren, da ein solches, vom Staat unabhängiges Konstrukt mit vergleichbaren Zielsetzungen ansonsten nirgends in Europa zu finden ist. Auch die *Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung* (www.bkj.de) im Überschneidungsbereich von Jugendhilfe und Kulturpädagogik ist für viele europäische Akteure ein schwer fassbarer Partner, da der Schwerpunkt der außerschulischen kulturellen Jugendbildung vor allem eine typisch deutsche Erscheinung ist. In den meisten unserer Nachbarländer ist kulturelle Bildungsarbeit in der Regel viel stärker im formalen Bildungsangebot der Schule verortet, was natürlich sowohl organisatorisch als auch kulturpädagogisch sehr unterschiedliche Verständnis- und Herangehensweisen in der kulturellen Bildungspraxis mit Kindern und Jugendlichen bedeutet.

Dies ist mit ein Grund, warum sich zum Beispiel Beamte aus den europäischen Kultur- und Bildungsministerien in einem informellen Netzwerk unter dem Motto »culture and school« organisiert haben (www.culture-school.net). Dieses Netzwerk versucht, einen europaweiten Dialog über die so unterschiedlichen Konzepte und Praxiserfahrungen in der Kulturellen Bildung im Europa der 27 zumindest auf der Arbeitsebene der Regierungsbeamten regelmäßig aufrecht zu erhalten. So entsteht aktuell im Rahmen dieses Netzwerks ein Glossar zur Kulturellen Bildung, das den schwierigen Versuch unternimmt, die fein nuancierten und mit den jeweiligen kulturellen Hintergründen der verschiedenen EU-Mitglieder aufgeladenen Begrifflichkeiten aus dem Bereich der kulturellen Bildungsarbeit aufzulisten und zu erläutern. So soll unter anderem auch eine europaweite Verständlichkeit von konzeptionellen Ansätzen und unterschiedlichsten Bildungsabsichten hergestellt werden, von der aktuell noch längst nicht die Rede sein kann. Als Beispiel seien nur die Schwierigkeiten mit dem deutschen Begriff der »Kulturellen Bildung« selbst erwähnt, der sich nicht einfach in »arts education« oder »éducation artistique« übersetzen lässt, ohne im weiteren Verlauf eines Gesprächs über Sprachgrenzen hinweg deutliche Missverständnisse auszulösen, da letztlich doch immer etwas ganz Anderes gemeint ist, als der Kollege oder die Kollegin aus dem Partnerland vor dem eigenen kulturellen Hintergrund darunter verstehen kann. Für PraktikerInnen, TheoretikerInnen und PolitikerInnen ist also das weite Feld der Kulturellen Bildung in Europa ein Bereich, der noch nicht einmal gemeinsame Begrifflichkeiten vorzuweisen hat. Eine Tatsache, die die praktische Zusammenarbeit in internationalen kulturellen Bildungsprojekten immer wieder einmal mit deftigen Missverständnissen würzt, die, kreativ aufgearbeitet, natürlich gerade bei den AkteurInnen zu Aha-Effekten und interkulturellem Dazulernen für die eigene professionelle Arbeit, zum Beispiel mit Kindern und Jugendlichen, führen kann.

Das einzige Forum in Europa, in dem tatsächlich die meisten Akteure der unterschiedlichsten Formen kultureller Bildungsarbeit vertreten sind, ist das *Euro-*

*pean Forum for the Arts and Heritage (EFAH)* (www.efah.org). Doch auch in diesem Zusammenschluss von europäischen Netzwerken und nationalen Organisationen steht das Thema Kulturelle Bildung lediglich saisonal auf der Tagesordnung. So hat sich *EFAH* in den letzten Jahren sehr auf die Mitgestaltung des neuen europäischen Kulturförderprogramms (2007–2013) konzentriert, so dass zum Beispiel die vormals noch existente Arbeitsgruppe zum Thema »Kulturelle Bildung« wieder »eingeschlafen« ist. Es ist anzunehmen, dass auch innerhalb dieses Forums durch das bevorstehende »Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs« 2008 die Relevanz kultureller Bildungsfragen wieder steigen wird, was der regen Szene des praktischen, europaweiten kulturpädagogischen Austauschs wieder etwas mehr politische Rückendeckung geben könnte.

Die zwar sehr langsam, aber immerhin steigende Relevanz des Praxisfeldes der Kulturellen Bildung für die bildungs- und kulturpolitischen Akteure innerhalb der Europäischen Kommission lässt sich an der Existenz einer Studie ablesen, die im Auftrag der EU-Kommission erstellt und im Frühling 2006 vorgestellt wurde (http://ec.europa.eu/culture/eac/sources_info/studies/pdf_word/educlt/resume_exe_05_06.pdf). Auch die EU-Kommission machte sich auf die Suche nach dem Praxisfeld »Kulturelle Bildung« und ließ Praxisprojekte untersuchen, die Kultur und Bildung verbinden. Dieser Ansatz sollte, zu diesem Schluss kommt die Studie, in der nächsten Generation der Bildungs-, Ausbildungs-, Kultur- und Jugendprogramme der EU berücksichtigt werden.

Denn seit das »Connect«-Pilotprogramm eingestellt wurde, haben die Träger experimenteller und innovativer Projekte, die Kultur, Jugend und Bildung/Ausbildung verknüpfen, keine genuine finanzielle Unterstützung durch die EU mehr erhalten. Auch andere Programme, wie die »Gemeinsamen Aktionen« in »Leonardo«, »Sokrates« und dem Aktionsprogramm »Jugend«, konnten keine nachhaltigen Kooperationsprojekte in diesem Bereich mit europäischer Förderung hervorbringen.

Die Studie identifizierte Hauptakteure, Netzwerke und *best practices* in Europa auf nationaler und europäischer Ebene, die formale, nicht-formale und informelle Bildung, berufliche Bildung und junge Menschen mit Kunst und Kultur in verschiedenen Ausdrucksformen (Bildende Kunst, Musik, Darstellende Kunst, Bücher und Lesen, kulturelles Erbe) verbinden. Es wurden mehr als 350 Initiativen und Programme analysiert. Die Studie stellte die Existenz einer breiten Vielfalt und unzähliger Projekte auf allen Ebenen – nationaler, regionaler, lokaler und europäischer – fest.

Die fünf Zielbereiche, die die Studie im Hinblick auf künftige gemeinsame Aktionen formuliert, zeigen jedoch, dass der Blick der ForscherInnen vor allem auf einer Instrumentalisierung der Beschäftigung mit künstlerischen Produkten und Prozessen für andere Bildungszwecke lag. Nicht berücksichtigt wird die Kulturelle Bildung im Sinne von Persönlichkeitsbildung und Schulung der Rezeption und der künstlerischen und kulturellen Ausdrucksfähigkeit.



Die Bedeutung dieser Studie für den Bereich der Kulturellen Bildung auf europäischer Ebene sollte nicht zu gering eingeschätzt werden, da sie bereits erste Folgeaktivitäten ausgelöst hat und weiter wirken wird. Es ist zu erwarten, dass die EU-Kommission auf der Studie aufbauende Vorschläge, vielleicht sogar Pilotprogramme oder einzelne Ausschreibungen entwickeln wird, die hoffentlich die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Kulturellen Bildung weiter voranbringen und erleichtern werden. Denn an den Rahmenbedingungen für das Praxisfeld Kulturelle Bildung in Europa muss auch auf dieser politischen Ebene noch eine Menge getan werden.

Hermann Voesgen

# *Standard und Differenz*

Auf den Internetseiten deutscher Hochschulen wird der Eindruck vermittelt, dass die Studiengänge engagiert und konsequent die neuen, europäischen Standards implementieren. Bildungspolitiker, Ministerien und das von der *Bertelsmannstiftung* betriebene *Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)* runden das Bild eines proaktiven Reformprozesses ab.

Auf der informellen Ebene dagegen herrscht eher eine skeptische Haltung. Wenn Professoren sich unterhalten, betonen sie den hohen bürokratischen Aufwand, die Dominanz quantitativer Kriterien, die Einschränkung der akademischen Freiheiten, die Verschulung und die Entwertung der Qualitäten des deutschen Hochschulsystems.

## *Worum geht es?*

1999 verabschiedeten die Erziehungsminister der Europäischen Gemeinschaft in Bologna eine Deklaration zur Reform der Hochschulen in Europa. Die Mitgliedsländer verpflichten sich darin, ein einheitliches System der Hochschulausbildung in der EU zu verwirklichen. In mehreren Folgekonferenzen wurden die Ziele dieses Reformprozesses spezifiziert und festgelegt, die Reformen bis 2010 in allen Hochschulen umzusetzen. Bemerkenswert sind der Kampagnencharakter und das Tempo des Vorgehens:

- Nicht langwierige Beratungen in den nationalen Abgeordnetenhäusern und im Europarlament, sondern die Deklarationen der Minister führen zu tief greifenden Veränderungen der europäischen Hochschullandschaft.
- Innerhalb von zehn Jahren wird ein Umbauprozess »durchgezogen«, der für die europäische und die nationale Politik beispiellos ist. Bereits im Jahr 2007 hat die Bolognawelle die deutschen Hochschulen voll erfasst. Dieses Tempo wird erreicht durch die weitgehende Ausschaltung der bürokratischen und parlamentarischen Ebenen, die zu Ausführungsorganen einer unaufhaltsamen Bewegung werden.

Ein wesentlicher Grund für die reibungslose Durchsetzung dieser Reformen ist die Plausibilität und Dringlichkeit der Ziele. Europa muss, um im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, alle geistigen Ressourcen aktivieren und einen europäischen Wettbewerb um die besten Hochschulen entfachen. Dazu muss die europäische Kleinstaaterei mit ihren abgeschotteten Hochschulsystemen überwunden werden. Europa soll, wie beim EU-Gipfel in Lissabon formuliert, »become the most dynamic and competitive knowledge-based economy in the world«.

Diese allgemeinen Ziele wurden umgehend operationalisiert und konkrete Instrumente zur Umsetzung entwickelt. Dabei wurde das englische System der zweistufigen Abschlüsse übernommen: Der Bachelor als berufsqualifizierender Abschluss und der anschließende Master als akademisch orientierter Abschluss. Für alle Lehrveranstaltungen werden Leistungspunkte (Credits) vergeben, die sich nach den von den Studierenden erbrachten Arbeitsleistungen (workloads) berechnen. Jeder Studierende muss pro Semester 30 Credits erbringen, damit das Semester anerkannt wird. So werden die Arbeitsleistungen quantitativ vergleichbar, alle Studierenden in Europa müssen ihre 30 Punkte erbringen, egal wo sie studieren (ECTS – »European Credit Transfer System«). Ein weiteres Instrument ist die Modularisierung, das heißt, das gesamte Studium wird in abgestimmte Einheiten aufgeteilt. Damit soll die Vergleichbarkeit von Studiengängen erleichtert werden, weil alle Studiengänge nach dem selben Muster organisiert sind und die Inhalte sowie die Zusammenhänge durch die Modulbeschreibungen transparent werden.

Daraus können in weiteren Schritten abgestimmte Modulsysteme zwischen Hochschulen und gemeinsame internationale Studiengänge entstehen. Das EU-Programm »Erasmus Mundus« fördert die Entwicklung gemeinsamer Curricula zwischen mindestens drei europäischen Hochschulen.

Mit diesen Instrumenten wird, so die Erwartungen, eine durchlässige »European Higher Education Area« entstehen. Dadurch wird die Mobilität von Studierenden und Dozenten befördert, ein produktiver Wettbewerb zwischen den Hochschulen angeregt und Studiengänge können besser auf die Erwartungen des Arbeitsmarktes reagieren.

### *Kulturarbeit in der Ausbildung*

Ich möchte im Folgenden am Beispiel der Studiengänge im Bereich Kulturarbeit/Kulturmanagement die Chancen und Probleme bei der Umsetzung des Reformprozesses diskutieren. Grundlage ist eine Studie, die das *European Network for Cultural Administration and Training Centers (ENCATC)* im Rahmen eines »Leonardo«-Projektes im Jahre 2006 durchführte. Unter dem Titel »Sharing Experience on Cultural Education realising the Bologna process« (SECEB) wurden die Mitgliedshochschulen schriftlich befragt, zwei Workshops und eine Abschlusstagung durchgeführt. Der Abschlussbericht mit den politischen Empfehlungen wurde Anfang 2007 der EU-Kommission vorgelegt und dem *Kulturausschuss des Europäischen Parlamentes* vorgestellt (www.encatc.org/bologna.process).





Generell ist hervorzuheben, dass viele Elemente des »Bolognaprozesses« bereits zu den Konstitutionsbedingungen der jungen Disziplin gehören. So ist Kulturmanagement ein interdisziplinärer Ansatz, in dem zum Beispiel Kulturwissenschaften und BWL zusammenkommen. Auch die geforderte Praxisorientierung wird von den Studiengängen durch Praktika, Projekte und die Einbeziehung von Praktikern konsequent verfolgt. Schließlich sind die Studiengänge von Beginn an international orientiert. Die Studiengänge im Bereich Kulturarbeit/Kulturmanagement spielen also eine Vorreiterrolle auf dem Weg zu europäischen Studiengängen.

Neben dieser Nähe zu den Zielen des »Bolognaprozesses« sind jedoch auch Einwände und Probleme bei der Implementierung zu berücksichtigen. Es geht um das Spannungsverhältnis zwischen der Harmonisierung des Studienprozesses und den kulturellen Besonderheiten. Julian Nida-Rümelin verweist auf die Orientierung des »Bolognaprozesses« an dem Wissenschaftsverständnis der Naturwissenschaften (*Frankfurter Rundschau Online*, 16.11.06). Deren Standards sind weitgehend quantifizierbar und ohne Berücksichtigung der sozial-räumlichen Zusammenhänge zu vermitteln. Auch die Benutzung einer einheitlichen Wissenschaftssprache ist sinnvoll.

Für geisteswissenschaftliche Studiengänge ist eine ähnliche Standardisierung nur um den Preis einer inhaltlichen Verarmung möglich. Dafür ist die Benutzung einer Schrumpfform des Englischen bei internationalen Konferenzen ein Beispiel. Ein zentrales Ergebnis des Projektes »SECEB« ist, dass auch in den Kulturmanagementstudiengängen die Berücksichtigung kultureller Besonderheiten und die Vereinheitlichung der Curricula in ein ausgewogenes Verhältnis gesetzt werden müssen.

Das möchte ich an den vier Hauptzielen des »Bolognaprozesses« illustrieren.

### *Transparenz (Transparency)*

Studierende und Lehrende sollten alle europäischen Studienangebote verstehen und einschätzen können. Bisher waren selbst Studiengänge des eigenen Landes erst nach längerer Beschäftigung mit den verwendeten Begriffen, der Logik des Aufbaues und den Zielen zu durchschauen. Bei der Beurteilung ausländischer Studiengänge kommt noch das Sprachproblem und die nicht vertrauten Traditionen und Gewohnheiten hinzu.

Der »Bolognaprozess« räumt mit der Selbstbezogenheit von Universitäten auf. Alle Hochschulen haben die gleichen Abschlüsse, Module sind die Maße für Studieneinheiten und die Arbeitsleistungen werden in Credits gemessen. Das sind wichtige Schritte, um die Orientierung zu verbessern. Die Internetrecherchen, die Studierende im Rahmen des Forschungsprojekts durchführten, kamen zu einem eindeutigen Ergebnis. Informationen von Studiengängen, die bereits die modularisierte Struktur eingeführt haben, sind von ausländischen Studierenden gut zu verstehen und mit anderen Angeboten zu vergleichen. Voraussetzung ist allerdings, dass es eine englische Version der Studieninformationen gibt. Das

ist in vielen Studiengängen noch nicht der Fall oder die Angaben sind nur teilweise in Englisch, oft fehlen Übersetzungen für die komplizierten, aber entscheidenden Elemente. Vielfach werden die englischen Versionen auch nicht zeitgleich mit den muttersprachlichen Informationen aktualisiert.

In Zukunft sollten alle Studiengängen ihre Informationen vollständig und aktuell auch in Englisch anbieten.

Bemängelt wurde von Kollegen, dass es oft Unklarheiten über die Verwendung von Begriffen gibt. Die Begriffe »Modul« oder »Projekt« können beispielsweise unterschiedliche Bedeutungen in europäischen Ländern haben. Auch englische Begriffe werden in den einzelnen Ländern unterschiedlich benutzt.

Ein wichtiges Vorhaben unseres Netzwerkes *ENCATC* ist daher die Erstellung eines Fachwörterbuches in den wichtigsten europäischen Sprachen. Es könnte je nach Bedarf und Engagement um weitere Sprachen erweitert werden und würde damit auch einen Beitrag zur Vielsprachigkeit Europas leisten.

*Vergleichbarkeit (Comparability)*

Die Curricula der Studiengänge sind im Kernbereich der Managementkurse gut vergleichbar. Der kontinuierliche Austausch und die gemeinsame Herkunft der Ansätze aus dem angelsächsischen Bereich sind eine solide Basis für Austausch und Kooperationen. Patrik J. Boylan von der *City University* in London stellt fest, dass der britische »chart of management skills« sich in den Curricula der kontinentaleuropäischen Studiengänge durchgesetzt hat. Marketing, Fundraising, Öffentlichkeitsarbeit, Projektmanagement, Finanzierung sind Themen beziehungsweise Module, die in allen Studiengängen in Europa zu finden sind. Dadurch ist es möglich, Angebote sowie Leistungen zu vergleichen und gegenseitig anzuerkennen. Innerhalb der Themen gibt es natürlich nationale Unterschiede, weil zum Beispiel die Finanzierung in einem Land mit hohen Kultursubventionen anders funktioniert als in England mit einem geringen Anteil öffentlicher Förderung. Es gibt aber eine gemeinsame Plattform von Ausgangsfragen, auf der die unterschiedlichen Antworten kommuniziert werden können.

Neben dem hohen Niveau an anschlussfähigen Inhalten müssen jedoch auch die besonderen Umgebungen, in denen sich Studiengänge bewegen, berücksichtigt werden. Eine Vergleichbarkeit und Harmonisierung wie in naturwissenschaftlichen Studiengängen ist nicht möglich und wäre auch unsinnig. Kultur und Kunst leben von den Differenzen und die Studiengänge müssen sich auf die Besonderheiten der Länder und Regionen einlassen. Dabei geht es um Feinheiten im Ausdruck, in Traditionen, Ritualen und so weiter, die nur mit einem differenzierten Verständnis zu handhaben sind. Wenn wir Kulturmanager als Gestalter kultureller Prozesse verstehen, dann muss die Ausbildung in einen kulturellen Zusammenhang eingebettet sein. Trotz der vielfältigen globalen Bezüge findet das Studium in Barcelona in einem anderen kulturellen Umfeld statt als in Ludwigsburg.





Die kulturelle Vielfalt als ein zentrales Element europäischer Identität muss sich auch weiterhin in den unterschiedlichen Profilen der Studiengänge widerspiegeln.

Das »European Credit Transfer System« (ECTS) ist ein Versuch, Vergleichbarkeit herzustellen. Aber den notwendigerweise unterschiedlichen Studienangeboten wird dieses simple Punktesystem nicht gerecht. Schlimmer noch, es wird eine Vergleichbarkeit vorgetäuscht und die Lehrenden werden zu Komplizen dieses Betrugs: Ausländische Gaststudenten erhalten am Ende des Semesters die notwendigen 30 Credits für Inhalte, die in keiner Weise mit denen der Heimathochschule abgestimmt sind. Buchhalterisch werden Leistungen aufgelistet, die inhaltlich nicht vergleichbar sind. Eine Realität wird inszeniert und mühsam aufrechterhalten, die aber nicht ernst genommen, ja sogar innerlich abgelehnt wird. So wird Zynismus gefördert und das kann nicht gut für einen pädagogischen Auftrag sein.

*Mobilität (Mobility)*

Für die Mobilität von Studierenden und Lehrenden sind die Transparenz der Angebote und eine finanzielle Absicherung der Auslandsaufenthalte wichtig. Auf diese Voraussetzungen gehe ich an dieser Stelle nicht weiter ein. Vielmehr möchte ich mich auf das (hoffentlich) wesentliche Motiv für einen Aufenthalt im Ausland konzentrieren: die Aussicht auf ungewöhnliche Erfahrungen. Der Aufwand eines Auslandssemesters lohnt sich nur, wenn inhaltlich Differenz-Erfahrungen möglich sind. Das kulturelle Leben von Stuttgart unterscheidet sich von dem in Kiew und deshalb ist es interessant, dort zu sein. Entsprechend müssen diese spannenden Unterschiede ihren Widerhall in der Art zu unterrichten und den Themen der Seminare finden. Diese Haltung schränkt aber Mobilität ein, weil sie Sprachkenntnisse, intensive Vorbereitung und (anstrengendes) sich Einlassen erfordert.

Ziel des »Bolognaprozesses« ist jedoch, Mobilität zum Standard eines Studiums zu machen. Das kann nur gelingen, wenn die Hürden niedriger gelegt werden. Das ist möglich durch genaue Studienvorgaben, Lernziele, Textbücher/Reader und standardisierte Leistungsmessungen. Neugier, eigenes Denken, Experimente sind nur beschränkt, im Rahmen des verschulten Korsetts, notwendig, Verunsicherungen werden minimiert. Diese Erleichterung und Nivellierungen gehen zu Lasten individueller Bildungswege.

Auslandsstudien galten bisher auch als ein Weg, durch andere Erfahrungen die eigene Position zu finden. Dem steht die Tendenz gegenüber, die Studierenden mit universell einsetzbaren Methoden, Handbüchern, Checklisten auszustatten, die mögliche Verunsicherungen abfedern.

Die Sprache bleibt eine hohe Hürde für die Ausweitung der Mobilität. Eine quantitativ relevante Mobilität ist unter Beibehaltung der Vielsprachigkeit nicht zu erreichen. Einige ökonomische Studiengänge und zunehmend auch die Naturwissenschaften werden in Englisch angeboten: *Business course* in Bremen. Auch

Studiengänge des Kulturmanagements in den Niederlanden und den nordischen Ländern bieten Kurse an, in denen ausschließlich englisch unterrichtet wird. Selbst an der ältesten Universität Europas in Bologna wird ein englischsprachiger Masterstudiengang »Kulturmanagement« offeriert. Der dortige Leiter Luca Zan meinte auf der Abschlusstagung des »SECEB«-Projektes, es sei eine Sache des Überlebens. Nur wer in Englisch publiziert und lehrt wird noch international wahrgenommen. Diese Entwicklung ist nicht von der Hand zu weisen, die Entscheidung, englisch zu kommunizieren, erscheint vernünftig, gar zwingend. Die Gefahr dabei ist – zumindest unter der Vorgabe kultureller Vielfalt – eine »Mastercard-Kultur«: Englischsprachige Kulturmanager mit ihrer »Tool Box« finden sich überall schnell zurecht und erarbeiten europaweit einsetzbare und austauschbare Konzepte, Leitbilder oder Events.

*Beschäftigungsfähigkeit (Employability)*

Anknüpfend an den oben angesprochenen Gesichtspunkt ist die Förderung individueller Bildungswege auch unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes sinnvoll. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in den kulturellen Bereichen sind schwer voraussehbar und ändern sich laufend. Die Fähigkeit, flexibel zu handeln, und die Arbeit an individuellen Profilen sind daher ebenso wichtig wie die Speicherung kodifizierten Wissens.

Kritisch wurden von den befragten Kulturmanagern die hohen Erwartungen an einen europäischen Arbeitsmarkt bewertet. Der nationale Berufsmarkt bleibt für die Mehrheit der Absolventen der entscheidende Bezugspunkt. Fundierte Kenntnisse und Erfahrung in dem jeweiligen Kulturraum sind wesentlich für die Berufschancen. Diese Kompetenzen kann man nur durch langjährige Beschäftigung mit der Sprache und Kultur erlangen.

Gute Englischkenntnisse sind ein notwendiger Standard. Es wäre jedoch fatal, wenn europäische Kooperationen nur noch über diese Mittlersprache laufen würden. Daher sollte besonderer Wert auf die Ausbildung von Kulturmanagern gelegt werden, die zwei bis drei Sprachen (neben Englisch) beherrschen und sich in den jeweiligen Traditionen und Kulturräumen bewegen können.

*Ausblick*

Der »Bolognaprozess« stellt die bisherige Praxis der Hochschulen in Frage, zwingt sie, die Relevanz jedes Studienganges zu begründen und sich einer externen Evaluation zu unterziehen. Althergebrachte Privilegien und Abgrenzungen, wie die Unterscheidungen zwischen Universitäten und Fachhochschulen, stehen zur Disposition. Die Hochschulen müssen sich einer europaweiten Konkurrenz stellen und gewinnen vielfältige, internationale Kooperationsmöglichkeiten.

Der große Druck, mit dem die Reformen »von oben« initiiert wurden, war sicherlich notwendig, um die Beharrungskräfte zu überwinden. Nachdem das gelungen ist, sollten wir nun Zeit und Energie in die Feinsteuerung der Prozesse investieren. Dazu gehört, eine Balance zwischen Standardisierung und Differenz zu finden. Die Erwartungen an die Vergleichbarkeit von Studienangeboten sind, zumindest für die Ausbildungen im Kulturbereich, überzogen. Die Hinnahme sinnloser Objektivierungen und Scheinstandards muss überwunden und durch qualitative Vernetzungen ersetzt werden.

Es gibt aber auch sinnvolle Standardisierungen, die bisher nicht ins Blickfeld der Reformprozesse geraten sind. So sind die Semesterzeiten in Europa ganz unterschiedlich geregelt. Diese Vielfalt ist nicht notwendig und sollte vereinheitlicht werden. Dadurch würden Gastsemester und gemeinsame Projekte ungemein erleichtert.

# *Europäische Verbände und Netzwerke*[1]

## I Kultur/Kulturpolitik allgemein

**Anna-Lindh-Foundation for Dialogue between Cultures**
Biblioteca Alexandrina
El Chatby
ALEXANDRIA 21526
ÄGYPTEN
Tel.: ++203-7-482 03 42
secretariat@euromedalex.org
www.euromedalex.org
Dr. Traugott Schoefthaler (Executive Director)

*Kurzbeschreibung*
The Foundation

- Promotes a dynamic concept of dialogue between cultures through co-operation between civil society partners in education, culture, science and communication,
- Strengthens intellectual co-operation and capacity-building in fields such as human rights, democratic citizenship, sustainable development, learning, knowledge and information society, gender and youth,
- Contributes to shaping the Euro-Mediterranean space as an area of co-operation, exchange, mobility, mutual understanding and peace.

**Banlieues d'Europe**
13 a rue du Hohwald
67000 STRASBOURG
FRANKREICH
Tel.: ++33-3-88-22 24 43
Fax: ++33-3-88-32 94 83
banlieues.deurope@wanadoo.fr
www.banlieues-europe.com
Jean Hurstel (President)

*Kurzbeschreibung*
Das Netzwerk *Banlieues d'Europe* vereinigt Verantwortliche aus Verbänden und Städten sowie Fachkräfte, Wissenschaftler, Kulturschaffende und Künstler, die sich mit der künstlerischen Intervention in vernachlässigten Stadtvierteln und mit der Beteiligung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen befassen. Wesentliches Anliegen des Netwerkes ist es, durch gemeinsame künstlerische Projekte in europäischen Städten sowohl zum Künstleraustausch anzuregen als auch zur Reflexion über die Rolle neuer Kulturformen in der Gesellschaft. Künstleraustausch, Projektevaluationen, internationale Treffen und Publikationen sollen zur Demokratisierung der Kultur und zur Herausbildung einer europäischen Bürgerschaft beitragen.

Das Netzwerk widmet sich dem Künstleraustausch, reagiert auf Austauschangebote auf europäischer Ebene, erstellt Projektevaluationen sowie Gutachten zu Fragen der Demokratisierung von Kultur und ist weiteren Anfragen von Künstlern, Vereinigungen und internationalen Zusammenschlüssen gegenüber offen.
(35 Partner aus 20 europäischen Staaten)

**EUROCITIES**
Square de Meeûs 1
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-552 08 88
Fax: ++32-2-552 08 89
info@eurocities.eu
www.eurocities.org
Gérard Collomb (President)
Catherine Parmentier (Chief Executive Officer)
Julie Hervé (Policy Officer – Culture)

*Kurzbeschreibung*
*EUROCITIES* is committed to work towards a common vision of a sustainable future in which all citizens can enjoy a good quality of life.

In this framework, *EUROCITIES* aims at achieving a European context where cities can be inclusive, prosperous, creative, and sustainable, with democratic and effective governance, and where all citizens can be provided with opportunities for participation in all aspects of urban life – including political, cultural, social and economic aspects.

In order to carry out its mission, *EUROCITIES* has identified a set of strategic objectives addressing long-term challenges in relation to five main dimensions of urban policy:

- The Social Dimension: »The inclusive city«
- The Economic Dimension: »The prosperious city«

1 Stand: Dezember 2006. Die Kurzbeschreibungen sind in der Regel den Selbstdarstellungen der Verbände/Netzwerke entnommen. Bei Verbänden, die im Beitrag von Partick Glogner und Jörg Haspel in diesem Jahrbuch detaillierter vorgestellt werden, entfällt die Kurzbeschreibung.

■ The Environmental Dimension: »The sustainable city«
■ The Cultural Dimension: »The creative city«
■ The Governance Dimension: »Participation and cooperation«.
(Mitglieder: 130 Großstädte aus 30 europäischen Staaten)

**European Council of Artists (ECA)**
Borgergade 111
1300 KOPENHAGEN K
DÄNEMARK
Tel.: ++45-35-38-44 01
Fax: ++45-35-38-44 17
eca@eca.dk
www.eca.dk
Pia Raug (Secretary General)
Elisabet Diedrichs (Coordinator)
Ludwig Laher (President)

**European Cultural Foundation (ECF)**
Jan van Goyenkade 5
1075 HN AMSTERDAM
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-20-573 38 68
Fax: ++31-20-675 22 31
eurocult@eurocult.org
www.eurocult.org
Gottfried Wagner (Director)

**European Cultural Parliament (ECP)**
Hohenzollerndamm 81
14199 BERLIN
Tel.: ++49-170-1644 950
Fax: ++49-30-82 40 72 11
karl-erik.norman@kulturparlament.com
www.kulturparlament.com
Karl-Erik Norrman (Secretary General)

*Kurzbeschreibung*
The *European Cultural Parliament* was founded in the premises of the Council of Europe, Strasbourg, in 2001. The objective was – and is – to strengthen the role of cultural and artistic ideas and initiatives in Europe. In addition, the founders of the *ECP* wished to strengthen the dialogue between citizens in Eastern and Western Europe and between the various arts sectors.

To this end, outstanding artists and other cultural personalities from all parts of the continent were nominated Members of the *ECP* in 2002. By the end of 2006 the *ECP* has about 130 members from 40 European countries.

**European Forum for the Arts and Heritage (EFAH)**
10, rue de la Science
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-534-40 02
Fax: ++32-2-534-11 50
efah@efah.org
www.efah.org
Raj Isar (President)
Ilona Kish (Secretary-General)

**European National Institutes of Culture (EUNIC)**
Postalische Adresse wechselt mit dem jährlich wechselnden Präsidenten
lone.leth.larsen@dkibenelux.org
www.eunic-europe.eu
David Green (President)

*Kurzbeschreibung*
*EUNIC* ist die Vereinigung der nationalen Kulturinstitute in der EU. *EUNIC* baut dauerhafte Partnerschaften und Netzwerke zwischen nationalen Kulturinstituten im Hinblick auf die Förderung der kulturellen Vielfalt und die Verbesserung des Verständnisses innerhalb der Gesellschaften Europas auf. Des Weiteren werden der internationale Dialog und die kulturelle Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb Europas gefestigt.

Mitglieder sind nationale Einrichtungen aus den EU-Mitgliedstaaten, die mit Aufgaben jenseits ihrer nationalen Grenzen befasst sind und eine gewisse Autonomie gegenüber ihren jeweiligen Regierungen besitzen. *EUNIC* arbeitet auf zwei sich wechselseitig ergänzenden Ebenen:

Die erste Ebene wird gebildet aus den Generalsekretären oder Generaldirektoren der nationalen Einrichtungen.

Die zweite Ebene umfasst Vereinigungen der nationalen Kulturinstitute mit ihren Niederlassungen in Städten in ganz Europa, die an gemeinsamen Projekten arbeiten. *EUNIC Brüssel* repräsentiert sowohl die Ebene der Direktoren als auch die Vereinigungen bei den EU-Institutionen.

**Les Rencontres – Association of European Cities and Regions for Culture**
8, Villa d'Alésia
75014 PARIS
FRANKREICH
Fax: ++33-1-4538-70 13
info@lesrencontres.org
www.lesrencontres.org
Roger Tropeano (President)
Angie Cotte (Secretary General)

*Kurzbeschreibung*
Les Rencontres is an open forum for debate and action, grouping together elected members from all levels of local government throughout Europe in order to actively take part in the setting up of European cultural policies. Since 1994 the network has facilitated exchange on cultural and educational policies at a local, national and European level. Elected representatives need to meet and analyse the political responsibilities at stake, examine the reality of cultural policy in Europe and contribute to its establishment. Collaboration is constantly sought with experts, advisors, cultural networks, associations of elected representatives and artists in order to reposition and develop proposals.
(Ca. 300 Mitglieder aus 25 bis 30 europäischen Staaten)

**Network of European Cultural Capitals and Months (ECCM)**
General Coordinator of the Network of European Cultural Capitals and Months
14, rue des Romains
4974 DIPPACH
LUXEMBURG
Fax: ++352-26-374 53 50
contact@eccm-cultural-capitals.org
www.eccm-cultural-capitals.org
Rodolfo Maslias (General Coordinator)

*Kurzbeschreibung*
The *Network of European Cultural Capitals and Months (ECCM)* is regrouping representatives of the past and future Cultural Capitals and Months of Europe and contributes for more than ten years now in the monitoring, coordinating and evaluating efforts of this most important European project in the cultural field.

The *ECCM-Network* is a continuous know-how transfer by the organizers of Cultural Capitals to the new designated or candidate cities. It is also a hub of new ideas (and a continuous brain-storming) on how to improve the institution and the intercultural dialogue as a policy tool for peace and equitable international cooperation.
(Mitglieder: ca. 35 bisherige und zukünftige Kulturhauptstädte)

## II Musik

**Association Européenne des Conservatoires Académies de Musique et Musikhochschulen (AEC)**
PO Box 805
3500 AV UTRECHT
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-30-236-12 42
Fax: ++31-30-236-12 90
aecinfo@aecinfo.org
www.aecinfo.org
Martin Prchal (Chief Executive)
Johannes Johansson (President)

*Kurzbeschreibung*
The *AEC* is a European cultural and educational network, which was established in 1953. It represents the interests of institutions that are concerned with training for the music profession.
Aims:
■ Stimulating and supporting international collaboration between member institutions,
■ Realising various international projects about relevant subjects in professional music training,
■ Organising an Annual Congress and various specific seminars for its members,
■ Representing the interests of the professional music training sector on national European and international level.
(226 Mitglieder aus über 50 Staaten)

**Association of European Performers' Organisations (AEPO – ARTIS)**
58, Boulevard du Régent
1040 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-280-19 34
Fax: ++32-2-230 35 07
aepo@aepo.org
www.aeop.org
Hans Lindström (President)

*Kurzbeschreibung*
■ An association which represents European performers' organisations at European level. The objectives of *AEPO-ARTIS* are set out below:
■ To develop and secure wider recognition of the collective administration of performers' rights,
■ To further develop collaboration between performers' organisations at a European level in the field of performers' rights and in the collective administration of these rights,
■ To contribute to highlighting the importance of the protection of performers and of the collective administration of their rights,
■ To further develop cooperation on European and international agreements, with a special interest in clauses relating to collecting practices.
(Mitglieder: 27 Organisationen aus 21 europäischen Staaten)

**Europa Cantat e. V. – European Federation of Young Choirs (EC)**
Weberstr. 59 a
53113 BONN
Tel: ++49-228-91-25 66
Fax: ++49-228-91-25 658
info@EuropaCantat.org
www.EuropaCantat.org
Jeroen Schrijner (President)
Sonja Greiner (Secretary General)
Ruthild Sondermann (Office Manager)

*Kurzbeschreibung*
The vision of *Europa Cantat* is to be the leading pan-European non-profit organisation dedicated to education and cultural exchange among young people in the field of vocal music. *Europa Cantat* directly represents more than one million and reaches out to more than 20 million singers, conductors and composers in over 40 European countries including new and future members of the European Union.

*Europa Cantat* exists to encourage and increase greater understanding and cooperation between Europeans by bringing them together in the common activity of singing, promoting the exchange and development of cultural heritage and education.
(Mitglieder: 41 Chöre aus 28 Staaten; darüber hinaus Individualmitglieder)

**Europäische Union der Musikwettbewerbe für die Jugend e. V. – European Union of Music Competitions for Youth (EMCY)**
Postfach 662205
81219 MÜNCHEN
Tel.: ++49-89- 87 10 02-42
Fax: ++49-89- 87 10 02-90
info@emcy.org
www.emcy.org
Hans Peter Pairott (Präsident)

*Kurzbeschreibung*
Die *Europäische Union der Musikwettbewerbe für die Jugend e. V. (EMCY)* ist ein Zusammenschluss von mehr als 60 nationalen und internationalen Jugend-Musikwettbewerben in Europa. Sie wurde 1970 als Non-Profit-Organisation gegründet, um die Musikerziehung und die Förderung musikalischer Talente im vorprofessionellen Bereich auf europäischer Ebene weiterzuentwickeln und zu beleben. Von der europaweiten Zusammenarbeit und den Austausch in der Musik erhofft sich die *EMCY* auch Impulse für die Verbreitung des europäischen Gedankens in anderen, öffentlichen und privaten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.
(über 50 Mitglieder aus 25 europäischen Staaten)

**European Federation of National Youth Orchestras (EFNYO)**
c/o Wiener Jeunesse Orchester
Vivenotweg 12
3411 KLOSTERNEUBURG
ÖSTERREICH
Tel.: ++43-22-43-266 26
Fax: ++43-22-43-338 86
info@efnyo.org
www.efnyo.org

*Kurzbeschreibung*

*EFNYO* repräsentiert als Vereinigung der europäischen prä-professionellen Orchester die Interessen der Orchestermusiker der Zukunft. Auf nationaler und internationaler Ebene organisiert sie Orchestertrainings-Projekte und initiiert Netzwerke der Zusammenarbeit. Durch die klar definierten Auswahlkriterien für die Mitgliedschaft in der *EFNYO* haben Veranstalter die Gewähr für höchste künstlerische Standards und eine professionelle Organisation auf Seiten der Mitgliedorchester. Die *EFNYO* als Vereinigung ist im europäischen Musikleben ebenso tief verwurzelt wie in den einzelnen Mitgliedsländern und ist daher ein herausragender Ansprechpartner für alle Fragen zu internationalen prä-professionellen Orchestern. Stets hat die Verantwortung für die Orchestermusiker der Zukunft in der *EFNYO* höchste Priorität.
(Mitglieder: 13 Orchester aus 12 EU-Staaten)

**European Forum of Worldwide Music Festivals (EFWMF)**
J. F. Willemsstraat 10 a
2530 BOECHOUT
BELGIEN
Tel.: ++32-3-455 69 44
Fax: ++32-3-454 11 62
info@efwmf.org
www. efwmf.org
Hans Hjorth (Chairman)
Patrick Lavaud (Secretary)

*Kurzbeschreibung*

The *European Forum of Worldwide Music Festivals (EFWMF)* is a network of festivals sharing the vision that the world is a patchwork of a multitude of local traditions and music, each different in expression and content yet equal in value.

The primary concerns of the *EFWMF* are artistic and artistically related issues.

Although interaction between members – including sharing of information, experiences and contacts – is the core activity, *EFWMF* pursues an array of other activities. The *EFWMF* continuously seeks to facilitate and intensify links to non-European festivals and other networks within the world music community in addition to maintaining lines of communication with organizations dealing with general issues of importance to event organizers.
(Mitglieder: ca. 40 Festivals aus Europa)

**European Music Council (EMC)**
Weberstr. 59 a
53113 BONN
Tel.: ++49-228-966-996 64
Fax: ++49-228-966-996 65
info@emc-imc.org
www.emc-imc.org
Wouter Turkenburg (Chair)
Ruth Jakobi (Executive Director)

**European Music Office (EMO)**
Rue du Trône 51
1050 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-213-14 00
Fax: ++32-2-213-14 01
info@emo.org
Www.musicineurope.org
Henrik Otto Donner (Chair)
Jean-François Michel (Secretary General)

*Kurzbeschreibung*

*EMO*'s mission is to promote the interests of the music sector at the European Union level. Its main objective is the conception and implementation by the European Union of a music policy – a specific and necessary support to the European music industry. Our main activity concerns lobbying at EU level, which implies regular meetings both with EU representatives and music professionals. Valid and updated information on issues related to the music sector is provided to the EU.
(30 Mitgliederorganisationen aus europäischen Staaten)

**Europe Jazz Network (EJN)**
49 Boulevard Marcel Sembat
93200 SAINT-DENIS
FRANKREICH
info@europejazz.net
www.europejazz.net
Nod Knowles (President)
Bo Grønningsæter (Secretary General)

*Kurzbeschreibung*

*Europe Jazz Network* has been, since 1987, the first electronic network in the cultural domain. It is a non-profit association of promoters, musicians' associations, artistic directors, consultants of music programmes in Europe working mainly in the field of jazz and improvised music.

*EJN* is committed to establishing a creative dialogue amongst its membership, to encourage partnerships to flourish between artists and producers on an international basis. In addition, the various members maintain a continuing relationship with the cultural and political establishments in their own countries, as well as in Europe generally.
(53 Mitglieder (Konzertveranstalter, Festivals etc.) aus nahezu allen EU-Staaten)

**Jeunesses Musicales International (JMI)**
Palais des Beaux Arts
Rue Baron Horta, 13
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-513-97 74
Fax: ++32-2-514-47 55
mail@jmi.net
www.jmi.net
Blasko Smilevski (Chairman 2006)

*Kurzbeschreibung*

*Jeunesses Musicales Europe (Union of Jeunesses Musicales of Europe)* was founded in Brussels in 1990, and is the regional subsidiary of *Jeunesses Musicales International*. It is managed by a European Executive Committee.

27 of *JMI*'s member sections are located in Europe and *JM Europe* exists to collect and disseminate information on a European level, develop contacts with European institutions and assist in realizing cross-European *JM* activities. It is a member of the *European Youth Forum* and associated with several music organizations throughout the region.
(27 Mitgliederorganisationen aus nahezu allen EU-Staaten)

**Opera Europa**
23 rue Léopold
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-217-67 05
Fax: ++32-2-217-67 05
info@opera-europa.org
www.opera-europa.org
Bernard Foccroulle (Chair)
Nicholas Payne (Director)

*Kurzbeschreibung*

Its mission is to be the leading service organization for professional opera houses and opera festivals in Europe, providing support for the creation, presentation and enjoyment of opera.
Activities:
- Development of databases,
- Quarterly newsletter reporting on past activities and events to come, as well as on members' activities,
- Organisation of conferences on specific opera-related themes.

*Opera Europa* specialises in advocating the international dimension of opera. Its new dynamic offers all opera companies and festivals the ideal international platform for public information and presentation.
(91 Mitgliederorganisationen aus 28 europäischen Staaten)

**The European Conference of Promoters of New Music (ECPNM)**
c/o Gaudeamus
Piet Heinkade 5
1019 BR AMSTERDAM
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-20-519-18 00
Fax: ++31-20-519-18 01
info@ecpnm.com
www.ecpnm.com
Helmut W. Erdmann (Chairman)
Henk Heuvelmans (Secretary General)

*Kurzbeschreibung*

The *ECPNM* is the European union of organizations concerned with the promotion of contemporary music, especially music composed after 1950. Its aim is to improve the international cooperation and the coordination of new music events in Europe. Among its 80 members are famous festivals of contemporary music as well as small local concert organizers and new music ensembles.
(63 Mitgliederorganisationen aus nahezu allen europäischen Staaten sowie weitere Mitglieder)

## III Bildende Künste

**International Association of Art (IAA)**
**IAA Europe**
c/o Internationale Gesellschaft für Bildende Künste (IGBK)
Rosenthaler Straße 11
10119 BERLIN
Tel.: ++49-30-23 45 76 66
art@igbk.de
www.igbk.de
www.iaa-europe.eu
Lily Bakoyannis (Präsidentin des Exekutivkomitees IAA International)
Werner Schaub (Präsident des Exekutivkomitees IAA Europa)

*Kurzbeschreibung*

Die *International Association of Art (IAA)* ist die mit weltweit mehr als 90 Mitgliedsorganisationen größte internationale, nichtstaatliche Vereinigung bildender Künstlerinnen und Künstler. Im Jahr 2002 hat sich die europäische Region der *IAA*, der Verbände aus 40 europäischen Ländern angehören, als eigenständige Dachorganisation konstituiert. Ziel ist, mit dieser Regionalisierung den Fokus stärker auf die spezifischen Interessen der Künstler in Europa zu richten und Kooperationen auf europäischer Ebene zu unterstützen.

**International Council of Museums – Europe (ICOM-Europe)**
c/o ICOM-Deutschland
In der Halde 1
14195 BERLIN
Tel.: ++49-30-69 50 45-25
Fax: ++49-30-69 50 45-26
icom-deutschland@t-online.de
www.icom-europe.org
Udo Gößwald (Präsident)

*Kurzbeschreibung*

*ICOM-Europe* is a regional organisation of the *International Council of Museums*. It provides a forum for the exchange of information and co-operation between National Committees in Europe. It also represents a framework for co-operation between museums and museum professionals. *ICOM-Europe* assists National Committees in the implementation of their programs.
(Mitglieder: 41 ICOM-National Committees)

**Network of European Museum Organisations (NEMO)**
c/o Deutscher Museumsbund
In der Halde 1
14195 BERLIN
Tel.: ++49-30-84 10-95 17
Fax: ++49-30-84 10-95 19
office@nemo.org
www.nemo.org
Mechtild Kronenberg (Chair)

**Pépinières Européennes pour Jeunes Artistes**
BP 13
9/11, rue Paul Leplat
78164 MARLY LE ROI CEDEX
FRANKREICH
Tel.: ++33-1-39 17 11 00
Fax: ++33-1-39 17 11 09
info@art4eu.net
www.art4eu.net
Pierre Keryvin (General delegation)
Patrice Bonnaffé (General Secretary)

*Kurzbeschreibung*

Since 15 years, the *Pépinières européennes pour Jeunes Artistes* have the mission to promote the emergence and the mobility of young artists on a world scale. Because of the quality of their expertise and the relevance of the actions they lead, they are a major actor. They base their development on strong human values, ambitious programmes and a wide network of partners. It aims
- To promote the mobility of artists from different cultures and horizons within Europe,
- To reveal the talent of young creators,
- To accompany the artists on their professional path at European and international levels,

- To develop a strategy of enlargement, targeting new member states of the European Union,
- To update the concept of artistic residency.

(*Pépinières européennes pour Jeunes Artistes* is a European non-governmental organisation based on a network of partnerships: 26 countries, 30 national coordinators and correspondents, 110 towns and territorial organisations and 100 places of creation.)

## IV Theater/Oper/Tanz

**European League of Employers' Associations in the Performing Arts sector – PEARLE***
Sainctelettesquare 19/6
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-203 62 96
Fax: ++32-2-201 17 27
info@pearle.ws
www.pearle.ws
Anita Debaere (Director)
Richard Pulford (Chairman)
Liesbeth Dejonghe (Secretary & Executive Officer)

*Kurzbeschreibung*

*Pearle** represents more than 3,000 employers from the performing arts sector. The aim of this non profit making international non-governmental organisation is the establishing of a stable environment by supporting sustainability and promotion of the Performing Arts across Europe.
Its objects are as follows:

- The exchange of information, experiences and ideas of common interest to members working in the Performing Arts sector,
- The obtaining of information concerning all European issues relating to members' interests,
- Facilitating collective decisions in areas of common interest,
- Expressing *Pearle*'s* views in discussions with bodies whose activities are relevant to Pearle*,
- Lobbying in accordance with collective decisions reached by the members' representatives to EU and other authorities,
- Carrying out all activities connected with the above mentioned activities.

(32 Mitgliederorganisationen aus 17 europäischen Staaten)

**European Theatre Convention (ETC)**
c/o Centre National du Théâtre
134 rue Legendre
75017 PARIS
FRANKREICH
Tel.: ++33-6-75 22 32 14
Fax: ++33-1-44 61 84 86
info@etc-cte.org
www.etc-cte.org
Jean-Claude Berutti (ETC President)
Bruno Damini (ETC Communication Centre)
Patricia Canellis (General Delegation)

*Kurzbeschreibung*

The *ETC* aims to foster the writing of new plays in Europe, the creation of new performances associating several languages from several theatres, but it also helps the exchanges of ideas, individuals and the professional integration of young European artists while contributing to improve inter-cultural knowledge. This results in an important network of cooperation in the field of performing arts operating within the borders of the new Europe.
(35 Organisationen aus 23 EU-Staaten)

**Informal European Theatre Meeting (IETM)**
19 Square Sainctelette
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-201 09 15
Fax: ++32-2-203 02 26
ietm@ietm.org
www.ietm.org
Mary Ann DeVlieg (Coordinator)
Milica Ilic (Administrator)

**The International Theatre Institute (ITI)**
1 rue Miollis
75732 PARIS CEDEX 15
FRANKREICH
Tel.: ++33-1-45-68 48 80
Fax: ++33-1-45-66 50 40
iti@unesco.org
www.iti-worldwid.com
Manfred Beilharz (President)
Jennifer M. Walpole (Secretary General)

*Kurzbeschreibung*

*The International Theatre Institute (ITI)*, an international non-governmental organization was founded in Prague in 1948 by *UNESCO* and the international theatre community. A worldwide network, *ITI* aims to promote international exchange of knowledge and practice in theatre arts (drama, dance, music theatre) in order to consolidate peace and solidarity between peoples, to deepen mutual understanding and increase creative co-operation between all people in the theatre arts.

**Union des Théâtres de l'Europe**
80 rue de Vaugirard
75006 PARIS
FRANKREICH
Tel.: ++33-1-75 00-09 10
Fax: ++33-1-75 00-09 11
www.ute-net.org
Gabor Zsambeki (Vice-Président) (président par interim)
Elie Malka (Directeur)

*Kurzbeschreibung*

An association dedicated to theatre cooperation in the European Union. It aims to transcend language barriers and encourage co-productions. Each year the 22-member association organises a festival at which producers can view one another's work. The association also organises workshops and meetings.
(22 Mitgliederorganisationen aus 15 europäischen Staaten)

## V Bibliotheken/Archive

**Conference of European National Librarians (CENL)**
CENL Secretary
Deutsche Nationalbibliothek
Adickesallee 1
60322 FRANKFURT AM MAIN
Tel.: ++49-69-15 25-15 41
Fax: ++49-69-15 25-10 10
cenl@d-nb.de
www.cenl.org
Dr. Elisabeth Niggemann (CENL Chair)
Dr. Britta Woldering (CENL Secretary)

*Kurzbeschreibung*

The *Conference of European National Librarians (CENL)* is a foundation under Dutch law with the aim of increasing and reinforcing the role of national libraries in Europe, in particular in respect of their responsibilities for maintaining the national cultural heritage and ensuring the accessibility of knowledge in that field. The objectives of *CENL* are to support the European national libraries in their role to

- Give everybody fast, comprehensive, multilingual and longterm access to their collections and information, and wherever appropriate without cost,
- Build the European Digital Library,
- Safeguard European national cultural heritage and knowledge,
- Do research and development to improve user services of national libraries,
- Promote cultural diversity and multilinguality as basic values of the European culture,
- Cooperate with other cultural heritage institutions, universities, publishers and information providers on a European as well as on a global level.

(46 Mitglieder aus europäischen Staaten)

**European Association for Library and Information Education and Research (EUCLID)**
c/o Høgskolen i Oslo
Avd. for journalistikk, bibliotek-og informasjonsfag
Bibliotek-og informasjonsstudiene
Pilestredet 52
0617 OSLO
NORWEGEN
Tel.: ++47-22 45-26 00
Fax.: ++47-22 45-26 05
Ragnar.Audunson@jbi.hio.no
www.jbi.hio.no/bibin/euclid/
Ragnar Audunson (Chairman)
Tor Henriksen (Secretary General)

*Kurzbeschreibung*

The Association is an independent Europan non-governmental and non-profit organisation whose purpose are to promote Europan cooperation within library and information education and research and to provide a body through which it can be represented in matters of European interest.

In pursuance of its objectives the Association shall seek to:

- Facilitate exchange of staff and students among the members,
- Encourage mutual recognition of curricula or parts of curricula,
- Develop co-operation on research projects,
- Develop co-operation with other international organisation,
- Exchange mutual information about development in curricula and research,
- Arrange meetings about the topics of organisation,
- Encourage support from stronger to weaker members,
- Represent the membership in relation to European and international bodies,
- Maintain an archive of the Associations documentation and publishing a newsletter.

(Mitglieder aus 27 europäischen Staaten)

**European Bureau of Library, Information and Documentation Associations (EBLIDA)**
PO Box 16359
NL-2500 BJ DEN HAAG
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-70-309-05 51
Fax: ++31-70-309-05 58
eblida@debibliotheken.nl
www.eblida.org
Jan Ewout van der Putten (President)
Andrew Cranfield (Director)

*Kurzbeschreibung*

*EBLIDA* is the *European Bureau of Library, Information and Documentation Associations*. We are an independent umbrella association of national library, information, documentation and archive associations and institutions in Europe.

Subjects on which *EBLIDA* concentrates are European information society issues, including copyright & licensing, culture & education and EU enlargement. We promote unhindered access to information in the digital age and the role of archives and libraries in achieving this goal.

The major objectives of *EBLIDA* are:

- To serve and promote the interests of the library and information science profession at European level, ranging from the European Commission to the European Parliament, the Committee of the Regions, the Council of Ministers and the Council of Europe,
- To give the members up-to-date information on all relevant developments in the European Union,
- To strengthen co-operation between the members.

**European Commission on Preservation and Access (ECPA)**
Royal Netherlands Academy of Arts and Sciences
Kloveniersburgwal 29
P.O. Box 19121
1000 GC AMSTERDAM
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-20-551 08 39
Fax: ++31-20-620 49 41
ecpa@bureau.knaw.nl
www.knaw.nl
Fernanda Maria Campos (Chair)
Yola de Lusenet (Executive Secretary)

*Kurzbeschreibung*

The *European Commission on Preservation and Access (ECPA)* was established in 1994 to promote activities aimed at keeping collections in European archives and libraries accessible over time. Books, documents, photographs, films, tapes and disks are all subject to decay. The digital revolution has introduced new problems of obsolescence of soft- and hardware. In order to keep our documentary heritage available for future generations of users, large-scale programmes must be developed for its preservation.

The *ECPA* aims to raise public awareness of this issue and to impress the urgency of the situation on policy makers, funding agents, and users. The *ECPA* acts as a European platform for discussion and cooperation of heritage organizations in areas of preservation and access. The publications of the Commission are widely distributed to institutions throughout Europe. To promote the exchange of knowledge and experience, the *ECPA* organizes conferences, meetings and workshops.
(Stiftung mit 28 Contributors aus europäischen Staaten)

## VI Kulturelle Bildung/ Kulturvermittlung/Kulturpädagogik

**Culture and School – EU-wide network of civil servants working in the field of arts and cultural education**
KulturKontakt Austria
Universitätsstraße 5
1010 WIEN
ÖSTERREICH
Tel.: ++43-1-523-87 65-22
Fax: ++43-1-523-87 65-20
barbara.neundlinger@kulturkontakt.or.at
www.culture-school.net
Barbara Neundlinger (Coordinator)

*Kurzbeschreibung*
The informal network of civil servants working in the field of arts and cultural education was established in 2002 by the *Dutch Ministry of Education, Culture and Science*.

The goal of the network is to enable civil servants working in the field of arts and cultural education policy in schools to find out what is happening within the member states of the EU (exchange of information) and to share insights and experiences with each other (debate on content). The members can use the knowledge and information gained in the network to foster the policy discussions on a national level.

The network is currently being coordinated by the *Austrian Federal Ministry of Education, Science and Culture*.
(37 Mitglieder aus 24 Staaten, die zumeist auf ministerieller Ebene (Bildung/Kultur) tätig sind)

**Europäische Arbeitsgemeinschaft Schulmusik (EAS)**
Institut für Musikpädagogik Wien
Metternichgasse 8
1030 WIEN
ÖSTERREICH
Tel.: ++43-1-711 55-37 03
Fax: ++43-1-711 55-37 99
eas@mdw.ac.at
http://eas.punkt.at
Franz Niermann (Präsident)

*Kurzbeschreibung*
Aufgaben der *EAS*
- Jährliche Durchführung von internationalen Kongressen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten,
- Intensivieren der musikpädagogischen Kommunikation in Europa,
- Gewinnen von »Kontaktpersonen« (Ansprechpartner für musikpädagogische Fragestellungen) in den jeweiligen Ländern, um das musikpädagogische Netzwerk in Europa enger zu verknüpfen,
- Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen,
- Information über aktuelle musikpädagogische Veranstaltungen im europäischen Raum,
- Aufbau einer Dokumentation über die Musikerziehungssysteme in den verschiedenen Ländern Europas im Rahmen einer vergleichenden musikpädagogischen Forschung.

**European Music School Union (EMU)**
Postbus 365
3500 AJ UTRECHT
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-3-02 30-37 40
emu@musicschools-emu.net
www.musicschools-emu.net
Timo Veijola (President)
Gerrie Koops (Office Manager, General-Secretary)

*Kurzbeschreibung*
The aims and prominent tasks of the *EMU* as defined in the statutes are
- To promote music education and music practice,
- To co-operate by exchanging information on all questions concerning music schools,
- To promote exchanges of student delegations, teachers, pupils, orchestras, choirs, other music groups and so on,
- To raise the interest of the competent authorities and the public on questions of music education in general and to encourage amateur music and music studies,
- To help create and develop nation-wide federations of music schools,
- To maintain regular contact with interested international institutions such as the *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (UNESCO)*, the *International Music Council (IMC)* and others.

The *EMU* has achieved the status of councillor within the *European Council (EC)*.
(Mitglieder aus 25 europäischen Staaten)

**European Network of Arts Organisations for Children and Young People (EUnetART)**
P.B. 56008
1040 AA AMSTERDAM
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-20-624-95 83
Fax: ++31-20-623-99 75
postmaster@eunetart.org
www.eunetart.org
Chrissie Tiller (Chair)
Tanja Mlaker (Secretary General)
Mariëlle Miège (Office Coordinator)

**European Network of Education Departments in Opera Houses (RESEO)**
Rue Léopold 23
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-217-68 17
Fax: ++32-2-210-85 55
info@reseo.org
www.reseo.org
Luke O'Shaughnessy (Network Manager)
Katie Tearle (Chair)

*Kurzbeschreibung*
Founded in 1996, *RESEO* is an umbrella organisation for those working in opera education.

*RESEO* acts as a forum for exchange on the practice of opera education at a European level – members can share information, experience and ideas.

*RESEO* is also a European platform for the development of opera education and supports the sector through research, lobbying and projects.
(Mitglieder: 49 Institutionen aus 20 europäischen Staaten)



## VII Soziokultur

**European Network of Cultural Centres (ENCC)**
c/o Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.
Lehrter Straße 27-30
10557 BERLIN
Tel.: ++49-30-397-44 59-0
Fax: ++49-30-397-44 59-9
bundesvereinigung@soziokultur.de
www.encc.net
Andreas Kämpf (Präsident)
Christiane Ziller (Manager)

*Kurzbeschreibung*
The *ENCC* intends to represent the cultural centres of Europe. The *ENCC* aims at stimulating the socio-cultural and artistic life in Europe, especially via cultural centres and their functioning. Since its foundation, the *ENCC* has made many contacts all over Europe in order to find out which and how many cultural centres are operative and published the first survey »Cultural Centres and Arts Centres all over Europe«, with short presentations of more than 1000 cultural centres.

The general objectives of the *ENCC* are: »Debate, Lobbying and Service« on a European level. Specific objectives are:
- To implement a professional network service for cultural centres on a European level,
- To promote intercultural communication and partnerships, especially in building local partnerships between cultural centres in European countries,
- To promote the dialogue between cultural centres with European and global perspectives,
- To foster an international exchange of experiences, professionals and young activists,
- To articulate the interests and strengthen the voice of the cultural centres on a European level,
- To provide funding opportunities for cultural centres and their networks.

(Mitglieder aus neun europäischen Ländern und Kooperationen mit Organisationen aus zehn europäischen Ländern)

**European Network of Independent Culture Centres – Trans Europe Halles (TEH)**
Mejeriet
Stora Södergatan 64
222 23 LUND
SCHWEDEN
Tel.: ++46-75-555 11 25
Fax: ++46-46-211 01 75
Birgitta Persson (Coordinator)
www.teh.net

*Kurzbeschreibung*
*Trans Europe Halles* is a network of independent culture centres. *Trans Europe Halles* provides a stimulating platform for exchange, support and co-operation between its members. The network brings together a great diversity of independent and multi-disciplinary cultural centres.

All of the organisations in *Trans Europe Halles* have their own distinguishing features; however they share the same spirit of support for new talent, innovation, young artists and cultural exchange. Many of the network's centres have been pioneers in providing opportunities for young people to utilise and develop their artistic skills and challenging the common cultural policy.

The projects undertaken in the *Trans Europe Halles* network are conducted within the local context but provide an international perspective. They address artistic and social issues and aim to promote co-operation and understanding between European cultural organisations.

*Trans Europe Halles* supports the idea of culture in its broadest sense and encourages collaboration between different artistic disciplines. The network aims to support alternative modes of artistic expression and provide a stage for artistic work that cannot be experienced elsewhere.
(39 Mitgliederorganisationen aus 24 europäischen Staaten)

## VIII Kulturelles Erbe

**Europa Nostra – pan-European Federation for Cultural Heritage**
International Secretariat
Lange Voorhout 35
2514 EC DEN HAAG
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-70-302 40-51
Fax: ++31-70-361-78 65
office@europanostra.org
www.europanostra.org
Dr. Andrea H. Schuler (Executive President)
Sneška Quaedvlieg-Mihailoviæ (Secretary General)

**European Association of Archaeologists (EAA)**
Secretariat
Letenská 4
11801 PRAG 1
TSCHECHISCHE REPUBLIK
Tel.: ++42 0-25 70 14 411
Fax: ++42 0-25 70 14 411
www.e-a-a.org
Anthony Harding (President)

**European Confederation of Conservator-Restorers' Organisations E.C.C.O.**
rue Jacques de Lalaing 4
1040 BRÜSSEL
BELGIEN
www.ecco-eu.info
Monica Martelli Castaldi (President)
Cecilia Rönnerstam (General Secretary)

*Kurzbeschreibung*
*E.C.C.O.* seeks to develop and promote, on a practical, scientific and cultural level, the profession of Conservator-Restorer of Cultural Property.
Its main objectives are:
- To promote a high level of training,
- To work toward legal recognition of professional status.

As a non-governmental organisation, *E.C.C.O.* has been invited to sit on committees dealing with cultural heritage matters by the Commission of the European Union and by the Council of Europe.
(19 Mitglieder aus 17 europäischen Staaten)

**European Forum of Heritage Associations (EFHA)**
president@heritageforum.org
www.heritageforum.org
Adriana Martini (President)

**European Heritage Group (EHG)**
Lange Vorhout 35
2514 EC DEN HAAG
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-70 356 03 33
Fax: ++31-70 361 78 65
Sneska Quaedvlieg-Mihailovic

**European Network of Cultural Centres/ Historic Monuments (ACCR)**
9 rue Bleue
75009 PARIS
FRANKREICH
Tel.: ++33-1-53 34-97 00
Fax: ++33-1-53 34-97 09
info@accr-europe.org
www.accr-europe.org
Jean-Noël Mathieu (Director)

*Kurzbeschreibung*
*ACCR* is a project whereby the work focuses on space and memory. It is an overall operation to transform a historical monument, giving it a contemporary mission or purpose. Saving and restoring a building must be handled as parts of a complex whole. In order for symbiosis between the historical monument and the contemporary project to take place, the cultural encounter centre needs to carry out its activities while the monument is being restored. We need to allot enough time for the symbiosis between the monument and the project to take place. This means that we must not move too quickly.
(Mitglieder: ca. 40 Zentren aus zehn europäischen Staaten)

**International Council on Monuments and Sites (ICOMOS)**
Secretariat
49-51, rue de la Fédération
75015 PARIS
FRANKREICH
Tel: ++33-1-45 67 67 70
Fax: ++33-1-45 66 06 22
secretariat@icomos.org
www.international.icomos.org
Michael Petzet (President)
Dinu Bumbaru (Secretary General)

**Organisation of World Heritage Cities (OWHC)**
Regional Coordinator North West Europe
Siri Elvestad
Postboks 7700
5020 BERGEN
NORWEGEN
Tel.: ++47 (55) 566-942
Fax: ++47 (55) 566-509
siri.elvestad@bergen.kommune.no
www.ovpm.org
Siri Elvestad (Regional Coordinator North West Europe)

**The International Committee for the Conservation of the Industrial Heritage (TICCIH)**
c/o
Museu de la Ciència i de la Tècnica de Catalunya
Rambla d'Ègara 270
08221 Terrassa
BARCELONA
SPANIEN
Tel: ++34 937 368 966
Fax: ++34 937 368 960
ecasanelles@gencat.net
www.ticcih.org
Eusebi CASANELLES (President)

**World Monuments Fund (WMF)**
World Monuments Fund Europe
34, Avenue de New York
75116 PARIS
FRANKREICH
Tel: ++33-1-47 20 71 99
Fax: ++33-1-47 20 71 27
wmf@wmf.org
www.wmf.org
Bertrand du Vignaud (President)

## IX Autoren und Verlage

**European Council of Associations of Literary Translators (CEATL)**
34, rue Joseph Hazard
1180 BRÜSSEL
BELGIEN
ceatl@btinternet.com
www.ceatl.org

*Kurzbeschreibung*
Its main aims are
- To promote the quality of the translation of literary works in Europe,
- To work towards improving the social, moral, legal and economic status of the literary translator.

To achieve this, *CEATL*
- Facilitates the ongoing exchange of information between its member associations,
- Represents the profession on national and international bodies,
- Works with the media to raise the translator's profile and create awareness of the importance of the translator's contribution to cultural life.

(Mitglieder: 24 Organisationen aus 20 europäischen Staaten)

**European Grouping of Societes of Authors and Composers (GESAC)**
General Secretariat
23, rue Montoyer
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-551-144 54
secretariatgeneral@gesac.org
www.gesac.org
Bernard Miyet (President)

*Kurzbeschreibung*
The objects of the Grouping, in particular with regard to the institutions of the European Union, are the support and development of the legal, economic and cultural activities of its members.
Within the framework of the European construction, *GESAC*'s purpose is to ensure effective copyright protection at the highest level in particular by means of:
- Close collaboration with the institutions responsible for the preparation and implementation of European legislation. This legislation must take into account both the cultural dimension and the economic aspects of copyright and must be adapted to the increasing internationalisation of exchanges of cultural products and to the emergence of new technologies.
- Participation in technical assistance programmes in the matter of intellectual property initiated by European Union institutions in third countries.

(Mitglieder: 34 der größten Urhebergesellschaften in Europa)

**European Writers' Congress (EWC)**
87, rue du Prince Royal
BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-55 10-893
EWC-Secretariat@inter.nl.net
www.european-writers-congress.org
Dr. Myriam Diocaretz (Secretary General)
Andreassen Trond (President)

*Kurzbeschreibung*
The *European Writers' Congress* is the federation of European writers' associations whose objective is to formulate and pursue common policies on
- Freedom of expression,
- Authors' moral rights,
- Copyright,
- Other economic rights,
- Taxation and social security,
- International cultural exchange and
- To promote the interests of member organisations in these and other matters that affect the living and working conditions of writers and literary translators.

(58 Mitgliederorganisationen aus 30 europäischen Staaten)

**Federation of European Publishers (FEP)**
Rue Montoyer 31 Bte 8
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-770-11 10
Fax: ++32-2-771-20 71
cdambrosio@fep-fee.be
www.fep-fee.be
Anne Bergman-Tahon (Director)
Jonas Modig (President)

*Kurzbeschreibung*
The *Federation of European Publishers (FEP)* is an independent, non-commercial umbrella association of book publishers associations in the European Union. *FEP* represents 25 national associations of book publishers of the European Union and of the European Economic Area. *FEP* is the voice of the great majority of publishers in Europe. Founded in 1967, *FEP* deals with European legislation and advises publishers' associations on copyright and other legislative issues.
(25 Associations aus 25 europäischen Staaten)

## X Film/Kino

**Europa Cinemas**
54, Rue Beaubourg
75003 PARIS
FRANKREICH
Tel.:++33-1-42 71-53 70
Fax:++33-1-42 71-47 55
info@europa-cinemas.org
www.europa-cinemas.org
Claude-Eric Poiroux (General Director)
Claude Miller (President)

*Kurzbeschreibung*
Created in 1992, thanks to the financing from the MEDIA Programme of the European Union and of the *Centre National de la Cinématographie*, *Europa Cinemas* has become the first cinemas network with a mainly European programming.
The network provides a financial support to cinemas that commit themselves to the programming of a significant number of non-domestic European films and to the organisation of promotional activities concerning European films for young audiences.
Objectives:
- To increase the programming of European and Mediterranean films in cinema theatres, with non-national films taking priority,
- To encourage exhibitors' initiatives aimed at young audiences,
- To develop a network of cinema theatres to enable joint activities at an international level.

**The European Coordination of Film Festivals (ECFF)**
64, rue Philippe le Bon
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-280-13 76
Fax: ++32-2-230-91 41
gmarchese@eurofilmfest.org
www.eurofilmfest.org
Marie-José Carta (Executive Director)
Thom Palmen (President)

*Kurzbeschreibung*
The *European Coordination of Film Festivals (ECFF)* is a network of 250 audio-visual festivals with strong roots in the regions of Europe. Member festivals are dynamic, cultural events which have made a commitment to promote the diversity of the European moving image.
Our mission is to develop all forms of services and joint-projects that will strength our Member's promotion and circulation of the diversity of the European moving image:
- To develop exchanges, cooperation and the transfer of good practice between festivals,
- To encourage transnational partnerships between members,
- To seek global solutions to common problems,
- To increase the collective impact of festivals on the promotion and circulation of the European moving image,
- to promote the cultural dimension and socio-economic roles of festivals,
- To inform European and International institutions about activities and issues concerning festivals.

(Mitglieder: 250 Festivals aus allen EU-Staaten und nahezu allen europäischen Staaten)

**European Coordination of Independent Producers (CEPI)**
Avenue Marcel Thiry 204
1200 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-774-96 89
Fax: ++32-2-774-96 90
CEPI@kelleneurope.com
www.cepi.tv

Siada El Ramly (Secretary General)
John McVay (President)

*Kurzbeschreibung*
A body which represents independent cinema and television producers in Europe. It articulates the interests of approximately 4 000 independent production companies in Europe – which constitutes 95 per cent of the entire European audiovisual production industry.

Independent producers recognise the importance of discussing collective issues, exchanging appropriate experiences and adopting common positions. Therefore, *CEPI* brings national independent producers together in order to:

- Represent independent television and cinema production on a European scale, protecting its general interests and furthering its development,
- Strengthen exchanges of information concerning audiovisual production,
- Develop commercial relations between European producers,
- Create a network of information and dialogue about the various problems affecting the profession in Europe, whether these are economic, legal, technical, social or other,
- Promote the interests of independent producers vis-a-vis the various European, national and international authorities.

(Mitglieder: 17 nationale Verbände aus europäischen Staaten)

**European Documentary Network (EDN)**
Vognmagergade 10, 1
DK 1120 KOPENHAGEN K
DÄNEMARK
Tel.: ++45-33 13-11 22
Fax: ++45-33 13-11 44
edn@edn.dk
www.edn.dk
Leena Pasanen (Director)
Heino Deckert (Chairman)

*Kurzbeschreibung*
EDN is a membership organisation for professionals working in documentary film and television. Founded in 1996, the network provides information on financing, co-production and collaboration across borders, distribution, festivals and markets. It also gives members individual consultancy regarding documentary projects, organises workshops, seminars and conferences, and publishes *DOX magazine* and the *EDN TV-Guide*.
(Über 800 Mitglieder aus 50 Staaten)

## XI Kulturveranstaltungen und-Künstleragenturen

**Association Européene des Agents Artistiques – Europäischer Verband der Künstleragenturen (AEAA)**
c/o Concerts de Valmalète
7 rue Hoche
F-92300 LEVALLOS PERRET
FRANFREICH
aeaa.gen.sec@valmalete.com
www.aeaa.info
Patrick Garvey ( Président)
Hervé Corre de Valmalète (General Secretary)

*Kurzbeschreibung*
Der Verband hat zum Ziel,
a) unter seinen Mitgliedern ein Verhältnis der Kollegialität, der Solidarität und der gegenseitigen Hilfeleistung bei beruflichen Fragen zu schaffen, um eine Einheit innerhalb des Berufszweiges herzustellen, einen Geist der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses zu verwirklichen und jedem die Möglichkeit zu geben, ehrlich und loyal gegenüber seinen Berufskollegen zu arbeiten.
b) die gemeinsamen moralischen und materiellen Interessen seiner Mitglieder sowie derjenigen, deren Bevollmächtigte sie sind, zu verteidigen und dazu nötigenfalls Beziehungen zu anderen Berufsverbänden aus anderen Berufszweigen, besonders aber Künstleragenturen, zu pflegen.
c) die Interessen jedes Mitgliedes und der Künstler, deren Bevollmächtigter es ist, gegenüber den öffentlichen Behörden seines Landes und ausserhalb der Landesgrenzen, den nationalen und internationalen Organisationen, den anderen Veranstaltern und Künstleragenturen zu vertreten oder die Beziehungen mit diesen Instanzen zu erleichtern.

(Die *AEAA* zählt über 90 Mitglieder aus fast allen europäischen Ländern.)

**Europäischer Verband der Veranstaltungs-Centren e. V. (EVVC)**
Martina Engert
Ludwigstraße 3
61348 BAD HOMBURG V. D. H.
Tel.: ++49-6172-27 96-90 0
Fax: ++49-6172-27 96-90 9
info.evvc.org
www.evvc.org
August Moderer (Präsident)
Martina Engert (Geschäftstelle)

*Kurzbeschreibung*
Der *Europäische Verband der Veranstaltungs-Centren* ist die einzige Interessenvertretung der Stadthallen, Kongreßzentren, Arenen, Eventlocations, Mehrzweckhallen und Sportstätten im europäischen Raum.

Der Verband sieht einen wichtigen Ansatz seiner Arbeit darin, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Inhalte der Veranstaltungsbranche in der Öffentlichkeit transparent zu machen und sein Mandat in der Vermittlung allgemeiner Problematik in Bezug auf Veranstaltungstätigkeit auch überregional in Anspruch zu nehmen. So werden den einzelnen Mitgliedern Argumentationshilfen in der örtlichen Verständigung mit Medien und Entscheidungsträgern gegeben. In diesem Rahmen kommt den verbandseigenen Publikationen großes Gewicht zu. Regelmäßige und präzise erhobene Kennzahlen geben kontinuierlichen Aufschluss über die Entwicklung des Veranstaltungsmarktes.
(300 Mitglieder aus europäischen Staaten)

**European Festivals Association (EFA)**
Kasteel Borluut
Kleine Gentstraat, 46
9051 GENT
BELGIEN
Tel: ++32-9-241-80 80
Fax: ++32-9-241-80 89
info@efa-aef.eu
www.efa-aef.eu
Darko Brlek (President)
Hugo De Greef (Secretary General)



*Kurzbeschreibung*
The aim of *EFA* is to promote the significance of festivals and their important role in the international cultural co-operation.
Therefore, the *EFA* seeks primarily to:

- Coordinate the efforts of its members,
- Facilitate cooperation and coproduction,
- set common policy,
- Promote pluridisciplinary tendencies,
- Underline the state of art in society,
- Act prominently in the cultural debate.

(90 Mitglieder in 35 Staaten)

**International Festivals & Events Association – Europe (IFEA – Europe)**
c/o Leeds Metropolitan University
The Old School Board
Calverley Street
LEEDS LS1 3ED
GROßBRITANNIEN
Tel: ++44-20-81 23-44 92
office@ifeaeurope.com
ww.ifeaeurope.com
Allan Xenius Grige (Chair)
Jeroen Mourik (Business Development Manager – Executive)

*Kurzbeschreibung*
Founded in 1992, the *International Festivals & Events Association (IFEA) Europe* is the European affiliate of *IFEA World*. For the past 50 years *IFEA* has served as the global network organization for professionals who work in the cultural festivals and public events sector.

*IFEA Europe* connects you to: cultural festivals, public events organizations, policy makers, destination marketers, consultants, suppliers, researchers and universities in addition to many other related bodies and professionals, in order to share ideas and best practice, to develop your knowledge and skills, to promote networking, partnerships and exchange between you and other members and stakeholders in our industry.

## XII Forschungsinstitute mit europapolitischem Bezug

**Cultural Information and Research Centres Liaison in Europe (CIRCLE)**
c/o Pro Cultura Foundation
11/12 Mazowiecka Street
00-052 WARSCHAU
POLEN
Tel: ++48-22-826-60 21
Fax: ++48-22-826-60 21
mkulikowska@procultura.pl
www.circle-network.jazz.pl
Prof. Dorota Ilczuk (President)
Magdalena Kulikowska (Office)

**EDUCULT Institut für Vermittlung von Kunst und Wissenschaft**
quartier21/MQ
Museumsplatz 1/e-1.6
1070 WIEN
ÖSTERREICH
Tel: ++43-1-522-31 27
Fax: ++43-1-522-31 27 30
office@educult.at
www.educult.at
Prof. Dr. Ruth Simsa (Vorsitzende)
Dr. Michael Wimmer (Geschäftsführer)

*Kurzbeschreibung*
*Educult* steht für die Förderung der Zusammenarbeit des Kultur- und des Bildungsbereiches auf allen politischen, administrativen, institutionellen und persönlichen Ebenen.

*Educult* ist geleitet von vielfach belegbaren Befunden, dass kulturelle Lernprozesse wesentlich zur Aneignung europäischer Wertvorstellungen (European Citizenship) und zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung kultureller Vielfalt beizutragen vermögen. Darüber hinaus ermöglicht kulturelle Bildung den Erwerb von immer wichtiger werdenden Schlüsselkompetenzen (wie Mobilität, Flexibilität, Problemlösungskompetenz oder Interkulturalität).

Daher übernimmt *Educult* die Funktion von Leadership und Advocacy überall dort, wo Kultur zur Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Europa beizutragen vermag.
(11 Kooperationspartner aus 4 EU-Staaten)

**European Institute for Comparative Cultural Research – ERICarts Institute**
Dahlmannstr. 26
53113 BONN
Tel.: ++49-228-242-09 96/-7
Fax: ++49-228-241 318
webmail01@ericarts.org
www.ericarts.org
Ritva Mitchell (President)
Andreas Wiesand (Executive Director)

*Kurzbeschreibung*
The *European Institute for Comparative Cultural Research (ERICarts-Institute)* aims to provide those working in the cultural field with solid empirical information and analysis as a basis for their actions.

Organised as an independent not-for-profit company, *ERICarts-Institute* was founded by the *European Association of Cultural Researchers (ECURES)* and leading research organisations to:

- Facilitate sustainable co-operation in the field of comparative cultural research,
- Develop reliable empirical tools for undertaking comparative cultural research,
- Encourage the transfer and uptake of information and knowledge produced through the research projects by different public and private sector actors,
- Demonstrate the cultural dimensions of diverse fields and policy sectors such as employment, social affairs, competition, media, education, foreign policy, and agriculture and
- Adhere to the principles and objectives outlined in European and international frameworks for culture to promote diversity, equality, participation and creativity.

## XIII Weitere

**Audiences Europe Network (AEN)**
3 St Peters Buildings - St Peters Square
LEEDS LS9 8AH
GROßBRITANNIEN
Tel.: ++44-19 04-76 69 35
info.@a-m-a.co.uk
www.audienceseurope.net

*Kurzbeschreibung*
Bringing together cultural professionals from across Europe, *AEN* is the first European network that focuses on audience development.

*AEN* works at a practical level and aims to improve practice and aid professional development with benefits such as a rich virtual library of case studies, research, reports and resources networking events, such as conferences, masterclasses and training exchanges, placements and a network of contacts. *AEN* is managed by the *Arts Marketing Association (AMA)*.
(Mitglieder aus neun europäischen Staaten)

**Culture Link Network**
IMO
Vukotinoviceva 2
10000 ZAGREB
KROATIEN
Tel.: ++385-1-48-774 60
Fax: ++385-1-48-283 61
clink@irmo.hr
http://www.culturelink.org
Biserka Cvjetièanin (Director)

*Kurzbeschreibung*
*Culturelink*, the Network of Networks for Research and Cooperation in Cultural Development, was established by UNESCO and the Council of Europe in 1989 in Paris, at the Consultation of Representatives of Regional and Sub-regional Networks for Cultural Development Research and Cooperation.
*Culturelink*'s mission is to strengthen communication among its members, encouraging international and intercultural communication and collaboration, as well as joint research projects.

The long-term objective is the development of a world-wide information system for the study of cultural development and cooperation. To this end, the Network collects, processes and disseminates information on cultural development, cultural life and policies.
(Mitglieder: mehr als 1 000 Netzwerke, Institutionen und Einzelpersonen aus 100 Ländern)

**European Cultural Tourism Network**
Keine Adress-Angaben
ectn@wales.gsi.gov.uk
www.cultural-tourism.net
Julie Russell (Administration)

*Kurzbeschreibung*
*ECTN* is the only network which brings the tourism and cultural industry professionals working in different regions of Europe together to exchange experience and information on best practice. The agreed objectives for the network are:
- To facilitate sharing of research,
- To facilitate the development of transnational projects,
- To ensure improved cooperation and integration between the tourism and cultural sectors,
- To develop and improve training opportunities,
- To enable exchange of experience and best practice,
- Develop common responses to European Commission consultations,
- To link with other networks.

**European League of Institutes for the Arts (ELIA)**
Keizersgracht 105
1015 CH AMSTERDAM
NIEDERLANDE
Tel.: ++31-877-875-244
Fax: ++31-877-875-344
elia@elia-artschools.org
www.elia-artschools.org
Carla Delfos (Executive Director)

*Kurzbeschreibung*
Die *Europäische Liga der Institutionen der Künste (European League of Institutes of the Arts – ELIA)* wurde 1990 gegründet. *ELIA* vertritt alle Disziplinen der Künste, darunter Architektur, Tanz, Design, Bildende Kunst, Medienkunst, Musik und Darstellende Kunst. Durch das Netzwerk seiner Mitgliedsinstitutionen ermöglicht und fördert *ELIA* den Dialog, die Mobilität und alle Arten künstlerischer Projekte für Künstler und Künstlerinnen, Lehrende, leitendes Personal, Verwaltung und vor allem für die mehr als 250 000 vertretenen Studierenden.
Die wesentlichen Aktivitäten von *ELIA* umfassen:
- Die internationale Interessensvertretung, die Repräsentation und die Unterstützung hochschulischer Ausbildung in den Künsten,
- Eine alle zwei Jahre stattfindende Konferenz für die etwa 600 Mitglieder und Abgesandte,
- Spezialisierte und fokussierte Symposien, Seminare und Workshops für bis zu 150 Teilnehmende,
- Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten mit Bezug auf europäische und weltweite Themen der hochschulischen Ausbildung in den Künsten,
- Online-Dienste, die einen zweimonatlichen Newsletter und eine stets aktualisierte Web Seite umfassen.
(Vereinigung von über 320 Institutionen der hochschulischen Ausbildung in den Künsten aus über 45 Ländern)

**European Network of Cultural Administration Centres (ENCATC)**
ENCATC Brussels Office
Square Sainctelette, 19
1000 BRÜSSEL
BELGIEN
Tel.: ++32-2-201 29 12
Fax: ++32-2-203 02 26
info@encatc.org
www.encatc.org
Prof. Hermann Voesgen (President)

*Kurzbeschreibung*
The mission of *ENCATC* is to stimulate and encourage the development of cultural management & policy within the context of great changes in the fields of culture, arts and media.

Aims:
- Share experience,
- Set up partnerships,
- Contribute to broad debate on cultural policy,
- Exchange ideas between researches, educators and cultural managers,
- Exchange ideas of good practice,
- Promote the importance of cultural management and related training.
(125 Mitglieder aus 39 Staaten)

*Kulturstatistik, Chronik, Literatur, Adressen*

Michael Söndermann

# *Der Kultursektor als Beschäftigungs- und Wirtschaftsfaktor in Europa*

## *Wege zu einer europäischen Kulturstatistik*

Europa verfügt über mannigfache kulturelle Profile, die sich nicht einfach zu einem neuen Gesamtbild zusammensetzen lassen. Daher ist es gut, wenn Netzwerke geknüpft werden, die helfen ein europäisches Bewusstsein herauszubilden. Daran arbeiten Künstlerszenen, Kulturverbände und politische Netzwerke. Die zentrale Aufgabe wird sein, den Kultursektor als einen sozialen und geistig-gesellschaftlichen Faktor zu betrachten, der »Europa eine Seele« (siehe http://www.berlin-konferenz.eu) geben kann.

Wenn der Kultursektor nun zunehmend auch als ein real-ökonomischer Faktor für die europäische Gesellschaft wahrgenommen wird, ist dies eine wichtige Ergänzung zur Entwicklung eines europäischen Gesamtbildes. Die neue Studie der EU-Kommission »The Economy of Culture« (siehe http://ec.europa.eu/culture/eac/sources_info/studies/economy_en.html), veröffentlicht im Oktober 2006, vermittelt uns dazu einige bemerkenswerte Ergebnisse:

- Der europäische Kultur- und Kreativsektor bietet rund 5,8 Millionen Menschen Arbeitsplätze (2004). Das entspricht einem Anteil von 3,1 Prozent der Gesamtbeschäftigung in Europa (EU-25). Während die Gesamtbeschäftigung in Europa zwischen 2002 und 2004 zurückging, wuchs die Beschäftigung im Kultur-/Kreativsektor um knapp 2 Prozent.
- Die Beschäftigten des Sektors erwirtschafteten im Jahre 2003 ein Umsatzvolumen in Höhe von 654 Milliarden Euro. Damit wurde ein Wertschöpfungsbeitrag von 2,6 Prozent für das europäische Bruttoinlandsprodukt geleistet, der höher lag als der Beitrag der europäischen Chemieindustrie (Anteil 2,3 Prozent am BIP).

Der Kultursektor, der lange Zeit als nicht-marktwirtschaftliches Feld erklärt und damit als marginaler Bereich abgetan wurde, zeigt plötzlich Konturen, die seine reale gesellschaftliche Bedeutung sichtbar machen.

*Methodische Ansätze*

Die Vielfalt des europäischen Kultursektors spiegelt auch eine Vielfalt kulturstatistischer Erhebungen wieder. Die Kulturstatistiken haben eine reichhaltige Quellenlage von Datenbeständen überall in Europa hervorgebracht, zugleich aber erschwert diese heterogene Lage der Kulturstatistik die Schaffung eines übersichtlichen Gesamtbildes des Kultursektors.

Um diesen Mangel zu beheben, entwickeln die *UNESCO*, die EU-Kommission und der Europarat[1], aber auch einige europäische Länder seit längerem Modelle und methodische Ansätze, die zu einem Gesamtbild des Kultursektors (und der kulturellen Lebensverhältnisse) beitragen sollen.

Die *UNESCO* legte bereits 1986 ein »Framework for Cultural Statistics« (FCS) vor, mit dem der Kultursektor nach einem *thematischen Modell* strukturiert wurde. Folgende neun Kategorien oder Domains nennt das FCS: (1) Kulturelles Erbe, (2) Literatur und Presse, (3) Musik und Darstellende Künste, (4) Bildende Künste, (5 u. 6) Film und audiovisuelle Medien, (6) Rundfunk und TV, (7) Soziokulturelle Aktivitäten, (8) Sport und Spiele, (9) Umwelt und Natur. Die letzten beiden Kategorien werden in der Praxis dem Kultursektor im engeren Sinne nicht zugeordnet.

Darüber hinaus beschreibt das FCS ein *funktionales Modell*, das den möglichen Verlauf des kulturellen Produktionsprozesses vom Angebot bis zur Nachfrage oder Rezeption darstellt. Sieben Funktionen werden genannt: (a) Originärproduktion (Kunstwerk, Ideen), (b) handwerkliche und industrielle Produktion, (c) Vertrieb, Gross-/Einzelhandel, (d) Rezeption/Ausstellungen (zeitgebundene Live-Veranstaltungen etc.), (e) Konsum/Partizipation (kultureller Güter und Dienstleistungen), (f) Archivierung/Konservierung, (g) Ausbildung/Bildung. Die Funktionen (a) bis (d) bilden das kulturelle Angebot, Funktion (e) die Nachfrage und die beiden letztgenannten Funktionen (f) bis (g) liegen dem gesamten kulturellen Produktionsprozess zugrunde.

Das FCS der *UNESCO* funktionierte über viele Jahre als Referenzmodell in der ganzen Welt. Inzwischen bereitet das *UNESCO-Institut für Statistik (UIS)* eine grundlegende Überarbeitung des FCS vor, um die großen kulturellen, technologischen und sozialen Veränderungen des Kultursektors adäquater abbilden zu können. Die Vorstellungen der linear funktionalen kulturellen Produktion werden zugunsten von kulturellen Modell-Kreisläufen aufgegeben. Das neue FCS wird voraussichtlich im Jahre 2008/2009 vom *UIS* vorgestellt werden.

*Thematische Abgrenzung des Kultursektors*

Während das FCS-Modell der *UNESCO* von 1986 noch vorwiegend auf die öffentlich finanzierten Kulturstrukturen ausgerichtet war, schlägt sich in den kulturstatistischen Ansätzen zunehmend deutlicher nieder, dass der Kultursektor aus unterschiedlichen Teilbereichen besteht. Neben dem öffentlichen und dem gemeinnützigen/intermediären Kulturbetrieb tritt der privatwirtschaftliche, der, anders als die ersten beiden, keine gesellschaftsbildenden, sondern ökonomische Zielsetzungen verfolgt. Das so genannte »Drei-Sektoren-Modell« positioniert die drei Akteure »Staat«, »Gemeinnützige« und »Markt« und verweist auf die wechselseitigen Bezüge der Akteure innerhalb des Kultursektors.

Diese wechselseitigen Bezüge spiegeln sich vor allem in den Berufsverläufen der Künstler und Kulturberufe wieder, die zunehmend weniger vom öffentlichen Kulturbetrieb allein »ernährt« werden. Die Sonderstellung der Kulturberufe wird deshalb in der thematischen Abgrenzung des Kultursektors in Europa besonders hervorgehoben. Sie agieren sowohl im Non-Profit-Sektor des öffentlichen beziehungsweise intermediären wie zugleich im Profit-Sektor des privatwirtschaftlichen Kulturbetriebs (der Kulturwirtschaft).

Durch die Aufnahme der privatwirtschaftlichen, ökonomischen Dimension wird der Blick für eine neue und erweiterte Spartengliederung des Kultursektors geschärft. Die Musik ist nicht mehr nur untergeordneter Teilbereich der Darstellenden Kunst, sondern eigenständiger Teilsektor mit Opernhäusern, Musikindustrie und Musikinterpreten. Ebenso macht es Sinn, die Gestalterbereiche »Design« und »Architektur« in eigenständige Teilsektoren zu gliedern, denn der Designmarkt entwickelt sich in völlig anderen Dimensionen als der Kunstmarkt in Europa. Des Weiteren unterliegt die duale Rundfunklandschaft anderen Strukturbedingungen wie die kleinteilige europäische Filmwirtschaft.

Die Einbeziehung des Werbemarktes als kultureller Teilsektor ist unter Experten nach wie vor strittig. Dennoch wird er zum einen auf Vorschlag der EU-Kulturstatistik aufgenommen (siehe dazu *Übersicht 2*), zum anderen schafft der Werbemarkt die Verbindung zu den so genannten »Creative Industries«. Das Konzept der Creative Industries – insbesondere des britischen Kulturministeriums – gilt weltweit als Referenzmodell für kultur- und kreativwirtschaftliche Modellbildung. Es umfasst neben den zehn Teilsektoren zusätzlich den Teilsektor »software/Games«.

Die *Übersicht 1* untergliedert die zehn Teilsektoren des Kultursektors in europäischer Perspektive nach den Kulturbetrieben des öffentlichen und intermediären Sektors, zusammengefasst in einer Spalte als Non-Profit-Bereich und in einen privatwirtschaftlichen Kulturbetrieb, der als Profit-Bereich oder gemeinhin als Kulturwirtschaft bezeichnet wird. Die Künstler und Kulturberufe zählen zu beiden Bereichen.

1 Der Europarat entwickelt in Zusammenarbeit mit *ERICarts* und den beteiligten Ländern (knapp 40 Staaten) ein europäisches Kompendium für den Kultursektor, mit dem mittels eines Monitorings die laufenden Entwicklungen des Kultursektors in den europäischen Staaten und Kanadas beobachtet werden können.

*Übersicht 1: Thematische Abgrenzung des Kultursektors in Europa*

*Abgrenzung in Anlehnung an Arbeiten von EU-Kommission, UNESCO/UIS, Europarat/Ericarts*

| Teilsektoren | Öffentlicher u. Intermediärer Kulturbetrieb (Non-Profit-Bereich) | Künstler- u. Kulturberufe (Non-Profit- u. Profit-Bereich) | Privatwirtschaftlicher Kulturbetrieb (Profit-Bereich) |
|---|---|---|---|
| **1. Musik** | Opernhaus, Orchester, Musikschule (non-profit), Festival, Chor, Laienmusik, Musikszene | Komponist, Musiker, -lehrer, Toningenieur, Interpreten, Musikensembles | Instrumentenherstellung, Agentur, Musikverlag, Tonträgerproduktion, Musikfachgeschäft, Veranstalter, Club, Musical, Festival, Szene, Musikschule, Online-/digitale Musik |
| **2. Literatur-, Buch- und Presse** | Literaturhaus, Bücherei, Bibliothek, Archiv, Wettbewerb, Literaturszene | Schriftsteller, Autor, Journalist, Wortproduzent | Buchverlag, Zwischenbuchhandel, Buchhandel, Agentur, Presseverlag, Pressehandel, Pressearchiv, Online-/digitales Publizieren |
| **3. Bildende Kunst** | Kunstmuseum, Kunstausstellung, Wettbewerb, Künstlerszene | Bildender Künstler, Restauratoren, Kunstlehrer | Galerie, Kunsthandel, Museumsshop, kommerzielle Kunstausstellung, Künstlerszene |
| **4. Darstellende Kunst** | Theater, Theaterpädagogik, Kulturhaus Soziokultur, Kleinstkunstszene | Darstellende Künstler, Artisten, Tänzer, Kabarettist | Kommerzielles Theater, Musical, Agentur, Varietétheater, Kleinstkunstszene |
| **5. Film-/ Video** | Filmarchive, Filmmuseum, Wettbewerb, Filmszene | Drehbuchautor, Filmschauspieler, Filmproduzent | Film-/TV-Produktionsfirma, Kino, Filmverleih/Vertrieb, Wettbewerb, Online-Video, digitale Filmprodukt. |
| **6. Design** | Designausstellung, Designmuseum, Museum für angewandte Kunst | Designer, angewandte Künstler, Gestalter | Büro für Industriedesign, Produktdesign, Grafikdesign, visuelles Design, Web-Design, Wettbewerb, Designszene |
| **7. Architektur** | Architekturmuseum, Wettbewerb | Architekt, Landschaftsplaner | Büro für Hoch-/Tiefbauarchitektur, Innenarchitektur, Landschafts-/Gestaltung, Wettbewerb |
| **8. Kulturelles Erbe** | Denkmalschutz- u. Pflege, Museumsarten, Museumspädagogik | Museums-, Denkmalpflegeberufe | Museumsshop, kommerzielle Kunstausstellung, sonstiger Kulturgüterhandel |
| **9. Rundfunk** | Radio-, TV-Unternehmen (öffentlich u. öffentlich-rechtlich) | Moderator, Sprecher, Produzent | Kommerzielle Radio- und Fernsehunternehmen, Online-Radio, Digitaler Rundfunk |
| **10. Werbung** | | Werbetexter, Werbevermittler | Büro für Werbevermittlung, Werbeverbreitung, Online-Werbung |
| *Zur Information:* | | | |
| **Sofware/ Games** | Computermuseum | Software-, Games-Entwickler, Verleger | Softwareberatung u. –entwicklung, Softwareverlag Programmierfirma, Agentur |

**Quelle:** Abgrenzung des Arbeitskreis Kulturstatistik e.V. in Anlehnung an die kulturstatistischen Definitionen von UNESCO-Framework, EU-Kommission/LEG-Kulturstatistik und Europarat/Ericarts-Compendium Cultural Policies and Trends in Europe.

*Übersicht 2: Statistische Abgrenzung des Kultursektors in Europa*

*Abgrenzung der EU-Kommission nach der offiziellen europäischen Wirtschaftszweigklassifikation NACE*

| Nace 2-digits | Nace 3 digits | Inclusion in the cultural field |
|---|---|---|
| 22 – Publishing, printing and reproduction of recorded media | **22.1** – Publishing | Yes |
| | 22.2 – Printing and service activities related to printing | No |
| | 22.3 – Reproduction of recorded media | No |
| 92 – Recreational, cultural and sporting activities | **92.1** – Motion picture and video activities | Yes |
| | **92.2** – Radio and television activities | Yes |
| | **92.3** – Other entertainment activities | Yes |
| | **92.4** – News agency activities | Yes |
| | **92.5** – Library, archive, museums and other cultural activities | Yes |
| | 92.6 – Sporting activities | No |
| | 92.7 – Other recreational activities | No |
| 74 – Other business activities | 74.1 – Legal, accounting, bookkeeping and auditing activities; tax consultancy; market research and public opinion polling; business and management consultancy; holdings | No |
| | **74.2** – Architectural and engineering activities and related technical consultancy | Direct estimation* |
| | 74.3 – Technical testing and analysis | No |
| | **74.4** – Advertising | Yes |
| | 74.5 – Labour recruitment and provision of personnel | No |
| | 74.6 – Investigation and security activities | No |
| | 74.7 – Industrial cleaning | No |
| | **74.8** – Miscellaneous business activities not elsewhere classified. | Yes |

**Hinweis**: As the Nace nomenclature doesn't allow isolating architectural activities from engineering activities and related technical consultancy, the DEPS used estimator calculated from professional sources.
European definition of cultural sector without NACE-code 52.47 Retail sale of books, newspapers and stationery, code 36.3 Manufacture of musical instruments, 22.3 Reproduction of sound, video, computer media recording.
NACE Rev.1 = »Nomenclature statistique des Activités économiques dans la Communauté Européenne« – Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft)

**Quelle:** EU-Kommission, »The Economy of Culture in Europe«, (study, October 2006) nach: EU-Kulturstatistik/ Task Force Employment/EUROSTAT und französisches Kulturministerium/Forschungsabteilung DEPS

## *Statistische Abgrenzungen des Kultursektors*

### *EU-Ebene*

Damit der Kultursektor in empirisch-quantitativen Dimensionen untersucht werden kann, ist es notwendig, die thematische Gliederung des Kultursektors in eine statistische Gliederung zu übertragen. Erst dann können allgemein verfügbare Wirtschafts- und Beschäftigungsstatistiken zur Analyse kultureller Aktivitäten ausgewertet werden. Diese Verbindung mit den allgemeingültigen Statistiken ist vorteilhaft, weil damit Kultur auf gleicher Erhebungsbasis mit anderen gesellschaftlich relevanten Feldern verglichen werden kann.

Genau diese Vorgehensweise hat die Europäische Kommission mit der Einrichtung der EU-Kulturstatistik (Europäische Kommission 2000 und in der Nachfolge die *Task Force »Cultural Employment«* der *Working Group of Cultural Statistics*) eingeschlagen. Die *Task Force »Cultural Employment«* der EU-Kulturstatistik grenzt den Kultursektor im engeren Sinne ab und beschreibt ihn mittels der aus der europäischen wirtschaftssystematischen Klassifikation »NACE« abgeleiteten Kategorien einschließlich der Code-Nummern. *Übersicht 2* zeigt, dass die Task Force folgende Teilgruppen zum Kultursektor zählt: »Publishing« (22.1), »Motion

picture and video activities« (92.1), »Radio and television activities« (92.2), »Other entertainment activities« (92.3), »News agencies activities« (92.4), »Library, archives, museums and other cultural activities« (92.5). Diese kulturellen Kerngruppen werden durch die Teilgruppen »Architecture« (Teil aus 74.2), »Advertising« (74.4) und »Design« (Teil aus 74.8) ergänzt. Während die Task Force nach heftigem Ringen die drei letztgenannten Teilgruppen in die kulturelle Kernabgrenzung aufgenommen hat, wurden andere Gruppen nicht einbezogen wie etwa »Printing« (22.2) oder »Reproduction of recorded media« (22.3) oder auch »Cultural sale« (Teil aus 52.47 oder 52.4).

Die Wirtschaftsklassifikation »NACE« steht für »Nomenclature statistique des Activités économiques dans la Communauté Européenne« und ist das Gliederungssystem der »Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft«. Mit diesem System werden sämtliche wirtschaftliche Aktivitäten einer Volkswirtschaft klassifiziert und zugeordnet. Dieses System findet in der gesamten Wirtschaft Anwendung (Wirtschaftskammern, Wirtschaftsdatenbanken etc.) – also nicht nur in der Wirtschafts- und Beschäftigungsstatistik allein. In allen EU-Staaten und EFTA-Staaten gilt die entsprechende Wirtschaftsklassifikation. In Frankreich gilt die »NAF1« welches für »Nomenclature statistique des Activités Francaise« steht. In Deutschland lautet dazu die »Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2003 (WZ2003)«:

*Frankreich*

Verantwortlich für die Forschung und Produktion von statistischen Informationen in Frankreich ist das *Département des études, de la prospective et des statistiques (DEPS)* des Kultur- und Kommunikationsministeriums. Das *DEPS* arbeitet dabei eng mit den nationalen statistischen Agenturen sowie mit den Ämtern der benachbarten Ministerien – wie Finanzen und Wirtschaft –zusammen.

Frankreich war eines der ersten Länder, das sich um ein besseres Verständnis der ökonomischen Dimensionen des Kultursektors durch die Entwicklung von Kulturstatistiken bemühte. Das *DEPS* übernahm unter anderem den Vorsitz in der *Task Force »Cultural Employment«* der EU-Kulturstatistik, veröffentlichte regelmäßig nationale Berichte zum Beschäftigungspotenzial des Kultursektors und zur Lage der Kulturberufe. Angeregt durch die internationale Debatte über die Creative Industries entstehen derzeit neue Ansätze zur Erweiterung des Konzeptes der »Industries Culturelles« hin zur »Industries Creatives«.

In der statistischen Abgrenzung des Kultursektors orientiert sich Frankreich eng an der europäischen statistischen Abgrenzung, wie der Vergleich der *Übersichten 2* und *3* zeigt. Dies gilt vor allem für die kulturellen Teilgruppen NACE-/NAF-Codes 22.1 bis 92.1-5. Die Architektur (Teil aus Code 74.2) gilt in Frankreich als besonders kulturrelevante Gruppe. Sie ist jedoch im statistischen Sinn nicht einfach von der Gruppe der Ingenieure zu trennen. Deshalb hat Frankreich für die Architekten Schätzwerte eingeführt. Außerdem wird die Architektengruppe nicht als Teilgruppe der Industries Culturelles gesehen.



*Übersicht 3: Statistische Abgrenzung des Kultursektors in Frankreich*

*Abgrenzung des Französischen Ministeriums für Kultur und Kommunikation/DEPS nach der offiziellen französischen Wirtschaftszweigklassifikation NAF*

| NAF trois-chiffre | NAF quatre-chiffre |
|---|---|
| **22.1** – Édition | 22.1A – Édition de livres (livres, manuels scolaires, brochures, atlas, cartes et partitions musicales) |
| | 22.1C – Édition de journaux (quotidiens, journaux publicitaires) |
| | 22.1E – Édition de revues et périodiques |
| | 22.1G – Édition d'enregistrement sonore (disques, disques compacts et bandes contenant de la musique ou d'autres enregistrements sonores) |
| | 22.1J – Autres activités d'édition (calendriers, cartes postales, édition d'art: gravures, photographies, images) |
| **92.1** – Activités cinématographiques et vidéo | 92.1A – Production de films pour la télévision (films de tous types: séries, téléfilms ...) |
| | 92.1B – Production de films institutionnels et publicitaires (films publicitaires, films techniques d'entreprises, films de formation ou éducatifs, clips vidéo) |
| | 92.1C – Production de films pour le cinéma (courts ou longs métrages destinés à la projection en salle) |
| | 92.1D – Prestations techniques pour le cinéma et la télévision (prise de son, effets spéciaux, doublages ...) |
| | 92.1F – Distribution de films cinématographiques (vente ou location de films ou vidéos à d'autres établissements) |
| | 92.1G – Édition et distribution vidéo (ventes ou location de films ou vidéos à destination du public) |
| | 92.1J – Projection de films cinématographiques |
| **92.2** – Activités de radio et de télévision | 92.2A – Activités de radio |
| | 92.2B – Production de programmes de télévision |
| | 92.2D – Édition de chaînes généralistes |
| | 92.2E – Édition de chaînes thématiques |
| | 92.2F – Distribution de bouquets de programmes de télévision |
| **92.3** – Autres activités artistiques et de spectacle | 92.3A – Activités artistiques (artistes indépendants: acteurs, musiciens, danseurs; ensembles permanents: orchestres, troupes, compagnies; créations de spectacles; et les autres artistes indépendants: peintres, dessinateurs, sculpteurs, écrivains ...) |
| | 92.3B – Services annexes aux spectacles (machinerie, costumes, maquillage, éclairage, organisation de manifestations culturelles, promotion) |
| | 92.3D – Gestion de salles de spectacles (salles de concerts, théâtres, cabarets, studios d'enregistrement) |
| | 92.3K – Activités diverses du spectacle (cirque, marionnettes, son et lumière, clubs de danse, organisation de bals et de soirées sans exploitation d'un lieu particulier) |
| **92.4** – Agences de presse | 92.4Z – Agences de presse, journalistes indépendants |
| **92.5** – Autres activités culturelles | 92.5A – Gestion des bibliothèques |
| | 92.5C – Gestion du patrimoine culturel (musées, sites, monuments historiques) |
| **74.2** – Activités d'architecture et d'ingénierie | 74.2A – Activités d'architecture (projets architecturaux, conseils aux maîtres d'ouvrage, conduite d'opérations pour le compte de propriétaires, conseils et études en matière d'aménagement urbain et paysager) |
| **52.4** – Autres commerces de détail magasin spécialisé | 52.4R – Commerce de détail de livres, journaux et papeterie (et aussi fournitures de bureau et vente en kiosque) |

**Hinweis:** Französische Kultursektorabgrenzung ohne NACE-Code 74.4 (Werbung) und Code 74.8 (Sonstige Unternehmensaktivitäten). NAF1 = Nomenclature statistique des Activités Francaise, basiert auf europäischer NACE Rev.1 = »Nomenclature statistique des Activités économiques dans la Communauté Européenne« – Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft

**Quelle:** Französisches Ministerium für Kultur und Kommunikation, Forschungsabteilung DEPS

Bisher nicht erfasst werden die Gruppen »Design« (Teil aus 74.8) sowie »Advertising« (74.4). Während es im Falle des Designs wiederum statistische Abgrenzungsprobleme sind, die zur Nichtaufnahme führen, gilt der Werbemarkt nach französischem Verständnis nicht als kulturrelevantes Feld.

Insgesamt ist die französische Abgrenzung bereits in großen Teilen mit dem europäischen Abgrenzungskonzept kompatibel. Zudem führt die französische Abgrenzung über das europäische Abgrenzungsmodell in zweierlei Hinsicht bereits hinaus. Die Einführung der Gruppe »Cultural Sale« (52.74) stellt eine wesentliche Erweiterung der Kulturabgrenzung dar: Denn der Buchhandel, der Kunsthandel oder der Musikhandel zählen überall in den europäischen Ländern zu den wichtigsten regionalen Infrastrukturen des Kultursektors – trotz Internet. Das französische Modell bietet noch eine zweite wichtige Gliederungsdimension. Es kann die einzelnen Teilgruppen (3-Steller-Ebene) bereits in feinerer Untergliederung nach vierstelligen Ebenen differenzieren. Dadurch können statistische Analysen bereits zum Teil nach thematischen Gruppen, wie »zur Filmwirtschaft« oder »zum Buchmarkt gehörend«, vorgenommen werden. Und genau dies ist das Ziel jeglicher statistischer Auswertung, dass sie Aussagen zu einer thematischen Gruppe ermöglicht, nicht etwa zu einer statistischen Gruppe.

*Deutschland*

In Deutschland gibt es auf Grund der föderalistischen Struktur auf staatlicher Ebene bislang keine Forschungsagentur, die sich in gleicher Weise wie in Frankreich mit der ökonomischen Dimension des Kultursektors beschäftigt. Als Ersatz für die fehlende Infrastruktur ist der *Arbeitskreis Kulturstatistik e. V.*[2] deshalb seit Jahren mit eben diesem Anliegen befasst, Anschluss an die europäische Debatte zu halten.

So wurden die Vorarbeiten der EU-Kommission und des französischen Kulturministeriums intensiv geprüft und ihre Übertragbarkeit auf die deutschen Verhältnisse erprobt. Im Ergebnis kann durch die Übernahme der europäischen Abgrenzung und der französischen Verfeinerung die Untersuchung des Kultursektors kompatibel für Deutschland durchgeführt werden.

Da die für den Kultursektor relevanten statistischen Datenbestände zum Teil in einer fünfstelligen fachlichen Tiefengliederung in Deutschland vorliegen, kann die Differenzierung der systematischen Abgrenzung weitergehend gestaltet werden: Für alle in der *Übersicht 4* aufgeführten Teilgruppen (Nr. 22.1 bis 92.1-5) sind die vierstelligen Ebenen (und die nicht aufgeführten fünfstelligen) durch statistische Datenbestände abgedeckt. Für die Gruppen »Architektur«, »Design« und »Kulturhandel« können jeweils fünfstellige Wirtschaftszweige selektiert werden. Hier müssen, bis auf eine Ausnahme, keine Schätzungen bei der statistischen Analyse durchgeführt werden. Der einzige Wirtschaftszweig, der auch in der fünf-

2 Der *Arbeitskreis Kulturstatistik e.V.* ist eine wissenschaftliche Vereinigung von Kulturdatenproduzenten, Forschungsinstituten und Kulturdatennutzer aus Kulturpolitik und Verbandsbereich.



*Übersicht 4: Statistische Abgrenzung des Kultursektors in Deutschland*

*Abgrenzung des Arbeitskreis Kulturstatistik e.V. nach der offiziellen deutschen Wirtschaftszweigklassifikation WZ*

| WZ-Nr. 3-stellig | WZ-Nr. 4-stellig (teilweise 5-stellig) |
|---|---|
| **22.1** – Verlagsgewerbe | 22.11 – Verlegen von Büchern |
| | 22.12 – Verlegen von Zeitungen |
| | 22.13 – Verlegen von Zeitschriften |
| | 22.14 – Verlegen von bespielten Tonträgern u. Musikalien |
| | 22.15 – Sonstiges Verlagsgewerbe |
| **92.1** – Film- u. Videofilmherstellung, -verleih, -vertrieb; Kinos | 92.11 – Film- und Videofilmherstellung |
| | 92.12 – Filmverleih und Videoprogrammanbieter |
| | 92.13 – Kinos |
| **92.2** – Rundfunkveranstalter, Herstellung von Hörfunk-, Fernsehprogrammen | 92.20 – Rundfunkveranstalter, Herstellung v. Hörfunk-, Fernsehprogrammen |
| **92.3** – Erbringung von sonstigen kulturellen und unterhaltenden Leistungen | 92.31 – Künstler. u. schriftstellerische Tätigkeiten bzw. Darbietungen |
| | 92.32 – Theater-, Opern- Musicalbetrieb, Hilfsdienste für kulturelle u. ä. Leistungen |
| | 92.34 – Erbringung von kulturellen u. unterhaltenden Leistungen |
| **92.4** – Korrespondenz-, Nachrichtenbüros, selbstständige Journalisten | 92.40 – Korrespondenz-, Nachrichtenbüros, selbstständige Journalisten |
| **92.5** – Bibliotheken, Archive, Museen botanische u. zoologischer Gärten | 92.51 – Bibliotheken und Archive |
| | 92.52 – Museen und Denkmalschutzeinrichtungen |
| **74.2** – Architektur- und Ingenieurbüros | 74.20 – Architekturbüros |
| | 74.20.1 – Architekturbüros für Hochbau u. Innenarchitektur (ohne Ingenieurbüros) |
| | 74.20.2 – Architekturbüros für Orts-, Regional- u. Landesplanung |
| | 74.20.3 – Architekturbüros für Garten- u. Landschaftsgestaltung |
| **74.8** – Sonstige Unternehmensaktivitäten | 74.8x – Designaktivitäten |
| | 74.20.6 – Industriedesign |
| | 74.40.1 – Kommunikationsdesign/Werbegestaltung |
| | 74.87.4 – Mode-, Grafikdesign, sonstiges Design. |
| **52.4** – Sonstiger Facheinzelhandel | 52.47 – Einzelhandel mit Büchern, etc. |
| | 52.45.3 – Einzelhandel mit Musikinstrumenten u. Musikalien |
| | 52.47.2 – Einzelhandel mit Büchern und Fachzeitschriften |
| | 52.48.2 – Einzelhandel mit Kunstgegenständen, (ohne Antiquitäten, Teppichen, Briefmarken, Münzen, Geschenkartikel, etc) |

**Hinweis:** Deutsche Kultursektorabgrenzung ohne WZ-Nr. 36.3 Herstellung von Musikinstrumenten, WZ-Nr. 22.3 Vervielfältigung von Musik-, Video und Datenträger, WZ-Nr. 74.40.2 Werbevermittlung.
WZ 2003 = Deutsche Klassifikation der Wirtschaftszweige, Basiert auf europäischer NACE Rev.1 = »Nomenclature statistique des Activités économiques dans la Communauté Européenne« – Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft

**Quelle:** Arbeitskreis Kulturstatistik e. V.

stelligen Ebene nicht in vollem Umfang verwendet werden kann, ist der »Einzelhandel mit Kunstgegenständen«. Hier muss für den Kunsthandel ein Schätzwert verwendet werden, da dieser Zweig einen sehr hohen Anteil kunstfremder Aktivitäten enthält, der das tatsächliche statistische Ergebnis erheblich verzerrt.

Insgesamt verfügt Deutschland über eine reichhaltige Datenbasis aus der allgemeinen Wirtschafts- und Beschäftigungsstatistik, die eine für die Kulturanalyse notwendige Tiefengliederung ermöglichen würde, wenn die Kulturpolitik dies denn wollte!

## *Empirische Trends*

### *Der europäische Kultursektor*

▸ *Der europäische Kultursektor als Beschäftigungsfaktor*

Im Jahre 2004 waren in der EU-25 schätzungsweise 4,8 Millionen Menschen (ohne Kulturtourismus), das heißt 2,6 Prozent der Erwerbstätigen insgesamt, im Kultursektor tätig. Bezieht man die im europäischen Kulturtourismus beschäftigten Menschen zusätzlich mit ein, erreicht das Gesamtvolumen mit einer Höhe von 5,9 Millionen Personen einen Anteil von 3,1 Prozent der Gesamterwerbstätigkeit in der EU.

Dies ist das Hauptergebnis der von der Forschungsabteilung *DEPS* des französischen Kulturministeriums für ganz Europa durchgeführten Untersuchung. Diese stellvertretend für *EUROSTAT*[3] geleistete Arbeit zählt zu den wenigen validen Datenunterlagen, die für den europäischen Kultursektor derzeit zur Verfügung stehen.

Die räumliche Verteilung der kulturellen Erwerbstätigkeit richtet sich naturgemäß von den großen bevölkerungsreichen bis hin zu den kleinsten Mitgliedsstaaten aus. In Deutschland und im Vereinigten Königreich arbeitet bereits deutlich mehr als ein gutes Drittel der Kulturbeschäftigten. Nimmt man Frankreich noch hinzu, ist es bereits fast die Hälfte aller Kulturbeschäftigten. 2,3 Millionen Menschen oder 49 Prozent sind in diesen drei Ländern tätig. Jedoch stellt dies noch keineswegs ein besonderes Kennzeichen für eine Konzentration des Kulturpotenzials in den drei genannten Ländern dar.

Nimmt man den Anteil der Kulturbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung des jeweiligen Landes als Vergleichskennzahl, dann treten tendenziell ganz andere Länder in den Vordergrund. Die höchsten prozentualen Anteile der Kulturbeschäftigung an der jeweiligen Gesamtbeschäftigung mit deutlichem Abstand zum EU-Durchschnitt von 3,1 Prozent erreichen folgende Länder: Ungarn 6,5 Prozent, Niederlande 4,2 Prozent, Großbritannien und Finnland jeweils 3,7 Prozent sowie Schweden, Slowenien und Estland jeweils 3,6 Prozent. Allerdings kann diese Kennzahl nicht einfach im Sinne einer Modernisierung der jeweiligen Gesellschaft interpretiert werden. Immerhin zeigt die gesamte prozentuale Verteilung der Kulturbeschäftigung in allen EU-Mitgliedsstaaten ein relativ gleichwertiges Niveau. Die kulturelle Infrastruktur ist eine Basisinfrastruktur, die wohl in allen europäischen Ländern in vergleichbarer Weise vorhanden ist.

3 *DEPS* führt die im Rahmen der damaligen EU-Kulturstatistik entstandene Arbeit der *Task Force »Cultural Employment«* fort.



*Tabelle 1: Erwerbstätige im Kultursektor in Europa 2004/2003*

*Anzahl der Erwerbstätigen absolut, Anteile und Veränderung in Prozent (Labour force survey-Konzept)*

| EU-Staaten | Kultursektor* Anzahl | Anteil an EU-25 | Anteil** am Gesamt | Veränderung | Kultursektor Anzahl | Anteil d. Selbstständigen | Anteil*** Tertiärbildung |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | absolut | in % | | | absolut | in % | |
| | 2004 | | | 2004/03 | 2003 | | |
| Deutschland | 957.000 | 19,9 | 3,2 | -2,5 | 981.700 | 32,6 | 46,9 |
| Verein. Königreich | 883.300 | 18,4 | 3,8 | -1,3 | 894.500 | 27,5 | 47,1 |
| Frankreich | 496.300 | 10,3 | 2,5 | 5,3 | 471.400 | 20,3 | 54,3 |
| Italien | 466.900 | 9,7 | 2,8 | 0,1 | 466.400 | 51,4 | 34,7 |
| Spanien | 379.000 | 7,9 | 3,1 | 13,3 | 334.400 | 21,9 | 57,9 |
| Niederlande | 296.400 | 6,2 | 4,2 | 4,7 | 283.000 | 29,9 | 44,4 |
| Polen | 230.800 | 4,8 | 1,9 | 2,9 | 224.300 | 20,4 | 51,8 |
| Schweden | 135.500 | 2,8 | 3,6 | -5,7 | 143.700 | 24,8 | 43,0 |
| Griechenland | 97.400 | 2,0 | 3,2 | -3,2 | 100.600 | 33,5 | 40,6 |
| Schweiz | 94.000 | 2,0 | 3,2 | 0,5 | 93.500 | – | – |
| Belgien | 93.500 | 1,9 | 2,7 | 9,4 | 85.500 | 28,5 | 61,7 |
| Tschech.Republik | 89.400 | 1,9 | 2,5 | 1,8 | 87.800 | 34,0 | 34,7 |
| Dänemarkt | 80.600 | 1,7 | 3,3 | -5,4 | 85.200 | 14,9 | 50,1 |
| Ungarn | 80.600 | 1,7 | 6,5 | -3,8 | 83.800 | 18,3 | 47,4 |
| Österreich | 79.100 | 1,6 | 3,0 | -1,1 | 80.000 | 38,4 | 33,1 |
| Finnland | 77.600 | 1,6 | 3,7 | 3,2 | 75.200 | 17,8 | 41,3 |
| Portugal | 76.200 | 1,6 | 2,3 | 25,7 | 60.600 | 21,8 | 27,1 |
| Irland | 45.700 | 1,0 | 3,4 | 2,9 | 44.400 | 26,4 | 50,8 |
| Lettland | 29.100 | 0,6 | 3,2 | 3,9 | 28.000 | 7,0 | 37,6 |
| Litauen | 28.900 | 0,6 | 2,3 | -6,5 | 30.900 | 5,0 | 58,3 |
| Slovakei | 28.700 | 0,6 | 1,9 | -5,6 | 30.400 | 17,3 | 32,5 |
| Slovenien | 28.700 | 0,6 | 3,6 | 22,6 | 23.400 | 17,4 | 41,5 |
| Estland | 18.600 | 0,4 | 3,6 | -1,6 | 18.900 | 9,1 | 52,2 |
| Zypern | 7.800 | 0,2 | 2,3 | -7,1 | 8.400 | 23,3 | 64,5 |
| Luxemburg | 3.500 | 0,1 | 2,4 | 2,9 | 3.400 | 16,2 | 39,4 |
| Malta | 3.000 | 0,1 | 3,3 | 7,1 | 2.800 | 11,1 | 27,8 |
| **EU-25 u. Schweiz** | **4.807.600** | **100,0** | **3,1** | **1,4** | **4.742.200** | **28,9** | **46,6** |

**Hinweise:** Definition des Kultursektors, siehe statistische Abgrenzung des Kultursektors. *Kultursektor ohne Beschäftigte im Kulturtourismus **Anteil der Erwerbstätigen des Kultursektors einschließlich Beschäftigte im Kulturtourismus, dadurch %-Werte im Schnitt 0,5% höher. Gesamt = Anteil an Gesamterwerbstätigkeit des jeweiligen Landes in %. ***Hochschulabschluss. Daten basieren auf regelmäßigen Erhebungen des französischen Kulturministeriums/ Forschungsabteilung (DEPS) in Zusammenarbeit mit EUROSTAT/LFS. Erwerbstätige umfassen Selbständige (Freiberufler u. Unternehmer, geringfügig Tätige) und abhängig Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte). Definition der Erwerbstätigen basiert auf Labour force Konzept, in Deutschland auf Mikrozensuskonzept.

**Quelle:** EU-Kommission, »The Economy of Culture in Europe« (Studie, Oktober 2006)

Zu den wichtigsten Merkmalen der Beschäftigung des Kultursektors zählt die Selbständigenquote, die bei knapp 29 Prozent liegt. Die Selbständigenquote in der Gesamterwerbstätigkeit der EU-25 erreicht im Jahr 2006 gerade erst 15 Prozent.

Auffallend ist außerdem die sehr hohe Akademikerquote von 46,6 Prozent im Kultursektor.

▸ *Die europäische Kulturwirtschaft und Creative Industries*

Die Kulturwirtschaft erreichte im Jahre 2002 mit einer stetig wachsenden Unternehmenszahl von insgesamt 971 600 selbständigen Kulturbüros und Kulturunternehmen ein gesamtes Umsatzvolumen von 355 Milliarden Euro. Das entspricht einem geschätzten Wertschöpfungspotenzial von 129 Milliarden Euro. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei rund 4,4 Millionen Personen.

Schließt man die Kreativbranchen »Werbung« und »Software/Games« in einem erweiterten Begriff der Creative Industries mit ein, steigen die entsprechenden Vergleichszahlen deutlich an. 6,4 Millionen Selbständige und steuerpflichtige Unternehmen in den europäischen Creative Industries erzielten ein entsprechendes Umsatzvolumen von 556 Milliarden Euro. Das Wertschöpfungspotenzial steigt auf ein Volumen von knapp 215 Milliarden Euro.

Der Vergleich mit ausgewählten traditionellen Industriebranchen kann die Stärken und Schwächen der Creative Industries sichtbar machen.

Die Creative Industries (EU 25) zeigen in der Entwicklung von Wertschöpfung im Vergleich zu den traditionellen klassischen Industrien noch deutliche Schwächen – in einem Aspekt jedoch sind sie diesen Industrien bereits heute voraus: Das Beschäftigungsvolumen der Creative Industries (6,4 Mio.) liegt überdurchschnittlich hoch über jenem der Automobil- und Chemieindustrien (2,2 Mio. bzw. 1,9 Mio.), sie erreichen jeweils nur noch ein Drittel des Beschäftigungsumfangs der Creative Industries.

Dies wurde im Rahmen des »Creative Industries Research Unit« an der *Zürcher Hochschule der Künste*[4] und in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe »EU-Kulturwirtschaft« bei der *Generaldirektion Kultur* der EU in einem Branchenvergleich der Creative Industries für die EU-25 untersucht. Danach beschäftigten die europäischen Creative Industries bereits im Jahre 2002 rund 6,4 Millionen Menschen. Die rund 1,4 Millionen Unternehmen, einschließlich Kleinstunternehmen und freiberufliche Büros, erzielten einen Gesamtumsatz von 556 Milliarden Euro. Die auf der Basis der strukturellen Unternehmensstatistik von *EUROSTAT* ermittelte Wertschöpfung liegt schätzungsweise bei rund 215 Milliarden Euro.

Einerseits bedeuten diese Eckdaten für die Creative Industries, dass sie sich inzwischen mit wichtigen europäischen Industriebranchen vergleichen können. Denn die traditionellen Branchen wie die Chemieindustrie (601 Mrd. Euro), die Automobilindustrie (721 Mrd. Euro), der Maschinenbau (502 Mrd. Euro) oder

4 Die international zusammengesetzte schweizerische Forschungsgruppe arbeitet seit dem Jahre 2002 systematisch und interdisziplinär auf dem Gebiet der Kulturwirtschafts-/Creative Industries Forschung. www.kulturwirtschaft.ch



*Tabelle 2: Kulturwirtschaft und Creative Industries in Europa 2002*
*Kulturwirtschaft / Creative Industries im Vergleich mit Industriebranchen*

| | Umsatz in Mrd EUR | Wertschöpfung in Mrd EUR | Beschäftigte in 1000 | Unternehmen Anzahl* | Beschäftigter je Unternehmen | Umsatz je Beschäftigter |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Kulturwirtschaft und Creative Industries** | | | | | | |
| I. Kulturwirtschaft | 355,4 | 129,1 | 4.406 | 971.666 | 4,5 | 80,7 |
| II. Kreativbranchen (Werbung/Software/Games) | 200,9 | 85,8 | 2.014 | 422.496 | 4,8 | 99,7 |
| I.–II. Creative Industries | 556,3 | 214,9 | 6.420 | 1.394.162 | 4,6 | 86,7 |
| **Andere Branchen zum Vergleich:** | | | | | | |
| Ernährungsgewerbe | 790,9 | 177,8 | 4.422 | 281.824 | 15,7 | 178,9 |
| Automobil-/Fahrzeugindustrie | 720,6 | 118,0 | 2.163 | 16.834 | 128,5 | 333,1 |
| Chemische Industrie | 601,0 | 170,6 | 1.929 | 31.421 | 61,4 | 311,6 |
| Energieversorgung | 534,0 | 144,4 | 1.181 | 14.880 | 79,4 | 452,2 |
| Maschinenbauindustrie | 502,0 | 164,7 | 3.527 | 162.257 | 21,7 | 142,3 |
| Textil- u. Bekleidungsindustrie | 206,4 | 59,9 | 2.531 | 224.184 | 11,3 | 81,5 |
| Möbelindustrie | 163,7 | 51,4 | 1.776 | 221.367 | 8,0 | 92,2 |

**Hinweis**: *Angaben zu Unternehmen für 2001. Abgrenzung creative industries im weiteren Sinne umfasst die NACE-Codes: 22.1, 22.3, 72, 74.2+3, 74.4, 74.8 aus SUS übernommen Zur Abgrenzung der creative industries im engeren Sinne wurden die oben genannten NACE-Codes teilweise durch Schätzungen bereinigt: Verlagsgwerbe (22.1), Vervielfältigung (22.3), Software/PC-Games (72.2), Architektur/Industriedesign (74.201–03) ohne Ingenieurbüros, Werbung (74.4), Design Aktivitäten (74.87) und zusätzlich Kulturbranchen im engeren Sinne (92.1–5)

**Quelle:** Eurostat, Strukturelle Unternehmensstatistik (SUS) 2002, eigene Berechnungen und Schätzungen Creative Industries Research Unit, Zürcher Hochschule der Künste/ M. Söndermann

auch das Ernährungsgewerbe (791 Mrd. Euro) erreichen nur noch Umsatzwerte in ähnlicher Größenordnung wie die Creative Industries (556 Mrd. Euro).

Andererseits handelt es sich bei den Creative Industries um eine stark »fragmentierte Industrie« mit drei unterschiedlichen Unternehmensschichten: Die Mikrounternehmen und freiberuflichen Büros als »Humuswirtschaft« erzeugen und garantieren die Kreativität. Die klein- und mittelständischen Unternehmen bilden das regionale Rückgrat der Kultur- und Kreativbranchen. Und die Majors und Medienkonzerne zählen im globalen Markt. Durch diese extrem kleinteilig geprägten Branchenstrukturen beschäftigen die Unternehmen der Creative Industries im Schnitt nur fünf Personen, während traditionelle Industriebranchen wie die Chemische Industrie oder die Autoindustrie vergleichbare statistische Durchschnittswerte von bis zu 128 Beschäftigten je Betrieb aufweisen.

Während die klassischen Altindustrien zunehmend Schwächen in der Schaffung von Arbeitsplätzen zeigen, können die Creative Industries zukünftig bei entsprechender politischer Beachtung zu einem relevanten Wachstumsmotor für die Beschäftigung von Menschen in Europa werden. Insofern gehören die Creative Industries längst auf die Agenda der Lissabon-Strategie.

*Der französische Kulturwirtschaft*

▸ *Kultursektor einschließlich Kulturwirtschaft*

In Frankreich arbeiteten im Jahre 2004 knapp 470 000 Personen im Kultursektor. Damit wurde ein Anteil von 2,2 Prozent an der Gesamterwerbstätigkeit erreicht. Mehr als die Hälfte davon entfiel mit 53 Prozent auf den größten Teilsektor der Industries Culturelles (Kulturwirtschaft), darunter der Presse- und Buchmarkt mit Anteilen von jeweils 18,7 beziehungsweise 17,8 Prozent.

Von den verbleibenden 47 Prozent verteilen sich die Teilgruppen folgendermaßen: die Gruppe der darstellenden und sonstigen Künstler ist zu einem Viertel (25,4 %) am Beschäftigungsmarkt Kultur beteiligt. Jeweils 11,5 beziehungsweise 10 Prozent aller Kulturbeschäftigten arbeiten in der Gruppe der Architekten oder im Bereich des kulturellen Erbes (Museen, Denkmalpflege, Bibliotheken).

Paris beziehungsweise der Großraum Paris ist die überragende Metropolregion in Frankreich. Diese Feststellung ist nicht überraschend und sie wird auch durch die Lage der Kulturbeschäftigung bestätigt. So arbeiten 45 Prozent aller im Kulturbereich Tätigen im Großraum Paris. Betrachtet man nur den Kulturwirtschaftssektor, dann fällt der entsprechende Anteilswert noch höher aus. 53 Prozent der Beschäftigten der Kulturwirtschaft sind im Pariser Raum aktiv. Dieser Konzentrationseffekt entsteht vor allem durch die AV-Industrie: Filmwirtschaft und Rundfunk sind seit langem zentrale Pariser Standortfaktoren.

Eine etwas breitere regionale Verteilung lassen die Teilsektoren des Buchmarktes mit Buchhandel und des kulturellen Erbes erkennen. Zwar sind hier immer noch rund 40 Prozent der Kulturbeschäftigten in Paris beheimatet, aber circa 60 Prozent verteilen sich nun über die gesamte Landesregion. Noch ein wenig stärker ist die Gruppe der darstellenden Künstler ausgeprägt, die zu 64 Prozent nicht im Pariser Raum arbeiten. Die einzige Gruppe, die eine so genannte Normalverteilung zeigt, sind die Architekten, die in etwa gleichen Teilen auf Paris und auf die Gesamtregionen verteilt sind, wenn man die Verteilung der Gesamtbeschäftigung (*Ensemble de la population active occupe*) zum Vergleich heranzieht.

Nach den europäischen Daten (siehe Tabelle 1) liegt Frankreich in absoluten Größenordnungen mit 496 000 Beschäftigten im Kultursektor an dritter Stelle. Während der relative Anteil von 2,5 Prozent an der Gesamtbeschäftigung gemessen am EU-Durchschnitt (3,1 %) unterdurchschnittlich ist, wächst die Kulturbeschäftigung mit einem Zuwachs von 5,3 Prozent zwischen 2003 und 2004 überdurchschnittlich an (EU-Wachstum 1,4 %). In Frankreich ist aus europäischer Warte betrachtet also noch viel Platz für die Kulturbeschäftigung.

*Der deutsche Kultursektor*

▸ *Der Kultursektor als Beschäftigungsfaktor*

Im deutschen Kultursektor arbeiteten im Jahre 2004 rund 980 000 Personen. Damit wurde ein Anteil von 2,8 Prozent an der Gesamterwerbstätigkeit erreicht. Mehr als ein Viertel (27 %) der Erwerbstätigen sind als Freiberufler, Selbständige



*Tabelle 3: Erwerbstätige im Kultursektor in Frankreich 2004*

*Anzahl der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf (Mikrozensus-Konzept)*

| Partiel Sector | NAF-Code trois chiffre | Erwerbstätige im Kultursektor | | Regionale Verteilung | | Dauer** des Arbeitsvertrags | | Stellung im Beruf | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Insgesamt | Anteil in | Gross-Paris* | Übrige Region | temporär | permanent | Teilzeit | Vollzeit |
| | | absolut | % | % | % | % | % | % | % |
| **Secteur culturel** | — | **469.000** | **100,0** | **45** | **55** | **22** | **78** | **23** | **77** |
| I. Industries culturelles | — | 249.000 | 53,1 | 53 | 47 | 16 | 84 | 18 | 82 |
| I.a Activités cinématographiques / vidéo | 92.1B - 92.1J | 36.000 | 7,6 | 64 | 36 | 35 | 65 | 27 | 73 |
| I.b Radio et télévision | 92.1A, 92.2 | 42.000 | 9,0 | 72 | 28 | 22 | 78 | 12 | 88 |
| I.c Presse | 22.1C, 22.1E, 92.4Z | 88.000 | 18,7 | 52 | 48 | 10 | 90 | 20 | 80 |
| I.d Édition et librairie | 22.1A, 22.1G, 22.1J, 52.4R | 83.000 | 17,8 | 40 | 60 | 10 | 90 | 16 | 84 |
| II. Activités d'architecture | 74.2* | 54.000 | 11,5 | 24 | 76 | 9 | 91 | 13 | 87 |
| III. Spectacle vivant et activités artistiques | 92.3A, 92.3B, 92.3D, 92.3K | 119.000 | 25,4 | 36 | 64 | 47 | 53 | 35 | 65 |
| IV. Conservation du patrimoine | 92.5A, 92.5C | 47.000 | 10,0 | 41 | 59 | 16 | 84 | 25 | 75 |
| **Ensemble de la population active occupée** | — | **(2,2% Anteil)** | — | **21** | **79** | **13** | **87** | **16** | **84** |

**Hinweis:** *Großraum Paris (Île-de-France). **Temporärer Arbeitsvertrag (Contrats à durée déterminée: emplois sur CDD,CES, saisonniers, intermittents, intérimaires, contractuels avec limitation dedurée, vacataires ...) Permanenter Arbeitsvertrag (Contrats à durée indéterminée: emplois sur CDI, fonctionnaires, contractuels sans limitation de durée.)

**Quelle:** Französisches Kulturministerium/DEPS, Insee (Enquête Emploi, moyenne annuelle sur 2004).

oder Unternehmer tätig. Zu den abhängig Beschäftigten zählen die Angestellten, Beamten und Arbeiter.

Das Verlagsgewerbe stellte mit 267 000 Erwerbstätigen die mit Abstand größte Gruppe. Darunter befinden sich die großen Buch- und Presseunternehmen, aber auch die Tonträger- und Musikverlage. Der Anteil der Selbständigen bleibt mit rund 10 Prozent relativ gering. An zweiter Stelle in der absoluten Rangfolge steht die Gruppe der darstellenden und bildenden Künste, der Literatur und Musik mit 184 000 Personen. Diese Gruppe ist durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Selbständigen geprägt. Mit einer Zahl von 91 000 Personen arbeitet hier knapp die Hälfte (49 %) in der Gruppe als Freiberufler, Selbständige oder Unternehmer. Zusammen mit der Gruppe der Nachrichten- und Journalistenbüros, die einen noch höheren Selbständigenanteil (56 %) aufweisen, stellen diese beiden Gruppen fast die Hälfte aller Selbständigen des gesamten Kultursektors.

An dritter und vierter Stelle der Rangfolge des Erwerbstätigenvolumens liegen die Gestaltergruppen Design und Architektur mit jeweils 127000 beziehungsweise

112 000 Erwerbstätigen. Auch in diesen Gruppen arbeiten rund ein Drittel der Erwerbstätigen als Selbständige.

In den restlichen Gruppen von der Filmwirtschaft über den Rundfunk bis zu den Bibliotheken und Museen arbeiten jeweils 48 000 bis 64 000 Personen. Während der Anteil der Selbständigen im Filmbereich mit rund 20 Prozent noch relativ hoch ist, bleibt der entsprechende Anteil in der Gruppe der Bibliotheken, Museen et cetera mit kann 8 Prozent relativ gering. Trotzdem ist dies eine bemerkenswert hohe Prozentzahl, die darauf hinweist, dass auch im bisher weitgehend öffentlich geprägten Bibliotheks- und Museumssektor immer mehr selbständige Kuratoren, Ausstellungsmacher oder Archivare (als Informationsdienstleister) in den Markt drängen. In der Gruppe des Einzelhandels mit Büchern, Musikalien oder Kunstgegenständen arbeiten rund 53 000 Personen.

Nach den europäischen Daten (siehe *Tabelle 1*) liegt Deutschland in absoluten Größenordnungen mit 957 000 Beschäftigten im Kultursektor an erster Stelle. Der relative Anteil von 3,2 Prozent an der Gesamtbeschäftigung ist, gemessen am EU-Wert (3,1 %), durchschnittlich. Die Entwicklung der Kulturbeschäftigung hingegen ist mit einem Minus von 2,5 Prozent zwischen 2003 und 2004 negativ verlaufen (EU-Wachstum plus 1,4 %).

▸ *Die Kulturwirtschaft als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor*

*Vorbemerkung*: Beim Vergleich der *Tabellen 4* und *5* ist der definitorische Unterschied der Erwerbstätigen zu beachten. Während in *Tabelle 4* diejenigen Erwerbstätigen erfasst werden, die nach dem Mikrozensuskonzept mindestens eine Stunde in der Woche im Hauptberuf als Selbständige oder abhängig Beschäftigte arbeiten, ist der Definitionsrahmen in der Tabelle 5 enger gestellt. Nur diejenigen Erwerbstätigen werden einbezogen, die als Selbständige mindestens einen Jahresumsatz von 17 500 Euro erzielen oder als abhängig Beschäftigte einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz besitzen (ohne Minijobs).

Die Kulturwirtschaft, oft auch als Kulturindustrie beziehungsweise Kulturmarkt bezeichnet, ist durch ein vielfältiges Geflecht unterschiedlichster wirtschaftlicher Aktivitäten gekennzeichnet. Einige Grundmerkmale lassen sich benennen: Zum ersten existiert eine breite Kulturszene, die in starkem Maße durch freiberuflich Tätige oder selbständige Künstler- und Kulturberufe beziehungsweise Kleingewerbetreibende geprägt ist. Zum zweiten verfügt die Kulturwirtschaft über eine traditionell gewachsene gewerbliche Unternehmensstruktur, die vom Buchmarkt über die Musik- und Filmwirtschaft bis zum Design- und Architektursektor reicht. Zum dritten bezieht sich der Begriff der Kulturindustrie vor allem auf die größeren Medien-/Musikkonzerne, die schon als Einzelunternehmen allein alle notwendigen Wertschöpfungsstufen abdecken und deshalb oftmals global agieren.

Mit einem aktiven Bestand von rund 151 400 steuerpflichtigen Unternehmen und selbständigen Künstlerbüros (Musiker, Bildende Künstler, Schauspieler, Autoren etc.) erzielte die deutsche Kulturwirtschaft im Jahre 2004 einen Gesamtumsatz in Höhe von knapp 82 Milliarden Euro. Damit konnten 624 400 Personen in Lohn und Arbeit gesetzt werden. Der Beitrag, den die Kulturwirtschaft zum deutschen BIP damit leistet, wird auf 1,6 Prozent Anteil geschätzt.



*Tabelle 4: Erwerbstätige im Kultursektor in Deutschland 2004*
*Anzahl der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf (Mikrozensus-Konzept)*

| Teilsektor | WZ-Nr. 3-stellig | Erwerbstätige im deutschen Kultursektor nach Stellung im Beruf: Insgesamt absolut | Anteil in % | Selbstständige absolut | Anteil in % | Abhängig Beschäftigte absolut | Anteil in % |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Kultursektor** | — | **981.000** | **100** | **259.930** | **100** | **721.070** | **100** |
| Verlagsgewerbe | 22.1 | 267.000 | 27 | 27.000 | 10 | 240.000 | 33 |
| Film-/Videowirtschaft | 92.1 | 48.000 | 5 | 10.000 | 4 | 38.000 | 5 |
| Rundfunk/TV-Unternehmen | 92.2 | 72.000 | 7 | 11.000 | 4 | 61.000 | 8 |
| Darstellende, bildende Kunst, Literatur, Musik | 92.3 | 184.000 | 19 | 91.000 | 35 | 93.000 | 13 |
| Nachrichten-, Journalistenbüros | 92.4 | 54.000 | 6 | 30.000 | 12 | 24.000 | 3 |
| Bibliothen, Museen, Denkmalpflege, Archive, etc. | 92.5 | 64.000 | 7 | 5.000 | 2 | 59.000 | 8 |
| Architektur (Hochbau-, Innen-, Landschafts- Gartenarchitektur) | 74.2* | 112.000 | 11 | 38.080 | 15 | 73.920 | 10 |
| Design (Industrie-, Produkt-, Grafik-, Kommunikationsdesign) | 74.8* | 127.000 | 13 | 39.370 | 15 | 87.630 | 12 |
| Einzelhandel mit Büchern, Musikalien, Kunstgegenständen | 52.4* | 53.000 | 5 | 8.480 | 3 | 44.520 | 6 |
| **%-Anteil Kultursektor an Gesamterwerbstätigkeit** | — | **2,8%** | — | **6,7%** | — | **2,3%** | — |

**Hinweise:** *auf Basis der jeweiligen 5-Steller anteilig berechnet, siehe Übersicht: statistische Abgrenzung. Erwerbstätige nach Mikrozensus-Konzept. Ohne WZ-Nr. 22.3 Vervielfältigung von Ton-, Bild- u. Datenträger, WZ-Nr. 36.3 Musikinstrumentenherstellung und WZ-Nr. 74.40.2 Werbevermittlung.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Kulturstatistik/M. Söndermann, eigene Berechnung

Der Anteil der Kulturunternehmen, der mit 5,1 Prozent an der gesamten deutschen Unternehmenslandschaft relativ hoch ist, ergibt sich aus der extrem kleinbetrieblichen Struktur der Kulturwirtschaft. Im Schnitt beschäftigen die Kulturunternehmen weniger als fünf Personen je Betrieb. In einzelnen Teilgruppen sind besonders hohe Anteile von Freiberuflern oder Einpersonenunternehmen vorhanden, wie zum Beispiel in der Gruppe der darstellenden und der bildenden Künstler, Literaten und Musiker, die den größten Teil der 36700 Unternehmen ausmachen. Aber auch die Architekten und Designer mit 37000 beziehungsweise 35 000 Unternehmen beschäftigen im Schnitt nicht mehr als fünf Personen je Büro/Studio.

Die regionale Konzentration der Kulturwirtschaft ist in Deutschland nicht auf wenige urbane Zentren beschränkt, wie dies etwa für Frankreich, Österreich oder Großbritannien gilt. Im Großraum Paris zum Beispiel arbeiten rund 53 Pro-

*Tabelle 5: Eckdaten zur Kulturwirtschaft in Deutschland 2004*

*Steuerpflichtige Unternehmen, ihre Umsätze und Erwerbstätigkeit in Absolutangaben*
*Anteil der Metropolregion Berlin an Deutschland in Prozent*

| Teilmarkt | WZ-Nr. 3-st. | Unternehmen | | Umsatz | | Erwerbstätige | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Deutschland | Metropol-Region Berlin | Deutschland | Metropol-Region Berlin | Deutschland | Metropol-Region Berlin |
| | | Anzahl | Anteil in % | in Mio. EUR | Anteil in % | Anzahl | Anteil in % |
| **Kulturwirtschaft** | – | 151.392 | 10,4 | 81.849 | 5,8 | 624.364 | 9,4 |
| Verlagsgewerbe /Tonträger | 22.1 | 9.544 | 6,3 | 36.850,6 | 4,1 | 153.112 | 6,1 |
| Filmwirtschaft | 92.1 | 8.225 | 14,5 | 6.897,3 | 9,4 | 45.752 | 19,3 |
| Rundfunk/TV-Unternehmen | 92.2 | 839 | 11,8 | 7.880,2 | 2,3 | 61.640 | 10,2 |
| Darstellende, bildende Kunst, Literatur, Musik** | 92.3 | 36.672 | 12,1 | 5.758,8 | 10,5 | 75.268 | 12,8 |
| Nachrichten-, Journalistenbüros | 92.4 | 14.910 | 13,5 | 1.808,2 | 8,5 | 23.805 | 15,6 |
| Museumsshops, Kunstausstellungen** | 92.5 | 1.242 | 9,5 | 542,3 | 8,4 | 4.826 | 13,6 |
| Architektur (Hochbau-, Innen-, Landschafts-Gartenarchitektur) | 74.2* | 37.233 | 8,5 | 6.733,9 | 7,3 | 104.673 | 8,6 |
| Design (Industrie-,Produkt-, Grafik-, Kommunikationsdesign) | 74.8* | 35.029 | 10,3 | 11.562,7 | 7,8 | 114.805 | 7,2 |
| Einzelhandel mit Büchern, Musikalien, Kunstgegenständen | 52.4* | 7.698 | 7,2 | 3.815,3 | 5,2 | 40.484 | 6,7 |
| **%-Anteil Kulturwirtschaft an Gesamtwirtschaft** | – | **5,1%** | **8,2%** | **1,9%** | **2,8%** | **2,1%** | **3,0%** |
| *Zur Information:* | | | | | | | |
| Creative Industries | | 200.152 | – | 117.105,1 | – | 952.242 | – |

**Hinweise:** Steuerpflichtige Unternehmen und Selbständige ab Jahresumsätzen von 17.500 Euro und mehr. Erwerbstätige = Selbständige und abhängig Beschäftigte (geringfügig Tätige und ohne Minijobs). *auf Basis der jeweiligen 5-Steller WZ anteilig berechnet, siehe Übersicht: statistische Abgrenzung. ** nur Beschäftige des Profit-Sektors, ohne Non-Profit-Sektors. Metropolregion Berlin = Bundesländer Berlin und Brandenburg. Kulturwirtschaftsabgrenzung ohne WZ-Nr. 22.3 Vervielfältigung von Ton-, Bild- u. Datenträger, WZ-Nr. 36.3 Musikinstrumentenherstellung und WZ-Nr. 74.40.2 Werbevermittlung.

**Quelle:** Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Kulturstatistik/M. Söndermann, eigene Berechnung

zent aller in der französischen Industries Culturelles beschäftigten Personen. Für die vergleichbare Metropolregion Berlin liegt der Anteil der in der Kulturwirtschaft erwerbstätigen Personen derzeit gerade bei 9,4 Prozent, der Anteil der Berliner Kulturunternehmen kommt auf 10,4 Prozent des Bundesgebiets. Etwas höhere Konzentrationswerte ergeben sich für Berlin innerhalb einzelner Teilgruppen: Knapp 20 Prozent aller in der Filmwirtschaft Tätigen arbeiten in Berlin, etwa 16 Prozent der Journalisten sind hier aktiv und mit knapp 13 Prozent Anteilen gibt es auch einen nennenswerten Künstlerpool in Berlin. Andere Metropolregionen wie etwa Hamburg liegen in ähnlichen Größenordnungen wie Berlin. Auch größere regionale Räume wie Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg kommen nur auf Größenordnungen von jeweils unter 20 Prozent des Bundesgebiets.





Der erzielte Gesamtumsatz der Kulturwirtschaft lag im Jahre 2004 mit 82 Milliarden Euro bei einem prozentualen Anteil von 1,9 Prozent des Umsatzes in der Gesamtwirtschaft. Der größte Umsatzbringer für die deutsche Kulturwirtschaft ist seit langem das Verlagsgewerbe mit 36,9 Milliarden Euro. Dass es allein bereits etwa 45 Prozent der gesamten kulturwirtschaftlichen Umsätze erwirtschaftet, erklärt sich aus der Existenz der großen monolithischen Buch-, Medien- und Musikkonzerne, die hier bilanziert werden. Der zweitgrößte Teilmarkt, der Designsektor, zeigt hingegen eine gänzlich andere Branchenstruktur. Das erzielte Umsatzvolumen in Höhe von insgesamt 11,6 Milliarden Euro basiert auf einer breiten Unternehmensbasis von rund 35 000 Designerbüros und -firmen. Im Schnitt erzielt ein Designerbüro einen Umsatz von 330 000 Euro je Unternehmen. Eine ähnlich breite Kleinunternehmensstruktur zeigen auch die anderen Kulturmärkte, deren Durchschnittsumsätze bei 125 000 bis 800 000 Euro je Unternehmen liegen. Der einzige Teilmarkt, der hier wiederum deutlich abweicht, ist der Rundfunkmarkt. Ihn kennzeichnen noch höhere Konzentrationseffekte wie das Verlagsgewerbe. Mit rund 7,9 Milliarden Euro, absolut betrachtet, ist der Rundfunk drittgrößter Umsatzmarkt innerhalb der Kulturwirtschaft. In Deutschland erzielt ein Rundfunkunternehmen im statistischen Durchschnitt 9,4 Millionen Euro Jahresumsatz.

Die Eckdaten machen deutlich, dass die Kulturwirtschaft trotz der großen Medien-/Rundfunkkonzerne in hohem Maße durch eine kleinteilige Struktur geprägt wird. Gemessen an den Durchschnittsumsätzen ist die »kleine Kulturwirtschaft« (noch) äußerst wertschöpfungsschwach. Sie kann in der Regel nur ein Inhaber-geführtes Unternehmen oder Büro ohne weitere Beschäftigte tragen. Einen Ausbau des Beschäftigungspotenzials und eine Verbesserung ihrer Wertschöpfung können die »Kleinen« erreichen, wenn sie Mittel und Wege zu neuen Finanzmittel finden, neue Absatzwege erschließen oder gar neue Märkte entwickeln. Dies erscheint vor allem vor dem Hintergrund notwendig, dass die großen Medienkonzerne und Rundfunkunternehmen als Abnehmer der »kleinen Kulturwirtschaft« ausfallen.

Insgesamt ist der Kultursektor in allen europäischen Ländern ständig im Wandel begriffen. Die EU-Kommission bescheinigt der Kultur eine wachsende Bedeutung für die wirtschaftliche und beschäftigungsbezogene Entwicklung in den jeweiligen Volkswirtschaften. Es ist deshalb eine große Herausforderung europaweite und international vergleichbare Statistiken zu erstellen. Die Datenbestände dazu sind in vielen europäischen Ländern längst vorhanden.

## *Literatur*


Bundesagentur für Arbeit (2005): *Beschäftigtenstatistik 2004*, Nürnberg

Europäische Kommission (2000): *Eurostat Working Paper: Cultural Statistics in the EU. Finalreport of the LEG*, Brüssel

Europäische Kommission (2001): DG Employment and Social Affairs (2001): *Exploitation and development of the potential in the cultural sector in the age of digitalisation. Final Report – Summary*, Brüssel (June 2001)

Europäische Kommission (2002): *Eurostat Working Group On Cultural Statistics, Task Force on cultural employment* (Working paper), Brüssel

Europäische Kommission (2004): Eurostat *Pressemitteilung* 68/2004 vom 26.5.2004

Europäische Kommission (2006): *The Economy of Culture in Europe*, October 2006 – http://ec.europa.eu/culture/eac/sources_info/studies/economy_en.html

Europäisches Parlament (o. J.): *Die Kulturwirtschaft und die Beschäftigung in den Ländern der EU*, Brüssel (EDUC 104A)

Europarat/Ericarts (2007): *Compendium of Cultural Policies and Trends in Europe* –www.culturalpolicies.net

Eurostat/Statistisches Amt der EU (2004): *Strukturelle Unternehmensstatistik 2002*, Luxemburg

Eurostat/Statistisches Amt der EU (2006): *NACE-Klassifikation*, Luxemburg

Französisches Ministerium für Kultur und Kommunikation (2005): *Enquete Emploi, moyenne annuelle sur 2004*, Paris

Insee/Statistisches französisches Amt (2006): *NAF-Klassifikation*, Paris

OECD (2006): *International Measurement of the Economic and Social Importance of Culture* (OECD Working paper), August 2006, Paris

Söndermann, Michael (2007): »Kulturwirtschaft«, in: *Kulturpolitischen Mitteilungen*, Heft 116 (I/ 2007) www.kupoge.de/pdf/kumi116/kumi116_64-67.pdf

Statistisches Bundesamt (2005): *Mikrozensus 2004*, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2005): *Umsatzsteuerstatistik* 2004, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2006): *WZ-Klassifikation*, Wiesbaden

UNESCO (1986): *Framework for Cultural Statistics*, Paris

# *Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahre 2006*

*zusammengestellt von* BERND WAGNER

## Januar

**1.1. Berlin** Nachdem die Künstersozialabgabe von Verwertern, Unternehmen und Veranstaltern am 1.1.2005 von 4,3 auf 5,8 Prozent gestiegen war, wird sie für 2006 auf 5,1 Prozent gesenkt. (→13.12.)

**1.1. Berlin** Die *Akademie der Künste* wird eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts und erhält aus Mitteln des *BKM* jährlich 17,7 Mio. Euro. (→29.4.)

**1.1. Berlin** Der bisherige Leiter der Abteilung Künste des *Goethe-Instituts* in München, Dr. Bernd Scherer, tritt sein neues Amt als Intendant des *Hauses der Kulturen der Welt (HdKW)* in Berlin an.

**10./23.1.** Potsdam/Bonn Die *Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (Kek)* und später das *Bundeskartellamt* untersagen dem *Springer*-Konzern die Übernahme von *ProSiebenSat.1*, da er dadurch eine beherrschende Marktstellung erlangen würde. Im Februar sagt *Springer* den Kauf ab.

**14.1. Patras** Mit einer Eröffnungszeremonie feiert die drittgrößte griechische Stadt Patras im Nordwesten des Peloponnes den Start als »Kulturhauptstadt Europas 2006«. (→ 11.4.)

**16.1. Hannover/ Berlin** Mit einem Festgottesdienst wird die erste hauptamtliche Kulturbeauftragte der *Evangelischen Kirche Deutschland* Petra Buhr in ihr Amt eingeführt. Sitz des Kulturbüros ist Berlin.

**19.1. Berlin** Ein Antrag auf Aufschub der Abrissarbeiten des Berliner *Palastes der Republik* wegen des noch nicht absehbaren Neubaus des alten Stadtschlosses wird im Bundestag mit großer Mehrheit abgelehnt.

**23.1. Istanbul/ Ankara** Auf Betreiben des türkischen Justizministeriums stellt das zuständige Gericht das umstrittene Verfahren gegen den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk wegen »Verunglimpfung des Türkentums« ein. (→11.12.)

**24.1. Frankfurt am Main** Der Begriff »Entlassungsproduktivität« wird von Sprachforschern zum »Unwort des Jahres 2005« gewählt, da mit dem Begriff gleich bleibende oder gesteigerte Produktionsleistung bezeichnet wird, nachdem MitarbeiterInnen entlassen wurden, was »in sich widersinnig« und »eigentlich eine Unverschämtheit« sei. Auf die folgenden Plätze kommen »Ehrenmord« und »Bombenholocaust«. (→15.12.)

**26.1. Berlin** Mit breiter Mehrheit wird Marianne Birthler vom Bundestag für weitere fünf Jahre zur *Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR* gewählt.

**27.1. Berlin** Erstmals wird weltweit der Holocaust-Gedenktag begangen.

**27.1. Wien/ Salzbur**g Mit dem 250. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart beginnen zahlreiche Jubiläumsfeiern. In Wien wird das 1801 von Emanuel Schikaneder gegründete *Theater an der Wien* wiedereröffnet.

## Februar

**1.2. Amsterdam** Mit einer großen Rembrandt-Ausstellung im Amsterdamer *Rijksmuseum* beginnt das Rembrandt-Jahr, das auch in Deutschland mit zahlreichen Ausstellungen begangen wird.

**1.2. Berlin** Der Historiker Prof. Dr. Hermann Schäfer, bisheriger Präsident der Stiftung *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, übernimmt die Leitung der Abteilung »Kultur und Medien« beim *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)*, Bernd Neumann.

**4.2. Kopenhagen/Damaskus** Als Reaktion auf den Abdruck von Mohammed-Karikaturen in europäischen Medien stecken Muslime in der syrischen Hauptstadt Damaskus die Botschaften Dänemarks und Norwegens in Brand, nachdem Ende Januar mehrere Regierungen von Nahost- und asiatischen Staaten Protestnoten der dänischen Regierung überreicht hatten, von Imamen zum Boykott dänischer Waren aufgerufen worden war und zahlreiche Demonstrationen in islamischen Ländern stattgefunden hatten. Die Demonstrationen weiten sich aus, richten sich immer stärker gegen andere westliche Länder und dauern den ganzen Februar über. Mehrere Demonstranten kommen dabei ums Leben. Pakistanische und indische Imame setzen ein Kopfgeld für die Ermordung des Karikaturisten aus. In Europa und dem Nahen Osten findet eine Debatte über den »Kampf der Kulturen«, Pressefreiheit und die »Verunglimpfung« von Religionen statt.

**9.2. New York** Die irische Rock-Band U2 erhält bei der 48. Verleihung der »Grammy-Musikpreise« fünf der wichtigsten Preise, unter anderem für den besten Pop-Song und das beste Pop-Album. Der Grammy für die beste Popsängerin geht an Kelly Clarkson, Mariah Carey gewinnt drei Grammys, aber alle in eher zweitrangigen Kategorien, und der Rapper Kanye West zwei Grammys. Bei der klassischen Musik werden der deutsche Bass-Bariton Thomas Quasthoff und das Symphonieorchester des *Bayerischen Rundfunks* unter Leitung von Mariss Jansons mit je einen Grammy ausgezeichnet. (→14.3., 22.5.)

**9.2. Berlin** Nach Bilanz der *Filmförderungsanstalt (FFA)* hatte das deutsche Kino 2005 den heftigsten Einbruch seit zehn Jahren. Gegenüber dem Vorjahr sank die Besucherzahl um knapp 19 Prozent auf 127,3 Mio. und erreichte damit das schlechteste Ergebnis seit 1995. Der Umsatz brach um knapp 17 Prozent auf 745 Mio. Euro ein. 2005 erreichte die Zahl deutscher Kinosäle das Rekordniveau von 4 889, die durchschnittliche Kinoauslastung lag jedoch unter der von 1996. Der deutsche Film hatte mit 21,5 Mio. BesucherInnen einem Marktanteil von 17,1 Prozent gegenüber 36,7 Mio. BesucherInnen und einem Anteil von 23,8 Prozent im Vorjahr. (→ 31.12.)

**9.–17.2. Berlin** Bei der 56. Berlinale werden über 396 Filme aus 56 Ländern gezeigt. Den »Goldenen Bären« für den besten Film erhält »Grbavica« von Jasmila Zbanic, der auch den »Kirchenpreis der ökumenischen Jury« bekommt. Als beste Schauspielerin wird Sandra Hüller für ihre Rolle in »Requiem« mit dem »Silbernen Bären« ausgezeichnet, als bester Schauspieler Moritz Bleibtreu für seine Leistung in »Elementarteilchen«. Den »Großen Preis der Jury« erhalten der dänische Film »En Soap« und der iranische »Offside«. (→ 6.3., 13.5., 17.–28.5., 3.–13. 8., 30.8.–10.9., 2.12.)

**13.2. Berlin** Die *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Kultur in Deutschland«* wird unter Leitung der *CDU*-Abgeordneten Gitta Connemann neu eingesetzt, nachdem sie ihre Arbeit wegen der vorzeitigen Auflösung des vorherigen Bundestages nicht abschließen konnte. Ihr gehören elf Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages sowie die gleiche Zahl von externen Sachverständigen an. Sie soll die Arbeit der vorherigen Legislaturperiode fortsetzen und abschließen.

**14.2. Straßburg** Das Europäische Parlament hat in erster Lesung mit einer großen Mehrheit einen Kompromiss zur lange umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie einschließlich einer langen Liste von Einzel- und Ausnahmebestimmungen verabschiedet. Von den Richtlinien sind unter anderem das Schul- und Gesundheitswesen, Kindergärten und sozialer Wohnungsbau als öffentliche Daseinsvorsorge ausgenommen. (→ 14.11.)

**15.2. Berlin** Das Bundeskabinett beschließt die Umsetzung des *UNESCO*-Übereinkommens zum Kulturgüterschutz von 1970. Mit dem Gesetzentwurf ist ein über 35-jähriger Ratifizierungsprozess seitens der Bundesregierung abgeschlossen. 109 Staaten sind dem Übereinkommen beigetreten, in dem es um den illegalen Handel mit Kulturgütern geht. (→ 20.4., 27.9.)

**17.2. Berlin** In einem Spitzengespräch haben Vertreter von Bund und Ländern die letzten, zentralen Streitpunkte bei der geplanten Föderalismusreform beseitigt und beschlossen, sie am 10.3. in den Bundestag und den Bundesrat einzubringen. Vor allem von Bildungs-, Umwelt- und Justizpolitikern werden allerdings noch erhebliche Bedenken gegen deren Umsetzung in der vorliegenden Form erhoben. (→ 7./10.3., 30.6./7.7., 1.9.)



**21.2. Paris** Am »Internationalen Tag der Muttersprache« hat *UNESCO*-Generaldirektor Koichiro Matsuura vor einem weiteren »Sprachensterben« gewarnt. Etwa die Hälfte der 6 000 Sprachen der Welt sind nach Einschätzung der *UNESCO* vom Aussterben bedroht.

## März

**2./3.3. Berlin** Die 313. Plenarsitzung der *Kultusministerkonferenz* befasst sich vor allem mit den Konsequenzen der Föderalismusreform für die Arbeit der *KMK*, der Rechtschreibreform und der Qualitätssicherung in der Forschung. (→ 17.2., 7./10.3., 30.3., 2./3.6., 30.6./7.7., 1.8., 19./20.10., 13.12., 15.12.)

**5.3. San Antonio (Texas)** Der amerikanische Telekommunikationskonzern *AT & T* kauft seinen Wettbewerber *Bell South* für circa 67 Mrd. Dollar.

**6.3. Los Angeles** Bei der Oscar-Preisverleihung wird »L.A. Crash« von Paul Haggis als bester Film prämiert und bekommt zwei weitere Oscars. Ebenfalls drei Oscars gehen an »Brokeback Mountain«, unter anderem für die beste Regie. Als bester Hauptdarsteller wird Philipp Seymour Hoffman für seine Rolle als Truman Capote im gleichnamigen Film ausgezeichnet und Reese Whitherspoon im Johnny-Cash-Film »Walk the Line« als beste Hauptdarstellerin. Je drei Oscars gehen auch an »Die Geisha« und »King Kong«. (→ 9.–17.2., 13.5., 17.–28.5., 3.–13.8., 30.8.–10.9., 2.12.)

**6.–9.3. Lissabon** 1000 Teilnehmer aus 100 Ländern diskutieren auf der *UNESCO*-Weltkonferenz »Kulturelle Bildung« über die Bedeutung von Kultur und Kunst in Bildungs- und Erziehungsprozessen.

**7.3./10.3. Berlin** Nachdem das Kabinett und der Bundestag den Vorschlag für eine umfassende Föderalismusreform gebilligt haben, beginnt im Bundestag die erste Lesung der Gesetzentwürfe. Besonders aus dem Bildungs-, Umwelt- und Justizbereich werden starke Bedenken gegen den vorgelegten Vorschlag erhoben und Veränderungen zugunsten einer größeren Einheitlichkeit und stärkeren Bundeskompetenz eingefordert. (→ 17.2., 30.6./7.7., 1.9.)

**9.3. Berlin/Budapest** Mit einer Auftakveranstaltung in der Berliner *Akademie der Künste* beginnt das »Deutsch-ungarische Kulturjahr«, mit dem in zahlreichen Veranstaltungen und einem Kooperationsabkommen eine engere Zusammenarbeit im Kunst-, Kultur- und Medienbereich erreicht werden soll.

**10.3. Hamburg** Bei der Auswahl des deutschen Beitrags zum »Eurovision Song Contest« (dem früheren »Grand Prix Eurovision de la Chanson«) in Athen gewinnt Texas Lightning mit »No No Never«. (→ 20.5.)

**14.3. Berlin** Bei der Verleihung der »Echo-Preise« für die erfolgreichsten Platten werden im Bereich Rock und Pop Xavier Naidoo, Robbie Williams, Christina Stürmer und Madonna sowie Wir sind Helden und Coldplay ausgezeichnet. Weitere Preise gehen u. a. an Fettes Brot, Tokio Hotel und Rammstein. Für sein Lebenswerk wird Peter Kraus ausgezeichnet. (→ 9.2., 22.5.)

**15.3. Berlin** In einer Pressekonferenz wird von Bundesinnenminister Schäuble und dem Mitglied der *Weltkommission der UN zur Internationalen Migration* Rita Süssmuth die deutsche Fassung des »Weltmigrationsberichts 2005« vorgestellt, in dem unter anderem von den Industrieländern eine schlüssige Entwicklungspolitik gefordert wird, um Armut und Elend vieler Menschen in den weniger entwickelten Ländern als wesentliche Ursachen der weltweiten Migration einzudämmen. (→ 13.4., 5.5., 6.6., 14.7., 27.9.)

**16.–20.3. Leipzig** Auf der Leipziger Buchmesse stellen 2 162 Verlage aus 36 Ländern ihre Produktion vor. Mit 126 000 BesucherInnen verzeichnet die Messe eine 17-prozentige Steigerung. Der »Buchpreis für Europäische Verständigung« wird dem ukrainischen Schriftsteller und Übersetzer Juri Andruchowytsch verliehen, der »Preis der Leipziger Buchmesse« geht an Ilija Trojanow für »Der Weltensammler«, im Bereich Sachbuch an den Österreicher Franz Schuh für sein Werk »Schwere Vorwürfe, schmutzige Wäsche« und der Übersetzerpreis geht an Ragni Maria Geschwend und ihre Übertragung von Antonio Morescos Roman »Aufbrüche«. (→ 3.10., 4.–8.10., 19.-21.10.)

**21.–24.3. Dresden** Über 3 200 Fachleute nehmen am »95. Deutschen Bibliothekstag« teil und diskutieren unter dem Thema »Netzwerk Bibliothek« über Probleme und Trends im Bibliothekswesen.

**22.3. Berlin** Mit dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzesentwurf zum »Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft« beginnt eine intensive kulturpolitische Debatte über Urhebeberschutz und freien Informationszugang im Internet.

**26.3. Magdeburg/Mainz/Stuttgart** Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt zieht die *CDU* als stärkste Partei ins Parlament (35,6 Prozent) ein, die *Linke* bekommt 25,2 Prozent, die *SPD* 23,4 Prozent und die *FDP* 7,6. In Rheinland-Pfalz erreicht

die *SPD* mit 45,6 Prozent die Mehrheit der Parlamentssitze, die *CDU* 32,8 und die *FDP* 8 Prozent. Hier wie in Sachsen-Anhalt scheitern die *Grünen* an der 5-Prozent-Hürde. In Baden-Württemberg siegt die *CDU* mit 44,2 Prozent, die *SPD* sinkt auf 25,2 Prozent, die *Grünen* erreichen 11,7 und die *FDP* 10,7 Prozent. (→ 24.4., 18.5., 14.6.)

**30.3. Berlin** Nachdem am 2. März die *Kultusministerkonferenz* die Empfehlungen des *Rats für deutsche Rechtschreibung* einstimmig beschlossen hat, übernehmen die Ministerpräsidenten auf ihrer Sitzung diese Regeln. Die Reform der Rechtschreibreform tritt am 1. August in Kraft. Auf der gleichen Sitzung vertagen die Ministerpräsidenten die Entscheidung über die Fusion der *Bundeskulturstiftung* mit der *Kulturstiftung der Länder*. (→ 2./3.3., 1.8., 13.12.)

**30.3. Berlin** Mit einem dramatischen Hilferuf wendet sich das Lehrerkollegium der Berliner *Rütli-Schule* an den Senat und die Öffentlichkeit, um auf die eskalierenden Gewaltprobleme aufmerksam zu machen. Eine erneute Debatte über Gewalt und Lernprobleme an Schulen mit hohem Migrantenanteil beginnt. (→ 2./3.6., 6.6.)

**31.3. Marl** Bei der Verleihung der 42. »Adolf-Grimme-Preise« für vorbildliche Fernsehsendungen wird der »Preis in Gold« in der Kategorie »Fiktion und Unterhaltung« dreimal verliehen an »Marias letzte Reise« (*ARD/BR*), »Hierankl« (*BR/ARTE/SWR*) und »Polizeiruf 110: Der scharlachrote Engel« (*ARD/BR*). Weitere Grimme-Ehrungen erhalten »Polizeiruf 110: Kleine Frau« (*ARD/rbb*), »Die Nachrichten« (*ZDF*) und »Stromberg« (*ProSieben*). Die Preise für »Information und Kultur« gehen an »Abenteuer Glück« (*ARD/WDR*), »die story: Why we fight – Die guten Kriege der USA« (*WDR/BBC/ARTE*), »Die Frauen von Ravensbrück« (*MDR/rbb/SWR*), an »Abschiebung im Morgengrauen« (*NDR*) und »Weltmarktführer – Die Geschichte des Tan Siekmann« (*ZDF*). Besonders geehrt wird Elke Heidenreich vom *Deutschen Volkshochschulverband*, den Sonderpreis »Kultur« des Landes Nordrhein-Westfalen erhält Artem Demenok für »Welthauptstadt Germania«. 13 der 14 Preise gehen an Öffentlich-Rechtliche Sender, lediglich mit »Stromberg« (*Pro7*) wird ein Privatsender ausgezeichnet. (→ 20.10., 4.12.)

**31.3. Stuttgart** Das Präsidium des *Instituts für Auslandsbeziehungen* (*ifa*) wählt die ehemalige Staatsministerin im *Auswärtigen Amt* und derzeitige Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Ursula Seiler-Albring, zur neuen Präsidentin und Nachfolgerin von Alois Graf von Waldburg-Zeil.

## April

**6.4. Berlin** Der Bundestag verabschiedet mit den Stimmen der *FDP* und der *Linksfraktion* sowie der Koalitionsfraktionen den Entwurf der Bundesregierung zum »Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek«, mit dem die *Deutsche Bibliothek* in *Deutsche Nationalbibliothek* umbenannt und ihr Sammlungsauftrag neu bestimmt wird. (→ 1.7.)

**6./7.4. Jena** Themen der 128. Sitzung des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages* sind unter anderem die Kulturelle Bildung, die kommunale Museumspolitik, der Stand bei der Rückgabe von NS-verfolgungsbedingten Kulturgütern sowie der »Kulturfinanzbericht 2005«, aus dem hervorgeht, dass die Kulturausgaben stark rückläufig sind. (→ 7./8.12)

**11.4. Brüssel** Die internationale Jury der Europäischen Union wählt Essen, das sich unter dem Motto »Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel« beworben hat, zur »Kulturhauptstadt Europas 2010«. (→ 14.1.)

**13.4. Berlin** Das Berliner Landgericht verurteilt einen Türken, der seine Schwester im Name der »Familienehre« erschossen hat, zu neun Jahren Jugendhaft und spricht seine beiden mitangeklagten Brüder aus Mangel an Beweisen frei. Durch diese Tat und den Prozess hat sich die Diskussion um »Ehrenmorde« und die Integration von Zuwanderern intensiviert. (→ 15.3, 5.5., 6.6., 14.7., 27.9.)

**20.4. Paris** Das von der *UNESCO*-Generalkonferenz verabschiedete »Übereinkommen zum Schutz des immateriellen Kulturerbes« tritt in Kraft, nachdem acht asiatische, sechs europäische, sechs arabische, sechs afrikanische und vier lateinamerikanische Staaten das Übereinkommen unterzeichnet haben. (→ 15.2., 11.–16.7., 27.9.)

**20.–23.4. Berlin** Zum Tanzkongress »Wissen in Bewegung«, der aus den Mitteln des 12,5 Mio. umfassenden Förderpaketes »Tanzplan Deutschland« der *Bundeskulturstiftung* finanziert wird, kommen rund tausend KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, VeranstalterInnen, PädagogInnen, MedizinerInnen und KritikerInnen ins Berliner *Haus der Kulturen der Welt*.

**24.4. Magdeburg** Wolfgang Böhmer (*CDU*) wird zum neuen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt gewählt. Er steht an der Spitze einer *CDU-SPD*-Koalition. Alter und neuer Kultusminister ist Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz (*CDU*). (→ 26.3.)

**29.4. Berlin** Die Mitgliederversammlung der *Akademie der Künste* wählt den Graphiker Klaus Staeck zu ihrem neuen Akademie-Präsidenten und Nachfolger des zurückgetretenen Schriftstellers Adolf Muschg. Stellvertreterin wird die Theaterfrau Nele Hertling. (→ 1.1.)

## Mai

**4./5.5. Berlin** Unter dem Motto »Neues Lernen – Zunkunft gestalten – Menschen verbinden« diskutieren 1 500 TeilnehmerInnen am »XII. Deutschen Volkshochschultag« zentrale Themen zukünftiger Bildungsarbeit in einer veränderten Gesellschaft und die Aufgaben der Volkshochschulen.

**5.–21.5. Berlin** Zum 43. Theatertreffen der zehn »bemerkenswertesten« Inszenierungen der vergangenen Spielzeit sind die Aufführungen »Der Kick« (*Maxim Gorki Theater Berlin/Theater Basel*, Andres Veiel), »Hedda Gabler« (*Berliner Schaubühne*, Thomas Ostermeier), »Iwanow« (*Berliner Volksbühne*, Dimiter Gotscheff), »Macbeth« (*Düsseldorfer Schauspielhaus*, Jürgen Gosch) und »Three Atmospheric Studies« (*Forsythe Company*, Frankfurt am Main und Dresden) sowie »Allein das Meer« (*Kulturinsel Halle/Neues Theater*, Paul Binerts), »Drei Schwestern« (*Schauspiel Hannover*, Jürgen Gosch), »Wallenstein« (*Nationaltheater Mannheim*, Helgard Haug, Daniel Wetzel), »Dunkel lockende Welt« (*Münchner Kammerspiele*, Sebastian Nübling) und »Platonow« (*Staatstheater Stuttgart*, Karin Henkel) eingeladen. Andrea Breth wird mit dem »Theaterpreis Berlin« und Dimitir Gotscheff mit dem »*3sat*-Preis« für »besonders innovative Inszenierung« ausgezeichnet. (→ 24.8., 24.11.)

**5.5. Garmisch-Partenkirchen** Die Konferenz der Innenminister beschließt bundeseinheitliche Richtlinien zur Integration mit verbindlichen Sprachtests und Einbürgerungskursen sowie strengeren Kriterien für die Staatsbürgerschaft. (→ 15.3., 13.4., 6.6., 14.7., 27.9.)

**7.–10.5. Leipzig** Unter dem Thema »Museen gestalten Zukunft – Perspektiven der Museen im 21. Jahrhundert« findet die Jahrestagung des *Deutschen Museumsbundes* statt, bei der es u. a. um den Verkauf von Stücken aus Museumsbeständen und die Kooperation von Museen und Sammlern geht. (→ 21.5., 19.10.)

**8./9.5. Landau/Pfalz** Zentrales Thema bei der Frühjahrstagung der *Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen* (*INTHEGA*), an der 245 Vertreter von Gastspieltheatern und Veranstaltern teilnehmen, ist »Kultur zwischen moralischer Anstalt und Profit-Center«. (→ 23./24.10.)

**9.5. Berlin** Kulturstaatsminister Bernd Neumann und der *Zentralrat der Sinti und Roma* einigen sich auf einen Kompromiss bei der Inschrift des »Denkmals für die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma«. Das Modell des Mahnmals hat der Künstler Dani Karavan geschaffen. Andere Verbände kritisieren diese Übereinkunft und wollen eine erneute Diskussion, bei der es vor allem um das Wort »Zigeuner« geht.

**10.–12.5. Dresden** In rund 50 Veranstaltungen setzen sich am »Deutschen Stiftungstag 2006« 1 500 Teilnehmer unter dem Thema »Stiftungen und demographischer Wandel« mit zentralen Fragen der Stiftungsarbeit auseinander.

**13.5. Görlitz** Mit der Eröffnung der Ständigen Ausstellung ist der Aufbau des *Schlesischen Museums zu Görlitz (SMG)* zum Abschluss gekommen. Getragen wird es von einer Stiftung, finanziert vom Bund und dem Freistaat Sachsen. Die Stadt stellt das Gebäude. (→ 6.6., 17.10.)

**13.5. Berlin** »Das Leben der Anderen« wird von der *Deutschen Filmakademie* mit dem »Deutschen Filmpreis in Gold« ausgezeichnet, ebenso Ulrich Mühe als bester Hauptdarsteller und Ulrich Tukur als bester Nebendarsteller. Auch die Preise für die beste Regie (Florian Henckel von Donnersmarck), das beste Drehbuch und die beste Kameraführung gehen an »Das Leben der Anderen«. Als beste Schauspielerin wird Sandra Hüller für ihre Rolle in »Requiem« ausgezeichnet. Filmpreise in Silber bekommen »Knallhart« von Detlev Buck und »Requiem« von Hans-Christian Schmid. (→ 9.–17.2., 6.3., 17.–28.5., 3.–13.8., 30.8.–10.9., 2.12.)

**17.5. Rom** Fünf Wochen nach dem knappen Sieg des Mitte-Links-Parteibündnisses bei den italienischen Parlamentswahlen wird Romano Prodi als neuer Ministerpräsident und Nachfolger von Silvio Berlusconi vereidigt. Neuer Kulturminister und Vizeministerpräsident ist Fransceco Rutelli von den Christlichen Demokraten.

**17.–28.5. Cannes** Die 59. Filmfestspiele werden mit der Weltpremiere der Verfilmung von Dan Browns Bestsellerroman »Der Da Vinici Code« eröffnet. Die »Goldene Palme« für den besten Film geht an den Irland-Film von Ken Loach »The Wind That Shakes The Barley«, der »Große Preis der Jury« an »Flandres« von Bruno Dumont. Pedro Almodovar erhält die Auszeichnung für die beste Regie für »Volver«, dessen sechs Frauen in den Hauptrollen als beste Hauptdarstellerinnen prämiert werden, auch bei den Männern werden die vier Hauptdarsteller im Kriegsdrama »Indigènes« gemeinsam ausgezeichnet. (→ 9.–17.2., 6.3., 13.5., 3.–13.8., 30.8.–10.9., 2.12.)

**18.5. Mainz** Im Landtag wird Kurt Beck als Ministerpräsident an der Spitze einer *SPD*-Alleinregierung wiedergewählt. Alter und neuer Minister für Wissenschaft und Kultur ist Prof. Dr. Jürgen Zöllner. (→ 26.3.)

**20.5. Athen** Beim »Eurovision Song Contest« in Athen gewinnen die finnischen Heavy-Metal-Band Lordi mit »Hard Rock Hallelujah«. Der deutsche Beitrag »No No Never« von Texas Lightning landet mit 36 Punkten auf Platz 15 von 24 Bewerbern. (→ 10.3.)

**21.5. Bundesgebiet** Mehr als 1700 Museen in Deutschland beteiligen sich am »Internationalen Museumstag« unter dem Motto »Museen und junge Besucher« mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktivitäten besonders für diese Zielgruppe (→ 7.–10.5.)

**22.5. Stockholm** Mit dem »Polar-Musikpreis 2006« werden der russische Dirigent und Generaldirektor des Sankt Petersburger *Mariinsky Theaters* Valery Gergeiv und die legendäre britische Rockband *Led Zeppelin,* die mit »Stairway to Heaven« einen der meistverkauften Rocksongs in der Geschichte geschaffen und sich 1980 aufgelöst hatte, ausgezeichnet. Der »Polar Musikpreis« ist einer der renommiertesten und mit 104 000 Euro höchstdotierte Kulturpreis und gilt als inoffizieller Nobelpreis für Musik. (→ 9.2., 14.3.)

**22.–28.5. Berlin** Beim 72. Weltkongress des *PEN* diskutieren rund 450 TeilnehmerInnen das Thema »Die Rolle von Literatur und der Schriftsteller in einer friedlosen Welt«, zu dem Günter Grass die Eröffnungsrede hält und auch Bundespräsident Horst Köhler und Staatsminister Bernd Neumann sowie die Bundeskanzlerin teilweise teilnehmen. Der bisherige Präsident Jiri Grusa wird mit großer Mehrheit wieder gewählt.

**23.5. Düsseldorf** Die Nachricht, dass der wegen seiner Verteidigung Milosevics umstrittene Schriftsteller Peter Handke den »Heinrich-Heine-Preis« der Stadt Düsseldorf bekommen soll, löst heftige Kritik und Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Literatur und Politik aus. Der Stadtrat stellt sich einenTag später gegen die Juryentscheidung. Obwohl Oberbürgermeister Erwin die Entscheidung der Jury verteidigt, verzichtet Handke auf die Ehrung.

**25.–27.5. Karlsruhe** Bei der Jahreshauptversammlung des *Deutschen Bühnenvereins* steht das Thema »Stadttheater oder Theater in der Stadt – was wird aus Ensemble und Repertoire?« im Mittelpunkt der internen und der öffentlichen Debatte. Anknüpfend an eine Veranstaltung zur Kulturellen Bildung zwei Jahre zuvor wird die Resolution »Erst durch Kultur wird Wissen zur Bildung« verabschiedet, in der der Beitrag des Theaters zur ästhetischen Erziehung hervorgehoben wird.

## Juni

**1.6. Oviedo** Die spanische *Fundación Príncipe de Asturias* vergibt den als spanische Version des Nobelpreises bezeichnete »Prinz-von-Asturien-Preis« für »Kommunikation und Humanwissenschaften« an die *National Geographic Society*, die mit ihren Zeitschriften – die Zeitschrift *National Geographic* erscheint in 29 Sprachen und hat eine Auflage von 8,5 Mio. Exemplaren – und Filmen weltweit 300 Mio. Menschen erreicht, als eine der wichtigsten Organisationen auf dem Gebiet der Wissenschaft, Bildung und Forschung. Den Preis in der Sparte »Kunst« geht an Pedro Almadóvar, für »Geisteswissenschaft und Literatur« an Paul Auster und für »Sozialwissenschaft« an Mary Robinson. In der Sparte »Internationale Zusammenarbeit« werden Bill und Melinda French Gates ausgezeichnet.

**2./3.6. Plön** Die *Kulturministerkonferenz* stellt auf ihrer 314. Sitzung den ersten Bericht »Bildung in Deutschland« vor. Danach nehmen zwar immer mehr Menschen Bildungsangebote wahr, gleichzeitig verkürzt sich aber auch die Bildungszeit. Untersucht wurden vor allem der Vorschulbereich, die verschiedenen Schultypen und die Hochschulen, oft im Vergleich zu internationalen Untersuchungen. Ein besonderes Augenmerk lag auf den durch die Migration bedingten Anforderungen an das Bildungssystem. Der Bericht soll alle zwei Jahre fortgeschrieben werden. Darüber hinaus verständigt sich die Ministerkonferenz darauf, ab 2009 einen eigenen nationalen Bildungstest durchzuführen und bis dahin einheitliche Bildungsstandards für die einzelnen Fächer festzulegen. (→ 2./3.3., 30.3., 2.9., 19./20.10., 26.10., 15.12.)

**6.6. Düsseldorf** Das *Statistische Bundesamt* veröffentlicht die Zahlen des »Mikrozensus 2005«. Danach sind von den 82,4 Mio. Menschen in Deutschland 15,3 Mio., das heißt knapp ein Fünftel, nichtdeutscher Herkunft. Dabei ist die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund mit 8 Mio. (knapp 10 Prozent) höher als die der AusländerInnen mit 7,3 Mio. (knapp 9 Prozent). (→ 15.3., 30.3., 5.5., 14.7., 27.9.)

**6.6. Marbach** Als Teil des *Deutschen Literaturarchivs Marbach* wird das Literatur*museum der Moderne* eröffnet, in dem mehr als 1 300 Exponate zur Literatur des 20. Jahrhunderts aus dem reichhaltigen Archiv ausgestellt sind. (→ 15.6.)



**7.6. Berlin** Mit der Münchenerin Charlotte Knobloch wird erstmals eine Frau an die Spitze des *Zentralrats der Juden* gewählt. Sie wird Nachfolgerin des verstorbenen Paul Spiegel.

**9.6. Halle** Der Stiftungsrat der *Kulturstiftung des Bundes (KSB)* beschließt einstimmig den Vertrag mit der künstlerischen Direktorin der *KSB* Hortensia Völckers um weitere fünf Jahre zu verlängern. (→ 13.12.)

**9.6.–9.7. Bundesrepublik** Für einen Monat ist Deutschland durch die Fußballweltmeisterschaft von einem »fröhlichen Patriotismus« in Schwarz-Rot-Gold und eine allgemeine »Partystimmung« geprägt.

**14.6. Stuttgart** Der baden-württembergische Landtag wählt den bisherigen Ministerpräsident Günther Oettinger erneut zum Landeschef. Er steht wiederum einer Koalition aus *CDU* und *FDP* vor. Die *CDU* war bei den Landtagswahlen am 26.3. mit 44,2 Prozent stärkste Fraktion geworden. Alter und neuer Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist Prof. Dr. Peter Frankenberg, neuer Kulturstaatsekretär ist Dietrich Birk (*CDU*).(→ 26.3.)

**15.6. Marbach** Kulturstaatsminister Bernd Neumann eröffnet das vom *Deutschen Literaturarchiv* aufgebaute »Literaturportal« (www.literaturportal.de) mit Informationen zu literarischen Veranstaltungen, Autoren, Werken, Literaturpreisen etc. (→ 6.6.)

**20.6. Paris** In Anwesenheit von *UN*-Generalsekretär Kofi Annan eröffnet der französische Staatspräsident Jacques Chirac das neue ethnologische *Musée du Quai Branly* für Kunst- und Ritualobjekte aus den außereuropäischen Kontinenten. Es ist das größte neue Museum der französischen Hauptstadt der letzten 20 Jahre und mit 236 Mill. Euro zugleich das teuerste. (→ 17.10.)

**23.6. Berlin** Der Bundestag verabschiedet den Haushalt für 2006, der Gesamtausgaben von 262 Mrd. Euro (+ 1,8 Mrd. bzw. 0,7 %) und eine Neuverschuldung von 38 Mrd. Euro vorsieht. Der Kulturetat des *Beauftragten für Kultur und Medien* ist um 2,1 Prozent auf 1,067 Mrd. Euro gestiegen. (→ 24.11.)

**24.6. Pretzien (Sachsen Anhalt)** Bei einer »Sonnenwendfeier« werfen Jugendliche in Anwesenheit des Bürgermeisters und anderer Bewohner u. a. ein Exemplar des »Tagebuchs von Anne Frank« in die Flammen.

**28./29.6. Hildesheim** Zentrales Thema der 66. Hauptversammlung der *Deutschen UNESCO-Kommission* ist die Umsetzung der *UNESCO*-Welterbekonvention, wozu auch eine öffentliche Veranstaltung stattfindet und eine entsprechende Resolution verabschiedet wird, in der an die besondere gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden erinnert und diese aufgefordert werden, ihren Verpflichtungen bald nachzukommen. Bei der Wahl werden der bisherige Präsident Walter Hirche und die beiden Vizepräsidenten Dr. Verena Metze-Mangold und Prof. Dr. Hermann Schäfer wiedergewählt.

**29.6. Berlin** Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Anpassung des Folgerechts an eine entsprechende EU-Richtlinie. Darin wird die europäische Vereinheitlichung der Beteiligung der KünstlerInnen am Verkauf ihrer Werke durch Händler, Galerien und Auktionshäuser geregelt. Danach erhalten sie einen prozentualen Anteil am Verkaufserlös zwischen 0,25 und vier Prozent.

**30.6./7.7. Berlin** Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat stimmen mehrheitlich einem großen Gesetzespaket mit zahlreichen Grundgesetzänderungen zur Neuordnung des föderalen Systems zu, mit dem die Kompetenzen besonders im Bildungs-, Umwelt- und Justizbereich neu festgelegt werden. (→ 17.2., 7./10.3., 1.9.)

## Juli

**1.7. Berlin/Frankfurt am Main/Leipzig** Die Gesetzesänderung zur Umbenennung der *Deutschen Bibliothek* und der Erweiterung ihres Aufgabengebietes tritt in Kraft. Sie heißt jetzt *Deutsche Nationalbibliothek* und wird zukünftig auch Internet-Veröffentlichungen sammeln. (→ 6.4.)

**5.7. Düsseldorf** Bei der Neuorganisation der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei wird die Doppelfunktion von Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff als Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär für Kultur aufgehoben, der sich von nun an ganz auf die Kulturpolitik konzentrieren kann.

**6.7. Berlin** Nach einem Beschluss des Bundeskabinetts wird der Bund 50 Mio. Euro für die Sanierung der Lindenoper zur Verfügung stellen, wenn sich das Land in gleicher Höhe beteiligt und, wie angekündigt, 30 Mio. vom privaten Förderverein kommen.

**7.7. Schwerin** Als bekannt wird, dass eine Ausstellung zu Ehren von Hitlers Lieblingsbildhauer Arno Breker gezeigt werden soll, kommt es zu heftigen Protesten und Debatten über das Verhältnis von Kultur und Politik. Die Ausstellung eröffnet trotzdem.

**11.–16.7. Vilnius (Litauen)** Das Welterbekomitee der *UNESCO* hat auf seiner 30. Tagung weitere 18 Kultur- und Naturstätten aus 18 Ländern in die Welterbeliste aufgenommen, u. a. aus Deutschland die Altstadt von Regensburg. Insgesamt verzeichnet die »Liste des Kultur- und Naturerbes der Menschheit« jetzt 830 Stätten in 138 Ländern, darunter 162 Naturerbestätten und 24 gemischte Stätten. Deutschland ist mit 32 Stätten auf der Liste des *UNESCO*-Welterbes vertreten. Der Kölner Dom wurde von der »Roten Liste« als gefährdetes Erbe genommen, dafür aber das Dresdner Elbtal wegen eines geplanten Brückenbaus auf diese Liste gesetzt. (→ 20.4.)

**12.7. Brüssel** Die EU-Kommission verurteilt die Firma *Microsoft* erneut zu einer hohen Strafzahlung von 280,5 Mio. Euro Bußgeld wegen Verstoßes gegen Wettbewerbsauflagen.

**14.7. Berlin** Bundeskanzlerin Merkel, Mitglieder des Bundeskabinetts und LandespolitikerInnen diskutieren auf dem »Migrationsgipfel« mit VertreterInnen von Verbänden, gesellschaftlichen Organisationen und Religionsgemeinschaften über Aufgaben und nächste Schritte der gesellschaftlichen Integration von AusländerInnen und Menschen mit »Migrationshintergrund«. (→ 15.3., 5.5., 6.6., 27.9.)

**15.7. Berlin** Rund eine Million Technofans feiern in Berlin unter dem Motto »The Love Is Back« wieder die Love Parade.

**20.7. Düsseldorf** Der Hamburger Kunsthistoriker Martin Warnke ist der erste Träger des mit 100 000 Euro dotierten »Gerda-Henkel-Preises« für herausragende Leistungen in den historischen Geisteswissenschaften.

**21.7.2006–7.1.2007 Bonn** In der Bonner *Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland* wird die bislang größte Ausstellung aus der Sammlung des New Yorker *Guggenheim Museums* von Kunst im 20. Jahrhundert gezeigt. Insgesamt 810 000 Besucher sehen sich diese nach der *MoMa*-Ausstellung 2005 in Berlin größte Ausstellung der klassischen Moderne aus us-amerikanischen Museen an.

**24.7. Genf** Nach viereinhalb Jahren scheitert die Doha-Runde der *Welthandelsorganisation*. Sie hatte den Abbau von Handelsschranken zum Ziel und wird für unbefristete Zeit ausgesetzt.

**31.7. Berlin** Nachdem bekannt wird, dass das Berliner *Brücke-Museum* nach der Entscheidung des Berliner Senats Ernst Ludwig Kirchners »Berliner Straßenszene« von 1913 an die Enkelin des einstigen jüdischen Besitzers zurückgeben soll, beginnt eine grundsätzliche Debatte über Restitutionsansprüche und die Rückgabepraxis in Deutschland. (→ 20.11.)

## August

**1.8. Berlin** Die deutsche Rechtschreibreform tritt in ihrer durch den Rat für Rechtschreibung »reformierten Form« verbindlich in Kraft. (→ 2./3.3., 30.3.)

**3.–13.8. Locarno** Bei dem 59. Filmfestival von Locarno geht der »Goldene Leopard« an Andrea Stakas »Das Fräulein«. Als bester Regisseur wird Laurent Archant für die französisch-belgische Koproduktion »Le dernier des fous« ausgezeichnet, als beste Darsteller(in) die US-Amerikanerin Amber Tamblyn für ihre Rolle in »Stephanie Daley« und Burghart Klaussner für »Der Mann von der Botschaft«. Der »Goldene Leopard« in der Reihe »Cineasten der Gegenwart« geht an die deutsche Produktion »Verfolgt« von Angelina Maccarone. Der Erstling »So lange du hier bist« von Stefan Westerwelle bekam eine besondere Erwähnung. (→ 9.–17.2., 6.3., 13.5., 17.–28.5., 30.8.–10.9., 2.12.)

**10.8. Berlin** Im Kronprinzenpalais wird die umstrittene Ausstellung der *Stiftung Zentrum gegen Vertreibung* über Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert »Erzwungene Wege« eröffnet. Kritiker werfen den Initiatoren um Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach vor, deutsche Verbrechen zu verharmlosen.

**12.8. Frankfurt am Main** Der Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Günter Grass eröffnet in einem *FAZ*-Interview zu seiner Autobiographie »Beim Schälen der Zwiebel«, dass er gegen Kriegsende als 17-Jähriger bei der Waffen-SS war. Danach beginnt eine breite, sehr kontroverse Debatte über Grass, das Verhältnis von Literatur und politischem Engagement und das Umgehen mit den individuellen Verstrickungen in den Nationalsozialismus.

**18.8. München** Die Buchverlage *Hugendubel* und *Weltbild* gründen die *Handelsholding DBH* (München), die mit 451 Buchhandlungen und einem Umsatz von 672 Mio. Euro Marktführer vor *Thalia* wird.

**22.8. Köln** Nach der neuen Werkstatistik des *Deutschen Bühnenvereins* für die Spielzeit 2004/05 stand wie im vorvergangenen Jahr das Jugendstück »Klamms Krieg« mit 31 Inszenierungen als am häufigsten inszeniertes Schauspielstück an der Spitze. Goethes »Faust« und Sinclairs »Ladies Night« folgten mit jeweils 28 beziehungsweise 27 Inszenierungen, wobei beide mit jeweils über 148 000 BesucherInnen die meisten ZuschauerInnen erreichten. Im Musiktheater standen mit Mozarts »Zauberflöte« (45 Inszenierungen), Humperdincks »Hänsel und Gretel« (25) und Mozarts »Hochzeit des Figaro« (22) sowie Bizets »Carmen« (22) erneut, wie seit Jahren, die gleichen Werke des klassischen Repertoires an der Spitze. Die »Zauberflöte« hatte mit über 324 000 ZuschauerInnen auch die höchsten Besucherzahlen. (→ 15.9.)

**24.8. Berlin** Bei der jährlichen Umfrage der Zeitschrift *Theater heute* bei 38 KritikerInnen wird das *Staatschauspiel Stuttgart* unter dem neuen Leiter Hasko Weber als beste deutschsprachige Bühne der abgelaufenen Spielzeit ausgezeichnet. Auch die Auszeichnung für den »Schauspieler des Jahres« geht nach Stuttgart an Felix Goeser. (→ 5.-21.5., 2.10., 24.11.)

**26.8. Hamburg** Die Jugendzeitschrift *Bravo* wird 50 Jahre alt.

**30.8.–10.9. Venedig** Beim 63. Filmfestival erhält »Still Life« von Jia Zhangke den »Goldenen Löwen« für den besten Film. Der »Silberne Löwe« für die beste Regie geht an »Cœurs – Privat Fears in Public Places« von Alain Resnais. Als beste Schauspielerin wird Hellen Mirren für ihre Rolle in »The Queen« von Stephen Frears ausgezeichnet und als bester Schauspieler Ben Affleck (»Hollywoodland« von Allen Coulter). Ein Speziallöwe geht an Jean-Marie Straub und Danièle Huillet. (→ 9.–17.2., 6.3., 13.5., 17.–28.5., 3.–13.8., 2.12.)

**31.8. Olso** Zwei Jahre nach dem Raub eines der bekanntesten Bilder von Edvard Munch »Der Schrei« wird es und ein weiteres Gemälde wieder aufgefunden und dem Museum zurückgegeben.

## September

**1.9. Dresden** Mehr als 60 Jahre nach Kriegszerstörung wird das restaurierte »Grüne Gewölbe«, die legendäre Schatzkammer der sächsischen Kurfürsten und Könige, wieder für das Publikum zugänglich.

**1.9. Berlin** Die am 30.6. im Deutschen Bundestag und am 7.7. im Bundesrat verabschiedete Föderalismusreform tritt in Kraft. (→ 17.2., 7./10.3., 30.6./7.7.)

**2.9. Paris/Berlin** Nach dem »*OECD*-Bildungsbericht 2006« werden in der Bundesrepublik nach wie vor zu wenig AbiturientInnen und AkademikerInnen ausgebildet und Deutschland fällt im internationalen Vergleich weiter zurück. (→ 2./3.6., 26.10.)

**7.9. Dresden** Das *Festspielhaus in Hellerau* wird nach seiner Renovierung mit einer Ballettinszenierung von William Forsythe neu eröffnet, der hier die von Mary Wigman geprägte Tanztheatertradition fortsetzen soll.

**10.9. Bundesgebiet** Der »Tag des offenen Denkmals« steht dieses Jahr unter dem Thema »Rasen, Rosen und Rabatten – Historische Gärten und Parks«. Über 7 000 Baudenkmale in mehr als 2 500 Städten und Kommunen, die sonst nicht oder nur teilweise geöffnet sind, beteiligen sich daran.

**13.9. Wiepersdorf** Mit einem Festakt wird das *Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf*, einst Wohnsitz des Dichterpaars Bettina und Achim von Arnim, wieder eröffnet, nachdem es durch die Liquidierung der *Stiftung Kulturfonds* im vergangenen Jahr geschlossen werden musste. Es ist jetzt in die Trägerschaft der *Deutschen Stiftung Denkmalschutz* übergegangen und wird vom Land Brandenburg und dem Bund gefördert.

**15.9. Köln** Nach der »Theaterstatistik 2004/05« des *Deutschen Bühnenvereins* gingen die Zuweisungen von Kommunen und Ländern in dieser Zeit um mehr als 35 Mio. Euro zurück. Die Zahl der BesucherInnen sank auf 33,2 Mio. (Vorjahr 35,6 Mio.), davon entfielen rund 19,14 Mio. auf die öffentlich getragenen Theater (Vorjahr: 19,6 Mio.). Der Anteil der selbsterwirtschafteten Mittel stieg hier von 16,3 Prozent auf 17 Prozent. Die Zahl der Veranstaltungen ging leicht zurück (minus 1 236) auf 62 675, die der Inszenierungen blieb mit 4 629 in etwa konstant. (→ 22.8.)

**17.9. Schwerin/Berlin** Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zieht die *NPD* (7,3 %) nach Sachen ins zweite Landesparlament ein. Die *SPD* verliert stark, bleibt aber mit 30,2 Prozent knapp stärkste Partei vor der *CDU* (28,8 %) und der *FDP* (9,6 %). Die *Linkspartei.PDS*, die bisher mit der SPD die Regierung bildete, fällt auf 16,8 Prozent. Bei den Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksversammlungen gelingt der *NPD* der Einzug in vier Bezirksparlamente. Die SPD ist unter Wowereit der Wahlsieger (30,8 %). Die *CDU* (21,3 %) verliert 2,5 Prozent, die *Grünen* (13,1 %) und die *FDP* (7,6 %) gewinnen leicht, während die *Linkspartei* (minus 9,2 %) stark verliert. (→ 7.11., 23.11.)

**20.–22.9. Berlin** Zum dritten Mal treffen sich Musiker, Verlage und Produzenten aus 50 Ländern zur Fachmesse »Popkomm« in Berlin. Partnerland der 18. »Popkomm« ist diesmal Brasilien.

**23.9. Potsdam** Das von Gottfried Böhm gebaute neue Schauspielhaus in Potsdam, mit dem das *Hans Otto Theater* nach über 30 Jahren Behelfsspielorte wieder eine feste Heimstatt hat, eröffnet mit fünf Premieren.

**25.9. Berlin** Die *Deutsche Oper* setzt aus Angst vor islamistischen Anschlägen die Wiederaufnahme

der Mozart-Oper »Idomeneo« ab, da in der Aufführung ein entleibter Mohammedkopf auftaucht. Danach beginnt eine breite Debatte über die Freiheit der Kunst, vorauseilende Selbstzensur und fundamentalistische Bedrohung. Ende Oktober wird angekündigt, die Oper wieder auf den Spielplan zu nehmen. (→ 18.12.)

**25.-28.9. Essen** Unter dem Thema »Archive und Öffentlichkeit« findet der 76. Archivtag statt, bei dem es sowohl um die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Archive als auch um ihre Bedeutung für die Konstitution von »Öffentlichkeit« geht.

**27.9. Berlin** Auf der ersten vom Innenministerium organisierten Islamkonferenz diskutieren je 15 Vertreter der deutschen Politik und in Deutschland lebende Muslime über Fragen der Integration und des interkulturellen und interreligiösen Dialogs. (→ 15.3., 13.4., 5.5., 6,6., 14.7.)

**27.9. Berlin** Das Bundeskabinett beschließt die Umsetzung der »*UNESCO*-Konvention zum Schutz und der Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«. Darin wird die Doppelnatur kultureller Aktivitäten, Güter und Dienstleistungen anerkannt und jedem Staat das Recht zugebilligt, regulierende und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen, um die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen auf seinem Staatsgebiet zu schützen. Der Bundestag muss noch über die Konvention beschließen. (→ 15.2., 20.4.)

**28.9. Kopenhagen** Der »alternative Nobelpreis« geht an das Poesiefestival »Dichtungen gegen Terror« in Medellin und an Daniel Ellsberg, der mit der Weitergabe geheimer Papiere den Vietnamkrieg beenden half und entsprechende Aktivitäten im Irakkrieg unterstützte, sowie an Ruth Manorama, die für die Rechte der »Unberührbaren« in Indien kämpft. Den Ehrenpreis erhält Whitaker Ferreira als treibende Kraft hinter der Gründung des »Weltsozialforums«. (→ 11.12.)

## Oktober

**1.10. Berlin** Mit dem »Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends« legt der Verein *Aktive Bürgerschaft e. V.* erstmals eine Übersicht über die Entwicklung der Bürgerstiftungen vor. Danach wurden mehr als die Hälfte der 145 Bürgerstiftungen in den letzten drei Jahren gegründet. Nordrhein-Westfalen verfügt mit 49 Bürgerstiftungen über das dichteste Netz.

**2.10. Berlin** Bei der Umfrage der Zeitschrift *Opernwelt* unter 50 KritikerInnen wird die *Staatsoper Stuttgart* zum sechsten Mal zum »Opernhaus des Jahres« gewählt, nach 1994, 1998, 1999, 2000 und 2002. Die Auszeichnung als »Inszenierung des Jahres« geht an Jossi Wieler und Sergio Morabito für Glucks »Alceste« (*Staatsoper Stuttgart*) und als »Regisseur des Jahres« an Sebastian Baumgarten für Händels »Orest« (*Komische Oper Berlin*). (→ 24.8., 24.11.)

**3.10. Frankfurt am Main** Der vom *Börsenverein des Deutschen Buchhandels* vergebene »Deutsche Buchpreis« wird der Berliner Schriftstellerin Katharina Hacker für ihren Roman »Die Habenichtse« verliehen. (→ 16.–20.3., 19.–21.10, 11.12.)

**4.–8.10. Frankfurt am Main** Mit 7 272 Ausstellern aus 113 Ländern liegt die Zahl bei der diesjährigen Buchmesse leicht über der des vergangenen Jahres. Schwerpunkt ist Indien. 287 000 BesucherInnen, etwa gleichviel wie im Vorjahr, sehen sich die knapp 112 000 Neuerscheinungen (plus 7 000) der größten Buchausstellung der Welt an. Der »Friedenspreis des Deutschen Buchhandels« geht an den Sozialwissenschaftler Wolf Lepenies. (→ 16.– 20.3.)

**9.10. Mountain View (USA)** Für 1,65 Mrd. Dollar kauft die Internetgesellschaft *Google* die Video-Plattform *YouTube*.

**10.10. Dresden** Die *Europäische Kulturstiftung Pro Europa* vergibt in der Frauenkirche die »Europäischen Kulturpreise für Musik und Schauspielkunst« an die lettische Mezzosopranistin Elina Garanca, den Bassbariton Thomas Quasthoff, den Cellisten Jan Vogler und den Schauspieler Klaus Maria Brandauer. Weiterer Preisträger ist das deutsch-russische Gesprächsforum »Petersburger Dialog«.

**15.10. Berlin** Nachdem der *SPD*-Vorsitzende Kurt Beck mit Bezug auf die Studie »Gesellschaft im Reformprozess« der *Friedrich-Ebert-Stiftung* von einem »Unterschichten«-Problem in Deutschland gesprochen hat, beginnt eine breite Debatte über das Auseinanderdriften von Arm und Reich und eine zunehmende Verarmung eines wachsenden Teils der Bevölkerung.

**17.10. Berlin** Nach fast achtjähriger Sanierung wird auf der Museumsinsel das *Bodemuseum* – 102 Jahre nach der ersten Einweihung des ursprünglich *Kaiser-Friedrich-Museum* genannten Hauses – wieder eröffnet. Es beherbergt eine der bekanntesten Skulpturensammlungen Europas. (→ 13.5., 6.6., 20.6.)

**19.10. Karlsruhe/Berlin** Das Bundesverfassungsgericht weist einen Antrag Berlins auf zusätzliche Bundeshilfen wegen einer »extremen Haushaltsnotlage« ab. In der darauf folgenden Debatte stehen auch immer wieder die Kulturausgaben Berlins im Zentrum notwendiger Einsparungen. (→ 23.11.)



**19.10. Stuttgart** Nachdem bekannt wird, dass zwischen dem Haus Baden und der Staatsregierung Baden-Württemberg eine Übereinkunft getroffen wurde, nach der das Adelshaus auf vermeintliche Eigentumsrechte an Kunstgegenständen im Wert von 300 Mio. Euro verzichtet, wenn es im Gegenzug aus dem Verkauf wertvoller Handschriften aus der *Badischen Landesbibliothek* 30 Mio. Euro bekommt, entbrennt ein heftiger Protest. Im monatelang dauernden Streit geht es sowohl um die Eigentumsfrage der Kunstgegenstände und Handschriften und den Verkauf öffentlicher Bibliotheks- und Museumsbestände. (→ 7.–10.5.)

**19.–20.10. Berlin** Im Mittelpunkt der 315. Plenarsitzung der *Kultusministerkonferenz* steht die künftige Bund-Länder-Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Forschung nach der Föderalismusreform. (→ 2./3.3., 2./3.6., 15.12.)

**19.–21.10. Darmstadt** Bei der Herbsttagung der *Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung* wird der »Georg-Büchner-Preis« an den kurz zuvor verstorbenen Lyriker Oskar Pastior verliehen. Mit dem »Johann-Heinrich-Merck-Preis für literarische Kritik und Essay 2006« wird der Kunstkritiker Eduard Beaucamp und mit dem »Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa 2006« der Mittelalter-Historiker Johannes Fried ausgezeichnet. (→ 16.– 20.3., 3.10., 11.12.)

**20.10. Köln** Bei der Vergabe des »Fernsehpreises« geht die Auszeichnung für den besten Fernsehfilm an »Dresden« (*ZDF*), für die beste Serie an »Türkisch für Anfänger« (*ARD*) und für die beste Sitcom an »Pastewka« (*Sat.1*). Als beste Comedy-Sendung wird »Bei Krömers« mit Kurt Krömer (*ARD/rbb*) und als beste Dokumentation »Die Nacht der großen Flut« (*ARD*) ausgezeichnet sowie als beste Informationssendung »ZDF spezial: Krieg ohne Ende« (*ZDF*). Der Preis für die beste Unterhaltungssendung geht an »Wer wird Millionär? Prominentenspiel zur WM 2006« mit Günter Jauch und Harpe Kerkeling (*RTL*). (→ 31.3., 4.12.)

**23./24.10. Goslar** Bei der jährlichen Herbsttagung der *INTHEGA* treffen sich knapp 700 VertreterInnen von Theatern, Veranstaltern und Kommunalverwaltungen und tauschen sich über Probleme von Gastspieltheatern und die Stücke der neuen Spielzeit aus. (→ 8./9.5.)

**24.10. Stockholm** Als neue schwedische Kulturministerin wird Lena Adelsohn Liljeroth ernannt, nachdem ihre Vorgängerin Cecilia Stegö Chilo wenige Tage nach ihrer Berufung wieder zurücktreten musste, als bekannt wurde, dass sie seit 1990 keine Fernsehgebühren bezahlt hat.

**25.10. Valencia** Mit dem »Palau de les Arts« (Palast der Künste) wird das letzte große Bauvorhaben des neuen Wissenschafts- und Kulturzentrums eingeweiht. Das circa 300 Mio. Euro teure, architektonisch spektakuläre Opernhaus wird mit Beethovens »Fidelio« eröffnet und verfügt über vier Säle mit insgesamt 4 000 Plätzen in einer Stadt mit 850 000 EinwohnerInnen und hat einen Jahresetat von etwa 60 Mio. Euro.

**26.10. Berlin** Unter dem Titel »Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik« findet in Berlin eine große Konferenz zur Situation und den Perspektiven der Auswärtigen Kulturpolitik statt, die Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit einer Rede zur zukünftigen Auswärtigen Kulturpolitik eröffnet. (→ 24.11.)

**26.10. Cottbus** Die *Cottbuser Universitätsbibliothek* wird mit dem vom *Deutschen Bibliotheksverband* und der *Zeit-Stiftung* ausgelobten Preis »Bibliothek des Jahres 2006« wegen ihrer Vereinigung eines »außergewöhnlichen baulichen und inhaltlichen Konzepts« ausgezeichnet.

**26.10. New York** Die *UNESCO* stellt ihren »Weltbericht Bildung für alle 2007« (»EFA Global Monitoring Report 2007«) vor, der diesmal den Schwerpunkt frühkindliche Erziehung und Förderung hat. Der Bericht gibt einen Zwischenstand nach dem Weltbildungsforum in Dakar 2000, bei dem sich 164 Länder verpflichtet haben, sechs Bildungsziele bis 2005 zu erreichen. (→ 2./3.6., 2.9.)

**26.10./24.11. Potsdam/Berlin** Der Bundestag beschließt die Gründung der *Bundesstiftung Baukultur* mit einem Stiftungsvermögens von 2,5 Mio. Euro sowie deren Aufbau durch eine Anschubfinanzierung von sieben Mio. Euro (bis 2010) aus Bundesmitteln. Langfristig soll sie sich aus Spenden finanzieren. Nachdem der Bundesrat 2005 die Gründung der Stiftung durch sein Veto verhindert hatte, stimmt er am 24.11. zu. Sitz der Stiftung wird Potsdam sein. (→ 13.12.)

**30.10. London** Der langjährige Chefökonom und Vizevorsitzende der *Weltbank* Sir Nicolaus Stern legt der britischen Regierung die von ihr in Auftrag gegebene Studie zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels »The Economic of Climatic Change« vor. Danach belaufen sich die weltwirtschaftlichen Kosten eines ungebremsten Klimawandels auf 5 500 Mrd. Euro. Für eine Stabilisierung des gegenwärtigen Niveaus müssten dagegen jährlich weltweit 275 Mrd. Euro aufgewandt werden. (→ 6.–17.11., 29.12.)

## November

**2.11. Köln** Die *deutsche Sektion des Internationalen Kunstkritikerverbandes (AICA)* wählt das Bottroper *Josef-Albers-Museum Quadrat* zum »Museum des Jahres 2006«. Die Jury würdigt das Haus für das »intelligente und von modischen Tendenzen des Kunstmarktes unabhängige, seit über 30 Jahren konsequent verfolgte Ausstellungs- und Sammlungsprogramm«. Als »Ausstellung des Jahres 2006« wird die Bilderschau des englischen Malers Francis Bacon »Die Gewalt des Faktischen« in der Düsseldorfer *Kunstsammlung NRW K20* prämiert.

**6.–17.11. Nairobi** Politische RepräsentantInnen aus 189 Ländern diskutieren bei der »Weltklimakonferenz« über den Schutz der Erdatmosphäre nach dem Auslaufen des »Kyoto-Protokolls« 2012 und vertagen sich, da sie sich nicht einigen können. (→ 30.10., 29.12.)

**7.11. Schwerin** Harald Ringsdorf wird zum dritten Mal zum Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Er ist Regierungschef einer Großen Koalition. Neuer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird der vormalige Schulleiter Henry Tesch (CDU), der Hans-Robert Metelmann ablöst. (→ 17.9.)

**9.11. Kapstadt** Das *UN*-Entwicklungsprogramm (UNDP) stellt den »Bericht zur menschlichen Entwicklung 2006« unter dem Titel »Macht, Armut und die globale Wasserkrise« vor, in dem es vor allem um die ungerechte Verteilung von Wasser, mangelnde Hygiene und schmutziges Trinkwasser geht, an dem weltweit jährlich 1,8 Mio. Kinder sterben.

**14.11. Straßburg** Das Europäische Parlament nimmt die deutlich abgeschwächte EU-Dienstleistungsrichtlinie mit einer großen Mehrheit aus Konservativen, Sozialisten und Liberalen an, die in knapp drei Jahren in Kraft tritt. (→ 14.2.)

**17./18.11. Berlin** In Anwesenheit zahlreicher prominenter PolitikerInnen, KulturpolitikerInnen und Kulturschaffender aus Deutschland, von der EU und aus vielen europäischen Ländern findet in Berlin in Fortsetzung der Tagungen vom November 2004 die zweite europäische Kulturkonferenz unter dem Titel »Europa eine Seele geben« statt.

**20.11. Berlin** Auf Einladung von Kulturstaatsminister Bernd Neumann treffen sich Museumsleute und KulturpolitikerInnen, um sich über die Probleme der Museen durch verstärkt auftretende Restitutionsforderungen vormaliger BesitzerInnen von Kunstwerken auszutauschen. (→ 31.7.)

**21.11. Mainz** Da der bisherige rheinland-pfälzische Wissenschafts- und Kulturminister Jürgen Zöllner als Bildungs- und Wissenschaftssenator nach Berlin geht, übernimmt in Mainz Bildungsministerin Doris Ahnen zusätzlich das Wissenschafts- und Kulturressort. (→ 23.11.)

**23.11. Berlin** Der bisherige Berliner regierende Bürgermeister Klaus Wowereit wird im zweiten Wahlgang für eine neue Amtsperiode gewählt. Er steht wieder einer Koalition von *SPD* und *Linkspartei* vor. Das Amt eines eigenständigen Kultursenators (zuvor Thomas Flierl) wird abgeschafft und vom Oberbürgermeister mitverwaltet. Leiter der Kulturbehörde im Rang eines Staatssekretärs wird André Schmitz, zuvor Leiter der Staatskanzlei, die von der bisherigen Kulturstaatsekretärin Barbara Kissler übernommen wird. (→ 17.9., 19.10., 21.11.)

**24.11. Essen** Mit dem vom *Deutschen Bühnenverein*, der *Kulturstiftung der Länder*, dem Land Nordrhein-Westfalen und der *Deutschen Akademie der Darstellenden Künste* neu geschaffenen Deutschen Theaterpreis »Der Faust« wird der Autor und Regisseur George Tabori für sein Lebenswerk geehrt. »Der Faust« für die Theaterregie geht an Jürgen Gosch (»Macbeth«, *Düsseldorfer Schauspiel*) und für Opernregie an Jossi Wieler (»Doktor Faust«, *Staatsoper Stuttgart*). Als beste Schauspielerin wird Katharina Schüttler (»Hedda Gabler«, *Schaubühne Berlin*), als beste Sängerin Evelyn Herlitzins (»Salomé«, *Staatsoper Dresden*) ausgezeichnet. (→ 5.–21.5., 24.8., 2.10.)

**24.11. Berlin** Der Bundestag beschließt mit den Stimmen der Koalitionsparteien den Bundeshaushalt 2007 mit Ausgaben in Höhe von 270,5 Mrd. Euro (plus 3,5 Prozent). Der Kulturhaushalt des *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien* steigt um ebenfalls 3,4 Prozent auf 1,105 Mrd. Euro. Im Etat für die Auswärtige Kulturpolitik werden die Mittel für die *Goethe-Institute* um 13,5 Mio. Euro auf 121 Mio. Euro erhöht. (→ 23.6., 26.10.)

## Dezember

**2.12. Warschau** Bei der 18. Verleihung des »Europäischen Filmpreises« wird »Das Leben der Anderen« von Florian Henckel von Donnersmarck als »Film des Jahres« und für das beste Drehbuch ausgezeichnet sowie Ulrich Mühe für seine Rolle in diesem Film als bester Schauspieler. Für »Volver« erhält Pedro Almodóvar die Auszeichnung für die beste Regie und Penélope Cruz als beste Schauspielerin. Der Preis für den besten Dokumentarfilm geht an die deutsch-schweizerische Produktion »Die große Stille« von Philip Gröning und für sein Lebenswerk wird Roman Polanski ausgezeichnet. (→ 9.–17.2., 6.3., 13.5., 17.–28.5., 3.–13.8., 30.8.– 10.9.)

**4.12. Baden-Baden** Beim Fernsehfilm-Festival in Baden-Baden wird die Komödie »Meine verrückte türkische Hochzeit« (*ProSieben*) mit dem »Fernsehfilmpreis der *Deutschen Akademie der Darstellenden Künste*« und dem »*3sat*- Zuschauerpreis« ausgezeichnet. Mit der »Besonderen Auszeichnung« wird die *WDR*-Produktion »Wut« geehrt und der »hans-Abich-Preis« geht an Nico Hofmann für sein Lebenswerk. (→ 31.3., 20.10.)

**7./8.12. Frankfurt am Main** Bei der 129. Sitzung des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages* stehen u.a. die Situation und Förderung des Freien Theaters, die kommunale Museumspolitik und die »Agenda 21 für Kultur« des *Weltverbandes der Kommunen UCLS* sowie die kommunale Filmpolitik im Mittelpunkt. (→ 6./7.4.)

**11.12. Stockholm/Oslo** In der schwedischen Hauptstadt wird der Literaturnobelpreis an den türkischen Romancier Orhan Pamuk verliehen. Den Friedensnobelpreis erhält der Ökonom Mohammed Yunus aus Bangladesch und die von ihm gegründete *Grameen-Bank* für ihre Verdienste um die Ärmsten der Armen. (→ 23.1., 3.10., 29.9., 19.–21.10.)

**13.12. Berlin** Die Vorsitzenden des Stiftungsrats der *Kulturstiftung der Länder* und der *Kulturstiftung des Bundes* verständigen sich darauf, in dieser Legislaturperiode von einer Fusion der beiden Stiftungen abzusehen, gleichzeitig sollen diese aber zukünftig enger zusammenarbeiten. (→ 9.6.)

**13.12. Berlin** Das Bundeskabinett beschließt eine Gesetzesänderung zur Künstlersozialversicherung, mit der eine bessere Erfassung und Prüfung auf der Seite der Verwerter wie der Versicherten erreicht werden soll. Der Abgabensatz von Verwertern auf Künstlerhonorare, der 2005 auf 5,8 Prozent gestiegen war und 2006 wieder auf 5,5 Prozent gesenkt wurde, wird 2007 5,1 Prozent betragen. (→ 1.1.)

**15.12. Brüssel** Die 316. Plenarsitzung der *Konferenz der Kultusminister* (*KMK*) befasst sich mit der europäischen Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik, den Schlussfolgerungen aus dem »Nationalen Bildungsbericht 2006« sowie Fragen der Lehrerbildung. Mit Beginn des neuen Jahres übernimmt der Berliner Bildungs- und Wissenschaftssenator Prof. Dr. Jürgen Zöllner die Präsidentschaft, als 2. Vizepräsident und Sprecher für Kultur wird der mecklenburgische Minister für Bildung und Kultur Henry Tesch gewählt. (→ 2./3.3., 2./3.6., 19./20.10.)

**15.12. Wiesbaden** Die *Gesellschaft für deutsche Sprache* kürt den Begriff »Fanmeile« zum »Wort des Jahres«, weil es das »ganz besondere Lebensgefühl« bei der Fußballweltmeisterschaft gut erfasst. Auf Platz zwei landet »Generation Praktikum«, gefolgt von »Karikaturenstreit«, »Rechtschreibfrieden« und »Prekariat«. (→ 24.1.)

**18.12. Halle** Der Stiftungsrat der *Kulturstiftung des Bundes* verabschiedet u.a. ein mehrjähriges Programm zur musikalischen Früherziehung von 10 Mio. Euro, mit dem ab Frühjahr 2007 das Projekt »Jedem Kind ein Instrument« für alle Grundschulkinder im Ruhrgebiet angestoßen wird.

**29.12. München** Bei den Naturkatastrophen fällt die Bilanz des Jahres 2006 weniger schlimm als 2005 aus. Die volkswirtschaftlichen Schäden belaufen sich bis Ende Dezember auf 45 Mrd. Dollar – rund ein Fünftel des Vorjahreswertes. 18 000 Menschen kamen in diesem Jahr durch Erdbeben, Hurrikane und andere Katastrophen ums Leben. (→ 30.10., 6–7.11.)

**31.12. Das** teuerste Kunstwerk bei internationalen Auktionen 2006 war Pablo Picassos »Dora Maar« (1941) mit 107,8 Mio. Euro, gefolgt von Gustav Klimts »Bildnis Adele Bloch-Bauer II« (1912) mit 99,5 Mio. Euro, Paul Gauguins »Der Mann mit der Axt« (1891) mit 45,7 Mio. Euro. Auf die weiteren Plätze kamen Kunstwerke von Vincent van Gogh, Klimt, Ernst-Ludwig Kirchner, Paul Cézanne, William Turner und Picasso. Bei deutschen Auktionen erzielte Heinrich Campendonks »Rotes Bild mit Pferden« (1914) mit 2,4 Mio. Euro den höchsten Preis, gefolgt von Max Liebermanns »Das Rondell im Heckengarten mit Blumensprengerin« (1925) mit 1,9 Mio. Euro und Lyonel Feiningers »Hohe Häuser IV« (1919) mit 1,5 Mio. Euro. Die nächst höheren Preise erzielten Werke von Emil Nolde, Gerhard Richter, Henry Moore, Max Pechstein, Salomon van Ruysdael und das »Kabinett japonissant à deux corps«.

**31.12. Hamburg** Auf der »Belletristik-Jahresbestsellerliste« von *Buchreport* und *Spiegel* steht bei den »Hardcover-Büchern 2006« Daniel Kehlmann mit »Die Vermessung der Welt« auf Platz 1. Tommy Jaud mit »Resturlaub« und Leonie Swann mit »Glennkill« belegen die Plätze 2 und 3, gefolgt von François Lelords »Hectors Reise« und Donna Leons »Blutige Steine«. Mit Günter Grass' »Beim Häuten der Zwiebel« liegt der nächste literarische Titel nach Kehlmanns »Vermessung« auf Platz 11. Bei den belletristischen Taschenbüchern führt Dan Brown mit »Sakrileg« die Liste an vor Carlos Ruiz Zafons »Der Schatten des Windes« und Frank Schätzings »Der Schwarm«. Auf den nächsten Plätzen folgen

Pascal Merciers »Nachtzug nach Lissabon« und Patrick Süskinds »Parfüm«. Bei den Sachbüchern (Hardcover) steht Hape Kerkeling mit »Ich bin dann mal weg« an der Spitze, gefolgt von Frank Schätzing mit »Nachrichten aus einem unbekannten Universum« und Eva-Maria Zuhorst mit »Liebe dich selbst«. Bei den Taschenbüchern ist Bastian Sick mit seinem »Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod« dreimal vertreten (1., 3., 6. Platz), auf dem zweiten Platz steht das »Bürgerliche Gesetzbuch«.

**31.12. Berlin** Nach Bilanz der *Filmförderungsanstalt* (*FFA*) hat sich das deutsche Kino nach dem heftigen Einbruch 2005 erholt. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Besucherzahl um 7,4 Prozent auf 136,7 Mio. und der Umsatz sogar um knapp 9,3 Prozent auf 814,4 Mio. Euro. Die Zahl der Kinosäle ging leicht auf 4 848 zurück. Der deutsche Film hatte mit 34,7 Mio. BesucherInnen seinen Marktanteil von 17,1 Prozent auf 25,8 Prozent gesteigert. Der meistbesuchte Film war »Age 2 – Jetzt taut's« mit 8,7 Mio. BesucherInnen, gefolgt von »Fluch der Karibik 2« (7,1 Mio.) und »Der DaVinci-Code/Sakrileg« (5,6 Mio.). An vierter Stelle lag der deutsche Film »Das Parfüm« (5,5 Mio.) sowie nach »Casino Royal« (4,6 Mio.) »Deutschland ein Sommermärchen« (4,0) und »Sieben Zwerge, der Wald ist nicht genug« (3,5 Mio.). (→ 9.2.)



# *Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2006*

Bei dieser Bibliographie deutschsprachiger Neuerscheinungen aus dem Jahr 2006 handelt es sich um einen Auszug aus der für das *Kulturpolitische Informationssystem* (*»kis«*) vom *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* erstellten Datenbank. In diese werden Bücher und Broschüren, Aufsätze aus Sammelbänden und Loseblattwerken sowie Zeitschriftenaufsätze aufgenommen. Darüber hinaus werden ausgewählte Bundestags- und Landtagsdrucksachen zum Themenfeld erfasst sowie »graue« Literatur, soweit sie uns zugänglich ist; Buchbesprechungen und Artikel aus Zeitungen finden nur in Ausnahmefällen Aufnahme.

Gegenstand der Bibliographie sind Kulturpolitik und kulturpolitische Praxisfelder. Insgesamt ist für die Aufnahme eines Eintrags der kulturpolitische Aspekt ausschlaggebend. Wie in den Vorjahren mussten aus Platzgründen einige weitere Einschränkungen vorgenommen werden: In der Druckfassung weggelassen werden mussten die meisten Artikel mit geringem Seitenumfang. Zudem musste auf die gesamte Rubrik »Medien« verzichtet werden.

Jede bibliographische Angabe ist in der Regel nur einmal aufgeführt, einzelne Beiträge aus ebenfalls aufgenommenen Sammelbänden nur dann, wenn sie einer anderen Rubrik als der des Sammelbandes zuzuweisen waren.

Den Rubriken voran stehen jeweils die einschlägigen Fachzeitschriften, wobei diese nicht identisch sind mit den für die Bibliographie laufend ausgewerteten. Die Liste dieser laufend ausgewerteten Fachzeitschriften umfasst über hundert Titel, darunter auch soziologische, allgemeinpolitische, Rechts- und Verwaltungszeitschriften.

Die ausführliche kumulierte Bibliographie-Datenbank des *»kis«* ist online zugänglich unter http://www.kupoge.de.

In den *Kulturpolitischen Mitteilungen*, der Zeitschrift für Kulturpolitik der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, erscheint viermal im Jahr ebenfalls ein aktueller Auszug mit Neuerscheinungen aus dem Berichtszeitraum. Hier werden in jedem Heft darüber hinaus auf acht Seiten Buchneuerscheinungen vorgestellt und rezensiert.

**1 Kultur und Gesellschaft – Kulturverständnis – Kulturwissenschaft**

**2 Kulturpolitik**

*2.1 Grundlagen*

*2.2 Kommunale Kulturpolitik*
2.2.1 Allgemein
2.2.2 Einzelne Städte

*2.3 Regionale Kulturpolitik*

*2.4 Kulturpolitik der Länder*

*2.5 Kulturpolitik auf Bundesebene*
2.5.1 Allgemein
2.5.2 Einzelne Felder
2.5.2.1 Urheberrecht, Folgerecht, Verwertung
2.5.2.2 Künstlersozialversicherung
2.5.2.3 Steuerrecht und andere rechtliche Regelungen
2.5.2.4 Auswärtige Kulturpolitik allgemein
2.5.2.5 Kulturgüterschutz, Beutekunst, Restitution etc.

*2.6 Kulturförderung, Kulturfinanzierung*
2.6.1 Allgemein
2.6.2 Öffentliche Kulturförderung und Kulturausgaben
2.6.3 Private Kulturfinanzierung, Sponsoring, Mäzenatentum, Stiftungen

*2.7 Kulturmanagement*

*2.8 Qualitätsmessung, Evaluation, Nutzerforschung*

*2.9. Kultur und Ökonomie – Kulturwirtschaft – Kultur und Arbeit*

**3 Kulturpolitische Positionen von Parteien und Verbänden**

**4 Europäische und internationale Kulturpolitik**

*4.1 Allgemein*

*4.2 Kulturpolitik der EU*

*4.3 Überstaatliche Organisationen*

*4.4 Kulturpolitik in anderen Ländern*

**5 Kulturpolitische Praxisfelder**

*5.1 Theater*
5.1.1 Allgemein
5.1.2 Theaterstruktur, Theaterfinanzierung
5.1.3 Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik
5.1.4 Freies Theater

*5.2 Musik*
5.2.1 Allgemein
5.2.2 Musikpädagogik
5.2.3 Musikschulen und Musikhochschulen

*5.3 Bildende Kunst*
5.3.1 Allgemein
5.3.2 Kunstpädagogik, Kunstschulen, Kunsthochschulen

*5.4 Museen und Ausstellungen*
5.4.1 Allgemein
5.4.2 Museumspädagogik, Kindermuseen

*5.5 Kunst im öffentlichen Raum, Straßenkunst*

*5.6 Kulturelles Erbe*
5.6.1 Denkmäler, Denkmalschutz
5.6.2 Erinnungskultur, Mahn- und Gedenkmale

*5.7 Literatur und Bibliothek*
5.7.1 Allgemein
5.7.2 Bibliotheken
5.7.3 Leseförderung, Leseforschung, Literaturförderung

*5.8 Volkshochschulen, kulturelle Erwachsenenbildung*

*5.9 Soziokultur und soziokulturelle Praxisfelder*

*5.10 Kulturpädagogik, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung*

*5.11. Archive*

*5.12 Baukultur*

**6 Weitere kulturpolitische Themen und Felder**

*6.1 Interkulturelle Kulturarbeit*

*6.2 Kultur und Nachhaltigkeit*

*6.3 Frauen in Kunst und Kultur*

*6.4 Ländliche Kulturarbeit, Kulturarbeit in der Provinz*

*6.5 Events, Festivals, Freizeitkultur, Tourismus*

*6.6. Kultur und Kunst als Beruf*

*6.7 Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt*



# 1 Kultur und Gesellschaft – Kulturverständnis – Kulturwissenschaft

Lettre International. Europas Kulturzeitung, Berlin: Redaktion – Lettre International (viermal im Jahr)

Afheldt, Heik: »Kunst und Prognose. Zur Vergangenheit und Zukunft der Zukunft«, in: *Kursbuch*, Heft 164, S. 80–85

Aleksandrowicz, Dariusz (Hrsg.): *Kulturwissenschaften im Blickfeld der* Standortbestimmung, *Legitimierung und Selbstkritik*, Berlin: Frank und Timme (Kulturwissenschaften, 4), 261 S.

Assmann, Aleida: *Einführung in die Kulturwissenschaft. Grundbegriffe, Themen, Fragestellungen*, Berlin: Erich Schmidt (Grundlagen der Anglistik und Amerikanistik, 27), 248 S.

Bal, Mieke: *Kulturanalyse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Wissenschaft, 1801), 371 S.

Biehl, Heiko u. a. (Hrsg.): *Weltkultur und kulturelle Bedeutungswelten. Zur Globalisierung von Bildungsdiskursen*, Frankfurt am Main: Campus (Eigene und fremde Welten, 2), 420 S.

Bohrer, Karl Heinz: »Literatur oder Wirklichkeit. Die Flucht der Kulturwissenschaft vor der Kunst«, in: *Merkur*, Heft 685 (2006), S. 425–435

Bovenschen, Silvia: *Älter werden*, Frankfurt am Main: Fischer (6. Aufl. 2006), 154 S.

Demorgon, Jacques/Kordes, Hagen: »Multikultur, Transkultur, Leitkultur, Interkultur«, in: Nicklas, Hans (Hrsg.): *Interkulturell denken und handeln, Theoretische Grundlagen und gesellschaftliche Praxis*, Frankfurt am Main: Campus (Europäische Bibliothek interkultureller Studien, 12), S. 27–36

Diederichsen, Diedrich: »Indie im Kampf mit dem Index. Über das Verhältnis von Pornographie und Popkultur«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 64 (2006), S. 37–47

Eagleton, Terry/Stahlhut, Marco: »Der Mensch hat wenig Raum für Manöver. Der Literaturtheoretiker und Autor Terry Eagleton über Ästhetik, Moral, die Rolle der Tragödie und nicht selbstbestimmtes Handeln«, in: *Theater der Zeit*, Heft November 2006, S. 30–33

Fechner-Smarsly, Thomas/Neef, Sonja (Hrsg.): *Kulturanalyse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 371 S.

Fip, Hans J. (Hrsg.): *Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Toleranz*, Göttingen: V und R Unipress, 213 S.

Fischer, Ernst Peter: »Einstein trifft Picasso. Wissenschaft als Kunst denken – die Einheit der zwei Kulturen«, in: *Universitas*, Heft Juni 2006, S. 576–587

Fornet-Betancourt, Raúl: *Dominanz der Kulturen und Interkulturalität. Dokumentation des VI. Internationalen Kongresses für Interkulturelle Philosophie*, Frankfurt am Main: IKO-Verlag (Denktraditionen im Dialog: Studien zur Befreiung und Interkulturalität, 25), 312 S.

Glaser, Hermann: »Kulturchronik 1900–2005. So viel Neuer Mensch war nie wie nach 1900. Zwei Weltkriege später gehen Politik und Kultur bescheidener mit der Zukunft um, dafür haben sie eine demokratische Gesellschaft geschaffen«, in: *du – Zeitschrift der Kultur*, Heft 5/2006, S. 66–73

Goehler, Adrienne: *Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft*, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, 250 S.

Greffrath, Mathias: »Die Leitkultur liegt in der Zukunft«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 11/2006, S. 59–62

Han, Byung-Chul: »Globalisierung und Hyperkultur«, in: *Lettre International*, Heft 74 (2006), S. 122–123

Hauck, Gerhard: Kultur. *Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 226 S.

Hecken, Thomas: *Avantgarde und Terrorismus. Rhetorik der Intensität und Programme der Revolte von den Futuristen bis zur RAF*, Bielefeld: transcript, 160 S.

Hepp, Andreas (Hrsg.): *Konnektivität, Netzwerk und Fluss. Konzepte gegenwärtiger Medien-, Kommunikations- und Kulturtheorie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 215 S.

Hermand, Jost: *Deutsche Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Darmstadt: Primus-Verlag, 309 S.

Hofmann, Martin Ludwig u. a. (Hrsg.): *Culture Club II. Klassiker der Kulturtheorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (stw 1798), 333 S.

Hondrich, Karl Otto: »Integration als Kampf der Kulturen«, in: *Merkur*, Heft 686 (2006), S. 481–498

Huck, Christian/Zorn, Carsten (Hrsg.): *Das Populäre der Gesellschaft. Systemtheorie und Populärkultur*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 288 S.

Kohlhammer, Siegfried: »Kulturelle Grundlagen wirtschaftlichen Erfolgs. Demokratische Kirmes und die Sehnsucht nach der Tiefe«, in: *Merkur*, Heft 691 (2006), S. 1025–1037

Konersmann, Ralf: *Kulturelle Tatsachen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (stw 1774), 406 S.

Lammert, Norbert: »Klären, was gilt. Thesen zur Leitkultur«, in: *die politische Meinung*, Heft 7/2006, S. 5

Lammert, Norbert/Glaser, Hermann/Beyme, Klaus von u. a.: »Debatte zur Leitkultur«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2006, S. 1–5

Lehmann, Harry: »Entfremdung – Verfremdung. Identitätsprobleme in Kunst und Gesellschaft«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2006, S. 13–15

Lepenies, Wolf: *Kultur und Politik. Deutsche Geschichten*, München: Hanser Verlag, 448 S.

Linder, Christian: »Im Niemandsland. Spaziergänge mit Siegfried Kracauer durch Ruinenfelder der Moderne«, in: *Lettre International*, Heft 75 (2006), S. 56–64

Linke, Angelika/Tanner, Jakob (Hrsg.): *Attraktion und Abwehr. Die Amerikanisierung der Alltagskultur in Europa*, Köln u. a.: Böhlau Verlag, 305 S.

Lütticken, Sven: »New Adventures in Idolatry. Kunstgeschichte und Kunstkritik in interessanter Zeit«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 62 (2006), S. 73–85

Mattelart, Armand: *Kultur und Globalisierung. Marktmacht gegen Vielfalt*, Zürich: Rotpunktverlag, 161 S.

Menke, Barbara (Hrsg.): *Kulturelle Vielfalt – Diskurs um die Demokratie. Politische Bildung in der multireligiösen und multiethnischen Gesellschaft*, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag (Politik und Bildung, 42), 335 S.

Meyer, Thomas: »Eine Art Kulturkampf-Industrie. Neues aus der Pandorabüchse«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 7 + 8/2006, S. 6–11

Moebius, Stephan/Papilloud, Christian (Hrsg.): *Gift – Marcel Mauss' Kulturtheorie der Gabe*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 359 S.

Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): *Kultur. Theorien der Gegenwart*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 590 S.

Müller-Funk, Wolfgang: Kulturtheorie. Einführung in Schlüsseltexte der Kulturwissenschaften, Stuttgart: UTB, 336 S.

Nassehi, Armin: »Dialog der Kulturen – wer spricht?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 28-29/2006, S. 33–38

Nippe, Christine: *Kunst der Verbindung. Transnationale Netzwerke, Kunst und Globalisierung*, Münster: Lit (Berliner Ethnographische Studien, 9), 117 S.

Nowak, Jürgen: *Leitkultur und Parallelgesellschaft. Argumente wider einen deutschen Mythos*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, 176 S.

Obermeier, Otto-Peter: »Der Kuss der Sinnlichkeit. Das Reich der Freiheit ist das Reich des Spiels«, in: *der blaue reiter*, Heft 2/2006, S. 22–28

Ondoa, Hyacinthe (Hrsg.): *Identität und interkulturelle Beziehungen*, Leipzig: Univ.-Verlag (Transnationalisierung und Regionalisierung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 1), 199 S.

Opaschowski, Horst W.: *Deutschland 2020. Wie wir morgen leben – Prognosen der Wissenschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 566 S.

Pfahl-Traughber, Armin: »Wenn Gesellschaften kollabieren. Der Faktor Mensch wichtiger als der Faktor Umwelt«, in: *liberal*, Heft 3/2006, S. 85–86

Rauscher, Anton (Hrsg.): *Nationale und kulturelle Identität im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin: Duncker und Humblot (Soziale Orientierung, 18), 374 S.

Rössel, Jörg: »Kostenstruktur und Ästhetisierung. Zur Erklärungskraft von Lebensstilen«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 3/2006, S. 453–467

Schöttker, Detlev: »Bild, Kultur und Theorie: Siegfried Kracauer und der Warburg-Kreis«, in: *Leviathan*, Heft 1/2006, S. 124–141

Schwinn, Thomas: »Konvergenz, Divergenz oder Hybridisierung? Voraussetzungen und Erscheinungsformen von Weltkultur«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 2/2006, S. 201–232

Sen, Amartya: »Welcher Multikulturalismus?«, in: *Lettre International*, Heft 72 (2006), S. 104–106

Sierek, Karl: *Aby Warburgs Kulturtheorie zwischen Foto, Kino und Computer*, Hamburg: Philo & Philo Fine Arts, 220 S.

Smudis, Alfred: »Zur Produktion von Kultur – österreichische und US-amerikanische Ansätze«, in: Zembylas, Tasos/Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung, Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 63– 76

Süssmuth, Rita: *Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft*, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag (dtv:premium, 24583), 239 S.

Tesch-Römer, Clemens/Engstler, Heribert/Wurm, Susanne: *Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 540 S.

Ullrich, Wolfgang: »Das Herz des Marktes schlägt links«, in: *Kritische Berichte*, Heft 3/2006, S. 71–77

Ullrich, Wolfgang: *Haben wollen. Wie funktioniert die Konsumgesellschaft?*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, 219 S.

Wissenschaftliche Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik (Hrsg.): *Kultur und Macht*, Münster: Westfälisches Dampfboot (Peripherie, 104), 147 S.

Wulf, Christoph: *Anthropologie kultureller Vielfalt. Interkulturelle Bildung in Zeiten der Globalisierung*, Bielefeld: transcript, 162 S.

Wunderlich, Dieter: »Was verlieren wir, wenn Sprachen sterben?«, in: *eins*, Heft 18-19 (2006), S. 26–29

# 2 Kulturpolitik

## *2.1 Grundlagen*

Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (viermal im Jahr)

*Kunst & Kultur*. Kulturpolitische Zeitschrift der IG Medien, Stuttgart: IG Medien (achtmal im Jahr)

*Politik und Kultur (puk)*. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH (zweimonatlich)

»Kunst im Konflikt. Kriegsfolgen und Kooperationsfelder in Europa« (Schwerpunktthema), in: *Osteuropa*, Heft 1–2/2006, 496 S.

Assmann, Aleida: *Erinnerungsräume*, München: C. H. Beck, 424 S. (3. Auflage 2006)

Blanning, T. C. W.: *Das Alte Europa 1660–1789. Kultur der Macht und Macht der Kultur*, Darmstadt: Primus Verlag, 516 S.

Blumenreich, Ulrike: »Wo steht die Kulturpolitikforschung heute? Bestandsaufnahme und Herausforderungen – diskutiert auf der 4. ICCPR in Wien«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 47–49

Busch, Werner: »Mittelfristige Entwicklung. Kunstgeschichte und Wissenschaftsorganisation«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 62 (2006), S. 87–95

Ehrmann, Siegmund: »Staatsziel Kultur als Bereicherung für das Grundgesetz«, in: *Kulturnotizen*, Heft 10/2006, S. 21–24

Fuchs, Max: »Kulturpolitik im Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.), 14 S., B 2.1

Fuchs, Max: »Zum Politischen an der Kulturpolitik. Überlegungen zu einigen Entwicklungsperspektiven aus Anlass des 25. Geburtstages des Deutschen Kulturrates«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6 (2006), S. 4–5

Fuchs, Max/Karpen, Ulrich/Ermert, Karl: »Staatsziel Kultur«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 4/2006, S. 18–21

Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther: *Kulturpolitik der Zukunft. Orientierung in der Modernisierung*, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Grundfragen der christlichen Demokratie, 5), 38 S.

Gephart, Werner: *Recht als Kultur. Zur kultursoziologischen Analyse des Rechts*, Frankfurt am Main: Klostermann (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, 209), 323 S.

Häußermann, Hartmut: »Desintegration durch Stadtpolitik?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 40-41/2006, S. 14–22

Handl, Haimo L.: »Das Kulturjahr«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/2006, S. 6–8

Heinrichs, Werner: Der Kulturbetrieb. Bildende Kunst – Musik – Literatur – Theater – Film, Bielefeld: transcript, 294 S.

Hofmann-Göttig, Joachim/Staal, Margret: »Lern- und Lebensraum. Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, im Interview. Die Fragen stellte Margret Staal«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 65 (2006), S. 6–7

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, 480 S.

Kater, Michael H.: *Das »Ahnenerbe« der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches*, München: Oldenbourg (Studien zur Zeitgeschichte, 6), 529 S., (4. Auflage 2006)

Korinek, Karl: *Staat und Kunst*, Paderborn u. a.: Schöningh (Schönburger Gespräche zu Recht und Staat, 5), 84 S.

Kronenberg, Volker: »Patriotismus, Solidarität, Gemeinsinn. Schlüsselbegriffe einer notwendigen deutschen Selbstverständigung«, in: *die politische Meinung*, Heft 2/2006, S. 19–25

Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.Macht. kultur. Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung*. Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), 308 S.

Kunicki, Wojciech: *»... auf dem Weg in dieses Reich«. NS-Kulturpolitik und Literatur in Schlesien 1933 bis 1945*, Leipzig: Leipziger Univ.-Verlag, 843 S.

Lammert, Norbert: »Fünf Bemerkungen zum Thema Leitkultur«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2006, S. 6–7

Lammert, Norbert (Hrsg.): *Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält*, Hamburg: Hoffmann und Campe, 300 S.

Lammert, Norbert: »Verfassung – ein Kulturprodukt?«, in: die *politische Meinung*, Heft 2/2006, S. 5–6

Lissek-Schütz, Ellen: »Kulturpolitik in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Bilanz und Perspektiven«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 26 S., B 1.2

Löffler, Berthold: »›Leitkultur‹ im Fokus. Was der umstrittene Begriff meint, und wozu er gut sein soll«, in: *die politische Meinung*, Heft 2/2006, S. 14–18

Magdowski, Iris/Scheytt, Oliver: »Ein Schritt vor, zwei zurück? Föderalismusreform und die Folgen für die Kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/ 2006), S. 4–5

Martin, Olaf: »Kleinstaaterei ist besser! Warum die Föderalismusreform für die Kultur Vorteile bringt«, in: *Kulturland Oldenburg*, Heft 2/2006, S. 26–27

Maser, Peter/Fuchs, Max: »Kultur und Kirche«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2006, S. 16–17

Mettele, Gisela: »Eine ›Imagined Community‹ jenseits der Nation. Die Herrnhuter Brüdergemeinde als transnationale Gesellschaft«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 1/2006, S. 45–68

Molt, Peter: »Abschied vom Verfassungspatriotismus? Dolf Sternberger und die aktuelle Debatte«, in: *die politische Meinung*, Heft 2/2006, S. 29–36

Münkler, Herfried: »Imperiale Leitkultur. Kultur als Mittel der politischen Integration«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2006, S. 1–2

Nida-Rümelin, Julian: *Humanismus als Leitkultur. Ein Perspektivenwechsel*, München: C. H. Beck Verlag, 224 S.

Nierhaus, Michael: »Die große Staatsreform als Ausweg aus der Föderalismusfalle?«, in: *Landes- und Kommunalverwaltung*, Heft 9/2006, S. 385–395

Raulff, Ulrich (Hrsg.): *Vom Künstlerstaat. Ästhetische und politische Utopien*, München/Wien: Carl Hanser Verlag, 192 S.

Reiche, Steffen: »Neues Miteinander von Bund und Ländern. Anmerkungen zu einer Reform, mit der niemand wirklich zufrieden ist«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2006, S. 6–7

Reineck, Karl-Michael: »Die Föderalismusreform 2006«, in: *Deutsche Verwaltungspraxis*, Heft 12/2006, S. 485–494

Riethmüller, Jürgen: »Black. Urbane deutsche Jugendkultur nach dem Ende der Jugendkulturen«, in: *Journal der Jugendkulturen*, Heft 11/2006, S. 9–21

Roitsch, Jutta: »Föderaler Schlussakt. Von der kreativen Kooperation zum ruinösen Wettbewerb«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 8/2006, S. 977–984

Rolf, Malte: »Imperium und Regionalität. Sportparaden und regionale Feste im Stalinismus«, in: *Osteuropa*, Heft 5/2006, S. 99–122

Roth, Petra: »Föderalismus und die Städte. Die unvollendete Reform«, in: *der städtetag*, Heft 1/2006, S. 9–11

Scheytt, Oliver: »Föderalismusreform gefährdet kooperativen Kulturföderalismus«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 19–20

Scheytt, Oliver: »Kulturpolitik zwischen Fürsorge und Vielfalt«, in: Brinckmann, Hans/Richter, Reinhart (Hrsg.): *Die Stadt von der Kultur her denken – die Kultur von der Stadt her denken. Strategische Kulturpolitik als Element strategischer Kommunalpolitik*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Kleine Reihe, 2), S. 43–50

Scheytt, Oliver: »Systematik des Kulturrechts«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 16 S., C 1.1

Schmidt, Anne: *Belehrung – Propaganda – Vertrauensarbeit. Zum Wandel amtlicher Kommunikationspolitik in Deutschland 1914–1918*, Essen: Klartext, 276 S.

Schneider, Wolfgang: »Kulturpolitik im 21. Jahrhundert. Internationale Zusammenarbeit, Kulturpolitik und

Zivilgesellschaften«, in: *Kulturnotizen*, Heft 10/2006, S. 41– 45

Schnell, Ralf (Hrsg.): *Gegenwartskultur. 130 Stichwörter metzler kompakt*, Stuttgart, Weimar: Metzler, 200 S.

Sommer, Frank: »Eine große Koalition für die Kulturpolitik? Anmerkungen zu Anspruch und Wirklichkeit des Föderalismus«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 8/2006, S. 8–11

Sommermann, Karl-Peter/Huster, Stefan: »Kultur im Verfassungsstaat«, in: Hufen, Friedhelm: *Kultur und Wissenschaft. Berichte und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Frankfurt am Main vom 5. bis 8. Oktober 2005*, Berlin: De Gruyter Recht, S. 7–45

Strachwitz, Rupert Graf: »Bekommt die Zivilgesellschaft neue Rahmenbedingungen? Zu den Ankündigungen von Minister Steinbrück«, in: *Maecenata Actuell*, Heft 58 (2006), S. 31–33

Theweleit, Klaus: »Die Frage, wie wir funktionieren. Die Kulturgeschichte des Soziologen Klaus Theweleit als endlos geflochtenes Band der Gewalt«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 3–4/2006, S. 16–17

Thierse, Wolfgang: »Kultur als öffentliches Gut«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 11/2006, S. 53–56

Thierse, Wolfgang: »Vielfalt, Teilhabe und öffentliche Verantwortung. Herausforderungen für die Kulturpolitik von morgen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 39–47

Thierse, Wolfgang u. a.: »Neue Kreativität für Wirtschaft und Gesellschaft? ›Künstlerische Grenzverschiebungen?‹ – Ein Diskurs im Gesprächskreis ›Kultur und Politik‹«, in: *Kulturnotizen*, Heft 10/2006, S. 4–17

Tholen, Toni: »Elite – was bedeutet das eigentlich? Eine begriffliche Problematisierung in gesellschafts- und kulturpolitischer Absicht«, in: *Universitas*, Heft 724 (2006), S. 1043–1054

Tibi, Bassam: »Über Bürgerrechte und Bürgerpflichten. Die Leitkulturdebatte ist wieder entfacht«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2006, S. 1–2

Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (Hrsg.): *Kultur und Wissenschaft: Kultur im Verfassungsstaat. Grund und Grenzen der Wissenschaftsfreiheit. Die Universität im Zeichen von Ökonomisierung und Internationalisierung; Sprache als Kultur- und Rechtsgut* (Berichte und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Frankfurt am Main vom 5. bis 8. Oktober 2005), Berlin: de Gruyter (Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, 65), 611 S.

Vogel, Bernhard: »Kulturföderalismus«, in: Gauber, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 235–245

Wagner, Bernd: »Kulturpolitik heute: veränderte kulturelle Praxis und brüchige konzeptionelle Grundlagen«, in: Zembylas, Tasos/Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung, Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 159–174

Wagner, Bernd: »Kulturpolitik – im Spannungsfeld zwischen kultureller Praxis und theoretischer Begründung«, in: Pankoke, Eckart/Quenzel, Gudrun (Hrsg.): *Praktische Künste, Deutungsmuster und Wissensformen kulturellen Handelns*, Essen: Klartext, S. 15–41

Wagner, Bernd: »Leitkultur«, Das Stichwort, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 70–71

Wagner, Bernd: »Provinzmoderne, Identitätspolitik und Propagandakultur. Kulturpolitik der vergangenen Gegenwart«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 71–73

Wagner, Bernd: »Solidität statt Solidarität«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 27–29

Wimmer, Michael: »Die Zukunft der Kulturpolitikforschung ist international. Über neue Wege zur grenzüberschreitenden Vernetzung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 45–46

Zembylas, Tasos: »Kulturbetriebsforschung. Ein Tagungsbericht«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 59–60

Zembylas, Tasos/Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung. Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 185 S.

Ziegler, Edda: »Dichterliebe und Denkmalstreit«, in: *Aus Politik und Kulturgeschichte*, Heft 3/2006, S. 18–25

Zimmermann, Michael: »Geschichtskultur. Die Historie hat sich fest mit Kultur und Kulturpolitik verbunden«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 7/2006, S. 2–3

Zimmermann, Michael: »Geschichtskultur und Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 67–70

Zimmermann, Olaf: »Staatsziel Kultur ist mehr als ein Symbol«, in: *Kulturnotizen*, Heft 10/2006, S. 25–26

Zimmermann, Olaf/Mussinghoff, Heinrich/Friedrich, Johannes u. a.: »Kultur und Kirche«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2006, S. 3–19

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Ein Europa der Nationen oder der Regionen. Welche Auswirkungen wird die Föderalismusreform auf die Kultur haben?«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 5/2006, S. 13–15

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Welche Folgen hat die Föderalismusreform für die Kultur?«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2006, S. 4–6

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele/Straub, Peter u. a.: »Föderalismusreform«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2006, S. 21–25

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele u. a.: »Föderalismusreform«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 4/2006, S. 15–17

## *2.2. Kommunale Kulturpolitik*

### 2.2.1 Allgemein

*der städtetag*, Herausgegeben vom Präsidium des Deutschen Städtetages, Köln: Carl Heymanns (zweimonatlich)

*Stadt und Gemeinde*. Zeitschrift des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Burgwedel: Winkler & Stenzel (monatlich)

Berg, Elke: »Freiraumprogramm Wuppertal«, in: *Stadt und Grün*, Heft 5/2006, S. 42–43

Brinckmann, Hans: »Ist instrumentelle Kulturpolitik legitim? Zum Zusammenspiel von strategischer Kulturpolitik und strategischer Kommunalpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 31–36

Brinckmann, Hans/Richter, Reinhart (Hrsg.): *Die Stadt von der Kultur her denken – die Kultur von der Stadt her denken. Strategische Kulturpolitik als Element strategischer Kommunalpolitik*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Kleine Reihe, 2), 169 S.

Daldrup, Engelbert Lütke: »Umfassende Politik für die Städte. Stadtentwicklung, Stadtumbau und lebenswerte Innenstädte«, in: *Stadt und Gemeinde interaktiv*, Heft 6/2006, S. 236–238

Dallgahs, Ingo/Leicht, Oliver H.: *Stadtanalyse – Kompendium 2005. Bestandsaufnahme Stadtentwicklung. Neue Instrumente für sich verändernde Aufgaben*, Frankfurt am Main: Stadtanalyse Verlag, 119 S.

Goller, Hans-Joachim: »›Grenzenlos? Schon immer: Gemeinsam mitten in Europa‹. Über ein deutsch-tschechisches Kulturprojekt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 61–62

Häußermann, Hartmut: »Die ideale Kommune. Warum wir uns daran erinnern sollten, wie großartig europäische Städte sind«, in: *Kultur Austausch*, Heft III/2006, S. 51–52

Hatzfeld, Ulrich: »Innenstadt als städtebaulicher Kristallisationspunkt für Kontinuität und Wandel«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 1/ 2006, S. 63–79

Hatzfeld, Ulrich/Imorde, Jens/Schnell, Frauke (Hrsg.): *100 + 1 Idee für die Innenstadt. Ein Handbuch*, Eppstein: Stadtanalyse Verlag, 255 S.

Heinrich, Bettina: »Konkurrenz und Kooperation. Zur Veränderung von Realitäten und Relationen in der Stadt- und Kulturpolitik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 345–352

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin/Eichstädt-Bohlig, Franziska/Drewes, Sabine (Hrsg.): *Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert. Empfehlungen der Fachkommission Stadtentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung*, Berlin: Selbstverlag, 207 S.

Henneke, Hans-Günter: »Die Kommunen in der Föderalismusreform«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, Heft 14/ 2006, S. 867–871

Henning, Eike: »Planning, Building, Breaking, Rebuilding. Stadtforschung und die Norm der europäischen Stadt«, in: *Soziologische Revue*, Heft 1/2006, S. 26–35

Hunziker, Christian: »Alternativen zum Abriss. Projekt ›Schrumpfende Städte‹«, in: *Die Wohnungswirtschaft*, Heft 7/2006, S. 24–25

Ibach, Sabine: »Industrielle Landschaft und bewegte Topographie. Die Stadt Remscheid«, in: *Stadt und Grün*, Heft 5/2006, S. 60–62

Jessen, Johann: »Stadtumbau – Blick zurück nach vorn. Die Bedeutung von Leitbildern bei Neuerungen in der Stadtplanung«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 1/2006, S. 23–43

Kilian, Werner/Richter, Peter/Trapp, Jan Hendrik (Hrsg.): *Ausgliederung und Privatisierung in Kommunen. Empirische Befunde zur Struktur kommunaler Aufgabenwahrnehmung*, Berlin: edition sigma (Modernisierung des öffentlichen Sektors. Sonderband, 25), 136 S.

Köbberling, Folke/Kaltwasser, Martin: *Ressource Stadt. City as a Resource, One Man's Trash is another Man's Treasure*, Berlin: Jovis, 125 S., dt./engl.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Walcha, Henning (Hrsg.): *Diskurs kommunal 2006: Der Stadt Bestes finden. Wer rettet unsere Städte jetzt?, Stellungnahmen aus Politik, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden*, Sankt Augustin, 195 S.

Kulturstiftung des Bundes/Galerie für Zeitgenössische Kunst/Stiftung Bauhaus/Oswalt, Philipp (Hrsg.): *Schrumpfende Städte. Complete Works 1, Analyse/Analysis und Complete Works 2, Interventionen/Interventions*, Aachen: Archplus Verlag, jeweils 7 S., inkl. CD + DVD

Läpple, Dieter: »Eine Renaissance der Stadt und die Segmentierung der Stadtgesellschaft«, in: *Wohnbund-Information*, Heft 1–2/2006, S. 6–7

Laufner, Richard: »Indianer und Elfenbein. Fachtagung ›Phänomen Uni-Stadt‹. Zwischen Soziotop und Standort« am 4./5. Mai in Marburg«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 66

Mecklenburg-Vorpommern, Ministerium für Arbeit und Bau (Hrsg.): *Städte in Bewegung. 15 Jahre Stadtentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern*, Schwerin, 103 S.

Opaschowski, Horst W.: »Zukunft findet Stadt! Abschied vom urbanen Pessimismus«, in: *Stadt und Raum*, Heft 1/2006, S. 6–8

Paetzold, Heinz (Hrsg.): *Integrale Stadtkultur*, Weimar: Verlag der Bauhaus-Universität (Philosophische Diskurse, 7), 182 S.

Pohl, Wolfgang: »Vereinzelte Aufheiterungen. Gemeindefinanzbericht 2006«, in: *AKP*, Heft 6/2006, S. 58–61

RAG Immobilien AG/Marth, Hermann: »Urbanität als Leitbild für die Stadtentwicklung«, in: *Die Wohnungswirtschaft*, Heft 6/2006, S. 74–76

Reiß-Schmidt, Stephan: »Stadtentwicklungsmanagement als Instrument der Qualitätssicherung«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 1/2006, S. 80–98

Richard, Martin: »›Ab in die Mitte!‹. Die Altstadt als Event‹. Initiativen, Beispiele, Eindrücke«, in: *Die Alte Stadt*, Heft 4/2006, S. 355–358

Robert, Rüdiger (Hrsg.): *Globalisierung und Lokalisierung. Zur Neubestimmung des Kommunalen in Deutschland*, München: Waxmann, 320 S.

Röntz, Ariane: »Vom kulturellen Umgang mit Freiraum. Aspekte der Pflege und des Unterhalts als entwurfsbestimmende Parameter«, in: *Stadt und Grün*, Heft 8/ 2006, S. 7–10

Rossmann, Rainer/Bartella, Raimund: »StadtBauKultur aus Sicht der Städte«, in: *Eildienst. Städtetag Nordrhein-Westfalen*, Heft 10/2006, S. 299–302

Sander, Robert: »Stadtentwicklung und Städtebau im Bestand: Städte unter Veränderungsdruck – Eine Einführung«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 1/2006, S. 5–22

Santen, Christa van: *Lichtraum Stadt. Lichtplanung im urbanen Kontext*, Basel: Birkhäuser, 127 S.

Sarcinelli, Ulrich/Stopper, Jochen: »Demographischer Wandel und Kommunalpolitik«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 21-22/2006, S. 3–10

Schmidt, Alexander J./Töllner, Martin (Hrsg.): *StadtLicht. Lichtkonzepte für die Stadtgestaltung. Grundlagen, Metho-*

*den, Instrumente, Beispiele*, Stuttgart: Frauenhofer IRB Verlag, 224 S.

Schmidt, Kerstin/Große Starmann, Carsten: »Kommunen im demographischen Wandel«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 21-22/2006, S. 10–17

Schmidt-Jortzig, Edzard: »Der Kampf um eine funktionsadäquate Finanzausstattung der Landkreise«, in: *Der Landkreis*, Heft 2/2006, S. 64–67

Siebel, Walter: »Wir Kleingeister. Warum wir nicht immer nur über Wachstum nachdenken sollten. Auch schrumpfen kann sehr gut sein«, in: *Kultur Austausch*, Heft III/2006, S. 30–33

Sinning, Heidi: »Urban Governance und Stadtentwicklung. Zur Rolle des Bürgers als aktiver Mitgestalter und Koproduzent«, in: *Forum Wohneigentum*, Heft 1/2006, S. 86–90

Stahl, Johannes: »Neuer Schwung für Kunst & Kommunen: Artotheken«, in: *der städtetag*, Heft 4/2006, S. 42–43

Strohmeier, Klaus/Terpoorten, Tobias: »Herausforderungen für die Stadtpolitik«, in: *der städtetag*, Heft 4/2006, S. 10–14

Sulzer, Jörg (Hrsg.): *Revitalisierender Städtebau – Kultur. Dokumentation des ersten Denksalons Revitalisierender Städtebau am 23. und 24. Juni 2005 in Görlitz*, Dresden: TUDpress, 155 S.

Tagwerker, Edeltraud: *Vom Leben in unseren Städten. Kulturanthropologische Analysen des urbanen Alltags in europäischen Metropolen und Provinzstädten der Gegenwart*, Frankfurt am Main: Peter Lang (Volkskunde/Ethnologie, 55), 452 S.

Thalgott, Christiane: »Wohnen in der Stadt – heute und morgen«, in: *der städtetag*, Heft 1/2006, S. 17–19

Thielen, Hartmut: »Neue Aufgaben für die Stadtentwicklung«, in: *der städtetag*, Heft 4/2006, S. 19–23

Ude, Christian: »Kommunen schaffen Zukunft – Handlungsperspektiven«, in: *der städtetag*, Heft 4/2006, S. 5–9

Wiest, Karin/Zischner, Romy: »Aufwertung innerstädtischer Altbaugebiete in den neuen Bundesländern – Prozesse und Entwicklungspfade in Leipzig«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 1/2006, S. 99–121

Wilkes, Michael: *Ordnungsökonomik der Kommune. Die Trennung von Konsum- und Produktions-Einheiten als Lösungsansatz zur nachhaltigen Erfüllung kommunaler Aufgabenbereiche*, Hamburg: Kovac (Wirtschaftspolitik in Forschung und Praxis, 17), 287 S.

### 2.2.2 Einzelne Städte

Demnitz, Peter: »Kultur und Kulturfunktion im demografischen Wandel«, in: *Baukultur*, Heft 2/2006, S. 12–14

Deuflhard, Amelie/Krempl-Klieeisen, Sophie u. a. (Hrsg.): *Volkspalast. Zwischen Aktivismus und Kunst*, Berlin: Theater der Zeit (Recherchen, 30), 288 S.

Deuter, Ulrich: »Die Kulturrevolution. Großer Sprung nach vorn: Essen erwartet die Krönung zur Kulturhauptstadt 2010«, in: *K.West*, Heft 3/2006, S. 14–16

Deuter, Ulrich/Wilink, Andreas: »›Kulturhauptstadt ist kein Festival‹. Gespräch mit dem Moderator der Bewerbung Essen/Ruhrgebiet, Oliver Scheytt«, in: *K.West*, Heft 3/2006, S. 17–20

Eichwede, Lara/Ax, Bernd/Tamke, Martin/Zorembik, Sonja (Hrsg.): *Berlin and Moskau. Cultural Identity through Architecture. Tagungsbericht*, Berlin: Jovis, 128 S., dt./engl.

Grebasch, Kai/Plank, Fabian: »Görlitz-Zgorzelec 2010. Wie engagierte Bürger die Kulturhauptstadtbewerbung tragen«, in: *planerin*, Heft 1/2006, S. 31–33

*Greifswald und die östlichen Bundesländer. Förderinitiativen der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung*, Göttingen: Steidl-Verlag, 184 S.

Großmann, Ulf: »Görlitz/Zgorzelec als ›Kulturhauptstadt Europas‹ im Jahr 2010. Ein Beitrag zur kulturellen Vielfalt Europas und zur Entwicklung der europäischen Identität«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 12–13

Grothe, Thomas: »Demografie und Stadtumbau«, in: *Baukultur*, Heft 2/2006, S. 19–22

Hamburgische Bürgerschaft: »Kreative Stadtentwicklung: Die Potentiale Hamburgs. Große Anfrage der Abgeordneten der GAL-Fraktion«, *Drucksache* 18/4644 (10.7.2006), Hamburg

Heinrich, Anselm: »Erbauung und Unterhaltung. Das Dortmunder Stadttheater zwischen 1933 und 1945«, in: Högl, Thomas/Schilp, Thomas (Hrsg.) im Auftrage des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark e. V.: *Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, 96/97*, Essen: Klartext, S. 293–322

Heller, Martin/Liffers, Lutz/Osten, Ulrike: *Bremer Weltspiel. Stadt und Kultur. Ein Modell*, Bielefeld: transcript, 247 S.

Joost-Krüger, Jens: »Von den Folgen der Kulturhauptstadtbewerbung. Das Beispiel Bremen«, in: *planerin*, Heft 1/2006, S. 28–30

Kamp, Peter/Müller, Bärbel: »›Kreativ infizieren‹. Im Gespräch mit Dr. Oliver Scheytt«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 80 (2006), S. 15

Krüger, Jens-Jost: »Von den Folgen der Kulturhauptstadtbewerbung. Das Beispiel Bremen«, in: *planerin*, Heft 1/2006, S. 28–30

Kuhna, Martin: »Herzklabastern. Essen rüstet sich für das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt. Ein Rundgang durch Gelsenkirchen, das auch zum Revier gehört«, in: *K.West*, Heft 2/2006, S. 18–21

Kulturamt der Stadt Bielefeld (Hrsg.): *Kulturjahr. Geschäftsbericht 2005, Kulturamt Bielefeld*, Bielefeld: Selbstverlag, 29 S.

Marquardt, Tanja: *Käthes neue Kleider. Gentrifizierung am Berliner Kollwitzplatz in lebensweltlicher Perspektive*, Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde e. V., 201 S.

Reutlingen, Kulturamt (Hrsg.): *Kulturkonzeption Reutlingen 2006*, Reutlingen, 179 S.

Scheytt, Oliver: »Essen für das Ruhrgebiet – Kulturhauptstadt Europas 2010«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 10–11

Schillig, Christiane: »Eine Insel zum Träumen? Berlins Museumsinsel stellt sich vor – Folge VI: Die heiße Phase der Wiederherstellung«, in: *Monumente*, Heft 9–10/2006, S. 70–75

Stadt Essen/Regionalverband Ruhr/Bewerbungsbüro Kulturhauptstadt Europas 2010 ›Essen für das Ruhrgebiet‹ (Hrsg.): *Twins 2010. Dokumentation des ersten Vorbereitungskongresses am 3. und 4. Februar in Duisburg, Dortmund, Essen*, Essen: Selbstverlag, 34 S.

Terkessidis, Mark: »Am Stadtstrand. Wie wir zu Touristen in der eigenen Stadt werden«, in: *Kultur Austausch*, Heft 3/2006, S. 42–43

## 2.3 Regionale Kulturpolitik

Blume, Friedhelm: »Der Regionalpark RheinMain. Vom Umgang mit der Kulturlandschaft in Ballungsräumen«, in: *Stadt und Grün*, Heft 6/2006, S. 27–32

Bohne, Rainer/Mook, Veronika u. a.: »Schwerpunkt: Regionale Entwicklung«, in: *planerin*, Heft 4/2006, S. 3– 34

Gatzweiler, Hans-Peter/Strubelt, Wendelin: »Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse?«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6–7/2006, S. 305–395

Göschel, Albrecht: »Kultur in der Regionalentwicklung«, in: *kulturpiXXX*, Heft 3/2006, S. 17–21

Haas, Dirk E.: »Epizentren, Frontiers, Passagen. Das Ruhrgebiet als Europäische Kulturhauptstadt«, in: *planerin*, Heft 1/2006, S. 25–27

Hofbauer, Klaus: »Potentiale noch nicht ausgeschöpft. ›Die Vielfalt der Regionen ist unsere Stärke‹«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 11/2006, S. 31–32

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Die REGIONALEN in Nordrhein-Westfalen. Impulse für den Strukturwandel*, Düsseldorf, 171 S.

Kersting, Norbert: »Interkommunale Kooperation oder Wettbewerb«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 21–22/2006, S. 32–38

Kramer, Dieter: »Metropolen und Umland: Kulturanalyse und Kulturpolitik. Von der ›kulturellen Mitversorgung‹ der Region zur ›kulturbasierten Infrastrukturpolitik‹«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 255–264

Kramer, Michael: »›Kulturregion Rhein-Main‹. Die Innenausstattung einer Wettbewerbsregion«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 54–55

Scheytt, Oliver: »Kultur statt Kohlenstaub: Der Ruhrpott atmet Zukunft«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 28–29

Sonnabend, Regina: »Die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Ein Labor der schlanken Stadt«, in: Selle, Klaus (Hrsg.): *Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung, Analysen. Erfahrungen, Folgerungen. Planung neu denken* (Band 2), Dortmund: Rohn (Edition stadt-entwicklung), S. 107–119

## 2.4 Kulturpolitik der Länder

*arsprototo*. Das Magazin der Kulturstiftung der Länder, Berlin: Kulturstiftung der Länder (viermal jährlich)

»Der Heine-Preis wird nicht an Peter Handke verliehen. Chronik einer Komik. Protokoll einer Peinlichkeit«, in: *K.West*, Heft 7–8/2006, S. 4–5

Deuter, Ulrich/Wilink, Andreas: »›Wir sind nicht die Größten, müssen aber auch keine Komplexe haben.‹ Ein Gespräch mit dem scheidenden Leiter der Kulturabteilung in der NRW-Staatskanzlei, Wolfgang Kral«, in: *K.West*, Heft 7–8/2006, S. 18–20

DLT-Kulturausschuss: »Kulturelle Leuchttürme und lebendige Kulturlandschaften in den Kreisen sind zwei Seiten derselben Medaille«, in: *Der Landkreis*, Heft 2/ 2006, S. 98–99

Höhne, Steffen: »Konsolidierung mit Blick auf schwierige Zeiten. Das neue Kulturkonzept des Freistaates Thüringen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 14–15

Institut für Kultur- und Medienmanagement der Hochschule für Musik und Theater Hamburg (Hrsg.): *Kulturwirtschaftsbericht 2006 für Hamburg. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von künstlerisch-kreativen Leistungen in der Freien und Hansestadt Hamburg*, Hamburg, 139 S.

Kämpf, Andreas: »Hauptsache Kunst – Ja schon, aber ... Der Ministerpräsident lädt die Kulturszene zum Dialog«, in: *LAKS-Info*, Heft 42 (2006), S. 4–5

Kämpf, Andreas: »Wieviel Zukunft hätten wir denn gern? Einige Gedanken anlässlich des Forums ›Kunst und Zukunft‹«, in: *LAKS-Info*, Heft 42 (2006), S. 6–8

Karpen, Ulrich: »Bildung, Wissenschaft und Kultur in der Föderalismusreform«, in: *Zeitschrift für Gesetzgebung*, Heft 3/2006, S. 271–287

Landtag Nordrhein-Westfalen: »Braucht Nordrhein-Westfalen einen Beirat für Leitkultur? Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 14/1012), *Drucksache* 14/1308 (17.2.2006), Düsseldorf

Meier-Ehlers, Petra (Red.): *Kunst und Kultur in der HafenCity. HafenCity Hamburg GmbH*, Hamburg: Ed. Körber-Stiftung, 64 S.

Munk, Christoph/Keim, Stefan: »Chefsache Kultur. In Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen gibt es kein für die Kunst zuständiges Ministerium mehr. Was bedeutet das für die Kunst im Bundesland?«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 3/2006, S. 42–43

Naujoks, Karl: »Sparen, sparen. Kaputtgespart? Die CDU im Landtag stellt eine Große Anfrage zur Kultur und fragt eigentlich nach dem Wohlergehen der Soziokultur im Nordosten Deutschlands«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 63 (2006), S. 22–23

Nübling, Lukas: »Quo vadis, Rheinland-Pfalz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 11

Pankoke, Eckart: »... das Ruhrgebiet umfunktionieren ...?! Kompetenz-Netze und Lern-Allianzen in artifizieller Landschaft«, in: Pakoke, Eckart/Quenzel, Gudrun (Hrsg.): *Praktische Künste. Deutungsmuster und Wissensformen kulturellen Handelns*, Essen: Klartext, S. 71–84

Pfeiffer-Poensgen, Isabel (Kulturstiftung der Länder): »›Ich wünsche mir, dass die Leute entspannt auf die Kunst zugehen‹. Interview«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 1/ 2006, S. 31–33

Sächsischer Kultursenat: *Dritter Kulturbericht des Sächsischen Kultursenats*, Dresden: Selbstverlag, 33 S.

Scheer, Udo: »Thüringer Kulturstreit. Ein ›Grenz‹-Provokateur und ein Bilderstreit in der Provinz – oder Verzerrung als Prinzip«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5/ 2006, S. 775–778

Sievers, Norbert: »Den Worten folgen Taten. Mehr Geld und neue Programme für die NRW-Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 16–17

Stratmann, Lutz: »Rückbau wird kein Tabu mehr sein. Interview«, in: *kulturpiXXX*, Heft 2/2006, S. 20–21

Ströver, Alice: »Kultur ist kein Minijob – und schon gar nicht in Berlin. Über die Anforderungen der Berliner Kulturpolitik und den ämterhäufenden Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit«, in: *Theater heute*, Heft 12/2006, S. 1–2

Vorwerk, Christopher: »(Mit) Sinn stiften. Plädoyer für eine Neuordnung der niedersächsischen Kulturstiftungen«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 8/2006, S. 29–30

Wanka, Johanna: »Die Kulturpolitik der Länder nach der Föderalismusreform«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 6–8

Wehling, Hans-Werner: »Aufbau, Wandel und Perspektiven der industriellen Kulturlandschaft des Ruhrgebiets«, in: *Geographische Rundschau*, Heft 1/2006, S. 12–19

Winterfeld, Klaus: *Das sächsische Kulturraumgesetz. Eine Bilanz nach elf Jahren*, Leipzig: Leipziger Univ.-Verlag (Dresdner Studien zur Kultur, 5) 2006, 223 S.

## *2.5 Kulturpolitik auf Bundesebene*

### 2.5.1 Allgemein

Fuchs, Max/Schulz, Gabriele/Zimmermann, Olaf/Thierse, Wolfgang/Neumann, Bernd/Tauss, Jürgen: »Thema: Nach der Wahl«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2006, S. 4–7

Jellonnek, Burkhard: »›Alles im Lot?‹. Zur Lage der Kultur- und Bildungspolitik in Zeiten der Großen Koalition«, in: *Kulturnotizen*, Heft 10/2006, S. 18–20

Lüthke, Thorsten: *Arbeitshandbuch Bundestag 2006. Abgeordnete, Ausschüsse, Adressen*, Berlin: Verlag für Berlin und Brandenburg, 416 S.

Neumann, Bernd: »Berichte aus der Kulturpolitik. Berichtszeitraum 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006«, in: *Im Gespräch*, Heft 18 (2006), S. 3–11

Neumann, Bernd: »Zukunft für das Land der Ideen. Kulturstaatsminister Bernd Neumann im Gespräch mit der neuen musikzeitung«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 7–8/2006, S. 3–4

Nevermann, Knut: »Bund und Länder in der Kulturpolitik. Anmerkungen zur Entflechtung und Systematisierung«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 245–254

Otto, Hans-Joachim: »›... aber ohne Kultur ist alles nichts‹. Hans-Joachim Otto, MdB (FDP) im Interview (geführt von Bernd Hesse)«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 63 (2006), S. 17–19

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): *Deutschland voranbringen. Jahresbericht der Bundesregierung 2005/2006*, Berlin: Selbstverlag, 84 S.

Raue, Peter/Klinkertz, Friedhelm/Hüttemann, Rainer/Strachwitz, Rupert Graf von: »Thema: Gemeinnützigkeitsrecht«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2006, S. 12–14

Redaktion ›Politik und Kultur‹: »Verantwortliche für Kultur in der Bundesregierung«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2006, S. 8–11

Wanka, Johanna/Otto, Hans-Joachim/Griefahn, Monika: »Kulturpolitik 16. Wahlperiode«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2006, S. 6–11

Weiss, Christina: »›Wo wir uns finden‹. Orte der Kulturnation«, in: *Merkur*, Heft 683 (2006), S. 275–281

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Strukturen der Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 22 S., B 1.1

### 2.5.2 Einzelne Felder

2.5.2.1 Urheberrecht, Folgerecht, Verwertung

*Gema Nachrichten*. Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, München (zweimal im Jahr)

*Kunst und Recht*. Journal für Kunstrecht, Urheberrecht und Kulturpolitik, Berlin: Schleuen Verlag OHG

*Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM)*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (monatlich)

Aktionsbündnis Kopiervergütung: *Weißbuch – Wider den Ausverkauf der kreativen Leistung. Entgegnung zur geplanten Reform des Urheberrechts (›Zweiter Korb‹)*, Berlin: Selbstverlag, 147 S.

Brandhorst, Jürgen: »Musik im Film und die Rechtewahrnehmung durch die Gema«, in: *Gema Nachrichten*, Heft 174 (2006), S. 136–143

Brox, Georges: »Durchsetzung von Kennzeichenrechten. Was ist zu tun, wenn jemand Ihre Marke, Ihren Buchtitel oder andere für Sie geschützte Kennzeichen benutzt?«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 14 S., F 3.2

Bruhn, Christian: »Kulturelle Vielfalt schützen und nicht zerstören. Gema wehrt sich gegen Vorwürfe der EU-Kommission«, Statement Anhörung vor der EU-Kommission am 14. Juni 2006 in Brüssel, in: *Gema Nachrichten*, Heft 174 (2006), S. 144–146

Damm, Renate/Rinsche, Karen: »Das Recht am eigenen Bild. Einschätzungen bei der bildlichen Darstellung von Personen«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 24 S., G 2.2 (ersetzt 2001)

Deutscher Bundestag: »Novellierung des Urheberrechts. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 16/1232)«, *Drucksache* 16/1356 (27.4.2006), Berlin

Diesbach, Martin: »Rechtliche Möglichkeiten eines Pirateriesschutzes für Filme«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 10/2006, S. 690–696

Dreier, Thomas: *Urheberrechtsgesetz, Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, Kunsturhebergesetz*, München: C. H. Beck, 1739 S. (2. Auflage)

Dyck, Christiane: »Erst anmelden, dann Musik spielen. GEMA-Gebühren für Veranstaltungen in Öffentlichen Bibliotheken«, in: *bibliotheken heute*, Heft 3/2006, S. 119–121

Eberl, Wolfgang: »Himmelsscheibe von Nebra«, in: *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht*, Heft 12/2006, S. 1009–1010

Evers, Jörg: »›Ein Korb ohne Boden‹ – Briefaktion des DKV an die Bundestagsabgeordneten«, in: *Informationen*, Heft 2/2006, S. 7–8

Evers, Jörg: »Kulturgut contra Handelsware: Wird der Wettbewerb Europäischer Musikverwertungsgesellschaften auf dem Rücken der Urheber ausgetragen?«, in: *Gema Nachrichten*, Heft 174 (2006), S. 10–15

Evers, Jörg: »Vorläufige Aussetzung der Verhandlungen bzgl. gemeinsamer Vergütungsregeln mit den Film- und Fernsehproduzentenverbänden«, in: *Informationen*, Heft 2/2006, S. 8–9

Ewert, Jan-Peter: »Der Titelschutz – Ein unterschätztes Recht. Voraussetzungen und Bedeutung des Schutzes von Werktiteln und Bezeichnungen nach dem Markengesetz«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 26 S., F 1.1 (ersetzt 1999)

Gerlach, Tilo: »Leistungsschutzrechte der ausübenden Künstler und Tonträgerhersteller. Die Wahrnehmung der Leistungsschutzrechte durch die GVL«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 14 S., C 3.1

Gerlach, Tilo: »Leistungsschutzrechte der ausübenden Künstler und Tonträgerhersteller. Die Wahrnehmung der Leistungsschutzrechte durch die GVL«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2006, 20 S., B 3.2 (ersetzt 2004)

Graef, Ralph Oliver: »Insolvenz des Lizenzgebers – Lösungsansätze aus der Praxis«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff., B 1.13), 14 S.

Harwart, Elisabeth: »›Raubkopierer aufgepasst!‹. Urheberrecht« (Teil 1), in: Spiel & Bühne, Heft 1/2006, S. 24–29

Harwart, Elisabeth: »›Diebstahl geistigen Eigentums ist strafbar‹. Das Urheberrechtsgesetz« (Teil 2), in: *Spiel & Bühne*, Heft 2/2006, S. 22–25

Hilgers, Hans Anton/Elfring, Klaus: »Geistiges Eigentum«, in: *Der aktuelle Begriff*, Heft 20 (2006), 2 S.

Kampeter, Steffen: »Keine kulturelle Vielfalt ohne den Schutz geistigen Eigentums«, in: Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 291–293

Kitz, Volker: »Urheberschutz im Internet und seine Einfügung in den Gesamtrechtsrahmen. Gelöste und ungelöste Fragen zwischen E-Commerce-Richtlinie und Datenschutzrecht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 6/2006, S. 444–450

Klutmann, Albrecht: »Tonträgerherstellerrechte an vor Inkrafttreten des Urheberrechtsgesetzes erschienenen Musikaufnahmen«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 7/2006, S. 535–542

Kubis, Sebastian: »Digitalisierung von Druckwerken zur Volltextsuche im Internet – die Buchsuche von Google (›Google Book Search‹) im Konflikt mit dem Urheberrecht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 5/2006, S. 370–379

Lange, Klaus-Philipp: »Die Stellung der Kulturschaffenden und -verwerter in der Insolvenz. Rechte nutzen und Pflichten achten«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 20 S., B 3.4 (ersetzt 1999)

Nuss, Sabine: *Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 269 S.

Oelkers, Felix: »Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Neue Herausforderungen für den Arbeitgeber«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 24 S., D 1.4

Petri, Grischka: »Kunsttransporte für Sonderausstellungen. Vergaberechtliche Probleme kommunaler Kunstmuseen«, in: *KommJur*, Heft 6/2006, S. 205–209

Pfennig, Gerhard: »Harmonisierung des Folgerechts«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2006, S. 6–7

Pfennig, Gerhard: »Steine statt Brot. Auf dem Weg zu einer Neuordnung der Vergütung für private Vervielfältigung – Folgerecht«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 8–9

Pfennig, Gerhard: »Urheberrecht in der Informationsgesellschaft – Reform in zwei ›Körben‹«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2006, S. 8–11

Rasch, Clemens: »Musikpiraterie«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 16 S., B 1.5 (ersetzt 2000)

Röckrath, Gereon : »Der Zugriff auf fremde Werke: Bearbeitung, freie Benutzung und Zitat«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff., B 1.12 (aktualisiert)), 30 S.

Sandberger, Georg: »Behindert das Urheberrecht den Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen?«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 11/2006, S. 818–828

Schricker, Gerhard (Hrsg.): *Urheberrecht. Kommentar*, München: C. H. Beck, 206 S. (3. neubearbeitete Auflage)

Schulz, Gabriele: »Der zweite Versuch ist nicht unbedingt besser. Zur Anhörung des Bundesministeriums der Justiz zum Korb II«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 3/2006, S. 13–14

Unverzagt, Alexander: »Angemessene Vergütung von Urhebern. ›Gemeinsame Vergütungsregeln‹ und erste Gerichtsentscheidungen nach der Reform des Urheberrechtsgesetzes per 1.7.2002«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2006, 10 S., B 1.11

Wandtke, Artur-Axel/Bullinger, Winfried (Hrsg.): *Praxiskommentar zum Urheberrecht*, München: C. H. Beck, 1911 S. (2. Auflage)

Zombik, Peter: »Der Kampf gegen Musikdiebstahl im Internet. Rechtsdurchsetzung zwischen Bagatellschwelle und Datenschutz«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 6/2006, S. 450–456

2.5.2.2 Künstlersozialversicherung

Bünger, Matthias: »Nebenberufliche Chorleiter und die Sozialversicherung«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/ 2006, S. 35–38

»Die Künstlersozialkasse antwortet«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2006, S. 14–15

Hennig, Michael: »Künstlersozialversicherung quo vadis? Reformbedarf zur Sicherung eines bewährten Sozialsystems«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2006, S. 31–32

Müller-Straten, Christian: »Moderne Raubritter? Anmerkungen zur GEZ und zur deutschen Künstlersozialkasse«, in: *Museum aktuell*, Heft 7/2006, S. 29–30

Nordhausen, Willy: »Künstlersozialversicherung. Teil III: Die Abgabepflicht der Unternehmer nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 22 S., H 3.4

Unverzagt, Alexander: »Künstlersozialversicherung. Checkliste für selbstständige Künstler und Publizisten und Verwerter«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 12 S., H 7.13

2.5.2.3 Steuerrecht und andere rechtliche Regelungen

Bretz, Alexander : »KulturRaumÜberlassung«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 30 S., K 1.1 (ersetzt 2001)

Bretz, Alexander: »Vertragsrecht für die Raumvermietung. Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten kennen und nutzen«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 20 S., C 4.1-2

Bretz, Alexander: »Wettbewerbsrecht im Kulturbereich«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 30 S., F 4.1 (ersetzt 2002)

Deutscher Bundestag: »Auswirkungen der Hartz-Gesetze auf Künstler und Kulturschaffende. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 16/1494)«, *Drucksache* 16/1710 (1.6.2006), Berlin

Deutscher Bundestag: »Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Buchpreisbindungsgesetzes. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates«, *Drucksache* 16/1118 (3.4.2006), Berlin

Fischer, Herrmann J.: »Der befristete Arbeitsvertrag. Prüfkriterien hinsichtlich der Rechtswirksamkeit des Vertragsinhalts auf der Basis des Teilzeit- und Befristungsgesetz«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 12 S., L 7.4 (ersetzt 2002)

Henneke, Hans-Günter: »Neuverteilung der Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern durch die Föderalismusreform oder: ein Kamel ist ein Pferd, das von einer Kommune konzipiert wurde« (Folge 2), in: *Der Landkreis*, Heft 2/2006, S. 68–70

Hippel, Thomas von: »Europarecht und Gemeinnützigkeit«, in: *StiftungsWelt*, Heft 4/2006, S. 20–21

Schütz, Robert: »Fördervereine in Gefahr? Steuerliche Abzugsfähigkeit von Mitgliedsbeiträgen nur noch unter bestimmten Voraussetzungen möglich«, in: *Das Orchester*, Heft 10/2006, S. 34–35

Strachwitz, Rupert Graf: »Zwischen gesellschaftstheoretischer Mottenkiste und Kuhhandel. Zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 4–5

Tebrack, Klaus: »Leitfaden für Kulturveranstaltungen. Rechtliche Rahmenbedingungen und Regeln für den Ablauf«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 24 S., G 2.1

2.5.2.4 Auswärtige Kulturpolitik allgemein

*Zeitschrift für Kulturaustausch*, Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (vierteljährlich)

Bias-Engels, Sigrid: »Auf dem Weg zum internationalen Standard des Kulturgüterschutzes. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ausführung des UNESCO-Kulturgüterübereinkommens«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 9–10

Blosat, Lena: »Internationales Expertentreffen zum Kulturgutschutz. Tagungsbericht 22.–24. Mai 2006, Hamburg«, in: *IKA*, Heft 65-66 (2006), S. 8–11

Deutscher Bundestag: »Auswärtige Kulturpolitik. Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen«, *Drucksache* 16/2233 (17.6.2006), Berlin

Deutscher Bundestag: »Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik. Unterrichtung durch die Bundesregierung«, *Drucksache* 16/3500 (17.11.2006), Berlin

Eid, Uschi/Schneider, Wolfgang: »Auswärtige Kulturpolitik«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2006, S. 30–31

Friedrich-Freksa, Jenny: »›Wir wollen die Köpfe und die Herzen erreichen‹. Außenminister Frank-Walter Steinmeier über die Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik«, in: *KulturAustausch*, Heft 2/2006, S. 66–68

Fuchs, Max/Böttger, Klaus-Peter/Schwalfenberg, Claudia/Maaß, Kurt-Jürgen u. a.: »Auswärtige Kulturpolitik«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 4/2006, S. 10–14

Gesche, Katja: *Kultur als Instrument der Außenpolitik totalitärer Staaten. Das deutsche Ausland-Institut 1933–1945*, Köln u. a.: Böhlau, 416 S.

Götze, Lutz: »Auswärtige Kulturpolitik ohne Deutschkenntnis«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 12/2006, S. 1419–1423

Griese, Olivia: *Auswärtige Kulturpolitik und Kalter Krieg. Die Konkurrenz von Bundesrepublik und DDR in Finnland 1949–1973*, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 296 S.

Hoffmann, Hilmar: »Spannungen und Konvergenzen. Interkultureller Dialog im Inneren und im Äußeren«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 219–228

Kronast, Natalie/Werner, *Frank: Kultursponsoring in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Ein Leitfaden für die Praxis*, Berlin: Auswärtiges Amt, 18 S.

Lucke, Albrecht von: »Neue Landkarte der Konflikte«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/2006, S. 68–70

Mumme, Martin: *Strategien auswärtiger Bewusstseinspolitik. Von der Macht der Ideen in der Politik*, Würzburg: Königshausen und Neumann, 209 S.

Schneider, Wolfgang: »›Der Austausch wird gepredigt, gepflegt wird die Präsentation‹. Netzwerk europäischer Kulturinstitute gegründet«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 10–11

Schneider, Wolfgang: »Die Gemeinschaft europäischer Kulturinstitute. Modell einer zukünftigen Auswärtigen Kulturpolitik«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 8/ 2006, S. 12–13

Schneider, Wolfgang: »Internationale Zusammenarbeit. Kulturpolitik als Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 8/2006, S. 20– 24

Steinmeier, Frank-Walter: »Wenn Kultur Politik trifft. Interview über die zukünftige Außenkulturpolitik«, in: *Kulturaustausch*, Heft 2/2006, S. 66–69

Wagner, Bernd: »Von ›fliegenden Hasen‹, ›kulturimperialistischer Arroganz‹ und der ›Ersetzung von Kultur durch Kulturpolitik‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 21–23

Wittek, Bernhard: *Und das in Goethes Namen. Das Goethe-Institut von 1951 bis 1976*, Berlin: Vistas Verlag, 310 S.

2.5.2.5 Kulturgüterschutz, Beutekunst, Restitution etc.

Anderl, Gabriele: *Kunstraub unterm Hakenkreuz*, Düsseldorf: Artemis & Winkler, 240 S.

Boos, Sabine: *Kulturgut als Gegenstand des grenzüberschreitenden Leihverkehrs*, Berlin: Duncker und Humblot, 328 S.

Dehnel, Regine (Hrsg.): *Jüdischer Buchbesitz als Raubgut. Zweites Hannoversches Symposium* (Im Auftrag der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz), Frankfurt am Main: Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 88), 435 S.

Heine, Sonja: *Condictio sine datione. Zur Haftung aus ungerechtfertigter Bereicherung im klassischen römischen Recht und zur Entstehung des Bereicherungsrechts im BGB*, Berlin: Duncker und Humblot (Freiburger rechtsgeschichtliche Abhandlungen, 52), 244 S.

Koschkarow, Alexej/Lühn, Jablonka: *Beutekunst*, Köln: König, 28 S.

Maurus, Wolfgang: »Auftrag, Umsetzung und Erfolge. Ausgewählte Aspekte zur Restitution von NS-Raubkunst in Deutschland«, in: *Kunstrecht und Urheberrecht*, Heft 3/2006, S. 63–66

Müller-Karpe, Michael: »Hehlerschutz statt Kulturschutz? Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Ausführung des UNESCO-Kulturgutübereinkommens«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 53–54

Siegfried, Felix Heinz: *Internationaler Kulturgüterschutz in der Schweiz. Das Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransfergesetz, KGTG)*, Frankfurt am Main u. a.: Lang (Schriftenreihe zum Urheber- und Kunstrecht, 4), 306 S.

## *2.6 Kulturförderung, Kulturfinanzierung*

### 2.6.1 Allgemein

Bausback, Winfried: »Public Private Partnerships im deutschen Öffentlichen Recht und im Europarecht. Spannungsfeld zwischen Daseinsvorsorge, Liberalisierung und Risikomanagement«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Heft November/2006, S. 901–907

Effmert, Viola: *Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kulturförderung im 19. Jahrhundert*, Köln: Böhlau, 411 S.

Hanf, Uwe: »Ausgliederungen im Kulturbereich. Formen, Ziele, rechtliche Aspekte«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 30 S., D 3.1–3

Joksch, Gerhard u. a.: »Public Private Partnership. Patentrezept oder Placebo?«, Schwerpunkt, in: *AKP*, Heft 2/2006, S. 38–47

Landtag Brandenburg: »Entwicklung der Kulturförderung 2000 bis 2006. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei.PDS (Drucksache 4/3316)«, *Drucksache* 4/3454 (20.9.2006), Potsdam

Mertens, Gerald: »Deutsche Orchesterlandschaft – quo vadis? Plädoyer für eine neue Lust an der Kulturfinanzierung«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2006, S. 8–15

Pencereci, Turgut: »Kritische Grundüberlegungen zur Ausgestaltung von PPP«, in: *der städtetag*, Heft 3/2006, S. 16–19

Weber, Martin/Schäfer, Michael/Hausmann, Friedrich Ludwig (Hrsg.): *Public Private Partnership*, München: C. H. Beck, 767 S.

Weiß, Bernd: »PPP als Projektfinanzierung in Frankfurt am Main«, in: *der städtetag*, Heft 3/2006, S. 11–13

### 2.6.2 Öffentliche Kulturförderung und Kulturausgaben

Deutscher Bundestag: »Hauptstadtkulturfinanzierung des Bundes in einem Staatsvertrag regeln. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 16/1237)«, *Drucksache* 16/1315 (28.4.2006), Berlin

Deutscher Bundestag: »Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP (Drucksache 16/709)«, *Drucksache* 16/815 (7.3.2006), Berlin

Glogner, Patrick: »Kulturförderung des Landes Baden-Württemberg. Grundsätze, Fördermöglichkeiten und Ansprechpartner«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 28 S., B 2.2-10

Hentschel, Kristin: *Die Vereinbarkeit der deutschen Kulturförderung mit dem Beihilfenrecht der Europäischen Union*, Frankfurt am Main u. a.: Lang (Europäische Hoschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft. Bd. 4460), 331 S.

Hetmeier, Heinz-Werner/Wilhelm, Rainer: »Struktur und Entwicklung der öffentlichen Kulturfinanzierung auf kommunaler Ebene«, in: Brinckmann, Hans/Richter, Reinhart (Hrsg.): *Die Stadt von der Kultur her denken – die Kultur von der Stadt her denken. Strategische Kulturpolitik als Element strategischer Kommunalpolitik*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Kleine Reihe, 2), S. 157–166

Krüger, Jens: *Die Finanzierung der Bundeshauptstadt Bonn*, Berlin: de Gruyter (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 106), 283 S.

Martin, Olaf: »Kulturförderung in Niedersachsen. Zentrale und regionalisierte Förderung des Landes, landesweit bedeutsame Förderer«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 42 S., B 2.2-9

Pfeiffer-Poensgen, I./Vossenkuhl, C.: »Sechzehn Länder – eine Kulturnation. Über die Kulturstiftung der Länder und die Aufgabe, Kunst und Kultur nationalen Ranges zu bewahren und zu fördern«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 16 S., F 2.2

Rossmeissl, Dieter: »›Der Mythos der Freiwilligkeit‹. Öffentliche Kulturförderung als demokratische Notwendigkeit«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 26–30

Singer, Otto: »Kulturfinanzbericht 2006«, in: *Der aktuelle Begriff*, Heft 29 (2006), S. 1–2

Söndermann, Michael: »Kulturausgaben in der Fieberkurve – ein reales oder ein statistisches Phänomen? Ein Kom-

mentar zum ›Kulturfinanzbericht 2006‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 14–15

Söndermann, Michael: »Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland 2005. Ergebnisse aus der Kulturstatistik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 395–409

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): *Kulturfinanzbericht 2006*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 150 S.

Stellermann, Rolf: »Die Kunst der Veränderung. Ansätze zu einem soziologisch konstruierten Veränderungsmanagement am Beispiel von Fusionen im öffentlichen Sektor«, in: Pankoke, Eckart/Quenzel, Gudrun (Hrsg.): *Praktische Künste. Deutungsmuster und Wissensformen kulturellen Handelns*, Essen: Klartext, S. 111–136

Völckers, Hortensia: »›Anstalten machen!‹. Kulturförderung zwischen Institution und Projekt«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 265–270

### 2.6.3 Private Kulturfinanzierung, Sponsoring, Mäzenatentum, Stiftungen

*Deutsche Stiftungen*. Mitteilungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (DS), Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen (dreimal jährlich)

*Maecenata actuell*. Das Informationsmedium des Maecenata Instituts für Dritter-Sektor-Forschung, Berlin: Maecenata Institut (vierteljährlich)

*Stiftung & Sponsoring*. Das Magazin für Non-Profit-Management und -Marketing, Verl: W&N Stiftung & Sponsoring Verlags GmbH (sechsmal jährlich)

Aktive Bürgergesellschaft e. V. (Hrsg.): *Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2006*, Berlin, 28 S., inkl. Beilage ›Bürgerstiftungen und Volksbanken Raiffeisenbanken: Gemeinsam mehr erreichen‹ (8 S.)

Bloeck, Oliver: »Private Public Partnerships und kommunale Zusammenarbeit«, in: *Kommunalpraxis: Spezial*, Heft 2/2006, S. 57–60

Böckel, Martin: *Unabhängige Bürgerstiftungen. Wesen, Entstehung und Wirken im kommunalen Umfeld*, Hamburg: Kovac (Schriftenreihe Studien zum Verwaltungsrecht, 17), 252 S.

Boecker, Malte C.: »Der Sponsoringerlass in der Diskussion. Die steuerlichen Konsequenzen des Kultursponsorings im Überblick«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 24 S., C 2.1

Bopp, Ulrich: »Sternstunde für deutsche Stiftungen. Mehr Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Nutzen«, in: *StiftungsWelt*, Heft 3/2006, S. 4–5

Borchard, Michael (Hrsg.): *Der deutsche Föderalismus im Reformprozess*, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Zukunftsforum Politik, 69), 236 S.

Budäus, Dieter (Hrsg.): *Kooperationsformen zwischen Staat und Markt. Theoretische Grundlagen und praktische Ausprägungen von Public Private Partnership*, Baden-Baden: Nomos (Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, 54), 254 S.

Bundesverband deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Bürgerstiftungen stellen sich vor*, Berlin: Selbstverlag, 134 S.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Stiftungsjahr 2005*, Berlin: Selbstverlag, 48 S.

Buschle, Nicole: »Spenden in Deutschland. Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 2001«, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 2/2006, S. 151–159

Carstensen, Carsten: »Entwicklungstendenzen im europäischen Stiftungsrecht«, in: *Zeitschrift zum Stiftungswesen*, Heft 1/2006, S. 36–40

Deutsche Nationalstiftung: *Anstöße für Deutschland und Europa. Tätigkeitsbericht für 2003/2004/2005*, Hamburg: Selbstverlag, 68 S.

Deutscher Bundestag: »Spenden- und Sponsoringeinnahmen nicht von staatlichen Zuwendungen abziehen – Eigeninitiative von Kultureinrichtungen fördern statt bestrafen. Antrag der Fraktion der FDP«, *Drucksache* 16/3353 (9.11.2006), Berlin

Epkenhans, Ina/Then, Volker: *Ratgeber Stiften. Stiftungsorgane – Gremienentwicklung – Mitarbeiter* (Band 3), Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 101 S.

Gerber, Pia: *Der lange Weg der sozialen Innovation. Stiftungen und sozialer Wandel, Unternehmensnahe Stiftungen in der Bundesrepublik als Innovationsagenturen im Feld der Bildungs- und Sozialpolitik am Beispiel der Freudenberg Stiftung*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang, 379 S.

Goetz, Ingvild: »Was, wie und warum ich sammle«, in: *Kritische Berichte*, Heft 4/2006, S. 39–44

Golttschald, Marc: »Die Stiftergründung. Wie schaffe ich ein Stück Ewigkeit?«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 24 S., F 3.2

Grabow, Busso: »Erste repräsentative Studie ist da. PPP-Projekte auf dem Vormarsch«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 2/2006, S. 10–11

Grosse-Brockhoff, Hans-Heinrich: »Public Private Partnership als Instrument einer kulturpolitisch aktiven Stadt. Beantwortung der Fragen der Enquete-Kommission ›Kultur in Deutschland‹ des Deutschen Bundestages zum Thema ›Public Private Partnership im Kulturbereich‹«, in: Brinckmann, Hans/Richter, Reinhart (Hrsg.): *Die Stadt von der Kultur her denken – die Kultur von der Stadt her denken. Strategische Kulturpolitik als Element strategischer Kommunalpolitik*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Kleine Reihe, 2), S. 131–142

Helmig, Bernd/Egger, Philipp/Putschert, Robert (Hrsg.): *Stiftung und Gesellschaft. Eine komparative Analyse des Stiftungsstandortes Schweiz*, Basel: Helbing & Lichtenhahn, 200 S.

Hoelscher, Philipp/Casadei, Bernardino: *Le Fondazioni Comunitarie in Italia e Germania. Bürgerstiftungen in Italien und Deutschland*, Berlin: Maecenata, 300 S.

Initiative Bürgerstiftungen (Hrsg.): *Bürgerstiftungen als Treuhänder. Die Verwaltung von Treuhandstiftungen als Dienstleistungsangebot für regional orientierte Stifter*, Berlin



Kanel, Evgueni: »Die Funktion der kirchlichen Stiftungen«, in: *Maecenata Actuell*, Heft 57 (2006), S. 8–15

Kaper, Aaltje: *Bürgerstiftungen. Die Stiftungen bürgerlichen Rechts und die unselbständigen Stiftungen als Organisationsformen für Bürgerstiftungen*, Baden-Baden: Nomos, 304 S.

Koopmann, Stephanie: »Rollen und Aufgaben im Fundraising. Fundraising ist Teamarbeit«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 22 S., B 5.1–3

Krause, Heiko: »Potenziale in der Gesellschaft aktivieren. Private-Partnership im Kultur- und Sportbereich«, in: *Das Rathaus*, Heft 2/2006, S. 42–43

Küstermann, Burkhard: »Bürgerstiftungen in den neuen Bundesländern«, in: *der städtetag*, Heft 2/2006, S. 22–25

Lehrer, Martin: »›Wir müssen als erstes Erfolg haben‹. Interview über Möglichkeiten und Anforderungen des Sponsoring im kommunalen Kulturbereich mit Guido de Werd, Leiter des Museums Kurhaus Kleve«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 6/2006, S. 18–19

*Maecenata Stiftungsführer 2005*, Berlin: Maecenata Verlag, 488 S. (5., vollständig überarbeitete Auflage)

Maier, Hugo/Rüttgers, Martin: »Bürgerstiftungen und Soziale Arbeit? Gemeinsamkeiten, offene Fragen und Weiterentwicklungen«, in: *Soziale Arbeit*, Heft 10/2006, S. 370–375

Mecking, Christoph: »Förderstiftungen für Kunst und Kultur. Eine Auswahl«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 20 S., K 1.6

Mecking, Christoph: »Förderstiftungen für Kunst und Kultur. Eine Auswahl finanzkräftiger Stiftungen«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 14 S., F 2.3-1

Mecking, Christoph/Weger, Magda: *Die Stiftung in der Fundraising-Konzeption*, Köln: BFS Service GmbH, 55 S.

Niemeyer, Yael: »Sponsoring. Ein Zauberwort gegen die Finanzmisere?«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 79 (2006), S. 51–52

Posadowsky, Dorothee von: »Kultursponsoring. Zwischen Corporate Citizenship und Marketing«, in: Ahlert, Dieter (Hrsg.): *Exzellentes Sponsoring, Innovative Ansätze und best practices für das Markenmanagement*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, S. 347–369

Priller, Eckhard/Sommerfeld, Jana: »Wer spendet in Deutschland? Eine sozialstrukturelle Analyse«, in: *Maecenata Actuell*, Heft 56 (2006), S. 6–21

Schad, Frank/Berentzen, Johannes: »›Kärcher reinigt die Welt‹. Kultursponsoring als medienwirksame Unternehmens- und Produktpräsentation«, in: Ahlert, Dieter (Hrsg.): *Exzellentes Sponsoring, Innovative Ansätze und best practices für das Markenmanagement*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, S. 217–230

Schlüter, Andreas/Schindler, Ambros: »Für eine moderne Stiftungskultur«, in: *Stiftung & Sponsoring*, Heft 1/ 2006, S. 16–18

Schrallhammer, Julia: *Public private partnership im Bereich Kunst und Kultur. Vor dem Hintergrund der historisch-traditionellen Begründung öffentlicher Kunst- und Kulturförderung in Deutschland*, Regensburg: Universität 2006, 227 S.

Sonnabend, Michael: »Stiften wirkt«, in: *Lernwelt Essen*, Heft Herbst/2006, S. 6–7

Strachwitz, Rupert Graf: »Ist das Stiftungswesen in der Krise? Warren Buffetts Philanthropie provoziert Fragen«, in: *Maecenata Actuell*, Heft 57 (2006), S. 4–8

Ullrich, Wolfgang: »Ikonographie de Konsumbürgertums«, in: *Kritische Berichte*, Heft 4/2006, S. 45–49

Weber, Christoph: »Mit POWER auf den POINT kommen. Zuschussgeber, Mäzene, Sponsoren erfolgreich überzeugen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 16 S., I 2.1

Wimmer, Dorothee: »Charles Saatchi als Sammler: Mäzen oder Sponsor zeitgenössischer Kunst?«, in: *Kritische Berichte*, Heft 4/2006, S. 7–16

Wolter, Johanna Andrea: »Kultur und Kommerz im Dialog. Die Erfolgsgeschichte des internationalen Forums für Kultur und Wirtschaft in Dresden«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 53–55

Zwitserlot, Reinier: »Sponsoring und Mäzenatentum für den Standort aus der Unternehmersicht«, in: Brinckmann, Hans/Richter, Reinhart (Hrsg.): *Die Stadt von der Kultur her denken – die Kultur von der Stadt her denken. Strategische Kulturpolitik als Element strategischer Kommunalpolitik*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Kleine Reihe, 2), S. 143–156

## *2.7 Kulturmanagement*

»Adressverzeichnis. Zahlreiche Kontaktadressen für die tägliche Kulturarbeit«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 32 S., S 2.1 (ersetzt 2002)

Attmer, Lars: »Bildungscontrolling. Transfer von Weiterbildungen/Workshops in der Praxis«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 16 S., G 5.5

Bemmé, Sven-Oliver: »Kulturprojekte erfolgreich managen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 26 S., G 1.1

Bendixen, Peter: »Allgemeine Grundlagen des Kulturmanagements«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 26 S., A 1.1

Bendixen, Peter: *Einführung in das Kultur- und Kunstmanagement*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 379 S. (3. Auflage)

Bloching, Björn/Hasse, Felix: »Organisation im Kulturbetrieb. Von der freien Wirtschaft lernen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 12 S., E 1.1

Böhme, Frank: »Selbstmanagement im Beruf. Die Kunst, Projekte und Zeit effektiv zu gestalten«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 10 S., I 1.1

Dey, Günther: »Besser kalkulieren mit Deckungsbeitragsrechnung. Entscheidungsunterstützung in kurzfristiger Sicht«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 22 S., A 1.3-5

Eichler, Kurt/Welsch, Lothar: »Ein städtischer Eigenbetrieb als Kulturholding. Am Beispiel der Kulturbetriebe Dortmund«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 18 S., E 2.1

Ellenrieder, Kerstin/Kiel, Hermann-Josef: *Public Private Partnership im Kulturbereich. Gestaltungsmöglichkeiten für*

*Akteure*, Künzelsau: Swiridoff Verlag (Schriftenreihe für angewandte Betriebswirtschaftslehre der Reinhold-Würth-Hochschule der Hochschule Heilbronn in Künzelsau, 2), 60 S.

Esch, Christian: »Man muss Darstellungsformen und Veranstaltungsriten überdenken. Interview mit dem Direktor NRW Kultursekretariat«, in: *Theatermanagement aktuell*, Heft 41 (2006), S. 1–5

Föhl, Patrick S.: »Die Machbarkeitsstudie. ›Sorgfaltspflicht‹ vor nachhaltigen Veränderungsmaßnahmen und Projekten im Kulturbereich«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 28 S., B 4.14

Föhl, Patrick S.: »Die Neue Philharmonie Westfalen. Ein gelungenes Fusions- und Changemanagementbeispiel«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 10 S., E 4.3-1

Föhl, Patrick S.: »Fusionsmanagement im Kulturbereich. Von der Vision zur Integration«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 44 S., D 3.2-3

Föhl, Patrick S.: »Kulturfusion oder -konfusion? Anmerkungen zu einem kulturpolitischen Trend«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 58–59

Föhl, Patrick S.: »Zusammenschlüsse im Kulturbereich. Trends, Motive, Formen und Besonderheiten von ›Kulturfusionen‹«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 16 S., D 3.1-2

Föhl, Patrick S./Hanf, Uwe: »Durchführung von Ausgliederungen. Analyse und Konzeption«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 26 S., D 3.2-4

Frey, Hans-Joachim: »Step by Step zur Koproduktion. Wie Sie gemeinsam erfolgreich produzieren«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 22 S., F 2.12

Glaap, Rainer: »www.theaterportal.de. Die Theatersuchmaschine im Internet«, Referat Forum 7: Kulturmarketing und neue Technologien, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 184–186

Hartmann, Sabine: »Literaturnetzwerke. Literaturveranstaltungen effektiv und erfolgreich planen: Ein Leitfaden für Kleinstädte«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 20 S., J 1.1

Hausmann, Andrea: »Mit Benchmarking die Wirtschaftlichkeit im Kulturbetrieb erhöhen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 16 S., A 2.26

Hausmann, Andrea/Helm, Sabrina (Hrsg.): *Kundenorientierung im Kulturbetrieb. Grundlagen – Innovative Konzepte – Praktische Umsetzungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, 273 S.

Heinrichs, Werner: »Strategisches Kulturmanagement. Frühzeitig Potenziale für den Erfolg von morgen schaffen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 34 S., D 1.1

Höhne, Steffen/Ziegler, Ralph Philipp (Hrsg.): *Kulturbranding? Konzepte und Perspektiven der Markenbildung im Kulturbereich*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag GmbH (Weimarer Studien zu Kulturpolitik und Kulturökonomie, 2), 276 S.

Hofecker, Franz-Otto: »Kulturbetriebslehre aus der Makroperspektive – Ausgangslage Kulturbetriebslehre«, in: Zembylas, Tasos/Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung. Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 175–180

Irmler, Günter: »Finanzmanagement«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 22 S., F 1.1

Keuchel, Susanne: »Kulturmarketing und -vermittlung für eine junge Zielgruppe. Trends aus dem 1. Jugend-KulturBarometer«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 14 S., D 2.11

Kirchberg, Volker: »Kulturbetriebe aus neo-institutionalistischer Sicht. Zur Nutzung zeitgenössischer Organisationstheorien bei der Analyse des Kulturbetriebs«, in: Zembylas, Tasos/Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung. Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 99–116

Klein, Armin: »Angebot und Nachfrage«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 279–287

Klein, Armin: »Aufbau und Führung des Projektteams. Wie führt man ein Projektteam?«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 22 S., D 4.2-1

Klein, Armin: »Kulturmarketing muss sein! Aber welches? Referat Panel 4: Der Kunde ist König – auch im Kulturbetrieb?«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 70–78

Knieß, Anne Katharina: »Katalog muss sein – aber wie? Zwischen Fördermittelakquise und Eigenpräsentation«, in: *Junge Kunst*, Heft 67 (2006), S. 22–27

Kronenberger-Hüffer, Dagmar: »Coaching im Kulturbereich. Wie Coaching erfolgreich eingesetzt werden kann – dargestellt am Beispiel ›Museum‹«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 22 S., E 3.1

Leimgruber, Peter: »Museumsshops. Erfolgsfaktoren kommerzieller Warenangebote in Museen und Ausstellungshallen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 28 S., F 2.11

Lissek-Schütz, Ellen: »Die Kunst des Werbens um Gunst und Geld. Fundraising als Marketingstrategie für Kulturinstitutionen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 26 S., F 3.1

Mandel, Birgit: »Anreizstrategien für ein neues Publikum. Referat Forum 8: Audience Development und Anreizstrategien«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 202–209

Mandel, Birgit: »Kulturmanagement-Lehre im europäischen Vergleich. Ein EU-Forschungsprojekt«, in: Kultur. Politik. Diskurs, Heft 8/2006, S. 31–33

McMahon, Christiane: »Marketing für Theater. Chancen und Wege«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 20 S., H 2.2

Mohrhardt, Sabby/Waschk, Andreas: »Wie bildet man eine Kulturmarke? Referat Forum 8: Audience Development und Anreizstrategien«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 210–218

Mossig, Ivo: *Netzwerke der Kulturökonomie. Lokale Knoten und globale Verflechtungen der Film- und Fernsehindustrie in Deutschland und den USA*, Bielefeld: transcript, 226 S.

Poulsen, Heinke: »Markenbildung in der Kultur. Untersuchungen am Beispiel der Römerbad Musiktage in Badenweiler«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 22 S., E 6.2-1

Rogge, Klaus I.: »Mit Open-Space Kultur auf den Weg bringen. Arbeitshilfe zur Umsetzung von Open Space Konferenzen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 22 S., B 2.10

Scheytt, Oliver/Zimmermann, Michael: »Qualitätsmanagement in Kultureinrichtungen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 22 S., D 3.1

Schlemm, Vera: »Database-Marketing im Theater. Referat Forum 7: Kulturmarketing und neue Technologien«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 187–191

Schneidewind, Petra: *Betriebswirtschaft für das Kulturmanagement. Ein Handbuch*, Bielefeld: transcript, 204 S.

Schneidewind, Petra: »Controlling im Kulturbetrieb. Eine betriebswirtschaftliche Serviceleistung«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 22 S., D 2.1

Stücheli-Herlach, Peter/Keller, Rolf u. a. (Hrsg.): *Spiel plan. Schweizer Jahrbuch für Kulturmanagement 2006*, Bern: Haupt Verlag, 240 S.

Sun, Hai: *Kulturmanagement und Unternehmenserfolg. Zur Bedeutung der Kultur in deutsch-chinesischen Jointventures*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 228 S.

Tiebel, Christoph: *Management in Non-Profit-Organisationen. Wie Wohlfahrtsverbände, Sportorganisationen und Kulturbetriebe fit für die Zukunft werden*, München: Vahlen, 128 S.

Trippe, Hanns-Wolfgang: »Online-Ticketing: aktuelle Möglichkeiten und Ausblick. Referat Forum 7: Kulturmarketing und neue Technologien«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 192–195

Tröndle, Martin: *Entscheiden im Kulturbetrieb. Integriertes Kunst- und Kulturmanagement*, Bern: Ott Verlag, 295 S.

Winterfeld, Klaus/Voigt, Karen: *Optimale Rechts- und Betriebsformen für Kultureinrichtungen. Eine sozialwissenschaftliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der Leipziger Museen*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag (Dresdner Studien zur Kultur, 4), 203 S.

## *2.8 Qualitätsmessung, Evaluation, Nutzerforschung*

Barz, Heiner: »Lebenswelt und Kulturinteresse. Soziale Voraussetzungen kultureller Beteiligung. Referat Panel 3: Publikum im Wandel«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 46–53

Bendixen, Peter: »›Das Kulturpublikum, ein unbekanntes Wesen?‹ Rezension zu: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2005. Thema: Kulturpublikum, Essen: Klartext Verlag 2005«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 73–74

Eckhardt, Josef/Pawlitza, Erik/Windgasse, Thomas: »Besucherpotenzial von Opernaufführungen und Konzerten der klassischen Musik«, in: *Media Perspektiven*, Heft 5/2006, S. 273–282

Eckhardt, Josef/Pawlitza, Erik/Windgasse, Thomas: »Potenziale besser nutzen. ARD-Studie zum Besucherpotenzial von Opernaufführungen und Konzerten der klassischen Musik«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2006, S. 21–27

Günter, Bernd: »Besucherforschung im Kulturbereich. Kritische Anmerkungen und Anregungen. Referat Forum 6: Milieu- und Besucherforschung«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 174–180

Haller, Berno Herbert: »Leistungen verbessern – Besucher richtig einbeziehen. Qualitative Befragungen optimal gestalten: Praxisfaden für Schlüsselfragen und Schlussfolgerungen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 36 S., D 2.12

Keuchel, Susanne: »Das (un)bekannte Wesen – Analysen des Kulturpublikums. Referat Panel 3: Publikum im Wandel«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24.

Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 54–65

Keuchel, Susanne: »Der Untergang des Abendlandes. Oder: Eine Erkenntnis zur rechten Zeit. Zu den Ergebnissen des 8. ›Kulturbarometers‹«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2006, S. 26–32

Keuchel, Susanne: »Gibt es 2050 noch ein Kulturpublikum? Zu den Ergebnissen des 8. KulturBarometers«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 2/2006, S. 7–8

Kleist, Thomas/Scheuer, Alexander: »Kultur und Quoten. Förderung der Kultur im Rundfunk in der EG, Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2006, S. 108–117

Kohl, Manuela: *Kunstmuseen und ihre Besucher. Eine lebensstilvergleichende Studie*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 186 S.

Mandel, Birgit: »Einstellungen zu Kultur. Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage in Hildesheim«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 2/2006, S. 10–11

Mende, Annette/Neuwöhner, Ulrich: »Wer hört heute klassische Musik? Musiksozialisation, E-Musik-Nutzung und E-Musik-Kompetenz«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2006, S. 10–14

Mertens, Gerald: »Zukunftssicherung durch Kulturvermittlung? Konsequenz für Musiktheater und Orchester aus dem aktuellen KulturBarometer«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 2/2006, S. 8–9

Nußer-Wagner, Maria: »Umsetzung von Umfragen in die Marketingpraxis. Referat Forum 6: Milieu- und Besucherforschung«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 165–173

Oemichen, Ekkehardt: »Klassische Musik und ihr Publikum. Ergebnisse der ARD-E-Musik-Studie 2005«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2006, S. 8–9

Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.): *Besucherbefragung Volkshochschule 2006. Ergebnisübersicht*, Leipzig, 32 S.

## *2.9 Kultur und Ökonomie – Kulturwirtschaft – Kultur und Arbeit*

Backhaus-Maul, Holger: »Corporate Cultural Responsibility? Unternehmen auf der Suche nach ihrer neuen Rolle in der Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 37–40

Backhaus-Maul, Holger: »Unternehmen in der Bürgergesellschaft«, in: *Forum Wohneigentum*, Heft 4/2006, S. 268–271

Backhaus-Maul, Holger: »Unternehmen in der Bürgergesellschaft. Kooperationen zwischen Wirtschaft und Non-Profit-Organisationen sind höchst voraussetzungsreich und anspruchsvoll«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 4/2006, S. 123–128

Bentem, Neil van: *Vereine, eingetragene Vereine, Dritter-Sektor-Organisationen. Eine empirische Analyse des Dritten Sektors*, Münster: Waxmann, 332 S.

Brinker, Henry C.: »Klassik zwischen Kunst und Kommerz. Orchester und Marketing«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2006, S. 8–13

Clemens-Ziegler, Brigitte: »Marktforschung für Kulturbetriebe«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 28 S., H 1.1

Dantrimont, Nicole: »›Die Kreativen machen ihre Sache aus Überzeugung‹. Wie finde ich die richtige PR-Agentur«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2006, S. 22–25

Deutscher Bundestag: »Zuständigkeiten, Fördermöglichkeiten und Stellenwert des kulturwirtschaftlichen Sektors auf Bundesebene. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 16/2916)«, *Drucksache* 16/3232 (2.11.2006), Berlin

Dombrowski, Ralf: »Die ungebrochene Dynamik des Musikgeschäfts«, in: *Gema Nachrichten*, Heft 173 (2006), S. 46–50

Ebert, Ralf/Gnad, Friedrich: »Strukturwandel durch Kulturwirtschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 34–35/2006, S. 31–38

Ertel, Rainer: »Daten und Fakten zur Kulturwirtschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 34–35/2006, S. 17–23

Fesel, Bernd: »Kulturwirtschaft: Spitzenbranche in Deutschland im Wandel. Schwierige Hochzeit von Kultur und Wirtschaft kommt einen Schritt voran«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2006, S. 18–19

Fesel, Bernd: »Unentdecktes Kapital in Städten und Gemeinden: Kulturwirtschaft«, in: *Das Rathaus*, Heft 1/2006, S. 8–10

Flämig, Christian: »Sparwelle. Rundfunkanstalten erproben den Verzicht auf ihre Kulturorchester«, in: *Das Orchester*, Heft 6/2006, S. 8–15

Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FiAB) (Hrsg.): *Jahrbuch Arbeit – Bildung – Kultur 2005/06. Schwerpunkt: Von der Statussicherung zur Eigenverantwortung? Das deutsche Sozialmodell im gesellschaftlichen Umbruch*, Recklinghausen: Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (Jahrbuch, 23/24), 374 S.

Friedrich-Naumann-Stiftung/Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft (Hrsg.): *Jahrbuch Kulturwirtschaft 2005*, Bonn: Selbstverlag, 92 S.

Gillig, Manfred: »Positive Stimmung in der Musikbranche. Die Popkomm 2006 in Berlin«, in: *Gema Nachrichten*, Heft 174 (2006), S. 16–24

Gottschalk, Ingrid: *Kulturökonomik. Probleme, Fragestellungen und Antworten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 204 S.

Grasedieck, André/Ropohl, Florian: »Die Kultur-GmbH in der Krise. Maßnahmen zur Sanierung und zur Abwendung eines Insolvenzverfahrens«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 24 S., C 2.10

Hamann, Thomas K.: »Mehr … Marketing, Förderung, Instrumentalunterricht«, in: *Musikforum*, Heft 2/2006, S. 16–17

Hans Böckler Stiftung (Hrsg.): *In Balance arbeiten und leben. Forschungsimpulse für eine innovative Arbeits(zeit)gestaltung*, Düsseldorf: Selbstverlag, 73 S.

Hausmann, Andrea: »Preispolitische Optionen zur Erlösoptimierung von Museumsbetrieben«, in: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen*, Heft 3/2006, S. 241–258

Hempel, Lydia: »Brennpunkt soziale Lage bildender Künstler. Konsequenzen aus einer Umfrage des Sächsischen Künstlerbundes«, in: *kulturpolitik*, Heft 2/2006, S. 24–25

Hollein, Max: *Unternehmen Kunst. Entwicklungen und Verwicklungen*, Regensburg: Lindinger und Schmid (Statement-Reihe, S 39), 224 S.

Kaindl, Marianne: »Storytelling. Geschichten als Marketing-Instrument im Kulturmanagement«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 28 S., D 4.17

Karmeier, Hartmut: »Aktuelle Probespielstatistik. Arbeitsmarkt für Absolventen bleibt angespannt«, in: *Das Orchester*, Heft 6/2006, S. 16–20

Klaus, Philipp: *Stadt, Kultur, Innovation. Kulturwirtschaft und kreative innovative Kleinstunternehmen in der Stadt Zürich*, Zürich: Seismo Verlag Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen, 256 S.

Klein, Armin: »Eigeneinnahmen. Wie Kulturbetriebe ihre Umsatzerlöse steigern können«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 24 S., C 1.1-1

Klein, Armin: »Grundlagen des Kulturmarketing«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 20 S., H 2.1

Krüger, Thomas: »Kulturwirtschaft: Wirtschaftspolitik oder Kulturpolitik?«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 311–320

»Kultur und Kommune – Kulturwirtschaft – VLK-Delegiertenversammlung« (Schwerpunktthema), in: *Das Rathaus*, Heft 1/2006, S. 8–21

Kunzmann, R. Klaus: »Kulturwirtschaft und Raumentwicklung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 34–35/2006, S. 3–7

Landtag Brandenburg: »Zur Signifikanz und den Potentialen der Kulturwirtschaft in Brandenburg. Große Anfrage der Fraktion der SPD und CDU«, *Drucksache* 4/3903 (8.12.2006), Potsdam

Leimgruber, Peter: »Benchmarks und Best Practices für Museumsshops«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 22 S., E 2.2-1

Leimgruber, Peter: »Betriebsformen von Museumsshops. Vor- und Nachteile ausgelagerter Shop-Aktivitäten «, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 6 S., C 2.1-2

Leimgruber, Peter: »Rentabilität von Museumsshops. Wie rentabel arbeitet Ihr Museumsshop und wie kann die Shop-Leistung verbessert werden?«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 24 S., C 2.3-3

Leisgang, Winfried: »Das Unternehmen und seine Mitarbeiter als ›gute Bürger‹. Wie Unternehmen für freiwilliges Engagement gewonnen werden können«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 4/2006, S. 143–146

Look, Friedrich: »Kulturwirtschaft. Eine definitorische Annährung«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 8 S., A 2.1

Lorenz, Christian: »Neue Hörer, neue Partner. Orchestermarketing – Grundlagen und konkrete Ausprägungen am Beispiel der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2006, S. 14–21

Mandel, Birgit: »Public Relations für Kunst und Kultur«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 28 S., H 3.1

Mertens, Gerald: »Deutsche Orchester: Talfahrt zu stoppen?«, in: *Musikforum*, Heft 2/2006, S. 12–15

Meyer-Mertel, Lothar: »Raummanagement. Kapazitäten ausschöpfen und neue Möglichkeiten entwickeln«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 30 S., C 4.2-1

Paternoga, Sabrina: »Was zufrieden macht. Eine repräsentative Studie zur Arbeits- und Berufszufriedenheit im Orchestermusikerberuf«, in: *Das Orchester*, Heft 1/2006, S. 8–15

Porsch, Ronny: »Klingende Kassen. Ein Branchenbild des internationalen Klassik-Markts zwischen Boom und Flaute«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2006, S. 28–32

Riess, Birgit: »Verantwortung für die Gesellschaft. Empirische Befunde aus Unternehmensbefragungen und Fallstudien der Bertelsmann Stiftung«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 4/2006, S. 133–136

Rohde, Gerhard: »Geld regiert das Festspiel. Über das Salzburg-Festival darf nachgedacht werden«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 10/2006, S. 6–7

Schückens, Rainald: »Keine ›Kultur auf Seife‹, nicht so aggressiv wie Coca Cola. Beobachtungen zur Aktion ›Zukunftsmusiker‹ der Drogeriemarktkette ›dm‹«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 11/2006, S. 8–9

Söndermann, Michael: *Kulturwirtschaft. Das unentdeckte Kapital der Kommunen und Regionen*, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Materialien für die Arbeit vor Ort, 32), 38 S.

STADTart, Büro für Stadt-Kultur-Planung: *Wandel durch Kulturwirtschaft im Ruhrgebiet. Kulturwirtschaft durch Wandel. Ein Beitrag zur Bewerbung »Essen für das Ruhrgebiet – Kulturhauptstadt Europas 2010«*, Düsseldorf: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, 38 S.

Tschmuck, Peter: »Kreativität und Anpassung«, in: Zembylas, Tasos/Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung. Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 117–136

Ulbricht, Johannes: »Musik in PC-Spielen – die ungenutzte Chance«, in: *Musikforum*, Heft 2/2006, S. 46–51

Vanselow, Erhard: *Kosten- und Leistungsrechnung im Kultursektor. Die spezifische Betriebswirtschaft im Kulturamt und kommunalen Kultureinrichtungen*, Helsa: Goebel, 300 S. (2. Auflage)

Wiesand, Andreas Joh.: »Kultur- oder ›Kreativwirtschaft‹: Was ist das eigentlich?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 34-35/2006, S. 8–16

Zimmermann, Olaf: »Kulturberufe und Kulturwirtschaft – Gegensatz oder Symbiose?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 34-35/2006, S. 24–31

Zurek, Dagmar: »Globale Marke im globalen Spiel. Dagmar Zurek im Gespräch mit Ilona Schmiel, Intendantin des Beethovenfestes Bonn«, in: *Das Orchester*, Heft 2/2006, S. 23–26

## 3 Kulturpolitische Positionen von Parteien und Verbänden

*Alemann, Ulrich von/Eckert, Florian: »Lobbyismus als Schattenpolitik«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 15–16/ 2006, S. 3–10

CDU-NRW: »Grundsatzpapier der CDU-NRW zur Kulturpolitik. Für einen kulturellen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen«, in: *Im Gespräch*, Heft 17 (2006), S. 39–47

CDU/CSU-Bundestagsfraktion: »Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion«, in: *Im Gespräch*, Heft 18 (2006), S. 11–21

Deutscher Kulturrat: »Jahresbericht des Deutschen Kulturrates e. V. für das Jahr 2005«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2006, S. 22–28

Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 310 S.

Goethe-Institut e. V. (Hrsg.): *Jahrbuch 2005/06*, München: Selbstverlag, 166 S.

»Grußworte zum 30-jährigen Jubiläum der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 47–49

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft: *Jahresbericht 2005*, Bonn: Selbstverlag, 19 S.

Kaaf, Kathy (Hrsg.): *Scharf! – 80 Jahre GEDOK (die Frau in der Gesellschaft heute. 80 Jahre GEDOK-Künstlerinnenverband. Ergebnisse eines interdisziplinären Wettbewerbs vom 13. - 22. Oktober 2006, Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg und Galerie im GEDOK-Kunstforum Hamburg)* (Ausstellungskatalog), Bonn: GEDOK, 47 S.

»›kultur.macht.europa. – europa.macht.kultur.‹ 7./8. Juni 2007 – Berlin, Kulturpolitischer Bundeskongress«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 23–24

»Kulturpolitische Gesellschaft mit neuem Vorstand. Essener Kulturdezernent Dr. Oliver Scheytt wiedergewählt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 5–6

Lammert, Norbert: »Kulturstaat und Bürgergesellschaft«, in: Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 217–226

Lammert, Norbert: »Nachdenken über Leitkultur: Welche Verbindlichkeiten brauchen wir?«, in: Gauber, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 299–302

Merkel, Angela: »Kultur und Nation«, in: Gauber, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 227–234

Neumann, Bernd: »Kultur – Fundament der Gesellschaft. 25 Jahre Deutscher Kulturrat«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2006, S. 1–4

Pankoke, Eckart: »Kulturpolitische Gesellschaft: Kultur-Bewegung zwischen Sammlung und Sendung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 41–44

Rydzy, Edda: »Städte und Regionen – das kulturelle Kapital Europas«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 21–22

Schäfer, Volker: »Es ist nicht alles Kultur – aber ohne Kultur ist alles nichts. Grüne Kommunalpolitik für die Zukunft«, in: *AKP*, Heft 4/2006, S. 29–30

Scheytt, Oliver: »Blick zurück nach vorn – Von der neuen zur aktivierenden Kulturpolitik. 30 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft «, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 29–37

Schwencke, Olaf: »Tempi passati. Soviel kulturpolitischer Aufbruch war nie«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 27–28

Sievers, Norbert: »30 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft. Das etwas andere Jubiläum«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 26

Sievers, Norbert: »Ein Sprachrohr für die Kultur. 25 Jahre Deutscher Kulturrat«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 8–9

Sievers, Norbert: »Im Westen was Neues. Kulturrat NRW und KuPoGe luden nach Bonn ein«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 6–7

Straßner, Alexander: »Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 15–16/2006, S. 10–17

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Manchmal gewinnt man, manchmal verliert man. 25 Jahre Deutscher Kulturrat«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2006, S. 32– 34

## 4 Europäische und internationale Kulturpolitik

### *4.1 Allgemein*

*Anhelm, Fritz Erich (Hrsg.): Was ist europäische Identität im Europa der Kulturen. Oder: Wozu brauchen wir europäische Kulturpolitik?*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 258 S.

Bernecker, Roland: »Ein Dokument internationaler Kulturpolitik. Interview mit Dr. Roland Bernecker, Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 24– 25

Blinn, Hans-Jürgen: »Bildung als globale Dienstleistung. Nach der WTO-Konferenz in Hongkong «, in: *DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, Heft II/2006, S. 26– 28

Blinn, Hans-Jürgen: »Kultur als Ausnahmetatbestand? Zu einigen Gefahren durch das Subventionsrecht der EU und der WTO«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 14–15

Blosat, Lena: »Ausverkauf auf der indochinesischen Halbinsel. Die systematische Plünderung der Kulturstätten Kambodschas nimmt noch immer kein Ende«, in: *IKA*, Heft 65-66 (2006), S. 26–30

Büchel, Jan: »Hat Europa den Blues? Zum zweiten Mal widmet sich die Berliner Konferenz der Frage nach einer ›Seele Europas‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 20–21

Czaplinska, Maryna: »Wurzeln. Mehrgenerationen-Projekte auf der Suche nach Identität. Anlage 4«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 65 (2006), S. 36–39

Deutsche UNESCO-Kommission e. V. (Hrsg.): *Übereinkommen über Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Magna Charta der Internationalen Kulturpolitik*, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission e. V., 111 S.

Deutscher Bundestag: »Perspektiven der europäischen Kulturpolitik. Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen«, *Drucksache* 16/3206 (27.10.2006), Berlin

Entzinger, Han: »Fortuyn-City. In Rotterdam fordert man von Immigranten sich zu assimilieren. Bringt das was?«, in: *Kultur Austausch*, Heft 3/2006, S. 40–41

Eppler, Annegret: »Föderalismusreform und Europapolitik«, in: aus *Politik und Zeitgeschichte*, Heft 50/2006, S. 18–23

»EU-Förderprogramme. Zuständigkeiten und Ansprechpartner«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 8 S., K 1.5

Fischer, Jürgen: »Aus dem Städtehaufen entsteht ... eine europäische Kulturmetropole«, in: *Lernwelt Essen*, Heft Sommer/2006, S. 6–9

Fuchs, Max: »Altes Europa – neues Europa: Basis Kultur? Europa – so erklärt Max Fuchs – entsteht kulturell. Oder gar nicht!«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 10–12

Hartung, Harald: »›You don't fall in love with an internal market‹. Die Kraft der Kulturen für Europa nutzen!«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 16–18

Haslinger, Sebastian/Scherrer, Christoph: »Richtig ernst wird es erst noch. Folgenabschätzung der GATS-Verhandlungen für die Weiterbildung«, in: *DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, Heft II/2006, S. 29–31

Klingan, Katrin/Kappert, Ines (Hrsg.): *Sprung in die Stadt. Chisinau, Sofia, Pristina, Sarajevo, Warschau, Zagreb, Ljubljana. Kulturelle Positionen, politische Verhältnisse, Sieben Szenen aus Europa*, Köln: DuMont, 631 S.

Krüger, Peter: *Das unberechenbare Europa. Epochen des Integrationsprozesses vom späten 18. Jahrhundert bis zur Europäischen Union*, Stuttgart: Kohlhammer 2006, 390 S.

»Kulturpolitik und Demokratie« (Themenheft), in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 3/2006

Langenbucher, Wolfgang R./Latzer, Michael (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 419 S.

Laqueur, Walter: *Die letzten Tage von Europa. Ein Kontinent verändert sein Gesicht*, Berlin: Propyläen, 253 S.

Lesle, Lutz: »Holger Danske auf Kussraub im Morgenland. Der dänische Kulturkanon - Exportmodell für Deutschland?«, in: *Das Orchester*, Heft 7–8/2006, S. 26–31

Liese, Kirsten: »Gemeinsam stark. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von fünf Orchestern aus Deutschland, England, Frankreich, Polen und Finnland«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2006, S. 31–35

Link, Werner: *Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten*, Baden-Baden: Nomos (Denkart Europa, 1), 141 S.

Meckel, Markus: »Europäisch erinnern!«, in: *Kulturnotizen*, Heft 10/2006, S. 33–37

Meinhof, Ulrike Hanna/Triandafyllidou, Anna (Hrsg.): *Transcultural Europe. Cultural policy in a changing Europe*, London: Palgrave Macmillan, 315 S.

Merkel, Christine M.: *Übereinkommen über Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Magna Charta der Internationalen Kulturpolitik, Deutsche UNESCO-Kommission*, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission, 111 S.

Möller, Hartmut: »Konstrukteure ›abendländischer (Musik-)Kultur‹. Wer schuf eine europäische Identität?«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 13–17

Nida-Rümelin, Julian: »Elemente europäischer Identität«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 12/2006, S. 5–10

Pack, Doris: »Tradition, Identität und Zukunft: Grundfragen einer europäischen Kulturpolitik«, in: Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 303–308

Pleitgen, Fritz/Majuntke, Eva/Fuchs, Max u. a.: »Thema: Internationale Kulturpolitik«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2006, S. 10–13

Quenzel, Gudrun: »Welche Kultur für welches Europa? Europavisionen in den Bewerbungen um die europäische Kulturhauptstadt 2010«, in: Pankoke, Eckart/ Quenzel, Gudrun (Hrsg.): *Praktische Künste. Deutungsmuster und Wissensformen kulturellen Handelns*, Essen: Klartext, S. 55–70

Rappenglück, Stefan: »Jugend in der Europäischen Union«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 47/2006, S. 3–7

Reiche, Steffen: »Europa – Kultur«, in: *Kulturnotizen*, Heft 10/2006, S. 28–32

Rippl, Susanne/Boehnke, Klaus: »Europas Jugend. Protagonisten für Integration oder Nationalismus?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 47/2006, S. 37–46

Robertson-von Trotha, Caroline Y. (Hrsg.): *Europa in der Welt – die Welt in Europa*, Baden-Baden: Nomos-Verlag, 211 S.

Rößler, Mathias: »Patriotismus im vereinigten Europa? Positionen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft«, in: *die politische Meinung*, Heft 2/2006, S. 7–13

Rüsen, Jörn: »Europa als Idee. Zum Verhältnis von Identität und Interesse«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 18–20

Rüsen, Jörn: »Wichtig ist der Charakter des Europäischen«, in: *Lernwelt Essen*, Heft Sommer/2006, S. 14–16

Sartorius, Joachim: »Von der Marktorientierung zur kulturellen Identität. Aufgabenfelder für eine künftige europäische Kulturpolitik«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 8/2006, S. 3–7

Schlump, Wolfgang: »Kulturelle Bildung weltweit. Erste Unesco-Weltkonferenz zu Arts Education vom 6. bis 9. März 2006 in Lissabon«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 12

Schuster, Wolfgang: »Einheit durch Vielfalt. Kulturpolitik als Chance für den europäischen Integrationsprozess«, in: *Europa kommunal*, Heft 5/2006, S. 183–185

Schwencke, Olaf: *Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa. Dokumente, Analysen und Perspektiven – von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext-Verlag (Edition Umbruch.

Texte zur Kulturpolitik, 14) (2. überarbeitete und erweiterte Auflage), 443 S.

Schwencke, Olaf/Rydzy, Edda: »Kulturelle Vielfalt – Agens europäischer Entwicklung und Herausforderung deutscher Kulturpolitik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 85–95

Sergier, Paul: »Flämischer Aktionsplan für Interkulturelle Zusammenarbeit. Anlage 2«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 65 (2006), S. 33–34

Sievers, Norbert (Wagner, Bernd/Beckmann Christine [Mitarb.]): *Twins 2010. Vom Kulturaustausch zur kulturellen Zusammenarbeit, Expertise zu den begrifflichen Markierungen und Ankerpunkten eines europäischen Kulturprojektes*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. – Institut für Kulturpolitik 2006, 33 S.

Surian, Allessio: »Eine Italienische Perspektive. Einige Überlegungen zur Kultur. Anlage 3«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 65 (2006), S. 35

Then, Volker: »›Principles of Good Practice‹ des EFC. Diskussionsgrundlage auf europäischer Ebene«, in: *StiftungsWelt*, Heft 3/2006, S. 6–7

Thiemer, Hannelore: »Je mehr Kultur, umso besser die europäische Integration. Ein Gespräch«, in: *Musikforum*, Heft 2/2006, S. 58–59

UNESCO: »Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«, Auszug, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 71–72

Zimmermann, Olaf: »Kulturpolitik muss europäisch gedacht werden«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 21–22

Zingerle, Arnold: »Das kulturelle Gedächtnis des Euro«, in: Eckart Pankoke/Gudrun Quenzel (Hrsg.): *Praktische Künste, Deutungsmuster und Wissensformen kulturellen Handelns*, Essen: Klartext, S. 41–54

### *4.2 Kulturpolitik der EU*

Articus, Stephan: »Ein starkes Europa braucht starke Städte«, in: *der städtetag*, Heft 6/2006, S. 9–12

Becker, Ulrich: »Der Sozialstaat in der Europäischen Union«, in: *der städtetag*, Heft 6/2006, S. 12–16

Beckmann, Christine: »Europa für Bürgerinnen und Bürger«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2006, S. 10–11

Beckmann, Christine: *Kultur und die Fonds für Strukturentwicklung der Europäischen Union*, Bonn: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. (Materialien, 11), 94 S.

Beckmann, Christine: »Strukturprojekte und die Strukturfonds der Europäischen Union«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2006, S. 12–13

Bornemann, Sabine: »Ein neues Kultur-Förderprogramm für die EU«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2006, S. 17–18

Bornemann, Sabine: »EU-Förderung für Kulturprojekte. Worauf es bei der Antragsstellung ankommt«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 20 S., F 2.1

Bornemann, Sabine: »Europa fördert Kultur!«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2006, S. 6–9

Hartmann, Peter: »Wie weiter mit dem Verfassungsvertrag?«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2006, S. 11–17

Henner-Fehr, Christian: »Digitale Bibliotheken beschäftigen die EU. Online-Zugriff auf das europäische Kulturerbe«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 4 S., B 1.1–6

Jakobi, Ruth: »Neuer Mut zur Zusammenarbeit zwischen Politik und Kultursektor. ›Inclusive Europe – Horizon 2020‹«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 18–19

Juncker, Jean-Claude: »Die EU-Ratspräsidentschaft als Herausforderung für Deutschland. Große Erwartungen«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2006, S. 8–10

Lammert, Norbert: »Zur Notwendigkeit von Grundsatzprogramm-Diskussionen. Neue Freiheit durch mehr Gerechtigkeit«, in: *die politische Meinung*, Heft 12/2006, S. 27–29

Merkel, Angela: »Für ein starkes, einiges und handlungsfähiges Europa«, in: *der städtetag*, Heft 6/2006, S. 5–6

Merkel, Angela: »Wertegebundene Europapolitik. Herausforderungen für die deutsche Ratspräsidentschaft«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2006, S. 5–7

Mertes, Michael: »›Kerneuropa‹ als Weg aus der Sackgasse. Die Stunde der Avantgarde«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2006, S. 26–30

Ortmann, Peter: »›Honigtöpfe‹ für Musikprojekte. Kulturförderung der Europäischen Union«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 26–27

Reimon, Michel/Weixler, *Helmut: Die sieben Todsünden der EU. Vom Ausverkauf einer großen Idee*, Wien: Verlag Carl Ueberreuter, 192 S.

Rohlfs, Eckart: »Europa der Wettbewerbe. Förderer von Austausch, Begegnung und Fortbildung: Die europäische Union der Musikwettbewerbe für die Jugend (EMCY)«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 23–26

Theisen, Heinz: »Plädoyer für eine kulturelle Selbstbesinnung. Hüter des Abendlandes«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2006, S. 53–56

Thielen, Hartmut: »EU-Kohäsionspolitik: Auf die Städte kommt es an«, in: *der städtetag*, Heft 6/2006, S. 23–24

Verheugen, Günter: »Innovation, Bürokratieabbau und Wachstum beginnen lokal«, in: *der städtetag*, Heft 6/2006, S. 6–8

### *4.3 Überstaatliche Organisationen*

*UNESCO heute*. Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission (vierteljährlich)

Magdowski, Iris: »Über allem steht die Würde des Menschen. UNESCO-Konferenz zur kulturellen Vielfalt in Seoul«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 15–16

Menezes, Cláudio: »Sprachenvielfalt im Cyberspace. Wie die UNESCO Mehrsprachigkeit im digitalen Zeitalter fördert«, in: *eins*, Heft 18-19/2006, S. 42–45

Metze-Mangold, Verena/Merkel, Christine M.: »Magna Charta der internationalen Kulturpolitik. Die UNESCO-Kulturkonvention vor der Ratifizierung«, in: *Media Perspektiven*, Heft 7/2006, S. 362–373



### *4.4. Kulturpolitik in anderen Ländern*

Adams, Theodor: »Ein Kanon für Frau Antje«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 17–18

Belenitzkaja, Nina u. a.: »Östlich von Moskau. Schwerpunktthema Russland«, in: *Theater der Zeit*, Heft 3/ 2006, S. 14–34

Buruma, Ian u. a.: »China auf dem Weg nach oben«, Schwerpunktthema, in: *Kulturaustausch*, Heft 2/2006, S. 16–65

Cwitkovits, Andreas: »Kunstsponsoring aus österreichischer Sicht«, in: *Kunst und Recht*, Heft 1/2006, S. 23–25

Deuter, Ulrich: »Viele Probleme, alles okay. ›Transfer‹ holt türkische Künstler nach NRW«, in: *K.West*, Heft 7–8/2006, S. 12–15

Drews, Albert: *Kulturelle Identität in Italien. Theoriebildung und literarische Popkultur zwischen nationaler Konstruktion, europäischer Integration und Globalisierung*, Osnabrück: Universität (Trenn-Striche, Binde-Striche, 2) 2006, 467 S.

Enba, Akin: »Zeitgenössische Musik in Afrika. Ein Plädoyer für den selbstbewussten Umgang mit der Musikgeschichte«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 5/2006, S. 12–15

Engelsmann, Steven: »Rechtliche Verselbstständigung der staatlichen Museen in den Niederlanden«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 14 S., J 2.1

Koch, Angela: »Kulturfinanzierung in den USA – Modell zur Lösung der deutschen Finanzkrise? Finanzierungsmechanismen, Rahmenbedingungen und Steuerungsinstrumente«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 24 S., E 1.9

Kristeva, Julia/Kapumba Akenda, Jean C./Schönherr, Hans M.: *Identität und Konflikt. Krise der Kulturentwicklung, Aufklärung in Lateinamerika*, Biberach an der Riß: Materialis (Lebensphilosophie und interkultureller Dialog, IV), 128 S.

Landertinger, Albert: »Musik beim Nachbarn. Die österreichische Orchesterlandschaft«, in: *Das Orchester*, Heft 11/2006, S. 24–30

Lessing, Hannah M./Seidinger, Michael R./Fritsch, Claire: »Österreichische Aspekte der Kunstrestitution. Die Tätigkeit des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus im Rahmen der Rückgabe von Kunstgegenständen«, in: *Kunst und Recht*, Heft 1/2006, S. 8–13

Lühe, Barbara von der: »Blick nach Europa. Im Reich der Mitte boomt nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Klassik«, in: *Das Orchester*, Heft 10/2006, S. 12–16

Mackowski, Stefan: »Die Österreichischen Bundesmuseen – zum wirtschaftlichen Erfolg ihrer Ausgliederung«, in: *Museum aktuell*, Heft 5/2006, S. 32–37

Massing, Michael: »informationspolitik. Wie Macht, Wirtschaft und Religion in den USA die Medien beeinflussen«, in: *Lettre International*, Heft 73 (2006), S. 86– 93

Möller, Holger: »Vom Reich der Mitte lernen? Kolloquium zum Thema ›Asiatisches Wachstum – Ostdeutsches Schrumpfen‹ in Leipzig«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 64–65

Müller, Kristina: »Zwei Prozent für Soziokultur. Private Förderung von Freizeit in Brasilien«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 8/2006, S. 34–37

Müller-Straten, Christian: »Eindrücke aus der ungarischen Museumswelt«, in: *Museum aktuell*, Heft 8/ 2006, S. 27–28

Müller-Verweyen, Michael: »Geben und Nehmen. Chinas Außenkulturpolitik am Beispiel Hongkongs«, in: *KulturAustausch*, Heft 2/2006, S. 48–49

Raschèr, Andrea F. G./Zimmermann, Daniel: »Sorgfaltspflichten im Umgang mit Kulturgut. Die UNESCO-Konvention 1970 und das Schweizer Kulturgütertransfergesetz«, in: *Kunst und Recht*, Heft 1/2006, S. 4– 7

Redi, Ivan: »As good as it gets – besser geht's nicht. Zur Kulturhauptstadt Graz 2003«, in: *planerin*, Heft 1/2006, S. 34–36

Schredl, Sàrolta: »Zur Situation und Entwicklung der österreichischen Museumslandschaft am Beginn des dritten Jahrtausends«, in: *Museum aktuell*, Heft 6/2006, S. 8–10

Schuh, Horst (Hrsg.): *Sterne über Rajlovac. (Bosnische) Studenten blicken in die Zukunft*, Sarajevo, 104 S. (2. aktualisierte Auflage, zweisprachig)

Schweizer, Johanna: »Vom Verlust der Visionen. Eine Diskussion über Kulturförderung in der Schweiz«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 8/2006, S. 18–19

Steffen, Katrin: »Ambivalenzen des affirmativen Patriotismus. Geschichtspolitik in Polen«, in: *Osteuropa*, Heft 11–12/2006, S. 219–234

Vieregg, Hildegard: »Museumspädagogische Ansätze und Initiativen in Rußland – Beispiele aus Sibirien und dem Großraum Moskau«, in: *Museum aktuell*, Heft 3/2006, S. 25–27

## 5 Kulturpolitische Praxisfelder

### *5.1 Theater*

#### 5.1.1 Allgemein

*bühnengenossenschaft*. Fachblatt der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, hrsg. v. GDBA, Hamburg (monatlich)

*Die Deutsche Bühne*. Theatermagazin, Köln: Deutscher Bühnenverein (monatlich)

*INTHEGA Kultur-Journal*. Informationsdienst für die Theaterarbeit in Städten und Gemeinden, Bensheim: Mykenae Verlag (sechsmal jährlich)

*Theater der Zeit*. Zeitschrift für Politik und Theater, Berlin: Friedrich Berlin (monatlich)

*Theater heute*, Berlin: Friedrich Berlin (jährlich)

*Theater Rundschau*, hrsg. v. Bund der Theatergemeinden e. V., Bundesausgabe, Bonn: Theater Rundschau Verlag (monatlich)

*Theatermanagement aktuell*. Unabhängiger Informationsdienst für das Management im Kulturbetrieb, Köln (vierteljährlich)

*Theaterstatistik*, Köln: Deutscher Bühnenverein (jährlich)

Berger, Tristan: »Musiktheater ist Trumpf. Junge Opern für junge Leute«, in: *IXYPSILONZETT*, Heft 1/2006, S. 4–8

Bermbach, Udo u. a.: »›Idomeneo‹ und die Kunstfreiheit«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 11/2006, S. 12–19

Boldt, Ulrike: *Traumberuf Schauspieler. Der Wegweiser zum Erfolg*, Berlin: Henschel, 208 S.

Dambois, Johanna: »Scheinschwangerschaften. Neue Technologien im klassischen Musiktheater. Nahaufnahmen«, in: *Lettre International*, Heft 72 (2006), S. 86–91

Deutscher Bühnenverein (Hrsg.): *Theaterstatistik. 2004/2005*, Köln: Deutscher Bühnenverein (Theaterstatistik, 40), 207 S.

Düffel, John von: »Neues sozialkritisches Theater? Der Wandel der Wohlstandsrepublik zur Angstgesellschaft wirft seine Schatten auf die Theaterbühnen«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 3/2006, S. 16–20

Düffel, John von u. a.: »Schwerpunkt: Alle Wetter! Freilichttheater«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 10/2006, S. 34–55

Einecke-Klövekorn, Elisabeth: »Besucherorganisationen: Das Beispiel der Theatergemeinde Bonn. Referat Forum 9: Besucherorganisation und Kunstvereine«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 226–230

Gerstmeier, Joachim/Müller-Schöll, Nikolaus (Hrsg.): *Politik der Vorstellung, Theater und Theorie*, Berlin: Theater der Zeit (Recherchen, 36), 200 S.

Hadamczik, Dieter: »Wie Theater sich selbst preisen. Gedanken nach der Verleihung des Theaterpreises DER FAUST in Essen«, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 6/2006, S. 35–38

Herdlein, Hans: »Theater – kein Streitobjekt«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 4/2006, S. 4–5

Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e. V. (INTHEGA) (Hrsg.): *Jahrbuch der Städte mit Theatergastspielen 2006/07. Deutschland – Österreich – Schweiz, Veranstalter – Theater-Spielpläne – Spielstätten*, Bensheim: Mykenae Verlag, 564 S.

Kaufmann, Michael: »Strategien der Besucherorientierung der Philharmonie Essen. Referat Forum 1: Theater- und Konzerthäuser«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 88–92

Kersting, Wolfgang/Brandenburg, Detlef: »Die Spur des Menschlichen. Gibt es jenseits der großen Parolen von ›Achtundsechzig‹ ein Theater der sozialen Relevanz« (Ein Gespräch), in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 3/2006, S. 22–26

Kiderlen, Elisabeth: »Sehnsucht nach Tatsächlichkeit. Theater der Stadt und seiner BewohnerInnen«, in: *Kommune*, Heft 4/2006, S. 90–91

Koberg, Roland/Stegemann, Bernd/Thomsen, Henrike (Hrsg.): *Ost/West – ein deutscher Stoff. Das Deutsche Theater und die Debatte eines wieder vereinigten Landes*, Berlin: Henschel Verlag, 120 S.

Konrad, Walter: »Lust auf Theater wecken. Vortrag während der INTHEGA-Herbsttagung am 23. Oktober 2006 in Goslar«, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 6/2006, S. 4–10

Kues, Hermann/Göhmann, Lars/Kellermann, Katrin: »Im Blickpunkt: ›Denkweisen müssen sich ändern‹. Zum Amateurtheaterbereich« (Ein Gespräch), in: *Spiel & Bühne*, Heft 2/2006, S. 26–30

Kuhna, Martine: »Kohle fördern war einfacher. Zollvereins mühsamer Aufstieg zum Design-Standort«, in: *Das Feuilleton für NRW*, Heft 9/2006, S. 50–54

Kurzenberger, Hajo: »Kollektiv kreativ. Produktionsformen des politischen Theaters«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 3/2006, S. 32–35

Lehmann, Hans-Thies: »Anmerkungen zum postdramatischen Theater«, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, Heft 2/2006, S. 22–31

Liehnok, Renate/Plewa, Siegfried: »Persönlich nachgefragt: Theater Ost-West« (Ein Gespräch), in: *Spiel & Bühne*, Heft 1/2006, S. 17–23

Maldeghem, Carl Philip von: »›management-by-shakespeare‹. Führungskräfte-Seminare auf den Brettern, die die Welt bedeuten. Interview mit Dr. Carl Philip von Maldeghem, Intendant des Alten Schauspielhauses und der Komödie im Marquardt, Stuttgart«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 8 S., E 4.2-2

Marx, Peter W.: *Max Reinhardt. Vom bürgerlichen Theater zur metropolitanen Kultur*, Tübingen: A. Francke Verlag, 244 S.

Milow, Wolfgang/Triebold, Wilhelm: »Seid ihr alle da? Ein Abschiedsgespräch über Theater in der Wohlstandsgesellschaft, Kundenpflege und die Vermittlung schwieriger Aufführungen«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 9/2006, S. 52–54

Muschter, Gabriele: »Von der Notwendigkeit des Theaters. Betrachtungen zum Berliner Ensemble«, in: *Liberal*, Heft 2/2006, S. 65–67

Nauka, Bogdan u. a.: »Theater und Theaterkooperationen in Mitteleuropa«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 2/2006, S. 12–31

Neue Schauspiel GmbH (Hrsg.): *Düsseldorfer Schauspielhaus 1996–2006. 10 Jahre Intendanz Anna Badora*, Düsseldorf, 368 S.

Oesterreich, Volker: »Weiterspielen!«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 12/2006, S. 10–11

Plata, Tomasz (Hrsg.): *Theater in Polen 1990–2005. Öffentliche Strategien, private Strategien*, Berlin: Theater der Zeit (Recherchen, 32), 200 S.

Raddatz, Frank M.: *Botschafter der Sphinx. Theater an der Ruhr*, Berlin: Theater der Zeit, 214 S.

Rademacher, Norbert: »Das Amateurtheater in der Bundesrepublik Deutschland von 1945–1990«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 1/2006, S. 12–16

Redaktion Theater heute: »Der Fall Stadelmaier. Eine Dokumentation ausgewählter Pressestimmen, Interviews und Kommentare zur Frankfurter Premiere von Ionescos ›Das große Massakerspiel‹«, in: *Theater heute*, Heft 4/2006, S. 4–9

Rühle, Günther: *Theater in Deutschland 1878–1945. Seine Ereignisse – seine Menschen*, Frankfurt am Main: Fischer, 750 S.

Schläder, Jürgen (Hrsg.): *OperMachtTheaterBilder. Neue Wirklichkeiten des Regietheaters*, Berlin: Henschel Verlag, 256 S.

Schmidt, Dietmar N.: *Kurt Hübner. Von der Leidenschaft eines Theatermenschen*, Berlin: Henschel Verlag, 288 S.

Sellars, Peter/Behrens, Wolfgang/Meyer-Thoss, Gottfried: »Wird es Gnade geben? Ein Gespräch über Mozart, Politik und Gewalt«, in: *Theater der Zeit*, Heft Januar/2006, S. 4–7

Silberman, Marc: »Die Tradition des politischen Theaters in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 23-24/2006, S. 13–22

Theater Basel (Hrsg.): *Theater Basel Neunzehnhundertsechsundneunzig bis Zweitausendundsechs*, Basel: Schwabe Verlag, 736 S.

Wagner, Meike: »Die innere Mitte. Was das neue Theater zusammenhält«, in: *double. Magazin für Puppen-, Figuren- und Objekttheater*, Heft 1/2006, S. 10–13

Weber, Hans-Albrecht: »Von der Laienkunst zum Amateurtheater. Zur Geschichte des Amateurtheaters in Ostdeutschland zwischen 1945 und 1989«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 1/2006, S. 6–11

Weigand, Frank: »Raus aus der Nische! Vom Umgang der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit dem Theater deutsch-türkischer Regisseure«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 9/2006, S. 40–42

Weiss, Stefan/Schebera, Jürgen (Hrsg.): *Street Scene. Der urbane Raum im Musiktheater des 20. Jahrhunderts. Tagungsbericht*, München: Waxmann (Veröffentlichungen der Kurt-Weill-Gesellschaft Dessau, 6), 282 S.

Wilink, Andreas: »Spiel-Verderber. Was hat das Theater uns noch zu sagen?«, in: *K.West*, Heft 4/2006, S. 4–6

Zehelein, Klaus: »›Wer Kunst machen will, soll etwas riskieren‹. Interview«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 6/2006, S. 16–19

### 5.1.2 Theaterstruktur, Theaterfinanzierung

»Änderung des Normalvertrages Bühne. Neue Vergütungsordnung für Chor und Tanz. Einmalzahlungen – Zuwendung – Urlaubsgeld«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 2/2006, S. 4–11

Behrens, Wolfgang u. a.: »Schwerpunktthema Festivals«, in: *Theater der Zeit*, Heft September/2006, S. 19–40

Brandenburg, Detlef: »Bonner Visionen. Wie die Bundeshauptstadt a. D. durch harte Sparpläne und luftige Ambitionen ihr Theater aufs Spiel setzt«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 6/2006, S. 10–11

Deutscher Bühnenverein (Hrsg.): *Geschäftsbericht 2005*, Köln: Deutscher Bühnenverein, 77 S.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft: *Die Bremer Theaterkrise – eine peinliche Politinszenierung der Großen Koalition*, Bremen, 31 S.

Gade, Jörg: »Stadttheater Hildesheim und Landesbühne Hannover gehen zusammen – mit den Freien Theatern?«, in: *kulturpiXXX*, Heft 2/2006, S. 10–11

Glesner, Julia/Tietzel, Janko: »Marktforschung für Theaterbetriebe – Informationsbeschaffung trotz geringer Etats«, in: *TheaterManagement aktuell*, Heft März-Mai/2006, S. 8–9

Glesner, Julia/Tietzel, Janko: »Marktforschung für Theaterbetriebe – Informationsbeschaffung trotz geringer Etats« (Teil 2), in: *Theater Management aktuell*, Heft Juni-August/2006, S. 6–7

Goebel, Jens/Peters, Nina: »Die Auslastungszahl der thüringischen Theater ist unterdurchschnittlich« (Ein Gespräch), in: *Theater der Zeit*, Heft September/2006, S. 10–12

Helbing, Michael: »Die Schlacht um Geld und Kunst. Eine Reise durch die aufrechten Produktionsstandorte Rudolstadt, Nordhausen, Eisenach und Alternburg-Gera«, in: *Theater der Zeit*, Heft April/2006, S. 37–40

Herdlein, Hans: »Verd.i – wohin?«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 3/2006, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Vom Haustarifvertrag zum Notlagentarifvertrag«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 11/2006, S. 4–5

Hilterhaus, Stefan/Patrizi, Livia: »Der Tanz als Zugang zur Welt. Über Tanz in der Schule und einen stillen Paradigmenwechsel der kulturellen Förderung« (Ein Gespräch), in: *Theater der Zeit*, Heft 2/2006, S. 13–17

Jaeger, Falk: »Die Orchidee am Tiefen See. Was lange gärt: Nach Jahrzehnten hat das Hans-Otto-Theater in Potsdam ein neues Haus«, in: *Theater heute*, Heft 10/2006, S. 34–35

Jaeger, Falk: »Erfurt leuchtet. Der größte Theaterneubau seit der Wiedervereinigung entstand in der thüringischen Landeshauptstadt«, in: *Theater heute*, Heft 7/2006, S. 36–37

Jeschonnek, Günter: »Förderstrukturen des Freien Theaters. Deutlichere Unterstützung durch die Politik gefordert«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2006, S. 22–23

Jochum, Manfred/Schmid-Reiter, Isolde (Hrsg.): *Teure Kunstform Oper? Musiktheater im neuen Jahrtausend. Strategien und Konzepte*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag (Kultur und Wirtschaft, 4), 142 S.

Knauer, Bettina/Krause, Peter (Hrsg.): *Von der Zukunft einer unmöglichen Kunst. 21 Perspektiven zum Musiktheater*, Bielefeld: Aisthesis Verlag, 220 S.

Langhals, Ralf-Carl: »Wenn plötzlich der Vorhang fällt … Am Theater Heidelberg rächt sich städtischer Sanierungsstau über Nacht«, in: *Theater der Zeit*, Heft Dezember/2006, S. 4–5

Lennartz, Knut: »Auf den zweiten Blick … Die Werkstatistik 2004/2005 des Deutschen Bühnenvereins«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 9/2006, S. 56–57

Lennartz, Knut: »Ein Theaterwunder. Neues Theater in Potsdam«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 11/2006, S. 28–30

Lennartz, Knut u. a.: »Dach und Fach. Theaterbaustellen. Schwerpunktthema«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 11/2006, S. 28–48

Noack, Bernd: »Ruhe nach dem Sturm. Das Mainfranken-Theater in Würzburg erholt sich langsam von Misswirtschaft, Intendantenwechseln und kulturpolitischen Querelen aller Couleur«, in: *Theater heute*, Heft 3/2006, S. 35–37

Peters, Nina: »Laboratorien der Zukunft. Das Theater in Deutschland entwickelt derzeit Produktionsformen, die bald eine größere Rolle spielen könnten«, in: *Theater der Zeit*, Heft Juni/2006, S. 11–16

Reichart, Paul: »Professionelles Database-Management als Voraussetzung für effizientes Direktmarketing in

Theaterbetrieben«, in: *TheaterManagement aktuell*, Heft März–Mai/2006, S. 6–7

Röper, Henning: *Handbuch Theatermanagement. Betriebsführung, Finanzen, Legitimation und Alternativmodelle*, Köln u. a.: Böhlau, 646 S. (2., unveränderte Auflage)

Schleswig-Holsteinischer Landtag: »Theaterfinanzierung. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 16/1100 (7.12.2006), Kiel

Schmidt, Matthias: »›Geist ist geil‹ – mit Flatrate in die Theaterzukunft. Mit großem Wirbel will Matthias Oldag sein Publikum in Altenburg-Gera erobern«, in: *Theater der Zeit*, Heft Dezember/2006, S. 38–40

Schmidt, Matthias: »Thüringer Schlachtsuppe oder Theater und Mathematik«, in: *Theater der Zeit*, Heft September/2006, S. 8–9

Stephan, Erika: »Die Kraft zum Widerspruch. Das Theater Rudolstadt hat eine lange Tradition – und beweist Stehvermögen in heißen wie kalten Zeiten«, in: *Theater heute*, Heft 2/2006, S. 33–35

Straube, Leona: »Neubau im Osten – Hans Otto Theater Potsdam«, in: *TheaterManagement*, Heft September-November/2006, S. 9–12

Thüringer Landtag: »Theater- und Orchesterförderung in Thüringen. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion Linkspartei.PDS« (Drucksache 4/923), *Drucksache* 14/2215 (4.9.2006), Erfurt

Vakianis, Artemis: »Besonderheiten des Managements von Kulturbetrieben anhand des Beispiels ›Theater‹«, in: Zembylas, Tasos/Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung, Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79–97

Völkers, Hortensia/Peters, Nina/Schmidt, Matthias: »Verlangsamen, großzügiger denken! Ein Gespräch«, in: *Theater der Zeit*, Heft Juni/2006, S. 17–19

### 5.1.3 Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik

*IXYPSILONZETT*. Magazin für Kinder- und Jugendtheater, eine Veröffentlichung der ASSITEJ Deutschland, Berlin: Theater der Zeit (dreimal jährlich, auch als Beilage zu Theater der Zeit)

*Zeitschrift für Theaterpädagogik. Korrespondenzen*. In Kooperation mit Gesellschaft für Theaterpädagogik e. V., Bundesverband Theaterpädagogik e. V. und BAG Spiel + Theater e. V., Uckerland: Schibri-Verlag

Bidlo, Tanja: *Theaterpädagogik. Einführung*, Essen: Oldib-Verlag, 170 S.

Bundesverband Darstellendes Spiel e. V. (Hrsg.): *betrifft: uns*, Hamburg: Edition Körber-Stiftung (Fokus Schultheater, 5), 116 S.

Czerny, Gabriele: *Theaterpädagogik. Ein Ausbildungskonzept im Horizont personaler, ästhetischer und sozialer Dimension*, Augsburg: Wißner (Augsburger Studien zur Deutschdidaktik, 5), 288 S., 4. Aufl.

Domkowsky, Romi: »Die Wirkung des Theaterspielens auf junge Menschen«, in: *Zeitschrift für Theaterpädagogik*, Heft 48 (2006), S. 35–42

Ebelt, Sylvie: »Situation der Kinder- und Jugendtheater in Deutschland«, in: *TheaterManagement aktuell*, Heft Februar/2006, S. 12–14

Eriksson, Stig u. a.: »Theaterpädagogik in Europa« (Schwerpunktthema), in: *Zeitschrift für Theaterpädagogik*, Heft 49 (2006), S. 5–68

Fangauf, Henning/Taube, Gerd: »Internationaler Austausch in der kulturellen Jugendbildung . Beispiel Kinder- und Jugendtheater«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 16 S., C 3.8

Fuchs, Max/Wuschek, Kay/Peters, Nina: »Die Türe zum Kinderzimmer aushängen. Max Fuchs und Kay Wuschek über Kulturelle Bildung und die Theaterbesucher von morgen«, in: *Theater der Zeit*, Heft Dezember/2006, S. 14–18

Grund, Stefan: »Szene Kinder- und Jugendtheater. In Hamburg kommt ein jahrelang vernachlässigtes Theaterfeld wieder in Schwung«, in: *Theater der Zeit*, Heft Januar/2006, S. 18–23

Helbing, Michael: »Bloß keine Kinderbespaßung. Eisenach hat kein Schauspielensemble, aber ein Junges Theater«, in: *Theater der Zeit*, Heft Dezember/2006, S. 21–23

Herdlein, Hans: »Tanzkongress Deutschland«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 5/2006, S. 4–5

Hilliger, Dorothea: *Theaterpädagogische Inszenierung. Beispiele – Reflexionen – Analysen*, Berlin u. a.: Schibri-Verlag, 235 S.

Hoffmann, Christel: *spiel.raum.theater. Aufsätze, Reden und Anmerkungen zum Theater für junge Zuschauer und zur Kunst des Darstellenden Spiels*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang-Verlag (Kinder-, Schul- und Jugendtheater. Beiträge zur Theorie und Praxis, 12), 427 S.

Kiefer, Jochen: »Die Puppe als programmatisches Spiel der Differenz«, in: *double. Magazin für Puppen-, Figuren- und Objekttheater*, Heft 1/2006, S. 4–6

Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Jugendtheaterstücke. Ein kleiner Schauspielführer*, Frankfurt am Main: Selbstverlag (Ergänzungslieferung)

Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben und Aktivitäten 2005*, Frankfurt am Main: Selbstverlag, 91 S., inkl. Pressespiegel 2005 auf CD-ROM

Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Kindertheater aktuell*, Braunschweig: Westermann Schulbuchverlag, 16 S.

Kirsch, Dieter (Hrsg.): *Theaterspielen. Vom Unterrichtsprinzip zum Unterrichtsereignis.Goethe-Institut*, Bielefeld: Bertelsmann, 64 S.

Klementz, Constanze/Cramer, Franz Anton: »Tanz-Stunde Null? Deutsche Kulturpolitik entdeckt die Tanzausbildung und bemüht sich um breitenwirksame Vermittlung«, in: Theater der Zeit, Heft 2/2006, S. 11–12

Körber Stiftung/Behörde für Bildung und Sport Hamburg (Hrsg.): *TuSch – Theater und Schule. Einblicke in Projekte zwischen Hamburger Theatern und Schulen 2004 bis 2006*, Hamburg: Selbstverlag, 66 S.

Mack, Jürgen: »Wie wirksam ist Theater(pädagogik)?«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 4/2006, S. 12–14

Mangold, Christiane (Hrsg.): *Grundkurs Darstellendes Spiel 1. Arbeitsbuch für den Unterricht im Darstellenden Spiel in der Sekundarstufe II*, Braunschweig: Schroedel, 144 S.

Müller, Linda/Schneeweis, Katharina: *Tanz in Schulen. Stand und Perspektiven. Dokumentation der »Bundesinitiative Tanz in Schulen«*, München: K. Kieser Verlag, 142 S.

Ostendorf, Heiko: »Wunschkind Oskar. Die Osnabrücker Bürger leisten sich ein neues Kinder- und Jugendtheater«, in: *Theater der Zeit*, Heft Dezember/2006, S. 24–26

Pinkert, Ute/Maier, Tania: »Transformatorische Praktiken in der Ästhetischen Bildung/Theaterpädagogik. Skizze eines Forschungsvorhabens«, in: *Zeitschrift für Theaterpädagogik*, Heft 48 (2006), S. 42–48

Richter, Anne: »Mit ›Enter‹ in ›Die Schönheitsfalle‹. Neues Musiktheater für Kinder und Jugendliche in Mannheim«, in: *IXYPSLIONZETT*, Heft 1/2006, S. 11–13

Richter, Anne: »›Spurensuche 8‹ bietet Qualität und Impulse. Freies KinderTheaterTreffen vom 28.5. bis 3.6. 2006 in Bonn«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 62–63

Schneider, Wolfgang: »Wie muss man sehen, um sehen zu können? Grundsätzliche Überlegungen zur Kulturellen Bildung im Kinder- und Jugendtheater«, in: *Theater der Zeit*, Heft Dezember/2006, S. 11–13

Schneider, Wolfgang/Loewe, Felicitas (Hrsg.): *Theater im Klassenzimmer. Wenn die Schule zur Bühne wird*, Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren (eine Veröffentlichung der ASSITEJ Deutschland), 106 S.

Stender, Ute-Barbara: »Theaterarbeit aus Sicht einer Klassenlehrerin«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 4/2006, S. 10–11

Wartemann, Geesche: »Eine Theaterakademie für Kinder. Ein Projekt der RuhrTriennale in Kooperation mit der Universität Hildesheim«, in: *IXYPSILONZETT*, Heft 1/2006, S. 16–17

Wegner, Manfred: »›Ein Nonplusultra von Nettigkeit‹. Das Puppenspiel auf dem Weg zu sich selbst«, in: *double. Magazin für Puppen-, Figuren- und Objekttheater*, Heft 1/ 2006, S. 4–6

Wenzel, Karl-Heinz: *Theater in B.E.S.T.-Form. Plädoyer für ein anderes Jugendtheater. Über die Entwicklung eines Jugendtheater-Konzeptes am Beispiel der Jugendtheatergruppe B.E.S.T. »Bremens Erstes Schulübergreifendes Theater«*, Weinheim: Deutscher Theaterverlag, 116 S.

### 5.1.4 Freies Theater

*Spiel und Bühne*. Fach- und Verbandszeitschrift Bund Deutscher Amateurtheater e. V., Heidenheim: Bund Deutscher Amateurtheater e. V. (viermal jährlich)

Baur, Detlev: »So eine Art Vier-Sparten-Haus. In Köln bilden vier Gruppen der freien Szene das Ensemblenetzwerk ›Freihandelszone‹«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 6/2006, S. 44–45

Brandmayr, Tanja (Hrsg.): *Die freien Theater-, Tanz- und Performancegruppen in Linz und OÖ. Bestandsaufnahme 2006*, Linz: Ed. Pro Mente, 145 S.

»Förderstrukturen des Freien Theaters in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 3/2006, S. 7–8

Haß, Kirsten: »Wie viele Säulen tragen die Deutsche Theaterlandschaft? Periodische Bestandsaufnahme des Freien Theaters«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 69

Hirche, Albrecht/Krumbein, Kathrin (Hrsg.): *Der Freie Fall. Positionen von Performern*, Essen: Klartext Verlag, 135 S.

Kiefer, Jochen/Wegner, Manfred/Wagner, Meike u. a.: »Figur zwischen Drama und Performance«, in: *double*, Heft 1/2006, 40 S.

Kirsten, Haß: »Führungswechsel im Landesverband Freier Theater – was bleibt, was kommt?«, in: *kulturpiXXX*, Heft 3/2006, S. 5–6

Maldeghem, Carl Philip von: »›Ein Theater muss von innen strahlen‹. Ein Gespräch über Privattheater«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 5/2006, S. 40–43

Schneider, Wolfgang: »Polyphonie der Strukturen. Niedersächsischer Theaterbeirat« (Interview), in: *kulturpiloten*, Heft 1/2006, S. 27–28

Sellke, Jan: »Kultur für alle wenigen. Chancen Freier Theater angesichts des demografischen Wandels«, in: *kulturpiXXX*, Heft 2/2006, S. 27–28

Slevogt, Esther: »Säle mit Seele. Berliner Sophiensäle entdecken am geschichtsträchtigen Ort nach 10 Jahren noch immer Talente«, in: *Theater heute*, Heft 1/2006, S. 36–41

Tiedemann, Kathrin: »We aim to please? Neuere Ansätze der Publikumspartizipation im Freien Theater«, Referat Forum 1: Theater- und Konzerthäuser, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht. kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 93–96

Triebold, Wilhelm: »Gradwegadem: Ihr Feld ischd Welt. Über das bundesweit einzigartige Regionaltheater Melchinger Lindenhof«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 10/2006, S. 60–61

Wahl, Christine: »Der Schritt in die soziale Realität. Ein Essay anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Berliner Sophiensaele«, in: *Theater der Zeit*, Heft November/2006, S. 34–37

Wahl, Christine: »Theater ohne Sinnkrise. Das Berliner Theater RambaZamba: ein Ensemble aus so genannten Behinderten mit besonderer Begabung«, in: *Theater der Zeit*, Heft Oktober/2006, S. 38–41

## *5.2 Musik*

### 5.2.1 Allgemein

*Chor und Konzert*. Informationen des Verbandes Deutscher KonzertChöre, Viersen: Verband Deutscher Konzert-Chöre (viermal im Jahr)

*Das Opernglas*, Hamburg: Opernglas Verlagsgesellschaft mbH (elfmal im Jahr)

*Das Orchester*. Zeitschrift für Orchesterkultur und Rundfunk-Chorwesen, Mainz: Schott Musik International (elfmal jährlich)

*Lied und Chor*. Zeitschrift für das Chorwesen, Köln: Deutscher Sängerbund (monatlich)

*Musikforum*. Hervorgegangen aus: Deutscher Musikrat: Referate und Informationen (Nr. 1, 1965 bis Nr. 67, 1987), erschienen bis 2001 (Nr. 95) – ab Okt. 2004 als Das Magazin des Deutschen Musikrats fortgeführt, Mainz u. a.: Deutscher Musikrat/Schott Verlag (vierteljährlich)

*Neue Zeitschrift für Musik*, Mainz: Schott (sechsmal im Jahr)

*nmz. Neue Musikzeitung*, Regensburg: ConBrio Verlagsges. mbH

*Oper und Tanz*. Zeitschrift der VdO für Opernchor und Bühnentanz, Regensburg: ConBrio-Verlagsgesellschaft (zweimonatlich)

Balzer, Matthias: »Kirchenmusik: Hat sie eine Zukunft?«, in: *Musikforum*, Heft 3/2006, S. 14–18

Behne, Klaus-Ernst: »Zu viel Kulturpessimismus? Klaus-Ernst Behne bewertet die Hamann-Studie – und bezweifelt, dass der Nachfrageeinbruch von Klassik so einfach und linear verläuft«, in: *Musikforum*, Heft 2/2006, S. 18–19

Berg, Hans-Walter: »Auswahlorchester. Repräsentanten des Laienmusizierens«, in: *Musikforum*, Heft 2/2006, S. 36–37

Binas-Preisendörfer, Susanne: »Verteilungsplan, ideologische Konstruktion und sozialer Filter. Zur Geschichte der Kategorien von E-Musik und U-Musik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 271–277

Böttcher, Tilmann: »Allegro ins 21. Jahrhundert. Die ›Jeunesses Musicales‹ in Frankreich und Deutschland«, in: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, Heft 6/2006, S. 101–105

Buhles, Günter: »Aus dem Graben ans Licht. Zur Rolle der Bühnenmusik im heutigen Regietheater«, in: *Das Orchester*, Heft 1/2006, S. 27–30

Deutscher Musikrat: *50. Bundesauswahl Konzerte junger Künstler 2006/2007. Künstlerkatalog*, Bonn: Selbstverlag, 86 S.

Deutscher Musikrat (Hrsg.): *Musikalmanach 2007/2008. Daten und Fakten zum Musikleben in Deutschland*, Regensburg: ConBrio, 1528 S.

Deutscher Musikrat: »Zukunft Musik: Laien musizieren in Deutschland«, in: *Gema Nachrichten*, Heft 174 (2006), S. 164–166

Eggert, Moritz: »E-Musik-Kompositionswettbewerbe – oder ›Der toskanische Fluch‹«, in: *Informationen*, Heft 2/2006, S. 28–30

Engh, Marcel: *Popstars als Marke. Identitätsorientiertes Markenmanagement für die musikindustrielle Künstlerentwicklung und -vermarktung*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag (Gabler Edition Wissenschaft : Innovatives Markenmanagement), 406 S.

Feist, Thomas: »Marktphänomen und klingender Zeitgeist. Christliche Popularmusik ist ›im Kommen‹«, in: *Musikforum*, Heft 3/2006, S. 32–34

Herr, Corinna (Hrsg.): *Musik mit Methode. Neue kulturwissenschaftliche Perspektiven*, Köln u. a.: Böhlau (Musik – Kultur – Gender, 1), 330 S.

Hörenberg, Erik: »Kulturträger Laienorchester«, in: *Musikforum*, Heft 2/2006, S. 33–35

Jacobshagen, Arnold (Hrsg.): *Musik und Kulturbetrieb. Medien, Märkte, Institutionen*, Laaber: Laaber-Verlag (Handbuch der Musik im 20. Jahrhundert, 10), 368 S.

Jank, Birgit/Rademacher, Ulrich/Scherf, Henning/Enns, Norma u. a.: »Im Fokus: Die Stimme«, in: *Musikforum*, Heft 4/2006, S. 8–41

Jung, Hans-Rainer: *Das Gewandhaus-Orchester. Seine Mitglieder und seine Geschichte seit 1743*, Leipzig: Faber & Faber, 256 S.

Landesmusikrat Niedersachsen (Hrsg.): *Kontaktstellen Musik im Landesmusikrat Niedersachsen. Eine Bestandsaufnahme nach fünf Jahren*, Hannover: Institut für Musikpädagogische Forschung der Hochschule für Musik und Theater Hannover (Forschungsbericht, 19), 97 S.

Liedtke, Ulrike: »Orchester in der Zerreißprobe«, in: *Musikforum*, Heft 2/2006, S. 9–11

Lindenbaum, Walter: »Gute Freunde kann niemand trennen. Musik und Fußball – ein Team auf dem Rasen und im Konzertsaal«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/ 2006, S. 24–27

Mack, Dieter: »Fremd und vertraut. Komponisten im Spannungsfeld multikultureller Auseinandersetzungen«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2006, S. 22– 23

Maruschka, Martin: »Fonds Experimentelles Musiktheater. Eine gemeinsame Initiative des NRW KULTURsekretariats und der Kunststiftung NRW«, in: *K.West*, Heft 6/2006, S. 44–45

Mende, Annette/Neuwöhner, Ulrich: »Wer hört heute klassische Musik? ARD-E-Musikstudie 2005: Musiksozialisation, E-Musiknutzung und Musikkompetenz«, in: *Media Perspektiven*, Heft 5/2006, S. 246–258

Peitz, Dirk: »Ach, lass den Rock doch. Die Ausstellung ›Rock! – Jugend und Musik in Deutschland‹ im Haus der Geschichte Bonn: Ein paar Anmerkungen zum historischen Missverständnis der Beziehung zwischen Rebellion und Jugendkultur«, in: *K.West*, Heft 6/2006, S. 50–51

Peitz, Dirk: »Besiegt, doch unabsteigbar. Berlin ist Musikstandort Nummer eins. Die dritte ›c/o pop‹ jedoch belegt: Das hippere Musikfestival hat immer noch Köln«, in: *K.West*, Heft 7–8/2006, S. 24–25

Redaktion ›Das Orchester‹: »Alphabetische Aufstellung der deutschen Kulturorchester mit Einstufung und ausgewiesenen Planstellen«, in: *Das Orchester*, Heft 2/2006, S. 32–35

Rudiger, Georg: »Die Philharmonie als Veranstalter. Mit der Philharmonie Luxemburg und der Philharmonie Essen bieten nicht mehr nur Orchester, sondern auch Konzerthäuser umfangreiche Education-Programme an«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2006, S. 33–37

Rückleben, Erich: »Missklänge und Nachklänge zum Geburtstag des Wolfgang Amadé. 250 Jahre Mozart ...«, in: *Die Brücke*, Heft 3/2006, S. 51–60

Schlossmuseum Hardenberg (Hrsg.): *Das ›Dritte Reich‹ und die Musik* (Ausstellungskatalog), Berlin: Nicolai Verlag, 204 S.

Schultz, Wolfgang-Andreas: »›Denn wo die Lieb erwachet ...‹. Todessehnsucht in der Musik des 19. Jahrhunderts«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2006, S. 30–33



### 5.2.2 Musikpädagogik

*Diskussion Musikpädagogik*. Wissenschaftliche Vierteljahresschrift für Musikpädagogik, Oldershausen: W. D. Lugert-Verlag (viermal im Jahr)

*Musik und Unterricht*. Zeitschrift für Musikpädagogik, Seelze: Friedrich (fünfmal jährlich)

Bäßler, Hans: »Treibhäuser der Zukunft mit Musik? Reinhard Kahls Film und die Konsequenzen für eine neue Musikpädagogik«, in: *Musik und Bildung*, Heft 2/2006, S. 6–11

Bäßler, Hans: »Warum Klassiker?«, in: *Musik und Bildung*, Heft 4/2006, S. 6–8

Bailer, Noraldine/Huber, Michael (Hrsg.): *Youth – Music – Socialization. Empirische Befunde und ihre Bedeutung für die Musikerziehung*, Wien: Institut für Musiksoziologie (Extempore, 6), 127 S.

Claus-Bachmann, Martina: *Musik kulturell vermitteln. Musikpädagogik und Kulturkompetenz*, Giessen: ulme-miniverlag, 110 S.

Dantrimont, Nicole: »Musikkindergärten. Zukunftsmodell oder Modeerscheinung«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2006, S. 8–17

Ernst, Anselm: *Die zukunftsfähige Musikschule. Eine Einführung in die Musikpädagogik für Musikschullehrkräfte*, Aarau: Musik-Verlag Nepomuk, 176 S.

Fuchs, Max/Gauger, Jörg-Dieter/Geißler, Theo/Kaiser, Hermann Josef/Wilske, Hermann: »Steilvorlage oder Fehlpass? Misstöne um einen Kanon. Ein Grundsatzpapier der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Neuorientierung des Musikunterrichts in der Diskussion«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 7/2006, S. 3–5

Gotthardt, Christoph: »Sinfonik für Kindergärten. Musikvermittlung als Ausgangspunkt musikalischer Bildungsprozesse«, in: *Das Orchester*, Heft 11/2006, S. 18–23

Jank, Birgit: *Potsdamer Perspektiven einer systematischen Musikpädagogik*, Potsdam: Universitäts Verlag (Potsdamer Schriftenreihe zur Musikpädagogik, 1), 53 S.

Jünger, Hans/Wilske, Hermann: »Zur Diskussion. Thesenpapiere der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Deutschen Musikrates zum Musikunterricht in Deutschland«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/2006, S. 62–63

Kaiser, Hermann J.: »Makabrer Kanon: Retro hat Konjunktur. Eine Erwiderung von Herman J. Kaiser auf einen Artikel von Klaus Velten in der Juli/August-Ausgabe der nmz«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 10/2006, S. 15–16

Kaiser, Hermann J./Barth, Dorothee/Heß, Frauke/Jünger, Hans/Rolle, Christian/Vogt, Jürgen/Wallbaum, Christopher: *Bildungsoffensive Musikunterricht? Das Grundsatzpapier der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Diskussion*, Regensburg: ConBrio Verlag, 155 S.

Klöckner, Stefan: »Lähmender Gewöhnung sich entraffen. Ein kritischer Blick auf das Unterrichtsfach ›Gregorianik‹ in Deutschland«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 4/2006, S. 6–7

Reuter, Tobias: »Musik und Sport. Grundlagen und Perspektiven einer fächerintegrativen Zusammenarbeit«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/2006, S. 6–7

### 5.2.3 Musikschulen und Musikhochschulen

Blake, Michael: »Die informelle Akademie. Alternative Zugangsweisen zum Kompositionsstudium in Südafrika«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 5/2006, S. 26–27

Dantrimont, Nicole: »›Auf Augenhöhe kooperieren ...‹. Amadé, das Netzwerk für die Hochbegabtenförderung in der Kurpfalz«, in: *Das Orchester*, Heft 2/2006, S. 18–22

Egeler-Wittmann, Silke: »Musik-Tanz mit Kaugummi. Experimentelle Tanzperformance in der Schule«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/2006, S. 42–47

Feuerborn, Wolfgang: »Aktives Musizieren, handelndes Kennenlernen. Klassenmusizieren mit Gitarren als Kooperationsmodell für Schule und Musikschule«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 9/2006, S. 15–16

Görtz, Heide: »Musikschulen müssen Eingang in die Schulen finden«, in: *Musikforum*, Heft 4/2006, S. 58–59

Koch, Martin: »Augsburg geschockt – München zufrieden. Zu den Empfehlungen der Expertenkommission Musikhochschullandschaft Bayern«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 4/2006, S. 13–14

Krüger, Christiane: »Konzepte der Besucher- und Nutzerorientierung am Beispiel der Kreismusikschule Ueckerandow«, Referat Forum 2: Kulturelle Bildung und Kulturpädagogik, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 107–110

Kullmann, Friedrich: »Courage ist gefragt. Bürgerbegehren gegen die Privatisierung von Musikschulen?«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 1-2/2006, S. 5–6

Wanner, Claudia: »Gemeinsame Sprache für die Zukunft. Wie die Musikschulen Europa zusammenwachsen lassen«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 35–36

Wilske, Hermann/Kaiser, Hermann Josef/Fuchs, Max/ Jank, Birgit/Gauger, Jörg-Dieter/Geißler, Theo: »Steilvorlage oder Fehlpass? Misstöne um einen Kanon. Ein Grundsatzpapier der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Neuorientierung des Musikunterrichts in der Diskussion«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 10/2006, S. 3–5

Zach, Andreas: *Kommunale und private Musikschulen in Deutschland. Wirtschaftliche und pädagogische Aspekte der Musikschularbeit*, Berlin: Frank & Timme (Schriften des Instituts für Westslawische Musikforschung, 2), 90 S.

Zacharias, Wolfgang: »Machen Künste Schule? Chancen von mehr Kultur für die Schule nutzen«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 7/2006, S. 7–8

## *5.3 Bildende Kunst*

### 5.3.1 Allgemein

*art. Das Kunstmagazin*, Hamburg: Gruner + Jahr (monatlich)

*kulturpolitik*. Vierteljahreszeitschrift für Kunst und Kultur - Bundesmitteilungsblatt des BBK, Bonn: Kulturwerk des BBK e. V. (viermal im Jahr)

*Kunstchronik*. Monatsschrift für Kunstwissenschaft, Museumswesen und Denkmalpflege, hrsg. v. Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München. Mitteilungsblatt des Verbandes deutscher Kunsthistoriker e. V., Nürnberg: Hans Carl (elfmal im Jahr)

*Kunstforum international*. Die aktuelle Zeitschrift für alle Bereiche der Bildenden Kunst, Ruppichteroth: Kunstforum (vierteljährlich)

*Texte zur Kunst*, Berlin: Texte zur Kunst GmbH (vierteljährlich)

Clement, Hans-Jörg: »Über eine neue Ernsthaftigkeit in Berlin, Basel und New York. Die politische Kraft von zeitgenössischer Kunst«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2006, S. 70–74

DASA der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund (Hrsg.): *Jürgen Brodwolf: Mensch Maschine Arbeit, Figur Raum Zeit. DASA-Galerie – Dortmund 21. Mai bis 30. Juli 2006* (Ausstellungskatalog), Frankfurt am Main: Gierig kunstprojekte, 58 S.

Demand, Christian: »Kunst im Singular. Demokratische Kirmes und die Sehnsucht nach der Tiefe«, in: *Merkur*, Heft 689-690 (2006), S. 789–799

Enderlein, Angelika: *Der Berliner Kunsthandel in der Weimarer Republik und im NS-Staat. Zum Schicksal der Sammlung Graetz*, Berlin: Akademie Verlag, 327 S.

Fleckner, Uwe (Hrsg.): *Angriff auf die Avantgarde. Kunst und Kunstpolitik im Nationalsozialismus*, Berlin: Akademie Verlag (Schriften der Forschungsstelle »Entartete Kunst«, 1), 320 S.

Grässlin, Karola: »Der Kunstverein Braunschweig. Referat Forum 9: Besucherorganisation und Kunstvereine«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 224– 225

Graw, Isabelle: »Kunst, Markt, Mode. Prinzip Celebrity – Porträt des Künstlers in der visuellen Industrie«, in: *Lettre International*, Heft 74 (2006), S. 44–49

Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste (IGBK)/Hollywood, Annette/Wille, Barbara (Hrsg.): *RLTY CHCK. Who is afraid of master of arts? Beiträge zum Symposium der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste (IGBK) in Kooperation mit der Akademie für Bildende Künste der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 13.–15. Juli 2006*, Berlin: Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste, 143 S.

Kröger, Michael: »Der Konsument als Betrachter. Kunst und Design. Funktionen, Fiktionen und Erwartungen«, in: *Kritische Berichte*, Heft 1/2006, S. 63–68

Lehn, Dirk vom: »Die Kunst der Kunstbetrachtung: Aspekte einer pragmatischen Ästhetik in Kunstausstellungen«, in: *Soziale Welt*, Heft 1/2006, S. 83–99

Lüddemann, Stefan: *Bilderwelten einer Jahrhundertwende. Texte zur Kunstkritik, Kunstkritiken 1996–2006*, Göttingen: V und R Unipress, 294 S.

Münchberg, Katharina: »Die Potentialität des Kunstwerks«, in: *Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft*, Heft 2/2006, S. 166–181

Pfennig, Gerhard: »Kulturpolitik von 1969 bis heute – aus der Perspektive der Kunst«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 179–189

Spivey, Nigel: *Wie Kunst die Welt erschuf*, Stuttgart: Reclam, 288 S.

Werckmeister, Otto Karl: »Die marxistische Tradition der radikalen Kunstgeschichte«, in: *Kritische Berichte*, Heft 3/2006, S. 21–22

Zitzlsperger, Philipp: »›Linke‹ Kunstgeschichte ist ... an die Schule zu gehen«, in: *Kritische Berichte*, Heft 3/ 2006, S. 38–43

### 5.3.2 Kunstpädagogik, Kunstschulen, Kunsthochschulen

*Kunst + Unterricht*. Zeitschrift für Kunstpädagogik, Seelze: Friedrich (zehn Einzelhefte, Jahresheft, Sonderheft)

Baumann, Sabine/Baumann, Leonie (Hrsg.): *»Wo laufen S(s)ie denn hin?!« Neue Formen der Kunstvermittlung fördern*, Wolfenbüttel: Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 22), 257 S.

Brög, Hans/Foos, Peter/Schulze, Constanze (Hrsg.): *Korallenstock. Kunsttherapie und Kunstpädagogik im Dialog*, München: kopaed verlagsgmbh (Schriftenreihe Kontext Kunstpädagogik, 10), 420 S.

Deutscher Bundestag: »Auftrag und Struktur der Akademie der Künste. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 16/641)«, *Drucksache* 16/795 (2.3. 2006), Berlin

Eichler, Kurt: »In die Fläche kommen. Jugendkunstschule als Bildungspartner«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 81 (2006), S. 101–102

Eickhoff, Mechthild: »Bildungsfreiräume durch Kunst!? Zwischen Verwertungsdruck und Selbstbildung«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 65 (2006), S. 4–5

Engel, Birgit: »Schule als Kunstort. Künstlerische Interventionen als Schulentwicklungsimpuls«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 1/2006, S. 4–9

Ewig, Dieter: *Kulturelle Bildung und Schulentwicklung in der Postmoderne*, Bielefeld: Universität (Schriften zur Kunstpädagogik und ästhetischen Erziehung, 6), 199 S.

Jentzsch, Konrad: *Brennpunkte und Entwicklungen in der Fachdiskussion*, Hamburg: Univ. Press (Kunstpädagogische Positionen, 13), 36 S.

Glaser-Henzer, Edith: »Vorstellungsbildung im Unterricht«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 4/2006, S. 22–25

Hörl, Ottmar: »Kunstakademien als Unternehmensschulen. Zur Künstlerausbildung im 21. Jahrhundert«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2006, S. 18–19

Hollywood, Annette/Wille, Barbara/Weis, Thomas: »RLTY CHCK. Who is afraid of master of arts? IGBK-Symposium in Kooperation mit der Akademie für Bildende Künste der Johannes Gutenberg-Universität Mainz«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2006, S. 8–11

Jung, Klaus: »Was fordert Kunsthochschulen heraus?«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2006, S. 11–13

Kamp, Peter: »Den demographischen Wandel auf der Agenda. Zur Zukunft der Jugendkunstschulen«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 2/2006, S. 2–3

Kamps, Inge: »Offene Ganztagsschule in NRW – ein Erfahrungsbericht«, in: *kulturpolitik*, Heft 2/2006, S. 12– 13

Keuchel, Susanne: »Bildende Kunst als Baustein im Ganztag – Eine empirische Studie. Teilergebnisse aus einer derzeit noch laufenden empirischen Studie zur kulturellen Bildung in der Ganztagsschule des Zentrums für Kulturforschung (ZfKf) für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)«, in: *kulturpolitik*, Heft 2/2006, S. 8–10

Kiefer, Peter: »Klangflughäfen und Netzwerkmusiken. 10 Jahre ›Klanglabor‹ an der Kunsthochschule für Medien Köln«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2006, S. 60–61

Kirchner, Constanze/Schiefer Ferrari, Markus/Spinner, Kaspar H. (Hrsg.): *Ästhetische Bildung und Identität. Fächerverbindende Vorschläge für die Sekundarstufe I und II*, München: kopaed (Schriftenreihe Kontext Kunstpädagogik, 8), 256 S.

Kirschenmann, Johannes/Schulz, Frank/Sowa, Hubert (Hrsg.): *Kunstpädagogik im Projekt der allgemeinen Bildung*, München: kopaed verlagsgmbh (Schriftenreihe Kontext Kunstpädagogik, 7), 703 S.

Krautz, Jochen: »Kunstpädagogik im Projekt der ökonomisierten Bildung. Zum Hintergrundrauschen von Standards und Modulen«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 3/2006, S. 5–9

Krefting, Anne: »Coaching als Methode der Handlungsforschung in der Kunstpädagogenbildung«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 4/2006, S. 31–35

Pasuchin, Iwan: »Intermediale künstlerische Bildung – Kooperation als Chance«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 1/2006, S. 27–31

Pazzini, Karl-Josef (Hrsg.): *Kann Didaktik Kunst und Pädagogik zu einem Herz und einer Seele machen oder bleibt es bei ach zwei Seelen in der Brust?*, Hamburg: Univ. Press (Kunstpädagogische Positionen, 8), 29 S.

Reiss, Joachim: »Künstlerische Fächer vermitteln Kindern Kompetenzen für die Zukunft der Menschheit. UNESCO-Experten fordern Neuorientierung der Bildung«, in: *Zeitschrift für Theaterpädagogik*, Heft 49 (2006), S. 63–67

Schmidt, Katharina: »Struktur und Funktionsweise der École supérieure des beaux-arts in Frankreich«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2006, S. 13–15

Seydel, Fritz: »Kunstwerke im Grundschulunterricht. Ein Schneeball als Denkanstoß«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 1/2006, S. 14–18

Sheikh, Simon: »Räume für das Denken. Perspektiven zur Kunstakademie«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 62 (2006), S. 111–121

Uhlig, Bettina: »Bachelor- und Masterstudiengänge in der Kunstpädagogik«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 3/2006, S. 36–37

Uhlig, Bettina/Busse, Klaus-Peter/Schnurr, Ansgar: »(Un)Vorhersehbares in kunstpädagogischen Situationen«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 4/2006, S. 2–6

## 5.4 Museen und Ausstellungen

### 5.4.1 Allgemein

*Erhebung der Besuchszahlen an den Museen der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Institut für Museumskunde (Materialien) (jährlich)

*Museum Aktuell*. Die monatliche Zeitschrift für Museumspraxis und Museologie im deutschsprachigen Raum, München: Dr. Christian Müller-Straten (monatlich)

*Museumskunde*. Herausgegeben vom Deutschen Museumsbund, Berlin: G + H Verlag (zweimal jährlich)

Albrecht, Uwe: »Kunstdiebstahl – Bedrohung für das kulturelle Erbe«, in: *Museum aktuell*, Heft 9/2006, S. 14– 21

Bansa, Helmut: »Neue Entwicklungen der bibliothekarischen Bestandserhaltung«, in: *Museum aktuell*, Heft 11/2006, S. 37–40

Bayerischer Landtag: »Neuorganisation der Landesmuseen. Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE«, *Drucksache* 16/10093 (30.11.2006), München

Becker, Peter-René: »Neue Konzepte für Schausammlungen?«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2006, S. 26–32

Bourdieu, Pierre/Darbel, Alain: *Die Liebe zur Kunst. Europäische Kunstmuseen und ihre Besucher*, Konstanz: UVK, 240 S.

Caianiello, Tiziana: »›mittendrin‹ – das Projekt ›Schule Kunst Museum‹«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 3/2006, S. 17–20

Deuter, Ulrich: »In Herford ist das Museum MARTa eröffnet«, in: *K.West*, Heft 6/2006, S. 18–21

Dorner, Birgit: *Daniel Libeskind. Jüdisches Museum Berlin*, Berlin: Mann, 112 S. (3. Auflage)

Ewigleben, Cornelia: »Strategien der Besucherorientierung für Kulturinstitutionen und -events. Referat Forum 3: Museen und Science Center«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/ Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 116–119

Fehr, Michael: »Unzeitgemäße Überlegungen zum Status und zur Zukunft der Museen«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 163–169

Grabowski, Jörn: »Das historische Gedächtnis der Museen. Das Zentralarchiv auf der Berliner Museumsinsel«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2006, S. 81–87

Grasskamp, Walter: *Sonderbare Museumsbesuche. Von Goethe bis Gernhardt*, München: Verlag C. H. Beck, 301 S.

Hübner, Simone: »Nicht nur für die Amtsstube ... Die Verwaltung der landeseigenen Kunstwerke«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 67 (2006), S. 38–41

Kaiser, Brigitte: *Inszenierung und Erlebnis in kulturhistorischen Ausstellungen*, Bielefeld: transcript, 448 S.

Klein, Hans-Joachim: »Entsachlichung der Museen? Zum Standort und zur Zukunft der Museen« (Vortrag, ge-

halten auf der Jahrestagung des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen e. V. am 4. März 2005 in Wolfsburg«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 67 (2006), S. 13–19

Knieß, Anne Katharina: »Galerien – Tradition und Arbeitsweise«, in: *Junge Kunst*, Heft 68 (2006), S. 9–14

Kocka, Jürgen: »Ein chronologischer Bandwurm. Die Dauerausstellung des Deutschen Historischen Museums«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 3/2006, S. 398–411

Kretschmann, Carsten: *Räume öffnen sich. Naturhistorische Museen im Deutschland des 19. Jahrhunderts*, Berlin: Akademie Verlag (Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel, 12), 365 S.

Kretzschmar, Volker/Stephan, Michael: »Outsourcing: Das Modell SECURITAS«, in: *Museum aktuell*, Heft 10/2006, S. 24–28

Kuhrau, Sven: »Privatsammler und Museen im kaiserzeitlichen Berlin«, in: *Kritische Berichte*, Heft 4/2006, S. 17–32

Lehn, Dirk vom: »Die Kunst der Kunstbetrachtung. Aspekte einer pragmatischen Ästhetik in Kunstausstellungen«, in: *Soziale Welt*, Heft 1/2006, S. 83–99

Lochmann, Hans: »Registrierung der Museen in Niedersachsen. Pilotprojekt des Museumsverbandes«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 67 (2006), S. 42–46

Mahmoudi, Yasmin: »Die Überlassung von Kunstwerken an Museen: Einige juristische Grundbegriffe«, in: *Museum aktuell*, Heft 7/2006, S. 27–28

Mecklenburg, Christina zu: »Der Gabriele Münter Preis. Ein kulturpolitisches Pionierprojekt des 25 Jahre jungen Bonner Frauenmuseums«, in: *Junge Kunst*, Heft 68 (2006), S. 36–40

Mottaz Baran, Arlette: *Publikum und Museen in der Schweiz. Emblematische Vorstellungen und soziales Ritual*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag, 209 S.

Müller-Straten, Christian: »Interne Diebstähle als Folge internationaler musealer Strukturprobleme«, in: *Museum aktuell*, Heft 9/2006, S. 24–26

Mußmann, Olaf: »Die Genossenschaft – ein neues Modell zur Zukunftssicherung kommunaler Museen«, in: *Museum aktuell*, Heft 3/2006, S. 28–30

Mußmann, Olaf: »Leitbild im Museum: Eine Betriebsanleitung«, in: *Museum aktuell*, Heft 9/2006, S. 27–31

Muttenthaler, Roswitha/Wonisch, Regina: *Gesten des Zeigens. Zur Repräsentation von Gender und Race in Ausstellungen*, Bielefeld: transcript, 264 S.

Savoy, Bénédicte (Hrsg.): *Tempel der Kunst. Die Entstehung des öffentlichen Museums in Deutschland 1701–1815*, Mainz: Verlag Philipp von Zabern, 567 S.

Schäfer, Hermann: »Konzepte der Besucher- und Nutzerorientierung im Haus der Geschichte. Referat Forum 3: Museen und Science Center«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 120–123

Schwerfel, Heinz Peter: »Sammeln mit Potenz. Friedrich Christian Flick – Kunstfreund mit Vergangenheit und Zukunft«, in: *Lettre International*, Heft 74 (2006), S. 50–54

Trippe, Hanns-Wolfgang: »MuseumsCards weiterhin im Trend«, in: *Museum aktuell*, Heft 2/2006, S. 39–40

Wall, Tobias: *Das unmögliche Museum. Zum Verhältnis von Kunst und Kunstmuseen der Gegenwart*, Bielefeld: transcript, 309 S.

Wenzke, Michael: »Outsourcing in Museen – Chancen und Risiken«, in: *Museum aktuell*, Heft 10/2006, S. 29–32

Ziegler, Ulrike: *Kulturpolitik im geteilten Deutschland: Kunstausstellungen und Kunstvermittlung von 1945 bis zum Anfang der 60er Jahre*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag (Europäische Hochschulschriften: Reihe 28, Kunstgeschichte, 418), 424 S.

### 5.4.2 Museumspädagogik, Kindermuseen

*Standbein Spielbein. Museumspädagogik aktuell*, Bonn: Arbeitskreis Museumspädagogik e. V. (vierteljährig)

Ballerstedt, Mareike: »Jugendkulturen im Museum. Auf der Suche nach einer Zielgruppe«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 76 (2006), S. 4–6

Fuchs, Max: »Museale Identitäten und kulturelle Bildung. Was haben Jugendliche vom Museum?«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 76 (2006), S. 11–17

Hinz, Hans-Martin: »Ausstellen heißt heute Vermitteln. Museen – Foren für Bildung zur nachhaltigen Entwicklung?«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 3/2006, S. 5–6

Kaiser, Beate/Kovacs, Susanne: »›Sie sind mitten unter uns‹. Jugendkulturen im Museum«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 76 (2006), S. 7–10

Kittlausz, Viktor/Pauleit, Winfried (Hrsg.): *Kunst – Museum – Kontexte. Perspektiven der Kunst- und Kulturvermittlung*, Bielefeld: transcript, 306 S.

Landtag Hessen: »Kunst für Alle! Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drucksache 16/5428)«, *Drucksache* 16/5886 (8.8.2006), Wiesbaden

Rochow-Museum und Akademie für Bildungsgeschichtliche Forschung e. V. an der Universität Potsdam (Hrsg.): *Medien in Museum und Schule*, Berlin u. a.: Lit (Zeitschrift für Museum und Bildung, 64), 155 S.

Rottmann, Karin: »Neue Wege in der museumspädagogischen Arbeit an Kölner Museen: das Stationenlernen«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 4/2006, S. 21–23

Schuster, Martin/Ameln-Haffke, Hildegard (Hrsg.): *Museumspsychologie. Erleben im Kunstmuseum*, Göttingen u. a.: Hogrefe, 348 S.

## *5.5 Kunst im öffentlichen Raum, Straßenkunst*

Dempf, Rainer/Mattl, Siegfried/Steinbrener, Christoph (Hrsg.): *Delete! Die Entschriftung des öffentlichen Raums*, Freiburg im Breisgau: Orange Press, 148 S.

Dinkla, Söke (Hrsg.): *PubliCity. Constructing the truth. Kunst im öffentlichen Raum* (anlässlich von ›PubliCity. Constructing the truth‹, Kunst im öffentlichen Raum, 29. April bis 21. Mai 2006 im Rahmen der 29. Duisburger Akzente zu dem Thema ›Woran Glauben?‹ und ›Free rules – der Stadtraum als offene Handlungsanweisung‹, Symposium am 16. September 2005 im Wilhelm-Lehmbruck-Museum Duisburg), Nürnberg: Verlag für Moderne Kunst, 183 S.

Städtisches Kunstmuseum (Hrsg.): *Singen SkulpTour. Kunst im öffentlichen Raum Singens; Skulpturen, Wandbilder, Glasfenster und Public Art-Projekte von 1928 bis zur Gegenwart*, Singen: Stadt Singen, 88 S.

Stange, Raimar (Hrsg.): *»Das große Rasenstück«. Zeitgenössische Kunst im öffentlichen Raum, 6.5.–9.7.2006. Eine Ausstellung der Stadt Nürnberg und des Deutschen Fußball-Bundes zur Fußballweltmeisterschaft 2006*, Nürnberg: Verlag für Moderne Kunst, 143 S.

Terbrack, Klaus: »Straßenkultur. Von der Schmuddelkultur zum Citymarketing«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 10 S., C 2.22

Treeck, Bernhard van: *Das große Graffiti-Lexikon*, Berlin: Lexikon-Imprint-Verlag, 439 S. (stark erweiterte Neuausgabe)

## *5.6 Kulturelles Erbe*

### 5.6.1 Denkmäler, Denkmalschutz

*Die Denkmalpflege*, München: Deutscher Kunstverlag (zweimal jährlich)

*monumente*. Magazin für Denkmalkultur in Deutschland, Bonn: Deutsche Stiftung Denkmalschutz (sechsmal jährlich)

»100 Jahre Rheinischer Verein. Neujahrsempfang – Begrüßungsansprache des Bundespräsidenten«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 1/2006, S. 36–39

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): *Future landscapes. Perspektiven der Kulturlandschaft*, Bonn, 1118 S.

Dallmeier, Martin (Hrsg.): *Denkmal und Freizeit. Historische Gebäude und Ensembles als Kulisse des Vergnügens, Fallbeispiele aus Regensburg und der Oberpfalz – Beiträge des 20. Regensburger Herbstsymposions für Kunst, Geschichte und Denkmalpflege vom 18. bis 19. November 2005*, Regensburg: Universitäts-Verlag Regensburg, 112 S.

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (Hrsg.): *Kulturlandschaft. Administrativ, digital, touristisch*, Berlin: Schmidt (Initiativen zum Umweltschutz, 67), 500 S.

Deutscher Bundestag: »National bedeutsames Kulturgut wirksam schützen. Antrag der Fraktion der FDP«, *Drucksache* 16/3137 (25.10.2006), Berlin

Deutscher Bundestag: »Unterstützung für das deutsche UNESCO-Welterbe. Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen«, *Drucksache* 16/3940 (19.12.2006), Berlin

Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz/Gesellschaft für immobilienwirtschaftliche Forschung e. V. (Hrsg.): *Investition Denkmal*, Bonn (Schriftenreihe des deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, 69), 63 S.

Dinnebier, Antonia: »Landschaft aus Naturschönheiten und Fabriken. Zur Kulturlandschaft des Bergischen Städtedreiecks«, in: *Stadt und Grün*, Heft 5/2006, S. 14–18

Donath, Matthias: »Kirchensterben in Berlin«, in: *das münster*, Heft 1/2006, S. 53–57

Echter, Claus-Peter: »Die Denkmaltopographie als Erfassungsinstrument und kulturgeschichtliches Unternehmen«, in: *difu-Berichte*, Heft 1/2006, S. 4–7

Echter, Claus-Peter: *Die Denkmaltopographie als Erfassungsinstrument und kulturgeschichtliches Unternehmen*, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, 43), 372 S.

Fastenrath, Ulrich: »Der Schutz des Weltkulturerbes in Deutschland«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Heft 24/2006, S. 1017–1027

Gallien, Thomas: *Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Ein Paradies für das Diesseits*, Rostock: Hinstorff, 128 S.

Gröschel, Claudia: »Historische Gärten als Kulisse? Gedanken zur Neugestaltung der Museumslandschaft Kassel«, in: *Stadt und Grün*, Heft 6/2006, S. 33–36

Gropp, David: »Der Wiederaufbau von Burg Altena und die Denkmalpflege«, in: *Der Märker*, Heft 3-4/2006, S. 135–153

Haber, Wolfgang: »Kulturlandschaften und die Paradigmen des Naturschutzes«, in: *Stadt und Grün*, Heft 12/2006, S. 20–25

Huse, Norbert (Hrsg.): *Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten*, München: C. H. Beck, 256 S. (3. Auflage)

Jaeger, Susanne/Pfeil, Anne (Hrsg.): *UNESCO Weltkulturerbe Dresdner Elbtal. Bewahren – Vermitteln – Entwickeln*, Dresden: TUDpress (Stadtentwicklung und Denkmalpflege, 3), 77 S.

Janke-Kern, Siegfried/Zittlau, Reiner: »Förderung von Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Baudenkmalen durch das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege«, in: *Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen*, Heft 1/2006, S. 7–16

Jong, Erik A. de (Hrsg.): *Der Garten – ein Ort des Wandels. Perspektiven für die Denkmalpflege*, Zürich: vdf, Hochsch.-Verlag an der ETH, 277 S. (teilw. dt., teilw. engl.)

Kähler, Gert: *Gebaute Geschichte. Ein Geschichtsbuch über Bauen und Denkmalschutz*, Stuttgart: Klett (Schulbuch-Verlag), 160 S.

Kammerer, Frank: »Bedrohte Denkmäler. Denkmalschutz«, in: *Immobilien-Manager*, Heft 6/2006, S. 39–40

Kappel, Kai: »›Kirchensterben‹ – weitere Bauten von Rudolf Schwarz sind betroffen«, in: *das münster*, Heft 1/2006, S. 50–52

Kazal, Irene (Hrsg.): *Kulturen der Landschaft. Ideen von Kulturlandschaft zwischen Tradition und Modernisierung*, Berlin: Technische Universität (Landschaftsentwicklung und Umweltforschung, 127), 399 S.

Knigge, Volkhard: »Erinnerungskultur. Zwischen Vergangenheitsgerede, Geschichtspolitik und historischer Selbstreflektion«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 171–178

Knoche, Michael (Hrsg.): *Das »deutsche Buch« in der Debatte um nationale Identität und kulturelles Erbe*, Göttingen: Wallenstein, 228 S.

Knopp, Gisbert (Schriftleitung und Redaktion): *Die Kunst der Denkmalpflege. Festschrift für Paul Artur Memmeshei-*

*mer zum 70. Geburtstag*, Worms/Pulheim: Wernersche Verlagsgesellschaft/Rheinisches Amt für Denkmalpflege (Arbeitsheft der rheinischen Denkmalpflege, 68), 166 S.

Krings, Ulrich: »14 Jahre Stadtkonservator in Köln. Ein Rückblick ohne Zorn«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 1/2006, S. 1–21

Mahnken, Gerhard: »Was heißt hier Kulturlandschaft? Neue und alte Entwicklungspfade im Land Brandenburg«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 62–63

Maier, Gerald: »Pilotprojekt zur Digitalisierung des kulturellen Erbes im Rahmen des eEurope-Aktionsplans und der Initiative i2010«, in: *Der Archivar*, Heft 3/2006, S. 276–278

Mainzer, Udo: »Investor und Denkmalpfleger: Partner oder Gegner?«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 2/2006, S. 49–54

Mainzer, Udo: »Paul Clemen, der Begründer strategischer Partnerschaften für die Denkmalpflege. 100 Jahre Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 4/2006, S. 241–250

Marie-Theres, Albert/Sieglinde Gauer-Lietz (Hrsg.): *Perspektiven des Welterbes. Constructing World Heritage*, Frankfurt am Main: Iko Verlag, 281 S. (dt./engl.)

Martin, Dieter (Hrsg.): *Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege. Einschließlich Archäologie, Recht, fachliche Grundsätze, Verfahren, Finanzierung*, München: C. H. Beck, 772 S. (2. überarb. und wesentlich erw. Auflage)

Mathiesen, Rolf (Hrsg.): *Kulturlandschaften als Herausforderungen für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven*, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte/ARL, 228), 311 S.

Meier, Hans-Rudolf (Hrsg.): *Denkmale in der Stadt – die Stadt als Denkmal. Probleme und Chancen für den Stadtumbau* (Tagungsbericht), Dresden: TUDpress (Stadtentwicklung und Denkmalpflege, 1), 188 S.

Molitor, Reimar: »Kulturlandschaftsnetzwerk als Strukturimpuls. Der ›masterplan :grün‹ der Region Köln/Bonn – ein innovatives Instrumentarium zur zukünftigen Gestaltung der Kulturlandschaft«, in: *Stadt und Grün*, Heft 12/2006, S. 58–62

Müller-Karpe, Michael: »Das Hehlerschutz- und Raubgrabungsförderungsgesetz. Stellungnahme zu dem von der deutschen Bundesregierung am 15.2.2006 beschlossen ›Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des UNESCO-Übereinkommens vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut‹«, in: *IKA*, Heft 65-66 (2006), S. 12–17

Nagel, Frank Norbert (Hrsg.): *Türme, Schornsteine, Industrie-Mühlen, Land-Art. Bedeutung und Bewertung von Landmarken in der Kulturlandschaft*, Norderstedt: Books on Demands (Kulturlandschaftsforschung und Industriearchäologie, 2), 205 S.

Nathan, Carola: »›Vater Staat‹ baut auf statt ab. Machen wir die Rettung unserer Kirchen zur ersten Bürgerpflicht«, in: *Monumente*, Heft 11–12/2006, S. 10–16

Neumann, Hans-Rudolf (Hrsg.): *Erhalt und Nutzung historischer Großfestungen. Ergebnisse einer internationalen Fachtagung vom 8. bis 11. Juni 2005 in Magdeburg*, Mainz: Verlag Philipp von Zabern, 540 S.

Nohl, Werner: »Ohne Landschaftsästhetik? Wohin treibt die Landschaftsplanung?«, in: *Stadt und Grün*, Heft 8/2006, S. 50–59

Odendahl, Kerstin: »Das Normensystem zum Schutz von Kulturgütern in Deutschland – unter besonderer Berücksichtigung von Archivgütern«, in: *Der Archivar*, Heft 1/2006, S. 23–28

Olonetzky, Nadine: *Sensationen. Eine Zeitreise durch die Gartengeschichte*, Basel: Birkhäuser, 128 S.

Parowicz, Izabella: *Denkmalpflege effektiv fördern. Finanzierung des Schutzes von Architekturdenkmälern in europäischer Perspektive*, München: M-Press Meidenbauer, 516 S.

Peter, Alex/Viernickel, Danica: *Thüringer Denkmalschutzgesetz*, Stuttgart: Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag (Thüringer Verwaltungsschriften) 123 S. (2. Auflage)

Planck, Dieter/Schön, Matthias D.: »Die Kommission ›kommunalarchäologie‹«, in: *der städtetag*, Heft 6/2006, S. 25–26

Reimann, Dorothee: »Scharoun, die Schüler und der Jugendstil. ›Kulturerbe macht Schule‹ in Langen«, in: *Monumente*, Heft 11–12/2006, S. 36–38

Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz: *Dem Erbe verpflichtet. 100 Jahre Kulturlandschaftspflege im Rheinland. Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz*, Köln: Selbstverlag, 459 S.

Ringkamp, Christa/Lemhoefer, Claudia: »Parks & Gärten erleben. Bundesweite Initiative Gartennetz Deutschland«, in: *Stadt und Grün*, Heft 6/2006, S. 7–9

Scheurmann, Ingrid (Hrsg.): *Echt, alt, schön, wahr. Zeitschichten der Denkmalpflege*, München: Deutscher Kunstverlag, 263 S.

Schmidt, Gernot : »Mittelstandsförderung durch Bauen im Bestand – eine Chance für den Arbeitsmarkt. «, in: *Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen*, Heft 3/2006, S. 74–76

Schmidt, Lars-Jonas: »Denkmalschutz und Denkmalpflege in NRW im Spiegel internationaler Abkommen«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 2/2006, S. 67–71

Schulte to Bühne, Julia/Lienstromberg, Wilhelm: »Der Monumentendienst – Eine gemeinnützige Stiftung will Baudenkmalbesitzer unterstützen«, in: *Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen*, Heft 3/2006, S. 79–80

Siggelkow, Ingeborg (Hrsg.): *Gedächtnis, Kultur und Politik*, Berlin: Frank & Timme (Berliner Kulturanalysen, 1), 151 S.

Stiftung Landscape Architecture Europe (Hrsg.): *Fieldwork. Landschaftsarchitektur Europa*, Basel: Birkhäuser, 255 S.

Ströter-Bender, Jutta: »Das Welterbe der UNESCO. Ein Projekt im Fach Kunst zur Vermittlung des kulturellen Erbes«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 3/2006, S. 10–14

Tanner, Karl Martin/Bürgi, Matthias/Coch, Thomas (Hrsg.): *Landschaftsqualitäten. Festschrift für Prof. Dr. Klaus C. Ewald anlässlich seiner Emeritierung im Jahr 2006*, Bern: Haupt, 317 S.



TU Kaiserslautern, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung (Hrsg.): *UNESCO-Weltkulturerbe und die Auswirkungen auf die regionale Entwicklung – das Beispiel Kloster Maulbronn*, Kaiserslautern: Selbstverlag (Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, 17), 144 S.

Uhrig, Nicole: »›ausblick Neuland‹. Zweierlei Einblick in den Umgang mit Kulturlandschaft«, in: *Stadt und Grün*, Heft 10/2006, S. 14–17

Verhoeven, Jennifer: »Hessischer Denkmalschutzpreis 2006«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 2/2006, S. 36–38

Zimmermann, Olaf/Klose, Wolfgang/Effertz, Eva/Langenstein, York/Eissenhauer, Michael: »Kulturschutzgut«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2006, S. 10–15

### 5.6.2 Erinnerungskultur, Mahn- und Gedenkmale

Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München: C. H. Beck, 320 S.

Baumann, Gabriele/Müller, Nina: *Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas*, Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 50 S.

Blasberg, Cornelia/Birkmeyer (Hrsg.): *Erinnern des Holocaust? Eine neue Generation sucht Antworten*, Bielefeld: Aisthesis (Münstersche Arbeiten zur Internationalen Literatur, 2), 248 S.

Deuter, Ulrich: »Haut ab! ›Flucht, Vertreibung, Integration‹ im Bonner Haus der Geschichte der BRD«, in: *K.West*, Heft 1/2006, S. 22–25

Deutscher Bundestag: »Paradigmawechsel in der Erinnerungskultur. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 16/2576)«, *Drucksache* 16/2852 (4.10.2006), Berlin

Dorner, Birgit/Engelhardt, Kerstin (Hrsg.): *Arbeit an Bildern der Erinnerung. Ästhetische Praxis, außerschulische Jugendbildung und Gedenkstättenpädagogik*, Stuttgart: Lucius und Lucius (Dimensionen sozialer Arbeit und der Pflege, 9), 244 S.

Ewers, Hans-Heino (Hrsg.): *Erinnerungen an Kriegskindheiten. Erfahrungsräume, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik unter sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Weinheim: Juventa, 311 S.

Faulenbach, Bernd: *»Transformationen« der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989*, Essen: Klartext (Geschichte und Erwachsenenbildung, 21), 414 S.

Frevert, Ute (Hrsg.): *Geschichte bewegt. Über Spurensucher, Lokalpolitik und die Macht der Vergangenheit*, Hamburg: Ed. Körber-Stiftung, 200 S.

Hermanns, Silke: *Trümmer (in) der Erinnerung. Strategien des Erzählens über die unmittelbare Nachkriegszeit*, Bielefeld: Aisthesis, 287 S.

Hofmann, Thomas: »(K)ein Ende der (Zeit)geschichte. (Gedenkstätten, Erinnerung, Gedächtnis, Umgang mit Geschichte)«, in: *Ästhetik & Kommunikation*, Heft 135 (2006), S. 99–110

Lau, Karlheinz: »Basis für das Gedenken? Zwei Ausstellungen zu Vertreibungen in Berlin«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5/2006, S. 916–917

Nooke, Günter: »Erinnerungskultur als nationales Gedächtnistraining«, in: Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 275–278

Pieper, Katrin: *Die Musealisierung des Holocaust. Das jüdische Museum in Berlin und das U. S. Holocaust Museum in Washington D. C.*, Köln: Böhlau Verlag (Europäische Geschichtsdarstellungen, 9), 368 S.

Rochow-Museum und Akademie für Bildungsgeschichtliche Forschung e. V. an der Universität Potsdam (Hrsg.): *Kultur des Erinnerns* (Schwerpunktheft), Berlin, Münster: Lit (Zeitschrift für Museum und Bildung, 65), 114 S.

Roos, Julia: *Wandel der Erinnerungskultur. Das Mahnmal »Untere Brücke« und das Projekt »Stolpersteine«*, Bamberg: Willy-Aron-Gesellschaft (Hrsg.) (Arbeitspapiere der Willy-Aron-Gesellschaft Bamberg e. V., 1), 14 S.

Sabrow, Martin: »Der Weg der Erinnerung. Entgegnung auf die Kritik an den Empfehlungen der Experten-Kommission für eine künftige ›Aufarbeitung der SED-Diktatur‹«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Heft 4/2006, S. 711–717

Schäfer, Hermann: »Geschichte und Kultur«, in: Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 257–274

Scheliha, Wolfram von: »Sackgasse Totalitarismus. Der Forderung nach einem Gedenken an die sowjetischen Speziallager im Zeichen der Totalitarismustheorie führt ins erinnerungspolitische Abseits«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 2/2006, S. 283–290

Schlenker, Katja: »Zu spät für die Spätmoderne. Der Palast der Republik wird abgerissen«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 2/2006, S. 216–221

Schlusche, Günter (Hrsg.): *Architektur der Erinnerung. NS-Verbrechen in der europäischen Gedenkkultur, Stiftung Denkmal für die Ermordeten Juden Europas in Zusammenarbeit mit der Akademie der Künste Berlin*, Berlin: Nicolai, 177 S.

Schwartz, Michael/Wentker, Hermann: »Erinnerungspolitik auf dem Holzweg. Zu den Empfehlungen der Expertenkommission für eine künftige ›Aufarbeitung der SED-Diktatur‹«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Heft 3/2006, S. 517–521

Sosna, Anna/Schubert, Kai: »Kontroversen um Ursachen und Wirkungen. Polnische Reaktionen auf die Ausstellung ›Erzwungene Wege‹ in Berlin«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 14–15

Steinbach, Peter: »Symbolische Formen des Gedenkens«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 2/2006, S. 273–283

»Thema Heimatgeschichte«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 11/2006

Wagner, Bernd: »Vergangenheit, die nicht vergeht«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 22–24

Zierold, *Martin: Gesellschaftliche Erinnerungen. Eine medienkulturwissenschaftliche Perspektive*, Berlin: de Gruyter, 228 S.

Zimmermann, Michael: »Gedenkstätten und Erinnerungskultur. Herausforderung und Perspektiven«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 24 S., C 2.23

## *5.7 Literatur und Bibliotheken*

### 5.7.1 Allgemein


»Europäische Kommission: Empfehlung zur Digitalisierung und Online-Zugänglichkeit«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 11/2006, S. 1314

Kiesel, Helmuth: »Literatur und Politik in der Bundesrepublik. Entfremdung und Verständigungsversuche«, in: *Die Politische Meinung*, Heft 438 (2006), S. 59–68

Storks, Michael: »Schatzkammer der Literatur. Erstes Literaturmuseum der Moderne eröffnet. Zur Eröffnung de LiMo in Marbach«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 7/2006, S. 28–29


### 5.7.2 Bibliotheken


*Bibliothek Forschung und Praxis*, München: Verlag K.G. Saur (dreimal jährlich)

*Bibliotheksdienst*. Organ der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB), Berlin: Bibliotheksdienst der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (monatlich)

*Buch und Bibliothek*. Fachzeitschrift des Vereins für Bibliothekare an öffentlichen Bibliotheken, Bad Honnef: Bock + Herchen (zehnmal im Jahr)

*Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*. Organ des Vereins Deutscher Bibliothekare und des Vereins der Diplombibliothekare, Frankfurt am Main: Klostermann Verlag (zweimonatlich)

»Alexandria Manifest über Bibliotheken: Die Informationsgesellschaft in Aktion«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 1/2006, S. 88–89

»Antworten zur Online-Befragung der EU-Kommission zu ›i2010: Digitale Bibliotheken‹. Inspiration durch fremde Einflüsse – Bericht über die Arbeit im Jahre 2005«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 3/2006, S. 288–298

»Aus der BID. Projekt ›Bibliothek 2007‹ – Evaluationsbericht«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 12/2006, S. 1375–1376

Ausschuss für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme: »Aus der Deutschen Forschungsgemeinschaft. DFG-Positionspapier: Ziele und Struktur des Förderprogramms Kulturelle Überlieferung«, in: »Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie«, Heft 1/2006, S. 16–19

Barbian, Jan-Pieter/Fühles-Ubach, Simone/Seidler-de Alwis, Ragna: »Was erwarte ich von einer guten Bibliothek? Ergebnisse einer Kundenbefragung in der Stadtbibliothek Duisburg«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 4/2006, S. 278–280

Baumann, Sabine: »Interview: Barbara Lison«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 6/ 2006, S. 306–310

Beck, Silke: *Event-Marketing in Bibliotheken*, Berlin: Spider (BibSpider Info-Networking for Libraries), 108 S.

Berlin-Neukölln, Abt. Bildung, Schule und Kultur, Amt für Kultur und Bibliotheken (Hrsg.): *Aus dem Keller aufs Dach. 100 Jahre Stadtbibliothek Neukölln 1906–2006*, Berlin, 112 S.

Bernstein, Armi/Nantscheff, Florian: »Eine kulturelle Institution mit sozialer Perspektive. Neue Ideen und Konzepte aus Dänemarks Bibliotheken. Ein Reisebericht«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 4/2006, S. 324– 329

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Bibliotheken*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 83 S.

Brandorff, Günter: »Konzept gegen kulturellen und sozialen Kahlschlag. Das ›Kulturhus‹ kommt von Skandinavien in die Niederlande«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 9/2006, S. 633–635

Courzakis, Irini: »Der ›American way of Library‹. US-Bibliotheken als Treffpunkt, Servicecenter und Bildungsstätte«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 11–12/ 2006, S. 760–763

»Das UNESCO-Übereinkommen ›kulturelle Vielfalt‹ nach der Verabschiedung und vor der Umsetzung: Chancen für die Bibliotheken 1051«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 8–9/2006, S. 1051

»DBV-Expertengruppe Interkulturelle Bibliotheksarbeit nimmt Arbeit auf«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 10/2006, S. 1107

DBV: »Ausschreibung – Expertengruppe ›Interkulturelle Bibliotheksarbeit‹. Inspiration durch fremde Einflüsse – Bericht über die Arbeit im Jahre 2005«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 3/2006, S. 299–300

»Die Deutsche Nationalbibliothek und die Staatsbibliotheken in Berlin und München definieren ihre zukünftige Wahrnehmung nationalbibliothekarischer Aufgaben«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 11/2006, S. 1316

Eichert, Christof: »Die Strategie zeigt weit über das Jahr 2007 hinaus. Politische Rahmenbedingungen für die Bibliotheksarbeit in Deutschland«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 6/2006, S. 473–475

Engelkenmeier, Ute: »Freunde des Fundraisings trafen sich in Berlin. Bericht über die Fachtagung ›Erschließung von Finanzierungsmöglichkeiten für Bibliotheken und Archive: Fundraising, Friendraising, Sponsoring, alternative Betriebsformen‹ am 28. Juni 2006 an der Freien Universität Berlin«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 6/2006, S. 300–303

Förg, Eva/Gottmanns, Eva/Ratzek, Wolfgang/Rothe, Nicole/Schnitker, Tobias: »Manga – ein Kulturphänomen. Die Nachfrage nach japanischen Bildergeschichten boomt – auch in Bibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 1/2006, S. 74–78

Fuhlrott, Rolf/Krauß-Leichert, Ute/Schütte, Christoph-Hubert (Hrsg.): *Neues für Bibliotheken. Neues in Bibliotheken*, Wiesbaden: Dinges & Frick (B. I. T.online - Innovativ, 12), 178 S.

Gabel, Gernot U.: »Die neue Mediathek der ›Cité de la Musique‹ in Paris«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 5/2006, S. 537–539

»Gefahren digitaler Langzeitarchivierung: Technik veraltet, Daten verschwinden. Von Unternehmen über Kultur bis Privatbereich – FernUniversität Hagen entwickelt Sicherungsvorschläge«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 12/2006, S. 1462–1463

Griebel, Rolf/Niggeman, Elisabeth/Schneider-Kempf, Barbara: »Nationale Aufgaben. Die deutsche Nationalbibliothek und die Staatsbibliotheken in Berlin und München definieren ihre zukünftige Wahrnehmung nationalbibliothekarischer Aufgaben«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 6/2006, S. 304–305

Grube, Henner/Behrens, Holger/Vardanyan, Ekaterina: »Von Bibliotheken, Standortschließungen und der Bequemlichkeit der Bibliotheksnutzer ... Neue Erkenntnisse zum Einfluss der Erreichbarkeit von Bibliotheken auf das Benutzerverhalten«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 3/2006, S. 205–207

Gruhle, Cornelia: »Wertvolles Kulturgut schützen. Notfallplanung in der Geographischen Zentralbibliothek in Leipzig«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2006, S. 378–382

Gruppe »Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme« (LIS): »Aus der Deutschen Forschungsgemeinschaft. DFG-Positionspapier: Ziele und Struktur des Förderprogramms Kulturelle Überlieferung«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 1/2006, S. 41–43

Hasiewicz, Christian: »›Sind Sie noch qualifiziert?‹. Bibliotheken und Weiterbildung im Kontext lebenslangen Lernens«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2006, S. 401–403

Hilberer, Thomas: »Beliebter Trampelpfad durchs Internet. Was virtuelle Fachbibliotheken von der Düsseldorfer Virtuellen Bibliothek (DVB) lernen können«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 3/2006, S. 230–234

Hobohm, Hans-Christoph: »Was sollen uns Bibliotheken wert sein? Bibliotheken als Hort kulturellen Erbes in Gefahr«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 7/2006, S. 30–31

Hobohm, Hans-Christoph/Umlauf, Konrad (Hrsg.): *Erfolgreiches Management von Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Fachratgeber für Bibliotheksleiter und Bibliothekare*, Hamburg: Dashöfer, Loseblattausgabe

Hofmann-Göttig, Joachim: »Eine leistungsfähige Bibliothek wird immer mehr zu einem Standortfaktor« (Interview)«, in: *bibliotheken heute*, Heft 4/2006, S. 187–188

Humboldt-Universität Berlin, Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft (Hrsg.): *Fördervereine für Bibliotheken. Ein Notprogramm oder mehr?, 1. Broschüre. 2. Analyse der von Fördervereinen angewandten Marketinginstrumente (Projekt »Marketing 2006«)*, Berlin, 25 S.

Jouly, Hannelore: »Königswege durch Experimentierfelder? Zusammenarbeit zwischen Volkshochschulen und Öffentlichen Bibliotheken: Stand und Perspektiven«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 11–12/2006, S. 764–767

Kern, Patricia: »Sprachförderung für alle Altersstufen. Bibliotheken und Integration in Dänemark«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 6/2006, S. 471–472

Knoche, Michael: *Die Bibliothek brennt. Ein Bericht aus Weimar*, Göttingen: Wallenstein-Verlag, 143 S.

Knoche, Michael (Hrsg.): *Die Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar. Das Studienzentrum*, Berlin: Nicolai, 96 S.

Kustos, Annette: *Projektfinanzierung im Bibliothekswesen durch öffentliche Fördereinrichtungen der Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur. Rechtsgrundlagen, Projektdesign, Antragstellung, Einrichtungen, Mit Checklisten für den Projektantrag*, Berlin: Inst. für Bibl.-Wiss. d. Humboldt-Univ. (Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft, 181), Online-Ressource

Landtag Rheinland-Pfalz: »Beitrag der Landesregierung zum Aufbau der Europäischen Digitalen Bibliothek. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der FDP-Fraktion«, *Drucksache* 15/303 (26.9.2006), Mainz

Lewandowski, Dirk: »Suchmaschinen als Konkurrenten der Bibliothekskataloge. Wie Bibliotheken ihre Angebote durch Suchmaschinentechnologie attraktiver und durch Öffnung für die allgemeinen Suchmaschinen populärer machen können«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 53 (2006), S. 71–78

Lison, Barbara: »›Bibliotheken auf der Tagesordnung‹. Von Goethes ›Stillem Kapital‹ zum ›Asset-Management‹ für die Wissensgesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 13–14

Lison, Barbara: »Bibliotheken – Orte des lebenslangen Lernens und der persönlichen Entwicklung«, Referat Forum 6: Milieu- und Besucherforschung, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./ Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 160–164

Möbius, Johanna: »Ein Werkzeugkasten zur Begegnung von Sparmaßnahmen«, in: *bibliotheken heute*, Heft 2/ 2006, S. 53–55

Nitzschner, Holger/Flemming, Arend: »Der Ausbau der deutschen Internetbibliothek zu einem Netzwerk öffentlicher und wissenschaftlicher Bibliotheken«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 5/2006, S. 598–599

Obst, Helmut: »Soziale Bibliotheksarbeit. Mitfahrt auf dem Rolli inklusive«, Integrative Arbeit in der Bibliothek der Stiftung Pfennigparade, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 11–12/2006, S. 742

»Leipzig: Deutsche Bücherei vor 90 Jahren eingeweiht«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 10/2006, S. 1183–1184

»Öffentliche Büchereien« (Schwerpunktthema), in: *Die Gemeinde*, Heft 20/2006, S. 776–803

Pflaum, Günter/Hesse, Angelika: »Einführung der kommunalen Doppik in Öffentlichen Bibliotheken. Kurzfassung der Arbeitshilfe des LBZ«, in: *bibliotheken heute*, Heft 3/2006, S. 115–119

Plassmann, Engelbert/Rösch, Hermann/Seefeldt, Jürgen/ Umlauf, Konrad: *Bibliotheken und Informationsgesellschaft in Deutschland*, Wiesbaden: Harrassowitz, 333 S.

Poll, Roswitha: »Was dabei herauskommt: Wirkungsforschung für Bibliotheken«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 2/2006, S. 59–70

Rabe, Roman: »Das umstrittene Volksbibliotheksmodell. Walter Hofmann und die Freie Öffentliche Bibliothek Dresden-Plauen«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2006, S. 394–400

Ratzek, Wolfgang: »Bachelor, Diplom, Fachwirt und andere Scheingefechte. Einige Anmerkungen zur Reform der bibliothekarischen Ausbildung«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 4/2006, S. 317–320

Ratzek, Wolfgang: »Die Bibliothek als Instrument der Standortentwicklung. Ein Überblick mit Beispielen aus dem In-und Ausland«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 9/2006, S. 629–632

Richter-Ngogang, Barbara: »Aufbruchstimmung in Südkorea. Bauboom bei Bibliotheken und zarte Kontakte zu den Kollegen im Norden«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 7–8/2006, S. 548–552

Richter-Ngogang, Barbara: »›Von Buddha bis ins digitale Weltall‹. IFLA-Weltkongress Seoul: Internationale Bibliotheksszene präsentiert sich ehrgeizig und sozial motiviert/Nordkorea sagt in letzter Minute ab«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 11–12/2006, S. 750–755

Rothe, Manfred: »Der Deutsche Bibliothekartag wird international. Besucherrekord in Dresden. Mehr als 200 Teilnehmer aus dem Ausland«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 7–8/2006, S. 524–539

Schleh, Bernd: »Zurück auf der internationalen Bühne. Deutsche Bibliothekare mischen beim IFLA-Weltkongress in Oslo kräftig mit. Ein Blick auf die Bibliothek der Zukunft«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 1/2006, S. 40–46

Schmeier, Anke: »Zur Situation in öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken. Ver.di AG Archive, Bibliotheken, Dokumentationseinrichtungen«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 6/2006, S. 713–717

Schneider, Doris: »Was tun bei knappen Kassen?«, in: *bibliotheken heute*, Heft 2/2006, S. 51–53

Schneider, Ronald: »Bibliotheken als Bildungspartner. Erfahrungen aus der Arbeit der DBV-Expertengruppe ›Bibliothek und Schule‹«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 4/2006, S. 329–332

Schwabe, Carola: »Die Schule der neuen Alten. Wie Bibliothekare die ›Generation 60plus‹ fortbilden können«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 11–12/2006, S. 777–782

Seefeldt, Jürgen: »Bibliothek macht Schule. Fachstellenkonferenz berät in Halle über die Rolle der Bibliotheken als Bildungspartner«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 11–12/2006, S. 775–776

Stäcker, Thomas: »Zwischen Kulturmanagement und Forschung: Sondersammlungen im 21. Jahrhundert: Organisation, Dienstleitungen, Ressourcen. Tagungsbericht 22.–25. Nov. 2005, Herzogin Anna Amalia Bibliothek Wolfenbüttel«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 1/2006, S. 36–41

»Trier: Das Bett in der Bibliothek oder Neue Wege der Sponsoring-Partnerschaft«, in: Bibliotheksdienst, Heft 10/2006, S. 1184–1185

Umlauf, Konrad: *Medienkunde*, Wiesbaden: Harrassowitz (Bibliotheksarbeit, 8), 350 S. (2. aktualisierte und neu gefasste Auflage)

Verch, Ulrike: *Sonntags in die Bibliothek! Die Wiederbelebung des Bibliothekssonntags in Deutschland*, Berlin: Logos (Berliner Arbeiten zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft, 17), 148 S.

Vogt, Hannelore: »Nichts ist beständiger als der Wandel. Die Stadtbücherei Würzburg – ein innovatives Dienstleistungszentrum«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 2/2006, S. 207–216

Wester, Ursula: »Von hethitischen Keilschriftarchiven zu modernen Informationszentren. Ein Überblick über die Bibliotheken in der Türkei«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 1/2006, S. 64–71

Wienholz, Heike: »Wo Kultur und Bildung noch Geld kosten dürfen. Die Deutsche Zentralbücherei im dänischen Apenrade«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 2/2006, S. 135–138

### 5.7.3 Leseförderung, Leseforschung, Literaturförderung

Gaiser, Gottlieb (Hrsg.): *Leselust dank Lesekompetenz. Leseerziehung als fächerübergreifende Aufgabe* (Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung), Donauwörth: Auer, 148 S.

Gomringer, Nora Eugenie: »Poetry Slam and Slam Poetry. (K)Eine Frage der Punkte«, in: *aviso*, Heft 1/2006, S. 22–27

Sexl, Martin: »Lesen als Kulturgut«, in: Zembylas, Tasos/Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung. Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47–61

Steck, Heike: »Stärkung der Lese- und Medienkompetenz. Neue Projekte aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 6/2006, S. 455–456

Tanzer, Ulrike/Wintersteiner, Werner (Hrsg.): *Kultur des Lesens. Arbeitsgemeinschaft für Deutschdidaktik am Institut für Germanistik der Universität Klagenfurt*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 143 S.

Vandenrath, Sonja: *Private Förderung zeitgenössischer Literatur. Eine Bestandsaufnahme*, Bielefeld: transcript, 254 S.

Vogel, Bernhard (Hrsg.): *Cadenabbia als literarischer Ort. Schriftsteller am Comer See*, Berlin: Lit Verlag, 185 S.

## 5.8 Volkshochschulen, kulturelle Erwachsenenbildung

*DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*. Zeitschrift des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, Bonn: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (vierteljährlich)

*dis.kurs*. Das Magazin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (DVV), Berlin: Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. (vierteljährlich)

*DVVmagazin Volkshochschule* (vormals: DVVmagazin Volkshochschule), Bonn: Deutscher Volkshochschulverband (vierteljährlich)

*Erwachsenenbildung*. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis, Würzburg: Echter-Verlag (vierteljährlich)

Bisovsky, Gerhard (Hrsg.): *Vernetztes Lernen in einer digitalisierten Welt. Internetgestützte Bildungsprozesse an der Volkshochschule*, Wien: Verband Wiener Volksbildung, 264 S.

Bleil, Nadja: *Interkulturelle Kompetenz in der Erwachsenenbildung. Ein didaktisches Modell für die Trainingspraxis*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang-Verlag (Europäische Hochschulschriften: Reihe 11, Pädagogik, 942), 380 S.

Buhl, Marion: »Managing Diversity. Wie gestalten wir Multikulturalität, Work-Life-Balance und Gender Mainstreaming?«, in: *dis.kurs*, Heft 2/2006, S. 20–21

Rook, Andrea: *... damit der Mensch als solcher bestehen kann. Geschichte der Volkshochschule Dresden 1919–2006* (hrsg. von der Volkshochschule Dresden e. V.), Dresden: Sandstein, 192 S.

Schams, Mareike: »Ab nach Kassel! Kulturelle Bildung zeigt sich selbstbewußt auf der VHS-Bundestagung«, in: *dis.kurs*, Heft 2/2006, S. 11–12

## 5.9 Soziokultur und soziokulturelle Praxisfelder

*Informationsdienst Soziokultur*, Potsdam: Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e. V. (viermal jährlich)

*Journal der Jugendkulturen*, Berlin: Archiv der Jugendkulturen (unregelmäßig)

*kulturpiXXX*. Zeitschrift für Freies Theater Soziokultur + kulturelle Initiativen in Niedersachsen, Hannover: Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur in Niedersachsen e. V. (LAGS) und Landesverband Freier Theater in Niedersachsen e. V. (LaFT) (vierteljährlich)

*Kulturszene*, Bonn: Fonds Soziokultur e. V. (jährlich)

»25 Jahre Soziokultur in Esslingen. Dieselstrasse Esslingen«, in: *LAKS-Info*, Heft 42 (2006), S. 18–19

Albrecht, Sylvie/Knoblich, Tobias J.: »Sinn und Sinnlichkeit. Was ist heute Soziokultur?«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 4/2006, S. 2–3

Dallmann, Gerd: »Die Soziokultur und ihre Förderung«, in: *kulturpiXXX*, Heft 3/2006, S. 11–12

Dallmann, Gerd: »Freie Träger in der Klemme. Anforderungen der freien Szene an eine strategische Kulturpolitik«, in: Brinckmann, Hans/Richter, Reinhart (Hrsg.): *Die Stadt von der Kultur her denken – die Kultur von der Stadt her denken. Strategische Kulturpolitik als Element strategischer Kommunalpolitik*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Kleine Reihe, 2), S. 123–130

»Die Zukunft Europas ist interkulturell. Europäische Kulturzentren ermöglichen den interkulturellen Dialog und fördern die kulturelle Vielfalt«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 64 (2006), S. 12–13

Dietrich, Horst: »Kultur als Drahtseilakt. Über Stadtteilkultur und sozialen Anspruch«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 56–58

Fietz, Yvonne: »5. Hamburger Stadtteilkulturpreis «, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 2/2006, S. 20–21

Hainhölzer Kulturgemeinschaft e. V. (Hrsg.): *Die Hainholz-Stele. 40 Frauen und Männer aus 12 Nationen gestalten eine Skulptur für ihren Stadtteil*, Bonn: Siegfried Neuenhausen/VG Bild-Kunst Bonn, 124 S.

Hecken, Thomas: *Gegenkultur und Avantgarde 1950–1970. Situationisten, Beatniks, 68er*, Tübingen: Francke, 218 S.

Hesse, Bernd: »... und unten wackelte die Bude. Interview mit Bernd Hesse über Sinn und Sinnlichkeit von Soziokultur. Interviewt von Selma Tuzlali«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 4/2006, S. 4–5

Hoffmann, Karen/Hefner, Eleonore/Volz, Rahel/Krause, Katja u. a.: »Projektbeispiele«, in: *Kulturszene*, Heft 8/2006, S. 8–27

Knoblauch, Johannes/Piro, Morena/Walter, Hans: »Ein Stadtteil wird ›musikalisiert‹. Musik in Hainholz«, in: *Musikforum*, Heft 1/2006, S. 41–45

Knoblich, Tobias J.: »Die Förderwürdigkeit (sozio)kultureller Einrichtungen und Projekte. Zur Erarbeitung eines Kriterienkatalogs auf Landesebene«, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 22 S., A 2.25

Kröger, Franz: »Next Level? NRW qualifiziert seine Soziokulturförderung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 6

Kussauer, Klaus: »Innovationspreis: Neue Medien und Soziokultur«, in: *Kulturszene*, Heft 8/2006, S. 28–30

Kussauer, Klaus: »›Renaissance des 21. Jahrhunderts‹ – Internationale Jugend-Rap-Oper. Fonds Soziokultur vergibt über 600 000 Euro für Kulturprojekte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 7

Landesverband Soziokultur Sachsen e. V. (Hrsg.): *Landesverband Soziokultur Sachsen 2006*, Grimma/Dresden: Waechterpappel/Denkmalschmiede Höfgen, 116 S.

Lucker, Katja: »Kann es ein Marketing für die Off-Kultur geben? Referat Forum 5: Soziokultur, Clubszene und neue Locations«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 148–150

Plagemann, Volker: »›Am Anfang war das Wort Fabrik‹. Drei Jahrzehnte Sozio-und Stadtteilkultur in Hamburg«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 50–55

Schneider, Wolfgang: »Das Prinzip des permanenten Wandels: Soziokultur. Interview über den Status quo von Soziokultur in der heutigen Kulturlandschaft. Interviewt von Selma Tuzlali«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 4/2006, S. 14–15

Sievers, Norbert: »Tendenz steigend. Statistik zur Mittelvergabe des Fonds Soziokultur«, in: *Kulturszene*, Heft 8/2006, S. 4–7

Thorwesten, Klaus: »Marketingstrategien der Lagerhalle Osnabrück. Referat Forum 5: Soziokultur, Clubszene und neue Locations«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 144–147

Wendt, Michael: »Bewegung ist das, was wir können. Stadtteilkultur jenseits des demografischen Bedrohungsszenarios«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 64 (2006), S. 4–5

Wendt, Michael: »Stadtteilmarketing selbst in die Hand nehmen! Stadtteilkultur initiiert Event- und Festivalkultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 59–61

Wendt, Michael: »Wertetransfer zwischen Stadtteil-, Sozio- und Eventkultur und Entwicklung eines neuen Stadtteilmarketings. Referat Forum 4: Festivals und Events«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./ Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 131–141

Wicher, Sabine: »Soziokultur europaweit. Europäische Projektmesse des ENCC bringt Kulturzentren aus Ost- und Westeuropa zusammen«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 4/2006, S. 12–13

Ziller, Christiane: »Fokus 2011: Demographische Herausforderungen an Soziokulturelle Zentren und ihre Netzwerke«, in: *kulturpiXXX*, Heft 2/2006, S. 16–17

Ziller, Christiane: »Zu arm, zu bunt, zu alt? Demografische Herausforderungen an Soziokulturelle Zentren und ihre Netzwerke«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 64 (2006), S. 2–4

## 5.10 Kulturpädagogik, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung


*BDK-Mitteilungen*. Fachzeitschrift des Bundes Deutscher Kunsterzieherinnen und Kunsterzieher e. V., Hannover: BDK e. V. Fachverband für Kunstpädagogik (vierteljährlich)

*infodienst*. Kulturpädagogische Nachrichten, Unna: Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen (zweimonatlich)

Allmendinger, Jutta/Nikolai, Rita: »Bildung und Herkunft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 44-45/2006, S. 32–38

Bielenberg, Ina: »Kultur mach Schule«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 65 (2006), S. 3–4

Bielenberg, Ina (Hrsg.): *Bildungsziel Kreativität. Kulturelles Lernen zwischen Kunst und Wissenschaft*, München: kopaed (Kulturelle Bildung, 1), 159 S.

Bischoff, Johann/Brandi, Bettina (Hrsg.): *Künstlerisch-technische Grundlagenvermittlung für die Ausbildung im Bereich der angewandten Kultur-, Medien- und Sozialpädagogik*, Aachen: Shaker (Merseburger medienpädagogische Schriften, 1), 480 S.

Blohm, Manfred (Hrsg.): *Über ästhetische Forschung. Lektüre zu Texten von Helga Kämpf-Jansen*, München: kopaed (Kontext Kunstpädagogik, 5), 213 S.

Brandt, Thomas: »Schule für Kunst und Theater im Kulturforum Alte Post der Stadt Neuss. Referat Forum 2: Kulturelle Bildung und Kulturpädagogik«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht. kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 102–106

Brinkmann, Annette/Wiesand, Andreas Johannes: *Künste – Medien – Kompetenzen. Abschlussbericht zum BLK-Programm ›Kulturelle Bildung im Medienzeitalter‹, Kubim*, Bonn: ARCult Media, 206 S.

Büssgen, Antje: *Glaubensverlust und Kunstautonomie. Über die ästhetische Erziehung des Menschen bei Friedrich Schiller und Gottfried Benn*, Heidelberg: Winter, 442 S.

Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (Hrsg.): *Blicke wechseln. Kulturprojekte mit gesellschaftlicher Verantwortung*, Berlin/Remscheid: Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ), 64 S.

»Collegium PONTES. Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen GmbH Görlitz-Zgorzelec-Zhofielec«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8–9/2006, S. 8–9

Eichler, Kurt: »Politik für kulturelle Bildung« (Podiumsgespräch zum Jugendkunstschultag NRW 2005 mit Marie-Theres Kastner (MdL CDU), Dr. Susanne Keuchel (Jugendkulturbarometer), Dr. Manfred Wienand (Deutscher Städtetag und Städtetag NRW) und Klaus Schäfer (Jugendministerium NRW) am 21. Oktober 2005 in Unna), in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 79, 2006, S. 16–22

Ermert, Karl: »Von den Alten zu den alten Meistern? Herausforderungen der Altersdemographie für die Weiterbildung im Kulturbereich«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 2/2006, S. 5–6

Ermert, Karl/Lang, Thomas (Hrsg.): *Alte Meister. Über Rolle und Ort Älterer in Kultur und kultureller Bildung* (Dokumentation der Tagung ›Alte Meister – Über Rolle und Ort Älterer in Kultur und Kultureller Bildung‹ der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel vom 30. November bis 2. Dezember 2005), Wolfenbüttel: Bundesakad. für Kulturelle Bildung (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 25), 170 S.

Farin, Klaus: »Das Archiv der Jugendkulturen. Referat Forum 10: (Medien-)Kinder – Kulturpublikum für morgen?«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 243–250

Fietz, Yvonne: »Kinder- und Jugendkultur. Modellregion Hamburg«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2006 ff.), 28 S., J 1.2

Fuchs, Max: »Die Lissaboner Road Map und die Kultur. Die Weltkonferenz zur künstlerischen Bildung vom 6. bis 9. März 2006 in Lissabon«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 2/2006, S. 1–2

Fuchs, Max: »Rückenwind für die kulturelle Bildung. UNESCO-Weltkonferenz fordert eine nachhaltige Berücksichtigung von Kunst und Kreativität in Erziehung und Bildung«, in: *kultur – kompetenz – bildung*, Heft 3/ 2006, S. 4–5

Fuchs, Max/Zimmermann, Olaf: »Was bleibt von der BLK? Abgesang auf einen bildungspolitischen Aufbruch«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 5–6

Glas, Alexander: »Ästhetische Bildung im Gegenwind«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 2/2006, S. 2–5

Göhmann, Lars: »Kulturelle Bildung als Lebenskunst«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 4/2006, S. 18–21

Hebecker, Eike: »Die Mediengeneration als Kulturpublikum. Referat Forum 10: (Medien-)Kinder – Kulturpublikum für morgen?«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 238–242

Hellwig, Michael: »›Ach wie gut, dass niemand weiß ...‹. Das Rumpelstilzchen-Literaturprojekt wird 25 Jahre alt«, in: *Lit'Forum*, Heft 82 (2006), S. 14–17

Herrbold, Gudrun/Jacobs, Felicitas: »Mehr als 25 Jahre Unterricht in der Sozialen Kulturarbeit – Schwerpunkt Theaterarbeit – an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin«, in: *Zeitschrift für Theaterpädagogik*, Heft 49 (2006), S. 75–78

Hippe, Wolfgang/Sievers, Norbert: *Kultur und Alter. Kulturangebote im demografischen Wandel*, Essen: Klartext Verlag (Kulturhandbücher NRW, 11), 104 S.

Kelb, Viola: *Kulturelle Bildung und Ganztagsschulen. Rahmenbedingungen und Umsetzung von Kooperationen in den Ländern. Eine Ländersynopse*, Remscheid: Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, online unter: www.kultur-macht-schule.de

Kellermann, Katrin: »Kinderkultur und Kinderrechte«, 9. Welt-Kindertheater-Fest setzte neue Maßstäbe, in: *Spiel & Bühne*, Heft 3/2006, S. 28–31

Kessler, Robert R.: *Crashkurs Musikmanagement. Professionelles Selbstmanagement für Musiker. So wird der Musiker sein eigener Manager*, Bergkirchen: PPVMedien, 199 S.

Keuchel, Susanne: »Kunst und Kultur für alle?«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 79 (2006), S. 14–15

Keuchel, Susanne: »Zwischen ›Multikulti‹, Eminem und Picasso. Zu den Ergebnissen des 1. Jugend-Kultur-Barometers«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 114 (III/2006), S. 50–51

Keuchel, Susanne: »Ganztagsschulen – Ein Treffpunkt für Kunst und Kultur?«, Ergebnisse einer Studie zur kulturellen Bildung in der Ganztagsschule für das Bildungsministerium für Bildung und Forschung, in: *Handbuch KulturManagement*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 16 S., D 2.13

Keuchel, Susanne/Wiesand, Andreas Johannes (Hrsg.): *Das 1. Jugend-KulturBarometer. »Zwischen Eminem und Picasso ...«*, Bonn: ARCult Media, 320 S.

Kleine, Helene: »Über das Studium der Kultur«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 385–391

Klementz, Constanze/Cramer, Franz Anton: »Lehre: Freiheit. Leere Freiheit? Die Diskussion um eine zeitgenössische Tanzausbildung wirft Fragen nach der Lehrbarkeit von Kunst auf«, in: *Theater der Zeit*, Heft 2/2006, S. 18–21

Kröger, Franz: »›Learning by doing?‹. Kulturelle Bildung macht Schule in NRW«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 115 (IV/2006), S. 10–11

Kulturstiftung der Länder/Kulturstiftung des Bundes/Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): *Kinder zum Olymp! Lernen aus der Praxis. Europäischer Kongreß zur kulturellen Bildung vom 22. bis 24. September 2005 auf Kampnagel in Hamburg*, Berlin: Selbstverlag, 304 S.

Landtag Rheinland-Pfalz: »Kulturelle Bildung in Rheinland-Pfalz. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drucksache 14/4770)«, *Drucksache* 14/4898 (25.1.2006), Mainz

Lantermann, Susanne: »Nur ein Medienhype? Ein Aktionstag zur ›Generation Praktikum‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 67

Lessig, Lawrence: *Freie Kultur. Wesen und Zukunft der Kreativität*, München: Open Source Press, 304 S.

Lindner, Bernd: »Museum, ja – und? Jugendliche Besucher und Museen in Ostdeutschland«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 76 (2006), S. 23–25

Manschwetus, Uwe: »Kinder und Jugendliche als Zielgruppe für Museen. Entwicklungsschritte für ein Marketingkonzept«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 76 (2006), S. 26– 31

Mörchen, Raoul: »›Was soll aus euch nur werden?‹. Zur Ausbildung von Berufsmusikern in Zeiten kultureller Sparzwänge«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 62–63

Neumann, Bernd: »Kulturelle Bildung ist Investition in die Zukunft. Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 65 (2006), S. 14

Nida-Rümelin, Julian: »Zur kulturellen Dimension der Bildung«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2006, S. 2–3

Noack, Winfried: *Kulturpädagogik. Grundzüge und Tätigkeitsfelder*, Berlin: Verlag Soziokultur, 220 S.

Pankoke, Eckart/Quenzel, Gudrun: »Einführung. Praktische Künste – Deutungsmuster und Sinnkonstruktionen kulturellen Handelns«, in: Pankoke, Eckart/Quenzel, Gudrun (Hrsg.): *Praktische Künste. Deutungsmuster und Wissensformen kulturellen Handelns*, Essen: Klartext, S. 7– 4

Pass, Claudia/Hofer, Bernhard J.: *Bedeutung und Stellenwert nachberuflicher Tätigkeiten von Menschen im dritten Lebensabschnitt im ländlichen Raum. Eine empirische Erhebung in 12 ausgewählten oberösterreichischen Gemeinden*, Linz: Verlag Easy Media (Public observer, 1), 171 S.

Pasuchin, Iwan (Hrsg.): *Intermediale künstlerische Bildung. Kunst-, Musik und Medienpädagogik im Dialog*, München: kopaed, 256 S.

Pfaff, Nicolle: »Jugend in Ostdeutschland. Ergebnisse der Jugendforschung zur Situation und zu den Problemen Jugendlicher«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 76 (2006), S. 18–22

Pfeiffer-Poensgen, Isabel: »Startkapital für alle Sinne. Isabel Pfeiffer-Poensgen über die Notwendigkeit kultureller Bildung für Kinder und Jugendliche«, in: *arsprototo*, Heft 4/2006, S. 6–9

Pinetzki, Katrin: »So viele S wie möglich. Künstler für Kinder – das MUS-E-Projekt«, in: *K.West*, Heft 4/2006, S. 30–33

Quermann, Andreas: *»Demokratie ist lustig«. Der politische Künstler Joseph Beuys*, Berlin: Reimer, 330 S.

Rehburg, Meike: *Hochschulreform und Arbeitsmarkt. Die aktuelle Debatte zur Hochschulreform und die Akzeptanz von konsekutiven Studienabschlüssen auf dem deutschen Arbeitsmarkt*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 240 S.

Rösch, Hermann: »Vom ›Dipl.-Bibl.‹ zu, ›BA Bibl.‹: Wohin führt die Neuausrichtung der bibliothekarischen Studiengänge? Anmerkungen zu den Planungen in NRW«, in: *bibliotheken heute*, Heft 1/2006, S. 15–17

Schäfer, Klaus: »Kultur öffnet Welten«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 79 (2006), S. 10–13

Schavan, Annette: »Kulturelle Bildung«, in: Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 279–289

Schimanski, Richard: *Kunst als Bedingung Mensch zu sein. Kurze Einführung in Schillers Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen*, London: Turnshare, 46 S.

Schroeter, Klaus R./Zängl, Peter (Hrsg.): *Altern und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Alter(n) und Gesellschaft, 12), 286 S.

Sedlack, Axel: »Vernetzung als Zukunftsmodell. Zusammenführung von Kultur und Bildung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 63

Selle, Gert: *Ästhetische Erziehung oder Bildung in der zweiten Moderne? Über ein Kontinuitätsproblem didaktischen Den-*

*kens*, Hamburg: Univ.-Press (Kunstpädagogische Positionen, 3), 46 S. (2. Auflage)

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): *Jugend 2006: Eine pragmatische Generation unter Druck. 15. Shell Jugendstudie*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 506 S.

Siemens Arts Program (Hrsg.): *kiss – Kultur in Schule und Studium. Film, Video und Fotografie in der Schule, Fünf Unterrichtseinheiten zu den Künstlern Thomas Demand, Stan Douglas, Asta Gröting, Birgit Hein und Christian Jankowski*, München: Siemens AG, 112 S. (inkl. DVD mit Schülerfilmen und Unterrichtsmaterialien)

Sievers, Norbert/Hippe, Wolfgang: *Kultur und Altersdemographie. Herausforderungen für die Kulturpolitik*, Bonn: Institut für Kulturpolitik (IfK) der Kulturpolitischen Gesellschaft, 61 S.

Stiftung Niedersachsen, Hannover (Hrsg.): *Älter – bunter – weniger. Die demografische Herausforderung an die Kultur*, Bielefeld: transcript, 229 S. (dt./engl.)

Strömer, Reinhard: »Fit für die Zukunft. Der Studiengang ›musik und kulturmanagement‹ an der Hochschule Bremen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/ 2006), S. 70

Wiese, Hans-Joachim/Günter, Michaela/Ruping, Bernd: *Theatrales Lernen als philosophische Praxis in Schule und Freizeit*, Berlin/Milow: Schibri (Lingener Beiträge zur Theaterpädagogik, 1), 320 S.

Zacharias, Wolfgang: »Bilden und anstoßen. Plädoyer für eine transformatorische kulturelle Bildung«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 361–368

Zacharias, Wolfgang: »Kultur und Schule: Warum und Wie?«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 81 (2006), S. 103–105

Zürner, Christian: *Ästhetische Bildung und Frühromantik. Kritische Dialoge zwischen Wilhelm Heinrich Wackenroder und Theodor W. Adorno*, Berlin u. a.: Lit (Villigst Perspektiven, 8), 226 S.

### 5.11 Archive

*Der Archivar*. Mitteilungsblatt für das deutsche Archivwesen, Düsseldorf: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (viermal jährlich)

Bacia, Jürgen/Leidig, Dorothée: »Geschichte von unten im Abseits. Plädoyer für die Stärkung freier Archive«, in: *Der Archivar*, Heft 2/2006, S. 166–172

Becker, Irmgard Christa/Black-Veldtrup, Mechthild u. a.: »Organisationsreformen und ihre Auswirkungen auf die archivische Arbeit – Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. 65. Südwestdeutscher Archivtag in Lindau am Bodensee«, in: *Der Archivar*, Heft 1/2006, S. 3–18

Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK): »Historische Bildungsarbeit als integraler Bestandteil der Aufgaben des Kommunalarchivs. Positionspapier. Verabschiedet am 18.4.2005 und am 19./20.5.2005 durch den Kulturausschuss des Deutschen Städtetags gebilligt«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 1/ 2006, S. 38–39

*Der Kulturhistorische Auftrag. Dokumentationsinteresse und Bestandsergänzung*, Bonn: Habelt-Verlag (Archivhefte (Rheinisches Archiv- und Museumsamt, 37), 108 S.

»DFG-Positionspapier: Ziele und Struktur des Förderprogramms Kulturelle Überlieferung«, in: *Der Archivar*, Heft 3/2006, S. 264–269

Grothe, Ewald: »Kooperative Erschließung von Handschriften und Nachlässen. Teil 2: auf dem Weg zu Kalliope. Zur Erschließungssituation in deutschen Bibliotheken und Archiven seit 1945«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 6/2006, S. 291299

Kramer, Brigitte: »Management in Kommunalarchiven – Strategien für die Anpassung an veränderte Arbeitsbedingungen im Rahmen der neuen Steuerungsformen«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 1/ 2006, S. 8– 16

Kretzschmar, Robert: »›Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus‹. Der 75. Deutsche Archivtag«, Tagungsbericht (gefolgt von Berichten aus den Sektionen, S. 33–45), in: *Der Archivar*, Heft 1/2006, S. 28–33

Kühnel, Karsten: »Zulassungsverfahren zur Archiv- und Archivaliennutzung am Beispiel der Stadt Hof«, in: *Kommunalpraxis – Ausgabe Bayern*, Heft 2/2006, S. 52– 56

Kuhna, Martin: »Bewahre! Es müsste mehr Aufhebens ums Aufheben sein: Ein Plädoyer zum Tag der Archive«, in: *K.West*, Heft 5/2006, S. 42–43

Müller, Peter/Koch, Elke: »Archivpädagogik ohne Archivpädagogen? – Neue Wege der kulturellen Jugendbildung im Staatsarchiv Ludwigsburg«, in: *Der Archivar*, Heft 4/2006, S. 345–347

Nieß, Ulrich/Wettengel, Michael/Zink, Robert: »Digitalisierung von archivischem Sammlungsgut. Empfehlung der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim deutschen Städtetag«, in: *Der Archivar*, Heft 4/2006, S. 323–329

Oldenhage, Klaus: »Archivgut als Gegenstand des Kulturgutschutzes«, in: *Der Archivar*, Heft 1/2006, S. 21–23

Schäfer, Udo: »Ziele einer Reform des Kulturgutschutzrechts aus der Perspektive der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder – ein Positionspapier. Einführung und Textabdruck«, in: *Der Archivar*, Heft 1/2006, S. 19–21

Schäfer, Udo/Oldenhage, Klaus u. a.: »Archivgut als bewegliches Kulturgut«, in: *Der Archivar*, Heft 1/2006, S. 19–28

Schneider-Bönninger, Birgit: »›Ran an die Quellen!‹: Das archivdidaktische Modell in Wolfsburg«, in: *Der Archivar*, Heft 4/2006, S. 345–347

Teske, Gunnar: »Ansätze und Erfahrungen hinsichtlich archivspartenübergreifender und interkommunaler Zusammenarbeit«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 1/2006, S. 2–7

Wichtrup, Ingrid: »Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste im Archiv – Anspruch und Wirklichkeit«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 1/ 2006, S. 22–26

Worm, Peter (Red.): *Handlungsstrategien für Kommunalarchive. Beiträge zu einem Workshop im Rathaus Oberhausen 14.12.2005*, Münster: Westfälisches Archivamt (Texte und Untersuchungen, 19), 94 S.



### 5.12 Baukultur

*Arch+. Zeitschrift für Architektur und Städtebau*, Aachen: Archplus Verlag (vierteljährlich)

*Baukultur*. Verbandszeitschrift des DAI, Berlin: Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine e. V. (zweimonatlich)

Baumeister, Nicolette: *Architektur Neues München. Münchner Baukultur 1994–2005*, Berlin: Braun, 154 S. (2. Auflage)

Becker, Heidede: »Stadt, Bau, Planung und Kultur – Handlungsbedarf im Politikfeld Baukultur«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 1/ 2006, S. 44–62

»Das Georg-Bähr-Forum. Ein Forum für Baukultur und Ingenieurbaukunst an der Technischen Universität Dresden«, in: *Baukultur*, Heft 2/2006, S. 6

Deutscher Bundestag: »Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer ›Bundesstiftung Baukultur‹. Gesetzentwurf der Bundesregierung«, *Drucksache* 16/1945 (23.6.2006), Berlin

Europäisches Haus der Stadtbaukultur e. V./Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *5 Jahre Landesinitiative StadtBauKultur NRW*, Gelsenkirchen/Düsseldorf: Selbstverlag, 160 S.

Franke-Höltzermann, Carola/Durth, Werner: *Architektur Neues Stuttgart. Stuttgarter Baukultur 1996–2006*, Berlin: Braun, 160 S.

Fritz-Haendeler, Renate: »Politikfeld Baukultur – Versuchs-Anordnungen«, in: Selle, Klaus (Hrsg.): *Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Konzepte. Theorien. Impulse*, Dortmund: Rohn (Edition stadt-entwicklung), S. 471–484

Gaffron, Philine/Wagner, Tina: »Baukultur bei Verkehrsbauwerken. Beiträge des GVFG zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personenverkehrs«, in: *Der Nahverkehr*, Heft 5/2006, S. 28–32

Gaffron, Philine/Wagner, Tina: »Die Baukultur-Debatte. Chance für die integrierte Planung kommunaler Verkehrsinfrastruktur?«, in: *planerin*, Heft 1/2006, S. 48–49

Hamburgische Bürgerschaft: »Baukultur in Hamburg. Große Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 18/4935 (6.9.2006), Hamburg

Hornung, Dieter (Hrsg.): *Staatsformen prägen Baustile*, Bonn: Bund Heimat und Umwelt, 108 S.

Keitz, Kay von/Voggenreiter, Sabine (Hrsg.): *plan05 – wohnen2. Forum aktueller Architektur in Köln 23.9.-30.9. 2005* (Dokumentation), Köln: plan project, 124 S.

Kulturland Brandenburg e. V. (Hrsg.): *Abbruch – Umbruch – Aufbruch. Regionale Baukultur in Brandenburg*, Leipzig: Koehler & Amelang, 191 S.

Kunze, Ronald: »Stadt, Umbau, Kunst: Sofas und Badewannen aus Beton«, in: *Stadt und Raum*, Heft 2/2006, S. 62–65

Maier-Solgk, Frank: »Mühsam nährt sich. Blick auf die Baukultur in NRW zum 11. Tag der Architektur«, in: *K.West*, Heft 6/2006, S. 52–53

Prina, Francesca/Demartini, Elena: *Atlas Architektur. Geschichte der Baukunst*, München: Deutsche-Verlags-Anstalt, 432 S.

Schmidt, Danuta: *Architektur neues Brandenburg. Brandenburger Baukultur 1996–2006*, Berlin: Verlagshaus Braun, 200 S.

Stadt Aachen (Hrsg.): *Bauhaus Europa. Dokumentation des Wettbewerbs*, Aachen/Düsseldorf: Stadt Aachen/FSW Düsseldorf, 108 S.

Steinmetz, Mark: *Architektur neues Wien. Wiener Baukultur 1996–2006*, Berlin: Braun, 157 S.

## 6 Weitere kulturpolitische Themen und Felder

### 6.1 Interkulturelle Kulturarbeit

*IKA*. Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch und Kulturkalender, Hamburg: Kulturaustausch International e. V. unregelmäßig

*terra cognita*. Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration, Bern: Eidgenössische Ausländerkommission (zweimal im Jahr)

Bibouche, Seddik (Hrsg.): *Interkulturelle Integration in der Kinder- und Jugendarbeit. Orientierungen für die Praxis*, Weinheim: Juventa, 204 S.

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (Hrsg.): *Kulturelle Vielfalt leben lernen. Interkulturelle Kompetenz durch* kulturelle Bildung. 21 Praxisbeispiele, Remscheid: BKJ, 57 S.

Cerci, Meral: »Kulturnutzung von Menschen mit Migrationshintergrund – Annährung an eine (noch) unbekannte Zielgruppe«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 8

Denscheilmann, Heike: »Die Kunst, das Miteinander von Menschen zu ermöglichen. Interkultur als kulturpolitischer Auftrag«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 8/ 2006, S. 25–28

Deutscher Musikrat: »›Wer das Eigene nicht kennt, kann das Andere nicht erkennen‹. 2. Berliner Appell des Deutschen Musikrats. 12 Thesen zum interkulturellen Dialog«, in: *Musik und Bildung*, Heft 4/2006, S. 66–67

Deutscher Musikrat (Hrsg.): »Kulturelle Identität und Dialog stärken«, in: *Musikforum*, Heft 4/2006, S. 59–61

Eppenstein, Thomas/Kiesel, Doron: *Soziale Arbeit interkulturell*, Stuttgart: Kohlhammer, 240 S.

Foroutan, Naika: »Kulturdialoge in der politischen Anwendung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 28-29/2006, S. 17–25

Frigerio Martina, Marina: »Mit zweierlei Bällen jonglieren. Bedeutung und Rolle von Kulturvereinen. Marina Frigerio Martina im Gespräch mit Umberto Castra, Hasim Sancar und Anna Paula Sardenberg«, in: *terra cognita*, Heft 8/2006, S. 20–23

Ibis, Özlem: »Türkische Kulturtage 2006«, in: *Die Brücke*, Heft 3/2006, S. 26–27

Jäggi, Simone: »›Musik baut Barrieren ab‹. Kulturaustausch durch Musik«, in: *terra cognita*, Heft 8/2006, S. 36–37

Jäggi, Simone: »›Wir wollen gebraucht werden‹. Kulturaustausch durch Musik«, in: *terra cognita*, Heft 8/ 2006, S. 34–35

Joerißen, Peter: »›Projekt Migration‹ – Bilder einer Ausstellung«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2006, S. 12–21

Köchlin, Michael: »Kultur und Integration in Basel«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 51–54

Kokoschka, Claudia/Gerland, Volker/Rehberg, Gernot: »Babylon im Konzerthaus. Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Kommunale Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 47–50

Kolland, Dorothea: »Kulturelle Vielfalt: Diversität und Differenz«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 139–148

Krasniqi, Gjyle: »Viel Theater um Secondos und Secondas«, in: *terra cognita*, Heft 8/2006, S. 82–83

Kröger, Franz: »Interkultureller Nachholbedarf«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 80 (2006), S. 13–14

Krümmel, Clemens/Rottmann, André: »Die erste von vielen. Die Ausstellung zum ›Projekt Migration‹ im Kölnischen Kunstverein und an anderen Orten in Köln«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 61 (2006), S. 200–203

Lüsebrink, Hans-Jürgen: *Interkulturelle Kommunikation. Interaktion, Fremdwahrnehmung, Kulturtransfer*, Stuttgart, Weimar: Metzler, 211 S.

Mayerhofer, Elisabeth: »Migration als kulturelle Chance und Herausforderung. Politische Kulturarbeit gegen die neue Dienstbotengesellschaft«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 65 (2006), S. 30–32

Müller, Christa: »Interkulturelle Gärten. Eine neue soziale Bewegung«, in: *AKP*, Heft 3/2006, S. 61–63

Nicklas, Hans (Hrsg.): *Interkulturell denken und handeln. Theoretische Grundlagen und gesellschaftliche Praxis*, Frankfurt am Main: Campus (Europäische Bibliothek interkultureller Studien, 12), 428 S.

Prodolliet, Simone : »Créations suisses – Migrantinnen und Migranten in der Kunst- und Kulturszene Schweiz«, in: *terra cognita*, Heft 8/2006, S. 4–5

Shademakers (Hrsg.): *Bisweilen bissig. 10 Jahre Bielefelder Carnival der Kulturen*, Bielefeld: Regional Verlag, 112 S.

Tutucu, Emine/Kröger, Franz: »Brachland, Baustellen und Bausteine. Interkulturelle Kulturarbeit aus Sicht kommunaler Kultur- und Jugendämter«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 39–42

Viehoff, Rita: »Die Sehnsucht nach Ebene 2. Kunstprojekte rund um eine Brücke«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 113 (II/2006), S. 64–65

Wagner, Bernd: »Kulturpolitik in einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 36–38

Wurm, Maria: *Musik in der Migration. Beobachtungen zur kulturellen Artikulation türkischer Jugendlicher in Deutschland*, Bielefeld: transcript, 245 S.

Zarrin, Fariba: *Erziehung zur interkulturellen Kompetenz durch Rhythmik, Tanz und Musik. Zur Bedeutung der Rhythmik in Institutionen der Elementar- und Vorschulerziehung unter besonderer Berücksichtigung interkultureller Gegebenheiten*, Frankfurt am Main/Berlin u. a.: Lang (Europäische Hochschulschriften: Reihe 11, Pädagogik, 944)

## 6.2 Kultur und Nachhaltigkeit

*eins Entwicklungspolitik Information Nord-Süd*, Frankfurt am Main: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e. V. (zwei Mal monatlich)

Bonas, Ingrid/Büttner, Thomas u. a. (Hrsg.): *Gemeinschaftsnutzungsstrategien für eine nachhaltige lokale Entwicklung*, München: Oekom, 220 S.

Griefahn, Monika: »Mit kultureller Kompetenz gegen die ökologische Krise«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 109–116

Heller, Volker: »Nachhaltigkeit als strategische Anforderung in der Kulturpolitik«, in: Brinckmann, Hans/Richter, Reinhart (Hrsg.): *Die Stadt von der Kultur her denken – die Kultur von der Stadt her denken. Strategische Kulturpolitik als Element strategischer Kommunalpolitik*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Kleine Reihe, 2), S. 51–60

Spanier, Heinrich: »Pathos der Nachhaltigkeit. Von der Schwierigkeit, ›Nachhaltigkeit‹ zu kommunizieren«, in: *Stadt und Grün*, Heft 12/2006, S. 26–33

Stoessel, Marleen: »Verkleidete Engel – oder: Wie gastfrei ist unsere Kultur?«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 11/2006, S. 5–8

## 6.3 Frauen in Kunst und Kultur

*Frauen, Kunst, Wissenschaft*. Rundbrief, Marburg: Jonas (vierteljährlich)

*Pitzen, Marianne (Hrsg.): 25 Jahre Frauenmuseum. Alles Prophetinnen. 50 Künstlerinnen und die Zukunft. Unsere Besten, Bestand und Sammlung. Dokumentation, Ausstellungen, Aktionen, Events & Personen* (Ausstellung vom 22.1.–7.5.2006 im Frauenmuseum), Bonn: Frauen-Museum, 105 S.

## 6.4 Ländliche Kulturarbeit, Kulturarbeit in der Provinz

*der landkreis*. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart: W. Kohlhammer (monatlich)

Vonderach, *Gerd: Museumsengagement auf dem Lande. Eine empirische Studie zum ehrenamtlichen und privaten Engagement in ländlichen Museen*, Aachen: Shaker, 133 S.

## 6.5 Events, Festivals, Freizeitkultur, Tourismus

Bausinger, Hermann: *Sportkultur*, Tübingen: Attempto Verlag (Sport in der heutigen Zeit, 6), 219 S.

Brandstetter, Gabriele/Wulf, Christoph (Hrsg.): *Tanz als Anthropologie*, Paderborn: Fink (Wilhelm), 200 S.

Cohn-Bendit, Daniel: »Das Sein bestimmt, nicht der Fußball. Eine europäische Betrachtung über Fußball, Integration und Bewusstsein«, in: *Fußball und Bildung*, Heft 3/2006, S. 32–35

Connemann, Gitta: »Breitenkultur ist Bürgerkultur«, in: Gauger, Jörg-Dieter/Rüther, Günther (Hrsg.): *Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 185–192

Dahlmann, Dittmar/Hilbrenner, Anke/Lenz, Britta (Hrsg.): *Überall ist der Ball rund. Zur Geschichte und Gegenwart des Fußballs in Ost- und Südosteuropa*, Essen: Klartext Verlag, 249 S.

Delschen, Ansgar: *Ehrenamtliche im Sport. Eine qualitative Studie über ehrenamtliche Führungskräfte in Fußballvereinen*, München u. a.: Waxmann (Edition global-lokale Sportkultur, 18), 235 S.

Eckel, Andreas: »Musik als wa(h)re Kunst? Besucherorientierung und Programmplanung am Beispiel von zwei Festivals. Referat Forum 4: Festivals und Events«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *publikum.macht.kultur – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung* (Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2005 in Berlin, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch, 21), S. 128–130

Glaser, Uli: »Der absolutistische Herrscher und die Affirmation«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 63 (2006), S. 3–5

Holland, Heike: »Wenn Kultur und Tourismus an einem Strank ziehen – Partnerschaft zahlt sich aus – Kulturtourismus – Kultur und Tourismus sind natürliche Verbündete. Stimmen-Festival in Lörrach«, in: *Wirtschaft im Südwesten*, Heft 5/2006, S. 6–9

Knoll, Gabriele M.: *Kulturgeschichte des Reisens. Von der Pilgerfahrt zum Badeurlaub*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 160 S.

Lauterbach, Burkhart R.: *Tourismus. Eine Einführung aus Sicht der volkskundlichen Kulturwissenschaft*, Würzburg: Königshausen und Neumann (Kulturtransfer, 3), 198 S.

Lück, Hartmut: »Blechfarben und Lichtklänge. Donaueschinger Musiktage 2006«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2006, S. 68–69

Parr, Rolf: *Fußball. Eine kulturwissenschaftliche Auswahlbibliografie*, Heidelberg: Synchron, Wissenschaftlicher-Verlag der Autoren, 126 S.

Reeh, Tobias/Ströhlein, Gerhard (Hrsg.): *Zu Besuch in Deutschlands Mitte. Natur – Kultur – Tourismus*, Göttingen: Universitäts-Verlag (ZELTForum – Göttinger Schriften zu Landschaftsinterpretation und Tourismus, 3), 184 S.

Schmid, Britta: *Sport in der bildenden Kunst der DDR*, Taunusstein: Driesen (Driesen Edition Wissenschaft), 415 S.

Steinecke, Albrecht: *Tourismus. Eine geographische Einführung*, Braunschweig: Westermann (Das geographische Seminar), 357 S.

Stucke, Nicole: »Die Welt zu Gast in deutschen Städten«, in: *der städtetag*, Heft 2/2006, S. 29–31

»Tourismus braucht Städte und Gemeinden! Ein kommunales Leitbild für den Tourismus in 10 Punkten. Voraussetzungen schaffen – Nutzen maximieren«, in: *Stadt und Gemeinde interaktiv*, Heft 6/2006, S. 229–231

## 6.6 Kultur und Kunst als Beruf

Albrecht, Cornelia/Cramer, Franz Anton/Kulturreferat der Landeshauptstadt München (Hrsg.): *Tanz [Aus] Bildung. Reviewing Bodies of Knowledge*, München: ePodium (Intervisionen, 7), 230 S.

Benclowitz, Joachim: »AGB-Kontrolle im Arbeitsrecht. Zur Inhaltskontrolle von standardisierten Arbeitsverträgen«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 20 S., D 1.3

Brandenburg, Detlef: »Mehr Sinn! Bilanz der Autorenumfragen 2006«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 8/2006, S. 26–35

Bretz, Alexander: »Der Vertrag zwischen Künstler und Galerie. Ein Leitfaden mit Vertragsmuster«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 22 S., L 3.4 (ersetzt 2001)

Bretz, Alexander: »KulturWerkLeistung. Erläuterungen zum Werkvertrag«, in: *Kultur & Recht*, Berlin: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 26 S., L 7.6 (ersetzt 2002)

Bruckgraber, Iris: »Künstler: Ihre aktuelle Situation in Deutschland«, in: *Kunstkurier*

Demmel, Hermann: *Artmanagement. Von Kunst leben können*, Darmstadt: Primus Verlag, 176 S. (2. erweiterte Auflage)

Deuter, Ulrich: »Fesselungskünstler. Die Akteure der Kulturhauptstadt 2010 hindern mit Personalquerelen sich selbst an der Arbeit«, in: *K.West*, Heft 12/2006, S. 2–6

Herdlein, Hans: »Fordern statt fördern. Hartz-Gesetzgebung«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 6-7/2006, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Hartz IV-Almosen«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8-9/2006, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Künstler-Entsorgung«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 10/2006, S. 4–5

Meuschel, Stefan: »Zweiter Änderungsvertrag zum NV Bühne«, in: *Oper und Tanz*, Heft 1/2006, S. 27–28

Rose, Edgar: *Tarifautonomie: Perspektiven und Alternativen. Das Recht der tariflichen Entgeltfindung konfrontiert mit den Herausforderungen der globalen Informationsgesellschaft*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Schriften der Hans-Böckler-Stiftung, 64), 311 S.

Rutschky, Michael: »Neue Szenen der Boheme. Vom brotlosen Künstler zum freien Webmaster«, in: *Merkur*, Heft 687 (2006), S. 586–594

Trojahn, Manfred: »Eine Gesellschaft ohne Utopie ist keine mehr. Der Berufsmusiker in Ausbildung und Arbeitswelt«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 12/2005–1/2006, S. 13–14

## 6.7 Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt

Backhaus-Maul, Holger: »Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 12/2006, S. 32–38

Bremische Bürgerschaft: »bürgerschaftliches Engagement fördern – bürokratische Hemmnisse abbauen. Große Anfrage der Fraktion der CDU und SPD«, *Drucksache* 16/1239 (12.12.2006), Bremen

Buchholz, Marcus: *Ehrenamt*, Hannover: LVH (Endlich Zeit für ..., 1), 144 S.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften (Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement), 420 S.

Farago, Peter (Hrsg.): *Monetarisierung der Freiwilligkeit. Referate und Zusammenfassungen der 5. Tagung der Freiwilligenuniversität vom 30. bis 31.5.2005 in Luzern*, Zürich: Seismo (Freiwilligkeit), 352 S.

Fatke, R. u. a.: »Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 12/2006, S. 24–32

Fischer, Peter: »Grundfragen einer Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. Zum Gutachten ›Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand‹«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2006, S. 20–23

Gensicke, Thomas: »Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 12/2006, S. 9–16

Gersmann, Elke: *Volunteering – freiwillig helfen im Urlaub. Projekte, Workcamps, Veranstalter, Kontakte, Teilnahme, Vorbereitung, Kosten, Versicherung, Arbeitsalltag*, Bielefeld: Reise-Know-How-Verlag Rump (Praxis), 144 S.

Glück, Alois (Hrsg.): *Bürgerschaftliches Engagement. Initiativen für die Schulen*, München: Jehle Verlag, 295 S.

Hamburgische Bürgerschaft: »Freiwilligendienste und Zivildienst in Hamburg fördern und weiterentwickeln. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 18/5515 (15.12.2006), Hamburg

Heinze, Rolf G.: »Stagnationsgesellschaft und die Suche nach Bürgerengagement«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006. Thema: Diskurs Kulturpolitik* (Band 6), Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext Verlag, S. 69–77

Henningsmeyer, Ralf: »Entscheidend ist, was ich daraus mache. Zum Verhältnis von Alter und bürgerschaftlichem Engagement«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 64 (2006), S. 6–7

Hoffmann, Joachim: »Bürgerschaftliches Engagement für die Kultur. Hagen verdankt dem Förderverein sein Theater«, in: *Das Rathaus*, Heft 1/2006, S. 20–21

Hübenthal, Maskim: »Wenn alle gewinnen wollen. Zur Glaubwürdigkeit bürgerschaftlichen Engagements«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 4/2006, S. 140–142

Hummel, Konrad: »Die Bürgerkommune als Ernstfall des Sozialstaats. Gesellschaftliches Engagement beginnt mit der Wahrnehmung einer kritischen Situation im Gemeinwesen«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 6/2006, S. 212–215

Jakob, Gisela: »Engagementförderung als Beitrag zur lokalen Bürgergesellschaft«, in: *Kommunalpraxis*, Heft 1/2006, S. 4–7

Kegel, Thomas: »Unterwegs zur Bürgerkommune: bürgerschaftliches Engagement fördern durch kommunales Freiwilligenmanagement«, in: *Kommunalpraxis*, Heft 1/2006, S. 11–17

Landtag Hessen: »Ehrenamt im Land Hessen. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der CDU-Fraktion (Drucksache 16/4629)«, *Drucksache* 16/5128 (17.1.2006), Wiesbaden

Landtag Rheinland-Pfalz: »Fördern, stärken, anerkennen: Bürgerschaftliches Engagement und aktive Bürgergesellschaft in Rheinland-Pfalz. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drucksache 14/4692)«, *Drucksache* 14/4840 (9.1.2006), Mainz

Maecenata Institut (Hrsg.): *Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland. Stand und Perspektiven*, Berlin: Maecenata Institut, 15 S. (2. Auflage)

Mühlpfordt, Susann/Richter, Peter (Hrsg.): *Ehrenamt und Erwerbsarbeit*, München u. a.: Hampp, 206 S.

Münkler, Herfried: »Was bewegt die Zivilgesellschaft, und wohin führt das?«, in: *Forum Wohnungseigentum*, Heft 4/2006, S. 254–257

Oels, Monika: »Einführung eines FreiwilligenPasses im Land Berlin«, in: *Kommunalpraxis*, Heft 1/2006, S. 42–46

Pass, Claudia/Hofer, Bernhard J.: *Freiwilligenorganisationen im Umbruch. Eine empirische Erhebung bei oberösterreichischen. Freiwilligenorganisationen*, Linz: Verlag Easy Media (Public observer, 2), 177 S.

Priller, Eckhard/Zimmer, Annette: »Dritter Sektor: Arbeit als Engagement«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 12/2006, S. 17–24

Reiser, Marion: *Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik. Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Stadtforschung aktuell, 107), 284 S.

Saberschinsky, Alexander (Hrsg.): *Ehrenamt – Last oder Lust?*, Trier: Paulinus, 110 S. (2. erweiterte Auflage)

Schöffler, Mona: *Ehrenamtliche Mitarbeit organisieren*, Hannover: Vincentz Network (10 Basics), 123 S.

Schwab, Jürgen: »Bildungseffekte ehrenamtlicher Tätigkeit in der Jugendarbeit«, in: *Der aktuelle Begriff*, Heft 7–8/2006, S. 320–328

Vandamme, Ralf: »Freiwilliges Engagement fördern: ein neues Aufgabenprofil für kommunale Fachkräfte«, in: *Kommunalpraxis spezial*, Heft 1/2006, S. 8–11

Zimmer, Annette: »Bürgerschaftliches Engagement. Grundlage für ein neues Verhältnis zwischen Bürger und Staat«, in: *Forum Wohneigentum*, Heft 4/2006, S. 258–262, 268–271



# *Kulturpolitische Institutionen, Gremien, Verbände*

## Europa

**Europarat/Council of Europe**
Culture and Cultural Heritage Department
Director to the Directorate of Culture,
Cultural and Natural Heritage: Robert Palmer
Palais de l'Europe, Avenue de l'Europe
Directorate General IV
67075 Strasbourg Cédex
FRANKFREICH
Tel.: ++33-3-88 41-2250/3192
Fax: ++33-3-88 41-2755
robert.palmer@coe.int, www.coe.int

Culture and Cultural Heritage Department
Secretary to the Steering Committee of Culture:
Kathrin Merkle
Palais de l'Europe, Avenue de l'Europe
Directorate General IV
67075 Strasbourg Cédex
FRANKFREICH
Tel.: ++33-3-88 41-2884
Fax: ++33-3-88 41-3782
kathrin.merkle@coe.int, www.coe.int/Culture

Culture and Cultural Heritage Department
Information Manager: Gesa Büttner
Directorate General IV
67075 Strasbourg Cédex
FRANKREICH
Tel.: ++33-3-88 41-2642, Fax: ++33-3-88 41-3782
gesa.buttner@coe.int, www.coe.int/Culture

**Europäisches Parlament**
*Ausschuss für Kultur und Bildung*
Vorsitzender: Nikolaos Sifunakis
Tel.: ++32-2-28-45290
Fax: ++32-2-28-49290
nikolaos.sifunakis@europarl.europa.eu

Stellv. Vorsitzende:
Pál Schmitt
Tel.: ++32-2-28-45544, Fax: ++32-2-28-49544
Dr. Helga Trüpel
Tel.: ++32-2-28-45140/47140,
Fax: ++32-2-28-49140
helga.truepel@europarl.europa.eu

Manolis Mavrommatis
Tel.: ++32-2-28-45334, Fax: ++32-2-28-49334
manolis.mavrommatis@europarl.europa.eu
Bât. Altiero Spinelli 11G102
60, rue Wiertz, 1047 Bruxelles
BELGIEN
www.europarl.europa.eu

*Informationsbüro für Deutschland*
Leiter: Dr. Klaus Löffler
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel.: 030-2280-1000, Fax: 030-2280-1111
epberlin@europarl.europa.eu, www.europarl.de

*Informationsbüro München*
Leiter: Paul Kubosch
Erhardtstraße 27, 80469 München
Tel.: 089-2020-879-0, Fax: 089-2020-879-73
epmuenchen@europarl.europa.eu

**Kommission der Europäischen Union**
Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung
und Kultur: Dr. h. c. Ján Figel
Tel.: ++32-2-29-88716
CAB-Figel@ec.europa.eu

Kommissarin für Informationsgesellschaft
und Medien: Dr. Viviane Reding
Tel.: ++32-2-29-81600
viviane.reding@ec.europa.eu

Generaldirektion (GD) Bildung und Kultur
GenDir Odile Quintin
Tel.: ++32-2-29-92277/91960
eac-info@ec.europa.eu
200, rue de la Loi, 1049 Bruxelles
BELGIEN
http://ec.europa.eu

*Europäisches Kulturportal*
http://ec.europa.eu/culture/portal/index_de.htm

*Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland*
Leiter: Dr. Gerhard Sabathil
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel.: 030-2280-2000, Fax: 030-2280-2222
eu-de-kommission@ec.europa.eu,
www.eu-kommission.de

*Vertretung in Bonn*
Leiterin: Barbara Gessler
Bertha-von-Suttner-Platz 2-4, 53111 Bonn
Tel.: 0228-53009-0, Fax: 0228-53009-50
eu-de-bonn@ec.europa.eu

*Vertretung in München*
Leitung: Dr. Henning Arp
Erhardtstraße 27, 80469 München
Tel.: 089-242448-0, Fax: 089-242448-15
eu-de-muenchen@ec.europa.eu

*Cultural Contact Point Germany (CCP)*
Leitende Referentin: Sabine Bornemann
Kulturpolitische Gesellschaft e. V.
Weberstraße 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-20135-0, Fax: 0228-20135-29
info@ccp-deutschland.de, www.ccp-deutschland.de

## Institutionen auf Bundesebene

**Bundespräsidialamt (BPrA)**
Schloß Bellevue
Spreeweg 1, 10557 Berlin
Tel.: 030-2000-0, Fax: 030-2000-1999
poststelle@bpra-bund.de, www.bundespraesident.de

**Presse- und Informationsamt der Bundesregierung**
Ref. Kultur und Medien, Pressearbeit BKM
Leiter: MinR Dietrich Graf von der Schulenburg
Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin
Tel.: 01888-272-3281, Fax: 01888-272-3259
pressestelle-bkm@bpa-bund.de,
www.bundesregierung.de

**Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)**
Staatsminister Bernd Neumann

*Dienstsitz des Kulturstaatsministers*
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
Tel.: 01888-400-2060/-2061, Fax: 01888-400-1808

*Dienstsitz der Behörde in Berlin*
Stresemannstraße 94, 10963 Berlin
Leiter der Abteilung Kultur und Medien:
MinDir Prof. Dr. Hermann Schäfer
Tel.: 01888-400-2700, Fax: 01888-400-2361

*Dienstsitz der Behörde in Bonn*
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
Tel.: 01888-681-3837, Fax: 01888-681-3821
poststelle@bkm.bmi.bund.de,
www.kulturstaatsminister.de

Gruppe K 1 Grundsatzfragen der Kulturpolitik, Rechtliche Rahmenbedingungen der Kultur, Zentrale Angelegenheiten: MinDirig Michael Tietmann
Tel.: 01888-681-3737, Fax: 01888-681-3897

Gruppe K 2 Kunst- und Kulturförderung, Schwerpunktförderung Neue Länder: Dr. Sigrid Bias-Engels
Tel.: 01888-681-3636, Fax: 01888-681-3897

Gruppe K 3 Medien, Internationale Angelegenheiten im Kultur- und Medienbereich:
MinDirig Hans-Ernst Hanten
Tel.: 01888-681-3666, Fax: 01888-681-3833

Gruppe K 4 Pflege des Geschichtsbewusstseins, Archiv- und Bibliothekswesen, Förderung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa: MinR Dr. Michael Roik
Tel.: 01888-681-3633, Fax: 01888-681-3866

**Auswärtiges Amt (AA)**
Abteilung für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
MinDir Wilfried Grolig
Werderscher Markt 1, 10117 Berlin
Tel.: 01888-17-2639, Fax: 01888-17-1628
6-d@auswaertiges-amt.de,
www.auswaertiges-amt.de

**Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)**
Ref. 326 – Kulturelle Bildung
Dr. Gisela Steffens
Heinemannstr. 2, 53175 Bonn
Tel.: 01888-57-3516, Fax: 01888-57-8-3516
gisela.steffens@bmbf.bund.de, www.bmbf.de

**Bundesministerium der Justiz (BMJ)**
Ref. III B 3 – Urheber- und Verlagsrecht
MinR Dr. Irene Pakuscher
Mohrenstraße 37, 10117 Berlin (PA.: 11015 Berlin)
Tel.: 01888-580-9323, Fax: 01888-580-9525
irene-pakuscher@bmj.bund.de, www.bmj.bund.de

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)**
Ref. 521 – KJP-Förderung, Außerschulische Jugendbildung
RefL Hans-Peter Bergner
Rochusstr. 8–10, 53123 Bonn
Tel.: 01888-555-2209, Fax: 01888-555-4981
poststelle@bmfsfj.bund.de, www.bmfsfj.de

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Ref. 111 – InWEnt, Institutionen der Wissenschaft und Kultur
MinR Holger Tantz
Adenauerallee 139-141, 53113 Bonn
Tel.: 01888-535-3210, Fax: 0228-99105353210
poststelle@bmz.bund.de, www.bmz.de

**Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.bundestag.de

***Ausschuss für Kultur und Medien***
Vorsitzender: Hans-Joachim Otto, MdB
Stellvertreter: Siegmund Ehrmann, MdB

***Unterausschuss Neue Medien***
Vorsitzender: Christoph Pries, MdB
Stellvertreter: Philipp Mißfelder, MdB

Leiterin des Sekretariats: Cornelia Beek
Tel.: 030-227-34006, Fax: 030-227-36502
kulturausschuss@bundestag.de

***Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/ Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement***
Vorsitzender: Dr. Michael Bürsch, MdB
Stellvertreter: Klaus Riegert, MdB
Leiter des Sekretariats: Hardo Müggenburg
Tel.: 030-227-33582, Fax: 030-227-36581
buergerschaftliches.engagement@bundestag.de

***Auswärtiger Ausschuss***
***Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik***
Vorsitzender: Dr. Peter Gauweiler, MdB
Stellvertreterin: Angelika Krüger-Leissner, MdB
Leiterin des Sekretariats: Gudrun Ludwig (kommissarisch)
Tel.: 030-227-33046, Fax: 030-227-36131
gudrun.ludwig@bundestag.de



*CDU/CSU*
Kulturpolitischer Sprecher (Arbeitgruppe Kultur und Medien): Wolfgang Börnsen, MdB
Tel.: 030-227-77377, Fax: 030-227-76377
wolfgang.boernsen@bundestag.de, www.cducsu.de

*CSU-Landesgruppe*
Arbeitskreis I: Innen und Recht, Kommunalpolitik, Sport und Ehrenamt, Kultur und Medien
Vorsitzender: Stephan Mayer, MdB
Tel.: 030-227-74932, Fax: 030-227-76781
stephan.mayer@bundestag.de, www.csu-landesgruppe.de

*SPD*
Kulturpolitische Sprecherin (Arbeitsgruppe Kultur und Medien): Monika Griefahn, MdB
Tel.: 030-227-72425, Fax: 030-227-70125
monika.griefahn@bundestag.de, www.spdfraktion.de

*FDP*
Medien- und kulturpolitischer Sprecher:
Christoph Waitz, MdB
Tel.: 030-227-72163, Fax: 030-227-76763
christoph.waitz@bundestag.de, www.fdp-fraktion.de

Arbeitskreis VI: Innovation, Gesellschaftspolitik und Kultur
Vors.: Uwe Barth, MdB
Tel.: 030-227-73445, Fax: 030-227-76755
uwe.barth@bundestag.de, www.fdp-fraktion.de

*DIE LINKE*
Kulturpolitische Sprecherin:
Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB
Tel.: 030-227-77157, Fax: 030-227-76856
lukrezia.jochimsen@bundestag.de, www.linksfraktion.de

Arbeitskreis Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien
Leiterin: Dr. Petra Sitte, MdB
Tel.: 030-227-71421, Fax: 030-227-76518
petra.sitte@bundestag.de, www.linksfraktion.de

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*
Kulturpolitische Sprecherin: Katrin Göring-Eckardt, MdB
Tel.: 030-227-71928, Fax: 030-227-76275
katrin-dagmar.goering-eckardt@bundestag.de,
www.gruene-bundestag.de

Arbeitskreis V: Wissen und Generationen
(u. a. Bildung, Kultur, Medien)
Polit. Koordination: Krista Sager
Tel.: 030-227-72032, Fax: 030-227-76032
krista.sager@bundestag.de, www.gruene-bundestag.de

**Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«**
Vorsitzende: Gitta Connemann, MdB
Büroleiter: MR Reinhard Tegethoff
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030-227-377-11, -14, Fax: 030-227-36709
enquete.kultur@bundestag.de

**Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)**
Präsident: Thomas Krüger
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel.: 01888-515-0, Fax: 01888-515-113
info@bpb.de, www.bpb.de

**Goethe-Institut e. V.**
Präsidentin: Prof. Dr. Jutta Limbach
Generalsekretär: Dr. Hans-Georg Knopp
Dachauer Str. 122, 80637 München
Tel.: 089-15921-0, Fax: 089-15921-450
info@goethe.de, www.goethe.de

**Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa)**
Präsidentin: Ursula Seiler-Albring
Generalsekretär: Dr. Kurt-Jürgen Maaß
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711-2225-0, Fax: 0711-2264346
info@ifa.de, www.ifa.de

**Haus der Kulturen der Welt**
Intendant: Dr. Bernd M. Scherer
John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin
Tel.: 030-39787-160, Fax: 030-394 8679
info@hkw.de, www.hkw.de

**Deutsch-Französischer Kulturrat**
Präsident: Nele Hertling
Generalsekretärin: Eva Hoffmann-Müller
Deutsches Generalsekretariat,
Am Ludwigsplatz 7, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681-501-1225/-1226, Fax: 0681-501-1269
sb@dfkr.org, www.dfkr.org

**Deutsche UNESCO-Kommission e. V. (DUK)**
Präsident: Walter Hirche
Generalsekretär: Dr. Roland Bernecker
Kulturreferentin: Christine M. Merkel
Colmantstr. 15, 53115 Bonn
Tel.: 0228-60497-0, Fax: 0228-60497-30
sekretariat@unesco.de, www.unesco.de

**Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE)**
Direktor: Prof. Dr. Matthias Weber
Johann-Justus-Weg 147 a, 26127 Oldenburg
Tel.: 0441-96195-0, Fax: 0441-96195-33
bkge@uni-oldenburg.de, www.bkge.de

## Institutionen auf Länderebene

**Bundesrat**
*Ausschuss für Kulturfragen*
Vorsitzender: Min. Prof. Dr. Jens Goebel
Ausschussbüro: MinR Ulrich Raderschall
Bundesrat, 11055 Berlin
Tel.: 030-18-9100-150, Fax: 030-18-9100-400
bundesrat@bundesrat.de, www.bundesrat.de

**Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland**
Generalsekretär.: MinDir Prof. Dr. Erich Thies
Leiter Abteilung Kunst und Kultur: SenR Jürgen Kasten
Kulturausschuss
Vorsitzender: MinDir Toni Schmid (BY)
Lennéstr. 6, 53113 Bonn
Tel.: 0228-501-0, Fax: 0228-501-777
poststelle@kmk.org, www.kultusministerkonferenz.de

### Baden-Württemberg

*Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst*
Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg
Königstraße 46, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711-279-0, Fax: 0711-279-308
poststelle@mwk.bwl.de,
www.mwk.baden-wuerttemberg.de

*Landtag von Baden-Württemberg*
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport
Tel.: 0711-2063-0, Fax: 0711-2063-299
post@landtag-bw.de, www.landtag-bw.de

### Bayern

*Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst*
Staatsminister Dr. Thomas Goppel, MdL
Salvatorstraße 2, 80333 München
Tel.: 089-2186-0, Fax: 089-2186-2800
poststelle@stmwfk.bayern.de, www.stmwfk.bayern.de

*Bayerischer Landtag*
Maximilianeum, 81627 München
Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Tel.: 089-4126-0, Fax: 089-4126-1392
landtag@bayern.landtag.de, www.bayern.landtag.de

### Berlin

*Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten*
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit
Staatssekretär für Kultur: André Schmitz
Brunnenstr. 188–190, 10119 Berlin
Tel.: 030-90228-200, Fax: 030-90228-459
Andre.Schmitz@skzl.Verwalt-berlin.de
www.berlin.de/sen/kultur/index.html

*Abgeordnetenhaus von Berlin*
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten
Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie
Tel.: 030-2325-2325, Fax: 030-2325-1008
verwaltung@parlament-berlin.de,
www.parlament-berlin.de

### Brandenburg

*Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg*
Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, MdL
Dortustr. 36, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-866-4999, Fax: 0331-866-4998
mwfk@mwfk.brandenburg.de,
www.mwfk.brandenburg.de

*Landtag Brandenburg*
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport A 5
Tel.: 0331-966-1157, Fax: 0331-966-1210
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur A 6
Tel.: 0331-966-1148, Fax: 0331-966-1210
poststelle@landtag.brandenburg.de,
www.landtag.brandenburg.de

### Bremen

*Senator für Wirtschaft und Häfen, Senator für Kultur*
Senator Jörg Kastendiek
Zweite Schlachtpforte 3, 28195 Bremen
Tel.: 0421-361-8808, Fax: 0421-361-8717
office.kultur@kultur.bremen.de, www.bremen.de

*Bremische Bürgerschaft*
Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten
Staatliche Deputation für Kultur
Tel.: 0421-361-4555, Fax: 0421-361-12432
geschaeftsstelle@buergerschaft.bremen.de,
www.bremische-buergerschaft.de

### Hamburg

*Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde*
Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck
Hohe-Bleichen 22, 20354 Hamburg
Tel.: 040-42824-201, Fax: 040-42824-205
karin.v.welck@kb.hamburg.de,
http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/kulturbehoerde/start.html

*Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg*
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Kulturausschuss
Tel.: 040-42831-2408, Fax: 040-42831-2558
oeffentlichkeitsservice@bk.hamburg.de,
www.hamburgische-buergerschaft.de

### Hessen

*Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst*
Staatsminister Udo Corts, MdL
Rheinstraße 23–25, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-32-0, Fax: 0611-32-3550
poststelle@hmwk.hessen.de, www.hmwk.hessen.de

*Hessischer Landtag*
Schloßplatz 1–3, 65183 Wiesbaden
Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA)
Tel.: 0611-350-0, Fax: 0611-350-434
poststelle@ltg.hessen.de, www.hessischer-landtag.de

### Mecklenburg-Vorpommern

*Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern*
Minister Henry Tesch
Werderstraße 124, 19055 Schwerin
Tel.: 0385-588-0, Fax: 0385-588-7082
poststelle@brn.mv-regierung.de, www.kultus-mv.de

*Landtag Mecklenburg-Vorpommern*
Schloss, Lennéstr. 1, 19053 Schwerin
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Tel.: 0385-525-2766, Fax: 0385-525-1117
bildungsausschuss@landtag-mv.de
poststelle@landtag-mv.de, www.landtag-mv.de

### Niedersachsen

*Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur*
Minister Lutz Stratmann, MdL
Leibnizufer 9, 30169 Hannover
Tel.: 0511-120-2599, Fax: 0511-120-2601
poststelle@mwk.niedersachsen.de,
www.mwk.niedersachsen.de

*Niedersächsischer Landtag*
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien
Tel.: 0511-3030-0, Fax: 0511-3030-2806
poststelle@lt.niedersachsen.de,
www.landtag-niedersachsen.de

### Nordrhein-Westfalen

*Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen*
Staatssekretär für Kultur: Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211-837-01, Fax: 0211-837-1563
poststelle@stk.nrw.de, www.kultur.nrw.de

*Landtag Nordrhein-Westfalen*
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Kulturausschuss (A 11)
Tel.: 0211-884-2145, Fax: 0211-884-3002
judith.droegeler@landtag.nrw.de, www.landtag.nrw.de

### Rheinland-Pfalz

*Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur*
Ministerin Doris Ahnen
Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz
Tel.: 06131-16-0, Fax: 06131-16-2878
poststelle@mbwjk.rlp.de, www.mbwjk.rlp.de

*Landtag Rheinland-Pfalz*
Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Ausschuss für Bildung und Jugend
Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur
Tel.: 06131-208-0, Fax: 06131-208-2447
poststelle@landtag.rlp.de, www.landtag.rlp.de

### Saarland

*Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes*
Minister Jürgen Schreier, MdL
Hohenzollernstr. 60, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681-501-99, Fax: 0681-501-7550
poststelle@bildung.saarland.de, www.bildung.saarland.de

*Landtag des Saarlandes*
Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken
Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Tel.: 0681-5002-0, Fax: 0681-5002-392
postmaster@landtag-saar.de, www.landtag-saar.de

### Sachsen

*Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst*
Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange
Wigardstraße 17, 01097 Dresden
Tel.: 0351-564-0, Fax: 0351-564-640-6000
presse@smwk.sachsen.de, www.smwk.de

*Sächsischer Landtag*
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Ausschuß für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien
Tel.: 0351-4935-0, Fax: 0351-4935-900
info@slt.sachsen.de, www.landtag.sachsen.de

### Sachsen-Anhalt

*Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt*
Minister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz
Turmschanzenstraße 32, 39114 Magdeburg
Tel.: 0391-567-01, Fax: 0391-567-3695
Poststelle@mk.lsa-net.de, www.mk.sachsen-anhalt.de

*Landtag von Sachsen-Anhalt*
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Ausschluss für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Tel.: 0391-560-1216, Fax: 0391-560-1123
Ausschluss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien
Tel.: 0391-560-1254, Fax: 0391-560-1123
landtag@lt.lsa-net.de, www.landtag.sachsen-anhalt.de

### Schleswig-Holstein

*Landesregierung Schleswig-Holstein*
Staatskanzlei
Beauftragte für Minderheiten und Kultur:
Caroline Schwarz
Düsternbrooker Weg 104, 24105 Kiel
Tel.: 0431-988-1858
Caroline.schwarz@stk.landsh.de

Abeilung 3: Kultur
Abteilungsleiter/in: N. N.
Tel.: 0431-988-5704, Fax: 0431-988-5888
maike.alleborn@stk.landsh.de,
www.landesregierung.schleswig-holstein.de

*Schleswig-Holsteinischer Landtag*
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Bildungsausschuss
Tel.: 0431-988-1145, Fax: 0431-988-1156
bildungsausschuss@landtag.ltsh.de, www.sh-landtag.de

### Thüringen

*Thüringer Kultusministerium*

Minister Prof. Dr. Jens Goebel
Werner-Seelenbinder-Str. 7, 99096 Erfurt
Tel.: 0361-379-00, Fax: 0361-379-4690
tkm@thueringen.de, www.thueringen.de/tkm/

*Thüringer Landtag*
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt
Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien
Bildungsausschuss
Tel.: 0361-37-700, Fax: 0361-37-72016
poststelle@landtag.thueringen.de,
www.thueringen.de/tlt/

## Kommunale Spitzenverbände

*Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände*
c/o Deutscher Städtetag
Mitglieder sind: *DST*, *DStGB* und *DLT*
post@kommunale-spitzenverbaende.de,
www.kommunale-spitzenverbaende.de

*Deutscher Städtetag (DST)*
Präsident: OBgm Christian Ude (München)
Geschäftsführendes Präsidialmitglied:
Dr. Stephan Articus
Dezernat Bildung, Kultur und Sport:
Beigeordneter Klaus Hebborn
Kulturausschuss
Vorsitzender: Bgm Ulf Großmann (Görlitz)
Hauptgeschäftsstelle Köln:
Lindenallee 13–17, 50968 Köln
Tel.: 0221-3771-0, Fax: 0221-3771-128
Hauptgeschäftsstelle Berlin:
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Tel.: 030-37711-0, Fax: 030-37711-999
post@staedtetag.de, www.staedtetag.de

*Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)*
Präsident: Bgm Roland Schäfer (Bergkamen)
Geschäftsführendes Präsidialmitglied:
Dr. Gerd Landsberg
Beigeordneter für Kultur u. a.: Uwe Lübking
Tel.: 030-77307-245,
uwe.luebking@dstgb.de

Ausschuss für Schule, Sport und Kultur
Vorsitzender: Bgm Walter Weinbach (Weißenthurm)
Marienstr. 6, 12207 Berlin
Tel.: 030-77307-0, Fax: 030-77307-200
Bonner Büro: August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn
Tel.: 0228-95962-0, Fax: 0228-95962-22
dstgb@dstgb.de, www.dstgb.de

*Deutscher Landkreistag (DLT)*
Präsident: LandR Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz)
Geschäftsführendes Präsidialmitglied:
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Dez. V, Referent f. Kultur u. a.: Manfred Willhöft
Tel: 030-590097-313, Fax: 030-590097-400
Manfred.Willhoeft@Landkreistag.de
Kulturausschuss
Vorsitzender: LandR Dr. Volkram Gebel (Plön)
Ulrich-von-Hassell-Haus, Lennéstr. 11, 10785 Berlin
Tel.: 030-590097-309, Fax: 030-590097-400
info@landkreistag.de, www.kreise.de/landkreistag/

## Stiftungen, Fonds, Verbände

*Kulturstiftung des Bundes (KSB)*
Vorsitzender des StiftgR: StaMin. Bernd Neumann
Künstlerische Direktorin: Hortensia Völckers
Verwaltungsdirektor: Alexander Farenholtz
Franckesche Stiftungen Halle
Franckeplatz 1, 06110 Halle an der Saale
Tel. 0345-2997-0, Fax: 0345-2997-333
info@kulturstiftung-bund.de, www.kulturstiftung-bund.de

*Kulturstiftung der Länder (KSL)*
Generalsekretärin: Isabell Pfeiffer-Poensgen
Lützowplatz 9, 10785 Berlin
Tel.: 030-893635-0, Fax: 030-8914251
ksl@kulturstiftung.de, www.kulturstiftung.de

*Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK)*
Vorsitzender des StiftgR: StaMin. Bernd Neumann
Präsident: Prof. Dr. phil h. c. Klaus-Dieter Lehmann
Von-der-Heydt-Str. 16-18, 10785 Berlin
Tel.: 030-25463-0, Fax: 030-25463-268
info@hv.spk-berlin.de, www.hv.spk-berlin.de

*Deutsche Nationalstiftung*
Ehrenvorsitzender: BK a. D. Dres. h. c. Helmut Schmidt
Geschäftsführender Vorstand: StaatsR a. D. Dirk Reimers
Geschäftsführer: Dr. Philipp-Christian Wachs
Feldbrunnenstrasse 56, 20148 Hamburg
Tel.: 040-413367-53, Fax: 040-413367-55
info@nationalstiftung.de, www.nationalstiftung.de

*Deutsche Stiftung Denkmalschutz*
Vorsitzender: Prof. Dr. Dr.-Ing. E. h. Gottfried Kiesow
Generalsekretär: Dr. Robert Knüppel
Geschäftsführer: Gerhard Eichhorn
Koblenzer Str. 75, 53177 Bonn
Tel.: 0228-95738-0, Fax: 0228-95738-23
Außenstelle: Breite Straße 9, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-23018-30, Fax: 0331-23018-40
info@denkmalschutz.de, www.denkmalschutz.de
Repräsentanz Berlin: Zimmerstraße 30, 10969 Berlin
Tel.: 030-2589-8633, Fax: 030-2589-9131
repraesentanz.berlin@denkmalschutz.de

*Stiftung Lesen*
Vorsitzender: Rolf Pitsch, M. A.
Geschäftsführer: Heinrich Kreibich
Wissenschaftlicher Direktor:
Prof. Dr. Stefan Aufenanger
Römerwall 40, 55131 Mainz
Tel.: 06131-28890-0, Fax: 06131-230333
mail@stiftunglesen.de, www.stiftunglesen.de

*Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V.*
Vorstandsvorsitzender: Dipl-Ing. Engelbert Kortmann
Geschäftsführerin: Dipl-Ing. Silja Schade-Bünsow, MSc
Köpenicker Straße 48/49, 10179 Berlin
Tel.: 030-27875-797, Fax: 030-27875-917
www.bundesstiftung-baukultur.de

*Deutscher Literaturfonds e. V.*
Vorsitzende: Dr. Dagmar Leupold
Geschäftsführer: Dr. Bernd Busch
Alexandraweg 23, 64287 Darmstadt
Tel.: 06151-4093-0, Fax: 06151-4093-33
info@deutscher-literaturfonds.de,
www.deutscher-literaturfonds.de

*Fonds Darstellende Künste e. V.*
Vorsitzender: Jürgen Flügge
Geschäftsführer: Günther Jeschonnek
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-28048-57, Fax: 0228-28048-59
info@fonds-daku.de, www.fonds-daku.de

*Fonds Soziokultur e. V.*
Vorsitzender: Kurt Eichler
Geschäftsführer: Dr. Norbert Sievers
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-97144-790, Fax: 0228-97144-799
info@fonds-soziokultur.de,
www.fonds-soziokultur.de

*Deutscher Musikrat*
*Gemeinnützige Projektgesellschaft mbH*
Künstl. Geschäftsführer: Torsten Mosgraber
Kaufm. Geschäftsführer: Norbert Pietrangeli
Weberstr. 59, 53113 Bonn
Tel.: 0228-2091-0, Fax: 0228-2091-200
info@musikrat.de, www.deutscher-musikrat.de

*Stiftung Kunstfonds zur Förderung der zeitgenössischen Kunst*
Vorstandssprecherin: Prof. Monika Brandmeier
Geschäftsführer: Prof. Dr. Gerhard Pfennig
Weberstr. 61, 53113 Bonn
Tel.: 0228-91534-11, Fax: 0228-91534-41
Büro Berlin: Köthener Straße 44, 10963 Berlin
Tel.: 030-2613879, Fax: 030-23003629
info@kunstfonds.de, www.kunstfonds.de

**Der Deutsche Kulturrat und seine Sektionen**

*Deutscher Kulturrat e. V.*
Vorsitzender: Prof. Dr. Max Fuchs
Geschäftsführer: Olaf Zimmermann
Chausseestr. 103, 10115 Berlin
Tel.: 030-24728014, Fax: 030-24721245
post@kulturrat.de, www.kulturrat.de

*Deutscher Musikrat e. V.*
Präsident: Martin Maria Krüger
Generalsekretär: Christian Höppner
Sprecher: Christian Höppner und Hartmut Karmeier
Generalsekretariat
Oranienburger Straße 67/68, 10117 Berlin
Tel.: 030-308810-10, Fax: 030-308810-11
generalsekretariat@musikrat.de,
www.deutscher-musikrat.de

*Rat für darstellende Kunst und Tanz*
c/o Deutscher Bühnenverein –
Bundesverband der Theater und Orchester
Sprecher: Rolf Bolwin und Hans Herdlein
St.-Apern-Straße 17–21, 50667 Köln
Tel.: 0221-2081-20 , Fax: 0221-2081-228
debue@buehnenverein.de, www.buehnenverein.de

*Deutsche Literaturkonferenz e. V.*
Sprecher: Dr. Georg Ruppelt und Dr. Burkhard Kroeber
Geschäftsführerin: Iris Mai
Köthener Str. 44, 10963 Berlin
Tel.: 030-2612751, Fax: 030-23003629
info@literaturkonferenz.de,
www.literaturkonferenz.de

*Kunstrat*
c/o Bundesverband Deutscher Kunstverleger e. V.
SprecherInnen: Birgit Maria Sturm und Ingo Terrumanum
Postfach 70 02 10, 60552 Frankfurt am Main
Tel.: 069-629120, Fax: 069-629120
sturm@bdkv.de, www.bdkv.de

*Rat für Baukultur*
c/o Bundesarchitektenkammer
Sprecherinnen: Dr. Claudia Schwalfenberg
und Dr. Katrin Bek
Askanischer Platz 4, 10963 Berlin
Tel.: 030-263944-40, Fax: 030-263944-90
baukultur@bak.de, www.baukulturrat.de

*Sektion Design*
c/o Deutscher Designertag e. V.
Geschäftsführender Präsident: Kai Ehlert
Sprecher: Kai Ehlert und Henning Krause
Grindelberg 15 a, 20144 Hamburg
Tel.: 040-4548-34, Fax: 040-4548-32
info@designertag.de, www.designertag.de

*Sektion Film und Medien*
c/o Bundesvorstand ver.di
Ressort 14 – Bereich Medien, Kunst und Industrie,
Abtl. Kultur
Sprecher: Heinrich Bleicher-Nagelsmann und
Detlef Rönfeldt
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel.: 030-6956-0, -2330, Fax: 030-6956-3656
heinrich.bleicher-nagelsmann@verdi.de

*Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung*
c/o Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und
Jugendbildung
Sprecher: Prof. Dr. Max Fuchs und Andreas Kämpf
Geschäftsführerin: Hildegard Bockhorst
Küppelstein 34, 42857 Remscheid
Tel.: 02191-794-390, Fax: 02191-794-389
info@bkj.de, www.bkj.de

**Weitere Verbände und Vereinigungen**

*Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine (ADKV)*
Projektleiterin: Carina Herring
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
Tel.: 030-61107-550, Fax: 030-617107-470
adkv@kunstvereine.de, www.kunstvereine.de

*Arbeitskreis Deutscher Kunsthandelsverbände (ADK)*
(Mitglieder: BDKA – Bundesverband des deutschen
Kunst- und Antiquitätenhandels, BDKV – Bundes-
verband Deutscher Kunstverleger, BVDG – Bundes-
verband Deutscher Galerien, VDA – Verband deutscher
Antiquariate)
Kulturpolitische Koordination: Birgit Maria Sturm
Postfach 700 210, 60552 Frankfurt am Main
Tel./Fax: 069-629120
info@arbeitskreis-kunsthandel.de,
www.arbeitskreis-kunsthandel.de

*Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e. V. (AsKI)*
Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Volkmar Hansen
Geschäftsführung: Dr. Ulrike Hostenkamp,
Gabriele Weidle
Prinz-Albert-Str. 34, 53113 Bonn
Tel.: 0228-2248-59, -60, Fax: 0228-219232
info@aski.org, www.aski.org

*ASSITEJ – Sektion Bundesrepublik Deutschland e. V.*
Internationale Vereinigung des Theaters für Kinder
und Jugendliche
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Geschäftsführer: Eckhard Mittelstädt
Schützenstr. 12, 60311 Frankfurt am Main
Tel.: 069-29 15 38, Fax: 069-292354
assitej@kjtz.de, www.kjtz.de

*Bibliothek & Information Deutschland (BID)*
Vorstandssprecherin: Barbara Lison
Geschäftsführer: Helmut Rösner
Geschäftsstelle: Straße des 17. Juni 114, 10623 Berlin
Tel.: 030-390014-80, -81, Fax: 030-390014-84
bid@bideutschland.de, www.bideutschland.de

*Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. (BBK)*
Sprecher und Vorsitzender: Werner Schaub
Bundesverbandsgeschäftsführerin: Dr. Ursula Cramer
Weberstraße 61, 53113 Bonn
Tel.: 02-28-2161-07, -08, Fax: 0228-2161-05
bbkbundesverband@aol.com,
www.bbk-bundesverband.de
Büro Berlin: Rosenthaler Straße 11, 10119 Berlin
Tel.: 030-2640970, Fax: 030-28099305
bbkbueroberlin@aol.com

*Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e. V. (bjke)*
Vorsitzender: Peter Kamp
Geschäftsführerin: Mechthild Eickhoff
Kurpark 5, 59425 Unna
Tel.: 02303-69324 oder 65618, Fax: 02303-65057
info-bjke@bjke.de, www.bjke.de

Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.
Vorsitzender: Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde
Generalsekretär: Dr. Hans Fleisch
Haus Deutscher Stiftungen, Mauerstr. 93, 10117 Berlin
Tel.: 030-897947-55, Fax: 030-897947-11
post@stiftungen.org,
www.stiftungen.org, www.stiftungsindex.de

*Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.*
Vorsitzende: Stefanie Dunker und Andreas Kämpf
Geschäftsführerin: Christiane Ziller
Geschäftsstelle: Lehrter Straße 27-30, 10557 Berlin
Tel.: 030-3974459-0, Fax: 030-3974459-9
bundesvereinigung@soziokultur.de, www.soziokultur.de

*Deutscher Bühnenverein e. V. – Bundesverband der Theater und Orchester*
Präsident: Prof. Klaus Zehelein
Geschäftsführender Direktor: Rolf Bolwin
St.-Apern-Straße 17-21, 50667 Köln
Tel.: 0221-20812-0 , Fax: 0221-20812-28
debue@buehnenverein.de, www.buehnenverein.de

*Deutscher Museumsbund e. V.*
Präsident: Dr. Michael Eissenhauer
Geschäftsführerin: Mechthild Kronenberg
Geschäftsstelle:
c/o mhk museumslandschaft hessen kassel,
Schloss Wilhelmshöhe, 34131 Kassel

Tel.: 0561-31680-125, Fax: 0561-31680-111
Büro Berlin: In der Halde 1, 14195 Berlin
Tel.: 030-841095-17, Fax: 030-841095-19
office@museumsbund.de, www.museumsbund.de

*Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)*
Institutsleiter: Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Ernst-Reuter-Haus
Straße des 17. Juni Nr. 112, 10623 Berlin
Tel.: 030-39001-0, Fax: 030-39001-100
Arbeitsbereich Köln: Lindenallee 11, 50968 Köln
Tel.: 0221-340308-0, Fax: 0221-340308-28
difu@difu.de, www.difu.de

*Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.*
Vorsitzender: Dr. Clemens Börsig
Geschäftsführer: Dr. Stephan Frucht
Referentin für kulturpolitische Aktivitäten:
Annerose Müller
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Tel.: 030-2028-1406, Fax: 030-2028-2406
kulturkreis@bdi-online.de, www.kulturkreis.org

*Kulturpolitische Gesellschaft e. V.*
Präsident: Prof. Dr. Oliver Scheytt
Geschäftsführer: Dr. Norbert Sievers
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-20167-0, Fax: 0228-20167-33
post@kupoge.de, www.kupoge.de

*Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*
Kulturbeauftragte: Dr. Petra Bahr
Kulturbüro
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel.: 030-28395480, Fax: 030-28395483
petra.bahr@ekd.de, www.ekd.de

*Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (DBK)*
Kommission für Wissenschaft und Kultur (VIII)
Vorsitzender: Heinrich Mussinghoff, Bischof von Aachen
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn
Tel.: 0228-103-0, Fax: 0228-103-299
sekretariat@dbk.de, www.dbk.de



# *Kunst und Kultur im Internet*[1]

**Spartenübergreifende Kulturserver/Kulturinformationssysteme/Kulturforschungsinstitute**

**http://www.adk.de** (*Akademie der Künste* [*AdK*]) Onlinekatalog der Bibliothek mit Publikationen zu den Schwerpunkten Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Musik, Film- und Medienkunst und Baukunst, derzeit sind die Neuerwerbungen ab 1989 recherchierbar.

**http://www.art-obscura.de** (*Art Obscura e. V.*) Kulturprojekte von oder für Menschen mit einer Behinderung.

**http://www.aski.org** (*Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e. V.* [*ASKI*]) Linksammlung der Mitgliedsinstitute, Ausstellungs- und Veranstaltungskalender, Archiv der »Kulturberichte« bis 2/2004 sowie »Kultur lebendig« online lesbar, Informationen über *ASKI*-Fachtagungen, Linksammlung über Akteure.

**http://www.bundeskulturfonds.de** (*Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kulturfonds*) Informationen zu den selbstverwalteten Kulturfonds für Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst und Soziokultur sowie dem Kunstfonds.

**http://www.ccp-deutschland.de** (*Cultural Contact Point Germany*) Umfangreiche Hinweise auf Förderprogramme der EU, Darstellungen geförderter Projekte, Linksammlungen zu Akteuren, Infostellen der EU sowie europäischen Kulturinstitutionen, Informationen zu Kulturhauptstädten, Veranstaltungs- und Tagungshinweise auf nationaler und europäischer Ebene.

**http://www.culturalpolicies.net** (*Europarat/ERICarts*) Kompendium zur Kulturpolitik in Europa mit 32 Länderporträts, mit Möglichkeiten zum Download und zum Vergleich ausgewählter Aspekte, wie beispielsweise aktuelle kulturpolitische Prioritäten.

**http://www.dabakus.de** (Kulturinformationssystem »dabakus«) Kulturdatenbank für Südniedersachsen mit Informationen zu Veranstaltungen, Akteuren und Institutionen.

**http://www.deutsche-kultur-international.de** (*Vereinigung für internationale Zusammenarbeit*) Vereinigung von in der auswärtigen Kulturarbeit tätigen Organisationen, Mittlerorganisationen und Stiftungen, Schlagwortverzeichnis mit den jeweiligen Maßnahmen und Akteuren, Informationen zur deutschen Sprache und Literatur im In- und Ausland, Ausstellungen deutscher Kunst im Ausland und ausländischer Kunst in Deutschland, Förderung von Künstlern in der Bildenden Kunst, Musik, Tanz und Theater, Ausbildungs- und Arbeitsaufenthalte im Ausland usw.

**http://www.difu.de** (*Deutsches Institut für Urbanistik* [*difu*]) Informationen über Forschungsprojekte mit Downloads ausgewählter Ergebnisse, Darstellung des Seminarangebotes, Volltextversion der *Difu-Berichte*, Inhaltsübersicht und Kurzzusammenfassungen der *Zeitschrift für Kommunalpolitik* ab 2001, Vorstellung der umfangreichen Eigenpublikationen, Downloads der Jahresberichte und ausgewählter Texte, Projektforen, sehr umfangreiche Linksammlung zu kommunalen Verbänden, Themen, Fachinformationen, Einrichtungen etc.

**Http://www.europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/index_de.htm** (*Kommission der Europäischen Gemeinschaft – Generaldirektion Bildung und Kultur*) Informationen zu Programmen, Initiativen und Veröffentlichungen der Generaldirektion sowie Beispiele erfolgreicher Projekte, Projektvorstellung zu den Schwerpunkten Allgemeine & berufliche Bildung, Jugend, Kultur, Mehrsprachigkeit, Zivilgesellschaft und Sport, Link zur Zentralbibliothek der Europäischen Kommission.

**http://www.europa.eu.int/idea/de/index.htm** (Idea, das elektronische Verzeichnis der Europäischen Institutionen) Enthält die Organisationsstruktur der Organe, Institutionen, Ämter, Agenturen und sonstiger Einrichtungen der Europäischen Union in 11 Sprachen, Suchmöglichkeiten u. a. nach Personen, Diensten und entsprechend der hierarchischen Struktur.

**http://www.europa-foerdert-kultur.info** (*Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*) Die Internetseite richtet sich an KulturschaffendeInnen, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen aller Sparten, an ambitionierte ProjektinitiatorInnen in öffentlichen wie privaten Kultur- und Bildungseinrichtungen, in Vereinen und Verwaltungen sowie an SpezialistInnen aus dem privat-wirtschaftlichen Bereich in Deutschland und Österreich.

**http://www.freie-szene-rlp.de** (*Kulturbüro Rheinland-Pfalz*) Suchmaschine für Künstler verschiedener Sparten, Ver-

1 Stand: 20.3.2007; siehe auch Linksammlung auf www.kupoge.de sowie die Internet-Adressen der oben aufgeführten Institutionen, Stiftungen, Verbände und Einrichtungen.

anstalter; außerdem »Kultur-Lexikon« und umfangreiche systematische Linkliste von Agenturen bis Rundfunk.

**http://www.kultnet.de** (Freie Szene Forum) Verzeichnis von Agenturen, Ausschreibungen, Börsen, KünstlerInnen, Festivals und Veranstaltern mit mehr als 1000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Kleinkunst.

**http://www.kulturation.de** (Kulturinitiative 89) Online-Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik.

**http://www.kulturfoerderung.org** (*Deutsches Informationszentrum Kulturförderung* [*DIZK*]) Das Portal bietet einen Überblick über kulturfördernde Stiftungen, Unternehmen und Initiativen. Die Datenbank richtet sich an Kunst- und Kulturschaffende, Institutionen und Organisationen sowie an Förderer von Kunst und Kultur und vermittelt Informationen über Fördermöglichkeiten in Deutschland und in Europa.

**http://www.kulturhauptstadt-europas.de** (Stadt Essen) Informationen und Programm zur Kulturhauptstadt Europas 2010.

**http://www.kulturmanagement.net** (Kulturmanagement Network) Informationsdienst und Netzwerk für Kulturmanager: Übersicht über aktuelle Aus- und Weiterbildungsangebote des Kulturmanagements in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Vorstellung von Büchern verschiedener Sparten und Aktionsfelder der Kultur, Linksammlung zu Themen und Akteuren, Veranstaltungsankündigungen, für registrierte Benutzer auch Stellenmarkt, Praktikumsbörse und Diskussionsforen.

**http://www.kulturportal-deutschland.de** (Kulturportal Deutschland) Kulturportal des *Beauftragten für Kultur und Medien* mit Nachrichtendienst sowie Links zu kulturellen Einrichtungen und zu den Kulturportalen der Länder, Datenbank (in Kooperation mit kulturserver.de) zu Terminen, Adressen und Kulturschaffenden.

**http://www.kulturrat.de** (*Deutscher Kulturrat e. V.*) Stellungnahmen und Dossiers zu kulturpolitischen Themen, Link auf die Zeitschrift »Politik und Kultur« (www.puk-online.net) mit Downloads der kompletten Ausgaben, Nachrichtenticker mit täglich mehreren Nachrichten aus den verschiedenen Sparten, Informationen zum *puk*-Journalistenpreis, Links zur Enquetekommission Kultur in Deutschland & Ausschuss Kultur und Medien des deutschen Bundestages, zur KMK und zur Job- und Kooperationsbörse im Kulturbereich Vertikult.

**http://www.kultursekretariat-nrw.de** (*Kultursekretariat Nordrhein-Westfalen*) Förderhinweise und Projektbeispiele sowie Veranstaltungsdatenbank aller im Sekretariat für kulturelle Zusammenarbeit nichttheatertragender Städte und Gemeinden zusammengeschlossener Kommunen, Publikationen.

**http://www.kulturserver.de** (Portal der Kulturserver der Länder) Datenbanken mit Kulturschaffenden, Institutionen, Terminen etc., in jeweils unterschiedlichen Ausbaustufen, Angebot der Unterstützung von Künstlern und Kultureinrichtungen bei der Erstellung von eigenen Homepages.

**http://www.kulturserver-ruhrgebiet.de** (*Regionalverband Ruhr*) Veranstaltungskalender inklusive eines regionalen Kulturarchivs.

**http://www.kulturstiftung.de** (*Kulturstiftung der Länder* [*KSL*]) Überblick über Struktur, Projekte und Förderungen sowie Aufgaben der *KSL*, Linksammlung.

**http://www.kulturstiftung-des-bundes.de** (*Kulturstiftung des Bundes*) Informationen zur Stiftung, Förderungsrichtlinien und zu geförderten Projekten im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes.

**http://www.kunstfinder.de** (KunstFinder) umfangreiche kommentierte Linksammlung zu Darstellenden Kunst, Bildenden Kunst, Musik, Film, Literatur mit Akteuren, Veranstaltungen Zeitschriften.

**http://www.kupoge.de** (*Kulturpolitische Gesellschaft e. V.* [*KuPoGe*]) Kulturpolitisches Informationssystem (Institut für Kulturpolitik) mit Datenbanken mit sehr umfangreicher kulturpolitischer Bibliographie, Chronik wichtiger kulturpolitischer Ereignisse sowie Links zu Institutionen und kulturpolitischen Themen, Tagungskalender, Newsletter, Link auf die Zeitschrift »Kulturpolitische Mitteilungen« mit Inhaltsverzeichnis der Hefte ab 1999 und ausgewählten Onlineartikeln.

**http://www.lostart.de** (Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste) Datenbank zur Erfassung von Kulturgütern, die infolge des Zweiten Weltkrieges verbracht, verlagert oder insbesondere jüdischen Eigentümern verfolgungsbedingt entzogen wurden, mit den Bereichen Suchmeldungen beziehungsweise Fundmeldungen, außerdem themenbezogene Bibliographie und Linksammlung.

**http://www.nmz.de/kiz** (Das Kulturinformationszentrum) »Newsticker«, gezielte Suchmöglichkeiten nach Themen wie zum Beispiel Künstlersozialversicherung, Musikwirtschaft, kulturelle Bildung, Steuerrecht, Urheberrecht.

**http://www.perlentaucher.de** (*Perlentaucher*) Tägliche Zusammenfassungen von Feuilletons überregionaler Tageszeitungen mit weitergehenden Links (auch als Newsletter zu abonnieren), daneben tägliche Bücherschau, wöchentliche internationale Magazinrundschau, täglicher Medienticker sowie Autorendatenbank.

**http://www.recap-network.org** (*RECAP – Boekmanstichting*) Online Kataloge, thematische Bibliographien, Download eines Thesaurus für Kulturpolitik in englisch und niederländisch, Buchvorstellungen.

**http://www.stadtteilarbeit.de** (Stadtteilarbeit) Theoretische/konzeptionelle Aufsätze zu verschiedenen Bereichen der Stadtteilarbeit, Beiträge zu Methoden, Sammlung von Stadtteilprojekten, ausgewählte kommentierte Literatursammlung, Bibliographie von Neuerscheinungen zur Gemeinwesenarbeit seit 1990, Links zu verschiedenen Newslettern und Online-Diensten, Informationen zu Fortbildungsveranstaltungen, Linksammlung.

**http://www.urheberrecht.org** (*Institut für Urheber- und Medienrecht*) Neuigkeiten zum Thema Urheberrecht, Inhaltsübersichten der *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht* [*ZUM*] und des Rechtssprechungsdienstes sowie Urteilsdatenbank.

**http://www.vertikult.de** (*Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V.*) Jobbörse, Kooperationsbörse und Informationspool sowie ein Newsletter zum Thema Kultur und Arbeit.

### Baukultur und Denkmalpflege

**http://www.architektur-baukultur.de** (Initiative Architektur und Baukultur der Bundesregierung) Portal zur Baukultur, unter anderem mit Statusbericht zur Baukultur der IAB beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, umfangreichen Materialien (z. B. Studien, Sammlungen zu Projekten von Städten/Gemeinden, der Länder und des Bundes, Berichte, Positionspapiere, Newsletter) als Download, Linkliste zu den Akteuren im Bereich Baukultur, Veranstaltungsankündigungen.



**http://www.bdat-online.de** (*Bund Deutscher Amateurtheater e. V.*) Veranstaltungsdatenbank, Links zu den 16 Mitgliedern des Dachverbandes, Informationen über Aus- und Fortbildungen, Leseproben der Verbandszeitschrift *Spiel und Bühne*.

**http://www.bundesarchitektenkammer.de** (*Bundesarchitektenkammer*) Informationen und Links zu Aus- und Weiterbildung, Adressen und Links zu Verbänden und Fachzeitschriften, Veranstaltungsberichte.

**http://www.bundesstiftung-baukultur.de** (*Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V.*) Begleitung und Unterstützung der Bundesstiftung Baukultur, Informationen über den Förderverein und der Stiftung, aktuelle Meldungen und Newsletter.

**http://www.denkmalschutz.de** (*Deutsche Stiftung Denkmalschutz* [*DSD*]) Liste der mehr als 2800 von der Stiftung geförderten Denkmale, Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe des Magazins *Monumente*, Shop für Publikationen und Postkarten.

**http://www.nationalkomitee.de** (*Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz*) Downloads der Ausgaben von *Denkmalschutz-Informationen* ab 2005, Informationen über den Deutschen Preis für Denkmalschutz, Vorstellung der Eigenpublikationen, umfangreiche Informationen zu Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland.

**http://www.ns-gedenkstaetten.de** (*Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in NRW e. V.*) Gedenkstätten-Suche in den Rubriken Bundesländer, Orte, Einrichtungen und Themengebiete.

**http://www.shrinkingcities.com** (*Shrinking Cities Office – Büro Philipp Oswalt*) Informationen zum Projekt »Shrinking Cities« (gefördert von der *Kulturstiftung des Bundes*), welches das Schrumpfen der Städte als kulturelle Herausforderung begreift. Architekten, Wissenschaftler und Künstler untersuchen am Beispiel von vier Städten beziehungsweise Regionen (Detroit, Ivanovo, Manchester/Liverpool und Halle/Leipzig) die Entwicklung.

### Literatur/Bibliotheken

**http://www.alg.de** (*Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten e. V.* [*ALG*]) Informationen über die Förderung von Projekten literarischer Gesellschaften durch die *ALG*, Veranstaltungskalender der literarischen Gesellschaften, Ausstellungs- und Veranstaltungskalender, Vorstellung von Eigenpublikationen, unter anderem die *ALG Umschau*.

**http://www.autorenforum.de** (autorenforum.de) Web-Informationsquelle für Autorinnen und Autoren mit Datenbanken zu Besprechungen, Lesungen, Kursen, Inhaltsübersichten von *The Tempest*, Linksammlung von Organisationen und AutorInnenhomepages, Expertenfragemöglichkeiten zu mehreren Rubriken.

**http://www.b-u-b.de** (*Berufsverband Information Bibliothek e. V. – Buch und Bibliothek*) Editorial für jede Ausgabe von *Buch und Bibliothek. Forum für Bibliothek und Information* ab 2004, Inhaltsverzeichnis, Kurzzusammenfassungen der Artikel in deutsch, englisch und französisch.

**http://www.bdb-dachverband.de** (*Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e. V.* [*BDB*]) Hinweise auf Termine, Mitteilungen, Literatur und die Mitglieder.

**http://www.bib-info.de** (*Berufsverband Information Bibliothek*) Regionaler Fortbildungskalender, Publikationshinweise, umfangreiche Linksammlung zum Beispiel zu Auskunftsdiensten, Datenbanken, Fachzeitschriften, Vereinen, Mailinglisten etc.

**http://www.bibliotheksverband.de** (*Deutscher Bibliotheksverband e. V.* [*dbv*]) Mitgliederdatenbank, Informationen über Preise und Titel des *dbv*, Rechtsgrundlagen, Downloads der Jahrbücher.

**http://www.ddb.de** (*Deutsche Nationalbibliothek*) Zentrale Archivbibliothek und nationalbibliographisches Zentrum der Bundesrepublik Deutschland, erfüllt die Funktion einer Nationalbibliothek, Web-OPAC.

**http://www.deutscher-literaturfonds.de** (*Deutscher Literaturfonds*) Informationen über die Autoren- und Vermittlungsförderung und über vom Fonds vergebene Preise und Stipendien, Initiativen und Seminare zur Förderung und Weiterbildung junger Autoren, Veranstaltungen, insbesondere Lesungen und Preisverleihungen.

**http://www.dla-marbach.de/dla/index.html** (*Deutsches Literaturarchiv Marbach*) Online-Datenbanken der Bibliothek (Bücher, Aufsätze, Rezensionen, Hörfunk- und Fernsehmanuskripte), der Bildabteilung (Skulpturen, Gemälde, Grafiken, Fotografien) der Nachlässe und der Handschriften.

**http://www.jugendliteratur.org** (*JuLit – Arbeitskreis für Jugendliteratur e. V.*) Linksammlung u. a. zu Mitgliedern, Fachzeitschriften und Forschungseinrichtungen, Informationen zum Deutschen Jugendliteraturkreis, Übersicht zu Schwerpunkten der Fachzeitschrift *JuLit*.

**http://www.lyrikline.org** (*Lyrikline – literaturWERKstatt berlin*) Lesung von Gedichten durch den jeweiligen Autor, bislang in 41 Sprachen, Auswahlmöglichkeiten von Autoren, Sprachen, Editionen und Übersetzungen, für jeden Autor mit Biographie, Publikationen, Preisen, Links und ausgewählten Gedichten, Bibliographie.

**http://www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html** (Karlsruher Virtueller Katalog) Portal für Bibliotheks- und Buchhandelskataloge weltweit.

**http://www.vdb-online.org** (*Verein Deutscher Bibliothekare e. V.* [*VDB*]) Veranstaltungskalender, Informationen zur Ausbildung, Druckversion der *VDB-Mitteilungen*, ausführliche Informationen zu Landesverbänden und Kommissionen.

**http://www.vgwort.de** (*Verwertungsgesellschaft Wort*) Wahrnehmung der urheberrechtlichen Nutzungsrechte für AutorInnen und Verlage, Downloads von Formularen.

### Bildende Kunst/Museen

**http://www.art-in.de** (art-in.de) Portal mit Meldungen und Links zur Kunst in Deutschland, zum Beispiel zu Museen, Messen, Stiftungen, Institutionen, Verlagen, Vereinen.

**http://www.art-magazin.de** (*ART – Das Kunstmagazin*) Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe, ausgewählte Onlineartikel, aktuelle Nachrichten, Datenbanken zu Ausstellungen, Orten, Linksammlung, Web-Galerie.

**http://www.bbk-bundesverband.de** (*Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V.* [*BBK*]) Linkliste von Wettbewerben und Ausschreibungen, Stellungnahmen des BBK zu Themen – zum Beispiel »Arbeitsplatz Kunst«, Inhaltsübersichten der Zeitschrift *kultur politik*, Links der Landesverbände und Pressemitteilungen.

**http://www.bildkunst.de** (*Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst*) Informationen über die Urheberrechtsorganisation der deutschen Künstler, Fotografen und Filmur-

heber mit Mitgliederdatenbank; Rechtsgrundlagen; Künstlersuche; Downloads (Tarife, Meldeformulare etc.).

**http://www.bundeskunsthalle.de** (*Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland*) Online-Katalog der Bibliothek der Kunst- und Ausstellungshalle mit mehr als 35.000 Medien sowie Informationen zu Ausstellungen und Veranstaltungen.

**http://www.bvdg.de** (*Bundesverband Deutscher Galerien e. V.* [*BVDG*]) Galerieverzeichnis, Datenbanken zu Ausstellungen, Vernissagen, Informationen zum Beruf, Stellenmarkt und Messetermine.

**http://www.design-report.de** (*design report*) Fachzeitschrift mit Online-Version, Volltextarchiv sowie Datenbanken zu Studiengängen, Händler und Designer, Jobbörse und Kalender.

**http://www.dgph.de** (*Deutsche Gesellschaft für Photographie e. V.* [*DGPh*]) Informationen über die Preise der *DGPh*, Informationen zu Ausstellungen und Neuerscheinungen.

**http://www.dhm.de** (*Deutsches Historisches Museum Berlin*) Linksammlung zu Museen in Deutschland und weltweit sowie zu virtuellen Museen und Ausstellungen.

**http://www.gedok.de** (*GEDOK – Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstförderer e. V.*) Selbstdarstellung, Informationen über Literaturpreise und Musikwettbewerbe der *GEDOK*, Verweise auf Ausschreibungen, Veröffentlichungen.

**http://www.hdg.de** (*Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*) Informationen über die deutsche Geschichte von 1900 bis zur Gegenwart sowie über aktuelle Ausstellungen, außerdem virtuelle Ausstellungen und interaktive Spiele, Hinweise auf die hauseigene Präsenzbibliothek und -mediathek, Lektürehinweise, Webcam, Online Museumsshop, Informationen zu internationalen Kooperationspartnern.

**http://www.igbk.de** (*Internationale Gesellschaft für bildende Künste* [*IGBK*]) Hinweise zu internationalen Ausschreibungen für bildende Künstler, Informationen zu Künstlerverbänden, Datenbanken zu Informations- und Kontaktstellen, Internationaler Künstlerausweis der *IAA UNESCO*, Arbeits- und Fördermöglichkeiten im In- und Ausland sowie Weiterbildungsanbieter, Linksammlung zu Institutionen, Europäischer Kulturpolitik und Internationalem Kulturaustausch.

**http://www.kuenstlersozialkasse.de** (*Künstlersozialkasse*) Selbstdarstellung, Informationen über Rechte und Pflichten von KünstlerInnen und Unternehmen, aktuelle Entwicklung der Rechtssprechung sowie statistische Angaben.

**http://www.kunst-und-kultur.de** (kunst-und-kultur.de) Datenbanken zu Museen und Galerien, bildenden KünstlerInnen und ArchitektInnen sowie zu Zeitschriften.

**http://www.kunstfonds.de** (*Stiftung Kunstfonds*) Informationen zu Fördermöglichkeiten im Bereich zeitgenössischer Bildender Kunst in Deutschland (Künstlerprogramm, Vermittlerprogramm, Verlagsprogramm).

**http://www.kunstlinks.de** (*Bund Deutscher Kunsterzieher e. V.* [*BDK*]) Portal für den Kunstunterricht mit vielfältigen Informationen zur Kunstgeschichte, zu KünstlerInnen und zum Kunstunterricht.

**http://www.kunstvereine.de** (*Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine* [*AdKV*]) Verzeichnis der Kunstvereine in Deutschland, Hinweise auf Publikationen und Links.

**http://www.museen.de** (museen.de) Portal für Museen und Ausstellungen im deutschsprachigen Raum, unter anderem mit Datenbank zu Museen im deutschsprachigen Raum, zu Ausstellungen, Verzeichnis von MuseumswissenschaftlerInnen, Übersicht über Museumsnächte, Inhaltsübersicht der Zeitschrift *Museum aktuell*, europäisches Museumsbranchenbuch und Literaturtipps.

**http://www.museumsbund.de** (*Deutscher Museumsbund e. V.*) Fachgruppen mit unterschiedlichen Angeboten, zum Beispiel Naturwissenschaftliche Museen mit Adressen, Vorstellung von Museumsberufen, Stellenangeboten, Terminen, Inhaltsverzeichnisse der Zeitschrift *Museumskunde* ab 1996 sowie alphabetisches Autorenverzeichnis, Onlineausgaben der *Bulletins*, unterschiedliche Projekte, unter anderem Internationaler Museumstag und schule@museum, Termin- und Linksammlung.

**http://www.museumspaedagogik.org** (*Bundesverband Museumspädagogik e. V.*) Kommentierte Linkliste zu verschiedenen Bereichen der Museumspädagogik (z. B. zu Akteuren, Ausbildung, Mailinglisten), umfangreiche thematische Literaturliste, Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift *Standbein-Spielbein* sowie der Hefte ab 1989, Diskussionsforum, Buchvorstellungen.

**http://www.ngbk.de** (*Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e. V.* [*NGBK*]) Informationen über aktuelle Ausstellungen, Archiv zu Ausstellungen und KünstlerInnen, Jahresprogramm, Publikationen, Link zu U2 Alexanderplatz, Informationen über die *NGBK*, inklusive Satzung.

**http://www.smb.spk-berlin.de/ifm** (*Institut für Museumskunde*) Informationen über die Aufgaben, die Publikationen des Instituts sowie Datenbanken (Museen und Träger sowie Bibliographie).

### Darstellende Kunst

**http://www.amateurtheater-online.de** (Wolfgang Schiffelholz) Umfangreiche Linksammlung zu allen Bereichen und Themen rund um das Amateurtheater, Links zu den theaterpädagogischen Zentren, Diskussionsforum.

**http://www.bag-online.de** (*Bundesarbeitsgemeinschaft [BAG] Spiel und Theater e. V.*) Inhaltsübersichten der Zeitschrift *Korrespondenzen*, Informationen über Projekte, Rezensionen zur Fachliteratur, Onlineshop Eigenpublikationen.

**http://www.ballett-intern.de** (*Deutscher Berufsverband für Tanzpädagogik*) Adressen von Aus- und Fortbildungseinrichtungen, PreisträgerInnen des deutschen Tanzpreises seit 1983.

**http://www.ballet-tanz.de** (ballet-tanz.de) Register der Artikel der Zeitschrift seit Bestehen 1994, Inhaltsverzeichnis und Editorial des aktuellen Heftes, Sammlung von Adressen nationaler und internationaler Ausbildungsstätten für Tanz.

**http://www.berlin-buehnen.de** (*Spielzeit AG* [*Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsarbeit der Berliner Bühnen*]) Veranstaltungsdatenbank, Künstlerbiografien, eine umfangreiche Suchfunktion bis hin zum Kartenvorverkauf.

**http://www.buehnengenossenschaft.de** (*Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger* [*GDBA*]) Informationen zum Bühnenrecht, Leitartikel der gleichnamigen monatlichen Fachzeitschrift, Shop für Eigenpublikationen insbesondere zum Vertragsrecht, Linkliste mit Erläuterungen.



**http://www.buehnenverein.de** (*Deutscher Bühnenverein – Bundesverband deutscher Theater*) Positionspapiere, Theaterbriefe, Statistiken, Adressen der Theater und Orchester, Infos zu Berufen am Theater, Jobbörse sowie Links zu den Landesverbänden.

**http://www.but.bkj.de** (*Bundesverband Theaterpädagogik e. V.*) Sammlung von Institutionen theaterpädagogischer Aus- und Fortbildung, Informationen zum Berufsbild, Hinweise auf themenspezifische Veranstaltungen.

**http://www.coram-publico.de** (coram-publico.de – Theaternachrichten) Tägliche Theaternachrichten, tagesaktuelles Kalendarium von Geburts-, Todestagen und Ereignissen, Spielplan- und Stückdatenbank, Foren, Mailingliste, umfangreiche Linkliste zu Theatern, Ausbildungsstätten, Institutionen, Verlagen, Agenturen etc.

**http://www.dbt-remscheid.de** (*Deutscher Bundesverband Tanz e. V.*) Übersicht über Veranstaltungen, Seminare, Adressen der Mitglieder: Bundesfachverbände, Landesarbeitsgemeinschaft und weitere Organisationen.

**http://www.die-deutsche-buehne.de** (*Die Deutsche Bühne*) Register der Zeitschrift bis 1996, Leseproben früherer Ausgaben, News, ausgewählte Kritiken, Premierenkompass.

**http://www.fonds-daku.de** (*Fonds Darstellende Künste e. V.*) Förderschwerpunkte, Förderrichtlinien, Übersicht über geförderte Projekte, Antragsformulare.

**http://www.freie-theater.de** (*Bundesverband Freier Theater e. V.* [*BUFT*]) E-Zeitung *Off-Informationen*, Links für Theaterschaffende und Informationen zu den Landesverbänden, Suche/Biete-Anstellung(en)-Forum, Hinweis und Link auf die Broschüre Handbuch ›über Grenzen‹ und Vorstellung der Eigenpublikation ›Survivalkit Freie Theater‹.

**http://www.ids-ev.de** (*Interessenverband Deutscher Schauspieler*) Umfangreiche Informationen zum Beruf des Schauspielers: Situationsanalyse, Aus- und Weiterbildung, Nachwuchsförderung, Verträge und Verdienstmöglichkeiten etc.; außerdem Onlineagentur für SchauspielerInnen, IDS Medientreffen.

**http://www.inthega.de** (*Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e. V.*) Übersichten der Mitglieder und Landesverbände, Inhaltsübersichten und Editorial der letzten 2 Ausgaben der Zeitschrift *INTHEGA Kultur Journal*, Übersicht über vergebene *INTHEGA*-Preise, Linksammlung zu Verbänden, Zeitschriften und Theatern.

**http://www.iti-germany.de** (*Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts e. V.*) Informationen und Links zu Projekten, PDFs des aktuellen *impuls* und des *play service*, Datenbank zur Suche im Archiv von *impuls*, internationale Links zu Tanz und Theater.

**http://www.jugendtheater.net** (*Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland*) Zu ausgewählten Themen, zum Beispiel »Theater Jugend Medien« oder »Weibliche Rollen im Kinder- und Jugendtheater«, Einführungen, Berichte, Projekte etc.; außerdem ein Diskussionsforum, weitere Links mit jeweiligen Verweisen auf die Übersichten des *kjz*.

**http://www.kjtz.de** (*Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland*) Online-Katalog zu Werken des Kinder- und Jugendtheaters sowie zu Literatur, Übersicht über Veranstaltungen des beziehungsweise zum Thema »Kinder- und Jugendtheater«, Informationen über Deutschen Kindertheaterpreis und Jugendtheaterpreis sowie Stipendien, Shop für Publikationen, Ausstellung ›Spielräume‹, Vorstellung von *ASSITEJ* international Archivs, inklusive einzelner Texte zum Download.

**http://www.laft.de** (*Landesverband Freier Theater in Niedersachsen e. V.*) Übersicht über freie Theater im Bundesland, deren Veranstaltungen, Kurzhinweise zu Recht, Steuern, Fördersituation sowie Monatsthemenbeiträge.

**http://www.lrz-muenchen.de/~kl811aw/www/Theaterparadies_Deutschland.htm** (Theater-Paradies Deutschland) Umfangreiche Linksammlung zu Ensembles, Theatern, Verlagen, Zeitschriften, Festivals, Diskussionsforen, Institutionen, Agenturen etc.

**http://www.sk-kultur.de/tanz** (*Deutsches Tanzarchiv Köln*) Onlinekatalog der gesammelten Tanzvideos, Hinweise auf die Präsenzbibliothek, die umfangreiche Zeitungsausschnittsammlung seit dem Beginn der fünfziger Jahre und auf den Beginn des Aufbaus eines Tanzarchivs.

**http://www.tanzarchiv-leipzig.de** (*Tanzarchiv Leipzig e. V.*) Systematik des Präsenzarchivs, das neben Literatur Programmhefte, Plakate, Bilder, Filme, Musikalien und Periodika sammelt.

**http://www.theaterderzeit.de** (*Interessengemeinschaft Theater der Zeit*) Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift mit Leseproben.

**http://www.theaterheute.de** (*Theaterheute*) Inhaltsverzeichnis der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift, ausgewählte Onlineartikel, Archiv von 1999 bis heute und Registersuche, Termine von Premieren, von Theatersendungen in Radio und Fernsehen, Linksammlung zu deutschsprachigen Bühnen.

**http://www.theaterkanal.de** (Theaterkanal des *ZDF*) Sendeüberblick des Theaterkanals, Theateralmanach Online, Newsticker, Spielplandatenbank, Presserundschau sowie kleine Stellenbörse.

**http://www.theatermanagement-aktuell.de** (*Theater-Management aktuell*) Archiv der bisherigen Ausgaben des Informationsdienstes mit Leseproben, Bookshop ausgewählter Fachbücher.

**http://www.theaterpolitik.de** (*Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim*) Die Website »Theaterpolitik« stellt Beiträge aus Theorie und Praxis zur Verfügung, um einen Dialog mit den Theaterkünstlern, den Theaterpolitikern und den Theaterzuschauern zu führen. Interessante Links, Literatur und Projekte werden vorgestellt.

**http://www.theaterportal.de** (Theaterportal GbR) »umfangreichste Spielplandatenbank des deutschen Internets« mit Suchmöglichkeiten nach Stadt, Theater, KünstlerIn, AutorIn, Starttermin, Uhrzeit etc.

**http://www.theaterverzeichnis.de** (Theaterverzeichnis Deutschland) Deutsches Theaterverzeichnis mit Datenbank der Theater(-adressen), integrierte Stadtpläne, Ticketshop, Lexikon, Stellenmarkt, kleines Firmenverzeichnis zu verschiedenen Bereichen der Theaterbedarfs.

**http://www.vertriebsstelle.de** (Vertriebsstelle und *Verlag Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten*) Datenbank für Theaterstücke mit Nachweis der Aufführungsrechte und Bestellmöglichkeiten, Suchmöglichkeit auch nach Mundarten sowie anderen Sprachen, Autorenverzeichnis.

### Musik

**http://www.beethoven-haus-bonn.de** (*Beethovenhaus* in Bonn) Das digitale Archiv des Beethovenhauses in Bonn präsentiert Musikhandschriften, Skizzen, Abschriften,

Erstausgaben, Briefwechsel sowie ikonographische Dokumente und museale Gegenstände. Die Präsentation auf 26.000 Farbscans und 1600 Audiodateien (Musikbeispiele und Hörbriefe) soll Beethovens Denken, Leben und Arbeiten sichtbar und hörbar werden lassen.

**http://www.dmv-online.com** (*Deutscher Musikverleger-Verband e. V.*) Aktuelle Nachrichten, Datenbank der Musikverlage sowie Linksammlung.

**http://www.european-music-council.org** (*Europäischer Musikrat*) Selbstdarstellung, Vorstellung einzelner Projekte, Links zu den europäischen Mitgliedern, europäischer »Musiknavigator« mit vielfältigen Verzeichnissen rund um das Thema Musik in englischer Sprache, interaktives multilinguales Musiklexikon, *EMC Newsletter*, Veranstaltungskalender des *EMC*, The Working Group Youth, Download des englischsprachigen Magazins *Sounds*, Vorstellung des Projekts EFMET (European Forum for Music Education and Training).

**http://www.gema.de** (*Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte* [*GEMA*]) Selbstdarstellung der Verwalterin der Nutzungsrechte der Musikschaffenden, Online-Datenbank musikalischer Werke, Lizenzhinweise, Gesetze, Aufsätze und Rechtsprechung, Online-Version der *Gema-Nachrichten*, des *Gema-Briefes*, Downloads der *Gema*-Jahrbücher.

**http://www.gvl.de** (*Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten* [*GVL*]) urheberrechtliche Vertretung der ausübenden Künstler und der Tonträgerhersteller, Downloads von Verträgen und Formularen, Abrechnungssystem.

**http://www.iam-ev.de** (*Internationaler Arbeitskreis für Musik e. V.*) Selbstdarstellung, Jahresprogramm vielfältiger Musikkurse, Notenbibliothek für Dozenten, Konzerthinweise, Vorstellung des Seminarzentrums Kloster Malgarten, Orff & Co. – Musikpädagogisches Praktikum

**http://www.iamic.net** (*International Association of Music Information Centres*) Portal der Musikinformationszentren der Welt in englischer Sprache mit Links zu den 43 Mitgliedsorganisationen aus 38 Ländern, Informationen zu Projekten sowie einem Newletterarchiv

**http://www.jeunessesmusicales.de** (*Jeunesses Musicales Deutschland*) Fachverband der deutschen Jugendorchester: Kursangebote, Informationen über Preise und Wettbewerbe, Links zu Landes- und europäischen Schwesterverbänden.

**http://www.miz.org** (*Deutsches Musikinformationszentrum* [*MIZ*] des *Deutschen Musikrats*) Datenbanken zum Musikleben in Deutschland: Institutionen, KomponistInnen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Literatur, außerdem Themenportale mit News, Dokumenten, Links und weiteren Informationen zum Beispiel zu Ausbildung, Neuer Musik etc. sowie Fachzeitschrift *Musikforum* mit Themen- und Textarchiv.

**http://www.musikrat.de** (*Deutscher Musikrat gemeinnützige Projektgesellschaft mbH*) Informationen über Einrichtungen und Projekte, Downloads von *DMRintern*, Hinweise auf Publikationen.

**http://www.musikschulen.de** (*Verband deutscher Musikschulen*) Musikschuldatenbank, Veranstaltungs- und Fortbildungstermine, Shop für Eigenpublikationen, Literaturempfehlungen, Informationen über Projekte und Initiativen sowie Links zu den Landesverbänden.

**http://www.nmz.de** (*neue musikzeitung*) Aktuelle Ausgabe der Zeitung online, Stellenmarkt, Übersicht über Wettbewerbe, Kurskalender, umfangreiche Linksammlung.

**http://www.rocksie.de** (*Musikerinnen-Initiative rocksie! – Kulturwerkstatt der Kultur Kooperative Ruhr in Dortmund*) Selbstdarstellung des Kooperationsprojektes für Musikerinnen, Kurzberichte über die Förderung von Musikerinnen in ausgewählten europäischen Ländern, Konzerthinweise, Vorstellung einzelner Bands.

**http://www.udj.de** (*Union Deutscher Jazzmusiker*) »Jazz in Deutschland« mit Verzeichnissen von MusikerInnen und Regionalübersicht von Clubs, Informationen über den Deutschen Jazzpreis, Linksammlung zum Thema Jazz und zu seinen Akteuren.

**http://www.vg-musikedition.de** (*Verwertungsgesellschaft zur Wahrnehmung von Nutzungsrechten an Editionen [Ausgaben] von Musikwerken*) Werkkatalog und rechtliche Informationen, Newsarchiv, ausgewählte Infomaterialien zum Download.

**http://www.vioworld.com** (*VIOWorld GmbH*) Täglich Klassiknachrichten, Katalog der »2000 besten Klassikseiten im Internet«, Portraits von Orchestern und Dirigenten, Diskussionsforen, Stellenmarkt und MusikerInnenhomepages.

**Soziokultur/kulturelle Bildung**

**http://www.akademieremscheid.de** (*Akademie Remscheid*) Datenbank der Fortbildungsangebote, recherchierbar nach Themen, Fachbereichen und Terminen, Onlineversion des Pressedienstes *kulturarbeit aktuell*, Downloads verschiedener Aufsätze.

**http://www.bildungsserver.de** (*Deutscher Bildungsserver* [*DBS*]) Zusammenstellung von Angeboten, Dokumenten, ausführliche weiterführende Links zu anderen Bildungsportalen, Dokumentationen und Datenbanken inkl. Jobbörse.

**http://www.bjke.de** (*Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen* [*BJKE*]) Adressen und Links zu kulturpädagogischen Einrichtungen und zu den Mitgliedern des *BJKE*, Downloads von Projektinfodiensten, Hinweis auf die vom BJKE herausgegebene Zeitschrift *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten* mit Link zur Zeitschrift.

**http://www.bkj.de** (*Bundesvereinigung Kulturelle Jugend-Bildung e. V.* [*BKJ*]) Positionspapiere der *BKJ*, Veranstaltungshinweise, Links auf die Landesverbände und zuständigen Landesministerien, Sammlung von Bundesdrucksachen zur kulturellen Jugendbildung, Downloads von Artikeln, Informationen über Projekte.

**http://www.bunddeutscherkunsterzieher.de** (*BDK Fachverband für Kunstpädagogik e. V.*) Links zu den Landesverbänden mit Tableau zur Anzahl der jeweiligen Unterrichtsstunden der einzelnen Klassenstufen im Fach Kunst, Inhaltsübersicht der *BDK-Mitteilungen*.

**http://www.bundesakademie.de** (*Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e. V.*) Veranstaltungen in den Rubriken »kulturpolitischer Diskurs«, den einzelnen Kunstsparten, Kulturmanagement, Professionalisierung und die Sommerakademie zu kreativen Teamentwicklungsprozessen, Shop für Eigenpublikationen, aktueller Newsletter, Vorstellung des Tagungsortes.

**http://www.dvv-vhs.de** (*Deutscher Volkshochschulverband*) Portal der *Volkshochschulen* Deutschlands mit aktuellen Nachrichten, Inhaltsübersicht des aktuellen Heftes von *dis.kurs* sowie Links zu allen Volkshochschulen der Bundesrepublik mit deren jeweiligen Veranstaltungsangeboten.

**http://www.gwff.de** (*Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten mbH*) Download von Vertragsformularen, Links zu den Fernsehanstalten.

**http://www.jungefilmszene.de** (*Bundesverband Jugend und Film e. V.* [*BJF*]) Portal mit umfangreichen Datenbanken zu Förderung, Ausbildung, Festivals, Workshops, Literatur, Technik etc.

**http://www.mekonet.de** (*Europäisches Zentrum für Medienkompetenz GmbH*) »Grundbaukasten Medienkompetenz« mit sehr umfangreichem Material zu verschiedenen Aspekten von Medienkompetenz (z. B. Literatur, Institutionen, Projekte, Veranstaltungen) und für unterschiedliche Zielgruppen, Links zu den Partnern des Medienkompetenznetzwerkes NRW, Download-Angebote.

h**ttp://www.soziokultur.de** (*Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren*) Aktuelle Meldungen zur Soziokultur, Links zu Landesverbänden und Soziolkulturellen Zentren, vielfältige Informationen u.a. zur Weiterbildung (Anbieter, Veranstaltungen), Beiträge und Diskussionen zu verschiedenen thematischen Bereichen, umfangreiche Linksammlung, Statistik, Onlineversion des *Informationsdienst Soziokultur*, Jobbörse.

**Film/Medien/Medienpädagogik**

**http://www.bjfev.de** (*Bundesverband Jugend und Film e. V.*) Katalog der Filmothek, Infonetzwerk »Junge Filmszene«, Informationen über Projekte, Liste mit Fachkräften der Kinder- und Jugendfilmarbeit, Veranstaltungstermine und Links.

**http://www.gmk.medienpaed.de** (*Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur* [*GMK*]) Onlineversion der Zeitschrift *nexum*, Informationen über Wettbewerbe/Preise, Links zu Aus- und Weiterbildung in Medienpädagogik, Veranstaltungshinweise, Materialien/Onlineshop, Informationen und Links zu den Landes- und Fachgruppen.

**http://www.kjf.de** (*Kinder- und Jugendfilmzentrum in der Bundesrepublik Deutschland*) Informationen über Medienwettbewerbe, Veranstaltungshinweise, Vorstellung und Bereitstellung von empfehlenswerten Filmen für Kinder und Jugendliche für die außerschulische Medienarbeit, Zusammenfassung auch auf englisch, französisch und spanisch.

**http://www.netzspannung.org** (*Fraunhofer-Institut für Medienkommunikation*) Medienlabor im Internet, Plattform für medienkünstlerische Produktion u. a. mit offenem Kanal für Aktivitäten und Projekte der Medienkunst und -forschung, Mediathek mit Videoaufzeichnungen von themenbezogenen Vorträgen beziehungsweise Symposien.

**http://www.shortfilm.de** (Internationale Kurzfilmtage Oberhausen und *AG Kurzfilm*) »shortfilm.de« ist das gemeinsame Kurzfilmportal der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen und der *AG Kurzfilm*, dem *Bundesverband Deutscher Kurzfilm*. Nachrichten, Berichte, Veranstaltungskalender, umfangreiche Linksammlung zu Festivals, Kurzfilmszene, Kurzfilme online, Medien, Institutionen, Ausbildung etc.

**http://www.vffvg.de** (*VFF Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH*) Wahrnehmung der Rechte der öffentlich-rechtlichen, privater und einiger regionaler Fernsehanstalten, virtuelles Beratungsgespräch, Links zu Datenbanken für Gerichtsurteile.

**http://www.zkm.de** (*Zentrum für Kunst und Medientechnologie* [*ZKM*]) Informationen über Projekte des *ZKM*, Katalog von (Medien)KünstlerInnen und Werken, Hinweise zu (internationalen) Veranstaltungen sowie Linkempfehlungen.

**Interkultur**

**http://www.focus-migration.de** (*Migration Research Group* (*MRG*) c/o *Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gemeinnützige GmbH*) »focus Migration« bietet aktuelle Zahlen, Daten und Analysen zu den Themen Zuwanderung, Flucht und Asyl sowie Integration. »focus Migration« besteht aus drei Kernprodukten – dem Newsletter *Migration und Bevölkerung*, Kurzdossiers und Länderprofilen. Hiermit wird ein breites Spektrum an Informationen angeboten.

**http://www.forum-der-kulturen.de** (*Forum der Kulturen Stuttgart e. V.*) Auf den Internetseiten des Dachverbandes der Migrantenvereine und des *Stuttgarter Interkulturbüro* finden sich Veranstaltungshinweise sowie Angaben zum Selbstverständnis des Vereins. Ein Link führt zu ausgewählten Artikeln der interkulturellen Zeitschrift *Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart*.

**http://www.integrationsbeauftragte.de** (*Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*) Auf diesen Seiten finden Sie ein ständig aktualisiertes Informationsangebot zu Fragen der Ausländer-, Migrations- und Flüchtlingspolitik, zur Tätigkeit der Integrationsbeauftragten und weitere Hinweise in diesem Themenbereich.

**Http://www.kubiss.de/kultur/info/kuf/inter_kultur_buero** (Stadt Nürnberg, Amt für Kultur und Freizeit, Inter-Kultur-Büro) Das Inter-Kultur-Büro bietet auf seinen Internetseiten eine Fülle nützlicher Veranstaltungen, Adressen, Materialien und sonstiger Infos aus dem Feld der interkulturellen Kulturarbeit in Nürnberg.

**http://www.migration-info.de** (*Netzwerk Migration in Europa e. V.* in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* (*bpb*) und des *Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts* [*HWWI*]) »migration-info.de« liefert aktuelle Informationen über Migration, Integration, Zuwanderungspolitik und Bevölkerungsentwicklung weltweit. Schwerpunkte sind dabei Deutschland, Europa und Nordamerika. Außer dem seit 1998 erscheinenden Newsletter *Migration und Bevölkerung* bietet »migration-info.de« aktuelle Daten und Grafiken, politisch relevante Dokumente und einen aktuellen Terminkalender, der über öffentlich zugängliche Veranstaltungen und Konferenzen informiert.

**http://www.migrationsmuseum.de** (*Migrationsmuseum in Deutschland e. V.*) Ziel des Vereins ist es, in Deutschland ein Migrationsmuseum als Zentrum der Geschichte, Kunst und Kultur der Migration zu errichten. Umfangreiche Liste mit Downloads zu Materialien und Artikeln zum Thema sowie Linkliste zu Institutionen.

**http://www.nrw-kulturen.de** (Staatskanzlei NRW – Kulturabteilung ) Interkulturelle KünstlerInnen- und Veranstaltungsdatenbank nebst umfangreicher Linksammlung interkulturell tätiger Fachverbände.

# *Autorinnen und Autoren*

CHRISTINE BECKMANN, M. A., geb. 1967, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Referentin im *Cultural Contact Point Germany*, der nationalen Kontaktstelle für das Kulturförderprogramm der Europäischen Gemeinschaft, Bonn

DR. ROLAND BERNECKER, geb. 1961, Generalsekretär der *Deutschen UNESCO-Kommission*, Mitglied im Vorstand des *UNESCO-Welterbevereins*, Bonn

DR. HANS-JÜRGEN BLINN, geb. 1955, Leiter des Referates für Europaangelegenheiten und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im *Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz*, Mainz, sowie Bundesratsbeauftragter im Ausschuss nach Artikel 133 EG-Vertrag zu den GATS-Verhandlungen (Dienstleistungen), Landau/Mainz

WOLFGANG BÖRNSEN (Bönstrup), MdB, geb. 1942, kultur- und medienpolitischer Sprecher der *CDU/CSU*-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bönstrup

SABINE BORNEMANN, geb. 1954, Leiterin des *Cultural Contact Point Germany*, der nationalen Kontaktstelle für das Kulturförderprogramm der Europäischen Gemeinschaft, Bonn

JOHANNES BRONISCH, M. A., geb. 1978, Fellow European Studies Berlin, Doktorand der *Universität Leizpig*

PROF. DR. Manfred Dammeyer, geb. 1939, *Universität Duisburg-Essen*, früher Europa-Minister für Nordrhein-Westfalen, Präsident des *Ausschusses der Regionen der EU*, Mitglied im *Verfassungskonvent* der EU, Oberhausen

DR. KATHINKA DITTRICH VAN WERINGH, geb. 1941, Vorstandsvorsitzende der *Europäischen Kulturstiftung*, Amsterdam

KURT EICHLER, Dipl.-ING., geb. 1952, Leiter des *Kulturbüros der Stadt Dortmund* und Geschäftsführer der *Kulturbetriebe Dortmund*, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Vorsitzender des *Fonds Soziokultur*, Dortmund

DR. USCHI EID, geb. 1949, Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik der Bundestagsfraktion *Bündnis 90/Die Grünen*, Berlin

DR. DORIS GAU, geb. 1956, Referatsleiterin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur bei der *Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund*, Berlin

DR. MARIA GAZZETTI, geb. 1955, Leiterin des *Literaturhauses Frankfurt*, Frankfurt am Main

BARBARA GESSLER, geb. 1964, Leiterin der regionalen *Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn*

DR. HANS-HERWIG GEYER, geb. 1958, Leiter der *Abteilung Kommunikation der GEMA*, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des *Europäischen Musikrates (European Music Council – EMC)*, München

DR. PATRICK GLOGNER, geb. 1974, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Institut für Kulturmanagement der PH Ludwigsburg*, freiberuflicher Kulturberater, Ludwigsburg

DR. THOMAS GOPPEL, MdL, geb. 1947, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, München

DR. WILFRIED GÖRMAR, geb. 1950, Diplomgeograph, Projektleiter am *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung*, Bonn

PROF. DR. JO GROEBEL, geb. 1950, Direktor des *Deutschen Digital Instituts,* Berlin

ULF GROßMANN, geb. 1957, Bürgermeister für Kultur und Soziales der Stadt Görlitz, Vorsitzender des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages,* Görlitz

PROF. DR. JÖRG HASPEL, geb. 1953, Landeskonservator und Direktor des *Landesdenkmalamts Berlin*, Vertreter der *Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland* im *Ausschuss Europa und Internationales* des *Deutschen Kulturrats*, Berlin

RUTH JAKOBI, geb. 1973, Generalsekretärin des *Europäischen Musikrates (European Music Council – EMC)*, Vorstandsmitglied des *Europäischen Forums für Kunst und kulturelles Erbe (European Forum for the Arts and Heritage – EFAH)*, Bonn

DR. LUKREZIA JOCHIMSEN, MdB, geb. 1936, Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion *DIE LINKE* im Deutschen Bundestag, Berlin/Hamburg

ANDREAS KÄMPF, geb, 1949, Vorstandsmitglied der *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren*, Präsident der *European Network of Cultural Centres (ENCC)*, Sprecher des *Rats für Soziokultur und kulturelle Bildung,* Singen

DR. HANS-GEORG KNOPP, geb. 1945, Generalsekretär des *Goethe-Instituts*, zuvor langjähriger Intendant des *Hauses der Kulturen der Welt* in Berlin, München

DR. DOROTHEA KOLLAND, geb. 1947, Leiterin des *Amtes für Kultur und Bibliotheken* von Berlin-Neukölln, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Berlin

THOMAS KRÜGER, geb. 1959, Präsident der *Bundeszentrale für politische Bildung*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Bonn

KATHRIN MERKLE, geb. 1962, Leiterin des kulturpolitischen Arbeitsstab des Europarates und Koordinatorin des zwischenstaatlichen Lenkungsausschuss für Kultur, Straßburg

BERND NEUMANN, MdB, geb. 1942, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, *Beauftragter für Kultur und Medien*, Berlin/Bremen

ROBERT PALMER, geb. 1947, Direktor für Kultur, Kultur- und Naturerbe im Europarat, Straßburg

PROF. DR. GERHARD PFENNIG, geb. 1946, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der *Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst*, Bonn

STEFFEN REICHE, geb. 1960, MdB, *SPD*, Mitglied im *Ausschuss für Kultur und Medien* und im *Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union des deutschen Bundestages*, Berlin

PROF. DR. JÖRN Rüsen, geb. 1938, Präsident des *Kulturwissenschaftlichen Instituts NRW*, Professor für Allgemeine Geschichte und Geschichtskultur an der *Universität Witten/Herdecke*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Essen

EDDA RYDZY, geb. 1956, Geschäftsführerin der *Deutschen Vereinigung der europäischen Kulturstiftungen*, Berlin

PROF. DR. OLIVER SCHEYTT, geb. 1958, Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Beigeordneter für Bildung, Jugend und Kultur der Stadt Essen, Co-Geschäftsführer »Ruhr.2010. Kulturhauptstadt Europas«, Essen

PROF. DR. WOLFGANG SCHNEIDER, geb. 1954, Direktor des *Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim*, Sachverständiges Mitglied der *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages*, Bischofsheim

PROF. DR. OLAF SCHWENCKE, geb. 1936, Publizist, Honorarprofessor am *Otto-Suhr-Institut der FU Berlin*, Präsident der *Deutschen Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung für kulturelle Zusammenarbeit in Europa*, Kuratoriumsvorsitzender des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Berlin

DR. NORBERT SIEVERS, geb. 1954, Geschäftsführer der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Bonn

DR. OTTO SINGER, geb. 1951, *Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages* (Kultur und Medien), Berlin

MICHAEL SÖNDERMANN, geb. 1951, *Arbeitskreis Kulturstatistik, ARKstat e. V.*, Mitglied im Verwaltungsrat des *UNESCO-Instituts für Statistik in Montreal*, Bonn/Köln

DR. HELGA TRÜPEL, MdEP, geb. 1958, stellvertretende Vorsitzende des *Ausschusses für Kultur und Bildung* des Europäischen Parlaments, Brüssel/Bremen

HORTENSIA VÖLCKERS, geb. 1957, künstlerische Direktorin der *Kulturstiftung des Bundes*, Halle

PROF. DR. HERMANN VOESGEN, geb. 1951, Leiter des Studiengangs »Kulturarbeit« an der *Fachhochschule Potsdam*

BERND WAGNER, geb. 1948, Wissenschaftlicher Leiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Bonn

DR. GOTTFRIED WAGNER, geb. 1950, Direktor der *Europäischen Kulturstiftung*, Amsterdam

CHRISTOPH WAITZ, MdB, geb. 1960, Kultur- und Medienpolitischer Sprecher der *FDP*-Bundestagsfraktion, Mitglied im *Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages*, Berlin

PROF. DR. JOHANNA WANKA, geb. 1951, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam

THOMAS WEIS, geb. 1962, Geschäftsführer der *Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste (IGBK)*, Berlin

ROLF WITTE, geb.1959, Bildungsreferent für internationale Jugendkulturpolitik und internationalen Jugendkulturaustausch bei der *Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ)*, Remscheid

CHRISTIANE ZILLER, geb. 1963, Geschäftsführerin der *Bundesvereinigung soziokultureller Zentren* und des *ENCC*, Zühlsdorf/Berlin

# *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Band 6*

*Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*
*von Norbert Sievers und Bernd Wagner • 479 Seiten • 19,90 Euro*

## *Thema: Diskurs Kulturpolitik*

### INHALT


HILMAR HOFFMANN: Spannungen und Konvergenzen. Interkultureller Dialog im Inneren und im Äußeren

JULIAN NIDA-RÜMELIN: Herausforderungen der Kulturpolitik

MONIKA GRIEFAHN: Mit kultureller Kompetenz gegen die ökologische Krise

PETER BENDIXEN: Kultur und Kunst – öffentliches Gut oder kommerzielle Dienstleistung?

JÖRG STÜDEMANN: Für eine Kulturpolitik der Zweiten Moderne

WALTER SIEBEL: Gefährdungen, Chancen und Widersprüche der Stadtkultur

NORBERT LAMMERT: Verfassungspatriotismus und Leitkultur

GERHARD SCHULZE: Auf der Suche nach der besten aller Welten

EVA KRINGS: »Art is that what makes life more interessting than art« Lebensstile als uneingelöstes Motiv von Kulturpolitik

DIETER GORNY: »Big Brother« ist kein Modell – weder sozial noch medial

MAX FUCHS: Gesellschaft und Kultur im kulturpolitischen Diskurs

ROLF G. HEINZE: Stagnationsgesellschaft und die Suche nach Bürgerengagement

HERMANN SCHWENGEL: Kulturelle Globalisierung

OLAF SCHWENCKE, EDDA RYDZY: Kulturelle Vielfalt – Agens europäischer Entwicklung und Herausforderung deutscher Kulturpolitik

WOLFGANG THIERSE: Kulturelle Dimensionen der Deutschen Einheit. Über Differenz und Innovation in unserer Kulturnation

HERMANN GLASER: »Bürgerrecht Kultur« – eine geistesgeschichtliche Vignette

MICHAEL SÖNDERMANN: Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland 2005

KARIN VON WELCK: Kunst und Kultur als Standortfaktoren

DOROTHEA KOLLAND: Kulturelle Vielfalt: Diversität und Differenz

IRIS MAGDOWSKI: Dialoge führen – Austausch fördern

HANS-HEINRICH GROSSE-BROCKHOFF: Gemeinsam für Kunst und Kultur

MICHAEL FEHR: Unzeitgemäße Überlegungen zum Status und zur Zukunft der Museen

VOLKHARD KNIGGE: Erinnerungskultur. Zwischen Vergangenheitsgerede

GERHARD PFENNIG: Kulturpolitik von 1969 bis heute – aus der Perspektive der Kunst

BERND WAGNER: Konzeptionelle Spannungsfelder kulturpolitischer Neuorientierung

BOSILJKA SCHEDLICH: Kultur in Konflikten und Kriegen

ALBRECHT GÖSCHEL: Identitäts- und Imagepolitik: Revision kulturpolitischer Reformen

KNUT NEVERMANN: Bund und Länder in der Kulturpolitik

DIETER KRAMER: Metropolen und Umland: Kulturanalyse und Kulturpolitik

HORTENSIA VÖLCKERS: »Anstalten machen!« – Kulturförderung zwischen Institution und Projekt

TOBIAS J. KNOBLICH: Neue Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern?

OLIVER SCHEYTT: Aufgaben der Kulturpolitik

SUSANNE BINAS-PREISENDÖRFER: Verteilungsplan, ideologische Konstruktion und sozialer Filter

ARMIN KLEIN: Angebot und Nachfrage. Modernisierung der Neuen Kulturpolitik

NORBERT SIEVERS: Was bleibt? Was fehlt? Kulturpolitik als Modernisierungsprozess


# *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005, Band 5*

*Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*
*von Bernd Wagner • 540 Seiten • 19,90 Euro • leider vergriffen*

## *Thema: Kulturpublikum*

### INHALT


BERND WAGNER: Kulturpolitik und Publikum

CHRISTINA WEISS: Wege zum Publikum. Kulturpolitik als Vermittlung

ALBRECHT GÖSCHEL: Demographie, Ökonomie und Wertewandel: Bedingungen zukünftiger Kulturpolitik

BIRGIT MANDEL: Audience Development Programme in Großbritannien

MANFRED EHLING: Zeit für Freizeit und kulturelle Aktivitäten. Ergebnisse aus Zeitbudgeterhebungen

SUSANNE KEUCHEL: Das Kulturpublikum zwischen Kontinuität und Wandel

CLAUDIA HAMPE, ROLF BOLWIN: Das Theater und sein Publikum

RICHARD STANG: Kulturelle Erwachsenenbildung

GERD SPIECKERMANN: Soziokulturelle Zentren und ihr Publikum.

WOLFGANG HIPPE: Filmtheater: Modernisierung für das Publikum

RAINER DANIELZYK: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die kulturelle Infrastruktur

HERMANN GLASER: »Wo kam die schönste Bildung her/und wenn sie nicht vom Bürger wär?«

HORST W. OPASCHOWSKI: Die kulturelle Spaltung der Gesellschaft. Die Schere zwischen Besuchern und Nichtbesuchern öffnet sich weiter

MICHAEL RUSS, GISELA WEBER: Veränderungen beim Kulturpublikum und der Einfluss auf die Konzertbranche

JÖRG RÖSSEL, ROLF HACKENBROCH, ANGELA GÖLLNITZ: Soziale Differenzierung und Strukturwandel des Hochkulturpublikums

KARL-HEINZ REUBAND: Moderne Opernregie als Ärgernis?

KARL-HEINZ REUBAND, ANGELIQUE MISHKIS: Unterhaltung versus Intellektuelles Erleben. Soziale und kulturelle Differenzierungen innerhalb des Theaterpublikums

GERDA SIEBEN: Mehr ältere Menschen im Publikum!

SABINE VOGT: »Das möchte ich gerne haben im Club, das mache ich selber.« Clubkultur als Clubwirtschaft

ROLF GRASER: MigrantInnen als Publikum

JANNIS ANDROUTSOPOULOS: Virtuelle Öffentlichkeiten von Migranten

HILMAR HOFFMANN: Neues Europa – neues Interesse an Kultur?

MAX FUCHS: Jugend, Kunst, Kultur. Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis

ECKHARD BRAUN: Jugend als Kulturpublikum

ARMIN KLEIN: Kulturmarketing muss sein – aber welches?

WOLFGANG ZACHARIAS: Kulturpublikum von und für morgen?

WOLFGANG J. RUF: Die Gesichter des Theaterpublikums

ANDREAS JOH. WIESAND: Was zählt: Angebot oder Nachfrage?

FRANK-OLAF BRAUERHOCH: Worüber reden wir, wenn wir vom »Publikum« reden?

MICHAEL SÖNDERMANN: Beschäftigung im Kultursektor in Deutschland 2003/2004

Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahre 2004

Bibliographie zur Kulturpolitik im Jahr 2000

Kulturpolitische Gremien und Verbände

Webadressen: Kunst und Kultur

# *Jahrbücher für Kulturpolitik 2000–2004*

*Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*
*von Bernd Wagner und Thomas Röbke • zwischen 468 und 540 Seiten • jeweils 19,90 Euro*

## *Band 1: Bürgerschaftliches Engagement (2000)*

*Unter anderem mit Beiträgen von:*

Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse, Warnfried Dettling, Rolf G. Heinze,
Annette Zimmer, Joachim Braun, Michael Naumann, Wilhelm Schmid, Hermann Glaser,
Olaf Zimmermann, Thomas Oppermann, Gerd Harms,
Bernd Meyer, Michael Bürsch, Adalbert Evers, Doris Gau, Olaf Schwencke,
Christoph Weckerle, Franz-Otto Hofecker, Michael Söndermann

## *Band 2: Kulturföderalismus (2001)*

*Unter anderem mit Beiträgen von:*

Julian Nida-Rümelin, Oliver Scheytt, wolfgang Thierse, wolfgang clement,
Bernhard Vogel, Norbert Lammert, Hans-Joachim Otto, Hans Zehetmair, Michael Vesper,
Johanna Wanka, Ruth Wagner, Hermann Glaser, Peter Häberle, Max-Emanuel Geis,
Dieter Rübsaamen, Max Fuchs, Olaf Zimmermann, Volker Plagemann,
Klaus-Dieter Lehmann, Karin von Welck, Jörg Haspel, Cornelia Dümcke, Tobias Knoblich,
Doris Gau, Bernd Meyer, Daniel Cohn-Bendit, Olaf Schwencke, franz-Otto Hofecker

## *Band 3: Interkultur (2002/03)*

*Unter anderem mit Beiträgen von:*

Christina Weiss, Rita Süssmuth, Wolfgang thierse, Peter Müller, Klaus Bade,
Franz Nuscheler, Albert Maximilian Schmid, Kerstin Müller, Marieluise Beck, Erol Yildiz,
Faruk Şen, Dirk Halm, Carmine Chiellino, Mark Terkessidis, Torsten Gross,
Bettina Heinrich, Naseem Khan, Katharina Noussi-Scheba, Dorothea Kolland,
Thomas Flierl, Inka Manthey, Jörg Stüdemann, Iris Magdowski, Jürgen Markwirth
Michael Vesper, Peter Frankenberg, Eckhardt Barthel, Günter Nooke
Hans-Joachim Otto, Thomas Krüger, Annette Heilmann, Roberto Ciulli,
Tobias J. Knoblich, Max Fuchs, Georg Ruppelt, Christoph Weckerle, michael Söndermann

## *Band 4: Theaterdebatte (2004)*

*Unter anderem mit Beiträgen von:*

Christina Weiss, Johannes Rau, roland Schneider, raimund Bartella, peter Iden
Andrzej Wirth, henning Fülle, detlev Schneider, dietmar N. Schmidt,
Cornelia Dümcke, Klaus Pierwoß, armin Klein, Frank-Olaf Brauerhoch, Stephan Märki,
wolfgang J. Ruf, Rolf Bolwin, Tom Stromberg, Knut Nevermann, Hans-Georg Küppers,
Thomas Konietzka, Peter Vermeulen, Werner Müller, Urs Bircher, Annette Heilmann,
Wolfgang Schneider, Dieter Hadamczik, Horst Johanning, Kirsten Haß,
reinhard Hinzpeter, David Ranan, Victor Scoradet, Peter Frankenberg, Michael Vesper,
alice Ströver, monika Griefahn, Antje Vollmer, Günter Nooke, Hans-Joachim Otto